

Geschäftsbericht 2010

Energie ist Vielfalt

10



EnBW

EnBW Energie
Baden-Württemberg AG

Auf einen Blick

EnBW-Konzern

Mio. €	2010	2009	Veränderung in %
Umsatz			
Strom Erzeugung und Handel	4.817,0	2.357,5	104,3
Strom Netz und Vertrieb	10.192,7	10.031,3	1,6
Gas	1.788,1	2.453,1	-27,1
Energie- und Umweltdienstleistungen	711,2	722,3	-1,5
Außenumsatz gesamt	17.509,0	15.564,2	12,5
Adjusted EBITDA	2.837,8	2.615,3	8,5
EBITDA	3.279,8	2.748,2	19,3
Adjusted EBIT	1.932,6	1.793,9	7,7
EBIT	2.117,0	1.889,3	12,1
Adjusted Konzernüberschuss ¹	987,8	879,1	12,4
Konzernüberschuss ¹	1.170,5	768,2	52,4
Ergebnis je Aktie aus Adjusted Konzernüberschuss ¹ in €	4,04	3,60	12,2
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss ¹ in €	4,79	3,15	52,1
Operating Cashflow	2.560,9	2.443,4	4,8
Free Cashflow ²	1.060,1	1.292,1	-18,0
Bilanzielle Nettofinanzschulden ³	5.641,3	5.812,2	-2,9
Investitionen	2.327,9	4.374,1	-46,8
Return on Capital Employed (ROCE) ⁴ in %	14,5	15,5	-6,5
Kapitalkostensatz (WACC) vor Steuern in %	9,0	9,3	-3,2
Durchschnittliches Capital Employed ⁴	15.119,7	13.559,7	11,5
Wertbeitrag ⁴	831,6	840,7	-1,1

Energieabsatz des EnBW-Konzerns

Mrd. kWh	2010	2009	Veränderung in %
Strom	146,9	119,7	22,7
Gas	53,6	65,8	-18,5

Mitarbeiter des EnBW-Konzerns⁵

Anzahl	2010	2009	Veränderung in %
Mitarbeiter im Durchschnitt	20.450	20.914	-2,2

¹ Bezogen auf den auf die Aktionäre der EnBW AG entfallenden Gewinn.

² Free Cashflow vor Finanzierung.

³ Ohne kurzfristige Finanzmittel der Spezialfonds und kurzfristige Wertpapiere zur Deckung der Pensions- und Kernenergierückstellungen.

⁴ Vorjahreszahlen angepasst.

⁵ Anzahl der Mitarbeiter ohne Auszubildende und ohne ruhende Arbeitsverhältnisse. Der Begriff Mitarbeiter bezeichnet weibliche und männliche Beschäftigte.

Der EnBW-Konzern

Die Geschäftsfelder des EnBW-Konzerns im Überblick

STROM Erzeugung und Handel		GAS	ENERGIE- UND UMWELTDIENSTLEISTUNGEN
Erzeugung 15.498 MW Erzeugungskapazität	Speicher 266,3 Mio. m ³ Speicherkapazität inklusive Gasspeicher in Etzel (im Bau)	Thermische Entsorgung 870.000 t Abfall thermische Entsorgungskapazität	
Handel 65,5 Mrd. kWh Stromabsatz Handel	Bezug 56,1 Mrd. kWh Gasbezug inklusive Gasbezug für Kraftwerke	Contracting 1.218 MW installierte Wärmeleistung	
STROM Netz und Vertrieb		Transport und Verteilung 16.000 km Gasnetz	Wasserversorgung 6,7 % Marktanteil in Baden-Württemberg
Transport und Verteilung 153.000 km Stromnetz	Vertrieb 53,6 Mrd. kWh Gasabsatz		
Vertrieb 65,8 Mrd. kWh Stromabsatz Vertrieb			

Die strategischen Stoßrichtungen der EnBW

Entwicklung Erzeugungskapazitäten	Ausbau Gasgeschäft	Kernmarkt D, selektives Wachstum Ausland	Etablierung neuer Geschäftsfelder	Prozessverbesserungen und Synergien ausschöpfen
-----------------------------------	--------------------	--	-----------------------------------	---

Kurzporträt

Mit rund sechs Millionen Kunden und über 20.000 Mitarbeitern hat die EnBW Energie Baden-Württemberg AG 2010 einen Jahresumsatz von über 17 Milliarden Euro erzielt.

Als drittgrößtes deutsches Energieversorgungsunternehmen konzentrieren wir uns auf die Tätigkeitsbereiche Strom – unterteilt in die Geschäftsfelder Erzeugung und Handel sowie Netz und Vertrieb –, Gas sowie Energie- und Umweltdienstleistungen.

Wir bekennen uns zum Standort Baden-Württemberg und Deutschland. Hier ist der Fokus unserer Aktivitäten. Darüber hinaus sind wir auch auf weiteren Märkten Europas aktiv.

Um den Energiebedarf zuverlässig, wirtschaftlich und umweltschonend zu decken, setzt die EnBW auf Vielfalt. Für unsere Erzeugung bedeutet dies, wir stehen für einen Energiemix aus Kernenergie, fossilen und erneuerbaren Energien. Unser Titelbild zeigt eine Momentaufnahme vom Bau des ersten kommerziellen Offshore-Windparks in Deutschland, EnBW Windpark Baltic 1, der mit 21 Turbinen und rund 50 Megawatt installierter Leistung 2010 fertiggestellt wurde.

Inhalt



- 4 Brief an unsere Aktionäre
- 8 Bericht des Aufsichtsrats
- 14 Der Vorstand

ENERGIE IST VIELFALT

- 21 Werte, Ziele, Strategie
- 26 Die EnBW am Kapitalmarkt

ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT DES ENBW-KONZERNS UND DER ENBW AG

- 35 Überblick
- 37 Konzernstruktur und Geschäftstätigkeit
- 47 Konzernstrategie und wertorientierte
Steuerung
- 50 Wirtschaftliche und politische
Rahmenbedingungen
- 57 Unternehmenssituation des EnBW-Konzerns
- 76 Unternehmenssituation der EnBW AG
- 80 Nachhaltigkeit
- 81 Mitarbeiter
- 86 Forschung und Entwicklung
- 90 Risiko- und Chancenbericht
- 101 Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen
Lage des Konzerns
- 102 Vergütungsbericht
- 103 Nachtragsbericht
- 104 Angaben nach §§ 289 Abs. 4, 315
Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht
des Vorstands
- 107 Wesentliche Merkmale des rechnungslegungs-
bezogenen Internen Kontrollsystems
- 109 Prognosebericht



JAHRESABSCHLUSS DES ENBW-KONZERNS

- 123 Gewinn- und Verlustrechnung
- 124 Gesamtperiodenerfolgsrechnung
- 125 Bilanz
- 126 Cashflow-Rechnung
- 128 Eigenkapitalspiegel
- 130 Anhang
- 226 Bestätigungsvermerk
- 227 Versicherung der gesetzlichen Vertreter

SERVICE

- 255 Glossar
- 258 Unsere Standorte
- 260 Mehrjahresübersicht
- 262 Wichtige Hinweise

CORPORATE GOVERNANCE

- 233 Erklärung zur Unternehmensführung
einschließlich Corporate-Governance-Bericht
- 244 Der Aufsichtsrat
- 246 Mandate der Vorstandsmitglieder
- 248 Zusätzliche Mandate der
Aufsichtsratsmitglieder

HINWEIS Die Inhalte des vorliegenden Berichts dienen ausschließlich zur Information und stellen kein Angebot und keine Anlageempfehlung dar. Weitere Informationen dazu finden Sie auf Seite 262.



„2010 hat die EnBW ihr Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr verbessern können, der Geschäftsverlauf war insgesamt zufriedenstellend. In den nächsten Jahren kommen jedoch hohe finanzielle Belastungen auf unser Unternehmen zu. Daher haben wir bereits frühzeitig unsere Strategie adjustiert und das Investitionsprogramm gekürzt.“

Hans-Peter Villis, Vorsitzender des Vorstands

Brief an unsere Aktionäre

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,
sehr geehrte Investoren und Freunde der EnBW,

im Jahr 2010 hat die EnBW ihr Geschäftsmodell geschärft und konsequent ihre langfristig orientierte Wachstumsstrategie auf Basis finanzieller Stabilität weiterverfolgt. Die Überwindung der Wirtschaftskrise unterstützte die operative Geschäftsentwicklung des EnBW-Konzerns, hinzu traten positive Ergebniseffekte aus der Veräußerung von Beteiligungen. Obwohl diesen positiven Entwicklungen auch negative Faktoren gegenüberstanden, beurteilen wir den Geschäftsverlauf 2010 als insgesamt zufriedenstellend.

Der Stromabsatz des EnBW-Konzerns lag 2010 um 22,7 Prozent über dem Vorjahreswert. Diese Zunahme wurde vom Handel getragen, während der Absatz an Privat- und Geschäftskunden – zum Teil durch Entkonsolidierungen begründet – zurückging. Der Gasabsatz sank insbesondere aufgrund eines intensiven Wettbewerbs im Vorjahresvergleich um 18,5 Prozent. Insgesamt stieg der Umsatz der EnBW 2010 gegenüber 2009 um 12,5 Prozent auf 17.509,0 Millionen Euro.

Das operative Ergebnis vor Ertragsteuern und Finanz- und Beteiligungsergebnis (Adjusted EBIT) erreichte 1.932,6 Millionen Euro und übertraf den Vorjahreswert um 7,7 Prozent. Dabei leistete das Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel mit 1.626,7 Millionen Euro den absolut größten Ergebnisbeitrag. Das Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb konnte das operative Ergebnis im Vorjahresvergleich auf 265,8 Millionen Euro mehr als verdoppeln. Das Ergebnis der Energie- und Umweltdienstleistungen legte auf 111,3 Millionen Euro kräftig zu. Demgegenüber sank das Adjusted EBIT des Geschäftsfelds Gas deutlich auf 80,1 Millionen Euro. Der Adjusted Konzernüberschuss, bezogen auf den auf die Aktionäre der EnBW AG entfallenden Gewinn, erhöhte sich gegenüber 2009 um 12,4 Prozent auf 987,8 Millionen Euro.

Außerhalb des operativen Geschäfts verbesserte sich 2010 das neutrale Ergebnis, das außerordentliche Effekte erfasst, erheblich. Im Wesentlichen bestimmt durch Gewinne aus der Veräußerung der GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG und ihrer Tochtergesellschaften sowie der Pražská teplotárenská a. s. und von Erträgen aus dem sukzessiven Erwerb der Pražská energetika a. s. belief sich der neutrale Konzernüberschuss, bezogen auf den auf die Aktionäre der EnBW AG entfallenden Gewinn, auf 182,7 Millionen Euro.

In Summe hat sich die Ergebnissituation des EnBW-Konzerns 2010 im Vergleich zum Vorjahr verbessert. Bei der Bemessung der Dividende für das Geschäftsjahr 2010 sind allerdings die anstehenden finanziellen Belastungen für das Unternehmen – insbesondere aus der Kernbrennstoffsteuer – sowie die Finanzierung des Investitionsprogramms ohne Aufgabe solider Finanzrelationen zu berücksichtigen. Der Vorstand schlägt daher in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat der Hauptversammlung am 19. April 2011 eine gegenüber dem Vorjahr unveränderte Dividendenausschüttung von 1,53 Euro pro berechtigter Stückaktie vor.

Im Zentrum der langfristigen Unternehmensentwicklung der EnBW steht ein ambitioniertes Investitionsprogramm, um unsere Position als drittgrößtes Energieversorgungsunternehmen in Deutschland und als bedeutender Akteur im europäischen Rahmen zu sichern und auszubauen. Ursprünglich waren hier für den Zeitraum 2010 bis 2012 Bruttoinvestitionen in Höhe von 7,9 Milliarden Euro vorgesehen; davon wurden im Berichtsjahr 2,3 Milliarden Euro investiert. Als Folge der energiepolitischen Entscheidungen im Jahr 2010 ergeben sich allerdings für die EnBW hohe finanzielle Belastungen. Alleine aus der Kernbrennstoffsteuer resultieren in den kommenden Jahren jeweils bis zu 440 Millionen Euro zusätzliche Zahlungsverpflichtungen für die EnBW, zudem müssen Vorauszahlungen in den Förderfonds für erneuerbare Energien geleistet werden. Um es deutlich zu sagen: Die aus der Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke zu erwartenden positiven Effekte werden diese zusätzlichen Belastungen in den nächsten Jahren nicht ausgleichen. Erst nach Auslaufen der Kernbrennstoffsteuer im Jahr 2017 wirken sich die Neuregelungen für die Kernkraftwerke unter sonst gleichen Bedingungen im Ergebnis eventuell verbessernd aus.

Vor diesem Hintergrund haben wir eine Adjustierung unserer Strategie in Verbindung mit einer notwendigen Kürzung des Investitionsprogramms vorgenommen. Von 2011 bis 2013 werden sich die Bruttoinvestitionen nun auf 5,1 Milliarden Euro belaufen. Aufgrund von Desinvestitionen zur weiteren Schärfung des Geschäftsmodells werden die Nettoinvestitionen 3,3 Milliarden Euro betragen, die wir voraussichtlich vollständig aus dem laufenden Cashflow finanzieren werden. Zudem haben wir bereits im Oktober 2010 das Effizienzprogramm „Fokus“ gestartet, mit dem nach schrittweisem Hochlauf ab 2013 nachhaltig ein EBIT-wirksames Zielvolumen von jährlich 300 Millionen Euro realisiert werden soll.

Durch unsere ergriffenen Maßnahmen haben wir frühzeitig unternehmerische Antworten auf die Ergebnis belastenden exogenen Faktoren gegeben und damit die Handlungs- und Zukunftsfähigkeit des Konzerns gesichert. Bei der finanziellen Stabilität des Unternehmens gehen wir keine Kompromisse ein. Wir wollen unser Rating im A-Bereich auf jeden Fall erhalten.

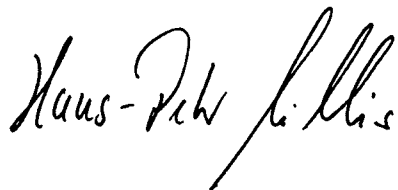
Auf Basis unseres geschärften Geschäftsmodells agiert der EnBW-Konzern als integrierter Versorger in Deutschland und in Tschechien. In ausgewählten Auslandsmärkten steht ein fokussiertes Wachstum durch Aktivitäten in den Bereichen erneuerbare Energien sowie Energiemanagement und -effizienz im Mittelpunkt. Den Anteil der erneuerbaren Energien am Erzeugungsportfolio wollen wir bis 2020 auf rund 20 Prozent steigern. Der Technologiefokus liegt auf Wasser, On-/Offshore-Windparks und Biomasse. Den Ausbau des Laufwasserkraftwerks Rheinfelden planen wir noch in diesem Jahr abzuschließen. Den EnBW Windpark Baltic 1 haben wir Ende 2010 erfolgreich fertiggestellt. Weitere Windparks sind in Umsetzung und Prüfung.

Die EnBW verfügt traditionell über eine starke Verankerung und Präsenz in Baden-Württemberg. Mit einer Regionalstrategie wollen wir künftig noch enger mit den Kommunen und Stadtwerken im Bundesland zusammenarbeiten. Im Zuge des Regionalisierungskonzepts sollen dabei neue Kommunen als Kunden für bereits etablierte Geschäftstätigkeiten gewonnen werden. Auch hier spielen neben Energieeffizienzmaßnahmen die erneuerbaren Energien eine große Rolle, beispielsweise bei der Errichtung von Anlagen zur Nutzung von Biomasse, Windkraft oder Fotovoltaik.

Seit dem 17. Februar 2011 hat die EnBW mit dem Land Baden-Württemberg einen neuen Großaktionär. Die NECKARPRI GmbH, eine 100-prozentige Tochter des Landes Baden-Württemberg, hat den bisher von der Electricité de France an der EnBW gehaltenen Aktienanteil von 45,01 Prozent, übernommen. Wir freuen uns auf das Land Baden-Württemberg als neuen großen Anteilseigner und auf eine gute und konstruktive Zusammenarbeit. Die Beteiligung des Landes eröffnet dem Unternehmen neue Perspektiven. Zugleich wollen wir unsere über Jahre gewachsene, konstruktive Partnerschaft mit der EDF in anderer Form auf operativer Ebene fortsetzen. Für die EnBW liegen sowohl in einer verstärkten Kapitalmarktorientierung als auch in einem längerfristigen Anteilsbesitz unseres Heimatbundeslands zusätzliche Entwicklungs- und Wachstumschancen.

Im Zusammenwirken von Vorstand, Unternehmensgremien, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben wir die EnBW 2010 ein gutes Stück vorangebracht und auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet. Für dieses konstruktive Miteinander bedanke ich mich sehr herzlich, auch im Namen meiner Vorstandskollegen. Grundlage des Erfolgs sind die Zufriedenheit unserer Kunden sowie das Vertrauen von Aktionären, Investoren und Freunden des Unternehmens. Wir werden weiter gemeinsam mit großem Engagement an der Erhaltung dieser Erfolgsgrundlagen arbeiten.

Ihr

A handwritten signature in black ink, reading "Hans-Peter Villis". The signature is written in a cursive, flowing style.

Hans-Peter Villis
Vorsitzender des Vorstands

Karlsruhe, im Februar 2011

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben im Geschäftsjahr 2010 umfassend und mit großer Sorgfalt wahrgenommen. Er hat den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens regelmäßig beraten sowie die Geschäftsführungsmaßnahmen kontinuierlich begleitet und überwacht. Dabei war der Aufsichtsrat in sämtliche Entscheidungen eingebunden, die für die Gesellschaft und den Konzern von grundlegender Bedeutung waren. Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat in schriftlichen und mündlichen Berichten regelmäßig, umfassend und zeitnah über alle wesentlichen Aspekte der Geschäftsentwicklung und -politik, die Unternehmensstrategie und -planung, die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft und des Konzerns sowie über die Risikosituation, das Risikomanagement, das Interne Kontrollsystem und die Compliance. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen wurden dem Aufsichtsrat jeweils im Einzelnen erläutert und begründet.

Schwerpunkte der Beratungen im Plenum

Der Aufsichtsrat beschäftigte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr in sechs ordentlichen Sitzungen am 9. März, 28. April, 10. Juni, 7. Juli, 23. September und 9. Dezember 2010, einer außerordentlichen Sitzung am 20. Oktober 2010 sowie fünf schriftlichen Beschlussverfahren mit mündlichen und schriftlichen Berichten sowie Beschlussvorlagen des Vorstands. Er forderte zudem zu einzelnen Themen Berichte und Informationen des Vorstands an, die ihm jeweils unverzüglich und vollständig erstattet wurden. Besondere Schwerpunkte der Beratungen und Beschlussfassungen im Plenum waren:

- Regelmäßige und ausführliche Berichte des Vorstands über den Gang der Geschäfte und die Rentabilität der Gesellschaft und des Konzerns, insbesondere über die aktuelle Umsatz- und Ergebnisentwicklung sowie die Finanzlage
- Intensive Befassung und Diskussion mit dem Vorstand über die strategische Ausrichtung der EnBW
- Zustimmung zum Verkauf von 100 % an der GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG an die Technische Werke Dresden GmbH
- Zustimmung zur Errichtung des Offshore-Windparks EnBW Windpark Baltic 2 in der deutschen Ostsee mit einer installierten Leistung von 80 x 3,6 MW und der Freigabe von Investitionsmitteln, insbesondere zur Absicherung des Netzanschlusses
- Intensive Auseinandersetzung mit dem Energiekonzept der Bundesregierung und dessen Auswirkungen auf die EnBW
- Nach Erörterung Zustimmung zum Förderfondsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland, den Kernkraftwerksbetreibergesellschaften und deren vier Konzernobergesellschaften E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall
- Intensive Befassung mit einer möglichen Veräußerung von Anteilen an der EVN AG durch eine Kapitalmarkttransaktion
- Intensive Befassung mit dem Engagement in der Türkei (Joint Venture Borusan EnBW Enerji A. Ş.)
- Zustimmung zum Abschluss eines Kohlelieferungsvertrags zwischen der EnBW Trading GmbH und der EdF Trading zur Belieferung des Steinkohlekraftwerks Rostock mit einer Laufzeit von fünf Jahren
- Abspaltung der bisher in der EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH (heute firmierend unter EnBW Vertrieb GmbH) angesiedelten Servicebereiche auf eine neue Konzerngesellschaft (heute bestehend als EnBW Operations GmbH)
- Berichterstattung über den Vollzug der Mehrheitsbeteiligung an der Pražská energetika a. s., Tschechische Republik
- Überarbeitung des Vergütungssystems für den Vorstand aufgrund der Änderungen des Aktiengesetzes durch das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG)
- Vorschläge an die Hauptversammlung am 29. April 2010 insbesondere zu verschiedenen Änderungen der Satzung der Gesellschaft aufgrund gesetzlicher Neuerungen
- Regelmäßige Berichte über den Baufortschritt des Steinkohlekraftwerks RDK 8 in Karlsruhe und des Offshore-Windparks EnBW Windpark Baltic 1 in der deutschen Ostsee sowie über weitere Vorhaben im Rahmen der Erzeugungsstrategie
- Untersuchung der Geschäftsbeziehungen der EnBW und ihrer Konzernunternehmen über Russlandaktivitäten mit einer bestimmten Unternehmensgruppe auf Unregelmäßigkeiten, insbesondere auf Pflichtverletzungen durch Organmitglieder und andere Mitarbeiter des EnBW-Konzerns. Bei der Untersuchung nahm der Aufsichtsrat auch externe Unterstützung in Anspruch. Sofern sich Anhaltspunkte für Pflichtverletzungen ergeben haben, wurde der Aufsichtsrat laufend und umfassend über die vom Vorstand getroffenen Maßnahmen unterrichtet und hat diese begleitet; dies betrifft auch die Geltendmachung von Ersatzansprüchen. Die Organe

„Das solide Ergebnis des Jahres 2010 schafft ein Polster für ein deutlich schwierigeres Umfeld in den Folgejahren. Mit angepasster Investitionsplanung und Effizienzprogrammen rüstet sich das Unternehmen für die Zukunft.“

Dr. Claus Dieter Hoffmann,
Vorsitzender des Aufsichtsrats



der betroffenen Konzerngesellschaften sind mit der Angelegenheit befasst und haben die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen beschlossen. Zur Steuerung und Überwachung der Untersuchungen und der Rechtsverfolgung hat der Aufsichtsrat einen Ad-hoc-Ausschuss eingesetzt

- Zustimmung zum Budget für das Geschäftsjahr 2011 und Kenntnisnahme der Mittelfristplanung 2011 bis 2013, bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz und Cashflow-Rechnung

Außerhalb der Sitzungen unterrichtete der Vorstand den Aufsichtsrat schriftlich über sämtliche Geschäftsvorgänge, die für die Gesellschaft von besonderer Bedeutung waren. Darüber hinaus fand zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorstand, insbesondere dessen Vorsitzenden, ein ständiger Austausch zu Fragen der strategischen Ausrichtung, der Geschäftsentwicklung, des Risikomanagements sowie zu bedeutenden Einzelmaßnahmen statt.

Bei den einzelnen Aufsichtsratssitzungen war durchweg eine hohe Anwesenheitsquote zu verzeichnen. Lediglich die Aufsichtsratsmitglieder Pierre Lederer, Thomas Piquemal und Laurent Stricker konnten im Geschäftsjahr 2010 an weniger als der Hälfte der Sitzungen teilnehmen.

Arbeit der Ausschüsse

Die vom Aufsichtsrat eingerichteten Ausschüsse haben im Geschäftsjahr 2010 erneut regelmäßig getagt und damit zu einer effizienten Wahrnehmung seiner Aufgaben beigetragen. Die personelle Zusammensetzung der Ausschüsse ist auf Seite 245 des Geschäftsberichts dargestellt. Über die Arbeit in den Ausschüssen wurde zu Beginn jeder Aufsichtsratssitzung ausführlich berichtet.

Der Personalausschuss befasste sich im abgelaufenen Geschäftsjahr in zwölf Sitzungen und vier schriftlichen Beschlussverfahren insbesondere mit der Überarbeitung des Vorstandsvergütungssystems aufgrund der geänderten regulatorischen Rahmenbedingungen sowie dessen Umsetzung im Regelwerk der variablen Vorstandsvergütung, um die entsprechenden Entscheidungen des Aufsichtsrats vorzubereiten. Zudem beschäftigte sich

der Personalausschuss mit der erfolgsbezogenen Vergütung und bereitete die entsprechenden Beschlüsse des Aufsichtsrats vor. Darüber hinaus erörterte er zusammen mit dem Vorstand die Grundsätze der Managemententwicklung und die langfristige Nachfolgeplanung. Ferner befasste er sich mit den Veränderungen innerhalb des Vorstands und bereitete für den Aufsichtsrat die Entscheidung zur Bestellung eines Finanzvorstands vor.

Der Finanz- und Investitionsausschuss erörterte in seinen sechs Sitzungen eingehend die Finanz-, Liquiditäts- und Ergebnissituation der EnBW sowie das Budget für das Geschäftsjahr 2011 und die Mittelfristplanung 2011 bis 2013. Zudem prüfte er aktuelle Investitionsvorhaben und bereitete die entsprechenden Entscheidungen des Aufsichtsrats vor. Darüber hinaus hat der Finanz- und Investitionsausschuss im Rahmen der ihm nach der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats zugewiesenen Entscheidungsbefugnisse der Freigabe eines zweistufigen Modells zur Beteiligung von Stadtwerken am Offshore-Windpark EnBW Baltic 1 zugestimmt.

Der Prüfungsausschuss beschäftigte sich in drei ordentlichen Sitzungen insbesondere mit Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements und der Compliance sowie der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Abschlussprüfung, der vom Abschlussprüfer zusätzlich erbrachten Leistungen, der Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems, des internen Risikomanagementsystems und des internen Revisionssystems. Er erteilte dem Abschlussprüfer nach Einholung der gemäß Ziffer 7.2.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex geforderten Unabhängigkeitserklärung den Prüfungsauftrag, traf mit ihm die Honorarvereinbarung und legte die Prüfungsschwerpunkte fest. Der Prüfungsausschuss befasste sich mit dem Quartalsfinanzbericht zum 31. März 2010, prüfte in Anwesenheit des Abschlussprüfers den Halbjahresfinanzbericht zum 30. Juni 2010 und erörterte diesen – ebenso wie den Quartalsfinanzbericht zum 30. September 2010 – eingehend mit dem Vorstand. Außerdem analysierte er zur Vorbereitung der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats detailliert den Jahres- und Konzernabschluss zum 31. Dezember 2010 sowie den zusammengefassten Lagebericht für die Gesellschaft und den Konzern für das Geschäftsjahr 2010.

Der Nominierungsausschuss fasste im Geschäftsjahr 2010 in drei Sitzungen und zwei schriftlichen Beschlussverfahren im Rahmen der ihm von den Anteilseignervertretern im Aufsichtsrat übertragenen Zuständigkeiten nach § 32 Mitbestimmungsgesetz (MitbestG) verschiedene Beschlüsse zur Ausübung von Beteiligungsrechten im EnBW-Konzern.

In seiner Sitzung am 7. Juli 2010 richtete der Aufsichtsrat zudem einen Ad-hoc-Ausschuss ein, der aus vier Mitgliedern besteht und im Geschäftsjahr 2010 zu fünf Sitzungen zusammenkam. Der Ad-hoc-Ausschuss hat die Aufgabe, die Untersuchungen sowie die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen betreffend Unregelmäßigkeiten bei Geschäftsbeziehungen mit bestimmten russischen Geschäftspartnern zu überwachen.

Für den Vermittlungsausschuss gemäß § 27 Abs. 3 MitbestG gab es im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Veranlassung zusammenzukommen.

Corporate Governance

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2010 erneut intensiv mit verschiedenen Fragen der Corporate Governance und der Weiterentwicklung der Corporate-Governance-Standards befasst. Im Corporate-Governance-Bericht auf den Seiten 233 bis 249 des Geschäftsberichts sind diese ausführlich dargestellt.

In der Sitzung am 7. Juli 2010 fand die jährliche Effizienzprüfung des Aufsichtsrats statt. Diese wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr – insbesondere zum Zweck eines Best-Practice-Vergleichs – erstmals durch einen externen Berater ergänzt. Im Rahmen dieser Prüfung wurden Ansatzpunkte für eine weitere Verbesserung der Gremienarbeit identifiziert, die für die künftige Arbeit berücksichtigt werden.

Im Rahmen der Untersuchungen von Unregelmäßigkeiten betreffend Geschäftsbeziehungen mit bestimmten russischen Geschäftspartnern hat der Aufsichtsrat den Sachverhalt auch im Hinblick auf Schlussfolgerungen für die Effizienz des Compliance-Systems und des Internen Kontrollsystems analysiert und die Umsetzung von Maßnahmen zur weiteren Verbesserung begleitet.

Mit den Änderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex vom 26. Mai 2010 und deren Implikationen für die EnBW befasste sich der Aufsichtsrat eingehend in seiner Sitzung am 9. Dezember 2010. In dieser Sitzung nahm der Aufsichtsrat darüber hinaus den Bericht des Corporate-Governance-Verantwortlichen entgegen und verabschiedete die Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG.

Zuvor hatte der Vorstand in seiner Sitzung am 9. Dezember 2010 eine wortgleiche Erklärung abgegeben. Die EnBW entsprach im Geschäftsjahr 2010 uneingeschränkt sämtlichen Empfehlungen des Kodex in der jeweils geltenden Fassung und beabsichtigt, ihnen auch künftig mit Ausnahme der Empfehlungen gemäß Ziffer 5.4.1 Abs. 2 und 3 des Kodex (Benennung von konkreten Zielen für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats) zu entsprechen.

Die aktuelle Entsprechenserklärung steht den Aktionären gemeinsam mit den Erklärungen der Vorjahre auf den Internetseiten der EnBW dauerhaft zur Verfügung und ist im Corporate-Governance-Bericht auf Seite 243 des Geschäftsberichts vollständig wiedergegeben.

Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG), Berlin, wurde von der Hauptversammlung am 29. April 2010 zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer sowie zum Prüfer für die prüferische Durchsicht des im Halbjahresfinanzbericht enthaltenen verkürzten Abschlusses gewählt. Der Prüfungsausschuss erteilte der KPMG die jeweiligen Prüfungsaufträge und legte die Prüfungsschwerpunkte für die Jahres- und Konzernabschlussprüfung fest.

Entsprechend ihrer Beauftragung nahm die KPMG eine Durchsicht des im Halbjahresfinanzbericht zum 30. Juni 2010 enthaltenen verkürzten Abschlusses nebst Zwischenlagebericht vor und erteilte darüber anschließend eine uneingeschränkte Bescheinigung nach den Regelungen des Wertpapierhandelsgesetzes. In der Sitzung vom 29. Juli 2010 berichtete der Prüfer den Mitgliedern des Prüfungsausschusses über seine Prüfungstätigkeit sowie die Prüfungsergebnisse und stand für Fragen zur Verfügung. Die Ausschussmitglieder hatten nach ihrer eigenen Durchsicht keine Einwendungen gegen den Halbjahresfinanzbericht.

Auf Grundlage der durch den Prüfungsausschuss festgelegten Prüfungsschwerpunkte und unter Einbeziehung der Buchführung prüfte die KPMG den vom Vorstand nach den Regeln des Handelsgesetzbuchs (HGB) aufgestellten Jahresabschluss der EnBW Energie Baden-Württemberg AG und den auf Grundlage der internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS) aufgestellten Konzernabschluss jeweils zum 31. Dezember 2010 sowie den zusammengefassten Lagebericht für die Gesellschaft und den Konzern für das Geschäftsjahr 2010. Die Prüfungen ergaben keine Einwendungen, sodass jeweils ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt wurde. Darüber hinaus unterzog der Abschlussprüfer das vom Vorstand gemäß § 91 Abs. 2 AktG eingerichtete Überwachungssystem zur Risikofrüherkennung einer intensiven Prüfung und bestätigte, dass dieses geeignet ist, seine Aufgaben zu erfüllen.

Die Entwürfe der Berichte des Abschlussprüfers über die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses (einschließlich des zusammengefassten Lageberichts) wurden den Mitgliedern des Prüfungsausschusses rechtzeitig vorher für die Ausschusssitzung am 4. Februar 2011 übersandt. Diese enthielten jeweils Entwürfe der Abschlüsse einschließlich des Gewinnverwendungsvorschlags des Vorstands. In dieser Sitzung berichtete der Abschlussprüfer über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen und stand für Fragen der Ausschussmitglieder zur Verfügung. Der Abschlussprüfer berichtete den Ausschussmitgliedern, dass keine wesentlichen Schwächen des Internen Kontrollsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess festgestellt worden sind und informierte die Ausschussmitglieder über von ihm zusätzlich zur Abschlussprüfung erbrachte Leistungen sowie darüber, dass keine Umstände vorliegen, die seine Befangenheit besorgen lassen. Der Prüfungsausschuss befasste sich eingehend mit den übersandten Abschlussunterlagen und Entwürfen der Prüfungsberichte. Gegen den Jahres- und Konzernabschluss nebst dem zusammengefassten Lagebericht und dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands erhob der Prüfungsausschuss nach Abschluss seiner Prüfungen keine Einwendungen. Er empfahl dem Aufsichtsrat, die Abschlüsse nebst dem zusammengefassten Lagebericht zu billigen und dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns zuzustimmen.

Im Anschluss an die ausführliche Vorprüfung durch den Prüfungsausschuss wurden die ausgefertigten Prüfungsberichte nebst Abschlussunterlagen und Gewinnverwendungsvorschlag sämtlichen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig vor der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 23. Februar 2011 übersandt. In dieser Sitzung berichtete der Abschlussprüfer über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen sowie darüber, dass er im Rahmen seiner Prüfung keine wesentlichen Schwächen des Internen Kontrollsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess festgestellt hat und stand für Fragen der Gremienmitglieder zur Verfügung. Er informierte ferner über von ihm zusätzlich zur Abschlussprüfung erbrachte Leistungen und dass keine Umstände vorliegen, die seine Befangenheit besorgen lassen. Darüber hinaus berichtete ein Mitglied des Prüfungsausschusses ausführlich über die Beratungen und die Ergebnisse der Sitzung des Prüfungsausschusses. Auch er stand für Fragen der übrigen Gremienmitglieder zur Verfügung. Der Aufsichtsrat bezog die Ergebnisse des Abschlussprüfers und des Prüfungsausschusses in seine weiteren Beratungen ein.

Der Aufsichtsrat prüfte sodann seinerseits eingehend den Jahres- und Konzernabschluss zum 31. Dezember 2010, den zusammengefassten Lagebericht über das Geschäftsjahr 2010 und den Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahres 2010. Das abschließende Ergebnis seiner eigenen Prüfung führte zu keinerlei Einwendungen des Aufsichtsrats. Dieser stimmte den Prüfungsergebnissen des Abschlussprüfers zu, billigte den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 – der damit festgestellt ist – sowie den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2010 und den zusammengefassten Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010 und schloss sich dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahres 2010 an.

Auch der vom Vorstand gemäß § 312 AktG aufgestellte Bericht über die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) wurde von der KPMG geprüft. Der Abschlussprüfer erteilte am 8. Februar 2011 folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Entwurf des Abhängigkeitsberichts wurde den Mitgliedern des Prüfungsausschusses gemeinsam mit den übrigen Abschlussunterlagen und Entwürfen der Prüfungsberichte rechtzeitig vor der Sitzung am 4. Februar 2011 zugesandt. Der Prüfungsausschuss befasste sich in dieser Sitzung eingehend mit dem übersandten Entwurf des Abhängigkeitsberichts und nahm den Bericht des Abschlussprüfers entgegen, der über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen informierte und für Fragen der Ausschussmitglieder zur Verfügung stand. Nach sorgfältiger eigener Prüfung erhob der Prüfungsausschuss gegen den Abhängigkeitsbericht keine Einwendungen. Anschließend wurde der ausgefertigte Abhängigkeitsbericht den Mitgliedern des Aufsichtsrats rechtzeitig vor der Bilanzsitzung am 23. Februar 2011 zur Prüfung übermittelt. An den Beratungen über den Bericht im Rahmen dieser Sitzung nahm der Abschlussprüfer ebenfalls teil und berichtete über die wesentlichen Prüfungsergebnisse. Darüber hinaus berichtete der Vorsitzende des Prüfungsausschusses über die Prüfung des Abhängigkeitsberichts durch den Prüfungsausschuss.

Der Aufsichtsrat unterzog den Abhängigkeitsbericht unter Einbeziehung der Ergebnisse des Abschlussprüfers und des Prüfungsausschusses einer eingehenden Prüfung im Hinblick auf seine Vollständigkeit und Richtigkeit, billigte das Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers und kam zu dem Ergebnis, dass keine Einwendungen gegen die vom Vorstand am Schluss des Berichts abgegebene Erklärung über die Beziehung zu verbundenen Unternehmen zu erheben sind.

Personelle Veränderungen in Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres gab es bei der personellen Besetzung des Vorstands verschiedene Änderungen.

Dr. Rudolf Schulten, der seit 1. Januar 2009 Mitglied des Vorstands gewesen war, hat sein Amt als Finanzvorstand aus gesundheitlichen Gründen am 11. März 2010 mit sofortiger Wirkung niedergelegt. Die Verantwortlichkeiten für die dem Finanzressort zugeordneten Unternehmensbereiche und Konzerngesellschaften wurden bereits am 22. Dezember 2009 aufgrund der längeren krankheitsbedingten Abwesenheit von Dr. Rudolf Schulten vorübergehend auf die anderen Mitglieder des Vorstands verteilt.

Mit Wirkung zum 20. Juli 2010 hat Dr. Hans-Josef Zimmer sein Amt als Technikvorstand niedergelegt, um jedweden Eindruck vorzubeugen, dass die Prüfungen von Verträgen in Zusammenhang mit Geschäftstätigkeiten in Russland nicht vorbehaltlos erfolgen könnten. Die Verantwortlichkeiten für die dem Technikressort zugeordneten Unternehmensbereiche und Konzerngesellschaften wurden mit Wirkung ab dem 21. Juli 2010 vorübergehend neu so verteilt, dass Dr. Hans-Josef Zimmer als Generalbevollmächtigter dem Vorstandsvorsitzenden berichtet. Die kaufmännischen Belange der Erzeugung sowie der Bereich Konzernrevision werden direkt vom Vorstandsvorsitzenden verantwortet.

In seiner Sitzung am 17. Januar 2011 bestellte der Aufsichtsrat Thomas Kusterer auf Empfehlung des Personalausschusses mit Wirkung zum 1. April 2011 für die Dauer von drei Jahren zum Mitglied des Vorstands. Thomas Kusterer ist derzeit Chief Financial Officer (CFO) der EDF Energy plc, London, und übernimmt im EnBW-Vorstand die Funktion des Finanzvorstands.

Aufsichtsrat

Im Geschäftsjahr 2010 kam es auch im Aufsichtsrat zu mehreren personellen Veränderungen.

Laurent Stricker und Gérard Wolf haben jeweils ihr Amt niedergelegt und sind mit Wirkung zum Ablauf des 7. Juni 2010 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Durch Beschluss des Amtsgerichts Mannheim wurden Pierre Lederer, Directeur Exécutif Groupe en Charge du Commerce, de l'Optimisation et du Trading et de la zone Europe Continentale (Generaldirektor Vertrieb, Optimierung, Handel und Kontinentaleuropa) bei der Electricité de France SA, Paris, und Thomas Piquemal, Directeur Exécutif Groupe en charge des finances (Generaldirektor Finanzen) bei der Electricité de France SA, jeweils mit Wirkung ab dem 8. Juni 2010 zu Mitgliedern des Aufsichtsrats bestellt.

Werner Vorderwülbecke ist aufgrund seiner Amtsniederlegung mit Wirkung zum Ablauf des 18. Juni 2010 ebenfalls aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Als Nachfolger von Werner Vorderwülbecke hat das Amtsgericht Mannheim mit Beschluss vom 6. September 2010 Bodo Moray, Gewerkschaftssekretär ver.di/Landesfachbereichsleiter Ver- und Entsorgung Baden-Württemberg, zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt.

Ferner haben Dr. Daniel Camus und Marc Boudier jeweils ihr Amt als Mitglied des Aufsichtsrats niedergelegt und sind mit Wirkung zum Ablauf des 9. Januar 2011 beziehungsweise 16. Januar 2011 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Durch Beschluss des Amtsgerichts Mannheim wurden Marianne Laigneau, Directeur des Ressources Humaines Groupe (Generaldirektorin für Personal) bei der Electricité de France SA, mit Wirkung ab dem 12. Januar 2011 und Serge Massart, Directeur chargé de mission auprès du Directeur Exécutif Groupe en charge de la production et de l'ingénierie (Beigeordneter Direktor des für Erzeugung und Engineering zuständigen Generaldirektors) bei der Electricité de France SA, mit Wirkung ab dem 17. Januar 2011 jeweils zu Mitgliedern des Aufsichtsrats bestellt.

Mit Vollzug des Aktienkaufvertrags zwischen der NECKARPRI GmbH, einer 100%igen Tochtergesellschaft des Landes Baden-Württemberg und der Electricité de France International SA, haben Marianne Laigneau, Pierre Lederer, Serge Massart, Thomas Piquemal und Gérard Roth jeweils ihr Amt als Mitglied des Aufsichtsrats niedergelegt und sind mit Ablauf des 17. Februar 2011 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Durch Beschluss des Amtsgerichts Mannheim wurden auf Vorschlag der NECKARPRI GmbH Dr.-Ing. Rainer Dulger (geschäftsführender Gesellschafter der ProMinent Dosiertechnik GmbH), Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH und Inhaber eines Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim) und Dr. Hubert Lienhard (Vorsitzender der Geschäftsführung der Voith GmbH) mit Wirkung ab dem 21. Februar 2011 jeweils zu Mitgliedern des Aufsichtsrats bestellt. Als weitere Mitglieder des Aufsichtsrats sollen auf Vorschlag der NECKARPRI GmbH Prof. Dr. Ulrich Goll (Justizminister und stellvertretender Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg) und Helmut Rau (Minister im Staatsministerium des Landes Baden-Württemberg, Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg, Geschäftsführer der NECKARPRI GmbH) nach Zustimmung des Landtags von Baden-Württemberg ebenfalls durch gerichtliche Bestellung zu Mitgliedern des Aufsichtsrats bestellt werden.

Der Aufsichtsrat dankt den ausgeschiedenen Mitgliedern für die vertrauensvolle und engagierte Zusammenarbeit und ihre Tätigkeit für das Unternehmen.

Der Aufsichtsrat bedankt sich bei den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr hohes persönliches Engagement und die im Geschäftsjahr 2010 geleistete Arbeit.

Karlsruhe, 23. Februar 2011

Der Aufsichtsrat



Dr. Claus Dieter Hoffmann
Vorsitzender

Der Vorstand



Dr. Rudolf Schulten, geboren 1955 in Göttingen, Mitglied des Vorstands,
Chief Financial Officer, 1. Januar 2009 bis 11. März 2010, Mühlhausen

Dr. Hans-Josef Zimmer, geboren 1958 in Merzig, Mitglied des Vorstands,
Chief Technical Officer, 1. Oktober 2007 bis 20. Juli 2010, Steinfeld (Pfalz)

Hans-Peter Villis

geboren 1958 in Castrop-Rauxel
Vorsitzender des Vorstands
Chief Executive Officer seit 1. Oktober 2007
Bestellung bis 30. September 2012
Castrop-Rauxel/Karlsruhe



Christian Buchel

geboren 1963 in Straßburg
Mitglied des Vorstands
Chief Operating Officer seit 1. Februar 2009
Bestellung bis 31. Januar 2012
Karlsruhe

Dr. Bernhard Beck, LL.M.

geboren 1954 in Tuttlingen
Mitglied des Vorstands und Arbeitsdirektor
Chief Personnel Officer seit 1. Oktober 2002
Bestellung bis 30. September 2012
Leonberg

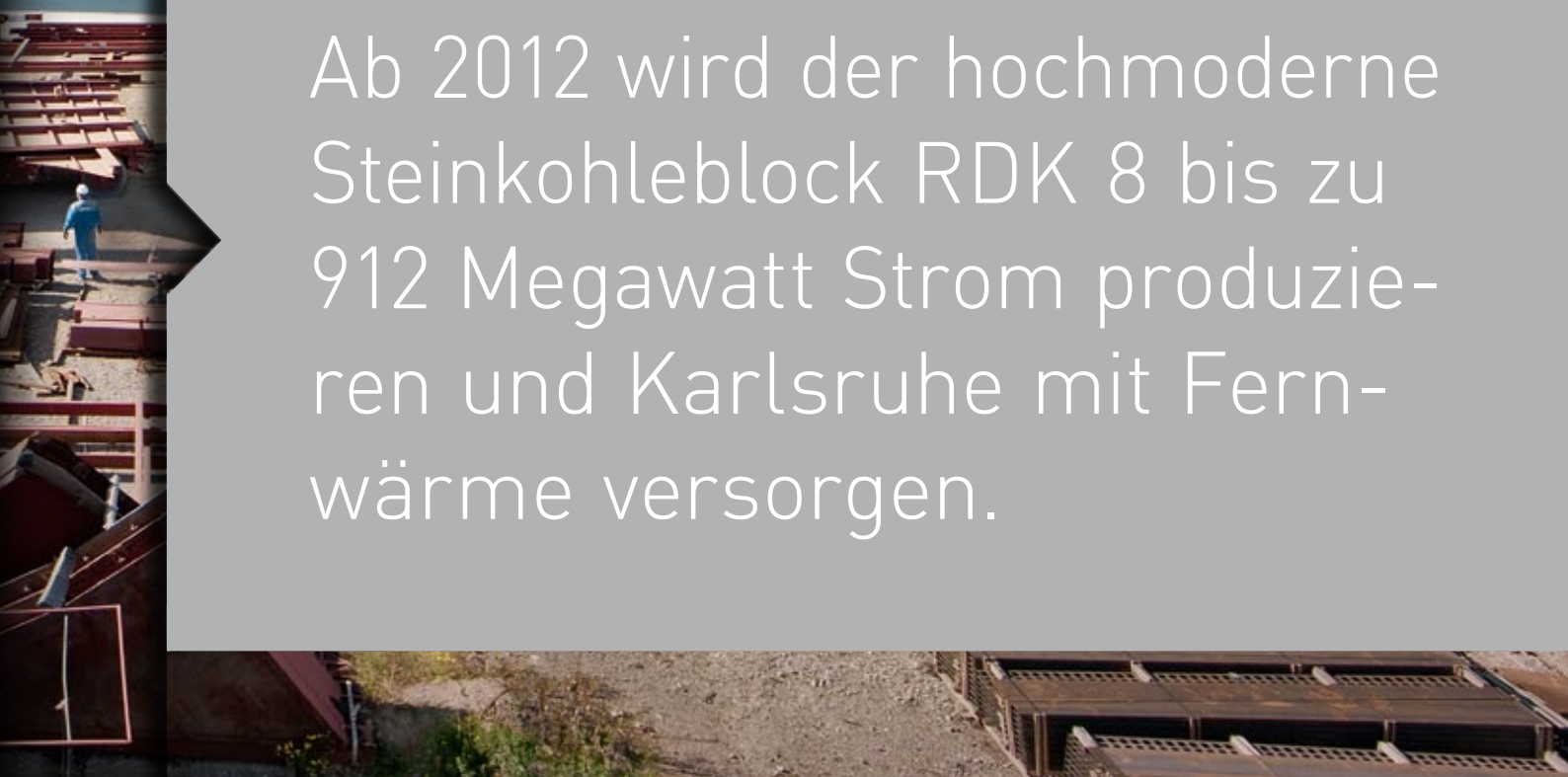
Stand: 4. Februar 2011





ERZEUGUNGSVIELFALT

Ab 2012 wird der hochmoderne Steinkohleblock RDK 8 bis zu 912 Megawatt Strom produzieren und Karlsruhe mit Fernwärme versorgen.





Ziel der EnBW ist es, den Energiebedarf zuverlässig, wirtschaftlich und umweltschonend zu decken und dabei die Netzstabilität zu gewährleisten.

Wir setzen auf einen Energiemix aus Kernenergie, fossilen Energien wie Kohle und Gas und erneuerbaren Energien wie Wasser- und Windkraft. Denn bis auf die Wasserkraft produzieren die erneuerbaren Energien wetterbedingt sehr unbeständig Strom und brauchen daher große „Dauerläufer“ an ihrer Seite, also Kern-, Kohle- und Laufwasserkraftwerke.

Die Kernkraftwerke zeichnen sich außerdem dadurch aus, dass sie Strom CO₂-frei erzeugen. Wir investieren ständig in die Sicherheit unserer Anlagen und lassen diese auch überprüfen. Unsere Kohlekraftwerke stehen für eine verbrauchsnahe Erzeugung, sind effizient und liefern oft auch noch umweltschonende Fernwärme aus Kraft-Wärme-Kopplung. 2012 soll der neue Steinkohleblock RDK 8 im Rheinhafen in Karlsruhe ans Netz gehen. Er ist für eine Bruttonennleistung von 912 Megawatt ausgelegt und zeichnet sich außerdem durch sehr gute Umwelttechnik aus: So ermöglichen die neuen Rauchgasreinigungsanlagen beispielsweise eine hohe Reduzierung der Luftschadstoffe – weit über die rechtlichen Anforderungen hinaus.

Die erneuerbaren Energien haben etliche Vorteile: Sie sind sauber, sie sind CO₂-frei, und „Rohstoffe“ wie Wasser, Wind und Sonne sind gratis und praktisch unbegrenzt verfügbar. Unsere Laufwasserkraftwerke produzieren rund um die Uhr CO₂-frei und auf natürliche Weise Strom; unsere Pumpspeicherkraftwerke ermöglichen es uns, Energie zu speichern und in Zeiten mit Bedarfsspitzen wieder abzurufen.

Die Wasserkrafterzeugung hat bei uns eine lange Tradition, jetzt kommt verstärkt die Windkraft dazu: Ende 2010 wurde mit EnBW Baltic 1 der erste kommerzielle Offshore-Windpark in Deutschland fertiggestellt. Er liegt in der Ostsee und versorgt rechnerisch rund 50.000 Haushalte mit Strom. EnBW Baltic 2 ist bereits in Planung. Mit einer Leistung von rund 300 Megawatt wird er sechsmal so groß sein.



WEITERE INFORMATIONEN

www.enbw.com > Konzern > Energieerzeugung

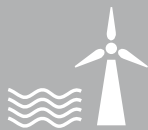


WEITERE INFORMATIONEN

www.enbw.com > Konzern > Neubauprojekte

EIGENERZEUGUNG DES ENBW-KONZERNS NACH PRIMÄRENERGIETRÄGERN¹

10,5 %



Erneuerbare Energien

51,0 %



Kernenergie

34,5 %



Fossile Energien

¹ Zzgl. Sonstiges: 4 %



Nikolaus Elze, Leiter Bereich Engineering bei der EnBW Kraftwerke AG

„Mit einem Nettowirkungsgrad von über 46 Prozent setzen wir beim Steinkohleblock RDK 8 neue Maßstäbe in der Minderung des spezifischen CO₂-Ausstoßes.“

Energie ist Vielfalt

Werte, Ziele, Strategie

- 21 Langfristig Wachstum im Blick
- 23 Nah am Kunden, mit vielfältigen Lösungen
- 23 Wirkungsvolle Partnerschaften
- 24 Die Vielfalt unserer Mitarbeiter fördern und nutzen
- 25 Nachhaltig engagiert für Umwelt und Gesellschaft

Die EnBW am Kapitalmarkt

- 26 Mit finanzieller Stabilität am Fremdkapitalmarkt etabliert
 - 27 Anleihen und Aktie der EnBW auf den Kapitalmärkten 2010
 - 28 Serviceorientierte und transparente Investor Relations
-

Werte, Ziele, Strategie

Die EnBW hat ihr Geschäftsmodell geschärft. Wir werden unsere strategischen Stoßrichtungen auch trotz der künftigen finanziellen Belastungen aus der Kernbrennstoffsteuer weiter verfolgen. Unser Geschäft in Deutschland werden wir in noch engerer Zusammenarbeit mit Kommunen und Stadtwerken – in Baden-Württemberg und darüber hinaus – ausbauen. Die Vielfalt unserer Mitarbeiter begreifen wir als Stärke, die wir weiter fördern wollen. In der Gesellschaft engagieren wir uns im Umwelt- und Klimaschutz sowie im kulturellen, sozialen und sportlichen Bereich.

Langfristig Wachstum im Blick

Es ist das Ziel der EnBW, zur Spitzengruppe der europäischen Energieunternehmen zu gehören. Die Grundlage dazu bilden ein ausgewogenes Geschäftsportfolio und unsere starken Wurzeln in Baden-Württemberg. Die vier Geschäftsfelder der EnBW sind mit ihren Produkten und Dienstleistungen auf drei sehr unterschiedlichen Märkten vertreten: Großhandelsmärkte, regulierte Märkte und Endkundenmärkte. Entlang der fünf strategischen Stoßrichtungen wurden ab 2008 kontinuierlich Maßnahmen ergriffen, um die Wettbewerbsposition der EnBW auf diesen Märkten zu stärken. Im Jahr 2010 haben wir unser Geschäftsmodell weiter geschärft: In Deutschland und der Tschechischen Republik wollen wir als integrierter Versorger auftreten. In ausgewählten ausländischen Märkten wie der Schweiz, Türkei oder Polen konzentrieren wir uns auf ein Wachstum in den Bereichen erneuerbare Energien, Energiemanagement und Energieeffizienz. Zudem werden unsere Aktivitäten von einem starken Kostenbewusstsein begleitet, das auf effiziente Prozesse im Unternehmen und die Ausschöpfung von Synergien auch mit unseren Partnern abzielt. Unsere Unternehmensentwicklung wird langfristig durch folgende Leitlinien bestimmt:



WEITERE INFORMATIONEN
Lagebericht > Ziele und
Strategie > S. 47f.

- > **Leistungsportfolio:** Die EnBW übernimmt mehr als nur die Rolle des klassischen Energieversorgers. In unseren Kundensegmenten werden wir zunehmend intelligente Energielösungen anbieten und wir wollen führend in Energieberatung und -dienstleistung sein.
- > **Marktposition:** Ausgehend von der Verankerung in Baden-Württemberg wollen wir unsere Position unter den zehn größten Energieversorgungsunternehmen in Europa festigen und ausbauen. Bei der Stromerzeugung bedeutet dies, langfristig Erzeugungskapazitäten von 14.000 MW bis 15.000 MW zu sichern. Im Geschäftsfeld Gas wollen wir den Midstream-Bereich stärken und das Geschäftsmodell des kommerziellen Optimierers umsetzen, indem wir Gasbezugsverträge abschließen sowie Transportrechte und LNG-Kapazitäten in unser Portfolio aufnehmen.
- > **Energiedienstleistungen:** Bis zum Jahr 2020 streben wir eine deutliche Erhöhung des Umsatzes bei Energiedienstleistungen an.
- > **Umwelt und Gesellschaft:** Den Anteil der erneuerbaren Energien an unserer Stromeigenerzeugung wollen wir bis 2020 von derzeit 13% auf rund 20% erhöhen. Dies stellt einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz und zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung dar. Trotz unserer Unternehmensgröße sehen wir die Nähe zur Region, zu unseren Kunden und Geschäftspartnern als großen Erfolgsfaktor. Unser Leistungsversprechen an unsere Kunden – vom Privatkunden bis zur Kommune – sind Lösungen rund um Energie. Zusätzlich unterstützen wir Kunst, Kultur, Soziales und Sport vor Ort.
- > **Finanzen:** Für unsere Aktionäre verfolgen wir ein langfristiges Wachstum und planen, langfristig einen positiven Wertbeitrag zu erwirtschaften. Bei der finanziellen Stabilität des Unternehmens gehen wir keine Kompromisse ein. Wir wollen unser Rating im A-Bereich auf jeden Fall halten. Als Grenzwert für den dynamischen Verschuldungsgrad (bereinigte Nettoverschuldung/Adjusted EBITDA) haben wir 3,5 festgelegt. Für die Anteilseigner gehen wir von einer Dividende von rund 40% bis 60% des Adjusted Konzernergebnisses aus.

Kern der Unternehmensentwicklung ist ein ambitioniertes Investitionsprogramm, bei dem ursprünglich Bruttoinvestitionen in Höhe von 7,9 Mrd. € für den Zeitraum 2010 bis 2012 vorgesehen waren. Davon wurden im Berichtszeitraum 2,3 Mrd. € investiert. Im Jahresverlauf 2010 wurden mit der Kernbrennstoffsteuer und dem Energiekonzept der Bundesregierung zentrale politische und regulatorische Rahmenbedingungen für die Zukunft festgesetzt. Allein aus der Kernbrennstoffsteuer resultieren in den kommenden Jahren jeweils etwa 440 Mio. € zusätzliche Belastungen für die EnBW. Zahlungsverpflichtungen ergeben sich für das Unternehmen zudem im Zusammenhang mit dem Förderfonds für erneuerbare Energien (2011 und 2012 je 65 Mio. €; 2013 bis 2016 je 43 Mio. €). Die aus der Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke resultierenden positiven Effekte können die zusätzlichen Belastungen durch die Kernbrennstoffsteuer und den Förderfonds für erneuerbare Energien in den nächsten Jahren nicht ausgleichen. Erst nach Auslaufen der Kernbrennstoffsteuer 2017 wirken sich die Neuregelungen für die Kernkraftwerke unter sonst gleichen Bedingungen ergebnisverbessernd aus. Hinzu kommen eine rückläufige Entwicklung bei den Großhandelspreisen und damit verbundene Marktpreisrisiken sowie die Notwendigkeit, ab 2013 alle CO₂-Zertifikate zukaufen zu müssen. In Anbetracht der hohen Belastungen ab 2011 haben wir eine Anpassung der Strategie in Verbindung mit einer notwendigen Kürzung des Investitionsprogramms vorgenommen. Das Niveau der Bruttoinvestitionen wird von 2011 bis 2013 dementsprechend 5,1 Mrd. € betragen. Desinvestitionen sind im gleichen Zeitraum in Höhe von 1,8 Mrd. € vorgesehen, um das Geschäftsmodell weiter zu schärfen. Um zusätzlichen finanziellen Belastungen entgegenzuwirken, haben wir bereits im Oktober 2010 das Effizienzprogramm „Fokus“ gestartet. Nach dem schrittweisen Hochlauf soll ab dem Jahr 2013 das EBIT-wirksame Zielvolumen von jährlich nachhaltig 300 Mio. € realisiert werden.

Dennoch werden wir in den nächsten Jahren zunächst deutliche Ergebniseinbußen im Vergleich zum Geschäftsjahr 2010 verzeichnen. Mit Blick auf die langfristige Unternehmensentwicklung sehen wir uns allerdings weiterhin auf Wachstumskurs. Dabei werden wir unser Geschäftsportfolio schrittweise weiter in Europa diversifizieren und die Beziehungen zu unseren regionalen Partnern stärken.

Markenleitbild	Unsere Mission					Unternehmensleitbild, Führung
	Wir stehen für Fortschritt und Wettbewerb im Energiemarkt zum Wohl unserer Kunden					
	Unsere Vision					
	Ausgehend von unseren starken Wurzeln in Baden-Württemberg gehören wir durch hervorragende Leistungen mit einem ausgewogenen Geschäftsportfolio zur Spitzengruppe der europäischen Energieunternehmen					
Wir sind im EnBW-Konzern überzeugt von						
<ul style="list-style-type: none"> > den Vorteilen eines wettbewerbsorientierten Markts zum Wohl unserer Kunden > der Vorteilhaftigkeit einer umfassenden Verantwortung der vollständigen Wertschöpfungskette bei Strom und Gas > der Notwendigkeit eines breiten Energiemixes in der Erzeugung > den unternehmerischen Chancen aus einem weiteren Zusammenwachsen des europäischen Energiemarkts 						
Unsere strategischen Stoßrichtungen						
Entwicklung Erzeugungskapazitäten		Ausbau Gasgeschäft	Kernmarkt D, selektives Wachstum Ausland	Etablierung neuer Geschäftsfelder	Prozessverbesserungen und Synergien ausschöpfen	

Nah am Kunden, mit vielfältigen Lösungen

Wir wollen für unsere Kunden – Privathaushalte, Stadtwerke, Kommunen, Gewerbebetriebe, mittelständische und große Industrieunternehmen – mit unseren Produkten und Dienstleistungen einen Mehrwert erzielen. Im Zentrum stehen dabei kundenorientierte Energieberatung und Dienstleistungen rund um die Energienutzung direkt beim Kunden. Um künftig noch flexibler, schlagkräftiger und effizienter für Kunden agieren zu können, werden die Vertriebsmarken des EnBW-Konzerns nun von der 2010 gegründeten Vertriebsgesellschaft EnBW Vertrieb GmbH zentral gesteuert. Die EnBW hat 2010 vielfältige neue Lösungen für ihre Kunden entwickelt und zahlreiche Programme fortgeführt:

- > Privatkunden: Der intelligente Stromzähler, den wir 2008 als bundesweit erstes Energieunternehmen einführten, ist fester Bestandteil unseres Angebots im Bereich Energieeffizienz und Energieeinsparung zur Verminderung der CO₂-Emissionen. Das Produktportfolio des Smart-Home-Ansatzes wurde 2010 konsequent erweitert. Alle Kunden in Baden-Württemberg können das E-Bike erwerben und so die emissionsfreie Mobilität ein Stück vorantreiben. Komplettlösungen für die Erzeugung von Strom durch Solaranlagen bieten die EnBW ab 2010 in ausgewählten Gebieten in Baden-Württemberg und ihr Tochterunternehmen Yello in weiteren Testregionen bundesweit an. Eine sukzessive Ausdehnung der Vertriebsgebiete der EnBW und Yello ist angedacht. Einen wichtigen Beitrag zur effizienten Energienutzung liefert das Produkt Wärmepumpe in Baden-Württemberg. Nach dem erfolgreichen Start unseres Ökostromprodukts in Baden-Württemberg bieten wir mit NaturEnergie+ Ökostrom seit Herbst 2010 auch in ganz Deutschland an.
- > EnBW Netzwerke Energieeffizienz: Bundesweit wurden bereits 16 Netzwerke mit zusammen über 190 Unternehmen gegründet. Nach dreijähriger Projektlaufzeit realisieren die beteiligten Unternehmen im Durchschnitt eine Energieeinsparung von rund 8%. Die bisher ausgewerteten Unternehmen konnten insgesamt ihren jährlichen CO₂-Ausstoß um rund 30.000 t senken. Mit den EnBW EnergyWatchers haben wir der Verbreitung der Netzwerke 2010 einen weiteren Schub gegeben. Über ein Franchise-System werden damit zusätzliche Netzwerke gegründet.
- > Den Kommunen stehen wir traditionell mit Strom-, Gas- und Wärmeprodukten, der Wasserversorgung sowie zahlreichen Dienstleistungen zur Seite. Gemeinsam setzen wir Energie- und Infrastrukturlösungen um, analysieren Verbrauchsdaten öffentlicher Einrichtungen und realisieren Konzepte zur Erhöhung der Energieeffizienz, bei denen auch unsere Contractingleistungen zum Einsatz kommen. Im Bereich der erneuerbaren Energien haben wir 2010 29 Kommunen bei der Gründung von BürgerEnergiegenossenschaften unterstützt. In den Projekten dieser Genossenschaften wurden bis Ende 2010 Anlagen der erneuerbaren Energien mit 829,29 kWp Leistung installiert, womit jährlich 403,45 t an CO₂ eingespart werden können. Mit der Regionalstrategie wollen wir künftig noch enger mit den Kommunen und Stadtwerken in Baden-Württemberg zusammenarbeiten. Ein Aspekt ist dabei die regionale Ausweitung bisher etablierter Geschäftskonzepte wie in den Bereichen Biomasse, Biogas, Wind oder Fotovoltaik. Mit innovativen Investitionsmodellen können sich Kommunen künftig als Partner verstärkt an Neubauprojekten der EnBW auch außerhalb Baden-Württembergs engagieren. Zudem wird die Entwicklung dezentraler Geschäftsmodelle vorangetrieben. Diese Ansätze wollen wir auch mit unserem Partner, der EWE Aktiengesellschaft, im Norden Deutschlands realisieren.

Die Energieversorgung unserer Kunden beruht im Wesentlichen auf unserer Kompetenz bei der Errichtung und im Betreiben von zentralen und dezentralen Erzeugungsanlagen sowie bei den Netzen. Die gesicherte Versorgung mit Energie gewährleisten wir durch einen breiten Energiemix und umfangreiche Aufwendungen für die Instandhaltung der Anlagen sowie Investitionen in den Netzausbau.

Wirkungsvolle Partnerschaften

Die EnBW arbeitet in industriellen Partnerschaften mit deutschen und internationalen Unternehmen im Rahmen verschiedener Projekte zusammen. Mit der EDF verfolgen wir gemeinsame Großprojekte wie den Ausbau der beiden Wasserkraftwerke Iffezheim und Gambshausen am Rhein. Auch beim Gasspeicherprojekt in Etzel arbeiten die EDF und die EnBW zusammen. Erfolgreiche Kooperationen gehen wir in Forschung & Entwicklung ein. Beispiele aus dem Jahr 2010 sind ein grenzübergreifender Flottentest im Bereich Elektromobilität (Projekt Kléber) oder unser Beitritt zum Europäischen Zentrum für Energieeffizienzforschung in Paris. Darüber hinaus speist das Geothermiekraftwerk Soultz-sous-Forêts im Elsass, an dem die EnBW beteiligt ist, nach einer weiteren Betriebsoptimierung seit Januar 2011 planmäßig Strom in das französische Stromnetz ein. Gemeinsam mit dem italienischen Energiekonzern Eni SpA sind wir Gesellschafter bei der Gasversorgung Süddeutschland. Mit unserem

Partner Pražska energetika a.s. (PRE) in Tschechien wollen wir im Rahmen von Effizienzprojekten Synergien schöpfen. In der Türkei betreibt die EnBW in einem Joint Venture mit dem türkischen Industrieunternehmen Borusan den Aufbau von Erzeugungskapazitäten im Bereich der erneuerbaren Energien. Eine weitere Partnerschaft auf dem Feld der erneuerbaren Energien besteht mit der Altus AG bei der Inbetriebnahme von Windkraft- und Biogasanlagen in Deutschland. Gemeinsam mit der EWE Aktiengesellschaft realisieren wir kontinuierlich Synergien zwischen beiden Unternehmen und prüfen gemeinsame Projekte. Strategische Partnerschaften bestehen zudem mit der Vorarlberger Illwerke AG in Österreich und verschiedenen Stadtwerken.

Die Vielfalt unserer Mitarbeiter fördern und nutzen

Bei der EnBW sind Mitarbeiter unterschiedlichen Alters, Geschlechts, Familienstands, ethnischer Herkunft und Religion tätig. Den besonderen Bedürfnissen von Mitarbeitern mit Handicap tragen wir weitreichend Rechnung. Vielfalt heißt für uns, die unterschiedlichen Lebenswelten und -phasen unserer Mitarbeiter und Führungskräfte zu achten, sie als Bereicherung wahrzunehmen und zu fördern.

- **Weibliche Talente:** Wir erhöhen den Anteil an Frauen in Fach- und Führungspositionen deutlich und unterstützen unsere Mitarbeiterinnen und weiblichen Führungskräfte bei der Entfaltung ihres Potenzials. Unsere Erfahrung zeigt, dass gemischte Teams ein höheres Kreativitäts- und Innovationspotenzial aufweisen und zu besseren Lösungen kommen.
- **Beruf und Privatleben:** Wir unterstützen unsere Mitarbeiter und Führungskräfte mit ausgewählten Angeboten für verschiedene Lebensphasen. Die Balance zwischen Beruf und Privatleben fördert ihre Verbundenheit mit dem Unternehmen und sichert ihre Leistungsfähigkeit langfristig. Zu unseren Maßnahmen zählen flexible Arbeitszeiten, die betriebliche Gesundheitsförderung, Kinderbüros und andere Angebote der Kinderbetreuung oder die Unterstützung bei pflegebedürftigen Familienangehörigen. Für ihre Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben wurde die EnBW im Jahr 2010 erneut von der gemeinnützigen Hertie-Stiftung ausgezeichnet.
- **Demografie:** Wir befähigen und ermutigen unsere älteren Mitarbeiter und Führungskräfte, ihre Leistungsfähigkeit zu erhalten. Ihre Erfahrung und Kompetenz sind wichtig für den Erfolg und die Zukunftsfähigkeit unseres Unternehmens. Wir entwickeln demografische Szenarien, um unseren künftigen Mitarbeiterbedarf besser abschätzen zu können.
- **Menschen mit Behinderung:** Wir sehen es nicht nur als soziale Aufgabe, sondern als Bereicherung an, Menschen mit Handicap bei uns zu beschäftigen. Wir erleichtern ihnen die Mitarbeit: Dies beginnt mit einem barrierefreien Design unserer Gebäude, geht über spezielle Lesegeräte für Sehbehinderte bis hin zum Feueralarm für hörgeschädigte Mitarbeiter. Wichtige Veranstaltungen werden in Gebärdensprache übersetzt.

Mit unserer Vielfalt unterstreichen wir unsere Attraktivität als Arbeitgeber, festigen die Mitarbeiterbindung und erhöhen die Motivation unserer Mitarbeiter und Führungskräfte. Wir vergrößern den Kreis möglicher Fach- und Führungskräfte bei der Einstellung und erweitern unseren Handlungsspielraum bei der Mitarbeitergewinnung. Wir erhöhen unser Kreativitäts- und Innovationspotenzial und nehmen nicht zuletzt unsere soziale und gesellschaftliche Verantwortung bewusster wahr.

Zusammen mit unseren Mitarbeitern versuchen wir, die EnBW jeden Tag ein Stück besser zu machen. „Gemeinsam besser“ ist das Motto des 2008 gestarteten Konzernprogramms „Impuls“. In Kombination mit unseren Verbesserungsprogrammen beteiligen sich alle Mitarbeiter und Führungskräfte aktiv an einer kontinuierlichen Effizienzsteigerung der EnBW und der nachhaltigen Kostensenkung. Unsere Mitarbeiter haben 2010 insgesamt 4.630 Ideen zur Optimierung der Arbeitsabläufe eingereicht. Von diesen betrafen 3.014 Effizienzsteigerungen im eigenen Arbeitsbereich, die weiteren Vorschläge bezogen sich auf übergeordnete Abläufe im Konzern.

Nachhaltig engagiert für Umwelt und Gesellschaft

Die EnBW trägt eine besondere Verantwortung in der Gesellschaft. Wir engagieren uns als Energieunternehmen insbesondere beim Klima- und Umweltschutz. Unser Fokus richtet sich dabei auf Innovationen und Investitionen für eine zuverlässige, effiziente und klimaschonende Versorgung mit Energie.

- > Der EnBW-Konzern weist weiterhin als einziger deutscher Energiekonzern ein zertifiziertes, konzernweites Umweltmanagement nach ISO 14001 auf. Bis Ende 2010 wurde die Integration sämtlicher EnBW-Gesellschaften mit umweltrelevanten Anlagen und Tätigkeiten abgeschlossen.
- > 2010 waren 61 % unserer Stromeigenerzeugung CO₂-frei. Mit 299 g/kWh liegen unsere spezifischen CO₂-Emissionen weit unter dem Bundesdurchschnitt aus dem Jahr 2009 von 508 g/kWh. Bis 2020 wollen wir den Anteil der erneuerbaren Energien in unserem Erzeugungsportfolio auf rund 20 % ausbauen.
- > Wir engagieren uns bereits seit vielen Jahren in zahlreichen Initiativen zum Klimaschutz. Dazu zählen der regelmäßig stattfindende EnBW-Klimakongress, die Initiative „2° – Deutsche Unternehmer für Klimaschutz“, „econsense, Forum nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft“ oder das Projekt „3C – Combat Climate Change“. Außerdem zählt die EnBW zu den Unterzeichnern der Initiative „UN Global Compact“, bei der weltweit soziale und ökologische Standards eingehalten werden sollen.
- > An der im Oktober 2009 in Baden-Württemberg gestarteten Initiative „Weniger Verbrauch geht auch!“ haben sich bis zum Jahresende 2010 etwa 9.000 Menschen beteiligt und mit zahlreichen Maßnahmen Energieeinsparungen erzielt. Gemeinsam mit unseren Kunden wollen wir Baden-Württemberg zum Energie-Musterland machen.
- > In zwei Studien untersuchte die EnBW noch ungenutzte Potenziale von Laufwasser- und Pumpspeicherkraft in Baden-Württemberg und diskutierte diese mit Experten aus Politik, Industrie und Energiewirtschaft anlässlich ihres 4. Wasserkraftsymposiums.

Auf vielfältige Weise engagieren wir uns in den Bereichen Sport, Bildung, Kunst, Kultur und ehrenamtliches Handeln. Wir unterstützen kontinuierlich Vereine, Verbände und Organisationen in den Regionen, in denen wir geschäftlich aktiv sind. Wir verstehen dies als Zeichen unserer Verbundenheit mit unseren Nachbarn.

- > Wir unterstützen in Baden-Württemberg Fußball-, Handball-, Basketball- und Volleyballvereine sowie den Rad- und Turnsport. Die Förderung reicht vom Profisport über den Nachwuchsbereich bis in den Breitensport.
- > Wir wollen Kinder früh für naturwissenschaftlich-technische Zusammenhänge begeistern. Außerschulische Lernorte wie das Science Center oder eine Experimentierkiste zum Thema Energie für Kindergärten sind zwei Beispiele hierfür.
- > Mit Sponsoring unterstützen wir kulturelle Einrichtungen wie das ZKM Zentrum für Kunst und Medientechnologie in Karlsruhe, das Kunstmuseum Stuttgart, das Stuttgarter Ballett oder das Festspielhaus Baden-Baden. Zudem fördern wir das internationale Jugendorchesterfestival „YoungEuroClassic“ und kooperieren mit dem Deutschen Theater.

Unsere Stiftung Energieforschung hat seit der Gründung 1989 für Forschungs-, Demonstrations- und Entwicklungsvorhaben zu Themen wie erneuerbare Energien und effiziente Energienutzung mehr als 30 Mio. € an Forschungsgeldern zur Verfügung gestellt. Mit der Stiftung Energie & Klimaschutz Baden-Württemberg wollen wir Zusammenhänge zwischen Energiewirtschaft und Klimaschutz stärker herausarbeiten.




WEITERE INFORMATIONEN
www.enbw.com
 > Konzern > Nachhaltigkeitsbericht > Engagement

Die EnBW am Kapitalmarkt

Die Ratingagenturen bewerteten auch 2010 die Bonität der EnBW mit einem A-Rating. Die NECKARPRI GmbH einigte sich im Dezember 2010 mit der EDF, deren Anteile an der EnBW in Höhe von 45,01 % zu übernehmen. Serviceorientierte Investor Relations unterstreichen die Kapitalmarktorientierung des Unternehmens.

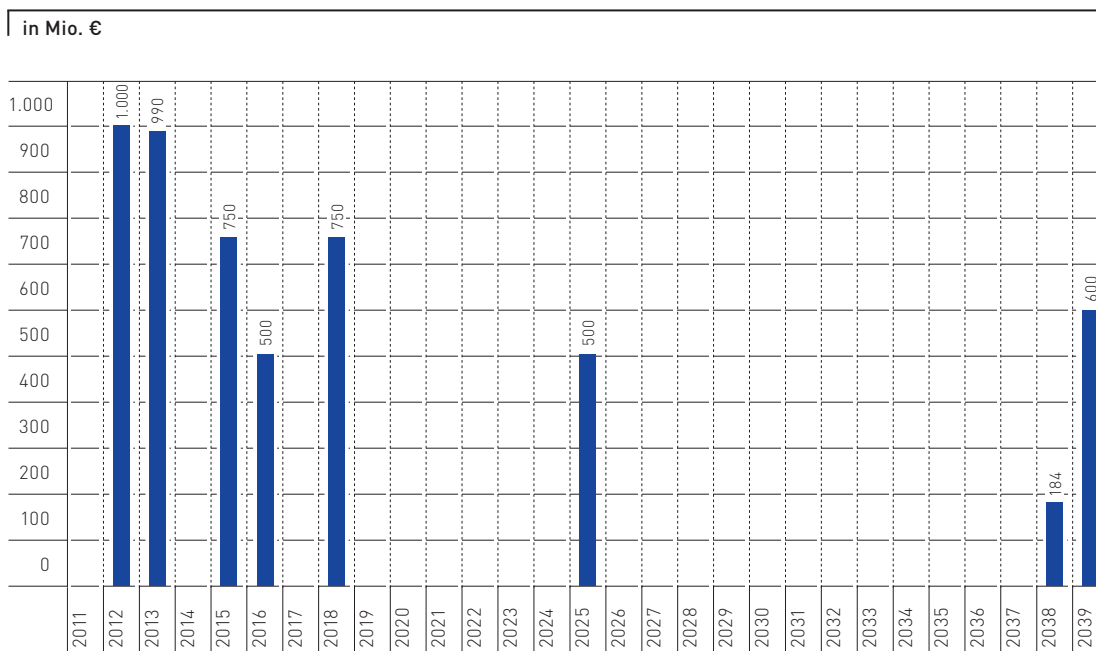
Mit finanzieller Stabilität am Fremdkapitalmarkt etabliert

 WEITERE INFORMATIONEN
Lagebericht › Finanzlage
› S. 63ff.

Die EnBW ist ein etablierter Emittent am Fremdkapitalmarkt. Vielfältige Instrumente der kurz- bis langfristigen Fremdkapitalfinanzierung gewährleisten uns einen flexiblen Zugang zum Kapitalmarkt. Dazu gehören neben dem Commercial-Paper- und dem Euro-Medium-Term-Note-Programm auch eine syndizierte Kreditlinie von 2,442 Mrd. €. Eine weitere wichtige Säule der Unternehmensfinanzierung ist der laufende Cashflow, der sich 2010 auf 2.560,9 Mrd. € summierte. Unternehmerische Entscheidungen treffen wir stets unter der Prämisse der finanziellen Stabilität des Unternehmens. Es ist unser Ziel, wie bisher das Rating im A-Bereich zu erhalten. In der jüngsten Aktualisierung ihrer Ratingeinschätzungen haben die Agenturen das A-Rating der EnBW bestätigt (Fitch A/Ausblick stabil, Moody's A2/Ausblick stabil und Standard & Poor's A-/Ausblick negativ). Eine zentrale finanzielle Steuerungsgröße der EnBW ist der dynamische Verschuldungsgrad (bereinigte Nettoverschuldung/ Adjusted EBITDA). Als Grenzwert haben wir uns den Faktor 3,5 gesetzt.

Der Fremdkapitalmarkt ist für die Finanzierung der EnBW derzeit von größerer Bedeutung als der Eigenkapitalmarkt. Das Volumen der von der EnBW begebenen Euro-Anleihen beläuft sich auf rund 4,9 Mrd. €. Zudem hat die EnBW Anleihen in japanischen Yen (20 Mrd. JPY) und in Schweizer Franken (300 Mio. CHF) begeben. Weiterhin bestehen im EnBW-Konzern Anleihen in Höhe von 100 Mio. CHF, die durch die Energiedienst-Gruppe begeben wurden. Das Fälligkeitsprofil der Anleihen ist ausgewogen. Für die 2012 und 2013 auslaufenden Anleihen prüfen wir frühzeitig Optionen der Refinanzierung.

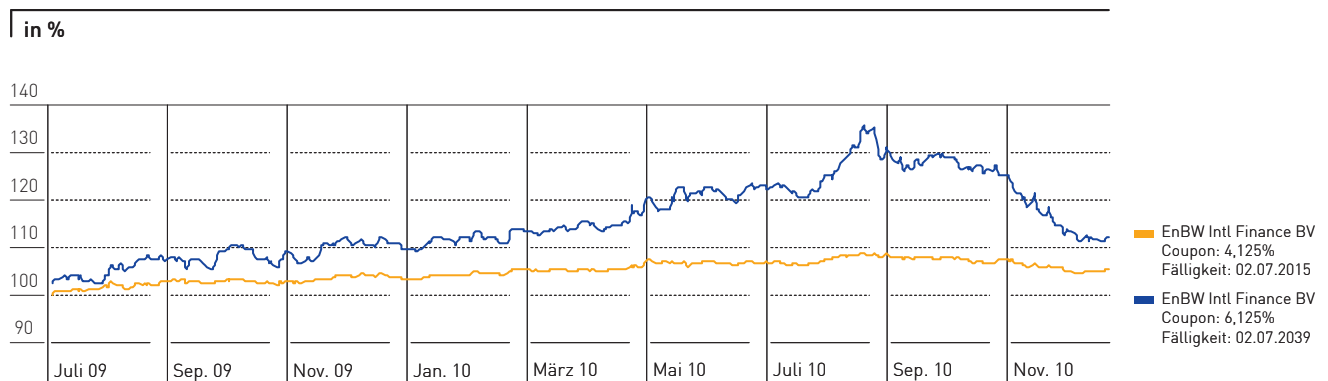
Fälligkeitsprofil der EnBW-Anleihen



Anleihen und Aktie der EnBW auf den Kapitalmärkten 2010

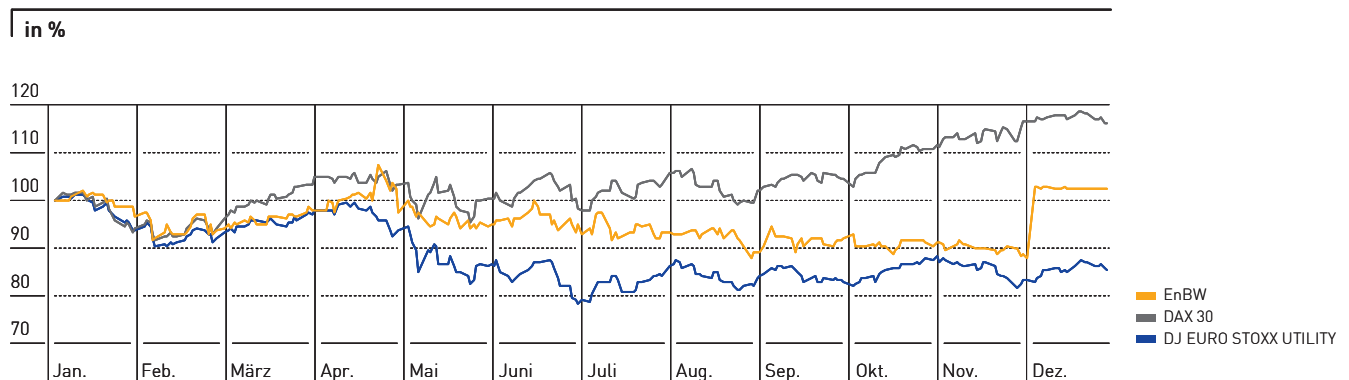
Der Index iBoxx € Eurozone, der die Renditen von Staatsanleihen zahlreicher europäischer Länder abbildet, verzeichnete im April und Mai 2010 zunächst einen deutlichen Anstieg der Rendite. Hintergrund war die Zuspitzung der Schuldensituation zahlreicher europäischer Staaten. Auf den anschließenden Renditerückgang folgte im letzten Quartal 2010 erneut eine Erhöhung der Rendite, verbunden mit höheren Risikoaufschlägen in einzelnen Euro-Ländern. Das Zinsniveau von Anleihen europäischer Energieunternehmen, die im Index iBoxx € Utilities zusammengefasst werden, nahm im Jahresverlauf 2010 zunächst kontinuierlich ab. Im vierten Quartal 2010 erfolgte jedoch ein deutlicher Anstieg über den Jahresanfangswert hinaus. Die Kurse der Anleihen der EnBW verzeichneten 2010 Zuwächse und notierten teils deutlich über pari. Die 2009 begebenen Anleihen zogen ebenfalls an.

Performance der 2009 begebenen EnBW-Anleihen 2009/2010



Der deutsche Leitindex DAX hat in einem volatilen Marktumfeld das Jahr 2010 mit einem Plus von 16% im Vergleich zum Jahresresulto 2009 abgeschlossen. Im Jahresverlauf verlor er jedoch zeitweise in der Spitze bis zu 9%. Die EnBW-Aktie notierte zum Jahresende 2010 bei 40,92€, nach 40,00€ zu Jahresbeginn. Vor dem Hintergrund des schwächeren Gesamtmarkts sank der Kurs am 4. Februar auf ein vorläufiges Tief von 36,51€. Danach erholte sich die Notierung und stieg bis auf 43,00€ (23. April). Im Zusammenhang mit den energiepolitischen Entscheidungen in Deutschland konnte sich die EnBW-Aktie danach der Abwärtsbewegung nicht entziehen. Der Kurs der EnBW stieg Anfang Dezember 2010 deutlich durch das freiwillige Übernahmeangebot der NECKARPRI GmbH an alle Aktionäre der EnBW in Höhe von 41,50€ je Aktie. Das Angebot resultierte aus der Vereinbarung mit der EDF, deren Anteile an der EnBW zu übernehmen. Im europäischen Umfeld vollzog der Index DJ EURO STOXX UTILITY, der die Aktien europäischer Versorger abbildet, einen deutlichen Rückgang von 15% auf Jahresfrist.

Performance der EnBW-Aktie 2010

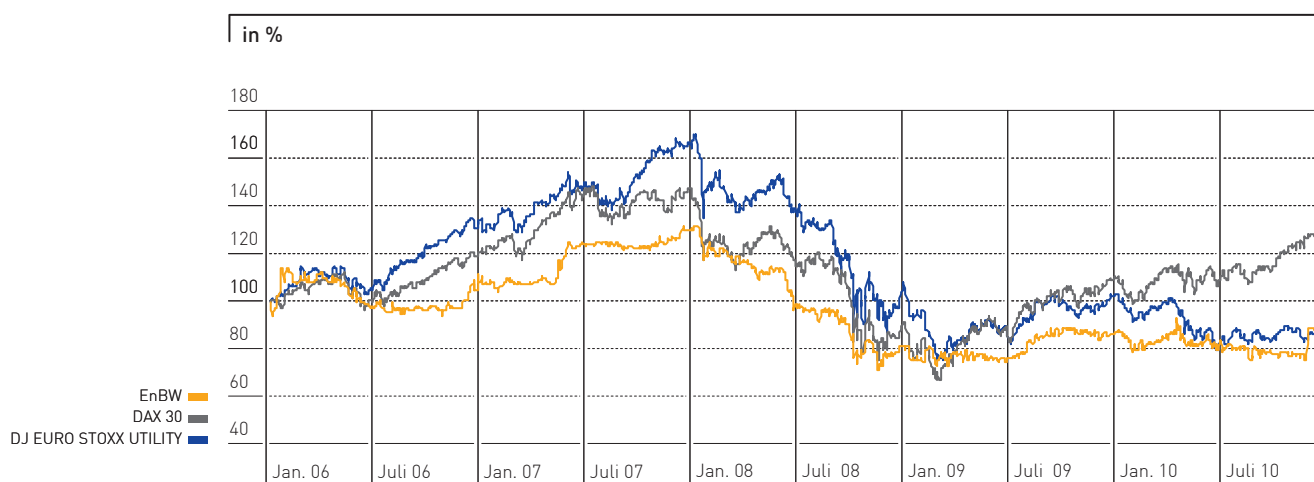


Die Kursziele der Banken für die Aktie der EnBW wurden im Jahresverlauf 2010 insbesondere von den Diskussionen und Entscheidungen zu den politischen Rahmenbedingungen beeinflusst. Die LBBW hat nach Abwägung der Effekte aus dem Energiekonzept der Bundesregierung, der Kernbrennstoffsteuer und anderer Marktfaktoren das Kursziel Anfang Dezember 2010 von 40,50€ auf 37,00€ gesenkt. Die Einschätzung lautet auf „Halten“.

Die Aktie der EnBW ist seit Oktober 1997 zum Börsenhandel zugelassen. Sie notiert im General Standard der Frankfurter Wertpapierbörse und am regulierten Markt der Stuttgarter Börse. Am 6. Dezember 2010 hat die NECKARPRI GmbH, Stuttgart, eine 100%ige Tochtergesellschaft des Landes Baden-Württemberg, einen Kaufvertrag mit der EDF über deren Anteile am Grundkapital der EnBW in Höhe von 45,01% geschlossen. Am 17. Februar 2011 hat die NECKARPRI GmbH mitgeteilt, dass sie 45,01% der Aktien an der EnBW Energie Baden-Württemberg AG hält. Im Zusammenhang mit diesem Kaufvertrag hat die NECKARPRI GmbH allen Aktionären ein freiwilliges Übernahmeangebot über 41,50 € je Aktie gemacht. Die Annahmefrist läuft, vorbehaltlich einer Verlängerung, vom 7. Januar 2011 bis zum 18. März 2011. Daneben gab es im Jahresverlauf 2010 nur geringfügige Veränderungen in der Aktionärsstruktur der EnBW.

Auf Sicht von fünf Jahren stellt sich der Kursverlauf der EnBW-Aktie wie folgt dar:

Performance der EnBW-Aktie in den vergangenen fünf Jahren



Serviceorientierte und transparente Investor Relations

 WEITERE INFORMATIONEN
www.enbw.com › Investoren

Hauptziel der Finanzkommunikation der EnBW ist, das Vertrauen von Investoren, Analysten und Ratingagenturen in die EnBW jederzeit und unabhängig von der Situation am Kapitalmarkt und vom aktuellen Finanzbedarf des Unternehmens zu sichern. Dabei stehen der stabile Cashflow und das Wertschöpfungspotenzial der EnBW im Mittelpunkt. Wir setzen auf einen offenen und kontinuierlichen Dialog mit den Marktteilnehmern. Wir informieren umfassend und zeitnah über die operative Unternehmensentwicklung und die Strategie des Konzerns.

Zu den Kommunikationsmaßnahmen des Jahres 2010 zählte zunächst die Regelpublizität mit unseren Quartals- und Jahresfinanzberichten, deren Veröffentlichung von Telefonkonferenzen begleitet wurden. Unterjährig informieren wir zudem in zahlreichen Investor-Relations-Mitteilungen. Im Rahmen der persönlichen Kommunikation nehmen wir an Investorenkonferenzen teil und organisieren eigene Veranstaltungen. Zum Jahresauftakt haben wir zwei Investorenkonferenzen in New York und Paris besucht. Im Anschluss an die Veröffentlichung des Geschäftsberichts 2009 führten wir im März und April 2010 unsere Frühjahrs-Roadshow durch. Auf den Stationen Frankfurt, London, Edinburgh, Paris, Amsterdam, Den Bosch, Den Haag, Zürich, Mailand, Stuttgart und München haben wir über 100 Investoren und Analysten getroffen. Ende März veranstalteten wir zudem den traditionellen Bankentag der EnBW, an dem rund 60 Bankenvertreter teilnahmen. Im weiteren Jahresverlauf standen insbesondere persönliche Gespräche mit Analysten und Investoren im Vordergrund. Inhalte der Gespräche waren dabei Fortschritte der Offshore-Windparkprojekte, Angaben zu den CO₂-Emissionen des Erzeugungsparks, die Auswirkungen der Kernbrennstoffsteuer und des Energiekonzepts auf die EnBW ab 2011, das aktuelle Erzeugungsportfolio der EnBW und der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien.

Die EnBW verfolgt das Ziel, Werte zu schaffen, von denen auch die Investoren profitieren. Bei der Bestimmung der Dividende legen wir die Ertragskraft des Unternehmens, den Umfang des Investitionsprogramms, das Volumen der Nettofinanzschulden sowie den dynamischen Verschuldungsgrad zugrunde. Es ist unser Ziel, rund 40% bis 60% des Adjusted Konzernüberschusses als Dividende auszuzahlen. Für 2010 wird der Vorstand in Abstimmung mit

dem Aufsichtsrat der Hauptversammlung 2011 die Ausschüttung einer Dividende in unveränderter Höhe von 1,53 € je Aktie vorschlagen. Die Gesamtausschüttungssumme würde wie im Vorjahr 373,7 Mio. € betragen. Die Ausschüttungsquote läge bei 38%.

Die neu gesetzten energiepolitischen Rahmenbedingungen sind für die EnBW mit neuen Herausforderungen verbunden. Wir werden auch 2011 im ständigen Dialog mit den Zielgruppen unser Wertpotenzial verdeutlichen. Wir setzen damit den schrittweisen Ausbau unserer Aktivitäten fort, um der Bedeutung der EnBW als führendes Energieversorgungsunternehmen in Europa und als Emittent am Kapitalmarkt weiter gerecht zu werden.

Kennzahlen zur EnBW-Aktie ¹		2010	2009	2008	2007	2006
Jahreshöchstkurs	€	43,00	41,10	61,00	60,84	52,66
Jahrestiefstkurs	€	35,00	34,00	33,02	48,01	43,8
Jahresschlusskurs	€	40,92	40,00	37,7	60,16	50,55
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien zum 31.12. ²	Mio. Stück	244,257	244,257	244,257	244,257	244,257
Marktkapitalisierung zum 31.12. ³	Mrd. €	10,0	9,8	9,2	14,7	12,3
Börsenumsatz (gesamt)	Stück	791.179	676.205	835.367	1.112.602	566.187
Börsenumsatz (Tagesdurchschnitt)	Stück	3.091	2.662	3.289	4.769	2.220
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss ⁴	€	4,79	3,15	3,60	5,58	4,10
Operating Cashflow je Aktie	€	10,48	10,00	6,24	6,38	6,01
Ausschüttung	Mio. €	373,7 ^{5,6}	373,7	491,0	368,8	278,5
Dividende je Aktie	€	1,53 ⁶	1,53	2,01	1,51	1,14
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien (gewichteter Durchschnitt)	Mio. Stück	244,257	244,257	244,257	244,257	244,232

¹ Die Kursinformationen von 2006 beziehen sich auf den Parketthandel an der Frankfurter Wertpapierbörse. Die Kursinformationen ab 2007 beziehen sich auf die XETRA-Kurse.

² Gesamtzahl der Aktien: 250,006 Mio. Stück.

³ Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien zum Ende des Geschäftsjahres, multipliziert mit dem Jahresschlusskurs.

⁴ Bezogen auf den auf die Aktionäre der EnBW AG entfallenden Gewinn.

⁵ Ausschüttung bezogen auf die zum 31.12.2010 dividendenberechtigten Aktien.

⁶ Dividendenvorschlag für das Geschäftsjahr 2010, vorbehaltlich der Zustimmung durch die Hauptversammlung am 19. April 2011.

Aktionärsstruktur zum 17.02.2011¹

OEW Energie-Beteiligungs GmbH	45,01 %
NECKARPRI GmbH ²	45,01 %
Badische Energieaktionärs-Vereinigung	2,54 %
EnBW Energie Baden-Württemberg AG	2,30 %
Gemeindeelektrizitätsverband Schwarzwald-Donau	1,28 %
Neckar-Elektrizitätsverband	0,69 %
Landeselektrizitätsverband Württemberg	0,54 %
Weitere kommunale Aktionäre	0,78 %
Streubesitz	1,85 %

¹ Werte auf zwei Nachkommastellen gerundet.

² 100%ige Tochtergesellschaft des Landes Baden-Württemberg.

Wertpapiertechnische Daten

ISIN/WKN	DE0005220008/522000
Börsenkürzel	Bloomberg EBK GY/ReutersEBK/EBKG.DE
Börsenplätze	Regulierter Markt: Frankfurt und Stuttgart; Freiverkehr: Berlin, München
Transparenzlevel	General Standard
Indizes	General All Share, DAXsector All Utilities, CDAX
Grundkapital in Stück	250.006.200
Aktiengattung	Nennwertlose Inhaberstammaktien





VIELFALT IN DER NACHHALTIGKEIT

Job und Privatleben unter einen Hut zu bringen, ist nicht immer leicht. Die EnBW tut einiges, damit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das gelingt.

Motivierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichern den Erfolg eines Unternehmens. Die EnBW fordert und fördert deshalb Flexibilität, Kreativität und Engagement ihrer Mitarbeiter.

Alle Mitarbeiter der EnBW – männlich und weiblich, jünger und älter, unterschiedlichen Familienstands, mit und ohne Handicap, unterschiedlicher Religion oder ethnischer Herkunft – bringen ihre vielfältigen Lebenshintergründe in die Zusammenarbeit ein und machen so die EnBW zu einem unverwechselbaren Ganzen. Vielfalt heißt für uns, die Lebenswelten und -phasen unserer Mitarbeiter und Führungskräfte zu achten, als Bereicherung wahrzunehmen und zu fördern. Wir betreiben eine intensive Nachwuchsförderung und gezielte Personalentwicklung. In Führungspositionen sind Frauen häufig noch unterrepräsentiert. Deshalb unterstützen wir besonders unsere Mitarbeiterinnen und weiblichen Führungskräfte bei der Entfaltung ihres Potenzials. Erfahrungsgemäß gehen Teams aus Frauen und Männern Herausforderungen kreativer und innovativer an. Schon früh versuchen wir, das Interesse an einer Karriere bei der EnBW zu wecken und fördern besonders Studentinnen der Fachrichtungen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.

Menschen mit Handicap bei uns zu beschäftigen, verstehen wir nicht nur als soziale Aufgabe, sondern auch als Bereicherung. Arbeiten bei der EnBW ist daher für Menschen mit Handicap kein Problem: Unsere Gebäude sind barrierefrei, für Sehbehinderte gibt es spezielle Lesegeräte und für Gehörlose werden wichtige Veranstaltungen in Gebärdensprache übersetzt. Beruf und Privatleben gut vereinbaren zu können ist eine Voraussetzung, um langfristig motiviert und leistungsfähig zu sein. Neben flexiblen Arbeitszeitmodellen unterstützen wir unsere Mitarbeiter dabei besonders durch Angebote zur aktiven Gesundheitsförderung und -vorsorge, zum Beispiel den arbeitsmedizinischen Dienst oder Physiotherapie. Für Kinder unserer Mitarbeiter bieten wir in Kooperation mit städtischen und privaten Einrichtungen Plätze in Kindertagesstätten an. Und wenn es mal eng wird, kann Mama oder Papa den Nachwuchs mit ins Kinderbüro nehmen.



WEITERE INFORMATIONEN
www.enbw.com > Karriere

MITARBEITER NACH ALTERSGRUPPEN



23,7 % bis 35 Jahre



64,5 % 36 bis 55 Jahre



11,8 % über 55 Jahre



Petra Schweizer, Leiterin Bereichscontrolling bei der EnBW Regional AG

„Kind und Karriere, das geht nicht? Doch, bei der EnBW schon. Die unterstützen mich da richtig gut. Und wenn's mal eng wird, ziehen meine Tochter und ich ins Kinderbüro.“

Zusammengefasster Lagebericht

des EnBW-Konzerns und der EnBW AG

Überblick

- 35 Strategie im Geschäftsjahr 2010 weiter umgesetzt
- 35 Trotz Absatzrückgang im Vertrieb verbesserte Ergebnissituation
- 36 Finanz- und Vermögenslage weiterhin solide
- 36 Dividendenvorschlag von 1,53 € je Aktie auf Vorjahresniveau
- 36 Anpassung der Strategie und getrüberter Ausblick

Konzernstruktur und Geschäftstätigkeit

- 37 Struktur und wesentliche Geschäftsprozesse
- 43 Produkte, Markt und Wettbewerb

Konzernstrategie und wertorientierte Steuerung

- 47 Ziele und Strategie
- 49 Wertorientierte Steuerung

Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

- 50 Rahmenbedingungen
- 51 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
- 54 Politische und regulatorische Rahmenbedingungen

Unternehmenssituation des EnBW-Konzerns

- 57 Gesamtbeurteilung des Geschäftsverlaufs
- 58 Ertragslage
- 63 Finanzlage
- 68 Vermögenslage
- 73 Nicht bilanzierte immaterielle Vermögenswerte

Unternehmenssituation der EnBW AG

- 76 Unternehmenssituation der EnBW AG
- 76 Vermögenslage der EnBW AG
- 78 Ergebnis der EnBW AG und Dividende
- 79 Anmerkungen zur Berichtsweise
- 79 Schlussfolgerung über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

80 Nachhaltigkeit

Mitarbeiter

- 81 Entwicklung der Mitarbeiterzahlen und Personalstruktur
- 82 Personalstrategie
- 85 Bewertung des intellektuellen Kapitals: Humankapital

Forschung und Entwicklung

- 86 Ziele und Leitlinien der Forschung und Entwicklung
- 86 Effiziente Forschungs- und Entwicklungsstruktur
- 87 Aufwand und Personal
- 87 Nutzung von externem Know-how
- 87 Ausgewählte Forschungs- und Entwicklungsergebnisse

Risiko- und Chancenbericht

- 90 Grundsätze des Risikomanagements
- 90 Struktur und Prozess des Risikomanagements
- 92 Umfeld- und Branchenrisiken
- 95 Strategische Risiken
- 96 Operative Risiken
- 96 IT-Risiken
- 97 Personalrisiken
- 97 Finanzrisiken
- 98 Sonstige Risiken
- 98 Gesamtbeurteilung
- 99 Risikomanagementsystem
- 99 Chancenmanagement

101 Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Lage des Konzerns

102 Vergütungsbericht

103 Nachtragsbericht

104 Angaben nach den §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht des Vorstands

Wesentliche Merkmale des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystems

- 107 Grundsätze
- 107 Struktur
- 108 Prozess

Prognosebericht

- 109 Erwartete wirtschaftliche Rahmenbedingungen
 - 110 Künftige politische und regulatorische Rahmenbedingungen
 - 111 Künftige Branchenentwicklung
 - 111 Unternehmensstrategie und künftige Unternehmensentwicklung
 - 112 Erwartete Geschäftsentwicklung
 - 115 Wesentliche Chancen und Risiken der nächsten zwei Jahre
 - 116 Entwicklungen im Personal- und Sozialbereich
 - 117 Entwicklung von Forschung und Entwicklung
 - 117 Gesamtbeurteilung der voraussichtlichen Entwicklung
 - 117 Zukunftsgerichtete Aussagen
-

Überblick

Im Jahr 2010 war der Geschäftsverlauf des EnBW-Konzerns insgesamt zufriedenstellend. Positiven Effekten standen allerdings auch negative Einwirkungen insbesondere aus dem intensiven Wettbewerb auf den Strom- und Gasmärkten gegenüber. Wir haben unsere Marktposition als drittgrößtes Energieversorgungsunternehmen in Deutschland behauptet und stellen uns dem Wettbewerb mit neuen attraktiven Angeboten. Vor dem Hintergrund der energiepolitischen Entscheidungen im Jahr 2010 und den anstehenden finanziellen Belastungen haben wir unsere Strategie angepasst und das Investitionsvolumen gekürzt.

HINWEIS

Die Verweise am Seitenrand sind nicht Bestandteil des Lageberichts.

Strategie im Geschäftsjahr 2010 weiter umgesetzt

Der EnBW-Konzern ist das drittgrößte Energieversorgungsunternehmen in Deutschland und zählt zu den Top 10 in Europa. Zum Jahresende 2010 betrug die Anzahl der Mitarbeiter im Unternehmen knapp 21.000 und lag damit etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Der EnBW-Konzern agiert als integrierter Versorger in Deutschland und in der Tschechischen Republik, wo wir unsere Position durch die Aufstockung unseres Anteils an dem tschechischen Stromunternehmen Pražská energetika a.s. (PRE) gestärkt haben. In ausgewählten Auslandsmärkten steht ein fokussiertes Wachstum durch Aktivitäten in den Bereichen erneuerbare Energien sowie Energiemanagement und -effizienz im Mittelpunkt. In Deutschland haben wir den Ausbau unserer Erzeugungskapazitäten durch Akquisitionen und Investitionen 2010 fortgesetzt. Im Vertrieb positioniert sich die EnBW durch kundenorientierte Energieberatung und Dienstleistungen rund um die effiziente Nutzung von Energie.

Trotz Absatzrückgang im Vertrieb verbesserte Ergebnissituation

Das Absatzplus im Handel führte 2010 auf Konzernebene zu einem um 22,7% höheren Stromabsatz von 146,9 Mrd. kWh. Die abgesetzten Strommengen an Privat- und Geschäftskunden lagen hingegen 4,0 Mrd. kWh unter dem Vorjahresniveau bei 68,9 Mrd. kWh. Dies ist durch den Verkauf der GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG (GESO) sowie einen intensiven Wettbewerb insbesondere im Privatkundenbereich bedingt. Der Gasabsatz des EnBW-Konzerns verringerte sich 2010 um 18,5% auf 53,6 Mrd. kWh gegenüber 2009. Dabei waren vor allem im B2B-Bereich die Auswirkungen des Wettbewerbs erheblich und führten zu einem Rückgang um 21,9% auf 41,8 Mrd. kWh. Verursacht durch diese Effekte verbuchte der Außenumsatz, nach Abzug von Strom- und Erdgassteuer, im Berichtszeitraum ein Plus von 12,5% und erreichte 17.509,0 Mio. €.

Nachdem die EnBW trotz der Wirtschaftskrise im Geschäftsjahr 2009 keinen Rückgang im Adjusted EBIT hinnehmen musste, konnten wir 2010 das Adjusted EBIT um 7,7% auf 1.932,6 Mio. € steigern. Das Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel verzeichnete einen Zuwachs im Adjusted EBIT um 2,3% auf 1.626,7 Mio. €. Das regulierte Geschäft konnte von dem konjunkturellen Aufschwung 2010 profitieren. So konnte das Adjusted EBIT im Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb mehr als verdoppelt werden und beträgt in der aktuellen Berichtsperiode 265,8 Mio. €. Im Bereich Gas überwog der Absatzrückgang aufgrund des intensiven Wettbewerbs die positive Entwicklung im regulierten Geschäft. Das Adjusted EBIT sank um 47,3% auf 80,1 Mio. €. Im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen konnte hingegen ein Ergebniszuwachs um 29,1% auf 111,3 Mio. € verbucht werden. Das Adjusted Finanzergebnis verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr. So konnte 2010 ein höheres Ergebnis aus Wertpapieren erzielt werden, nachdem dieses 2009 durch die Folgen der Finanzkrise schlechter ausgefallen war. Der Adjusted Konzernüberschuss, bezogen auf den auf die Aktionäre der EnBW AG entfallenden Gewinn, erreichte mit 987,8 Mio. € ein Plus um 12,4% gegenüber 2009.

Aufgrund der Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf der GESO und der Pražská teplárenská a.s. (PT) sowie der Erträge aus dem sukzessiven Erwerb der PRE betrug der neutrale Konzernüberschuss, bezogen auf den auf die Aktionäre der EnBW AG entfallenden Gewinn, 182,7 Mio. €. Im Vorjahr war noch ein Verlust von 110,9 Mio. €

entstanden. Negativ wirkten 2010 jedoch erhöhte außerplanmäßige Abschreibungen von 257,6 Mio. € (Vorjahr: 37,5 Mio. €).

Per Saldo belief sich der Konzernüberschuss der EnBW, bezogen auf den auf die Aktionäre der EnBW AG entfallenden Gewinn, im Geschäftsjahr 2010 auf 1.170,5 Mio. €. Dies entspricht einem Zuwachs um 52,4% gegenüber dem Vorjahr.

Finanz- und Vermögenslage weiterhin solide

Im Geschäftsjahr 2010 lag der Operating Cashflow mit 2.560,9 Mio. € über dem Vorjahreswert von 2.443,4 Mio. €. Der Cashflow aus Investitionstätigkeit fiel mit -1.272,6 Mio. € deutlich niedriger aus, nachdem er 2009 noch -4.629,6 Mio. € betragen hatte. Hauptgründe hierfür sind die Desinvestition der GESO im Berichtszeitraum und die höheren Auszahlungen für Anteilerwerbe im Vorjahr. Beim Cashflow aus Finanzierungstätigkeit ergab sich 2010 vor allem aufgrund der Zins- und Dividendenzahlungen ein Mittelabfluss von 1.001,2 Mio. €. Im Vorjahr wurde durch die Aufnahme von Finanzverbindlichkeiten ein Mittelzufluss in Höhe von 678,6 Mio. € verbucht. Die flüssigen Mittel des Konzerns erhöhten sich 2010 um 299,4 Mio. €, nach einem Rückgang um 1.505,6 Mio. € im Vorjahr. Zum Bilanzstichtag 2010 erhöhte sich die Bilanzsumme des EnBW-Konzerns um 1,7% auf 35.239,8 Mio. € im Vergleich zum 31. Dezember 2009. Eine wesentliche Rolle beim Anstieg der langfristigen Vermögenswerte auf 26.164,4 Mio. € spielte die Vollkonsolidierung der PRE. Die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte betragen als Ergebnis des Verkaufs der GESO und der PT zum Jahresresultimo 2010 11,8 Mio. €, nach 1.698,0 Mio. € zum Vorjahresstichtag. Dementsprechend entfielen die Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten vollständig.

Aufgrund der positiven Ergebnisentwicklung kletterte die Eigenkapitalquote von 18,5% zum Jahresresultimo 2009 auf 21,6% per 31. Dezember 2010. Im Geschäftsjahr 2010 hat der EnBW-Konzern einen positiven Wertbeitrag in Höhe von 831,6 Mio. € erwirtschaftet, der geringfügig niedriger war als im Vorjahr. Ursache für den Rückgang ist das 2010 deutlich gestiegene durchschnittliche Capital Employed, während das Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis im Vorjahresvergleich weniger zulegte. Dementsprechend sank im Geschäftsjahr 2010 ebenfalls der ROCE um einen Prozentpunkt auf 14,5%. Im Vergleich zum Jahresende 2009 verringerten sich die bereinigten Nettoschulden zum 31. Dezember 2010 um 474,8 Mio. € auf 8.139,8 Mio. €.

Dividendenvorschlag von 1,53 € je Aktie auf Vorjahresniveau

Die Ergebnissituation des EnBW-Konzerns hat sich 2010 im Vergleich zum Vorjahr verbessert. Aufgrund der anstehenden finanziellen Belastungen für das Unternehmen plant der Vorstand in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat, der Hauptversammlung am 19. April 2011 vorzuschlagen, aus dem Bilanzgewinn der EnBW AG eine unveränderte Dividende von 1,53 € je Aktie auszuschütten. Die Ausschüttungssumme beliefe sich auf 373,7 Mio. €.

Anpassung der Strategie und getrübler Ausblick

Für den Zeitraum 2010 bis 2012 waren ursprünglich Bruttoinvestitionen von 7,9 Mrd. € vorgesehen. Als Resultat der energiepolitischen Entscheidungen im Jahr 2010 ergeben sich allerdings für die EnBW insbesondere aus der Kernbrennstoffsteuer hohe finanzielle Belastungen in den nächsten Jahren. Vor diesem Hintergrund haben wir eine Adjustierung der Strategie und eine Kürzung des Investitionsprogramms für den Zeitraum 2011 bis 2013 beschlossen. Das Bruttoinvestitionsvolumen wird sich demnach auf 5,1 Mrd. € belaufen. Aufgrund vorgesehener Desinvestitionen werden die Nettoinvestitionen voraussichtlich 3,3 Mrd. € betragen, die wir voraussichtlich vollständig aus dem laufenden Cashflow finanzieren werden. Die bereinigten Nettoschulden wollen wir weiter reduzieren, was die Finanzsituation der EnBW noch stabiler machen wird. Der Erhalt des A-Ratings ist unser Ziel. 2011 erwarten wir einen deutlichen Rückgang des Adjusted EBIT im Vergleich zu 2010. Diese Entwicklung wird sich auch 2012 kaum umkehren lassen. Hauptgrund ist die Belastung aus der Kernbrennstoffsteuer. Um dieser Entwicklung gegenzusteuern, haben wir mit „Fokus“ ein zusätzliches Effizienzprogramm aufgelegt. Ab 2013 sollen die Einsparungen hieraus nachhaltig 300 Mio. € betragen.

Konzernstruktur und Geschäftstätigkeit

Die EnBW ist der drittgrößte deutsche Energieversorger und positioniert sich in ausgewählten Auslandsmärkten. Mit unserem vertikal integrierten und ausgewogenen Geschäftsportfolio sind wir in den Bereichen Strom, Gas, Wärme sowie Energie- und Umweltdienstleistungen tätig. In einem andauernd intensiven Wettbewerb hat sich die EnBW insbesondere mit einem ausgeweiteten Ökostromangebot, mit intelligenten Gesamtlösungen zur Energieeffizienz und hohem Kundenservice am Markt behauptet.

Struktur und wesentliche Geschäftsprozesse

EnBW-Konzern

Als vertikal integriertes Energieunternehmen ist der EnBW-Konzern entlang der gesamten Wertschöpfungskette aktiv. Im Bereich Strom ist das Unternehmen in den beiden Geschäftsfeldern Strom Erzeugung und Handel sowie Strom Netz und Vertrieb tätig. Dabei trägt das Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel den wesentlichen Anteil zum Konzernergebnis bei. Die Aktivitäten des Geschäftsfelds Gas erstrecken sich auf die Bereiche Mid- und Downstream. Zudem ist die EnBW im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen tätig.

Insgesamt versorgt und berät die EnBW etwa sechs Millionen Kunden und erreichte 2010 einen Energieabsatz von 200,5 Mrd. kWh. Als drittgrößter inländischer Energieversorger mit einer starken Verankerung in Baden-Württemberg beschäftigt die EnBW rund 21.000 Mitarbeiter. Auf Deutschland entfiel im Geschäftsjahr 2010 ein Umsatzanteil von rund 91 %. Der Auslandsanteil belief sich auf rund 9 %.

Mit dem fünftgrößten Energieversorgungsunternehmen in Deutschland, der EWE Aktiengesellschaft, verfolgt die EnBW eine strategische Partnerschaft, nachdem 2009 ein Anteil von 26 % an dem Unternehmen erworben wurde. Verkauft wurden 2010 die GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG und ihre Tochterunternehmen, die überwiegend in den Bereichen Strom und Gas tätig waren. Neben der EWE Aktiengesellschaft in Oldenburg hält die EnBW in Deutschland insbesondere eine Beteiligung an den Stadtwerken Düsseldorf. In Zusammenarbeit mit der Electricité de France (EDF) bestehen gemeinsame Projekte. In Europa ist die EnBW in ausgewählten Ländern in erster Linie im Bereich Strom engagiert. Es bestehen Beteiligungen in der Schweiz und Österreich sowie in osteuropäischen Ländern wie Tschechien, Polen und Ungarn. Im tschechischen Markt hat die EnBW im Geschäftsjahr 2010 die wirtschaftliche und industrielle Führungsrolle am Energieversorger Pražská energetika a.s. (PRE) übernommen. In der Türkei ist der EnBW-Konzern über ein Joint Venture mit dem türkischen Industrieunternehmen Borusan vertreten; Ziel ist, Erzeugungskapazitäten auf- und auszubauen.

Der Hauptsitz des EnBW-Konzerns befindet sich in Karlsruhe. Ein weiterer großer Standort ist EnBW City in Stuttgart mit über 2.000 Mitarbeitern. Zu den wesentlichen materiellen Vermögenswerten des Unternehmens zählen zahlreiche Kraftwerke beziehungsweise Energieerzeugungsanlagen, Strom- und Gasnetze, Verteilungsanlagen und Gasspeicher. Diese Sachanlagen befinden sich überwiegend in Deutschland. Die Regionalzentren sowie Vertriebsniederlassungen und -abwicklungszentren der Gesellschaft sind in Baden-Württemberg angesiedelt. Zudem bestehen Vertriebsniederlassungen in ganz Deutschland. Die Leitungsfunktion im EnBW-Konzern wird von der EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW AG) als Holding ausgeübt. Der Holding obliegt die strategische Führung und Steuerung des Konzerns entlang der wesentlichen Wertschöpfungsstufen in den Geschäftsfeldern. Zudem nimmt die Holding die Funktionen eines konzernweiten Finanz- und Liquiditätsmanagements, der Personalsteuerung, der externen Kommunikation sowie der Konzernentwicklung wahr. Einen großen Stellenwert nehmen dabei die Bereiche Compliance, Corporate Governance und Risikomanagement ein. Mit den wesentlichen Tochtergesellschaften hat die EnBW AG Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge geschlossen.



WEITERE INFORMATIONEN
Jahresabschluss
> Segmentberichterstattung
> S. 208f.



WEITERE INFORMATIONEN
Jahresabschluss
> Anteilsbesitz > S. 215ff.

Geschäftsfeld Strom

Im Bereich Strom deckt der Konzern mit den Geschäftsfeldern Strom Erzeugung und Handel sowie Strom Netz und Vertrieb alle Stufen der Wertschöpfungskette ab.

Der Großteil des Kraftwerksparks der EnBW wird durch die **EnBW Kraftwerke AG** betrieben. Die Erzeugung von Strom und Fernwärme basiert dabei auf verschiedenen Energieträgern. Ziel ist ein umweltschonendes, zuverlässiges und effizientes Erzeugungsportfolio. Die **EnBW Kernkraft GmbH** verantwortet für die Kernkraftwerke des Konzerns die Betriebsführung und den Rückbau des Kernkraftwerks Obrigheim. Die mehr als 3.700 Mitarbeiter beider Gesellschaften arbeiten gemeinsam in den Bereichen Planung, Bau, Betrieb, Instandhaltung und Optimierung der Kraftwerke der EnBW. Der Ausbau von Erzeugungskapazitäten auf Basis erneuerbarer Energien ist im Wesentlichen in der **EnBW Erneuerbare Energien GmbH** gebündelt. Der Fokus liegt dabei insbesondere auf der Windkraft.

Das Erzeugungsportfolio der EnBW, das teileigene Kraftwerke und langfristige Strombezugsverträge einschließt, belief sich per 31. Dezember 2010 auf 15.498 MW (Vorjahr: 15.771 MW). Die Erzeugungskapazitäten setzen sich zusammen aus Kernkraft-, Kohle-, Öl-, Gas- und Pumpspeicherkraftwerken sowie Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien. Zu diesen zählen Laufwasserkraftwerke, durch natürlichen Zufluss betriebene Speicherkraftwerke, Fotovoltaikanlagen, Windkraftträder und Biomasseanlagen. Das Erzeugungsportfolio der EnBW weist im Hinblick auf den Mix der Energieträger, unter Lastgesichtspunkten (Grund-, Mittel- und Spitzenlast) und in der Altersstruktur eine ausgewogene Zusammensetzung auf. Im Detail stellt sich das Erzeugungsportfolio wie folgt dar:

Aufteilung des Erzeugungsportfolios des EnBW-Konzerns ¹ Elektrische Leistung in MW	31.12.2010	31.12.2009
Kernkraftwerke (inkl. EDF-Verträge)	4.856	4.846
Konventionelle Kraftwerke	7.548	7.240
Laufwasser- und Speicherkraftwerke	2.835	3.510
Sonstige erneuerbare Energien	259	175
Gesamt	15.498	15.771

¹ Im Erzeugungsportfolio sind auch langfristige Bezugsverträge und teileigene Kraftwerke enthalten.

Für den Rückgang der Erzeugungskapazitäten waren eine veränderte Vertragsgestaltung von Bezugsrechten an Wasserkraftwerken sowie der Verkauf von PT verantwortlich. Gemindert wurde der Rückgang durch die zu Jahresbeginn erworbenen Kapazitäten und Bezugsrechte an den Kohlekraftwerken Rostock und Buschhaus von zusammen 415 MW sowie durch den Ausbau der erneuerbaren Erzeugungskapazitäten. Zudem haben EnBW und E.ON Bezugsrechte an Strommengen aus Kernkraftwerken, die der installierten Kraftwerksleistung von jeweils 800 MW entsprechen, getauscht. Die EnBW übernahm dabei Strommengen von Kernkraftwerken von E.ON in Deutschland, während E.ON Strommengen der EnBW aus EDF-Kernkraftwerken in Frankreich übernahm. Der Anteil CO₂-freier Stromeigenerzeugung lag im Geschäftsjahr 2010 bei 61%. Im Vorjahr lag dieser Wert bei 66%. Die aus der Eigenerzeugung der EnBW stammenden CO₂-Emissionen liegen mit 299 g CO₂/kWh (Vorjahr: 241 g CO₂/kWh) weiterhin deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt im Jahr 2009 von 508 g CO₂/kWh.

Eigenerzeugung des EnBW-Konzerns ¹ nach Primärenergieträgern in % ²	2010	2009
Konventionelle Energie	34,5	28,8
Kernenergie	51,0	55,4
Erneuerbare Energien ³	10,5	11,0
Sonstiges	4,0	4,8

¹ In der Eigenerzeugung sind auch langfristige Bezugsverträge und teileigene Kraftwerke enthalten.

² Vorjahreszahlen angepasst.

³ Analog der Ausweisung nach § 42 EnWG.

Die **EnBW Trading GmbH (ETG)** stellt in der nächsten Stufe der Wertschöpfungskette – dem Bereich Handel und Beschaffung – eine Schnittstelle zwischen Erzeugung, Handel und Vertrieb dar. Die Gesellschaft übernimmt auf den Großhandelsmärkten für Strom, Primärenergieträger (Gas, Kohle, Öl) und CO₂-Zertifikate den Handel mit physischen und finanziellen Produkten. Damit verantwortet die ETG für den Kraftwerkspark der EnBW die

Brennstoffbeschaffung und -logistik, das Emissionsrechtmanagement sowie die Kraftwerkseinsatzplanung und -steuerung. Für den Vertrieb stellt sie die Deckung des Energiebedarfs sicher. Sie handelt auf wichtigen regulierten Börsen wie der EEX in Leipzig, der Powernext in Paris sowie der International Commodity Exchange und der European Climate Exchange in London. Zudem ist die ETG auch im Over-the-Counter-(OTC-) Handel mit rund 170 nationalen und internationalen Vertragspartnern aktiv. Im Zuge ihrer Tätigkeiten übernimmt die Gesellschaft auch die Funktion des Risikomanagements der marktbezogenen Risiken entlang der Wertschöpfungskette. Dabei handelt es sich insbesondere um Preis- und Mengenrisiken bei der Beschaffung und im Vertrieb. Neben der Unterstützung des operativen Geschäfts betreibt die ETG auch einen Eigenhandel, der jedoch strengen Regeln und Begrenzungen unterliegt.

Die EnBW ist einer von vier Übertragungsnetzbetreibern in Deutschland. Über die **EnBW Transportnetze AG (TNG)** werden allen Marktteilnehmern transparente und diskriminierungsfreie Bedingungen für den Netzzugang und die Netznutzung geboten. Über 200 Stromhändler, Kraftwerks- und Verteilnetzbetreiber sind Kunden und Partner der Gesellschaft. Im Rahmen der Netzführung wird das Netz durch die TNG überwacht und gesteuert, die Netzsicherheit überprüft, die Netzregelung durchgeführt und, sofern nötig, eine Störungsbehebung veranlasst. Außerdem zählen der Netzausbau und die Instandhaltung zu den Aufgaben der Gesellschaft. Das in der Verantwortung der TNG liegende Höchstspannungsnetz (380 kV und 220 kV) dient als Übertragungsnetz für den Transport von Strom über längere Strecken. Mittels zahlreicher Kuppelstellen erfolgen die Anbindung des Höchstspannungsnetzes an das nationale und internationale Verbundnetz sowie der Anschluss großer Kraftwerke.

Die **EnBW Regional AG (REG)** ist der größte Verteilnetzbetreiber in Baden-Württemberg und übernimmt dort die Verteilung des Stroms über eigene Verteilnetze. In dieser Funktion ist sie wie die TNG für den transparenten und diskriminierungsfreien Zugang anderer Unternehmen zu den EnBW-Netzen und die zuverlässige Stromverteilung verantwortlich. Von den Netznutzern erhalten die Betreiber der Übertragungs- und Verteilnetze ein Netzentgelt, das durch die Bundesnetzagentur im Rahmen einer individuellen Erlösobergrenze festgesetzt wird. Die Übertragungs- und Verteilnetze der EnBW umfassen zusammen eine Länge von rund 153.000 km. Für die EnBW Gasnetz GmbH als Netzbetreiber übernimmt die REG die Betriebsführung aller Netze und Anlagen. Außerdem übernimmt sie die Betriebsführung der gastechnischen Anlagen der EnBW Gas GmbH. Darüber hinaus ist sie für die Beziehungen zu Kommunen zuständig und steuert das Konzessionsvertragsmanagement der EnBW sowie das Management der Geschäftsbeziehungen zu Stadtwerken in Baden-Württemberg. Die REG vertreibt auch netznahe Dienstleistungen an Kommunen und Stadtwerke in Baden-Württemberg.

Im Verteilnetz werden über Leitungen mit 110 kV Stadtwerke und Industriebetriebe versorgt, während 30-, 20- oder 10-kV-Leitungen im regionalen Verteilnetz für mittelgroße Abnehmer zur Verfügung stehen. Haushalte, Kunden aus der Landwirtschaft und Gewerbebetriebe werden über das 0,4-kV-Leitungsnetz versorgt.

Stromkreislängen des EnBW-Konzerns in km	2010	2009
Übertragungsnetz		
Höchstspannung 380 kV	1.993	1.999
Höchstspannung 220 kV	1.681	1.829
Verteilnetz		
Hochspannung 110 kV	8.542	9.813
Mittelspannung 30/20/10 kV	44.555	48.560
Niederspannung 0,4 kV	95.757	103.728

Der Vertrieb im EnBW-Konzern wurde im Geschäftsjahr 2010 umstrukturiert, um noch schlagkräftiger am Markt auftreten zu können. Als zentrale Vertriebsgesellschaft agiert nun die **EnBW Vertrieb GmbH (EVG)**, vormals EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH. Die EVG steuert markenübergreifend maßgebliche Vertriebsaktivitäten des Konzerns. Die vertriebsunterstützenden Prozesse der vorherigen Gesellschaft wie Abrechnung, Forderungsmanagement, Kundenkontaktmanagement und Lieferantenwechsel wurden in eine neue Gesellschaft, die **EnBW Operations GmbH (EOG)**, eingebracht. In dieser neuen Gesellschaft werden alle Abwicklungsaktivitäten gebündelt, auch die Themen Messstellenbetrieb und Messdienstleistung.

Die **EnBW Vertrieb GmbH** selbst vertreibt unter der Marke EnBW Strom, Gas, Fernwärme sowie Wasser- und energienahe Dienstleistungen an Industrie-, Gewerbe- und Privatkunden, Stadtwerke sowie Kommunen. Das Angebot an Privat- und Gewerbekunden sowie Kommunen ist dabei auf Baden-Württemberg fokussiert.

Die **Watt Deutschland GmbH** tritt unter der Marke Watt als Spezialist für den nationalen Stromvertrieb in den Kundengruppen Mittelstand und Filialisten auf. Auch Energie- und Systemdienstleistungen gehören zum Angebotsspektrum der Gesellschaft. Die Yello Strom GmbH verantwortet unter der Marke Yello Strom den bundesweiten Vertrieb von Strom und weiteren Produkten (zum Beispiel Yello Sparsähler online) an Privat- und Gewerbekunden. Die neue Gesellschaft **NaturEnergie+ Deutschland GmbH** richtet sich mit ihrem bundesweiten Angebot an ökologisch orientierte Kunden. Im Stromvertrieb ist die EnBW auch über ihre Beteiligung an den **Stadtwerken Düsseldorf AG** aktiv. In Südbaden und in der Schweiz erfolgt der Stromvertrieb des Konzerns über Einheiten der **Energiedienst Holding AG**.

Geschäftsfeld Gas

Im Geschäftsfeld Gas ist der EnBW-Konzern entlang der Wertschöpfungskette in den Bereichen Mid- und Downstream tätig. Das Midstream-Geschäft, auch Ferngasstufe genannt, umfasst Importverträge, -infrastruktur, die Gasspeicherung sowie den Handel beziehungsweise die Portfoliosteuerung. Das Downstreamgeschäft, die Verteilerstufe, umfasst Gastransport, -verteilung und -vertrieb.

Über eigene Importverträge und die Beteiligung an der erforderlichen Infrastruktur stellt die **EnBW Gas Midstream GmbH** für den EnBW-Konzern den mittel- und langfristigen Zugang zu Gas sicher. In diesem Zusammenhang werden auch Engagements an LNG-Importterminals in Nordwesteuropa sowie bei der Untertagespeicherung von Gas geprüft. Bereits im Jahr 2007 hatte sich die EnBW langfristige Nutzungsrechte für Salzkavernen für ein Gasspeicherprojekt in der Region Etzel gesichert. Die Inbetriebnahme des Speichers ist für das Jahr 2011 vorgesehen. Da auch die EDF über Speicherkavernen in der Region Etzel verfügt, haben die EnBW und EDF für die Nutzung von Synergien eine 50:50-Joint-Venture-Gesellschaft gegründet. Aufgabe dieser Gesellschaft ist die Errichtung und der kommerzielle Betrieb der obertägigen Anlage. Die Anbindung an das Hochdrucknetz erfolgt über eine 56 km lange Pipeline, an der die EnBW sowie andere namhafte europäische Gasunternehmen beteiligt sind.

Einkauf, Verkauf, Speicherung und Transport von Erdgas sind die wesentlichen Aufgaben der **Gasversorgung Süddeutschland GmbH (GVS)**. Der Gashandel der Gesellschaft beliefert Stadtwerke, regionale Gasversorger, Industriekunden und Kraftwerke im In- und Ausland mit Erdgas. Ergänzt wird das Angebot durch zusätzliche Dienstleistungen im Bereich Beratung und Service, Gaswirtschaft, Technik und Telekommunikation. Gesellschafter der GVS sind die EnBW und der italienische Energiekonzern Eni. Ende 2010 erstreckte sich das Hochdruckgasnetz der GVS in Baden-Württemberg über eine Länge von nahezu 2.000 km. Die Netzbetreiberfunktion nimmt die 100%-Tochter der GVS, die **GVS Netz GmbH**, wahr.

Die **EnBW Gas GmbH** ist in der Gasversorgung von Privatkunden in Baden-Württemberg sowie bundesweit bei der Versorgung von Industriekunden aktiv. Zudem betreibt die EnBW Gas GmbH eigene Speicher. Die Netzbetreiberfunktion wird durch die 100%-Tochter **EnBW Gasnetz GmbH** übernommen. Die gesamte Leitungslänge der Hoch-, Mittel- und Niederdrucknetze der EnBW Gasnetz GmbH beträgt circa 4.500 km.

In Baden-Württemberg zählen zu den Versorgungsgebieten der Gasendverteilungsgesellschaften des EnBW-Konzerns insbesondere der Großraum Stuttgart, der Schwarzwald, die Schwäbische Alb, die Bodenseeregion, Nordbaden sowie Ostwürttemberg. Über die Beteiligung an den Stadtwerken Düsseldorf ist der EnBW-Konzern auch in der Region Düsseldorf im Gasvertrieb tätig. Im Geschäftsjahr 2010 hat die Watt Deutschland GmbH den deutschlandweiten Vertrieb von Gas an mittelständische Kunden sowie Filialisten aufgenommen. Die gesamte Netzlänge des EnBW-Konzerns beträgt rund 16.000 km.

Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen

Der EnBW-Konzern ist zudem mit seinem Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen in den Bereichen netz- und energienahe Dienstleistungen (im Wesentlichen Contractinglösungen), thermischen und nicht-thermische Entsorgung und Wasserversorgung tätig.

Die **EnBW Energy Solutions GmbH (ESG)** erbringt Contractingdienstleistungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette: von der ersten Bedarfsanalyse über Planung, Finanzierung und Realisation bis hin zur Betriebsführung, Wartung und Instandhaltung der Anlagen bei den Kunden. Zum Einsatz kommen dabei Energieanlagen, Heiz(kraft)werke und Medieninfrastruktur für die Versorgung mit verschiedenen Nutzenergien wie Wärme, Dampf, Kälte und Druckluft. Neben modularen Anlagen wie Blockheizkraftwerken, Kälte- und Druckluftanlagen bietet die ESG auch komplexe Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung und Gesamtlösungen für Industriestandorte. Zielsetzung der ESG ist die Sicherung der langfristigen Energieversorgung der Kunden durch eine technisch und wirtschaftlich optimale und bedarfsgerechte Lösung. 2010 wurden alle Contracting-

aktivitäten der EnBW im B2B-Bereich bei der ESG gebündelt. Damit erweitert die ESG ihren Fokus von größeren Industriekunden auf mittlere und kleinere Industriekunden, große Gewerbeimmobilien sowie Kommunen und die Wohnungswirtschaft. Das Leistungsportfolio der ESG umfasst unterschiedliche Technologien, Brennstoffe und Anlagengrößen. Mit ihren Contractinglösungen trägt die ESG zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Kunden und zur Senkung der CO₂-Emissionen durch effiziente Erzeugungstechnologien bei.

Innerhalb des EnBW-Konzerns werden von der **EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH** umfangreiche Beratungs- und Dienstleistungen erbracht. Hierzu zählen beispielsweise Einkauf, Personal- oder Rechnungswesen und Steuern.

In der Abfallentsorgung ist der EnBW-Konzern über die **EnBW Kraftwerke AG** und die **Stadtwerke Düsseldorf AG** sowie deren Tochterunternehmen tätig. Mit dem Müllheizkraftwerk Stuttgart-Münster und der Müllverbrennungsanlage der Stadtwerke Düsseldorf verfügt die EnBW über eigene thermische Entsorgungskapazitäten in Höhe von jährlich circa 870.000 t Abfall. Den Bereich Wasser innerhalb des Geschäftsfelds Energie- und Umweltdienstleistungen verantwortet die **EnBW Regional AG**. Dazu zählt zum Beispiel die Wasserversorgung der Landeshauptstadt Stuttgart. Darüber hinaus werden Betriebsführungen Wasser und Abwasser sowie die LeakControl-Wasserverlustmessung flächendeckend in Baden-Württemberg angeboten. Ingenieurdienstleistungen verantwortet die 100%ige Tochter **RBS wave GmbH** und ist damit über Baden-Württemberg hinaus in Gebieten von Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern tätig. Zum Spektrum der netznahen beziehungsweise sonstigen Dienstleistungen des Geschäftsfelds gehören beispielsweise Wartungsarbeiten, Erneuerungsmaßnahmen sowie Neubauten von Betriebsmitteln aller Art und auf allen Spannungs- und Druckebenen. In der Straßenbeleuchtung werden sämtliche Leistungen erbracht, die eine ordnungsgemäße Beleuchtung des öffentlichen Raums gewährleisten. Komplettlösungen für die Aufstellung und den Betrieb von Fotovoltaikanlagen in Kommunen gehören ebenfalls zum Leistungsspektrum. Angebote zur Telekommunikation, Medien- und Sicherheitstechnik sowie Funk runden das Produktportfolio ab.

EnBW AG

Als börsennotierte Aktiengesellschaft ist die EnBW AG im General Standard der Deutschen Börse gelistet. Ein Hauptaktionär ist die OEW Energie-Beteiligungs GmbH mit 45,01%. Am 6. Dezember 2010 hat die NECKARPRI GmbH, Stuttgart, eine 100%ige Tochtergesellschaft des Landes Baden-Württemberg, einen Kaufvertrag mit der EDFI über deren Anteile am Grundkapital der EnBW in Höhe von 45,01% geschlossen. Der Erwerb durch die NECKARPRI GmbH stand zum Redaktionsschluss noch unter dem Vorbehalt der zuständigen Kartellbehörden.



WEITERE INFORMATIONEN
Die EnBW am Kapitalmarkt
> Aktionärsstruktur > S. 29

Der Lagebericht des EnBW-Konzerns und der EnBW AG wird zusammengefasst, da der Geschäftsverlauf, die wirtschaftliche Lage und die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der EnBW AG nicht vom Geschäftsverlauf, der wirtschaftlichen Lage und den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des EnBW-Konzerns abweichen.

Leitung und Überwachung

Vorstand

Der Vorstand der EnBW AG besteht zum 31. Dezember 2010 aus drei Mitgliedern, denen die gemeinschaftliche Leitung des Konzerns obliegt. Der Vorstand sorgt für eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswerts. Neben dem Ressort des Vorstandsvorsitzenden sind die Aufgaben des Vorstands in die Ressorts „Operations“, „Personal, Recht und IT“, „Finanzen“ und „Technik“ gegliedert. Aus gesundheitlichen Gründen hat Dr. Rudolf Schulten im März 2010 sein Amt als Finanzvorstand der EnBW AG nach mehrmonatiger krankheitsbedingter Abwesenheit niedergelegt. Die dem Finanzressort zugeordneten Unternehmensbereiche und Konzerngesellschaften werden seit Dezember 2009 übergangsweise von den übrigen Mitgliedern des Vorstands weitergeführt. Technikvorstand Dr. Hans-Josef Zimmer hat im Zuge der vorbehaltlosen Prüfung von Geschäftstätigkeiten in Russland freiwillig sein Vorstandsmandat im Juli 2010 niedergelegt. Er hat einen Vertrag als Topmanager mit weitreichender Verantwortung im Bereich Technik angenommen; das Vorstandsressort Technik ist vorübergehend dem Ressort des Vorstandsvorsitzenden zugeordnet.

Im Ressort des Vorstandsvorsitzenden sind insbesondere strategische, aktionärsbezogene, gesellschaftspolitische und konzernübergreifende Aufgaben sowie Aufgaben mit Öffentlichkeitswirkung angesiedelt. Der Vorstandsvorsitzende verantwortet die Konzernführung und -entwicklung, die Topmanagement-Betreuung, die Entwicklung des Geschäftsfelds Gas, die Konzernrevision, die Unternehmenskommunikation sowie die Interessenvertretung in Wirtschaft, Technik und Energiepolitik. Die Konzernentwicklung umfasst die Bereiche Konzernstrategie und Mergers and Acquisitions sowie die Führung der Inlands- und Auslandsbeteiligungen.

Für eine bestmögliche Optimierung der Wertschöpfungskette ist der Bereich Marken und Vertrieb fachlich dem Ressort Operations zugeordnet. Im Zuständigkeitsbereich der Unternehmenskommunikation liegen die Themen Medien, Konzernpresse und interne Kommunikation. Die Interessenvertretung in Wirtschaft, Technik und Energiepolitik erfolgt über Repräsentanzen in Brüssel, Berlin und Stuttgart sowie die Koordination der Verbandsarbeit.

Das Finanzressort steuert und koordiniert die konzernweiten Finanzaktivitäten und damit verbundene Querschnittsfunktionen. Zu den Aufgaben dieses Ressorts gehören Konzerncontrolling, Konzernfinanzen und Investor Relations, Rechnungswesen und Steuern sowie Konzernrisikomanagement einschließlich Konzernkrisenmanagement. Neben den Schwerpunkten Konzernplanung und -reporting sowie Controlling der Geschäftsfeldbereiche, Gesellschaften und Beteiligungen ist dem Konzerncontrolling auch die konzernweite Überwachung und Durchführung des Internen Kontrollsystems (IKS) zugeordnet.

Dem Vorstand im Ressort Operations obliegt die Steuerung und Optimierung der Upstream- und Downstream-Aktivitäten in den Bereichen Vertrieb, Handel und Netze. Energiewirtschaftliche Fragestellungen in den Bereichen Portfoliomanagement und Marktumfeld sowie der Umgang mit regulatorischen Aspekten werden ebenfalls vom Ressort Operations verantwortet. Zudem ist der Vorstand Operations für die Marketingaktivitäten zuständig. Die Contracting- und die damit verbundenen energienahen Dienstleistungsaktivitäten liegen ebenfalls im Aufgabengebiet des Ressorts Operations.

Das Ressort Personal, Recht und IT ist für die entsprechenden Querschnittsfunktionen dieser Bereiche und zugehörige strategische Fragestellungen verantwortlich. Des Weiteren hat der Personalvorstand die Führung der Themenfelder Compliance, Materialwirtschaft, Arbeitsmedizin, Arbeitssicherheit, Datenschutz, Liegenschaften und Wissensmanagement inne. Er nimmt auch die Funktion des Arbeitsdirektors wahr.

Dem Technikressort sind die Energieerzeugung aus konventionellen, nuklearen und erneuerbaren Quellen sowie die Entwicklung und der Ausbau der dafür erforderlichen Anlagen zugeordnet. Hier liegt die Führung der entsprechenden Konzerngesellschaften. Das Technikressort steuert und koordiniert zudem das Geschäftsfeld Entsorgung, technische Fragen der Netze, den Konzernumweltschutz, die Projektentwicklung im Kraftwerksbau sowie die Aufgabengebiete Forschung und Innovation sowie internationale Klimaschutzprojekte.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der EnBW AG besteht aus 20 Mitgliedern und ist gemäß dem deutschen Mitbestimmungsgesetz paritätisch mit Vertretern der Anteilseigner und Arbeitnehmer besetzt, wobei die Gewerkschaft ver.di drei Arbeitnehmervertreter nominiert.

Der Aufsichtsrat überwacht und berät den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. Gemeinsam mit dem Vorstand erörtert er regelmäßig Geschäftsentwicklung, Planung und Strategie des Unternehmens. Bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen ist der Aufsichtsrat stets eingebunden. Rechtsgeschäfte und Maßnahmen, die der Zustimmung durch den Aufsichtsrat bedürfen, sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt. Der Aufsichtsrat ist insbesondere für die Bestellung und Abberufung der Vorstandsmitglieder und die Feststellung des Jahresabschlusses zuständig. Der Aufsichtsrat hat zur optimalen Wahrnehmung seiner Aufgaben als ständige Ausschüsse einen Personalausschuss, einen Finanz- und Investitionsausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Nominierungsausschuss sowie einen Vermittlungsausschuss gemäß § 27 Abs. 3 des Mitbestimmungsgesetzes gebildet. Nähere Angaben zur Zusammensetzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sind im Kapitel „Corporate Governance“ enthalten.

Weitere Erläuterungen finden sich in der Erklärung zur Unternehmensführung einschließlich Corporate-Governance-Bericht, die auf unserer Internetseite (www.enbw.com/content/de/investoren/corporate_governance/entsprechenserklaerung/index.jsp) im Bereich „Investoren“ zugänglich ist.



WEITERE INFORMATIONEN
Corporate Governance
› Der Aufsichtsrat › S. 244f.



WEITERE INFORMATIONEN
Corporate Governance
› S. 233ff.

Produkte, Markt und Wettbewerb

Markt- und Wettbewerbsstruktur

Die Energieversorger in Europa unterteilen sich in drei wesentliche Gruppen. Europa- und auch weltweite Geschäftsaktivitäten kennzeichnen Unternehmen der ersten Gruppe. Zu diesen zählen EDF, Enel, E.ON oder RWE, die in einer Vielzahl von Märkten stark diversifiziert sind. Ausgehend von einer starken Position in ihren Heimatmärkten streben Unternehmen der zweiten Gruppe ein Wachstum in ausgewählten europäischen Auslandsmärkten an. Neben der EnBW zählen auch CEZ, DONG, EVN, Vattenfall oder Verbund zu dieser Gruppe. Das dritte Segment wird von einer Vielzahl regional und lokal tätiger Unternehmen geprägt, die in ihren begrenzten Märkten eine starke Stellung aufweisen (beispielsweise Alpiq in der Schweiz, Hera in Italien, MVV und Thüga in Deutschland).

Marktposition der EnBW

Stromerzeugung: Bei der Stromerzeugung zählt die EnBW zu den zehn größten Unternehmen in Europa. Bezogen auf die installierten Erzeugungskapazitäten zum Jahresultimo 2009 liegt der Konzern im europäischen Vergleich an achter Stelle. Die größte Erzeugungskapazität weist mit deutlichem Abstand die EDF aus Frankreich auf. In Deutschland ist die EnBW die Nummer drei in der Stromerzeugung, nach E.ON und RWE. Zusammen mit der EDF erreicht die EnBW in Polen eine Erzeugung von etwa 15 Mrd. kWh, was rund 10 % der dortigen Stromerzeugung entspricht. Über eine Beteiligung in Ungarn hält die EnBW einen rund 22%igen Anteil an einem Braunkohlekraftwerk, das rund 15 % der inländischen Energienachfrage deckt. Im Rahmen eines Joint Ventures verfolgt die EnBW seit 2009 den Ausbau von Erzeugungskapazitäten in der Türkei, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien.

Regulierter Bereich der Netze: In Deutschland ist die EnBW einer der vier Übertragungsnetzbetreiber. In Baden-Württemberg unterhält sie verschiedene Verteilnetze. Die Gesamtlänge des EnBW-Verteilnetzes für Strom beträgt rund 149.000 km, die Länge aller Hoch-, Mittel- und Niederdrucknetze für Gas der EnBW rund 16.000 km.

Stromvertrieb: In Bezug auf die Zahl der Kunden und die Absatzmenge ist der EnBW-Konzern der drittgrößte inländische Stromversorger. Eine marktführende Stellung hat die EnBW in ihrem Stammland Baden-Württemberg in den B2B- und B2C-Kundengruppen inne. Die Stadtwerke Düsseldorf, an denen die EnBW beteiligt ist, halten in der Region Düsseldorf einen hohen Marktanteil. Als Marktführer unter den Stromanbietern ohne eigenes Netz zählt unsere nationale Vertriebsmarke Yello Strom mit rund 1,1 Millionen Kunden zu den zehn größten deutschen Stromunternehmen insgesamt. Im tschechischen Markt ist die PRE, an der die EnBW eine Beteiligung von durchgerechnet knapp 70 % hält, das drittgrößte Stromversorgungsunternehmen mit etwa 745.000 Kunden. Die Energiedienst Holding, an der die EnBW mit etwas über 80 % beteiligt ist, versorgt in der Schweiz und in Südbaden mehr als 750.000 Menschen mit Strom und netznahen Dienstleistungen.

Gas: Die Marktposition des Bereichs Gas soll kontinuierlich durch die Erweiterung der Wertschöpfungskette gestärkt werden. Im Gasvertrieb weist die EnBW in ihrem Stammland Baden-Württemberg eine etablierte Position auf und ist auch deutschlandweit aktiv. Über das Hochdrucknetz der GVS werden in Baden-Württemberg etwa zwei Drittel der Städte und Gemeinden mit Erdgas beliefert. Wie im Stromvertrieb erreichen die Stadtwerke Düsseldorf auch im Gasvertrieb einen hohen Marktanteil in der dortigen Region. So versorgen sie im B2B-Segment rund 450 Erdgaskunden und im B2C-Segment etwa 120.000 Erdgaskunden.

Energie- und Umweltdienstleistungen: Die EnBW gehört, gemessen am Umsatz, zu den größten Unternehmen im Bereich Energie- und Umweltdienstleistungen in Deutschland. Der Konzern nimmt dabei eine führende Position bei den Anbietern von Contractingleistungen ein, wobei die ESG insbesondere im industriellen Contracting eine Spitzenposition im deutschen Markt inne hat. Bei der thermischen Entsorgung von Abfällen zählt der EnBW-Konzern in Baden-Württemberg zu den führenden Unternehmen. Auch die Stadtwerke Düsseldorf nehmen in diesem Bereich in der Region Düsseldorf eine marktführende Position ein. Mit einem Marktanteil an der Wasserversorgung von 6,7 % in Baden-Württemberg ist die EnBW Regional AG (REG) der größte Wasserversorger in diesem Bundesland. Die REG ist zudem in Baden-Württemberg ein führender Anbieter von netznahen Dienstleistungen mit Schwerpunkt in der Sparte Strom.

Produkte und Wettbewerb

Die EnBW setzt im Vertrieb ihrer Produkte und Dienstleistungen auf eine Mehrmarkenstrategie. Die Marktbearbeitung wird dabei markenübergreifend von der zentralen Vertriebsgesellschaft, der EnBW Vertrieb GmbH, gesteuert.

Strom

Das Geschäftsjahr 2010 war von einem anhaltend intensiven Wettbewerb auf dem deutschen Strommarkt geprägt. Im preisaggressiv geführten Wettbewerb um Privatkunden traten als zusätzliche Wettbewerber auch branchenfremde Unternehmen verstärkt mit Angeboten in den Markt ein. Dies schlug sich auch in einem Anstieg der kumulierten Wechselquote nieder. So nahm der Anteil der Kunden, die mindestens einmal den Versorger gewechselt haben, laut BDEW von Oktober 2009 bis zum September 2010 von 20,7% auf 21,7% zu. Infolge des verstärkten Wettbewerbs musste die EnBW in Baden-Württemberg geringfügige Kundenverluste hinnehmen, konnte ihre gute Marktposition jedoch behaupten. Im Gegensatz zu vielen Wettbewerbern positioniert sich die EnBW mit ihren Marken durch hohe Standards im Kundenservice, attraktive Kundenbindungsmaßnahmen und innovative Produkte rund um die Themen Energieeffizienz und -management. So bieten EnBW und Yello seit 2010 den Kunden neue Gesamtlösungen zu den Themen Elektromobilität, Fotovoltaik und Wärmepumpe an. Die Verknüpfung von moderner Anlagentechnik, intelligenter Zählertechnologie und passgenauen Tarifmodellen ist die Grundlage der EnBW-Vision vom Smart Home. Yello hat bereits Ende 2008 – analog zur EnBW in Baden-Württemberg – als erstes Stromunternehmen bundesweit einen intelligenten Stromzähler angeboten. Auf Basis des intelligenten Zählers startete Yello 2010 in den Pilotregionen Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen das Fotovoltaik-Produkt Yello Solar. Auch Yello musste aufgrund des intensiven Wettbewerbs Kundenverluste hinnehmen. Die Markenbekanntheit erreicht gestützt einen Wert von 96% (vorläufige Schätzung).

Mit Blick auf das wachsende Interesse an Ökostrom wurde im September 2010 ein bundesweites Angebot unter der Marke NaturEnergie+ gestartet. Dazu haben die EnBW Vertrieb GmbH und Energiedienst ein 50:50-Joint-Venture gegründet. Das Marktpotenzial wird auf etwa drei Millionen Kunden geschätzt. Wie in den Vorjahren erhielt der EnBW-Kundenservice Auszeichnungen neutraler Institutionen. In einer Bewertung der Kundenfreundlichkeit des Kundenbereichs im Internet erreichte die EnBW den dritten Platz von 100 Stromunternehmen. Der TÜV Süd sprach erneut eine Zertifizierung für unseren Kundenservice aus. Yello erhielt vom Verbraucherportal Verivox 2010 zum fünften Mal die Auszeichnung „kundenfreundlichster Stromanbieter“.

Der intensive Wettbewerb um B2B-Kunden dauerte 2010 an. Zudem ist die Wechselbereitschaft bei Industriekunden generell höher als bei anderen Kundengruppen. Bearbeitet wird der Markt von den großen deutschen Energieversorgern, ausländischen sowie regionalen Anbietern, zu denen zunehmend auch Stadtwerke gehören. Im Zuge dessen musste die EnBW Kundenverluste in Baden-Württemberg und Deutschland hinnehmen. Um sich im Wettbewerb zu behaupten, hat die EnBW das Angebot handelsorientierter Stromprodukte ausgeweitet. Das Unternehmen setzt auf eine hohe Qualität von Beratung und Service in den Kundenbeziehungen. Zudem erzeugen Aktivitäten wie die „EnBW Netzwerke Energieeffizienz“ direkten Mehrwert bei den Kunden. Dieses Modell wurde inzwischen über die Tochtergesellschaft EnBW EnergyWatchers GmbH auf Basis eines Franchise-Systems erweitert.

Gas

Das Geschäftsjahr 2010 war auch auf dem Gasmarkt von einer weiter zunehmenden Wettbewerbsdynamik geprägt. So können beispielsweise Privatkunden im Großraum Stuttgart mittlerweile zwischen über 60 Anbietern wählen, nachdem die Zahl im Vorjahr noch bei rund 30 Anbietern lag. Die Wechselquote erhöhte sich bundesweit von 10,9% Ende 2009 auf 11,9% im September 2010 (BDEW). Im Segment der Privatkunden befindet sich der Energieträger Gas zusätzlich mit anderen Energieträgern im Wettbewerb, in dem die EnBW durch eine hohe Qualität überzeugen will. In einer Analyse von Verivox lautete das Urteil für den Testsieger EnBW in Bezug auf Servicequalität „sehr gut“. Das Portal check24.de zeichnete 2010 zudem das Produkt EnBW-Erdgas plus als Testsieger aus.

Die **EnBW Gas GmbH** hat 2010 ihre Marktposition im Wettbewerb bei Industrie- und Haushaltskunden im Großraum Stuttgart gehalten. Ein Erfolgsfaktor war die Einführung zusätzlicher individueller und marktorientierter Produkte. Dazu gehörte auch die Etablierung des Produkts Bioerdgas, das aus eigenen Anlagen stammt. Des Weiteren engagiert sich die EnBW Gas GmbH aktiv bei der Einführung neuer Technologien am Markt und testet diese zusammen mit den Herstellern und bei Pionierkunden. So wurden die ersten Mikrogasturbinen-Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung im Haushaltsbereich eingebaut. Die EnBW Gas GmbH setzt sich auch für den Umweltschutz ein. Durch die Umstellung von Öl- auf Gasheizungen bei Gewerbe- und Industriekunden wurden CO₂-Emissionen reduziert. Diese werden zertifiziert und anschließend an die Kunden in Form einer CO₂-Einsparprämie ausgeschüttet. Dieses Projekt ist von der Deutschen Emissionshandelsstelle genehmigt. Zum Wettbewerb um einzelne Kunden treten Bestrebungen der Kommunen zu einer stärkeren Eigenständigkeit. Für die EnBW Gas GmbH gilt es Lösungen zu finden, die auch bei Konzessionsveränderungen eine weitere Wertschöpfung für den EnBW-Konzern gewährleisten. Dies kann beispielsweise über technische oder kaufmännische Dienstleistungen erfolgen. Das Modell der Netzpacht bietet attraktive Lösungen für Kommunen und stärkt damit die Position der EnBW im Gaskonzessionswettbewerb. 2010 wurden bereits erste Pachtverträge für Netze von Dritten geschlossen.

In Nordrhein-Westfalen ist die Anzahl der Wettbewerber im Bereich Erdgas 2010 deutlich angestiegen. Trotz des verschärften Wettbewerbs konnten die Stadtwerke Düsseldorf im Stammgebiet den hohen Marktanteil durch erfolgreiche Vertriebsaktivitäten halten. Außerhalb des Stammgebiets konnten Kunden gewonnen werden, wobei 2010 insgesamt ein kleiner Kundenverlust zu verzeichnen war. Auch in den Folgejahren ist hier von einer hohen Wettbewerbsintensität auszugehen.

Die Watt Deutschland ist im Februar 2010 erfolgreich in den Gasmarkt gestartet. Als Gaslieferant kann sie deutschlandweit in allen H- und L-Gas-Marktgebieten Kunden beliefern. Die Watt Deutschland fokussiert sich auf die Segmente Mittelstand und Filialisten. Für die Lieferjahre 2010 bis 2013 hat sie bereits eine Menge von 1 Mrd. kWh mit über 3.400 Lieferstandorten vereinbart. Eine Zusammenarbeit erfolgt mit EWE im Kundensegment der Filialisten.

Das Marktumfeld der GVS zeichnet sich durch eine Intensivierung des Wettbewerbs aus, verbunden mit einem spürbaren Druck auf Preise und Margen. Ursachen hierfür waren eine Erhöhung der Gasförderung bei einer gleichzeitig gedämpften Nachfrage sowie ein deutlicher Unterschied zwischen den Preisen an liquiden Handelsplätzen für Spotmengen und den Preisen aus langfristigen, ölbundenen Bezugsverträgen. Auf Kundenseite hat dies die Tendenz zu einem Mehrlieferantenmodell befördert. Großhändler wie die GVS müssen ihr Geschäftsmodell neu aufstellen. Die GVS positioniert sich am Markt als zuverlässiger und leistungsstarker Partner für Erdgas mit flexiblen Liefermodellen. Wettbewerbsvorteile ergeben sich durch die Nutzung vielfältiger Beschaffungsoptionen, durch innovative Produktgestaltung und aktives Portfoliomanagement sowie gute Kundenbeziehungen. Bei den erneuerbaren Energien besetzt die GVS deutschlandweit erfolgreich das Feld Bioerdgas.

Energie- und Umweltdienstleistungen

Der Markt für Contractingdienstleistungen hat sich im Geschäftsjahr 2010 weiterentwickelt. Einflussfaktoren waren die zunehmende Bedeutung wirtschaftlicher Energiekonzepte und der Ausbau der dezentralen Erzeugung. Große Energieversorger haben verstärkt ihre Contractingaktivitäten in eigenen Gesellschaften gebündelt. Kleinere Marktteilnehmer aus dem Anlagen- oder Heizungsbau erweitern ihr Leistungsspektrum um Energieeffizienzkonzepte. Insgesamt waren deutliche Konsolidierungstendenzen am Markt zu beobachten.

Im Bereich Entsorgung konzentriert sich die EnBW auf die anlagenintensive Entsorgung von Abfall in thermischen Abfallbehandlungsanlagen und dem zugehörigen Stoffstrommanagement (Waste to Energy). Sie stellt so die Entsorgungssicherheit für ihre kommunalen Partner sicher. Die beiden großen Müllheizkraftwerke in Stuttgart und Düsseldorf sind zudem wesentliche Eckpfeiler der Fernwärmeversorgung beider Landeshauptstädte. Ausgehend von der gleichzeitigen Erzeugung von Strom- und Fernwärme (Kraft-Wärme-Kopplung) tragen sie zur klimaschonenden Energiebereitstellung bei. Die Grundlage des Geschäfts der thermischen Abfallverwertung in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen bilden langfristige Verträge mit Landkreisen und Städten. Die Marktposition blieb im Jahr 2010 in beiden Regionen stabil.

Die EnBW hat mit der REG im Jahr 2010 ihre Stellung auf dem Markt der Wasser- und Abwasserbetriebsführungen in Baden-Württemberg gefestigt. Im Netzgebiet Stuttgart wurden wie im Jahr zuvor rund 38 Mio. m³ Trinkwasser an die Kunden abgesetzt. Die EnBW hat 2010 mit einer nahezu unterbrechungsfreien Versorgung und hohen Betriebsaufwendungen sowie Investitionen von mehr als 10 Mio. € in das Netz und in die Anlagen gezeigt, dass sie auch für die Zukunft der geeignete Partner für die Wasserversorgung in der Landeshauptstadt ist. Die REG ist zudem außerhalb Stuttgarts ein verlässlicher Dienstleistungspartner für Kommunen und Zweckverbände. Hier werden durch aktuelle Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Steigerung der Energieeffizienz in der Wasserversorgung vor Ort Maßnahmen ergriffen, die helfen, CO₂-Emissionen zu minimieren und Betriebskosten zu senken. Unser Wasserverlustüberwachungssystem LeakControl ist mit über 100 installierten Einheiten in Baden-Württemberg fest im Markt etabliert. Jahresbilanzen einzelner Anwender zeigen die Vorteile des Systems, mithilfe dessen Leckagen wesentlich rascher identifiziert und lokalisiert und Wasserverluste deutlich gesenkt werden. Im Bereich der Ingenieurdienstleistungen Wasser und Abwasser konnte die REG-Tochter RBS wave GmbH ihre Stellung am Markt behaupten. Durch die Entwicklung und den Verkauf von intelligenten Produkten (LeakControl, Fernüberwachung von Kathodischen-Korrosionsschutz-Anlagen) entwickelt sich die RBS wave zu einem breiter aufgestellten Fachkompetenzunternehmen.

Die Geschäftsentwicklung im Bereich der netznahen Dienstleistungen verlief 2010 positiv. Insgesamt ist die REG bei Netzdienstleistungen über alle Spannungsebenen im Markt verankert und als kompetenter Partner anerkannt. Anhaltend groß ist die Nachfrage nach Fotovoltaikanlagen. Diese schlägt sich auch in einem gegenüber 2009 gestiegenen Absatz und Umsatz im Produkt EnBW Trafoservice nieder. Mit der Weiterentwicklung des Portfolios für netznahe Dienstleistungen bei der Straßenbeleuchtung ist die REG bereits heute für die sich abzeichnende verstärkte Nachfrage nach Dienstleistungen in diesem Bereich gerüstet.

Konzernstrategie und wertorientierte Steuerung

Wir wollen dauerhaft zu den zehn größten Energieversorgungsunternehmen in Europa gehören. Mit unseren fünf strategischen Stoßrichtungen befinden wir uns auf einem nachhaltigen und effizienten Wachstumskurs. Die finanzielle Stabilität des Unternehmens ist dabei eine entscheidende Leitlinie. Wir steuern den Konzern anhand des Wertbeitrags.

Ziele und Strategie

Die EnBW steht für Fortschritt und Wettbewerb im Energiemarkt zum Wohle des Kunden. Als drittgrößtes Energieversorgungsunternehmen in Deutschland nimmt die EnBW in Europa einen Platz unter den zehn größten Vertretern der Branche ein. Diese Position wollen wir festigen und ausbauen. Die finanzielle Stabilität des Unternehmens ist dabei von entscheidender Bedeutung. Es ist unser Ziel, das A-Rating des Unternehmens zu erhalten.

Ausgehend von starken Wurzeln in Baden-Württemberg verfügt die EnBW über ein breit gefächertes Geschäftsportfolio mit vier Geschäftsfeldern. Diese sind mit ihren Produkten und Dienstleistungen auf drei sehr unterschiedlichen Märkten tätig. Auf den Großhandelsmärkten agiert die EnBW in der Stromerzeugung, bei der Beschaffung von Primärenergieträgern und CO₂-Zertifikaten sowie im Stromhandel. Die Großhandelsmärkte sind durch einen intensiven Wettbewerb gekennzeichnet, wobei Effizienz und Flexibilität des Erzeugungs- und Beschaffungsportfolios wesentliche Erfolgsfaktoren sind. Auf den regulierten Märkten prägen Vorgaben der öffentlichen Hand das Marktumfeld. Dies gilt für unsere Netze und für erneuerbare Energien, insbesondere aus Wind, Biomasse und Fotovoltaik. Auf den Endkundenmärkten berät und versorgt die EnBW insgesamt rund sechs Millionen Geschäfts- und Privatkunden (Stand: 31. Dezember 2010). Dabei befindet sich das klassische Vertriebsgeschäft eines Energieunternehmens seit einiger Zeit im Umbruch: Die EnBW positioniert sich im Wettbewerb zusätzlich durch kundenorientierte Energieberatung und Dienstleistungen rund um die effiziente Nutzung von Energie.

Auf Basis unseres geschärften Geschäftsmodells agiert der EnBW-Konzern als integrierter Versorger in Deutschland und in der Tschechischen Republik. In ausgewählten Auslandsmärkten steht ein fokussiertes Wachstum durch Aktivitäten in den Bereichen erneuerbare Energien sowie Energiemanagement und -effizienz im Mittelpunkt. Sämtliche Geschäftsprozesse werden von einem intensiven Kostenbewusstsein begleitet. Unsere fünf strategischen Stoßrichtungen zielen darauf ab, die Position der EnBW in den genannten Märkten entlang der Wertschöpfungskette zu festigen und zu erweitern. Dementsprechend hatte die EnBW in den vorangegangenen Jahren begonnen, ihr Investitionsvolumen als Kern des langfristigen Wachstumskurses zu erhöhen. Für den Zeitraum 2010 bis 2012 waren ursprünglich Bruttoinvestitionen von 7,9 Mrd. € vorgesehen. Insbesondere aus der Kernbrennstoffsteuer und dem Förderfonds für erneuerbare Energien ergeben sich für die EnBW in den nächsten Jahren jedoch hohe finanzielle Belastungen. Vor diesem Hintergrund haben wir eine Adjustierung der Strategie und eine Kürzung des Investitionsprogramms für den Zeitraum 2011 bis 2013 beschlossen. Das Bruttoinvestitionsvolumen wird sich demnach für den genannten Zeitraum auf 5,1 Mrd. € belaufen. Die strategischen Stoßrichtungen der EnBW haben wir wie folgt angepasst:

- > **Entwicklung der Erzeugungskapazitäten:** Per 31. Dezember 2010 verfügte die EnBW über Erzeugungskapazitäten von 15.498 MW. Langfristig wollen wir unsere Erzeugungskapazitäten in einem Bereich von 14.000 MW bis 15.000 MW halten. Die vereinbarte Laufzeitverlängerung für die deutschen Kernkraftwerke um durchschnittlich zwölf Jahre wird sich dabei positiv bemerkbar machen. Bei der Entwicklung der Erzeugungsanlagen werden wir unser Portfolio um flexible Kapazitäten wie Pumpspeicher ergänzen. Die zur Verfügung stehenden Mittel fließen in die Fertigstellung begonnener Anlagen wie die modernen Steinkohlekraftwerke RDK 8 und GKM 9. Zudem stehen Instandhaltungsmaßnahmen für Kernkraftwerke durch neue Anforderungen



WEITERE INFORMATIONEN
Werte, Ziele, Strategie
> S. 21ff.



WEITERE INFORMATIONEN
Lagebericht > Erzeugungs-
portfolio > S. 38

im Zuge der Laufzeitverlängerungen an. Weiter investieren werden wir in den Ausbau der erneuerbaren Energien, deren Anteil am Erzeugungsportfolio wir bis zum Jahr 2020 auf rund 20% steigern wollen. Zum Jahresultimo 2010 lag dieser Anteil bei 10,5%. Der Technologiefokus liegt auf Wasser, On-/Offshore-Windparks und Biomasse. Den Ausbau des Laufwasserkraftwerks Rheinfelden planen wir bis 2011 abzuschließen. Den EnBW Windpark Baltic 1 mit einer Leistung von 48 MW haben wir Ende 2010 erfolgreich fertiggestellt. Weitere Windparks sind in Umsetzung und Prüfung. Dabei werden wir verstärkt externe Finanzierungspartner einbinden, um das hohe Investitionsvolumen zu schultern. Insgesamt wollen wir von 2011 bis 2013 etwa 2,6 Mrd. € in die Entwicklung der Erzeugungsanlagen investieren.

- > **Ausbau Gasgeschäft:** Im Bereich Gas verfolgen wir weiterhin die Stärkung des Midstream-Bereichs, um von der Zunahme des grenzüberschreitenden Transports und der wachsenden Liquidität der Gasmärkte zu profitieren. Im Vordergrund steht die Umsetzung des Geschäftsmodells des kommerziellen Optimierers. Dabei werden analog zum Strom Beschaffung und Absatz durch den Handel über den Großhandelsmarkt gesteuert. Für die Erweiterungen des Assetportfolios sind langfristige Bezugsverträge, der Zugang zu Transportkapazitäten (Pipeline und LNG) und der Aufbau von Gasspeichern wie in Etzel zentrale Elemente. Im Rahmen unserer Option auf die Anteile an der VNG prüfen wir verschiedene Möglichkeiten.
- > **Kernmarkt Deutschland, selektives Wachstum im Ausland:** Der Werterhalt unserer Netze ist ein wesentlicher Teil unserer Aktivitäten in Deutschland. Die EnBW verfügt traditionell über eine starke Verankerung und Präsenz in Baden-Württemberg. Mit einer Regionalstrategie wollen wir künftig noch enger mit den Kommunen und Stadtwerken zusammenarbeiten und gemeinsame Projekte entwickeln. Im Zuge des Regionalisierungskonzepts sollen dabei neue Kommunen als Kunden für bereits etablierte Geschäftstätigkeiten gewonnen werden. Dabei geht es beispielsweise um die Errichtung von Anlagen zur Nutzung von Biomasse, Windkraft oder Fotovoltaik. Eine weitere Komponente ist die Einbindung von Kommunen und Stadtwerken als Investitionspartner in Neubauprojekte, wie bereits im EnBW Windpark Baltic 1. Mit der EWE Aktiengesellschaft wird die Ausweitung der Regionalstrategie auf Norddeutschland geprüft. In der Tschechischen Republik haben wir unsere Position durch die Aufstockung unserer Beteiligung an der PRE auf knapp 70% gestärkt. Wir wollen die PRE als Nummer drei im Markt zu einem integrierten Versorger entwickeln. In unserem Joint-Venture in der Türkei haben wir bisher in Wind- und Wasserkraft 110 MW in Betrieb beziehungsweise sind im Bau. In der Schweiz sehen wir eine günstige Gelegenheit, für die Energiedienst Holding die Erzeugungsanlagen auf Basis erneuerbarer Energien auszubauen. Durch eine stärkere Positionierung auf dem Schweizer Markt bietet sich der Energiedienst Holding zudem die Möglichkeit, neue Kunden zu gewinnen und den Geschäftsanteil in der Schweiz in den kommenden Jahren deutlich zu steigern.
- > **Etablierung neuer Geschäftsfelder:** Die EnBW ist mehr als der klassische Energieversorger und bietet ihren Kunden umfassende Lösungen bei Energie, Versorgung und Entsorgung. Zusätzlich zu Strom und Gas weiten wir unsere Aktivitäten im Bereich Wärme aus und stärken das Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen. Den Contractingdienstleistungen kommt dabei eine hohe Bedeutung zu. Wir positionieren uns als Energiemanager und unterstützen Kunden beim Thema Energieeffizienz. Der intelligente Stromzähler ist Kern des Smart Home-Ansatzes, den wir mit zusätzlichen Produkten aus der Elektromobilität, mit Solaranlagen und Wärmepumpen 2010 konsequent erweitert haben. Bis 2013 werden wir weitere 0,4 Mrd. € in den Ausbau neuer Geschäftsfelder investieren.
- > **Prozessoptimierung und Synergien:** In verschiedenen Effizienzprogrammen, auch in Kooperation mit unseren industriellen Partnern, haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr gemeinsame Synergien geschöpft. Zusätzlich zu bestehenden Programmen haben wir Anfang Oktober 2010 das Effizienzsteigerungsprogramm „Fokus“ gestartet. Ab 2013 wird voraussichtlich das Gesamtvolumen von nachhaltig 300 Mio. € pro Jahr erzielt werden.



WEITERE INFORMATIONEN
Lagebericht • Prognose-
bericht • S. 109ff.

Die Geschäftsaktivitäten der EnBW lassen sich nach Produkten und Dienstleistungen, Wertschöpfungsstufen und geografischen Gesichtspunkten unterteilen. Mit unseren strategischen Stoßrichtungen wollen wir die Diversifikation des Geschäftsportfolios erhöhen. So können wir von den jeweiligen marktspezifischen Vorteilen profitieren und mindern die Abhängigkeit von einzelnen Aktivitäten. Um die finanzielle Stabilität des Unternehmens zu gewährleisten, ist das Investitionsprogramm des Unternehmens auch mit Desinvestitionen verbunden. 2010 wurde dementsprechend die GESO mit ihren Tochterunternehmen für 0,8 Mrd. € veräußert. Ein Verkauf von EVN-Anteilen wurde aufgrund des Marktumfelds nicht durchgeführt. Bis 2013 sind Desinvestitionen im Umfang von 1,8 Mrd. € geplant.

Wertorientierte Steuerung

Im Mittelpunkt der wertorientierten Steuerung der EnBW steht der Wertbeitrag. Er bildet die Entwicklung des Unternehmenswerts aus finanzieller Sicht ab. Eine Steigerung des Unternehmenswerts wird erreicht – so der Grundgedanke des Wertbeitrags – wenn die Rentabilität des eingesetzten Kapitals (Return on Capital Employed, ROCE) über der geforderten Verzinsung für dieses Kapital liegt. Diese Differenz wird mit dem Capital Employed, das die Vermögenswerte des operativen Geschäfts umfasst, multipliziert und ergibt den Wertbeitrag. Liegt der ROCE über dem Kapitalkostensatz, ist der Wertbeitrag positiv.



WEITERE INFORMATIONEN
Lagebericht > Wertbeitrag
2010 > S. 71f.

$$\text{Wertbeitrag} = (\text{ROCE} - \text{Kapitalkostensatz}) \times \text{Capital Employed}$$

$$\text{Mit ROCE} = \frac{\text{Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis}}{\text{Capital Employed}}$$

Die Rentabilität des eingesetzten Kapitals (ROCE) wird aus dem Verhältnis des Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis zum eingesetzten Kapital (Capital Employed) ermittelt. Das Adjusted EBIT misst die operative und nachhaltige Leistung der EnBW und ist um neutrale Effekte bereinigt. Wir berücksichtigen das Beteiligungsergebnis, da Beteiligungen ein integraler Bestandteil des Geschäftsmodells sind. Das Adjusted EBIT ist eine Vorsteuergröße, sodass auch das Beteiligungsergebnis auf einen Vorsteuerwert umgerechnet wird. Sämtliche Vermögenswerte des operativen Geschäfts werden im Capital Employed zusammengefasst. Abgezogen wird nicht zinstragendes Kapital wie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Während das Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis eine zeitraumbezogene Größe ist, handelt es sich beim Capital Employed um eine Stichtagsbetrachtung. Daher wird für die Berechnung des Capital Employed der Durchschnitt aus dem Jahresanfangs- und Jahresendwert sowie den drei dazwischenliegenden Quartalsendwerten gebildet. Die Differenz zwischen ROCE und Kapitalkostensatz, der auf der gewogenen Verzinsung des Eigen- und Fremdkapitals basiert, multipliziert mit dem Capital Employed ergibt dann den erwirtschafteten Wertbeitrag.

Der Wertbeitrag dient als Grundlage der strategischen Entscheidungen und operativen Maßnahmen der EnBW. Ein positiver Wertbeitrag des jeweiligen Projekts über den gesamten Betrachtungszeitraum ist die Voraussetzung für Investitions- und Geschäftsentscheidungen. Die Geschäftsaktivitäten des EnBW-Konzerns weisen unterschiedliche Risikoprofile auf. Dementsprechend werden den Vorhaben jeweils risikoadjustierte Kapitalkosten zugrunde gelegt.

Der Wertbeitrag wird durch verschiedene Größen beeinflusst. Bis zum Jahr 2009 konnte der ROCE aufgrund einer guten operativen Entwicklung über einen Zeitraum von fünf Jahren kontinuierlich gesteigert werden. Auch der Wertbeitrag legte in dieser Periode stetig zu. 2009 und 2010 haben wir das Investitionsvolumen deutlich ausgeweitet. Investitionen erhöhen in den Folgejahren das eingesetzte Kapital deutlich, wobei sich die Ergebniswirkung der Investitionen über einen längeren und den Investitionen nachgelagerten Zeitraum entfaltet. Dies gilt insbesondere für Investitionen in Sachanlagen im Rahmen von Kraftwerksneubauten, welche erst nach Inbetriebnahme positiv auf das operative Ergebnis des Konzerns wirken, während die Erzeugungsanlagen bereits während der Bauphase im eingesetzten Kapital berücksichtigt werden. Für die Entwicklung des ROCE und des Wertbeitrags ergibt sich im Vergleich einzelner Jahre damit eine gewisse Zyklizität in Abhängigkeit vom Investitionsvolumen. Dieser Effekt war im Jahr 2010 sichtbar. Die EnBW lässt die Methodik zur Ermittlung des Wertbeitrags jedoch unverändert und Investitionen werden ohne Verzögerung dem Capital Employed zugerechnet. Wir verfolgen das Ziel, den Unternehmenswert langfristig und nachhaltig zu steigern. Jährliche Schwankungen im Rahmen des Investitionszyklus sind demgegenüber von nachgeordneter Bedeutung.

Neben dem Wertbeitrag sind das Adjusted EBIT und der dynamische Verschuldungsgrad wesentliche Steuerungsgrößen. Zur Sicherstellung des A-Ratings soll der dynamische Verschuldungsgrad den Grenzwert von 3,5 nicht überschreiten.

$$\text{Dynamischer Verschuldungsgrad} = \frac{\text{Bereinigte Nettoschulden}}{\text{Adjusted EBITDA}}$$

Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

Im Zuge der gesamtwirtschaftlichen Erholung nahm 2010 auch der Energieverbrauch in Deutschland wieder zu. Mit dem Energiekonzept der Bundesregierung und der Kernbrennstoffsteuer wurden 2010 politische Entscheidungen mit erheblichen Auswirkungen in den Folgejahren getroffen.

Rahmenbedingungen



WEITERE INFORMATIONEN
Lagebericht · Prognose-
bericht · S. 109ff.

Der Geschäftsverlauf der EnBW wird durch verschiedene externe Faktoren beeinflusst. Zu den wesentlichen Determinanten gehören gesamtwirtschaftliche, politische und regulatorische Umfeldentwicklungen sowie die Preissituation an den Märkten für Strom, Brennstoffe und CO₂-Zertifikate.

Starke Wachstums- oder Schrumpfungsphasen der Wirtschaft schlagen sich deutlich in der Strom- und Gasnachfrage der Industrie nieder. Dies haben die wirtschaftliche Talfahrt 2009 und die sich 2010 verstärkende Erholung in Deutschland und Europa deutlich gezeigt. Der Verbrauch privater Haushalte gestaltet sich dagegen weitestgehend konjunkturunabhängig. Beim Gasabsatz spielt zudem die Witterung eine wichtige Rolle.

Die Branche der Energieversorger wird sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene in hohem Maß von politischen Entscheidungen beeinflusst. Leitlinien für politisch motivierte Eingriffe sind die Einführung von markt- und wettbewerbsorientierten Regelungen sowie der gesellschaftspolitische Wille, den Klimawandel zu begrenzen und den Umweltschutz zu forcieren. Dementsprechend war in den letzten Jahren eine starke Dynamik auf der politischen und regulatorischen Ebene zu beobachten, die insgesamt zu umfassendem gesetzgeberischem Handeln im Energiebereich geführt hat. Folglich ist auch die EnBW mit sich ständig verändernden Anforderungen konfrontiert. Wir versuchen, den wechselnden Rahmenbedingungen nach Möglichkeit mit flexiblen und langfristig orientierten Konzepten zu begegnen.

Die Preise an den Märkten für Strom, Brennstoffe und CO₂ beeinflussen den Geschäftsverlauf der EnBW sowohl auf der Kosten- als auch auf der Erlösseite: Die variablen Kosten der Stromproduktion der Kraftwerke der EnBW sind abhängig von den Preisen der Primärenergieträger und der CO₂-Zertifikate. Gleichzeitig stellen diese Preise einen entscheidenden Einflussfaktor auf die Entwicklung des Strompreises auf dem Großhandelsmarkt dar. Eine weitere Komponente der Stromproduktion ist die benötigte Menge an CO₂-Zertifikaten: Sie müssen im Rahmen des europäischen Emissionshandels für die bei der Erzeugung entstehenden CO₂-Emissionen nachgehalten werden. Neben den Brennstoff- und CO₂-Preisen wirkt auch das kontinuierlich steigende Angebot aus erneuerbaren Energien immer stärker auf die Strompreise am Großhandelsmarkt. Ausgehend vom Preisniveau auf den Großhandelsmärkten unterscheiden sich die einzelnen Kraftwerke der EnBW in ihrer Profitabilität.

Die EnBW ist bestrebt, Unsicherheiten für die Erzeugungsmarge, die aus Preisentwicklungen von Primärenergieträgern, CO₂-Zertifikaten und Strom auf den Großhandelsmärkten entstehen können, zu verringern. Im Voraus werden daher auf dem Terminmarkt die für die Stromerzeugung erforderlichen Mengen an Primärenergieträgern und CO₂-Zertifikaten beschafft. Zeitgleich wird die geplante Stromproduktion veräußert. Kosten und Erlöse des Jahres 2010 beruhen maßgeblich auf den Konditionen der in den Jahren zuvor abgeschlossenen Lieferkontrakte. Somit wirkt der Preisverlauf auf dem Terminmarkt im Geschäftsjahr 2010 im Wesentlichen auf die Ergebnisse der Folgeperioden. Ein gleicher Zusammenhang gilt für die vertriebsseitig am Terminmarkt erworbenen Strommengen.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Situation

Die globale Wirtschaftsleistung konnte nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Jahr 2010 deutlich um 4,8% gegenüber 2009 zulegen. Im Vorjahr war sie im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise noch um 0,6% geschrumpft. Triebkräfte des Wachstums im Jahr 2010 waren vor allem die schnell wachsenden Schwellenländer wie Brasilien, China und Indien. Insgesamt entwickelten sich die Volkswirtschaften weltweit recht uneinheitlich. Zudem zeigt sich, dass sich der Aufwärtstrend in der zweiten Jahreshälfte 2010 abgeschwächt hat.

Für Europa rechnet die Europäische Kommission im Jahr 2010 mit einem Plus der Wirtschaftsleistung in der Eurozone um 1,7%, das deutlich hinter dem Zuwachs der Weltwirtschaft zurückbleibt. Zudem fiel der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) mit 4,1% nach Angaben von Eurostat im Jahr 2009 merklich höher aus. Besser entwickelten sich 2010 nach Schätzungen des IWF die Staaten in Mittel- und Osteuropa. Nach einem Rückgang um 3,6% im Jahr zuvor sollen diese Volkswirtschaften 2010 um 3,7% gewachsen sein. Die Tschechische Republik hat dabei voraussichtlich einen Anstieg des BIP um schätzungsweise 2,0% erzielt (2009: -4,1%). Einen erheblichen Wachstumsschub hat Schätzungen des IWF zufolge 2010 die Türkei erreicht. Dort steht ein Zuwachs von 7,8% im Vergleich zu 2009 zu Buche (2009: -4,7%).

Die deutsche Wirtschaft expandierte 2010 kräftig. Nach Einschätzung des Statistischen Bundesamts legte das BIP 2010 um 3,6% zu, nachdem die volkswirtschaftliche Leistung im vorangegangenen Jahr im Vergleich zu 2008 um 4,7% gesunken war. Nach Einschätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) war der Wachstumsmotor dabei die Industrie, deren Zuwachs 2010 wohl rund 8% betragen hat, nach einem Einbruch um über 16% im Jahr zuvor.

Energieverbrauch

Im Zuge des deutlichen Wachstums der Wirtschaftsleistung in Deutschland verzeichnete der Energieverbrauch im Jahr 2010 nach Angaben des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW, vorläufige Daten) einen deutlichen Sprung. Der Stromverbrauch von Januar bis Oktober übertraf 2010 den Vorjahreswert um 4% und erreichte 422 Mrd. kWh. Der Erdgasverbrauch legte im gleichen Zeitraum um rund 6% auf 914,6 Mrd. kWh zu (Quelle: BAFA). Im Vorjahr hatte insbesondere der Rückgang der Industrieproduktion zu deutlich niedrigeren Werten geführt (Strom: 406 Mrd. kWh, Gas: 860,8 Mrd. kWh, jeweils Januar bis Oktober).

Stromerzeugung und -export

Vor dem Hintergrund des höheren Verbrauchs stieg im Jahr 2010 auch die Nettostromerzeugung¹ in Deutschland. Sie lag im Zeitraum Januar bis Oktober 2010 bei 364 Mrd. kWh und damit – bereinigt um Kalendereffekte – um 4,7% höher als im Vorjahr (Quelle: BDEW, vorläufige Daten). Der Nettoexportüberschuss stieg in den Monaten Januar bis Oktober auf 12,2 Mrd. kWh, nach 7,5 Mrd. kWh in der vergleichbaren Vorjahresperiode (Quelle: BDEW, vorläufige Daten).

Kernenergie und Braunkohle zählen seit Jahren zu den wichtigsten Energieträgern in Deutschland. Die Erzeugungsleistung aus erneuerbaren Energien hat im Jahr 2010 weiter zugenommen. Die Einspeisung erneuerbarer Energien im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) stieg im Vergleich zum Vorjahr um knapp 27% auf 95,1 Mrd. kWh (unverbindlicher Vorschauwert, Quelle: IE Leipzig).

Gasbeschaffung

Langfristige Bezugsverträge bilden zum Großteil die Basis für den Bedarf an Gas in Deutschland. Im Jahr 2009 entfielen von diesen Mengen 38% auf Russland (2008: 44%), 37% auf Norwegen (2008: 33%) und 20% auf die Niederlande (2008: 19%). Der Anteil der inländischen Produktion vom Gesamtaufkommen in Höhe von 13% (2009) ist rückläufig, was die zunehmende Importabhängigkeit Deutschlands und Westeuropas verdeutlicht. Pipelines stellen das wichtigste Transportmittel dar. Alternativ können durch den Import von verflüssigtem Erdgas (Liquefied Natural Gas, LNG) Förderregionen erschlossen werden, die nicht über eine Pipelineverbindung zum europäischen Markt verfügen. Im Zuge der Inbetriebnahme neuer Importterminals gewinnt diese Beschaffungsalternative in Europa zunehmend an Bedeutung.

¹ Stromerzeugung abzüglich des Eigenbedarfs der Kraftwerke. Enthält nicht Stromerzeugung von Industrie, Bahn und Privaten.

Preisentwicklung der Primärenergieträger, CO₂-Zertifikate und Strom

Die Spotmarktpreise von Erdöl, Kohle, Erdgas, CO₂-Zertifikaten und Strom notierten 2010 vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen Erholung teilweise deutlich über dem Niveau von 2009. Auf den Terminmärkten für Lieferungen im Jahr 2011 fiel das Plus geringer aus, Preise für Strom und Erdgas notierten im Durchschnitt sogar unter den Vorjahreswerten. Von den Höchstständen vor der Krise im Jahr 2008 sind die Preise auf den Spot- und Terminmärkten noch weit entfernt.

Ölmarkt: Im Geschäftsjahr 2010 lag der durchschnittliche Ölpreis für ein Barrel (159 l) der Sorte Brent für kurzfristige Lieferungen (Frontmonat) bei 80,34 US-\$. Dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr einem Anstieg um 28%. Das Preisniveau 2009 war insbesondere in der ersten Jahreshälfte von der weltweiten Wirtschaftskrise geprägt. Im Februar 2009 sank der Ölpreis bis auf einen Tiefststand von 39,55 US-\$ pro Barrel. Nach einer Erholungsphase setzte ab Oktober 2009 eine volatile Seitwärtsbewegung ein, die im Jahr 2010 weitgehend anhielt. Ein Ausbruch der Notierungen aus dem klar abgesteckten Preiskorridor erfolgte im April/Mai 2010. Die Preise für den Frontmonat und das Frontjahr 2011 erreichten dabei Höchststände von 88,94 US-\$/bbl sowie von 94,72 US-\$/bbl. Nach einem Preisrückgang zogen die Notierungen im vierten Quartal 2010 wieder an. Zum Jahresende 2010 schlossen die Ölpreise bei 94,75 US-\$/bbl (Frontmonat) und bei 92,00 US-\$/bbl (Frontjahr). Im Durchschnitt bewegte sich der Ölpreis für Lieferungen im Jahr 2011 um 13% über dem Niveau von 2009. Die 2010 zu beobachtende Preisentwicklung spiegelte insbesondere die konjunkturelle Entwicklung wider. Der Preisanstieg im April/Mai beruhte auf Erwartungen einer höheren Ölnachfrage. Ausgelöst wurden diese Erwartungen durch die positive Entwicklung von Frühindikatoren, Daten der chinesischen Wirtschaft und optimistischere Prognosen für das weltweite Wachstum. Unsicherheiten hinsichtlich der Erholung der Weltwirtschaft und damit der Ölnachfrage führten dann jedoch zu dem erneuten Preisrückgang. Die ausbleibende konjunkturelle Belebung in den USA und unterschiedliche Signale zur weltweiten konjunkturellen Entwicklung resultierten in weiteren Preisschwankungen. 2010 bestand eine durchgängig gute Versorgungslage. Die Öllagerbestände der OECD-Länder erreichten zum Ende des dritten Quartals ein Rekordniveau, sodass tendenziell preistreibende geopolitische Faktoren wie die unsichere Lage in Nigeria kaum eine Rolle spielten. Der Preisanstieg 2010 ging mit einem Zustrom spekulativen Kapitals und einer positiven Erwartungshaltung für die weltwirtschaftliche Entwicklung einher.

Kohlemarkt: Im ersten Halbjahr 2010 waren die Kohlepreise für Lieferungen in den ARA-Raum (Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen) von einer hohen Volatilität gekennzeichnet. Dabei gingen die Notierungen auf dem Spot- sowie Terminmarkt bis Mitte März auf ihre Jahrestiefststände von 71,71 US-\$/t beziehungsweise 85,51 US-\$/t zurück. In der Folgezeit zogen die Notierungen jedoch vor dem Hintergrund einer höheren Importnachfrage aus dem asiatischen Raum sowie steigenden Strom- und Gaspreisen in Europa deutlich an. Höhere Preise im Markt für Kokskohlen, die ebenfalls auf den Markt für Kesselkohle ausstrahlten, stützten die Preiszunahme. Auf dem Spotmarkt wirkten zudem gestiegene Transportkosten preistreibend. Seit Juli 2010 bestand eine stabile Seitwärtsbewegung mit im vierten Quartal tendenziell zunehmenden Preisen. Die geringeren Kesselkohleimporte Chinas und eine schwächere Nachfrage in Indien wurden durch eine erhöhte Nachfrage in Europa, ausgelöst durch ein anziehendes Wirtschaftswachstum, kompensiert. Der Preisanstieg stand in Zusammenhang mit niedrigen Temperaturen in China und Europa sowie starken Regenfällen in Kohleexportländern wie Indonesien, Australien und Kolumbien. Zum Jahresultimo betragen die Preise 128,83 US-\$/t (Frontmonat) und 122,22 US-\$/t (Frontjahr). Für kurzfristige Lieferungen übertraf der durchschnittliche Preis 2010 den Wert von 2009 um 31,4%. Die Notierung für Lieferungen im Jahr 2011 lag im Durchschnitt mit 4,7% geringfügig über dem Vorjahresniveau.

Preisentwicklung auf den Öl- und Kohlemärkten	Durchschnitt 2010	Durchschnitt 2009	Durchschnitt 2008
Rohöl (Brent) Frontmonat (Tagesquotes in US-\$/bbl)	80,34	62,67	98,52
Rohöl (Brent) Jahrespreis 2011 (Tagesquotes in US-\$/bbl)	84,04	74,49	103,04
Kohle – wöchentlicher Index für kurzfristige Lieferungen (API #2 Index) in US-\$/t	92,50	70,41	147,74
Kohle – API #2 Jahrespreis 2011 in US-\$/t	99,38	94,91	134,05

Gasmarkt: Langfristige Gasimportverträge sind die Grundlage für die Gasversorgung in Deutschland. Deren Preise folgen im Wesentlichen zeitversetzt um rund sechs Monate dem Ölpreis. Dementsprechend stieg der Grenzübergangspreisindex für Erdgas des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) von Januar bis Oktober 2010 um rund 20 % auf 22,24 €/MWh.

Eine weitere Bezugsquelle für Erdgas stellen die Großhandelsmärkte dar. Der niederländische Title Transfer Facility (TTF) und der Handelspunkt des Marktgebiets NetConnect Germany (NCG) sind die derzeit liquidesten Märkte in Kontinentaleuropa. Die Spotmarktpreise 2010 an der TTF notierten mit 17,38 €/MWh im Durchschnitt etwa 43 % höher als 2009. Das Preisniveau 2010 war dabei gekennzeichnet von einer konjunkturell bedingt wieder stärkeren Industrienachfrage bei gleichzeitig guter Versorgungslage. Die Preise für kurzfristige Lieferungen stiegen insbesondere im zweiten Quartal 2010 an und erreichten im Juli knapp 22 €/MWh. Getragen wurde dies durch positive Konjunkturerwartungen und eine erhöhte Nachfrage aus dem Speichermarkt, der nach einem kalten Winter relativ starken Einspeicherbedarf aufwies. Zudem fielen Überschussmengen aus langfristigen Bezugsverträgen am Spotmarkt im Sommer 2010 insgesamt niedriger aus als im Jahr zuvor. Auf eine kurze Schwächephase zu Beginn des dritten Quartals 2010 folgte bei ruhigem Handel ein nahezu konstanter Spotpreis an der TTF. Per 31. Dezember 2010 lag dieser bei 24,50 €/MWh. Damit hat sich das Preisniveau auf dem Spotmarkt im Jahresverlauf 2010 den Notierungen der langfristigen und ölpreisgebundenen Gasimportverträge wieder etwas angenähert. Im Handelszeitraum 2010 wurden Lieferungen für 2011 auf dem Terminmarkt durchschnittlich mit 19,42 €/MWh gehandelt. Dies bedeutet einen Rückgang um 11 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Preise befanden sich dabei von Mitte 2009 bis ins erste Quartal 2010 in einer Abwärtsbewegung. Im zweiten Quartal erfolgte eine deutliche Erholung auf knapp 23 €/MWh Ende Juni. An einen erneuten Preisrückgang zu Beginn des dritten Quartals 2010 schloss sich wie auf dem Spotmarkt eine Seitwärtsbewegung an. Diese ist auf eine gute Versorgungslage zurückzuführen, die durch regelmäßige LNG-Lieferungen gestützt wurde. Am 31. Dezember 2010 lag der Preis für Lieferungen im Jahr 2011 bei 23,42 €/MWh.

Entwicklung der Preise für Erdgas am TTF (niederländischer Großhandelsmarkt) in €/MWh	Durchschnitt 2010	Durchschnitt 2009	Durchschnitt 2008
Spot	17,38	12,14	25,00
Lieferung 2011	19,42	21,79	30,86

CO₂-Zertifikate: Die Preise für Emissionszertifikate (EU Allowance, EUA) mit Lieferung 2010 (EUA-10) betragen im Geschäftsjahr 2010 durchschnittlich 14,48 €/t CO₂, nach 13,77 €/t CO₂ im Vorjahr. Im ersten Quartal 2010 bewegten sich die Preise in einer engen Spanne von rund 12,50 €/t CO₂ bis rund 13,50 €/t CO₂, bevor sie dann im Mai bis auf über 16 €/t CO₂ zulegten. Nachdem Unsicherheiten über das Emissionsvolumen durch die Veröffentlichung der verifizierten Emissionen 2009 beseitigt wurden, gewannen preistreibende Faktoren die Oberhand. Dazu zählten positive Konjunkturerwartungen, steigende Fuel-Switch-Kosten (ausgelöst durch steigende Gaspreise in Europa) sowie zusätzliche Nachfrageeffekte nach Zertifikaten für die folgende dritte Handelsperiode. Im weiteren Jahresverlauf war dann jedoch weitgehend eine volatile Seitwärtsbewegung um die Marke von 15 €/t CO₂ zu beobachten.

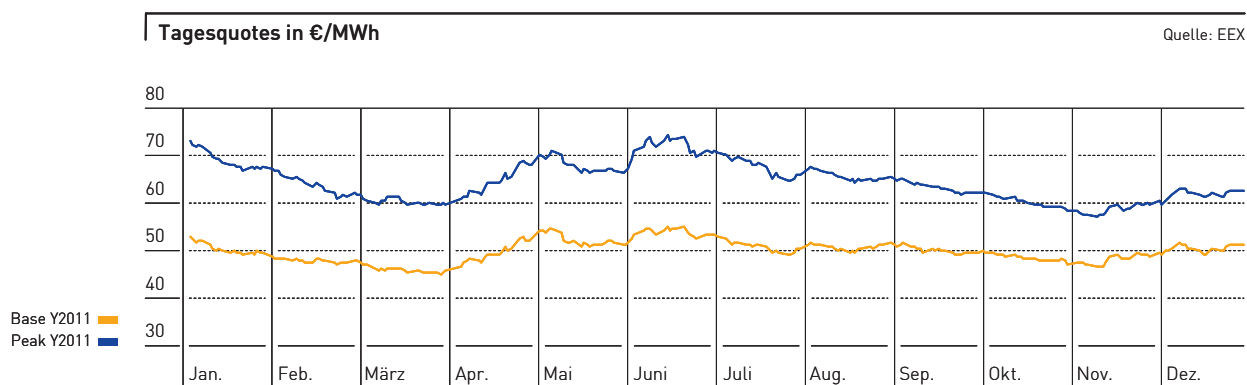
Unternehmen haben auch die Möglichkeit, Emissionen bis zu einem gewissen Umfang mit Zertifikaten aus Projekten zur Emissionsreduktion in Schwellen- und Entwicklungsländern (Certified Emission Reductions, CER) zu decken. Da diese Projekte ein höheres Risiko aufweisen und nur bis zu einem festgelegten Limit einsetzbar sind, liegt das Preisniveau der CER-10-Zertifikate grundsätzlich unter dem der EUA-Zertifikate. In der ersten Jahreshälfte 2010 folgte der Preisverlauf der CER-10-Zertifikate weitgehend parallel dem EUA-10-Preis. Ein deutlicher Preisanstieg erfolgte Mitte August 2010. Ursache war die Aussetzung der Ausschüttung von Zertifikaten für umstrittene Projekte (HFC 23), die 50 % aller CER-Zertifikate ausmachen. Im vierten Quartal gab der Preis wieder deutlich nach. Der Durchschnittspreis der Zertifikate betrug 2010 12,56 €/t CO₂, ein Plus von 7 % gegenüber 2009.

Entwicklung der Preise für Emissionszertifikate/Tagesquotes in €/t CO ₂	Durchschnitt 2010	Durchschnitt 2009	Durchschnitt 2008
EUA-10	14,48	13,77	23,88
CER-10	12,56	11,73	13,65

Strommarkt: Der durchschnittliche Preis für sofortige Stromlieferungen (Grundlastprodukt Base) am Spotmarkt der European Energy Exchange, EEX, verzeichnete 2010 mit 44,49 €/MWh ein Plus von 14,5 % im Vergleich zum Vorjahreswert. Ursachen waren eine gestiegene Stromnachfrage im Zuge der konjunkturellen Erholung und im Vergleich zu 2009 höhere Spotmarktpreise für Primärenergieträger und CO₂-Zertifikate.

Die Preisentwicklung am Terminmarkt spiegelte 2010 den Verlauf der Brennstoff- und CO₂-Notierungen wider. Zusätzlich wirkten erhöhte Zubauraten für Fotovoltaikanlagen und der Beschluss zur Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke preissenkend. Es ergab sich eine leichte Abwärtsbewegung der Base- und Peak-Produkte für das Jahr 2011.

Entwicklung der Terminmarktpreise für Strom (EEX)



Strom- und Gaspreise für Privat- und Industriekunden

Für einen Musterhaushalt mit einem Jahresverbrauch von 3,500 kWh hat der BDEW im Jahr 2010 monatliche Stromkosten von durchschnittlich 69,10 € ermittelt (Stand: August 2010). Im Vorjahr waren es 67,70 €. Der Anstieg ist maßgeblich auf staatlich induzierte Kosten zurückzuführen, die sich von 26,53 € auf 28,57 € erhöhten. Durch den Anstieg der EEG-Umlage zur Förderung erneuerbarer Energien zum 1. Januar 2010 und nochmals zum 1. Januar 2011 erhöht sich dieser Anteil weiter. Die Kosten hierfür werden entsprechend der Logik des Gesetzes im Rahmen von Preiserhöhungen an die Verbraucher weitergegeben.

Für Industriekunden stellte der BDEW einen durchschnittlichen Strompreis (inklusive Stromsteuer) von 11,72 ct/kWh fest. Im Vergleich zu 2009 (11,40 ct/kWh) ergab sich ebenfalls ein geringfügiger Anstieg, der aus höheren Steuern, Abgaben und Umlagen resultierte.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts sanken die Gaspreise für Privatkunden in den Monaten Januar bis September 2010 deutlich gegenüber den Vorjahresmonaten. Der Preisrückgang, der bereits Anfang 2009 begann, erreichte im Januar 2010 mit einem Minus von über 20 % seine stärkste Ausprägung. In den Folgemonaten verringerten sich die Abschläge gegenüber dem Vorjahr erheblich. Im Oktober 2010 war erstmals im Jahr 2010 eine geringfügige Verteuerung um 0,8 % gegenüber dem Vorjahresmonat zu verzeichnen. Die Erdgaspreise vollzogen damit zeitversetzt die Preisentwicklung der Ölpreise nach.

Politische und regulatorische Rahmenbedingungen

Europäische Energiepolitik

Richtungsweisende Entscheidungen wurden auf europäischer Ebene zuletzt mit dem im April 2009 verabschiedeten Klimapaket „Green Package“ sowie mit dem im Juni 2009 beschlossenen 3. Binnenmarktpaket gefasst. Das Klimapaket beinhaltet Regeln zur Reduktion von Treibhausgasemissionen, zum Emissionshandel, zu erneuerbaren Energien sowie zur Kohlendioxidabscheidung und -lagerung (Carbon Capture and Storage, CCS).

In Bezug auf den Emissionshandel ist in der dritten Handelsphase ab 2013 die vollständige Versteigerung von CO₂-Zertifikaten für die Energiewirtschaft vorgesehen. Daraus entstehen Zusatzkosten für die Energieunter-

nehmen, abhängig vom Anteil der CO₂-basierten Stromeigenerzeugung, und grundlegend höhere Kosten für die fossile Erzeugung. Die CO₂-Emissionen des Kraftwerksparks der EnBW liegen derzeit unter dem bundesweiten Durchschnitt, sodass sich ein vergleichsweise geringer Bedarf an CO₂-Zertifikaten ab dem Jahr 2013 ergibt. Um das zu beschaffende Volumen an CO₂-Zertifikaten etwas zu verringern, sind wir außerdem bestrebt, CO₂-Zertifikate im Rahmen von internationalen Klimaschutzprojekten zu generieren. Kern des 3. Binnenmarktpaketes sind Alternativen zur eigentumsrechtlichen Entflechtung (Ownership Unbundling) der Übertragungsnetze. In Deutschland steht eine Umsetzung beider Pakete in nationales Recht noch aus. In der Zwischenzeit haben mit E.ON und Vattenfall dennoch bisher zwei der vier Übertragungsnetzbetreiber in Deutschland ihre Übertragungsnetze veräußert. Die EnBW spricht sich für den Verbleib der Übertragungsnetze im Konzern aus. Zudem fanden 2010 im Rahmen der europäischen Energiepolitik zahlreiche Konsultationen über künftige Maßnahmen statt. Im Fokus stehen dabei zunehmend Fragen, die insbesondere die Netzinfrastruktur, die EU-Energiestrategie, das Thema Biodiversität und Genehmigungsverfahren betreffen. An den Konsultationen nahmen auch Vertreter der EnBW teil.

Richtlinie für Industrieemissionen: Europaweit sind rund 52.000 Industrieanlagen von der im Juli 2010 beschlossenen Richtlinie betroffen. Für die EnBW ergibt sich insbesondere durch den auf 200 mg/m³ reduzierten Grenzwert für SO₂ Nachrüstungsbedarf im Rheinhafen-Dampfkraftwerk Block 7 (RDK 7) und im Kraftwerk in Bexbach in Höhe eines zweistelligen Millionen-Euro-Betrags. Der alternative SO₂-Abscheidegrad von 96,4 % anstatt 95 % für Braunkohleblöcke dürfte eine Nachrüstung des Kraftwerks in Lippendorf mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht erforderlich machen.

Energiepolitik in Deutschland

Im Zentrum der energiepolitischen Diskussionen und Entscheidungen stand im Jahr 2010 vor allem das lang erwartete Energiekonzept der Bundesregierung. Das Konzept ist zudem Ausgangspunkt für weitere Initiativen und Maßnahmen, die in Gesetze, Verordnungen und Förderprogramme münden dürften. Angekündigt sind beispielsweise Gesetzgebungsinitiativen im Bereich Gebäudeenergieeffizienz, insbesondere zur Erleichterung von Sanierungsmaßnahmen bei Mietwohnungen. Bereits in Angriff genommen wurde die Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes. Dieses soll EU-Vorgaben, etwa zur Entflechtung des Übertragungsnetzes, umsetzen und zusätzlichen Anforderungen aus dem Energiekonzept Rechnung tragen. Ein erstes Eckpunktepapier des Bundeswirtschaftsministeriums wurde im November veröffentlicht.

Energiekonzept der Bundesregierung: Der Bundestag hat im Oktober 2010 das von der Bundesregierung vorgelegte nationale Energiekonzept beschlossen. Es umfasst in einer bis zum Jahr 2050 ausgelegten Strategie Leitlinien für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung. Bis 2050 soll der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch auf 80 % gesteigert und der Energieverbrauch um die Hälfte gesenkt werden. Ein 10-Punkte-Sofortprogramm soll bis Ende 2011 umgesetzt werden. Dazu gehören beispielsweise ein Kreditprogramm für den Ausbau von Offshore-Windanlagen, die Befreiung von Speicherkraftwerken von Netzentgelten im Zuge der flexiblen Lastgestaltung sowie ein zwischen den Netzbetreibern abgestimmter Zehnjahresplan für den Netzausbau in Deutschland. Die Bundesregierung sieht die Kernenergie als Brückentechnologie für den Übergang zu erneuerbaren Energien. Dementsprechend wurden die Laufzeiten für alle deutschen Kernkraftwerke im Durchschnitt um etwa zwölf Jahre verlängert. Im Gegenzug sollen die Betreiber der Kernkraftwerke die Förderung der erneuerbaren Energien finanziell unterstützen. Für einen entsprechenden Förderfonds sind für die Jahre 2011 und 2012 jeweils Vorauszahlungen von 300 Mio. € vorgesehen (Anteil der EnBW: etwa 65 Mio. € jährlich). Von 2013 bis 2016 sind Zahlungen von jährlich 200 Mio. € geplant (EnBW-Anteil: etwa 43 Mio. € jährlich). Ab 2017 ist dann – beim derzeitigen Preisniveau – für jede aus einem Kernkraftwerk eingespeiste Megawattstunde ein Betrag von 9 € unter Anrechnung der geleisteten Zahlungen zu entrichten.

Kernbrennstoffsteuer: Der Bundestag hat zeitgleich zum Energiekonzept die Einführung einer Kernbrennstoffsteuer beschlossen. Diese ist auf die Jahre 2011 bis 2016 begrenzt und soll 145 €/g spaltbares Material betragen. Aus dieser Besteuerung werden sich Belastungen für die EnBW von rund 440 Mio. € pro Jahr ergeben. Sowohl die Novelle des Atomgesetzes als auch das Kernbrennstoffsteuergesetz wurden als sogenannte Einspruchsgesetze in den Gesetzgebungsprozess eingebracht. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 26. November 2010 zu keinem der drei Gesetzentwürfe den Vermittlungsausschuss angerufen. Damit haben die Gesetzentwürfe beide Kammern passiert und nach Unterschrift durch den Bundespräsidenten am 8. Dezember 2010 sowie der Veröffentlichung im Bundesanzeiger Gültigkeit erlangt. Einige von SPD und Grünen regierte Bundesländer haben bereits angekündigt, gegen die Verlängerung der Laufzeiten das Bundesverfassungsgericht anzurufen. Ihrer Ansicht nach wäre die Zustimmung des Bundesrats notwendig gewesen, in dem die schwarz-gelbe Regierungskoalition keine Mehrheit hat.

EEG-Umlage: Mitte Oktober 2010 haben die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB), zu denen auch die EnBW Transportnetze AG gehört, die EEG-Umlage für das Jahr 2011 veröffentlicht. Die EEG-Umlage ist für jede von Letztverbrauchern bezogene Kilowattstunde zu entrichten. Im Jahr 2011 ergibt sich anhand der Prognose der vier ÜNB ein Betrag von 3,530 ct/kWh. 2010 lag die EEG-Umlage bei 2,047 ct/kWh. Entsprechend der Intention des Gesetzes werden die Mehrkosten im Rahmen von Preiserhöhungen an die Verbraucher weitergegeben.

Ausführungsverordnung zur Ausgleichsmechanismusverordnung (AusglMechV): Seit Februar 2010 regelt die Verordnung die Vermarktung des nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zu vergütenden Stroms. Die ÜNB erhalten mit der Ausführungsverordnung klare Vorgaben für die Vermarktung und für die Veröffentlichungspflichten zu ihren Vermarktungstätigkeiten sowie zur Kontenführung.

CCS-Richtlinie: Eine Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht wird erst für 2011 erwartet.

Gesetz über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen: Das Gesetz über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen (EDL-G) trat am 12. November 2010 in Kraft. Für Energieunternehmen beinhaltet das Gesetz neue Informations- und Sorgepflichten gegenüber den Endkunden, wie die Verpflichtung zu Angeboten zur Energieeinsparung. Chancen ergeben sich in diesem Zusammenhang jedoch aus der Möglichkeit des kommerziellen Angebots solcher Dienstleistungen.

Novelle Energiesteuergesetz: Nach der Vorlage des Referentenentwurfs dauern die Diskussionen zur Anpassung des Energie- und Stromsteuergesetzes an. Nach Planungen des Bundesfinanzministeriums sollen Steuerentlastungen nur noch bei bestimmten Contractingverträgen möglich sein. Dies soll Mitnahmeeffekte aus Verträgen verhindern, die einzig zu dem Zweck der Steuerersparnis geschlossen werden.

Energiewirtschaftsgesetz: Nachdem der Entwurf für das Energiewirtschaftsgesetz zunächst für Mai 2010 vorgesehen war, wurde im November seitens des BMWi zunächst ein Eckpunktepapier vorgelegt. An dieses wird sich dann der Referentenentwurf anschließen. Damit bleiben wichtige Fragen wie zum Ownership Unbundling der Netze in Deutschland weiterhin offen.

Regulierung der Strom- und Gasmärkte

Netzregelverbund für deutsche Stromnetze: Die Bundesnetzagentur hat mit der Einführung eines deutschlandweiten Netzregelverbunds die vier ÜNB zu einer intensiven Zusammenarbeit bei der Ausregelung der deutschen Stromnetze verpflichtet. Die EnBW Transportnetze AG beteiligte sich bereits an einem Netzregelverbund, dem nun der noch verbleibende ÜNB beiträgt.

Netzentgelte: 2010 markierte das zweite Jahr der Anreizregulierung, in der eine individuelle Obergrenze für die Erlöse aus Netzentgelten für Gasnetze (vier Jahre) und Stromnetze (fünf Jahre) festgelegt wurde. Im Vergleich zu 2009 haben sich im Geschäftsjahr 2010 Belastungen aufgrund der Mehrerlösabschöpfung bemerkbar gemacht. Auch positive Effekte aus dem Erweiterungsfaktor für 2010 haben dies nicht kompensieren können. Anträge auf einen Erweiterungsfaktor können bei einer nachhaltigen Änderung der Versorgungsaufgabe gestellt werden. Für die Erlösobergrenze 2011 können im Rahmen des Erweiterungsfaktors erstmals auch Kosten für die Netzintegration dezentraler Erzeugungsanlagen berücksichtigt werden. Für den überwiegenden Teil der entsprechenden EnBW-Gesellschaften, die einen Antrag auf einen Erweiterungsfaktor für die Erlösobergrenze 2011 gestellt haben, liegen die Genehmigungen bereits vor.

Gasnetzzugangsverordnung: Ziel der im Juli 2010 in Kraft getretenen Verordnung ist, den Wettbewerb auf dem Gasmarkt weiter zu fördern. Bis 2013 soll daher die Anzahl der Gasmarktgebiete, in denen die Anbieter unbeschränkt agieren können, von derzeit sechs auf dann maximal zwei reduziert werden. Zudem soll der Zugang zu knappen Transportkapazitäten durch neue Regeln zur Kapazitätsbewirtschaftung erleichtert werden. Außerdem wurden mit der neuen Gasnetzzugangsverordnung neue Rahmenbedingungen zur Förderung und Vereinfachung des Netzanschlusses von Gaskraftwerken sowie Speicher-, Gasproduktions- und Biogasanlagen eingeführt.

Unternehmenssituation des EnBW-Konzerns

Der EnBW-Konzern erwirtschaftete 2010 ein Adjusted EBIT, das mit 1.932,6 Mio. € um 7,7% über dem Vorjahreswert liegt. Neben der positiven Entwicklung des operativen Ergebnisses stieg das neutrale Ergebnis durch Veräußerungsgewinne und andere Sondereffekte deutlich an. Der Konzernüberschuss in Höhe von 1.170,5 Mio. € übertrifft damit das Niveau des Vorjahres von 768,2 Mio. €.

Gesamtbeurteilung des Geschäftsverlaufs

Der Geschäftsverlauf 2010 war von positiven wie von negativen Entwicklungen geprägt. Das regulierte Geschäft profitierte von der Überwindung der Wirtschaftskrise und verzeichnete bessere Ergebnisse. Der Vertrieb im Endkundenmarkt war hingegen von einem intensiven Wettbewerb geprägt, der im Konzern zu einem Rückgang des Strom- und Gasabsatzes an Privat- und Geschäftskunden führte. Zudem machte sich die Veräußerung der GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG (GESO) und ihrer Tochterunternehmen bei dem Absatzrückgang bemerkbar. Ingesamt konnten wir 2010 das operative Ergebnis dennoch steigern. Die EnBW hat die Position als drittgrößtes Energieversorgungsunternehmen in Deutschland weiterhin behauptet. Bedingt durch Veräußerungsgewinne und andere Sondereffekte fiel auch das neutrale Ergebnis deutlich positiv aus und führte mit zu einem Konzernüberschuss über dem Vorjahreswert. Die Ertragslage entwickelte sich damit im Geschäftsjahr 2010 insgesamt zufriedenstellend.

Das Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel trug mit 84,2% wie bisher den Großteil zum Adjusted EBIT des Konzerns bei. Trotz gestiegener Kosten und des gesunkenen Deckungsbeitrags des Kernkraftwerks GKN I durch den Mindestlastbetrieb stieg das Adjusted EBIT des Geschäftsfelds um 2,3% an und hat damit unsere Prognose erfüllt. Ein wesentlicher Faktor dabei war, dass ein großer Teil der 2010 veräußerten Strommengen auf Basis der stark angestiegenen Strompreise auf dem Großhandelsmarkt im ersten Halbjahr 2008 über Terminkontrakte gesichert wurde. Die Entwicklung der anderen Geschäftsfelder verlief unterschiedlich. Während das Adjusted EBIT im Bereich Strom Netz und Vertrieb mehr als verdoppelt werden konnte, sank das Ergebnis im Geschäftsfeld Gas um 47,3% deutlich. Das Adjusted EBIT im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen stieg 2010 um 29,1%.

Der Wertbeitrag in Höhe von 831,6 Mio. € lag 2010 geringfügig unter dem Niveau des Vorjahres. Das durchschnittliche Capital Employed stieg 2010 deutlich an, während das operative Ergebnis im Vorjahresvergleich geringer zulegte. Vor diesem Hintergrund fiel auch der ROCE 2010 um einen Prozentpunkt auf 14,5%.

Prognoseabweichungen

Absatz, Umsatz und Ergebnisentwicklung 2010	Prognose laut Geschäftsbericht 2009 für 2010	Entwicklung 2010
Absatz Strom (ohne Handel)	konstant (-1 bis +1%)	-5,5%
Absatz Gas (ohne Handel)	geringfügig steigend (+1 bis +3%)	-18,5%
Umsatz Energie- und Umweltdienstleistungen	geringfügig steigend (+1 bis +3%)	-1,5%
Adjusted EBIT Konzern	konstant (-1 bis +1%)	7,7%

Der Strom- und Gasabsatz des EnBW-Konzerns lag unter der Prognose. Beim Strom ist die Abweichung im Wesentlichen durch ungeplante Kundenverluste verursacht. Auch beim Gasabsatz führte der intensive Wettbewerb zu einem Rückgang des Absatzes.

Die im Vergleich zur Prognose bessere Entwicklung des Adjusted EBIT resultiert im Wesentlichen aus dem Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb. Hier trugen insbesondere höhere bereinigte Erlösobergrenzen zu einer Ergebnisverbesserung bei. Aufgrund der besseren Entwicklung des Adjusted EBIT lag der Anstieg des Adjusted Konzernüberschuss bezogen auf den auf die Aktionäre der EnBW AG entfallenden Gewinn von 12,4 % leicht über unserer Prognose.

Ertragslage

Absatz und Umsatz

Stromabsatz des EnBW-Konzerns in Mrd. kWh	Erzeugung und Handel		Netz und Vertrieb		Gesamt	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Privatkunden (B2C)	0,0	0,0	20,5	22,4	20,5	22,4
Industrie und Weiterverteiler (B2B)	3,1	2,6	45,3	47,9	48,4	50,5
Handel	65,5	35,8	12,5	11,0	78,0	46,8
Gesamt	68,6	38,4	78,3	81,3	146,9	119,7

Der Stromabsatz des EnBW-Konzerns lag 2010 mit 146,9 Mrd. Kilowattstunden (kWh) um 22,7 % über dem Vorjahreswert. Diese Zunahme resultierte aus dem gestiegenen Absatz im Handel, der 31,2 Mrd. kWh höher ausfiel als im Jahr zuvor und 78,0 Mrd. kWh erreichte. Die Vermarktung der Strommengen aus den Anfang 2010 hinzugekommenen Erzeugungs- sowie aus den mit E.ON getauschten Kraftwerkskapazitäten spielte dabei eine wesentliche Rolle. Ein weiterer Grund sind die gestiegenen Handelsaktivitäten. Der Absatz an Privat- und Geschäftskunden sank um 4,0 Mrd. kWh auf insgesamt 68,9 Mrd. kWh. Etwa 43 % des Rückgangs sind auf Konsolidierungseffekte zurückzuführen. Zudem dämpfte ein intensiver Wettbewerb den Absatz.

Gasabsatz des EnBW-Konzerns in Mrd. kWh	2010	2009	Veränderung in %
Privatkunden (B2C)	11,8	12,3	-4,1
Industrie und Weiterverteiler (B2B)	41,8	53,5	-21,9
Gesamt	53,6	65,8	-18,5

Der Gasabsatz an Privatkunden war im Berichtszeitraum um 4,1 % auf 11,8 Mrd. kWh rückläufig. Der Absatz an Geschäftskunden reduzierte sich ebenfalls um 21,9 % auf 41,8 Mrd. kWh. In Summe ging der Gasabsatz des EnBW-Konzerns damit um 18,5 % auf 53,6 Mrd. kWh gegenüber 2009 zurück. Das Absatzminus ist zu rund 35 % durch die Veräußerung der GESO bedingt. Zudem hat der intensivierte Wettbewerb spürbar negativ auf das Geschäft mit den B2B-Kunden gewirkt. Auch im Bereich der Privatkunden trug der intensivierte Wettbewerb trotz der im Vergleich zum Vorjahr kälteren Witterung zum Absatzrückgang bei.

Außenumsatz des EnBW-Konzerns nach Geschäftsfeldern in Mio. € ¹	2010	2009	Veränderung in %
Strom Erzeugung und Handel	4.817,0	2.357,5	104,3
Strom Netz und Vertrieb	10.192,7	10.031,3	1,6
Gas	1.788,1	2.453,1	-27,1
Energie- und Umweltdienstleistungen	711,2	722,3	-1,5
Gesamt	17.509,0	15.564,2	12,5

¹ Nach Abzug von Strom- und Erdgassteuer.

Getragen von dem deutlich höheren Stromabsatz im Bereich Handel verzeichnete der Außenumsatz des EnBW-Konzerns inklusive Strom- und Erdgassteuer im Berichtszeitraum ein Plus von 11,3 % gegenüber 2009 und erreichte 18.406,2 Mio. €. Nach Abzug von Strom- und Erdgassteuer stieg der Außenumsatz um 12,5 %

auf 17.509,0 Mio. €, nach 15.564,2 Mio. € im Jahr zuvor. Bereinigt um Konsolidierungseffekte nahm der Außenumsatz um 14,8% oder 2.260,9 Mio. € zu.

Strom Erzeugung und Handel: Im Vergleich zu 2009 hat sich der Außenumsatz des Geschäftsfelds im Jahr 2010 mit 4.817,0 Mio. € mehr als verdoppelt. Bereinigt um Konsolidierungseffekte ergibt sich ein Umsatzplus im Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel von 90,3% gegenüber der Vorjahresperiode. Gründe für den Anstieg sind gestiegene Strompreise sowie der erhöhte Absatz des Geschäftsfelds. Durch die Ausweitung des Umsatzes stieg der Umsatzanteil dieses Geschäftsfelds am Gesamtumsatz des Konzerns im Berichtszeitraum auf 27,5%, nach 15,1% im Jahr zuvor.

Strom Netz und Vertrieb: Trotz des Absatzzrückgangs erzielte das Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb im Geschäftsjahr 2010 ein geringfügiges Umsatzplus von 1,6% auf 10.192,7 Mio. €. Ursache waren positive Preiseffekte. Bereinigt um Konsolidierungseffekte nahm der Außenumsatz um 5,1% oder 492,4 Mio. € zu. Vor dem Hintergrund des Umsatzsprungs im Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel ging der Umsatzanteil des Geschäftsfelds Strom Netz und Vertrieb von 64,5% im Vorjahr auf 58,2% im Jahr 2010 zurück.

Gas: Die Umsatzerlöse im Geschäftsfeld Gas lagen 2010 um 27,1% unter dem Niveau des Vorjahres bei 1.788,1 Mio. €. Bereinigt um Konsolidierungseffekte verringerte sich der Außenumsatz im Geschäftsfeld Gas um 22,1%. Als Umsatzbelastung traten neben dem Absatzzrückgang zusätzlich negative Preiseffekte auf, da rückläufige Gasbezugspreise an die Kunden weitergegeben wurden. Dementsprechend betrug 2010 der Anteil des Geschäftsfelds am Konzernumsatz 10,2%, nach 15,8% im Jahr 2009.

Energie- und Umweltdienstleistungen: Mit 711,2 Mio. € lag der Umsatz des Geschäftsfelds Energie- und Umweltdienstleistungen im Berichtszeitraum geringfügig um 1,5% unter dem Vorjahreswert. Der Umsatzanteil dieses Geschäftsfelds in Bezug auf den Konzernumsatz sank auf 4,1%, nach zuvor 4,6%.

Wesentliche Entwicklungen in der Gewinn- und Verlustrechnung

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich 2010 um 303,2 Mio. € auf 1.317,4 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr. Ursachen sind im Wesentlichen Veräußerungsgewinne (GESO und Pražská teplárenská a.s. (PT)), Entschädigungszahlungen für die vorzeitige Kündigung eines langfristigen Stromlieferungsvertrags sowie ein Ertrag aus dem sukzessiven Erwerb der Anteile an dem tschechischen Energieversorger Pražská energetika a.s. (PRE). So konnten die bereits gehaltenen Anteile an der PRE durch die Anteilserhöhung mit einem höheren Wertansatz versehen werden. Der im Geschäftsjahr 2010 um 12,5% gewachsene Konzernumsatz führte zu gestiegenen Materialkosten. Sie lagen um 16,9% über dem Vorjahreswert bei 12.997,7 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen waren im Berichtszeitraum um 207,6 Mio. € rückläufig und betrugen 951,4 Mio. €. Grund hierfür sind insbesondere im Vorjahr durchgeführte außerplanmäßige Abschreibungen auf das Vorratsvermögen und sonstige kurzfristige Vermögenswerte in Höhe von 116,5 Mio. €. Die Abschreibungen summierten sich 2010 auf 1.162,8 Mio. € und lagen damit 303,9 Mio. € über dem Niveau des Vorjahres. Die gestiegenen Abschreibungen sind das Ergebnis außerordentlicher Abschreibungen und des ausgeweiteten Investitionsvolumens des Unternehmens. Das Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT) übertraf den Vorjahreswert um 273,3 Mio. € und erreichte 1.530,5 Mio. €. Trotz des Ergebnisanstiegs blieben die Ertragsteuern mit 365,0 Mio. € deutlich unter dem Vorjahreswert. Die Steuerquote reduzierte sich damit 2010 auf 23,8%, nach 34,4% im Vorjahr. Grund hierfür sind insbesondere steuerfreie Veräußerungsgewinne.

Ergebnis

Im Geschäftsjahr 2010 belief sich der Konzernüberschuss, bezogen auf den auf die Aktionäre der EnBW AG entfallenden Gewinn, auf 1.170,5 Mio. €. Dies entspricht einem Zuwachs um 52,4% gegenüber dem Vorjahr. Neben der guten operativen Entwicklung machten sich positive Effekte im neutralen Ergebnis bemerkbar. Das Ergebnis je Aktie auf Basis des Konzernüberschusses erreichte im Berichtszeitraum 4,79 €, nach 3,15 € im Vorjahr.

Adjusted und neutrales Ergebnis

Eine wesentliche interne Steuerungsgröße des EnBW-Konzerns ist das Adjusted EBIT – das Ergebnis vor Ertragsteuern, Finanzergebnis und Beteiligungsergebnis. Das Adjusted EBIT ist um neutrale Ergebniseffekte bereinigt, um die Entwicklung der operativen Ertragslage zutreffend wiederzugeben. Das neutrale Ergebnis erfasst außerordentliche Effekte wie Ergebnisse aus Anlagenabgängen, außerordentliche Effekte bei den Kernenergie rückstellungen, Erträge aus der Auflösung sonstiger Rückstellungen, Aufwendungen aus der Restrukturierung, wesentliche Ergebniseffekte aufgrund von Gesetzesänderungen sowie außerplanmäßige Abschreibungen.



WEITERE INFORMATIONEN
Jahresabschluss · Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung und zur Bilanz · S. 149ff.



WEITERE INFORMATIONEN
Jahresabschluss
> Segmentberichterstattung
> S. 208f.

Adjusted Ergebnis

Adjusted EBIT des EnBW-Konzerns nach Geschäftsfeldern in Mio. €	2010	2009	Veränderung in %
Strom Erzeugung und Handel	1.626,7	1.590,9	2,3
Strom Netz und Vertrieb	265,8	130,9	103,1
Gas	80,1	152,0	-47,3
Energie- und Umweltdienstleistungen	111,3	86,2	29,1
Holding/Konsolidierung	-151,3	-166,1	8,9
Gesamt	1.932,6	1.793,9	7,7

Das Adjusted EBIT des EnBW-Konzerns erreichte 2010 1.932,6 Mio. € und übertraf damit den Vorjahreswert um 7,7%. Ohne Konsolidierungseffekte stieg das Adjusted EBIT um 9,7%.

Das Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel erwirtschaftete ein Adjusted EBIT von 1.626,7 Mio. €, das um 2,3% höher war als im Jahr zuvor. Bereinigt um Konsolidierungseffekte hätte sich ein Zuwachs um 1,7% ergeben. Nachdem im Geschäftsjahr 2009 vor allem in den ersten neun Monaten Belastungen aus der Wiedervermarktung nicht abgesetzter Mengen bei B2B-Kunden wirksam waren, trat dieser Effekt angesichts der Überwindung der Wirtschaftskrise im Jahr 2010 nicht auf. Insgesamt haben auf Jahressicht positive Effekte die negativ wirkenden Faktoren überkompensiert, dabei sind insbesondere bessere Konditionen der in der Vergangenheit für die Stromerzeugung des Geschäftsjahres 2010 abgeschlossenen Terminkontrakte zu nennen. Ein großer Teil der Strommengen für 2010 wurde so auf Grundlage der stark angestiegenen Strompreise auf dem Großhandelsmarkt im ersten Halbjahr 2008 gesichert. Belastungen entstanden 2010 vor allem aus gestiegenen Kosten sowie aus einem Rückgang des Deckungsbeitrags durch den Mindestlastbetrieb des Kernkraftwerks GKN I.

Das Adjusted EBIT im Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb konnte 2010 mehr als verdoppelt werden und erreichte 265,8 Mio. €, eine Steigerung um 134,9 Mio. €. Bereinigt um Konsolidierungseffekte betrug das Plus 146,1 Mio. €. Die Ergebnisverbesserung ist unter anderem auf höhere Erlöse aus Netznutzungsentgelten zurückzuführen. Diese resultieren aus angehobenen bereinigten Erlösobergrenzen und aus im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen durchgeleiteten Strommengen. Gleichzeitig sanken die Aufwendungen für Verlustenergie unter das Vorjahresniveau. Zudem konnte der Vertrieb im Geschäftsjahr 2010 ein besseres Ergebnis erzielen.

Im Geschäftsfeld Gas lag das Adjusted EBIT mit 80,1 Mio. € deutlich niedriger als im Vorjahr mit 152,0 Mio. €. Um Konsolidierungseffekte bereinigt ergibt sich ein Rückgang um 38,9% oder 51,0 Mio. €. Im Ergebnis des Geschäftsfelds wirkten sich vertriebsseitig negative Preis- und Mengeneffekte in Zusammenhang mit dem verschärften Wettbewerb aus. Positiv haben sich die Erlöse aus Netznutzungsentgelten entwickelt. Diese stiegen aufgrund angehobener bereinigter Erlösobergrenzen und der Zunahme durchgeleiteter Gasmengen im Vergleich zum Vorjahr.

Ungeachtet des geringfügigen Umsatzrückgangs erhöhte sich das Adjusted EBIT des Geschäftsfelds Energie- und Umweltdienstleistungen im Berichtszeitraum deutlich um 29,1% auf 111,3 Mio. €. Positiv haben sich dabei die sonstigen Dienstleistungen entwickelt.

Im Bereich Holding/Konsolidierung verringerte sich im Geschäftsjahr 2010 der Fehlbetrag auf 151,3 Mio. €, nach 166,1 Mio. € im Jahr zuvor. Die Reduzierung des Fehlbetrags rührt unter anderem aus Belastungen des Vorjahres in Zusammenhang mit dem Pensionssicherungsverein her.

Adjusted Ertragskennzahlen

Adjusted Ertragskennzahlen des EnBW-Konzerns in Mio. €	2010	2009	Veränderung in %
Adjusted Beteiligungsergebnis	192,3	221,2	-13,1
Adjusted Finanzergebnis	-642,8	-680,5	5,5
Adjusted Ertragsteuern	-445,1	-403,4	-10,3
Adjusted Konzernüberschuss	1.037,0	931,2	11,4
davon auf nicht beherrschende Anteile entfallender Gewinn	(49,2)	(52,1)	-5,6
davon auf die Aktionäre der EnBW AG entfallender Gewinn	(987,8)	(879,1)	12,4

Im Vergleich zu 2009 verringerte sich das Adjusted Beteiligungsergebnis 2010 um 13,1 % auf 192,3 Mio. €. Grund für die Minderung war unter anderem die Entkonsolidierung der DREWAG im Zuge der Veräußerung der GESO. Bereinigt um Konsolidierungseffekte würde das Adjusted Beteiligungsergebnis um 10,3 % unter dem Vorjahreswert liegen. Grund für den Rückgang ist unter anderem eine einmalige Sonderzahlung der EWE Aktiengesellschaft an ihre Erdgaskunden.

Im Adjusted Finanzergebnis konnte 2010 ein niedrigerer Fehlbetrag in Höhe von 642,8 Mio. €, nach 680,5 Mio. € im Vorjahr, verbucht werden. Das Minus reduzierte sich in erster Linie durch ein höheres Ergebnis aus Wertpapieren. Aufgrund der Wirtschaftskrise war das Ergebnis aus Wertpapieren im Jahr 2009 deutlich negativ beeinflusst. Gleichzeitig hatten sich im Vorjahresergebnis erhöhte Zinserträge aus unterjährig angestiegenen flüssigen Mitteln bemerkbar gemacht, die für den Anteilserwerb an der EWE Aktiengesellschaft vorgehalten worden waren. Durch den Anstieg des Adjusted EBIT nahmen die Adjusted Ertragsteuern von 403,4 Mio. € auf nun 445,1 Mio. € zu. Die Adjusted Ertragsteuerquote lag mit 30,0 % auf dem Niveau des Vorjahres von 30,2 %. Der Adjusted Konzernüberschuss, bezogen auf den auf die Aktionäre der EnBW AG entfallenden Gewinn, erreichte mit 987,8 Mio. € ein Plus um 12,4 % gegenüber 2009.

Neutrales Ergebnis

Neutrales Ergebnis des EnBW-Konzerns in Mio. €	2010	2009	Veränderung in %
Erträge/Aufwendungen aus der Veränderung der Kernenergie rückstellungen	-77,5	12,1	-
Erträge aus der Auflösung sonstiger Rückstellungen	75,8	305,4	-75,2
Veräußerungsgewinne und Erträge aus sukzessivem Erwerb	473,1	57,4	-
Außerplanmäßige Abschreibungen auf das Vorratsvermögen und sonstige kurzfristige Vermögenswerte	0,0	-116,5	-
Sonstiges neutrales Ergebnis	-29,4	-125,5	76,6
Neutrales EBITDA	442,0	132,9	-
Außerplanmäßige Abschreibungen	-257,6	-37,5	-
Neutrales EBIT	184,4	95,4	93,3
Neutrales Beteiligungsergebnis	-89,1	-138,9	35,9
Neutrales Finanzergebnis	-46,9	-33,9	-38,3
Neutrale Ertragsteuern	80,1	-29,4	-
Neutraler Konzernüberschuss	128,5	-106,8	-
davon auf nicht beherrschende Anteile entfallender Gewinn	(-54,2)	(4,1)	-
davon auf die Aktionäre der EnBW AG entfallender Gewinn	(182,7)	(-110,9)	-

Das neutrale EBITDA betrug 2010 442,0 Mio. € und verbesserte sich damit deutlich gegenüber dem Wert von 132,9 Mio. € im Vorjahreszeitraum. Die Aufwendungen aus der Veränderung der Kernenergie rückstellungen betrugen im Berichtszeitraum 77,5 Mio. €, nachdem im Vorjahr noch ein Ertrag von 12,1 Mio. € zu Buche stand. 2010 haben die Zuführungen zu den Rückstellungen aufgrund höherer erwarteter künftiger Kosten die Auflösung der Rückstellungen im Zuge der Laufzeitverlängerung übertraffen. Die Erträge aus der Auflösung sonstiger Rückstellungen lagen mit 75,8 Mio. € unter dem Wert des Vorjahres von 305,4 Mio. €. Der Betrag im Jahr 2009 war von der Auflösung einer Drohverlustrückstellung in Zusammenhang mit einem langfristigen Bezugsvertrag positiv beeinflusst. Die Veräußerungsgewinne der Berichtsperiode resultieren aus den Verkäufen der GESO und der PT. Darüber hinaus wurde ein Ertrag aus dem sukzessiven Erwerb der PRE generiert. Außerplanmäßige Abschreibungen auf das Vorratsvermögen

und auf sonstige kurzfristige Vermögenswerte fielen im Vergleich mit dem Vorjahr (116,5 Mio. €) nicht an. Zudem verbesserte sich im Geschäftsjahr 2010 das sonstige neutrale Ergebnis von -125,5 Mio. € auf -29,4 Mio. €. Grund hierfür ist vor allem eine Entschädigung aus der Kündigung eines langfristigen Stromlieferungsvertrags.

Außerplanmäßige Abschreibungen wurden 2010 auf den Firmenwert des Joint Ventures in der Türkei sowie auf Erzeugungsanlagen der Stadtwerke Düsseldorf vorgenommen. Der auf Basis des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten ermittelte erzielbare Betrag lag aufgrund eines Rückgangs der Profitabilität in beiden Fällen unter dem jeweiligen Buchwert.

Somit beläuft sich das neutrale EBIT in der Berichtsperiode auf 184,4 Mio. € und verbesserte sich damit ebenfalls deutlich gegenüber dem Wert von 95,4 Mio. € im Vorjahreszeitraum.

Das negative neutrale Beteiligungsergebnis 2010 ist unter anderem auf Wertberichtigungen bei von at equity bewerteten Unternehmen gehaltenen Eigenkapitalinstrumenten zurückzuführen. Im Vorjahr enthielt das neutrale Beteiligungsergebnis insbesondere Abschreibungen auf die EWE Aktiengesellschaft sowie auf sonstige Beteiligungen.

Das neutrale Finanzergebnis in Höhe von -46,9 Mio. € war 2010 ebenso wie im Vorjahr vor allem durch Abschreibungen auf Finanzanlagen negativ beeinflusst.

Bedingt durch steuerfreie Veräußerungsgewinne führten die neutralen Ertragsteuern 2010 zu einem Steuerertrag in Höhe von 80,1 Mio. €, nachdem im Vorjahr noch ein Steueraufwand von 29,4 Mio. € verbucht wurde. Per Saldo betrug der neutrale Konzernüberschuss, bezogen auf den auf die Aktionäre der EnBW AG entfallenden Gewinn, 182,7 Mio. €. Im Vorjahr war noch ein Verlust von 110,9 Mio. € entstanden.

Überleitung Ergebnis

Ergebnisdarstellung des EnBW-Konzerns

in Mio. €			
	2010	2009	Veränderung in %
Adjusted EBITDA	2.837,8	2.615,3	8,5%
Neutrales EBITDA	442,0	132,9	
EBITDA	3.279,8	2.748,2	19,3%
Adjusted EBIT	1.932,6	1.793,9	7,7%
Neutrales EBIT	184,4	95,4	93,3%
EBIT	2.117,0	1.889,3	12,1%
Adjusted Konzernüberschuss ¹	987,8	879,1	12,4%
Neutraler Konzernüberschuss ¹	182,7	-110,9	
Konzernüberschuss ¹	1.170,5	768,2	52,4%

¹ Bezogen auf den auf die Aktionäre der EnBW AG entfallenden Gewinn.

Finanzlage

Finanzmanagement der EnBW

Grundlagen und Ziele

Wesentliche Ziele des Finanzmanagements des EnBW-Konzerns sind, die Kapitalkosten zur Finanzierung der Unternehmensstrategie möglichst gering zu halten, die jederzeitige Liquidität der operativen Geschäftstätigkeit sicherzustellen und das Risiko von Zinsänderungen für den Konzern zu begrenzen. Eine weitere Leitlinie ist der mittelfristige Erhalt eines Ratings im A-Bereich. Die Kapitalstruktur wird anhand dieser Rahmenseetzungen optimiert. Im Zuge der Unternehmenssteuerung bewegt sich die Verschuldung in einer angemessenen Bandbreite. Zur Steuerung werden das Verhältnis der bereinigten Nettoschulden zum Adjusted EBITDA sowie weitere für die Ratingagenturen relevante Kennzahlen verwendet. Die Minimierung der Kapitalkosten erfolgt unter der Prämisse, die finanzielle Flexibilität zur Ausübung von strategischen Optionen zu gewährleisten.

Ausgehend von den Zielen orientiert sich die Finanzierungsstrategie der EnBW an folgenden Grundsätzen:

- Aufbau der Finanzierung auf einer Mehrsäulenstrategie, sodass in Abhängigkeit von den Zielen des Finanzmanagements die verschiedenen Finanzierungsinstrumente flexibel in Anspruch genommen werden können.
- Umsetzung einer langfristigen Ausfinanzierung an den Kapitalmärkten, die die Fristenkongruenz zur Kapitalbindung der Aktiva in der Bilanz wahrt. Bankenfinanzierungen werden nur in Einzelfällen eingesetzt und dienen häufig nur der Zwischenfinanzierung. Dies ermöglicht eine langfristige Finanzierung zu kostengünstigen Konditionen.
- Aufbau einer ausgewogenen Investorenbasis in den Fremdkapitalmärkten. Die EnBW misst der Diversifizierung eine hohe Bedeutung bei, sowohl in geografischer Hinsicht als auch abgestimmt auf die unterschiedlichen Zielsetzungen der Investoren.
- Einsatz von Zinsswaps in klar definierten Grenzen, um die Finanzierungsbedingungen zu optimieren.

Derivate kommen grundsätzlich im operativen Geschäft nur zur Absicherung von Grundgeschäften zum Einsatz, beispielsweise bei Termingeschäften im Handel mit Strom und Primärenergieträgern. Auch Devisen- und Zinsderivate dienen nur zur Absicherung von Grundgeschäften. Darüber hinaus ist der Eigenhandel nur innerhalb enger, klar definierter Limite erlaubt.

Das Finanzmanagement übernimmt auch die Steuerung der Finanzaktiva (Asset-Management). Anhand eines Cashflow-orientierten Modells ermittelt die EnBW die sich in den nächsten 30 Jahren ergebenden Effekte in der Bilanz, Gewinn- und Verlust- sowie in der Cashflow-Rechnung. Dieses Modell berücksichtigt die versicherungsmathematischen Gutachten zu Pensionsrückstellungen sowie externe Gutachten zu Nuklearrückstellungen. Es ermöglicht zusätzlich die Simulation verschiedener Rendite- und Zuführungsalternativen.

Eine weitere wesentliche Funktion des Finanzmanagements besteht in der Sicherung des finanziellen Vermögens des EnBW-Konzerns in seinem Bestand und seiner Abwicklung sowie in der Gewährleistung ausreichender Liquiditätsreserven. So ist der Konzern jederzeit in der Lage, seine Zahlungsverpflichtungen uneingeschränkt erfüllen zu können. Die Treasury-Richtlinie des EnBW-Konzerns legt die durch den Gesamtvorstand der EnBW zugelassenen Finanzgeschäfte und den vorgegebenen Handlungsrahmen fest. Der Geltungsrahmen der Richtlinie erstreckt sich über alle Gesellschaften, die vollkonsolidiert oder durch einen Gewinnabführungsvertrag mit der EnBW AG verbunden sind. Für alle weiteren Unternehmen besitzt die Richtlinie Grundsatzcharakter. Die Vorteile der zentralen Steuerung des Finanzmanagements sind Risikominimierung, Transparenz und Kostenoptimierung.

Treasury

Der Treasury-Bereich übernimmt die Steuerung sämtlicher Treasury-Prozesse für alle vollkonsolidierten oder durch einen Gewinnabführungsvertrag mit der EnBW AG verbundenen Unternehmen. Das Liquiditätsmanagement erfolgt im Rahmen einer systemgestützten rollierenden Liquiditätsplanung und gilt für den zuvor definierten Geltungsbereich. Weitere Aufgaben sind die zentrale Verwaltung der Kredit- und Avallinien sowie die Vergabe von Garantie- und Patronatserklärungen. Zudem fallen das Zinsrisiko- und Währungsmanagement in den Verantwortungsbereich der Abteilung.



WEITERE INFORMATIONEN
Jahresabschluss ›
Zinsrisiken › S. 200

Zinsrisiko- und Währungsmanagement

Die einbezogenen Gesellschaften berichten im Rahmen der rollierenden Liquiditätsplanung regelmäßig über die bestehenden Risikopositionen. Der Treasury-Bereich analysiert diese quartalsweise auf aggregierter Ebene und erarbeitet eine Zinsrisikostategie. Dies hat zum Ziel, den Einfluss von Zinsschwankungen beziehungsweise Risiken auf die Ertrags- und Vermögenslage zu begrenzen.

Die Zinssätze der Finanzverbindlichkeiten des EnBW-Konzerns sind zu 75 % vertraglich fixiert. Eine Änderung des Zinsniveaus wirkt sich folglich auf die verbleibenden 25 % der Finanzverbindlichkeiten aus. Hieraus können sich Effekte für das Zinsergebnis der EnBW ergeben. Das Risikopotenzial wird auf Basis aktueller Zinssätze und möglicher Veränderungen dieser Zinssätze ermittelt.

Grundsätzlich gilt, dass die aus dem operativen Geschäft resultierenden Währungspositionen durch entsprechende Devisentermingeschäfte geschlossen werden. Die Einzelgesellschaften informieren den Treasury-Bereich ab einer Nettoposition von 1 Mio. € für den Risikozeitraum von zwölf Monaten. Insgesamt haben Währungsschwankungen aus operativer Tätigkeit keine wesentlichen Auswirkungen auf das Ergebnis der EnBW. Eventuelle Translationsrisiken werden im Zuge des Währungsmanagements einzelfallabhängig einem Monitoring unterzogen.

Asset-Management

Es ist unser Ziel, die langfristigen Pensions- und Kernenergierückstellungen des Konzerns innerhalb eines ökonomisch sinnvollen Zeitraums durch entsprechende Finanzanlagen zu decken. Die vorgegebenen Anlageziele sollen dabei bei minimalem Risiko erreicht werden. Die Optimierung des Risiko-/Ertragsprofils der Finanzanlagen wurde auch 2010 weiter vorangetrieben. Das Anlagevolumen summierte sich 2010 auf rund 6 Mrd. € (Vorjahr: 5,5 Mrd. €), verteilt auf insgesamt acht Asset-Klassen. Die Finanzanlagen sind in vier Masterfonds mit den folgenden Anlagezielen gebündelt:

- › Langfristige Zielrendite der Finanzanlagen bei 5,5 %
- › Risikominimierung
- › Minimierung der Auswirkungen auf Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung
- › Breite Diversifizierung der Asset-Klassen
- › Kostenreduktion und Verwaltungsvereinfachung

Finanzierungsfazilitäten

Für die Deckung des Gesamtfinanzierungsbedarfs stehen dem EnBW-Konzern neben der Innenfinanzierungskraft mit einem Free Cashflow von 1.086,6 Mio. € im Jahr 2010 und eigenen Mitteln folgende Instrumente zur Verfügung:

- › Euro-Medium-Term-Note-(EMTN-)Programm (7,0 Mrd. €; zum 31. Dezember 2010 genutzt mit rund 5,0 Mrd. €)
- › Syndizierte Kreditlinie (2,442 Mrd. €, zum 31. Dezember 2010 ungenutzt)
- › Bilaterale kurzfristige Kreditlinien (326 Mio. €, zum 31. Dezember 2010 ungenutzt)
- › Commercial-Paper-(CP-)Programm (2,0 Mrd. €, zum 31. Dezember 2010 mit 99,9 Mio. € genutzt)
- › Maßnahmen zur Eigenkapitalstärkung und Emission von Sonderprodukten (beispielsweise Schweizer Franken-Anleihe aus dem Jahr 2008 mit einem Volumen von 300 Mio. CHF)

Im Geschäftsjahr 2010 wurden keine neuen Anleihen emittiert. Die Kapitalmarktfälligkeiten beliefen sich 2010 konzernweit auf 217 Mio. €, die im dritten Quartal aus eigenen Mitteln zurückbezahlt wurden. Ein Betrag von 1,0 Mrd. € der syndizierten Kreditlinie ist jährlich revolving und wurde erfolgreich im Mai 2010 zu verbesserten Konditionen verlängert. Bei der zweiten Tranche lief im dritten Quartal 2010 ein Teilbetrag von 58 Mio. € aus. Dementsprechend beläuft sich das Volumen der bis Mai 2012 vereinbarten syndizierten Kreditlinie auf 1,442 Mrd. €. Als Sonderprodukte bestehen konzernweit Anleihen im Umfang von 400 Mio. CHF.

Die Dokumentationen für kurz- und langfristige Kapitalmarktaufnahmen unter dem etablierten EMTN- und dem CP-Programm sowie alle weiteren Kreditdokumentationen mit Banken (zum Beispiel syndizierte Kreditlinien) enthalten international übliche Standardklauseln. Ein wesentlicher Bestandteil der Finanzierungs politik der EnBW ist die Abgabe einer Negativerklärung sowie eine Pari-passu-Klausel gegenüber den Gläubigern.

Der Zugang zum Kapitalmarkt war für die EnBW im Geschäftsjahr 2010 jederzeit gegeben. Für 2011 bestehen keine Kapitalmarktfälligkeiten. Die nächsten Fälligkeiten ergeben sich für das Jahr 2012 (1 Mrd €, 100 Mio. CHF). Die EnBW wird prüfen, ob diese in geeignetem Maß vorfinanziert werden können. Wir erwarten, dass die geplanten Nettoinvestitionen aufgrund der starken Innenfinanzierungskraft, abgesehen von möglichen Zwischenfinanzierungen, insgesamt aus dem operativen Cashflow finanziert werden können.

Erläuterungen zu den Verbindlichkeiten befinden sich in Textziffer 24 des Anhangs zum Konzernabschluss.

Rating und Rating-Entwicklung

Das Rating im A-Bereich zu gewährleisten, gehört zu den Zielen der Finanzstrategie des Unternehmens. Seit dem Beginn der Bonitätsbewertung durch die beiden Rating-Agenturen Standard & Poor's (2000) und Moody's (2002) hat die EnBW diese Anforderung stets erfüllt. Gleiches gilt für die Bewertung durch die Rating-Agentur Fitch, die seit Mai 2009 erfolgt. Die Einschätzung durch Fitch (A) liegt gleichauf mit der von Moody's (A2) und eine Stufe über dem Rating von Standard & Poor's (A-).

Rating-Überblick Rating/Ausblick	2010	2009	2008	2007	2006
Fitch	A/stabil	A/stabil			
Standard & Poor's	A-/negativ	A-/negativ	A-/stabil	A-/stabil	A-/positiv
Moody's	A2/stabil	A2/stabil	A2/stabil	A2/stabil	A2/stabil

Die Ratingagenturen sehen in der Einführung der Kernbrennstoffsteuer ab 2011 und in den politischen Rahmenbedingungen in Deutschland Risiken für die großen deutschen Energieunternehmen. Bei der EnBW – wie bei den anderen führenden Unternehmen der Branche – gehen sie von einer Belastung der Ertragskraft und der Verschuldungsfähigkeit aus. Die Agenturen erwarten in diesem Zusammenhang, dass die EnBW entsprechende Gegenmaßnahmen zur Stützung des Ratings ergreift. Grundsätzlich zählen dazu eine Anpassung des Investitionsprogramms, eine weitere Intensivierung des Effizienzsteigerungsprogramms und Maßnahmen zur Stärkung der Eigenkapitalstruktur.

Fitch hat das A-Rating der EnBW am 9. August 2010 mit einem stabilen Ausblick bestätigt. Basis hierfür ist das ausgewogene Fälligkeitsprofil der Finanzverbindlichkeiten der EnBW. Zudem sieht die Agentur ein durch die erweiterte Erzeugungskapazität gestärktes Geschäftsprofil mit positiven Auswirkungen auf die zukünftige Finanzkraft des Unternehmens.

Am 3. September 2010 bewertete Standard & Poor's das EnBW-Geschäftsprofil weiterhin als „stark“ und das Finanzprofil als „mittelstark“. Die Agentur bestätigte sowohl das Langfrist-Rating der EnBW mit „A-“ als auch das Kurzfrist-Rating „A-2“. Der Ausblick des Ratings lautet weiterhin auf negativ. Gründe hierfür sind das Investitionsprogramm der EnBW und das regulatorische Umfeld in Deutschland, insbesondere in Bezug auf den weiteren Betrieb der Kernkraftwerke.

Das Rating von Moody's ist mit „A2“ und einem Kurzfrist-Rating „Prime-1“ seit dem 16. Dezember 2009 unverändert. Die Agentur bescheinigt der EnBW eine konstante und ausgewogene Finanzpolitik und eine solide Liquidität. Der Ausblick ist stabil, da Moody's davon ausgeht, dass die EnBW ihre Finanzsituation weiter stärken wird.

Investitionsanalyse

Zahlungswirksame Nettoinvestitionen des EnBW-Konzerns in Mio. €	2010	2009	Veränderung in %
Strom Erzeugung und Handel	933,4	620,7	50,4
Strom Netz und Vertrieb	383,3	385,7	-0,6
Gas	92,7	62,8	47,6
Energie- und Umweltdienstleistungen	215,4	240,2	-10,3
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen gesamt	1.624,8	1.309,4	24,1
Auszahlungen für den Erwerb von voll- und quotenkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen ¹	643,1	3.041,5	-78,9
Auszahlungen für den Erwerb von Beteiligungen ²	60,0	23,2	-
Investitionen gesamt	2.327,9	4.374,1	-46,8
Einzahlungen aus Verkäufen immaterieller Vermögenswerte und Sachanlagen	-45,7	-93,0	-50,9
Zugänge von Baukosten- und Investitionszuschüssen	-78,3	-65,1	20,3
Einzahlungen aus dem Verkauf von voll- und quotenkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen ³	-843,9	-45,0	-
Einzahlungen aus dem Verkauf von Beteiligungen ²	-3,9	-1,3	-
Desinvestitionen gesamt	-971,8	-204,4	-
Nettoinvestitionen (zahlungswirksam)	1.356,1	4.169,7	-67,5

¹ Mit dem Erwerb übernommene flüssige Mittel sind nicht enthalten. Diese betragen im Berichtszeitraum 12,1 Mio. € (Vorjahr: 24,8 Mio. €).

² Ohne Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden.

³ Mit dem Verkauf abgegebene flüssige Mittel sind nicht enthalten. Diese betragen im Berichtszeitraum 63,0 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €).

Die Gesamtinvestitionssumme des EnBW-Konzerns im Geschäftsjahr 2010 beläuft sich auf 2.327,9 Mio. €. Der Vorjahreswert lag bei 4.374,1 Mio. €; dieser Rückgang gegenüber dem Vergleichszeitraum ist insbesondere durch höhere Finanzinvestitionen im Jahr 2009 bedingt.

In der Berichtsperiode tätigte die EnBW Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von 1.624,8 Mio. €, nach 1.309,4 Mio. € im Vorjahr. Dies entspricht einem Anteil von 69,8 % an der Gesamtinvestitionssumme.

Der Anteil der Investitionen für Wachstumsprojekte betrug im Geschäftsjahr 2010 rund 65%. Die verbleibenden 35% entfielen auf Ersatz- und Erneuerungsmaßnahmen, vor allem für Kraftwerke und Netzinfrastruktur.

Der Großteil der Investitionen entfiel mit 933,4 Mio. € auf das Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel. Verglichen mit dem Vorjahreswert von 620,7 Mio. € ergab sich ein Anstieg um 50,4%. Dabei wurden in dem Geschäftsfeld die wesentlichen Projekte wie der Bau des Steinkohlekraftwerks RDK 8 in Karlsruhe und des Wasserkraftwerks in Rheinfelden sowie die Entwicklung und Realisierung von Offshore-Windanlagen vorangetrieben. Die Investitionen im Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb, die hauptsächlich die kontinuierliche Modernisierung und den Ausbau unserer Netze umfassen, lagen mit 383,3 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres. Im Geschäftsfeld Gas erhöhten sich die Investitionen um 47,6 % von 62,8 Mio. € auf 92,7 Mio. €, was primär dem Fortschritt beim Bau des Gasspeichers in Etzel geschuldet ist. Die Investitionen im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen betragen 215,4 Mio. €, worauf ein wesentlicher Teil auf den Bau eines Ersatzbrennstoffkraftwerks in Eisenhüttenstadt entfiel. Im Vergleich zur Vorjahresperiode bedeutete dies einen Rückgang um 24,8 Mio. € oder 10,3%.

Die Finanzakquisitionen der EnBW reduzierten sich von 3.064,7 Mio. € im Jahr 2009 auf 703,1 Mio. € im Geschäftsjahr 2010. Im Berichtszeitraum enthalten diese insbesondere die Aufstockung der Anteile an dem tschechischen Energieversorger PRE sowie den Anteilserwerb an der Gesellschaft für die Beteiligung am Kraftwerk Rostock mbH. Der hohe Vorjahreswert ist auf den Anteilserwerb an der EWE Aktiengesellschaft und auf den Kauf von Kraftwerksbeteiligungen zurückzuführen. Die Desinvestitionen belaufen sich im Geschäftsjahr 2010 auf insgesamt 971,8 Mio. €, die im Wesentlichen auf den Verkauf der GESO und ihrer Tochterunternehmen entfallen. Per Saldo betrug die Nettoinvestitionssumme 1.356,1 Mio. € gegenüber 4.169,7 Mio. € in der Vorberichtsperiode.

Für den Erwerb von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen bestanden zum 31. Dezember 2010 Investitionsverpflichtungen in Höhe von 1.414,7 Mio. € (Vorjahr: 888,3 Mio. €). Die Verpflichtungen zum Erwerb von Unternehmen betragen 474,5 Mio. € (Vorjahr: 1.137,2 Mio. €). Die Finanzierung der Investitionsverpflichtung wird aus dem laufenden Cashflow erfolgen.

Liquiditätsanalyse

Free Cashflow in Mio. €	2010	2009	Veränderung in %
Funds from Operations (FFO) vor Steuern und Finanzierung	2.747,7	2.427,7	13,2
Veränderung der Vermögenswerte und Schulden aus operativer Geschäftstätigkeit	124,8	212,7	-41,3
Gezahlte Ertragsteuern	-311,6	-197,0	58,2
Operating Cashflow	2.560,9	2.443,4	4,8
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	-1.624,8	-1.309,4	24,1
Einzahlungen aus Verkäufen immaterieller Vermögenswerte und Sachanlagen	45,7	93,0	-50,9
Zugänge von Baukosten- und Investitionszuschüssen	78,3	65,1	20,3
Free Cashflow vor Finanzierung	1.060,1	1.292,1	-18,0
Erhaltene Zinsen und Dividenden	381,6	378,5	0,8
Gezahlte Zinsen Finanzierungsbereich	-355,1	-357,4	-0,6
Free Cashflow nach Finanzierung	1.086,6	1.313,2	-17,3

Der Funds from Operations (FFO) vor Steuern und Finanzierung nahm 2010 im Vergleich zum Vorjahr um 13,2% auf 2.747,7 Mio. € zu. Wesentliche Ursache war der Anstieg des EBITDA um 531,6 Mio. € oder 19,3%. Der geringere absolute Zuwachs des FFO im Vergleich zum EBITDA resultierte vor allem aus höheren Rückstellungsaufösungen im Vorjahr sowie Veräußerungsgewinnen und Erträgen aus dem sukzessiven Anteilerwerb an der PRE im Berichtsjahr. Der Operating Cashflow erreichte 2.560,9 Mio. €, nach 2.443,4 Mio. € im Vorjahr. Bedingt wurde die Entwicklung durch einen im Vergleich zum Vorjahr geringeren Saldo aus der Veränderung von Vermögenswerten und Schulden aus operativer Geschäftstätigkeit. Zudem stiegen die gezahlten Ertragsteuern auf 311,6 Mio. € an, nachdem sich diese im Vorjahreszeitraum auf 197,0 Mio. € belaufen hatten. Im Jahr 2009 erfolgten Steuererstattungen. 2010 mussten darüber hinaus höhere Steuervorauszahlungen geleistet werden. Der Anstieg der Investitionen um 315,4 Mio. € gegenüber 2009 führte zu einem verringerten Free Cashflow vor Finanzierung in der Berichtsperiode in Höhe von 1.060,1 Mio. €. Der Rückgang betrug 18,0%. Die erhaltenen Zinsen und Dividenden und die gezahlten Zinsen im Finanzierungsbereich blieben im Vorjahresvergleich weitgehend unverändert. In der Folge reduzierte sich der Free Cashflow nach Finanzierung 2010 um 17,3% auf 1.086,6 Mio. €.

Cashflow-Rechnung in Mio. €	2010	2009	Veränderung in %
Operating Cashflow	2.560,9	2.443,4	4,8
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-1.272,6	-4.629,6	-72,5
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-1.001,2	678,6	-
Zahlungswirksame Veränderung der flüssigen Mittel	287,1	-1.507,6	-
Währungskursveränderung der flüssigen Mittel	12,3	2,0	-
Veränderung der flüssigen Mittel	299,4	-1.505,6	-

Im Geschäftsjahr 2010 lag der Cashflow aus Investitionstätigkeit mit -1.272,6 Mio. € deutlich unter dem Niveau des Vorjahres von -4.629,6 Mio. €. Hauptgründe hierfür sind die Desinvestition der GESO und ihrer Tochterunternehmen im Berichtszeitraum sowie höhere Auszahlungen für Anteilerwerbe an Unternehmen und Kraftwerken im Vorjahreszeitraum.

Beim Cashflow aus Finanzierungstätigkeit ergab sich 2010 aufgrund der Zins- und Dividendenzahlungen ein Mittelabfluss von 1.001,2 Mio. €. Im Vorjahr wurde durch die Aufnahme von Finanzverbindlichkeiten ein Mittelzufluss von 678,6 Mio. € verbucht.

Unter Berücksichtigung geringfügig positiver Währungskursveränderungen erhöhten sich die flüssigen Mittel des Konzerns im Zeitraum Januar bis Dezember 2010 um 299,4 Mio. €, nach einem Rückgang um 1.505,6 Mio. € im Vorjahr.

Die Zahlungsfähigkeit des EnBW-Konzerns war im Geschäftsjahr 2010 auf Basis der vorhandenen liquiden Mittel, des weiterhin deutlich positiven Free Cashflow und der verfügbaren externen Finanzierungsquellen jederzeit gewährleistet. Die solide Finanzlage, zu der auch ungenutzte Kreditlinien in Höhe von 2,768 Mrd. € gehören, sichert die künftige Zahlungsfähigkeit des Unternehmens. Diese Kreditlinien unterliegen hinsichtlich ihrer Verwendung keinen Beschränkungen.

Vermögenslage



WEITERE INFORMATIONEN
Jahresabschluss › Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung und zur Bilanz › S. 149ff.

Kurzfassung der Bilanz des EnBW-Konzerns in Mio. € ¹	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Aktiva			
Langfristige Vermögenswerte	26.164,4	24.065,3	8,7
Immaterielle Vermögenswerte	(2.197,0)	(1.746,9)	25,8
Sachanlagen	(13.343,3)	(11.925,2)	11,9
At equity bewertete Unternehmen	(3.752,5)	(3.756,7)	-0,1
Übrige finanzielle Vermögenswerte	(5.950,6)	(5.691,4)	4,6
Latente Steuern	(28,2)	(29,2)	-3,4
Kurzfristige Vermögenswerte	9.063,6	8.875,5	2,1
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	11,8	1.698,0	-99,3
	35.239,8	34.638,8	1,7
Passiva			
Eigenkapital	7.618,2	6.407,7	18,9
Langfristige Schulden	20.209,5	19.762,1	2,3
Rückstellungen	(9.767,8)	(9.399,8)	3,9
Latente Steuern	(1.798,6)	(1.677,0)	7,3
Finanzverbindlichkeiten	(6.677,4)	(6.737,0)	-0,9
Kurzfristige Schulden	7.412,1	7.700,9	-3,8
Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	0,0	768,1	-
	35.239,8	34.638,8	1,7

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2010 belief sich die Bilanzsumme des EnBW-Konzerns auf 35.239,8 Mio. €, ein geringfügiges Plus um 1,7% im Vergleich zum Stichtag 31. Dezember 2009.

Auf der Aktivseite erhöhten sich die langfristigen Vermögenswerte auf 26.164,4 Mio. €, verursacht durch den Anstieg der immateriellen Vermögenswerte um 450,1 Mio. € und die Zunahme der Sachanlagen um 1.418,1 Mio. € zum Bilanzstichtag. Eine wesentliche Rolle spielte dabei die Vollkonsolidierung der PRE. Zudem spiegeln sich im Anstieg der Sachanlagen der Erwerb des Kraftwerks in Rostock sowie die Investitionen im Jahresverlauf 2010 wider.

Bei den kurzfristigen Vermögenswerten nahmen die liquiden Mittel unter anderem bedingt durch Unternehmensverkäufe im Stichtagsvergleich um 407,5 Mio. € auf 1.878,3 Mio. € zu. Die kurzfristigen Vermögenswerte stiegen im Jahresvergleich um 2,1%. Sie beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, flüssige Mittel sowie sonstige kurzfristige Vermögenswerte.

Die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte betragen als Ergebnis des Verkaufs der GESO und der PT zum Jahresultimo 2010 11,8 Mio. €, nach 1.698,0 Mio. € zum Vorjahresstichtag. Dementsprechend entfielen auf der Passivseite der Bilanz die Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten vollständig.

Das Eigenkapital stieg auf Basis des Konzernergebnisses 2010 sowie erfolgsneutraler Veränderungen im Stichtagsvergleich um 18,9 % auf 7.618,2 Mio. € an.

Die langfristigen Schulden erhöhten sich per 31. Dezember 2010 um 2,3 % auf 20.209,5 Mio. € aufgrund der Erhöhung der langfristigen Rückstellungen und der latenten Steuern. Die langfristigen Rückstellungen nahmen um 368,0 Mio. € auf 9.767,8 Mio. € zu. Sie enthalten insbesondere Rückstellungen für Pensionen sowie Rückstellungen im Kernenergiebereich. Bei den Rückstellungen im Kernenergiebereich ergaben sich im Geschäftsjahr 2010 rückstellungsmindernde und -erhöhende Effekte. Rückstellungsmindernd wirkten der Verbrauch von Rückstellungen sowie die Verlängerung der Laufzeiten unserer Kernkraftwerke. Dagegen wirkten betriebsbedingte Zuführungen, Zuführungen aufgrund höherer künftiger Kosten sowie Aufzinsungseffekte rückstellungserhöhend. Im Saldo stiegen die Rückstellungen im Kernenergiebereich um 197,0 Mio. € auf 5.162,3 Mio. €. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen lagen um 59,3 Mio. € über dem Vorjahreswert und erreichten 4.011,3 Mio. €.

Der Zuwachs der latenten Steuern um 121,6 Mio. € auf 1.798,6 Mio. € ist im Wesentlichen auf Änderungen im Konsolidierungskreis zurückzuführen.

Die kurzfristigen Schulden gingen um 288,8 Mio. € auf 7.412,1 Mio. € zurück. Sie beinhalten vor allem Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie übrige Verbindlichkeiten.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstrukturanalyse	2010	2009	Veränderung in %
Eigenkapitalquote in %	21,6	18,5	16,8
Durchschnittliches Capital Employed in Mio. € ¹	15.119,7	13.559,7	11,5
Bereinigte Nettoschulden/Eigenkapital	1,1	1,3	-15,4
Deckungsgrad langfristige Vermögenswerte (langfristige Vermögenswerte/Eigenkapital)	3,4	3,8	-10,5

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Aufgrund der positiven Ergebnisentwicklung legte die Eigenkapitalquote von 18,5 % zum Jahresultimo 2009 auf 21,6 % per 31. Dezember 2010 zu. Das durchschnittliche Capital Employed nahm angesichts der positiven Nettoinvestitionen um 11,5 % auf 15.119,7 Mio. € zu. Zudem spiegelten sich Effekte aus wesentlichen Investitionen des Geschäftsjahres 2009, wie etwa der Erwerb eines Anteils an der EWE Aktiengesellschaft im Juli 2009, erst im Geschäftsjahr 2010 vollumfänglich im durchschnittlichen Capital Employed wider. Der Rückgang der bereinigten Nettoschulden und der Anstieg des Eigenkapitals führten 2010 zu einem verbesserten Verhältnis aus bereinigten Nettoschulden zu Eigenkapital gegenüber 2009. Die Kennzahl „Deckungsgrad langfristiger Vermögenswerte“ wurde ebenfalls durch das erhöhte Eigenkapital positiv beeinflusst und lag bei 3,4 nach 3,8 im Vorjahr.

Bereinigte Nettoschulden

Im Vergleich zum Jahresende 2009 verringerten sich die bereinigten Nettoschulden zum 31. Dezember 2010 um 474,8 Mio. € auf 8.139,8 Mio. €. Zu dieser Abnahme haben der positive Free Cashflow, Desinvestitionen sowie die Umgliederung einer nicht mehr strategischen Beteiligung in Höhe von 277,9 Mio. € vom Capital Employed in die Nettoschulden beigetragen. Gegenläufig wirkten die Finanzakquisitionen, höhere Finanzverbindlichkeiten und Pensions- und Kernenergie Rückstellungen, noch nicht verrechnete versicherungsmathematische Verluste der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie die Dividendenzahlung.

Bereinigte Nettoschulden in Mio. € ¹	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Kurzfristige Finanzmittel	-2.718,1	-2.157,3	26,0
Kurzfristige Finanzmittel der Spezialfonds und kurzfristige Wertpapiere zur Deckung der Pensions- und Kernenergierückstellungen	1.038,5	785,2	32,3
Bereinigte kurzfristige Finanzmittel	-1.679,6	-1.372,1	22,4
Anleihen	5.490,9	5.495,7	-0,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.182,8	962,5	22,9
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	647,2	726,1	-10,9
Finanzverbindlichkeiten	7.320,9	7.184,3	1,9
Bilanzielle Nettofinanzschulden²	5.641,3	5.812,2	-2,9
Pensions- und Kernenergie Rückstellungen	9.616,2	9.355,8	2,8
Langfristige Wertpapiere und Ausleihungen ³	-5.536,7	-4.983,3	11,1
Kurzfristige Finanzmittel der Spezialfonds und kurzfristige Wertpapiere zur Deckung der Pensions- und Kernenergie Rückstellungen	-1.038,5	-785,2	32,3
Sonstiges	-156,5	-117,9	32,7
Zwischensumme³	8.525,8	9.281,6	-8,1
Nettoschulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	0,0	-60,5	-
Bilanzielle Nettoschulden³	8.525,8	9.221,1	-7,5
Noch nicht verrechnete versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	157,3	-144,2	-
Langfristige Forderungen im Zusammenhang mit Kernenergie Rückstellungen	-464,4	-413,2	12,4
Bewertungseffekte aus zinsinduzierten Sicherungsgeschäften	-78,9	-49,1	60,7
Bereinigte Nettoschulden³	8.139,8	8.614,6	-5,5

¹ Erläuterungen zur geänderten Darstellung der Nettoschulden unter Anpassung Vorjahreszahlen im Anhang des Konzerns.

² Bereinigt um Bewertungseffekte aus zinsinduzierten Sicherungsgeschäften betragen die Nettofinanzschulden 5.562,4 Mio. € (Vorjahr: 5.763,1 Mio. €).

³ Beinhaltet Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden.

Der dynamische Verschuldungsgrad setzt die bereinigten Nettoschulden ins Verhältnis zum Adjusted EBITDA.

Dynamischer Verschuldungsgrad in Mio. €	2010	2009	Veränderung in %
Bereinigte Nettoschulden	8.139,8	8.614,6	-5,5
Adjusted EBITDA	2.837,8	2.615,3	8,5
Dynamischer Verschuldungsgrad¹	2,87	3,29	-12,8

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Zum 31. Dezember 2010 konnte der dynamische Verschuldungsgrad auf 2,87 reduziert werden. Ursache hierfür war der Anstieg des Adjusted EBITDA im Geschäftsjahr 2010 gegenüber dem Vorjahr und der Rückgang der bereinigten Nettoschulden.

Wertbeitrag

Wertbeitrag nach Geschäftsfeldern 2010	Strom Erzeugung und Handel	Strom Netz und Vertrieb	Gas	Energie- und Umweltdienstleistungen	Holding/Konsolidierung	Gesamt
Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis (Mio. €)	1.707,1	352,2	90,0	115,2	-75,9	2.188,6
Durchschnittliches Capital Employed (Mio. €)	5.452,1	4.187,3	1.459,8	1.300,7	2.719,8	15.119,7
ROCE (%)	31,3	8,4	6,2	8,9	-	14,5
Kapitalkostensatz (%)	10,1	8,6	8,6	9,0	-	9,0
Wertbeitrag (Mio. €)	1.155,8	-8,4	-35,0	-1,3	-	831,6

Wertbeitrag nach Geschäftsfeldern 2009 ¹	Strom Erzeugung und Handel	Strom Netz und Vertrieb	Gas	Energie- und Umweltdienstleistungen	Holding/Konsolidierung	Gesamt
Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis (Mio. €)	1.674,3	259,8	161,7	97,6	-87,9	2.105,5
Durchschnittliches Capital Employed (Mio. €)	4.425,7	4.002,5	1.794,0	1.324,4	2.013,1	13.559,7
ROCE (%)	37,8	6,5	9,0	7,4	-	15,5
Kapitalkostensatz (%)	10,5	8,9	8,9	9,6	-	9,3
Wertbeitrag (Mio. €)	1.208,2	-96,1	1,8	-29,1	-	840,7

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Im Geschäftsjahr 2010 hat der EnBW-Konzern einen positiven Wertbeitrag in Höhe von 831,6 Mio. € erwirtschaftet, der geringfügig niedriger war als im Vorjahr. Ursache für den Rückgang ist das 2010 deutlich gestiegene durchschnittliche Capital Employed, während das Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis im Vorjahresvergleich geringer zulegte. Dementsprechend ermäßigte sich im Geschäftsjahr 2010 ebenfalls der ROCE um einen Prozentpunkt auf 14,5%.

Zur Wertbeitragsentwicklung der Geschäftsfelder

Der Wertbeitrag im Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel verringerte sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 52,4 Mio. € auf 1.155,8 Mio. €. Die Ergebnissteigerung wurde durch einen deutlichen Anstieg der Kapitalbasis überkompensiert. Die höhere Kapitalbasis ist vor allem auf Sachinvestitionen in die Entwicklung und Realisierung von Windkraftprojekten, insbesondere des Offshore-Windparks Baltic 1, den Kraftwerksneubau RDK 8, den Bau des Wasserkraftwerks Rheinfeldern und auf den Erwerb der Kraftwerksanteile Rostock sowie der Kraftwerksanteile Bexbach/Lippendorf im Jahr 2009 zurückzuführen.

Im Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb erhöhte sich der Wertbeitrag um 87,7 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr. Diese Steigerung ist bedingt durch das verbesserte Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis in diesem Segment. Der Anstieg der Kapitalbasis resultiert im Wesentlichen aus Sachinvestitionen in den Netzinfrastrukturbereich. Die seit Ende des dritten Quartals vorgenommene Vollkonsolidierung des tschechischen Energieversorgers PRE wird dagegen durch den Verkauf der Anteile an der GESO und ihrer Tochterunternehmen kompensiert.

Der Wertbeitrag im Geschäftsfeld Gas reduzierte sich im Berichtszeitraum gegenüber dem Geschäftsjahr 2009 um 36,8 Mio. €, was auf den Ergebnisrückgang in diesem Geschäftsfeld zurückzuführen ist. Die gegenüber dem Vorjahr gesunkene Kapitalbasis ist im Wesentlichen der Desinvestition der Anteile an der GESO und ihrer Tochterunternehmen sowie eines geringeren Forderungsvolumens aus Lieferungen und Leistungen geschuldet.



WEITERE INFORMATIONEN
Lagebericht > Ertragslage
> Adjusted Ergebnis > S. 60

Im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen lag der Wertbeitrag um 27,8 Mio.€ über dem Vorjahreswert. Der Grund dieser Zunahme liegt im Anstieg des Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis begründet. Die Kapitalbasis blieb im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant.

Für den Bereich Holding/Konsolidierung ergab sich aufgrund der 2010 erstmaligen vollständigen Berücksichtigung des Erwerbs eines 26%-Anteils an der EWE Aktiengesellschaft ein deutlicher Anstieg des Capital Employed.

Details zur Entwicklung des Adjusted EBIT sind in den Ausführungen unter Adjusted und neutrales Ergebnis in diesem Kapitel nachzulesen.

Zur Ermittlung des Wertbeitrags

Die Kapitalkosten vor Steuern stellen eine Mindestverzinsung auf das eingesetzte Kapital dar. Erst wenn die erzielte Verzinsung (ROCE) über den Kapitalkosten liegt, entsteht ein positiver Wertbeitrag. Zur Ermittlung der Kapitalkosten wird der gewichtete Durchschnitt der Eigen- und Fremdkapitalkosten zugrunde gelegt. Der gewichtete Durchschnitt ist der jeweilige Anteil von Eigen- und Fremdkapital am Gesamtkapital. Der Wert des Eigenkapitals entspricht dabei der Marktbewertung und nicht dem bilanziellen Wert. Die Eigenkapitalkosten basieren auf der Rendite einer risikofreien Anlage sowie einem unternehmensspezifischen Risikoaufschlag (Marktrisikoprämie). Dieser bestimmt sich aus der Differenz der risikofreien Anlage und der Rendite des Gesamtmarkts in Abhängigkeit vom Betafaktor. In den Kapitalkosten werden die Eigenkapitalkosten auf Vorsteuerbasis berücksichtigt. Die langfristigen Konditionen, zu denen der EnBW-Konzern Fremdkapital aufnehmen kann, dienen zur Festlegung der Fremdkapitalkosten auf Vorsteuerbasis.

Ableitung des Kapitalkostensatzes (WACC)	2010	2009
Risikofreier Zinssatz (r_f)	4,0%	4,0%
Marktrisikoprämie (MRP)	5,0%	5,0%
Beta-Faktor (β)	0,9	0,9
Eigenkapitalkostensatz nach Steuern	8,4%	8,4%
Fremdkapitalkostensatz vor Steuern (r_{FK})	6,0%	6,5%
Tax Shield der Fremdkapitalzinsen	-1,5%	-1,7%
Fremdkapitalkostensatz nach Steuern	4,5%	4,8%
Anteil Eigenkapital (EK)	50,0%	50,0%
Anteil Fremdkapital (FK)	50,0%	50,0%
Kapitalkostensatz nach Steuern	6,4%	6,6%
Steuersatz (s)	29,0%	29,0%
Kapitalkostensatz vor Steuern (Konzern)	9,0%	9,3%

$$\text{WACC} = (r_f + \beta \times \text{MRP}) \times \frac{\text{EK}}{\text{EK} + \text{FK}} \times \frac{1}{(1-s)} + r_{FK} \times \frac{\text{FK}}{\text{EK} + \text{FK}}$$

Um den unterschiedlichen Risiken unserer Geschäftsaktivitäten entlang der Wertschöpfungskette gerecht zu werden, ermitteln wir die Kapitalkosten separat für die einzelnen Geschäftsfelder.

Zur Bestimmung des ROCE wird zunächst das Adjusted EBIT bestimmt. Das im Konzern erzielte EBIT wird um neutrale Ergebnisbeiträge bereinigt. Ergebnisbeiträge aus Beteiligungen werden zum Adjusted EBIT addiert, sofern die Beteiligungen dauerhafter Bestandteil des Geschäftsmodells der EnBW sind. Eine Vorsteuerbetrachtung findet statt, um die Vergleichbarkeit mit dem Adjusted EBIT zu gewährleisten.

Das Capital Employed beinhaltet sämtliche Vermögenswerte des operativen Geschäfts. Unverzinsliches Fremdkapital – zum Beispiel Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen – werden hiervon abgezogen. Das Capital Employed errechnet sich aus dem Durchschnitt des Jahresanfangs- und Jahresendwerts sowie den drei Quartalswerten.

Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis in Mio. €	2010	2009
EBIT	2.117,0	1.889,3
Neutrales EBIT	-184,4	-95,4
Beteiligungsergebnis ¹	92,6	82,3
Neutrales Beteiligungsergebnis	89,1	138,9
Steueranpassung Beteiligungsergebnis ²	74,3	90,4
Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis	2.188,6	2.105,5

¹ Ohne Erträge aus Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden.

² Adjusted Beteiligungsergebnis/0,71 - Adjusted Beteiligungsergebnis (mit 0,71 = 1 - Steuersatz 29 %)

Durchschnittliches Capital Employed in Mio. € ¹	2010	2009
Immaterielle Vermögenswerte	2.197,0	1.746,9
Sachanlagen	13.343,3	11.925,2
Investment Properties	99,0	70,3
Beteiligungen ²	4.166,4	4.464,8
Vorratsvermögen	991,1	944,8
Kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ³	3.187,5	2.786,3
Übrige Vermögenswerte ⁴	2.234,1	4.910,8
Nicht zinstragende Rückstellungen	-1.364,8	-1.050,2
Nicht zinstragende Verbindlichkeiten ⁵	-5.893,7	-7.405,1
Zuschüsse	-1.588,8	-1.519,0
Latente Steuern ⁶	-1.770,4	-1.647,8
Vermögenswerte und Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten, die den Nettoschulden zuzuordnen sind	0,0	-60,5
Capital Employed zum 31.12.	15.600,7	15.166,5
Durchschnittliches Capital Employed⁷	15.119,7	13.559,7

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Beinhaltet at equity bewertete Unternehmen, Anteile an verbundenen Unternehmen sowie sonstige Beteiligungen, die der operativen Geschäftstätigkeit zuzuordnen sind.

³ Ohne verbundene Unternehmen.

⁴ Ohne verbundene Unternehmen, ohne langfristige Forderungen im Zusammenhang mit Kernenergie Rückstellungen.

⁵ Ohne verbundene Unternehmen, ohne potenzielle Kaufpreisverpflichtungen aus Put-Optionen.

⁶ Aktive und passive latente Steuern saldiert.

⁷ Durchschnittliche Berechnung auf Basis der jeweiligen Quartalswerte des Berichtsjahres und des Vorjahresendwerts.

Nicht bilanzierte immaterielle Vermögenswerte

Die Unternehmensentwicklung der EnBW ist auch von einer Reihe immaterieller Vermögenswerte abhängig, die nicht in der Bilanz erfasst werden. Das Human-, Struktur- und Beziehungskapital der EnBW, das sogenannte intellektuelle Kapital, hat einen bedeutenden Einfluss auf die Geschäftstätigkeit und den Wert des Unternehmens.

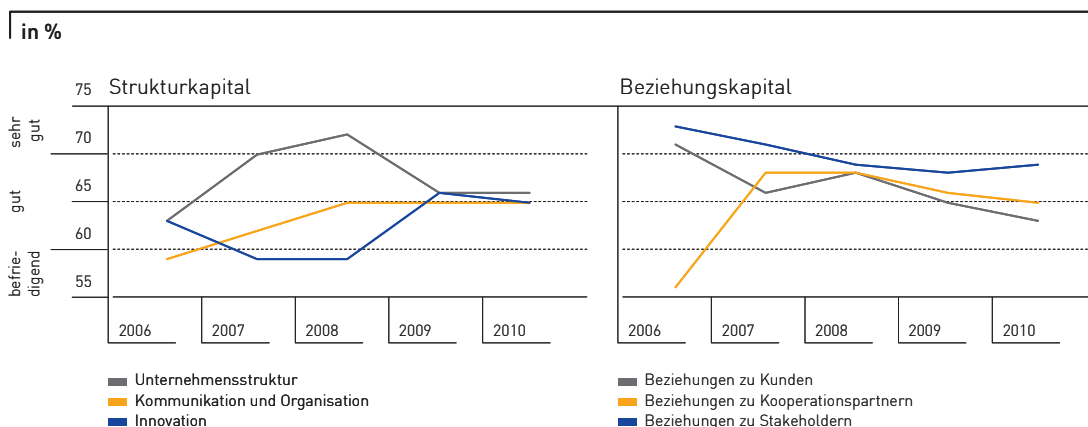
Das professionelle Management des intellektuellen Kapitals ist für uns eine strategische Aufgabe. Die EnBW nutzt hierfür als einziges Großunternehmen in Deutschland seit dem Jahr 2005 den Ansatz der „Wissensbilanz – Made in Germany“. Die Einflussfaktoren des intellektuellen Kapitals werden dabei in den zentralen Gesellschaften des Konzerns von fachlich und hierarchisch repräsentativ zusammengesetzten Mitarbeitergruppen im Rahmen einer systematischen Selbsteinschätzung beurteilt. Mithilfe von 27 Fragen werden die Qualität und Quantität der einzelnen Faktoren sowie die Systematik bewertet, mit der die Faktoren im Unternehmen entwickelt werden. Die Ergebnisse der Befragungen in den zentralen Gesellschaften werden in einem rollierenden Verfahren¹ konsolidiert und


¹ In den Gesellschaften des Bereichs Strom erfolgt die Wissensbilanzierung immer in den ungeraden Jahren, in den Gesellschaften des Geschäftsfelds Gas sowie den Servicegesellschaften in den geraden Jahren. Die Ergebnisse des aktuellen und des Vorjahres werden zu einem konzernweiten Überblick konsolidiert (bestehend aus den Ergebnissen der Wissensbilanzierung in zwölf Konzerngesellschaften). Dieser auf der Ebene der Geschäftsfelder praktizierte Zweijahresrhythmus hat seine Ursache vor allem in der Veränderungsgeschwindigkeit bei der Entwicklung des intellektuellen Kapitals.

ermöglichen eine Einschätzung der Entwicklung des intellektuellen Kapitals im Konzern. Optimierungsfelder werden identifiziert und Maßnahmen zur Verbesserung eingeleitet und überwacht. Auf Basis der Ergebnisse der Wissensbilanz in den Jahren 2005 bis 2009 wurden insgesamt 259 Maßnahmen zur Entwicklung des intellektuellen Kapitals in Angriff genommen. Etwa 30% der Initiativen fokussierten den Bereich Wissensaufbau und -transfer. Etwas über 30% entfielen auf Verbesserungen bei Prozessen im Unternehmen. Maßnahmen zur Prozessoptimierung beinhalteten beispielsweise die Erstellung einer Prozesslandkarte, die Etablierung von Standardprozessen zur Dokumentation oder die Überarbeitung von Prozessbeschreibungen. Um Produktinnovationen zu forcieren, haben drei Gesellschaften mit besonders ausgeprägtem Kundenkontakt die Einbindung von Kooperationspartnern wie Hochschulen oder Franchise-Nehmern intensiviert.

Die Ergebnisse der Wissensbilanz 2010 zeigen, dass die Bewertungen für Human-, Struktur- und Beziehungskapital der EnBW im guten Bereich liegen. Die Einschätzung des Humankapitals verbesserte sich weiter. Struktur- und Beziehungskapital blieben insgesamt weitgehend auf dem Niveau des Vorjahres.

Entwicklung der Einflussfaktoren des intellektuellen Kapitals der EnBW



 WEITERE INFORMATIONEN
Lagebericht › Mitarbeiter
› Humankapital › S. 85

Strukturkapital: Im Vergleich zum Vorjahr blieben die einzelnen Faktoren des Strukturkapitals 2010 weitgehend unverändert auf einem guten Niveau. Die Unternehmenskultur wird insgesamt als angenehm, konstruktiv und gut wahrgenommen, die EnBW als attraktiver Arbeitgeber eingeschätzt. Verbesserungspotenzial zeigt sich in großen Gesellschaften des Unternehmens, insbesondere mit Blick auf Unterschiede zwischen den Hierarchieebenen. Ein Ansatzpunkt ist dabei beispielsweise die Stärkung des bereichsübergreifenden Zusammengehörigkeitsgefühls. Vor allem tiefgreifende Umfeldveränderungen stellen die Kommunikation und Organisation des EnBW-Konzerns vor große Herausforderungen. Die bestehenden Instrumente für den Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen den Mitarbeitern wirken sich positiv auf die Bewertung dieses Faktors aus. Probleme werden weiterhin in der Kommunikation und Organisation an Schnittstellen zwischen Abteilungen, Hierarchieebenen und den einzelnen Gesellschaften in Bezug auf Effizienz, Durchgängigkeit und Klarheit gesehen. Bei der Beurteilung der Innovationsfähigkeit des Unternehmens hat es einen geringfügigen Rückgang gegeben, der insbesondere mit der Einschätzung in den Servicegesellschaften zusammenhängt. In den Geschäftsfeldern Strom und Gas werden Qualität und Quantität der Innovationen als gut bewertet. Verbesserungsmöglichkeiten der Innovationsfähigkeit werden in der Priorisierung und Ressourcenzuteilung, der durchgängigen Planung und Umsetzung sowie der Einbindung von externen Innovationspartnern gesehen.

Beziehungskapital: Bei der Bewertung des Beziehungskapitals musste insbesondere die Einschätzung der Beziehungen zu Kunden Einbußen hinnehmen. Gründe hierfür sind Kundenverluste im B2B-Bereich und zunehmende Potenziale bei der Kundenakquisition und dem Kundenbeziehungsmanagement in dieser Kundengruppe. Diese Entwicklung steht in Zusammenhang mit den deutlichen Preisrückgängen am Markt und der intensiven Wettbewerbssituation. Die vorhandenen Instrumente der Kundenzufriedenheitsanalyse und -bewertung sollten nach Ansicht der Befragten konsequenter eingesetzt werden. Die Beurteilung der Beziehung zu Kooperationspartnern liegt weiterhin im guten Bereich. Die Qualität der Beziehung zu Kooperationspartnern erreichte nahezu das gute Niveau des Vorjahres. Sehr gut bewertet wird die Anzahl der Kooperationsbeziehungen. Gestärkt werden kann der Faktor durch eine intensivere Nutzung der Bewertungssysteme auch für Dienstleister

und – ähnlich wie im Vorjahr – eine stärkere Systematisierung des Umgangs mit Kooperationspartnern. Der Faktor Beziehung zu Stakeholdern wurde 2010 etwas besser eingeschätzt als im Vorjahr und erreichte fast ein sehr gutes Niveau. In Bezug auf einzelne Stakeholder-Gruppen sehen die Befragten Verbesserungsmöglichkeiten bei den Beziehungen zu bestimmten Behörden und Ministerien sowie einzelnen Kommunen. Auch das kritische Bild von Energieversorgern in der Öffentlichkeit ist weiterhin ein dämpfender Faktor in der Beurteilung. Für das Beziehungsmanagement zu wichtigen Stakeholdern sollte größerer Wert auf ein konzernweit abgestimmtes Vorgehen sowie ausreichende Ressourcen gelegt werden.

Eine große Bedeutung kommt ebenfalls der Marke EnBW zu. Ein positives Markenimage zu erhalten und auszubauen ist in den Beziehungen zu den Kunden, Partnern und Behörden von großer Bedeutung. Voraussetzung dafür ist eine klare Positionierung der EnBW im intensiven Wettbewerb. Diese Positionierung leitet sich aus der Markenidentität der EnBW ab. Diese strategische Ausrichtung hat dazu geführt, dass die Marke EnBW neben einer sehr hohen Bekanntheit in Baden-Württemberg bei ihren Kunden als erfahrener, zuverlässiger Partner mit regionaler Verankerung geschätzt wird. Das Management des immateriellen Vermögenswerts der Marke zahlt sich somit aus: Das Bild im Kopf des Kunden über die EnBW verstärkt seine Bindung an das Unternehmen.

Ausgangspunkt einer hohen Kundenbindung ist, dass die Kunden in hohem Maß mit ihrem Unternehmen zufrieden sind. Der intensive Wettbewerb hat sich im Jahr 2010 auf die Kundenzufriedenheit und Kundenloyalität der Privatkunden der EnBW ausgewirkt. In den Analysen wurde das gute Niveau des Vorjahres nicht ganz erreicht. Die EnBW konnte sich jedoch in puncto Kundenzufriedenheit vor den nationalen Wettbewerbern RWE, E.ON und Vattenfall platzieren.

Unternehmenssituation der EnBW AG

Der Jahresüberschuss der EnBW AG erhöhte sich im Wesentlichen aufgrund einmaliger Effekte gegenüber dem Vorjahr um 460,4 Mio. € auf 916,6 Mio. €. Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags in Höhe von 106,6 Mio. € und nach Einstellung von 350,0 Mio. € in die anderen Gewinnrücklagen ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 673,2 Mio. €. Der Hauptversammlung wird eine unveränderte Dividende von 1,53 € je Aktie vorgeschlagen.

Unternehmenssituation der EnBW AG



WEITERE INFORMATIONEN

www.enbw.com

› Investoren

› Downloadcenter

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW AG) hat als Holding die Leitungsfunktion im EnBW-Konzern. Die wirtschaftliche Lage der EnBW AG hängt wesentlich von der wirtschaftlichen Lage des Konzerns ab. Der Jahresabschluss der EnBW AG wird gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) und Aktiengesetz (AktG) aufgestellt, die Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) wurden zum 1. Januar 2010 umgesetzt. Der von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Mannheim, geprüfte ausführliche Jahresabschluss sowie der mit dem Konzern zusammengefasste Lagebericht der EnBW AG werden zusammen mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Der vollständige Jahresabschluss der EnBW AG steht als Download zur Verfügung.

Vermögenslage der EnBW AG

Die Vermögenslage der EnBW AG wird maßgeblich von ihren Beteiligungen sowie der zentralen Finanz- und Liquiditätssteuerung bestimmt. Die zentrale Finanz- und Liquiditätssteuerung wirkt sich sowohl auf die Finanzanlagen als auch auf die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus. Bei der EnBW AG werden die Pensionsverpflichtungen der wesentlichen Tochtergesellschaften gebündelt. Die jährlichen Aufwendungen für die Altersversorgung werden von den jeweiligen Tochtergesellschaften vergütet.

Kurzfassung Bilanz der EnBW AG in Mio. € ¹	31.12.2010	31.12.2009
Aktiva		
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	8,7	10,2
Sachanlagen	9,6	10,5
Finanzanlagen	16.690,8	15.018,7
	16.709,1	15.039,4
Umlaufvermögen		
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	2.123,6	2.664,3
Übrige Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	494,3	496,9
Wertpapiere und flüssige Mittel	1.711,5	1.450,5
	4.329,4	4.611,7
Rechnungsabgrenzungsposten	51,8	60,8
Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	0,1	-
	21.090,4	19.711,9
Passiva		
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	640,0	640,0
Eigene Anteile	-14,7	-
Ausgegebenes Kapital	{625,3}	-
Kapitalrücklage	22,2	22,2
Gewinnrücklagen	1.592,5	1.433,6
Bilanzgewinn	673,2	480,3
	2.913,2	2.576,1
Rückstellungen	4.055,6	3.548,0
Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	13.182,0	12.885,4
Übrige Verbindlichkeiten	927,0	687,3
	14.109,0	13.572,7
Rechnungsabgrenzungsposten	12,6	15,1
	21.090,4	19.711,9

¹ Nach deutschem Handelsrecht.

Das Finanzanlagevermögen stieg um 1.672,1 Mio. €. Der Anstieg betraf im Wesentlichen die Zukäufe von Anteilen an der Pražská energetika a.s. sowie Ausleihungen an verbundenen Unternehmen im Rahmen des zentralen Finanz- und Liquiditätsmanagements.

Die Eigenkapitalquote der EnBW AG stieg gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 0,7 Prozentpunkte auf 13,8%. Im Zuge der Einführung des BilMoG wurden die im Vorjahr unter den Wertpapieren ausgewiesenen eigenen Anteile zum 1. Januar 2010 mit dem rechnerischen Wert offen vom gezeichneten Kapital abgesetzt. Der Unterschiedsbetrag wurde mit der Rücklage für eigene Anteile verrechnet.

Der Anstieg bei den Rückstellungen ist im Wesentlichen auf die nun nach den Vorschriften des BilMoG berechneten Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen zurückzuführen. Die EnBW hat in diesem Zusammenhang entsprechend dem Art. 67 EGHGB von den Übergangsvorschriften für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen Gebrauch gemacht. Der nicht in der Bilanz ausgewiesene Rückstellungsbetrag für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beträgt zum Abschlussstichtag 503,8 Mio. €.

Ergebnis der EnBW AG und Dividende

Kurzfassung der Gewinn- und Verlustrechnung der EnBW AG in Mio. € ¹	2010	2009
Beteiligungsergebnis	1.997,9	1.291,0
Zinsergebnis	-481,5	-391,4
Personalaufwand	-57,7	-208,4
Sonstige Aufwendungen und Erträge	102,0	-109,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.560,7	581,6
Außerordentliche Aufwendungen	-346,9	-
Steuern	-297,2	-125,4
Jahresüberschuss	916,6	456,2

¹ Nach deutschem Handelsrecht.

Der Jahresüberschuss der EnBW AG für das Geschäftsjahr 2010 beträgt 916,6 Mio. € und liegt damit um 460,4 Mio. € über dem Vorjahreswert. Der Bilanzgewinn beläuft sich auf 673,2 Mio. € und berücksichtigt einen Gewinnvortrag von 106,6 Mio. € sowie die Zuführung in andere Gewinnrücklagen in Höhe von 350,0 Mio. €. Das Beteiligungsergebnis verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr um 706,9 Mio. €. Positive Einmaleffekte entfallen auf Erträge aus dem Abgang von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen in Höhe von 519,0 Mio. € sowie auf geringere Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen in Höhe von 102,5 Mio. €.

Die Verringerung des Personalaufwands betrifft im Wesentlichen die Aufwendungen für Altersversorgung. Die im Vorjahr hohen Aufwendungen für Altersversorgung ergaben sich aus einem abgeschlossenen Vergütungstarifvertrag mit einer Laufzeit von 21 Monaten.

Der positive Saldo aus sonstigen Aufwendungen und Erträgen verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 211,6 Mio. €. Grund für die Verbesserung sind im Wesentlichen gestiegene Konzernverrechnungen.

Die außerordentlichen Aufwendungen ergeben sich ausschließlich aus der erstmaligen Anwendung der Vorschriften des BilMoG. Hierin enthalten sind im Wesentlichen die Zuführung zu der Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Der Steueraufwand ist um 171,8 Mio. € höher als im Vorjahr. Die Veränderung ist insbesondere auf höhere laufende Steuern sowie Steuernachzahlungen für frühere Geschäftsjahre zurückzuführen. Es sind ausschließlich tatsächliche Steuern enthalten, da wegen aktivem Überhang keine latenten Steuern bilanziert sind. Vom Bilanzierungswahlrecht bei aktivem Überhang von Steuerlatenzen wurde Gebrauch gemacht. Das außerordentliche Ergebnis wird nicht durch Steuern vom Einkommen und vom Ertrag belastet.

Wir werden der Hauptversammlung am 19. April 2011 vorschlagen, aus dem Bilanzgewinn der EnBW AG eine unveränderte Dividende von 1,53 € je Aktie auszuschütten. Zum 31. Dezember 2010 waren insgesamt 244.256.523 Aktien dividendenberechtigt. Die Ausschüttungssumme der EnBW AG für das Geschäftsjahr 2010 wird bei entsprechendem Beschluss durch die Hauptversammlung 373,7 Mio. € betragen.

Anmerkungen zur Berichtsweise

Der Konzernabschluss der EnBW wird entsprechend § 315a Abs. 1 HGB zu den am Bilanzstichtag verpflichtend in der Europäischen Union anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt.

Schlusserklärung über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Vorstand der EnBW AG erstellte für das Geschäftsjahr 2010 gemäß § 312 AktG einen Abhängigkeitsbericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen, der mit folgender Erklärung schließt: „Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die uns zu dem Zeitpunkt bekannt waren, an dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist nicht benachteiligt worden. Berichtspflichtige Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse der herrschenden oder eines mit ihnen verbundenen Unternehmens sind weder getroffen noch unterlassen worden.“

Nachhaltigkeit



WEITERE INFORMATIONEN
www.enbw.com › Konzern
› Nachhaltigkeitsbericht

Die Aufgabe der EnBW ist die Versorgung von Menschen und Unternehmen mit Energie. Nachhaltigkeit drückt sich dabei in einer möglichst ressourcenschonenden, umweltverträglichen, sicheren und effizienten Energiebereitstellung aus. Kennzahlen stellen die notwendige Transparenz in Bezug auf die Nachhaltigkeit unseres Handelns her. Als Unternehmen übernimmt die EnBW zudem Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeitern und in der Gesellschaft. Diese Aktivitäten greift unser regelmäßig erscheinender Nachhaltigkeitsbericht im Detail auf. Als weiteres Zeichen unserer Verpflichtung zu nachhaltigem Wirtschaften sind wir Mitglied der Initiative UN Global Compact, bei der weltweit soziale und ökologische Standards eingehalten werden sollen.

Nachhaltigkeit		2010	2009	2008
Erneuerbare Energien				
Eigenerzeugung aus erneuerbaren Energien	Mrd. kWh	7,1	7,1	7,2
Anteil erneuerbare Energien an Eigenerzeugung ¹	%	10,5	11,0	11,2
Investitionen in erneuerbare Energien	Mio. €	536,4	153,7	143,1
Erzeugungskapazität erneuerbare Energien ²	MW	2.771,0	3.362,0	3.246,0
Anteil erneuerbare Energien an gesamter Kapazität	%	18	21	22
Netze				
Durchschnittliche Verlustenergie Übertragungsnetz	%	1,2	1,3	1,2
Durchschnittliche Verlustenergie Verteilnetz	%	- ³	2,3	2,5
Emissionen, Abfall, Wasser				
CO ₂ -Emissionen Eigenerzeugung Strom ^{1,4,5}	g/kWh	299	251	245
NO _x -Emissionen Eigenerzeugung Strom ^{1,4}	mg/kWh	204	166	159
SO ₂ -Emissionen Eigenerzeugung Strom ^{1,4}	mg/kWh	192	163	135
Staubemissionen	t	275	451	376
Abfall konventionell	t	776.929	748.141	461.882
Verwertungsquote	%	96,3	95,5	91,8
Abfall radioaktiv	g/kWh	- ³	0,0015	0,0015
Kühlwassereinleitung	Mio. m ³	2.965	2.741	3.103
Oberflächen- und Flusswasserentnahme	Mio. m ³	3.027	2.808	3.164
Energieeffizienz und Umweltschutz				
Beratungsaktivitäten zu energieeffizienten Maßnahmen	Anzahl	21.318	20.876	16.456
Eingesparte Energie durch Energieeffizienzprojekte bei Kunden	Mio. kWh	198	218	103
Investitionen in Umweltschutz	Mio. €	184	200	51
Laufende Aufwendungen in Umweltschutz	Mio. €	190	168	173
Mitarbeiter				
Mitarbeiter	Anzahl	20.952	21.124	20.501
In Mitarbeiteräquivalenten	Anzahl	20.119	20.064	19.610
Auszubildende in den Kerngesellschaften	%	7,3	7,6	7,9
Frauen	%	25,5	25,2	24,8
Frauen in Führungspositionen	%	9,9	8,3	7,2
Gesundheitsquote	%	95,8	95,8	95,8
Fluktuationsquote	%	4,2	4,2	5,4

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Laufwasseranlagen, Speicherkraftwerke mit natürlichem Zufluss sowie sonstige erneuerbare Kapazitäten.

³ Wert lag bei Drucklegung noch nicht vor.

⁴ In der Eigenerzeugung sind auch langfristige Bezugsverträge und teileigene Kraftwerke enthalten.

⁵ Vorläufige Daten.

Mitarbeiter

Die knapp 21.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im EnBW-Konzern sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für das Unternehmen. Die Personalstrategie ist darauf ausgerichtet, die EnBW nach innen und nach außen als attraktiven Arbeitgeber zu positionieren. Bei der Bewertung des Humankapitals konnten die guten Werte des Vorjahres vielfach verbessert werden.

Entwicklung der Mitarbeiterzahlen und Personalstruktur

Zum Jahresende 2010 beschäftigte der EnBW-Konzern 20.952 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dies entspricht etwa dem Niveau des Vorjahresstichtags. Im Jahresverlauf 2010 schwankte die Mitarbeiterzahl durch Konsolidierungseffekte. Im Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel blieb die Mitarbeiterzahl weitgehend konstant. Während hier die KNG Kraftwerks- und Netzgesellschaft mbH, die Betriebsführungsgesellschaft des Kraftwerks Rostock, erstkonsolidiert wurde, wirkte sich die Entkonsolidierung der Pražská teplárenská Holding a.s. und ihrer Tochterunternehmen mit quotal 230 Mitarbeitern aus. Die Zahl der Mitarbeiter im Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb ging um 13,8% zurück. Zwar wurde in diesem Geschäftsfeld die Pražská energetika a.s. vollkonsolidiert, gegenläufig jedoch wurden Betriebsteile der bisherigen EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH in die zum 1. Oktober neu gegründete EnBW Operations GmbH im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen verlagert. Im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen wurden zudem die ESG Operations GmbH und die Awista Logistik GmbH erstkonsolidiert. Die GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG und ihre Tochterunternehmen wurden hingegen mit zusammen 1.487 Mitarbeitern, die überwiegend diesem Geschäftsfeld zugeordnet waren, entkonsolidiert. Per Saldo stieg die Mitarbeiterzahl des Geschäftsfelds zum Jahresultimo um 9,2%. Die Holding wurde im Berichtsjahr neu organisiert und auf strategische Aufgaben zurückgeführt. Damit wurde der Anteil operativer Tätigkeiten dort reduziert und Aufgaben wurden auf andere Konzerngesellschaften übertragen. Die Mitarbeiterzahl in der Holding ging um 106 Mitarbeiter auf 485 zurück. Bereinigt um die genannten Änderungen im Konsolidierungskreis stieg die Zahl der Mitarbeiter des EnBW-Konzerns im Stichtagsvergleich vom Jahresende 2009 zum Jahresende 2010 um 1,7%.

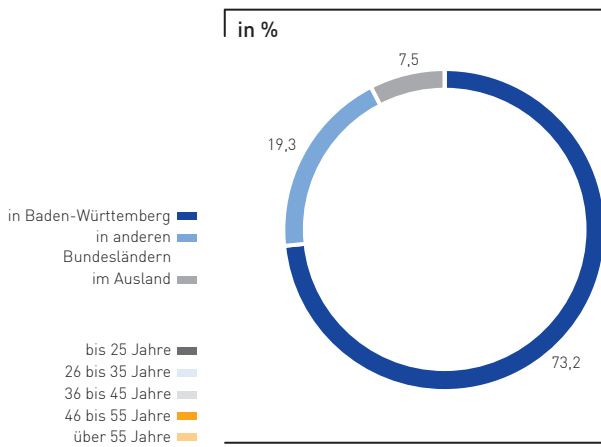
Mitarbeiter des EnBW-Konzerns ¹	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Strom Erzeugung und Handel	4.850	4.794	1,2
Strom Netz und Vertrieb	5.535	6.420	-13,8
Gas	704	733	-4,0
Energie- und Umweltdienstleistungen	9.378	8.586	9,2
Holding	485	591	-17,9
Gesamt	20.952	21.124	-0,8
In Mitarbeiteräquivalenten ²	20.119	20.064	0,3

¹ Anzahl der Mitarbeiter ohne Auszubildende und ohne ruhende Arbeitsverhältnisse.
Der Begriff Mitarbeiter bezeichnet weibliche und männliche Beschäftigte.

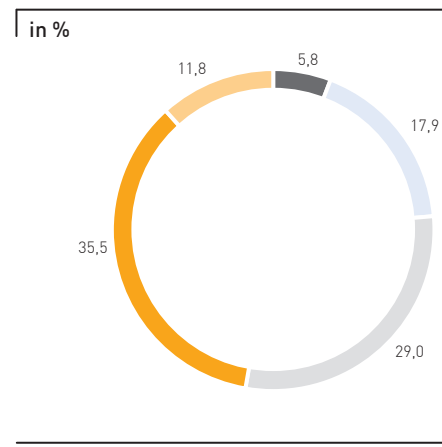
² Umgerechnet in Vollzeitbeschäftigungen.

Von den Beschäftigten der EnBW verfügen 23,8% über einen Hochschul-, Fachhochschul- oder dualen Hochschulabschluss (Vorjahr: 22,9%). Eine Fachschulbildung oder Lehre weisen 69,9% der Mitarbeiter auf (Vorjahr: 71,5%). Die verbleibenden 6,3% haben einen Schulabschluss ohne eine weitere nachgewiesene Berufsausbildung (Vorjahr: 5,6%). Der Anteil der Frauen an der Gesamtmitarbeiterzahl belief sich Ende 2010 auf 25,5% (Vorjahr: 25,2%). Die Quote von Frauen in Führungspositionen erreichte 9,9%, gegenüber 8,3% zum Vorjahresstichtag. Die Teilzeitquote verringerte sich gegenüber dem Vorjahr unter Berücksichtigung der Mitarbeiter in Altersteilzeit um einen Prozentpunkt auf 11,3% beziehungsweise 2.373 Mitarbeiter. Von den Mitarbeitern in Teilzeit waren 1.412 Frauen; dies entspricht einem Anteil von 59,5%, nach 59,4% im Vorjahr. Die Fluktuationsrate der EnBW-Belegschaft lag 2010 wie im Vorjahr bei 4,2%. Die Gesundheitsquote betrug wie im Vorjahr 95,8%.

Mitarbeiter nach Regionen



Mitarbeiter nach Altersgruppen



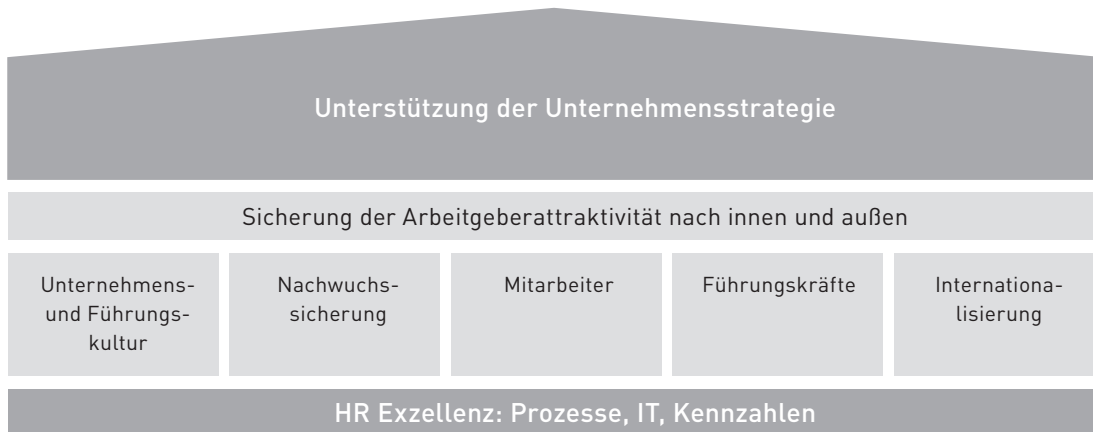
Die regionale Verteilung unserer Mitarbeiter zeigt im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügige Veränderungen. Der Großteil der Mitarbeiter ist in Baden-Württemberg beschäftigt. Von den 7,5% im Ausland beschäftigten Mitarbeitern entfällt die Mehrheit auf die Beteiligungen in der tschechischen Republik. Das durchschnittliche Alter der Mitarbeiter im EnBW-Konzern blieb 2010 gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert bei 43,7 Jahren. Vor vier Jahren lag der Schnitt bei 42,4 Jahren. 64,5% der Belegschaft sind den zwei Altersgruppen der 36- bis 45- und der 46- bis 55-Jährigen zuzuordnen. Die Verteilung nach Altersgruppen ist im Geschäftsjahr 2010 nahezu unverändert. Im Vergleich zum Jahr 2006 hat sich der Anteil der über 55-Jährigen von 5,5% auf 11,8% erhöht. Gleichzeitig sank die Quote der 36- bis 45-Jährigen von 37% auf 29%. Die Anteile der anderen Altersgruppen blieben im Zeitverlauf stabil.

Zum Ende des dritten Quartals 2010 haben an 14 Unternehmensstandorten der EnBW wie im Vorjahr rund 330 junge Menschen ihre Ausbildung oder ihr Studium bei der EnBW begonnen. Die traditionell hohe Ausbildungsquote der Kerngesellschaften in Baden-Württemberg betrug zum Jahresende 2010 7,3% und blieb damit in etwa auf dem Vorjahresniveau (7,6%). Insgesamt beschäftigt die EnBW nahezu 1.300 Auszubildende oder Studierende.

Die Schwerpunkte der Personalarbeit lagen im Geschäftsjahr 2010 auf dem Ausbau des gemeinsamen Führungsverständnisses im Unternehmen sowie in der Förderung der Vielfalt in Bezug auf die Personalstruktur. Dabei wurde als strategisches Personalziel festgelegt, den Anteil der Frauen in Fach- und Führungspositionen deutlich auszuweiten. Ein besonderes Augenmerk lag auf der Rekrutierung akademischer weiblicher Fachkräfte. Im Hinblick auf demografische Herausforderungen wurden Szenarien für die Entwicklung der Belegschaft anhand von Qualifikationsgruppen erstellt und Handlungsmaßnahmen abgeleitet. Ergänzend wird großer Wert auf Instrumente gelegt, die die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter erhalten (beispielsweise Gesundheitsmanagement und Lernprozesse) und den Wissenstransfer sicherstellen (Wissensstafette).

Personalstrategie

Im Zentrum des Personalmanagements der EnBW stehen die Mitarbeitergewinnung, -bindung und -entwicklung, um die Umsetzung der Unternehmensstrategie zu unterstützen. Ein Ziel der Personalstrategie ist es, die Attraktivität der EnBW als Arbeitgeber nach innen und außen langfristig zu sichern. Dementsprechend sind Personalmaßnahmen entlang der fünf Themenfelder Unternehmens- und Führungskultur, Nachwuchssicherung, Mitarbeiter, Führungskräfte sowie Internationalisierung ausgerichtet. Teil der Personalstrategie ist auch, durch systematisches Employer Branding den Herausforderungen des Arbeitsmarkts der Zukunft vorausschauend zu begegnen. Um die EnBW als attraktiven Arbeitgeber zu positionieren, wurde eine Arbeitgebermarke definiert. Die daraus abgeleiteten Maßnahmen dienen der Mitarbeitergewinnung und erstrecken sich auf das gesamte Personalmarketing wie die Karriereseiten im Internet, auf Anzeigen, Messen oder Veranstaltungen.



Unternehmens- und Führungskultur

Basierend auf unserem Unternehmensleitbild sind Fairness, Respekt und Vertrauen die Maßstäbe der Zusammenarbeit im Unternehmen, um eine motivierende Arbeitsatmosphäre zu schaffen. Bereits zum sechsten Mal in Folge gehören wir zu Deutschlands attraktivsten Arbeitgebern: In der Studie „Top Arbeitgeber Deutschland 2010“ erzielte die EnBW in allen Kategorien wieder gute bis sehr gute Werte. Die EnBW trägt das Gütesiegel „Fair Company“ der Zeitschrift „Karriere“ (Handelsblatt). Diese Auszeichnung wird an Unternehmen vergeben, die verantwortungsvolle Grundsätze im Umgang mit Berufseinsteigern einhalten. Im Oktober 2010 fand nach 2008 eine erneute Mitarbeiterbefragung statt. Hauptelemente der Befragung waren der Grad der Verbundenheit (Commitment) der Mitarbeiter mit dem Konzern und mit der jeweiligen Gesellschaft sowie die wesentlichen Faktoren, die dieses Commitment beeinflussen. Die Auswertung der Ergebnisse wird in die Personalmaßnahmen des Jahres 2011 eingehen. Bestandteil der Unternehmenskultur ist es, Mitarbeiter kontinuierlich zu informieren und den Meinungsaustausch zu fördern. Zentrale Instrumente der internen Kommunikation sind die monatlich erscheinende EnBW-Mitarbeiterzeitung, das konzernweite Intranet und die zu aktuellen Themen stattfindende Informationsveranstaltung „Quo vadis“. Der im Juli 2010 gestartete Prozess „In Führung“ soll das gemeinsame Führungsverständnis bei der EnBW stärken. Basis des Prozesses sind definierte Handlungsfelder. Sie geben den Gesellschaften und Führungskräften den Raum, Prioritäten zu setzen und die für sie entscheidenden strategischen Erfolgsfaktoren von Führung zu stärken.

Nachwuchssicherung

Auszubildende: Einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung qualifizierter Nachwuchskräfte stellt die Ausbildung junger Menschen in Verbindung mit einer garantierten Weiterbeschäftigung für mindestens zwölf Monate dar. Zu den Ausbildungsberufen in den technischen und kaufmännischen Bereichen gehören unter anderem Anlagen- und Industriemechaniker, Mechatroniker, Konstruktionsmechaniker, Industrie- und Informatikkaufleute sowie Kaufleute für Bürokommunikation. Die im dualen Studium bei der EnBW Studierenden sind neben ihren Praxisphasen vor Ort noch in Hochschulen wie Heidenheim, Karlsruhe oder Stuttgart eingeschrieben.

Studentenförderung: Um qualifizierte Nachwuchskräfte frühzeitig anzusprechen und die EnBW als Arbeitgeber zu platzieren, arbeiten wir intensiv mit verschiedenen Hochschulen zusammen. Das Engagement umfasst unter anderem Dozententätigkeiten, Seminare, Events, Stipendien und Stiftungsprofessuren. Mit unseren speziellen Studentenprogrammen wollen wir besonders engagierte und motivierte Studierende fördern und als künftige Mitarbeiter gewinnen. Im Geschäftsjahr 2010 waren rund 1.200 Studierende im Rahmen von Praktika oder Abschlussarbeiten sowie als Werksstudenten bei den EnBW-Kerngesellschaften in Baden-Württemberg im Einsatz.

Konzerntraineeprogramm: Mit dem Konzerntraineeprogramm bietet die EnBW Hochschulabsolventen mit technischem, naturwissenschaftlichem oder wirtschaftswissenschaftlichem Hintergrund einen interessanten Einstieg ins Berufsleben. In zwölf Monaten lernen die Trainees die Wertschöpfungskette der EnBW intensiv kennen, indem sie mehrere Praxisphasen in verschiedenen Gesellschaften und Bereichen des Konzerns durchlaufen.



WEITERE INFORMATIONEN
www.enbw.com · Karriere

Mitarbeiter

Entwicklung und Förderung: Gemeinsam vereinbaren Führungskraft und Mitarbeiter im jährlichen Mitarbeitergespräch Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Ziele. Ein zentraler Punkt ist die Entwicklungsplanung für den Mitarbeiter, für die insbesondere das umfangreiche Angebot der EnBW-Akademie mit Seminaren, Veranstaltungen und Einzeltrainings zu Methoden-, Sozial-, Fach- und Führungskompetenz genutzt werden kann. Im Fall eines Personalwechsels gewährleistet das Instrument der Wissensstafette den systematischen Transfer von Wissen und Erfahrung.

Zusätzliche Angebote: Arbeits- und Lebenswelten unterliegen in der heutigen Zeit kontinuierlichen Veränderungen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ist ein wichtiges Element in der persönlichen Lebensplanung. Die EnBW verzahnt beide Bereiche, um die Motivation und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter langfristig zu sichern. Ein zentraler Bestandteil ist die aktive Gesundheitsförderung und -vorsorge für Mitarbeiter der EnBW. Dazu gehören Betriebssportgruppen, der arbeitsmedizinische Dienst, jährliche Impfkationen sowie Physiotherapieangebote. Weitere Maßnahmen im Bereich Work-Life-Balance sind zum Beispiel Angebote für die Kinderbetreuung (Kinderbüros, Plätze in Kindertagesstätten, Ferienbetreuung), Beratungsgespräche für werdende Eltern und Geschenke zur Geburt, Veranstaltungen zum Wiedereinstieg nach der Elternzeit und Unterstützungsangebote bei pflegebedürftigen Angehörigen.

Vergütung: Mit Wirkung zum 1. April 2010 wurde die Tarifvergütung für die tarifgebundenen Unternehmen in Baden-Württemberg um 2% erhöht. Dies war die zweite Stufe der im April 2009 getroffenen Tarifvereinbarungen. Zudem wird das Engagement der tarifgebundenen Mitarbeiter auch durch betriebliche Erfolgsbeteiligungen auf Basis konzernbezogener Unternehmensziele honoriert.

Führungskräfte

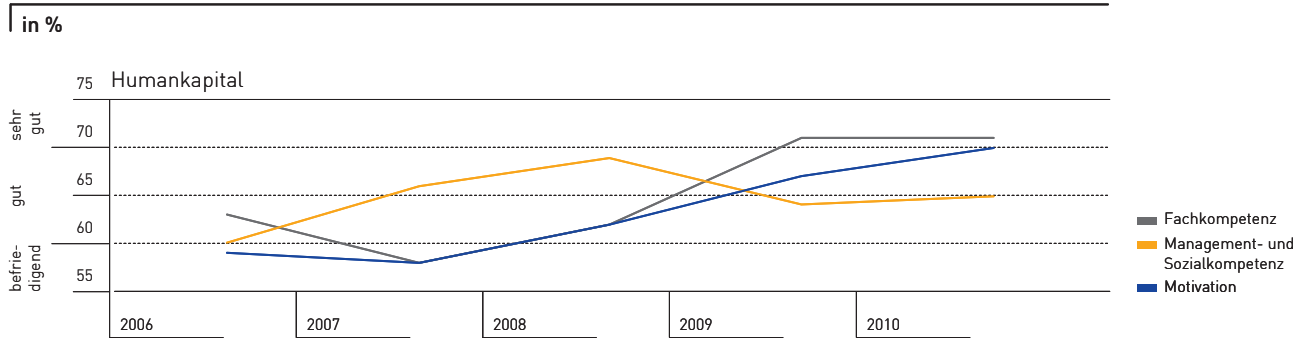
Die Zusammensetzung des Managementteams orientiert sich an den Erfordernissen der Unternehmensstrategie. Basis der Instrumente und Prozesse der Führungskräfteentwicklung ist die 2009 erarbeitete Leadership Performance Strategy, mit der eine moderne, zielgerichtete und effiziente Entwicklungs- und Nachfolgeplanung auf allen Führungsebenen gewährleistet werden soll. Zur Förderung von Nachwuchsführungskräften bei der EnBW steht ein Entwicklungspool zur Verfügung. Dieser Pool wird regelmäßig mit Potenzialträgern des Konzerns besetzt, mit denen ein individueller Entwicklungsplan erarbeitet und umgesetzt wird. Eine Nachfolgeplanung ist die Grundlage für Auswahl- und Rekrutierungsentscheidungen für alle Positionen im Topmanagement. Als neue Kommunikationsplattform zwischen Vorstand und Topmanagement dient das Format „Executive Group im Gespräch mit dem Vorstand“. In diesen vierteljährlichen Veranstaltungen diskutieren Vorstand und Topmanagement Themen der Unternehmenssteuerung.

Internationalisierung – Mitarbeiter der EnBW im Ausland

Denken und Handeln in internationalen Zusammenhängen ist für die EnBW wichtig. Die EnBW entsendet regelmäßig Mitarbeiter zur Steuerung von eigenen Beteiligungen in Mittel- und Osteuropa sowie in der Türkei, oft für mehrere Jahre. Dieses fördert die Entwicklung unserer Mitarbeiter und eröffnet ihnen vielfältige Einsatzmöglichkeiten und Karrierewege. Außerdem gewährleisten wir so den wichtigen Wissenstransfer zwischen den Gesellschaften im Konzern.

Bewertung des intellektuellen Kapitals: Humankapital

Entwicklung der Einflussfaktoren des intellektuellen Kapitals der EnBW



Seit 2005 bewertet die EnBW ihr Humankapital nach der Methode „Wissensbilanz – Made in Germany“ und konnte in den letzten Jahren insgesamt das Urteil „gut“ erreichen. Die Bewertung der Fachkompetenz bewegt sich seit dem letzten Jahr sogar auf sehr gutem Niveau. Aufgrund von Umfeldveränderungen, zum Beispiel dem Eintritt in neue Geschäftsfelder, besteht in zahlreichen Konzerngesellschaften ein andauernder Bedarf an qualifizierten Mitarbeitern. Dieser Bedarf wird durch die konzernweit als gut funktionierend eingeschätzten Personalprozesse gedeckt. Die bessere Bewertung im Bereich Management- und Sozialkompetenz gegenüber 2009 ist auf die erhöhte Anzahl von Führungskräften zurückzuführen. Potenzial wird weiterhin beim Aufbau von Managementkompetenz gesehen, bedingt durch die hohe Komplexität des Geschäfts. Die Beurteilung des Faktors Motivation verbesserte sich weiter. Dies steht in Zusammenhang mit besseren Gestaltungsmöglichkeiten für die Mitarbeiter, unterstützt durch den Einsatz motivationsfördernder Rahmenbedingungen wie Vertrauensarbeitszeit oder Mitarbeiterbefragungen.



WEITERE INFORMATIONEN
 Unternehmenssituation
 des EnBW Konzerns
 > Beziehungs- und Struktur-
 kapital > S. 73ff.

Forschung und Entwicklung

Die EnBW entwickelt praxisorientierte Lösungen, die im Unternehmen oder bei ihren Kunden heute und in Zukunft einen Mehrwert schaffen. Leitlinien sind dabei die Umsetzung der Klimaschutzziele sowie die Anforderungen an eine umweltschonende, sichere und wettbewerbsfähige Versorgung mit Energie in Zukunft. 2010 erhöhte die EnBW den F&E-Aufwand um 6 % auf 33,8 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr, vor allem für umfangreiche Projekte im Bereich der Elektromobilität.

Ziele und Leitlinien der Forschung und Entwicklung

Die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten der EnBW bilden die Grundlage für Lösungen, die in eigenen Anlagen und bei unseren Kunden einen Mehrwert erzeugen und so einen Beitrag zur Wertsteigerung des Unternehmens leisten sollen. Die F&E-Aktivitäten folgen einem ganzheitlichen Ansatz und sind auf die nachhaltige Energieversorgung mit einer optimierten Energielogistik ausgerichtet. Die EnBW realisiert Neuentwicklungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette des Unternehmens und direkt bei Anwendungen der Kunden – wobei der Schwerpunkt auf Pilot- und Demonstrationsvorhaben liegt – mit folgenden Ansatzpunkten:

- **Herkömmliche¹ Energiequellen effizienter nutzen und Emissionen verringern:** Zentrale Elemente unserer Vorhaben sind die Erhöhung der Wirkungsgrade von Kraftwerken, die Abtrennung von CO₂ aus Rauchgasen und neue Einsatzmöglichkeiten von CO₂.
- **Neue wirtschaftliche Energiequellen:** In der Geothermie versuchen wir, auch in Zusammenarbeit mit der EDF, die Effizienz zur Stromgewinnung aus dieser Energieform zu erhöhen. Zudem arbeiten wir an Lösungen, die die schwankenden Energiemengen aus Erneuerbaren über den Strommarkt besser in das Netz integrieren. In weiteren Projekten erschließen wir neue Bioenergiequellen speziell zur Gewinnung von Biogas.
- **Netze verbraucher- und erzeugerseitig besser steuern (Smart Grid):** Zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen und zur Kostensenkung arbeiten wir daran, dezentrale erneuerbare Energiequellen ins Netz zu integrieren und lokal nutzbar zu machen, auch unter Einbeziehung von Speichertechnologien. Weitere Schwerpunkte sind die Entwicklung neuer Kleinkraftwerke und Verbesserungen der Erdwärmeheizung im Privatkundenbereich.
- **Elektromobilität vorantreiben:** Die EnBW erforscht und erprobt mit Partnern in mehreren Modell- und Pilotprojekten die Bereitstellung von Energie und Ladeinfrastruktur für die vor Ort emissionsfreie Mobilität von morgen.

Zudem sind wir in der Entwicklung von Methoden zur Generierung von CO₂-Zertifikaten in internationalen Klimaschutzprojekten (Clean Development Mechanism, CDM) tätig.

Effiziente Forschungs- und Entwicklungsstruktur

Die Forschung und Entwicklung der EnBW ist durch eine schlanke Struktur geprägt. Ziel ist, die Entwicklung praxisrelevanter Innovation voranzutreiben. Im Fokus steht dabei die frühzeitige Kooperation mit der Wissenschaft, unseren Lieferanten und mit jungen Unternehmen. Innerhalb des EnBW-Konzerns initiiert jede EnBW-Gesellschaft in ihrem jeweiligen Bereich der Wertschöpfungskette eigene F&E-Aktivitäten. Koordiniert und unterstützt wird dieser Prozess durch die in der Holding angesiedelte Forschungseinheit, die zusätzlich die strategischen Forschungsziele und die Entwicklung übergeordneter Projekte vorantreibt. Ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeiten sind

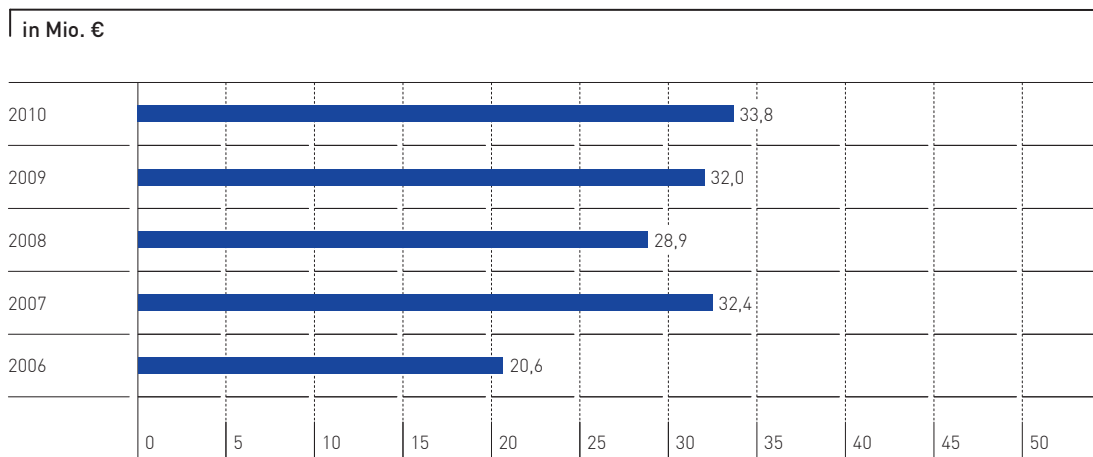
¹ Herkömmlich = konventionell/thermisch und kerntechnisch.

Anwendungen, die an der Schwelle zur Marktreife stehen. An die Stelle eigener Labore tritt eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Wissenschaft und mit Technologielieferanten. Neuentwicklungen setzen wir in der Kooperation mit unseren Forschungspartnern im Unternehmen oder bei unseren Kunden um.

Aufwand und Personal

Der F&E-Aufwand der EnBW betrug im Geschäftsjahr 2010 33,8 Mio. €, nach 32,0 Mio. € im Vorjahr. Ursache für den Anstieg waren insbesondere erhöhte Aufwendungen für die Aktivitäten im Bereich Elektromobilität. Schwerpunkt der F&E-Arbeit war 2010 weiterhin die Verbesserung der Energieeffizienz in der Erzeugung. Die Zahl der im EnBW-Konzern an Forschung, Entwicklung und Innovation beteiligten Mitarbeiter blieb im Geschäftsjahr 2010 mit etwa 170 gegenüber dem Vorjahr unverändert. 2009 war hier aufgrund der intensivierten Aktivitäten im Bereich Elektromobilität eine Erhöhung um 20 Mitarbeiter zu verzeichnen gewesen. Etwa 150 der 170 Mitarbeiter sind in EnBW-Gesellschaften angesiedelt und führen im Rahmen ihrer operativen Arbeit auch F&E-Projekte durch. 19 Mitarbeiter sind wie im Vorjahr strategisch in der Holdingeinheit Forschung und Innovation tätig. Dies sind vorwiegend Ingenieure sowie Natur- und Wirtschaftswissenschaftler, die auch von zahlreichen Studierenden unterstützt werden.

Forschungsaufwand EnBW-Konzern



Nutzung von externem Know-how

2010 haben wir erneut die Zusammenarbeit mit Hochschulen in der Forschung im gesamten Konzern ausgebaut. Zu den wichtigsten externen Forschungs- und Innovationspartnern gehören die Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Baden-Württemberg, vor allem Karlsruhe, Stuttgart und Hohenheim. Deutschlandweit bestehen enge Verbindungen zu Universitäten und Forschungseinrichtungen in Aachen, Berlin, Cottbus, Darmstadt, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Hamburg-Harburg, Köln, München und Oldenburg.

Ein weiterer Eckpunkt unserer Forschung war die Zusammenarbeit mit der EDF. Mit dem European Institute for Energy Research (EiFER) wurden 2010 zahlreiche neue Vorhaben begonnen. Im März 2010 schloss sich die EnBW dem EDF-Zentrum für Energieeffizienzforschung ECLEER (European Centre and Laboratories for Energy Efficiency Research) in Paris an. Dieses Zentrum ist Kern eines Wissenschaftlernetzwerks mit vielen europäischen Partnern, das innovative Entwicklungen bei CO₂-armen Elektrotechnologien beschleunigen soll. In einem deutsch-französischen Pilotprojekt zur Erprobung von verlustarmen Ortsnetztransformatoren kooperiert die EnBW mit dem französischen Netzbetreiber RTE. In den Laboren der EDF fand dabei die elektrische Prüfung der Prototypen verschiedener Hersteller statt.

Ausgewählte Forschungs- und Entwicklungsergebnisse

Kernenergie

Im Rahmen der deutschen Kernenergieforschung war die EnBW im Jahr 2010 an rund 146 größtenteils mehrjährigen Gemeinschaftsprojekten beteiligt, die vom Fachverband VGB PowerTech koordiniert werden. Die Projekte befassen sich zumeist mit aktuellen Fragestellungen der Optimierung des Kraftwerksbetriebs.

Zusätzlich zur Unterstützung von verschiedenen Promotionsstipendien im Bereich der Kernenergieforschung engagierte sich die EnBW 2010 bei der Gründung der ENELA GmbH - European Nuclear Leadership Academy. Das Institut mit Sitz in München hat die Ausbildung für zukünftige Führungs- und Nachwuchskräfte im Bereich der Nuklearindustrie mit Schwerpunkt Europa als Ziel.

Um die Verfahren bei der Behandlung kontaminierter Flächen beim Anlagenrückbau zu optimieren, arbeitet die EnBW mit dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT) daran, die Dekontamination mithilfe eines Roboters zu automatisieren. Der Roboter fräst dabei selbstständig die notwendige Zementschicht ab und fängt den Staub auf.

Effizienzsteigerung in der klassischen Erzeugung und CO₂-Abtrennung

Effizienzsteigerung in der Kraftwerkstechnik: Ein erhöhter Wirkungsgrad eines Kraftwerks bedeutet automatisch einen verringerten Einsatz von Kohle und niedrigere CO₂-Emissionen. Bei der Nutzung konventioneller Brennstoffe spielt die Erhöhung der Dampfparameter Druck und Temperatur eine wesentliche Rolle. Auf dem Weg zur Entwicklung der 700 °C-Kraftwerkstechnologie befanden sich 2010 Kraftwerksbauteile aus neuen Werkstoffen im Großkraftwerk Mannheim über 2.000 Stunden im erfolgreichen Testbetrieb. In begleitenden Projekten wurden die Herstellung, Bearbeitung und Prüfung von Werkstoffen und Kraftwerkskomponenten vorangetrieben.

CO₂-Abscheidung: Es ist unser Ziel, verschiedene CO₂-Abscheidetechnologien (Carbon Capture and Storage, CCS) zu erproben, die den Anforderungen von Kraftwerksbetreibern in Bezug auf Energie- und Kosteneffizienz, Umweltschutz und Versorgungssicherheit am nächsten kommen. Die größte Herausforderung besteht darin, im Prozess der Abtrennung von CO₂ möglichst mit wenig Energie auszukommen und dadurch nur wenige Prozentpunkte beim Wirkungsgrad des Kraftwerks zu verlieren. Dementsprechend konzentriert sich die EnBW zunächst auf die Verfahrensoptimierung in Versuchsanlagen. Gemeinsam mit der Universität Stuttgart hat die EnBW im Mai 2010 auf dem Campus eine Versuchsanlage in Betrieb genommen, in der das Carbonate-Looping-Verfahren zur Anwendung kommt. Bei diesem Verfahren bindet gebrannter Kalk bei Temperaturen von 600 bis 700 °C zunächst das CO₂ aus den Rauchgasen des Kraftwerks. Im Anschluss wird der entstandene Kalkstein auf etwa 900 °C erhitzt. Damit spaltet sich das CO₂ vom Kalk wieder ab und steht nach einer Reinigung und Verflüssigung zur Speicherung zur Verfügung. Eine zweite Testanlage hat die EnBW im Jahresverlauf in Heilbronn gebaut. Beim dortigen Verfahren werden die beim Verbrennungsprozess entstehenden Rauchgase mittels wässriger Aminlösung von CO₂ gereinigt. Für den Versuchsbetrieb ist bei beiden Projekten eine Dauer von drei Jahren vorgesehen.

Internationale Klimaschutzprojekte/CDM

Im Berichtsjahr hat das United Nations Framework Convention on Climate Change eine Methode der EnBW zur Gewinnung von CO₂-Zertifikaten im Bereich Ersatz von fossilen Kraftstoffen in der Stromerzeugung und im Verkehr (Clean Development Mechanism, CDM) zugelassen. Die EnBW hatte hierfür auf Madagaskar ein Forschungsprojekt initiiert, bei dem durch den Anbau der ölhaltigen Jatropha-Pflanze unfruchtbare Böden für die Bioenergiegewinnung nutzbar gemacht werden.

Erschließung neuer Energiequellen

Geothermie: Auf dem Weg zu wirtschaftlichem Geothermiestrom in Deutschland starteten 2010 begleitende Forschungsarbeiten in dem seit 2009 bestehenden Geothermiekraftwerk in Bruchsal. Ziel ist die Optimierung des Thermalwasserkreislaufs und eine verbesserte Anpassung des Kraftwerks an diese Wärmequelle. Mit den Maßnahmen soll die Jahresbetriebsstundenzahl auf das hohe Niveau von Grundlastkraftwerken steigen. Das Geothermiekraftwerk Soultz-sous-Forêts im Elsass, an dem die EnBW beteiligt ist, speist nach einer weiteren Betriebsoptimierung seit Januar 2011 planmäßig Strom in das französische Stromnetz ein.

Dezentrale Energieerzeugung

Erdgasbasiertes Mikrogasturbinen-Blockheizkraftwerk: In einem gemeinsamen Projekt entwickeln die EnBW und das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) eine Pilotanlage für ein erdgasbasiertes Kleinkraftwerk mit einer Mikrogasturbine und gekoppelter Strom- und Wärmebereitstellung. Für die zukünftige Energieversorgung stellt diese Anlage eine effiziente und schadstoffarme Ergänzung zu großen Kraftwerken dar und kann in Krankenhäusern, Industriebetrieben oder im Einfamilienhaushalt Strom und Wärme in Verbrauchernähe produzieren. Zudem werden diese Kraftwerke als steuerbare Anlagen in den intelligenten Netzen der Zukunft eine noch wichtigere Rolle spielen als bisher.

Brennstoffzellen für die Energieversorgung von Haushalten: Brennstoffzellenheizgeräte verbrauchen weniger Primärenergie und reduzieren den Ausstoß von CO₂. Die EnBW treibt bereits seit 2001 die serienmäßige Nutzung dieser umweltschonenden Energieversorgung aktiv voran. Seitdem hat die EnBW bis Ende 2010 bereits 55 Anlagen installiert. In den kommenden zwei Jahren soll diese Zahl in Baden-Württemberg auf insgesamt 222 Brennstoffzellenheizungen steigen. Die EnBW engagiert sich damit auch im Projekt CALLUX, bei dem die beteiligten Unternehmen bis Ende 2012 deutschlandweit 800 Anlagen in Betrieb nehmen wollen.

Intelligente Netze

MeRegio: Bis Ende 2010 wurden alle 1.000 Haushalts-, Gewerbe- und Industriekunden im Rahmen des Projekts MeRegio (Minimum Emission Region) mit den dynamischen Tarifen, dem intelligenten Stromzähler und den EnBW StromAmpeln[®], die den aktuellen Strompreis anzeigen, ausgestattet. Dabei soll das Nutzerverhalten auf Basis der tageszeitlichen Änderung des Strompreises untersucht werden. Auch die zweite Phase, in der 250 intelligente Endgeräte (Tiefkühlgeräte) installiert wurden, ist abgeschlossen. Erste Auswertungen bestätigen, dass das Gesamtsystem in der Lage ist, auf Signale zu reagieren, um so künftig Stromengpässe zu managen. Weitere Projektkomponenten sind in der Vorbereitung und werden 2011 eingeführt.



WEITERE INFORMATIONEN
www.meregio.de

Elektromobilität: Die EnBW hat die Aktivitäten im Bereich der Elektromobilität im Geschäftsjahr 2010 sichtbar ausgeweitet. Insgesamt sind die Flottentests mit einer wachsenden Zahl verschiedener Fahrzeuge angelaufen und die geplanten Ladesäulen wurden errichtet. Im Rahmen verschiedener Feldversuche sollen Kenntnisse zum jeweiligen Fahrzeug, zur Ladeinfrastruktur und zum Fahrverhalten des Nutzers gewonnen werden.

- > **Modellregion Stuttgart:** Im Juli dieses Jahres startete die derzeit größte Elektroflotte Deutschlands. Mittlerweile hat die EnBW sämtliche der insgesamt 500 Elektroroller in Stuttgart im Einsatz. Zusätzlich werden seit September auch Postboten der Deutschen Post in der Region Stuttgart mit Elektrorollern ausgestattet. Im Rahmen eines weiteren Projekts werden unter anderem auch elektrisch betriebene Pkw und Transporter eingesetzt werden.
- > **Projekt Kléber:** In Karlsruhe wurden zehn Prototypen des neuen Toyota Prius Plug-in Hybrid an die EnBW und mehrere Partner ausgeliefert. Die EnBW wird Ladestationen entlang der Rheinschiene errichten, sodass ein grenzüberschreitender Verkehr für die deutschen und französischen Testfahrer möglich ist.
- > **Elektromobilitätsinitiative für Städte und Gemeinden:** Das Mobilitäts- und Ladeverhalten im ländlichen Raum zu analysieren ist der Fokus der neuen E-Mobilitätsinitiative der EnBW. Im Zuge des Projekts sollen Städte und Gemeinden in ganz Baden-Württemberg vom Ausbau der Elektromobilität profitieren. Zielsetzung ist die Entwicklung einer landesweiten Infrastruktur. Offizieller Start des Projekts ist das Frühjahr 2011. Im Zeitraum von 18 Monaten werden dann über Fragebögen sowie über die in den EnBW-Ladestationen gespeicherten Daten das Mobilitätsmuster und das Ladeverhalten untersucht.
- > **MeRegioMobil:** Hier steht die Anbindung der Elektrofahrzeuge mittels intelligenter Ladestationen an ein Managementsystem für Hausenergie (Smart Home) im Vordergrund. 2010 wurden die Spezifikationen für die Ladestationen und die Abrechnung festgelegt. Die ersten Ladestationen und Fahrzeuge wurden Ende 2010 ausgeliefert. Das Zusammenspiel der Komponenten wird unter anderem mit einem am Karlsruhe Institut für Technologie (KIT) errichteten Smart-Home-Modellhaus getestet.

Wasserstoff (H₂)-Mobilität: Im September 2009 ist die EnBW der Initiative „H₂Mobility“ beigetreten. Ziel der Initiative ist der flächendeckende Aufbau einer Tankstelleninfrastruktur für Brennstoffzellenfahrzeuge in den kommenden Jahren in Deutschland. Die EnBW konzentriert sich auf die Potenziale der Wasserstoff-Tankstelleninfrastruktur. Bis Ende 2011 werden in zwei Forschungsprojekten in den Städten Karlsruhe und Stuttgart jeweils eine Wasserstoff-tankstelle aufgebaut, erstmals in Deutschland mit einem neuen, schnellen Tankverfahren. Im Dezember erhielt die EnBW dazu von Daimler zwei B-Klasse-F-CELL-Fahrzeuge mit Brennstoffzellenantrieb. In der anschließenden Betriebsphase werden die Tankstellen einer Technologievalidierung unterzogen, um die Marktfähigkeit in Bezug auf Leistungsfähigkeit sowie die zu erwartenden Lebenszykluskosten zu prüfen. Unsere Wasserstofftankstelle in Stuttgart wird mit einer Elektrolyseanlage ausgestattet, mit der wir die Wirtschaftlichkeit von Wasserstoff als Speicher für Windenergie testen wollen. Der Aufbau einer funktionsfähigen Infrastruktur erfordert die enge Zusammenarbeit einer Reihe unterschiedlicher Industriezweige. Hauptanforderung ist es, eine sichere Versorgung mit (regenerativ) erzeugtem Wasserstoff für den Nutzer an der Tankstelle zu gewährleisten.

Risiko- und Chancenbericht

Die Risikolage des EnBW-Konzerns bewegte sich im Jahr 2010 weiterhin auf hohem Niveau. Das Risikomanagementsystem hat Risiken frühzeitig erkannt und Maßnahmen zur Risikominimierung initiiert. Wesentliche Unsicherheiten bestanden unterjährig in Zusammenhang mit der Einführung der Kernbrennstoffsteuer sowie der Verlängerung der Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke. Wir sehen eine weiterhin verschärfte Risikosituation in den Bereichen Wettbewerb und Markt. Bestandsgefährdende Risiken bestehen für den Konzern nicht. Zugleich eröffnen sich der EnBW zahlreiche und vielfältige Chancen, die wir durch strategische und operative Maßnahmen ausschöpfen wollen.

Grundsätze des Risikomanagements

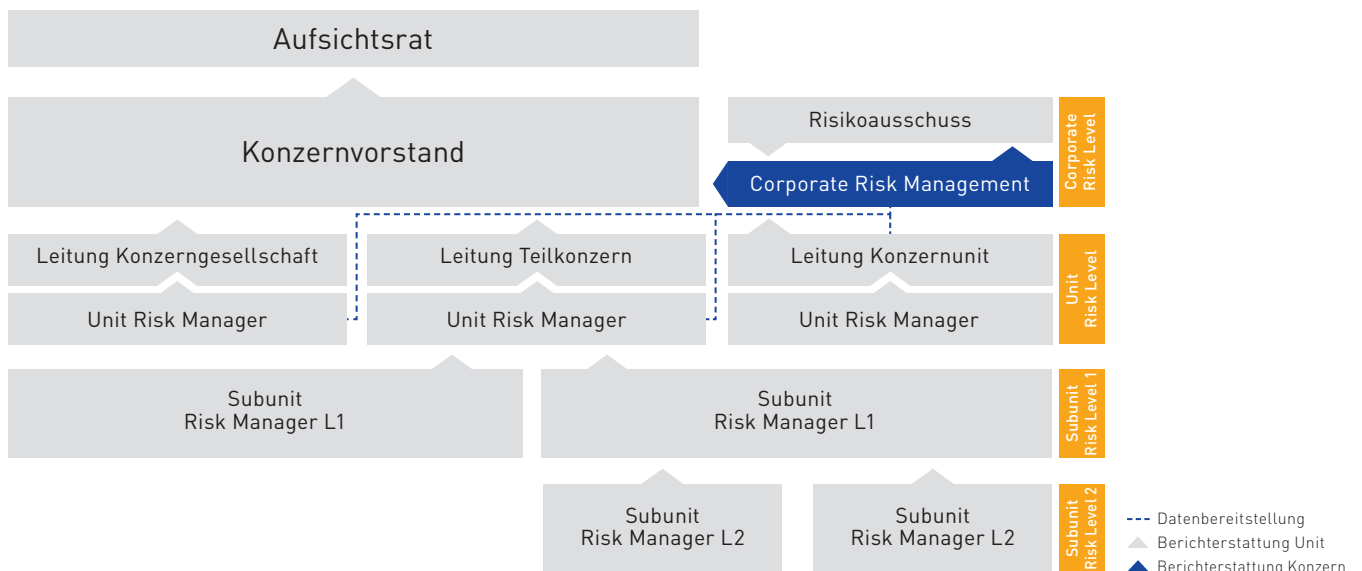
Im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit ist der EnBW-Konzern kontinuierlich internen und externen Risiken ausgesetzt. Risiko definiert dabei einen Sachverhalt, der zu einer Belastung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage führen kann und die Erreichung der operativen und strategischen Ziele erschwert. Risiken entstehen entweder aus grundsätzlich kalkulierbaren, aber dennoch der Zufälligkeit unterliegenden oder aber nicht vorhersehbaren Ereignissen. Die Risiken für den EnBW-Konzern unterteilen sich in folgende Kategorien: Umfeld und Branche, Strategie, IT, Personal, Finanzen, operative und sonstige Risiken. Unter Berücksichtigung der gewählten Risikodefinition und der Zielsetzung koordiniert das Risikomanagement den proaktiven und präventiven Prozess zur Steuerung der Risiken. Dies umfasst die Risikoidentifikation, die Risikoanalyse und -bewertung, die Risikofrühwarnung, die Risikosteuerung sowie die Risikodokumentation und -berichterstattung. Die Risikosteuerung sieht Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung und Abwälzung von Risiken, der bilanziellen Risikovorsorge oder Risikotoleranz vor. Der Betrachtungshorizont des Risikomanagements erstreckt sich grundsätzlich über den mittelfristigen Planungszeitraum. Darüber hinaus werden Risiken berücksichtigt, denen eine besondere Bedeutung zukommt.

Struktur und Prozess des Risikomanagements

Das Risikomanagementsystem im EnBW-Konzern gliedert sich in zentrale und dezentrale Einheiten. Das auf Holdingebene angesiedelte Konzernrisikomanagement übernimmt die konzernweite Vorgabe von Methoden und Prozessen und ist für die Risikoberichterstattung an den Vorstand verantwortlich. Das Risikohandbuch definiert im gesamten Konzern den Umgang mit Risiken. Ausgehend von der Ebene der Einzelgesellschaften erfolgt eine Risikoaggregation entlang der festgelegten Berichtslinien über den gesamten Konzern.

Der interdisziplinär besetzte Konzernrisikoausschuss behandelt Fragen und Sachverhalte des Risikomanagements aus verschiedenen Perspektiven des Konzerns und stellt die Qualität des Konzernrisikoberichts sicher. An den Aufsichtsrat berichtet der Konzernvorstand in regelmäßigen Sitzungen über die Risikosituation. Im Aufsichtsrat übernimmt insbesondere der Prüfungsausschuss die detaillierte Bewertung der Risikolage des Konzerns.

Struktur

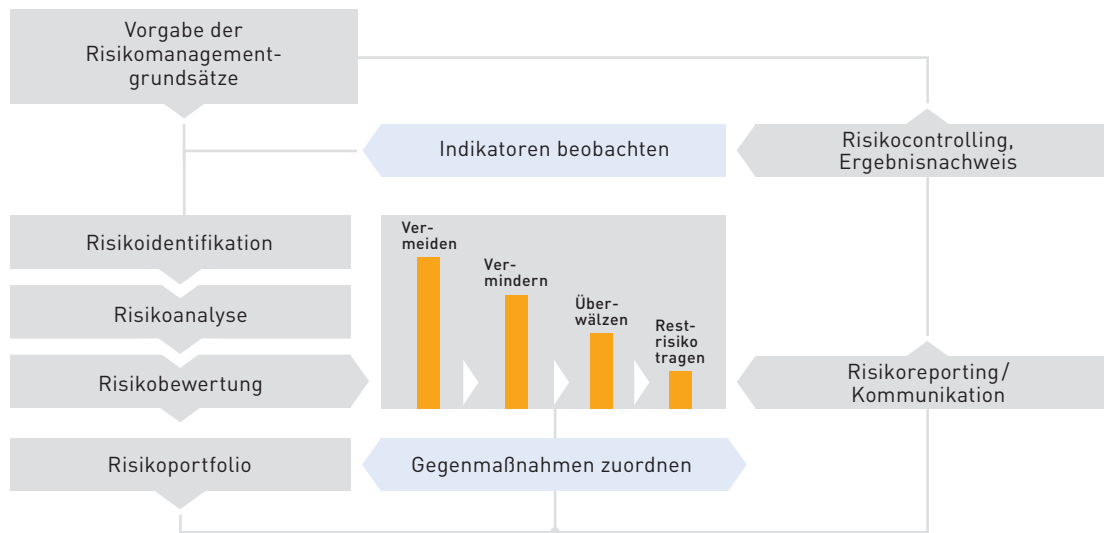


Der Risikomanagementprozess ist als kontinuierlicher Vorgang in die betrieblichen Abläufe der Gesellschaften im EnBW-Konzern sowie auf Holdingebene integriert. Das Risikomanagement umfasst die Identifikation, Analyse und Bewertung sowie das Reporting von Risiken. Der Prozess ermöglicht eine angemessene Risikofrüherkennung und unterstützt die Risikosteuerung. Es bestehen verschiedene Berichts- und Eskalationsstufen. Die Erfassungsschwelle von Risiken besteht bei einem möglichen Schaden von 1 Mio. €. Die Steuerung dieser Risiken liegt in Verantwortung der Geschäftsführung der jeweiligen Einzelgesellschaft. Belaufen sich Risiken im dreijährigen Planungshorizont auf bis zu 20 Mio. € oder 10 Mio. € im ersten Planjahr, werden sie an das entsprechende Vorstandsressort berichtet. Die Konzernrisikoschwelle beträgt 50 Mio. € über dem Planungshorizont. Derartige Risiken werden dem Gesamtvorstand vorgelegt. Die Risikoberichterstattung erfolgt monatlich in standardisierter Form. Beim Eintritt einer akuten und zeitkritischen Risikosituation wird der Vorstand sofort in Kenntnis gesetzt.

Bei Risiken mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von kleiner als 50 % wird geprüft, ob sie in der nächsten Vorschau beziehungsweise Planungsrunde zu behandeln sind. Für Risiken mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von größer als 50 % sind, soweit möglich, bilanzielle Maßnahmen zu treffen. Sie sind im Rahmen der folgenden Planungsrunde zu berücksichtigen.

Im Geschäftsjahr 2010 fand eine weitere Vernetzung des Risikomanagements mit Governance-Funktionen im Unternehmen statt. Darüber hinaus lag ein Schwerpunkt auf der Integration neuer Gesellschaften in das Risikomanagement, wie in der Türkei und der Tschechischen Republik.

Prozess



Es ist unser Ziel, die zur Verfügung stehenden Methoden und Verfahren zum Risikomanagement permanent zu verfeinern. Wir entwickeln die fachliche Expertise der Mitarbeiter in Bezug auf das Risikomanagement in regelmäßigen Workshops und Informationsveranstaltungen kontinuierlich weiter.

Umfeld- und Branchenrisiken

Gesamtwirtschaftliche Risiken

Konjunkturentwicklung: Unsere Planung der Strom- und Gasabsatzmengen basiert auf Prognosen für die künftige konjunkturelle Entwicklung und die damit verbundene Energienachfrage. Weicht der Konjunkturverlauf erheblich negativ von der Planung ab, ergeben sich zahlreiche Risiken für die EnBW. Dazu gehören Absatzrisiken im Vertrieb in Verbindung mit einem Wegfall der Vertriebsmarge sowie gleichzeitig geringere Durchleitungsmengen in den EnBW-Netzen und somit sinkende Netznutzungserlöse. Im Fall einer Nichtabnahme müssten bereits für den Vertrieb beschaffte Mengen wiedervermarktet werden. Diese Effekte kamen 2009 im Zuge der Wirtschaftskrise bei der EnBW ergebnisseitig zum Tragen. Die gesamtwirtschaftliche Lage hat sich im Jahresverlauf 2010 deutlich verbessert. Dies führte zu einer gestiegenen Strom- und Gasnachfrage. Damit hat sich das Risikopotenzial aus der konjunkturellen Entwicklung 2010 deutlich reduziert. Risiken können sich jedoch auch aus einem unvorhergesehenen Konjunkturaufschwung bei gleichzeitig steigenden Großhandelsmarktpreisen ergeben, da in diesem Fall eine Nachbeschaffung von Primärenergieträgern und Strom stattfinden müsste.

CO₂-Zertifikatezuteilung: Im aktuellen Planungszeitraum bestehen Unsicherheiten hinsichtlich der ab 2013 beginnenden dritten Zuteilungsperiode von CO₂-Zertifikaten. Die Vergabe der Zertifikate soll über eine Vollauktionierung erfolgen, deren genaue Ausgestaltung jedoch noch nicht feststeht. Das Beschaffungs- und Einsatzrisiko der CO₂-Zertifikate wird im Rahmen des integrierten Risikomanagementprozesses konzernweit einheitlich gesteuert. Neben europäischen Zertifikaten werden hierbei internationale Zertifikate aus den im Kyoto-Protokoll definierten projektbasierten Mechanismen (Clean Development Mechanism und Joint Implementation) genutzt.

Marktentwicklung

Nahezu alle Assets und Geschäfte unserer Konzerngesellschaften in den Bereichen Erzeugung, Handel und Vertrieb sind Marktpreisänderungsrisiken ausgesetzt. Die Bewertung und Steuerung des aus Marktpreisänderungen entstehenden Gewinn- oder Verlustpotenzials zählen zu den Hauptaufgaben unseres Risikomanagements. Unser Risikomanagement und Risikocontrolling basieren auf Best-Practice-Verfahren und werden kontinuierlich den Marktentwicklungen angepasst. Die EnBW Trading GmbH (ETG) hat sich dabei freiwillig den für Finanzdienstleister vorgeschriebenen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) verpflichtet und lässt die Einhaltung dieser Richtlinien im Rahmen des Jahresabschlusses durch die

Wirtschaftsprüfer überprüfen. Das Risikocontrolling der ETG erfasst täglich die Marktpreisänderungs- und Kreditrisiken, die Einhaltung der Limite und das an den aktuellen Marktpreisen gemessene Ergebnis. Durch das frühzeitige Absichern von Energiepreisrisiken an den Terminmärkten sichert die ETG das Konzernergebnis. Grundlage der Absicherungsstrategie ist ein Hedge-Konzept, das auch die Wahrung von Chancen beinhaltet. Die Risikosteuerung für unsere Stromerzeugung sieht insbesondere die finanzielle Absicherung gegen fallende Strompreise und steigende Brennstoff- und Emissionszertifikatepreise vor. Das Kerngeschäft der ETG ist die Vermarktung und die Absicherung in Bezug auf Marktpreisänderungsrisiken unserer Eigenerzeugung vorrangig über den Großhandelsmarkt. Trotz der Absicherungsstrategie ist die EnBW in besonderem Maße bei der Vermarktung ihrer Erzeugungsmengen dem Risiko sinkender Strompreise beziehungsweise dem Risiko einer ungünstigen Entwicklung des Brennstoff-/Strompreis-Verhältnisses ausgesetzt. Dieses Risiko trifft ein wichtiges Segment der EnBW und lässt sich nur über einen begrenzten Zeitraum absichern. Zentrales Organ der Risikosteuerung ist ein Risikomanagementkomitee, in das verschiedene Konzerngesellschaften entlang der Wertschöpfungskette sowie die Konzernholding eingebunden sind. Im Rahmen der Risikosteuerung für den Vertrieb sichert die EnBW die Bereitstellung erwarteter Absatzmengen. Währungsrisiken aus dem Bezug von Brennstoffen, die in Fremdwährungen gehandelt werden, sichert die ETG grundsätzlich ab. Chancen, die sich aus der Flexibilität unserer Kraftwerke ergeben, werden durch eine kontinuierliche Optimierung entsprechend aktueller Marktpreise genutzt. Um zusätzliche Erträge zu erwirtschaften, nutzt die ETG ihr Know-how an den Energiemärkten über die Risikosteuerung hinaus auch für unseren Eigenhandel.

Aus der Marktentwicklung lassen sich folgende wesentliche Marktpreisrisiken ableiten:

Im Rahmen unserer Energiehandelstätigkeit werden im EnBW-Konzern Energiehandelskontrakte für Zwecke des Preisrisikomanagements, der Kraftwerksoptimierung, der Lastglättung und der Margenoptimierung abgeschlossen. Darüber hinaus ist der Eigenhandel nur innerhalb enger, klar definierter Limite erlaubt. Die Preisänderungsrisiken entstehen im Wesentlichen durch die Beschaffung und Veräußerung von Strom, durch die Beschaffung der Brennstoffe Kohle, Gas und Öl sowie die Beschaffung von Emissionsrechten. Darüber hinaus entstehen Preisrisiken für den EnBW-Konzern durch das Eingehen von spekulativen Positionen im Eigenhandel. Die Preisrisiken werden anhand fortlaufend überprüfter Marktpreiserwartungen mit geeigneten Finanzinstrumenten abgesichert. Im Berichtsjahr wurden als Sicherungsinstrumente Forwards, Futures, Swaps und Optionen eingesetzt. Zum 31. Dezember 2010 betragen die Nominalwerte aller Energiederivate insgesamt 39.930,3 Mio. €. Der Marktwert aller Energiederivate belief sich zum selben Zeitpunkt auf 48,0 Mio. €.

Der EnBW-Konzern ist durch die Beschaffung und Preisabsicherung des Brennstoffbedarfs sowie durch Gas- und Ölhandelsgeschäfte Risiken aus Fremdwährung ausgesetzt. Darüber hinaus bestehen für den EnBW-Konzern Währungsrisiken aus in Fremdwährung lautenden Verbindlichkeiten. Das Währungsrisiko wird anhand fortlaufend überprüfter Devisenkursenerwartungen mit geeigneten Finanzinstrumenten, im Berichtsjahr vor allem über Devisentermingeschäften, abgesichert. Währungsrisiken bestehen für den EnBW-Konzern im Wesentlichen in US-Dollar, Schweizer Franken sowie in Tschechischer Krone. Das bei ausländischen Konzerngesellschaften außerhalb der Eurozone gebundene Nettovermögen sowie die Umrechnungsrisiken (Translationsrisiken) werden nur in Einzelfällen gegen Wechselkursschwankungen gesichert. Die EnBW AG ist im Wesentlichen Währungsrisiken aus in Fremdwährung lautenden Verbindlichkeiten in Japanischen Yen und Schweizer Franken ausgesetzt. Im Wesentlichen erfolgt eine Absicherung über geeignete Finanzinstrumente, wie Swapgeschäfte.

Sowohl der EnBW-Konzern als auch die EnBW AG benutzen zinsensitive Finanzinstrumente, um den Erfordernissen der operativen und strategischen Liquiditätssteuerung gerecht zu werden. Zinsrisiken ergeben sich hieraus nur aus variabel verzinslichen Instrumenten. Zinsrisiken bestehen auf der Aktivseite aus Bankguthaben sowie auf der Passivseite aus variabel verzinslichen Bankverbindlichkeiten. Daneben bestehen Zinsrisiken aus Derivaten in Form von Swapgeschäften. Für den EnBW-Konzern und die EnBW AG bestehen diese Risiken hauptsächlich in der Eurozone. Eine entsprechende Sensitivitätsanalyse findet sich in der Berichterstattung zu den Finanzinstrumenten im Anhang zum Konzernabschluss. Das Nominalvolumen der Zins- und Währungsderivate zum 31. Dezember 2010 betrug 4.727,1 Mio. €. Die Marktwerte dieser Derivate beliefen sich auf 203,8 Mio. €.

Wettbewerbs- und Preisrisiken: Im Berichtsjahr 2010 hat sich der Wettbewerb im B2C-Bereich sowohl im Gas- als auch im Strommarkt weiter intensiviert, sodass sich das Risiko von Kundenverlusten vergrößert hat. Wie im B2C-Geschäft bestehen auch im B2B-Bereich Strom und Gas aufgrund des ausgeprägten Wettbewerbs erhöhte Preis- und Margenrisiken. EnBW-Vertriebe sehen sich mit dem Risiko konfrontiert, dass die Weitergabe von Mehraufwendungen für die Mitte Oktober 2010 festgelegte EEG-Umlage aufgrund des Wettbewerbs in einer höheren

Wechselbereitschaft der Kunden resultieren kann. Für die Folgejahre besteht zudem aus der noch nicht festgelegten EEG-Umlage gleichermaßen das Risiko ungeplanter EEG-Mehraufwendungen.

Verlustenergie: Die Netzgesellschaften der EnBW müssen beim Transport durch die Netze verlorene Energie am Markt nachbeschaffen. Während die Menge der Verlustenergie im Verteilnetz durch Erfahrungswerte gut abschätzbar ist, ist diese Mengenplanung im Transportnetz schwierig. Die Marktpreise für die Beschaffung der Verlustenergie sind volatil und können die Planpreise übersteigen. Aufgrund einer risikoaversen Beschaffungsstrategie konnte die EnBW Transportnetzte AG (TNG) im Jahr 2010 Verlustenergie zum geplanten Preis beschaffen.

Politische und regulatorische Risiken

Kernbrennstoffsteuer und Förderfondsvertrag: Zum 1. Januar 2011 tritt das Kernbrennstoffsteuergesetz in Kraft. Es sieht einen Steuertarif von 145 €/g eingesetzten Kernbrennstoffs vor. Die neue Steuer soll von 2011 bis 2016 erhoben werden. Die jährlichen Mehreinnahmen des Bundes belaufen sich voraussichtlich auf etwa 2,3 Mrd. €. Die EnBW wird davon mit voraussichtlich rund 440 Mio. € belastet. Zusätzlich haben Bundesregierung und Betreiber der Kernkraftwerke einen Förderfondsvertrag unterzeichnet, der die Komponenten Laufzeitverlängerung, Kernbrennstoffsteuer und Förderung erneuerbarer Energien miteinander verknüpft. Laut Förderfondsvertrag sind im Rahmen der Laufzeitverlängerung Vorauszahlungen in einen Fonds für erneuerbare Energien zu leisten, die mit den ab 2017 zu leistenden Förderbeiträgen von 9 €/MWh aus dem Laufzeitverlängerungskontingent verrechnet werden können. Für die EnBW ergeben sich nichtrückforderbare Vorausleistungen in Höhe von voraussichtlich jeweils 65 Mio. € für die Jahre 2011 und 2012 sowie je 43 Mio. € für die Folgejahre bis 2016. Im Vertrag ist ausdrücklich erwähnt, dass sich die Betreiber rechtliche Schritte gegen das Kernbrennstoffsteuergesetz und die Erhebung einer Steuer vorbehalten. Die EnBW prüft derzeit diese Möglichkeit. Einige Bundesländer kündigten an, eine Klage gegen die Atomgesetznovelle vor dem Bundesverfassungsgericht zu prüfen. Insgesamt führt die Kernbrennstoffsteuer zu erheblichen Belastungen des operativen Ergebnisses der EnBW.

Energiewirtschaftsgesetz: Das 3. Binnenmarktpaket sieht unter anderem eine stärkere Trennung der Übertragungsnetze von den Bereichen Erzeugung und Vertrieb vor. Dazu werden in der Richtlinie drei Unbundling-Modelle angeboten. Die Richtlinie ist bis zum 3. März 2011 in nationales Recht zu überführen. Am 27. Oktober 2010 hat das Wirtschaftsministerium ein Eckpunktepapier zur Umsetzung des 3. Binnenmarktpakets veröffentlicht. Danach muss die notwendige Zertifizierung eines Übertragungsnetzbetreibers bis zum 3. März 2012 beantragt werden. Die Risikosituation hat sich für den EnBW-Konzern insofern entspannt, als drei Alternativen zur Umsetzung als möglich erachtet werden und insofern eine Veräußerung der Netze nach dem vorliegenden Eckpunktepapier nicht notwendig ist. Dennoch wird durch die stärkere Trennung zwischen Übertragungsnetzbetreibern und anderen Unternehmensbereichen naturgemäß ein erhöhter Aufwand entstehen.

Richtlinie für Industrieemissionen: Bei der Neufassung der Richtlinie Industrieemissionen (IED) hat das Europäische Parlament den zwischen Rat und Parlament ausgehandelten Kompromissvorschlag angenommen. Für ein endgültiges Inkrafttreten der Richtlinie bedarf es noch der formellen Zustimmung des Rats. Die Grenzwerte sollen ab dem 1. Januar 2016 gelten. Auf Basis der vorliegenden Regelungen besteht das Risiko mittelfristig erforderlicher Nachrüstungen bei einzelnen Kraftwerksanlagen der EnBW.

Novellierung Strahlenschutzverordnung: Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat einen neuen Entwurf für eine Verordnung zur Änderung der Strahlenschutzverordnung (StrlSchV) und der Röntgenverordnung vorgelegt. Dieser enthält eine drastische Absenkung der Freigrenzen und Freigabewerte für Tritium. Ergebnis wäre eine erheblich größere Menge von als radioaktiv klassifiziertem Abfall. Die Folge wären erheblich höhere Kosten beim Betrieb und beim Rückbau kerntechnischer Anlagen sowie bei der Bereitstellung nuklearer Abfälle für die Endlagerung und beim Betrieb von Endlagern.

Netzentgelte: Anfang 2009 wurde im Rahmen der Anreizregulierung für alle Strom- und Gasnetzbetreiber in Deutschland eine individuelle Obergrenze für die Erlöse aus Netznutzungsentgelten für die Dauer von vier (für Gasnetze) und fünf Jahren (für Stromnetze) festgelegt. Die Ausgestaltung der Anreizregulierung sowie die Einführung weiterer möglicher Regulierungsmaßnahmen der Bundesnetzagentur verfolgen wir weiterhin aufmerksam.

Missbrauchsverfahren Regelennergie: Auch im Jahr 2010 dauerte das Missbrauchsverfahren der BNetzA gegen die deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) an. Gegenstand des Verfahrens ist die von den ÜNB ausgeschriebene Regelleistung und das systembedingte Gegeneinanderregeln zwischen den vier deutschen Regelzonen. Sollte die BNetzA einen Missbrauch feststellen, besteht das Risiko, dass ein Teil der seit 2006 von unserem ÜNB, der TNG, getätigten Regelleistungsausgaben nicht anerkannt und in künftigen Entgeltperioden entgeltmindernd berücksichtigt wird. Zur zukünftigen Verminderung des Gegeneinanderregeln wurde der optimierte Netzbetrieb eingeführt.

Kartellrechtliche Preisüberprüfungen: Verstärkt in den Fokus der Kartellbehörden gerückt sind im Jahresverlauf 2010 auch die Preisbildungen auf den Märkten für Heizstrom, Fernwärme und Wasser. Gesellschaften des EnBW-Konzerns waren nicht von Missbrauchsverfahren betroffen. Es besteht ein Auskunftsbefehl des Bundeskartellamts zu den Stromerzeugungskosten. Nach Aussage des Bundeskartellamts stellt das Konzept der Kostenkontrolle einen denkbaren Anwendungsbereich für eine jedoch noch nicht begonnene Missbrauchsprüfung dar. Obwohl die EnBW nicht als marktbeherrschend gilt, könnten sich dennoch mittelbar Auswirkungen auf die EnBW durch die Beeinflussung des generellen Preisniveaus als Resultat von Missbrauchsverfahren gegen Dritte ergeben.

Strategische Risiken

Wirtschaftlichkeit von Investitionen: Die strategischen Vorhaben der EnBW sind naturgemäß wie bei jedem Unternehmen mit Risiken verbunden. Den Chancen stehen potenzielle Ergebniseinbußen gegenüber. Diese können unter anderem aus der Fehleinschätzung von Kundenanforderungen und Umfeldbedingungen sowie aus technologischen Fehlentscheidungen resultieren. Unsere begonnenen Investitionsvorhaben umfassen zahlreiche Neubauten, die durch eine hohe Komplexität und das Zusammenwirken zahlreicher Beteiligter geprägt sind. Störungen im Erstellungsprozess, die zu zeitlichen Verzögerungen oder Kostensteigerungen führen oder führen können, sind nicht auszuschließen. Dies trifft aus heutiger Sicht auf den Neubau des Kohlekraftwerks RDK 8 zu. Diese Faktoren sowie Veränderungen des Marktumfelds bergen das Risiko, die geplante Werthaltigkeit der Investitionen nicht zu erreichen. Dies kann zu Wertberichtigungen führen. Das derzeitige Marktumfeld kann dazu führen, dass das vorgesehene Desinvestitionsvolumen nicht wie geplant realisiert werden kann.

Beteiligungen: Teil der Konzernstrategie ist der Erwerb von Beteiligungen. Unsicherheiten bestehen bei der Transaktion sowie der Integration der jeweiligen Gesellschaft in den Konzern. Das Risiko der Wertminderung von Beteiligungen resultiert aus veränderten Annahmen bezüglich der Geschäftsentwicklung der Beteiligung. Dies gilt insbesondere für neu erworbene, aber auch für bestehende Beteiligungen. Im Jahr 2010 hat sich dieses Risiko bereits realisiert. Wertberichtigungen auf das Engagement in der Türkei und bei den Stadtwerken Düsseldorf wurden vorgenommen. Zudem ergab sich bei gehaltenen Eigenkapitalinstrumenten von at equity bewerteten Unternehmen eine Wertberichtigung im hohen zweistelligen Millionen-Euro-Bereich. Der Grund war eine nachhaltige Reduzierung des Börsenwerts. Ein wesentlicher Bewertungsparameter von Beteiligungen stellt der WACC dar. Dieser ist unter anderem vom risikofreien Zinssatz abhängig. Im Fall einer Steigerung der entsprechenden Zinssätze und somit des WACCs kann sich bei unseren Beteiligungen ein Abwertungsbedarf in bis zu dreistelliger Millionenhöhe ergeben. Weitere Änderungen bei der Einschätzung der künftigen Profitabilität von Konzernunternehmen können zusätzliche Wertberichtigungen notwendig machen.

Wiederabschluss von Konzessionsverträgen: Ein Konzessionsvertrag ist eine Übereinkunft zwischen einer Kommune und einem Energieversorgungsunternehmen (EVU), die dem EVU das Recht gewährt, auf öffentlichen Wegen Leitungen zu verlegen und zu betreiben, mit denen Endverbraucher im Gebiet der Kommune unmittelbar versorgt werden. Die Kommune erhält im Gegenzug eine Konzessionsabgabe. Nach Ablauf eines Konzessionsvertrags hat die Kommune die Möglichkeit, den Betrieb des Leitungsnetzes an andere EVU zu vergeben, die das Leitungsnetz vom bisherigen Netzbetreiber erwerben. Bis zum Jahr 2014 laufen im Netzgebiet der EnBW und ihrer wesentlichen Beteiligungen rund 300 Strom- und Gaskonzessionsverträge aus und stehen zur Neuverhandlung an. Die für uns hierbei wesentlichen Konzessionen stellen die des Neckar-Elektrizitäts-Verbands (NEV) sowie die der Stadt Stuttgart dar. Wir befinden uns derzeit in intensiven Verhandlungen mit beiden Konzessionspartnern und streben weiterhin eine nachhaltige Weiterführung der konstruktiven Zusammenarbeit an. Der Verlust eines Konzessionsgebiets kann einen Ertragswertnachteil mit sich ziehen. Des Weiteren sind Kundenverluste an den neuen Konzessionsnehmer infolge höheren Wettbewerbs zu befürchten. Das Interesse Dritter an von uns gehaltenen Konzessionen ist unverändert hoch. Gleichzeitig zeigen Städte und Gemeinden vermehrt Interesse

daran, ihre Strom-, Gas- und Wassernetze wieder in die öffentliche Hand zurückzuführen. Diese Rekommunalisierungsbestrebungen erhöhen zusätzlich das Risiko. Mit einem aktiven Konzessionsvertrags- und Beziehungsmanagement mit den Städten und Gemeinden unterstreicht die EnBW ihre Rolle als starke Partnerin in Baden-Württemberg. Im Jahr 2010 konnten rund 270 Konzessionsverträge neu verhandelt und abgeschlossen werden. Damit hat der EnBW-Konzern im verstärkten Wettbewerb mit Stadtwerken die Gesamtzahl der Konzessionen nahezu stabil gehalten.

Operative Risiken

Die Produktionsprozesse entlang der Wertschöpfungskette in den Geschäftsfeldern des EnBW-Konzerns erfolgen in komplexen und hoch spezialisierten technischen Anlagen. Es ist unser Ziel, Schäden an Anlagen zu vermeiden und Ausfälle zu minimieren. Um endogenen Risiken vorzubeugen, setzen wir auf moderne Technik, kontinuierliche Instandhaltungsmaßnahmen für die Anlagen und die Schulung der Mitarbeiter. Risiken können trotz der hohen Standards nicht komplett vermieden werden. Risiken aus exogenen Faktoren sind schwieriger bestimmbar, da sich externe Einflüsse meist sehr schnell und unvorhergesehen auf unsere Prozesse auswirken. Mit präventiven Maßnahmen versuchen wir, auch diesen Risiken zu begegnen.

Sofern möglich und wirtschaftlich sinnvoll, minimieren wir die wirtschaftlichen Belastungen operativer Risiken unter anderem durch den Abschluss von Versicherungen. Um gegen eintretende Sachschäden in ausreichendem Umfang versichert zu sein, führen wir jährlich eine Bedarfsanalyse des Versicherungsschutzes durch. Die Höhe des zu tragenden Selbstbehalts wählen wir nach ökonomisch sinnvollen Maßstäben. Die Ertragslage des Konzerns kann durch Betriebsunterbrechungen je nach Dauer besonders im Kraftwerksbereich deutlich belastet werden.

Kraftwerksrückbau: Grundsätzlich sind mit lang laufenden und komplexen Großprojekten wie dem Kraftwerksrückbau in Obrigheim Risiken verknüpft. Es handelt sich besonders um technische und regulative Risiken sowie Marktrisiken, die zur Überschreitung von Kosten- und Zeitplänen führen können.

Kraftwerksneubau: Die EnBW realisiert derzeit unter anderem Kraftwerksneubauprojekte in Karlsruhe, Mannheim (über die Beteiligung an der Großkraftwerk Mannheim AG), Eisenhüttenstadt und Rheinfeldern. Zudem erweitert die EnBW die Erzeugungskapazitäten im Bereich der erneuerbaren Energien. Investitionsprojekte dieser Größenordnung und Komplexität sind Qualitäts-, Kosten- und Terminrisiken ausgesetzt, denen wir mit einem engen Projektrisikomanagement begegnen. Gesellschaftliche Akzeptanz ist für Kraftwerksneubauten notwendig.

IT-Risiken

Kommunikations- und Informationssysteme sind für den reibungslosen Ablauf zahlreicher Geschäftsprozesse der EnBW von zentraler Bedeutung. Wir sind bestrebt, die IT-Netzwerke und -Applikationen ohne Störungen bereitzustellen und die Durchführung der Prozesse optimal zu unterstützen. Die Bereitstellung und die Integration der Soft- und Hardwarelösungen werden von zentraler Stelle gesichert. Im gesamten Konzern besitzt die IT-Sicherheit eine hohe Priorität.

Mögliche IT-Risiken minimieren wir durch hohe Sicherheitsstandards. Wesentliches Element sind hierbei die EnBW-Konzerngrundsätze zur Sicherheit in der Informations- und Kommunikationstechnologie (EKSIT@), die ein konzernweites, verbindliches Regelwerk zur Nutzung unserer Informations- und Kommunikationssysteme darstellen. Im Fokus stehen dabei die Aspekte IT-Sicherheit, Datenschutz und Datensicherheit. Unsere Leitlinien basieren auf internationalen und branchenspezifischen Sicherheitsstandards.

Applikationen im IT-Netzwerk werden entsprechend ihrer Bedeutung gemäß dem identifizierten Schutzbedarf gesichert. Für IT-Dienstleister bestehen Service Level Agreements, um die gewünschten Anforderungen zu gewährleisten. Das IT-Risiko wird über einen Abgleich des Sollzustands mit dem eingerichteten Schutzbedarf bewertet. Daraus werden gegebenenfalls Maßnahmen für die Weiterentwicklung der IT-Systeme abgeleitet, um die erforderliche Sicherheit herzustellen. IT- und Risikomanager führen den Analyse- und Bewertungsprozess gemeinsam durch und entwickeln diesen kontinuierlich weiter.

Personalrisiken

Zur Entwicklung des Unternehmens leisten unsere Mitarbeiter einen wesentlichen Beitrag. Das Risiko besteht für die EnBW darin, nicht in ausreichendem Maß über Mitarbeiter mit den erforderlichen Qualifikationen zu verfügen, um die operativen und strategischen Anforderungen umzusetzen. Dieses Risiko resultiert aus dem Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt mit anderen Unternehmen und wird durch demografische Entwicklungen verschärft. Wir begegnen diesem Risiko durch zahlreiche interne Personalentwicklungsmaßnahmen sowie der Positionierung des Unternehmens als attraktiver Arbeitgeber. Zudem analysieren wir in demografischen Szenarien, in welchen Bereichen wir besonderen Handlungsbedarf haben.

Ein Risiko bei der Entwicklung des Personalaufwands ergibt sich aus Tarifverhandlungen. So können Tarifierhöhungen kräftiger als in der Planung vorgesehen ausfallen. Eine Fixierung der Personalvergütung bis Dezember 2010 erfolgte durch den Tarifabschluss 2009. Für den sich anschließenden Zeitraum sind neue Tarifabschlüsse auszuhandeln. Unsicherheit besteht in Bezug auf Höhe und Dauer der ausstehenden Tarifabschlüsse im Planungszeitraum.

Finanzrisiken

Kontrahentenausfallrisiko

Neben Kundengeschäften führen hauptsächlich Geschäfte im Over-the-Counter-(OTC-)Markt zu Kontrahentenausfallrisiken für die EnBW. Die OTC-Geschäfte werden zur Absicherung und Optimierung der Kraftwerkskapazitäten im Handelsbereich getätigt. Elemente des handelsseitig bestehenden Kontrahentenausfallrisikos sind das Settlement Risk und das Mark-to-Market Risk. Das Settlement Risk entsteht aus unbesicherten Forderungen gegenüber Handelspartnern. Auch in den Kundenbeziehungen im Vertrieb besteht dieses Risiko. Das Mark-to-Market Risk resultiert aus der Marktbewertung der offenen Handelspositionen im Handelsportfolio. Es umfasst das Preisrisiko beim Ausfall eines Handelspartners, da in diesem Fall die Wiedereindeckung der Handelsposition zu aktuellen Marktpreisen erfolgen muss.

Im Fall bilateraler Margining-Vereinbarungen im Handelsbereich werden gegen bestehende Kontrahentenrisiken Sicherheiten gestellt. Dies begrenzt das Kontrahentenausfallrisiko in der jeweiligen Geschäftsbeziehung innerhalb der definierten Grenzen. Für Handelspartner im OTC-Markt sehen wir einen individuellen Kreditrahmen auf Basis der Bonität vor. Das Kontrahentenausfallrisiko wird regelmäßig ermittelt und die Einhaltung der Kreditrahmen beziehungsweise deren Verteilung überwacht. Handelsgeschäfte am OTC-Markt werden grundsätzlich auf Basis von Rahmenverträgen vereinbart, die zum Beispiel von der European Federation of Energy Traders (EFET), der International Swaps and Derivatives Association (ISDA) oder der International Emissions Trading Association (IETA) veröffentlicht werden. Ein Kontrahentenausfallrisiko besteht nicht für Geschäfte an Energiebörsen wie EEX oder ICE, da das Clearing der Geschäfte über die Börse und die notwendige Clearingbank erfolgt. Im Geschäftsjahr 2010 hat keiner unserer OTC-Geschäftspartner Insolvenz angemeldet.

Bei einer ausgeprägten Wirtschaftskrise, wie im Geschäftsjahr 2009, ist von einem Anstieg der Unternehmensinsolvenzen auszugehen. Dies erhöht das Risiko von Forderungsausfällen und führt zu längeren Forderungslaufzeiten. Eine zunehmende Anzahl von Unternehmensinsolvenzen führt auch zu Unsicherheiten bezüglich künftiger Verpflichtungen für den branchenübergreifenden Pensionssicherungsverein. Auch dies hat sich ergebnisseitig 2010 bemerkbar gemacht. Im zweiten Halbjahr 2010 hat sich die Risikosituation jedoch wieder stabilisiert. Um negative Auswirkungen möglichst zu begrenzen, steuern wir Ausfallrisiken bei Kunden und Handelspartnern aktiv.

Rating

Die EnBW hat sich gegenüber dem Kapitalmarkt seit Jahren dazu bekannt, mittelfristig ein A-Rating einhalten zu wollen. Dieses Versprechen hat die EnBW bisher stets einhalten können, alle Ratingagenturen bewerten die EnBW mit einer Bonität im A-Bereich. Allerdings haben die Agenturen erkennen lassen, dass sie die geänderten Rahmenbedingungen zum Anlass nehmen werden, die Kreditwürdigkeit erneut zu überprüfen. Falls es der EnBW nicht gelingt, die Agenturen von der Wirksamkeit der ergriffenen Gegenmaßnahmen zu überzeugen, könnte ein Downgrade die Folge sein, mit den potenziellen Auswirkungen einer möglicherweise verminderten Refinanzierungsfähigkeit und gegebenenfalls verschlechterten Konditionen für die Finanzierung der EnBW.

Finanzierungs- und Liquiditätsrisiken

Die EnBW konnte im Geschäftsjahr 2010 jederzeit ihren Bedarf an finanziellen Mitteln decken. Wichtige Elemente waren dabei die stabile Innenfinanzierung des Unternehmens und fest zugesagte Kreditlinien. Für 2011 bestehen keine Kapitalmarktfälligkeiten. Die nächsten Fälligkeiten ergeben sich für das Jahr 2012. Die EnBW wird prüfen, ob diese in geeignetem Maß vorfinanziert werden können. Wir sehen derzeit insgesamt keine Liquiditätsengpässe auf den Kapitalmärkten.

Asset-Management

Leitlinien der konservativen Anlagestrategie der Finanzmittel der EnBW sind eine gute Bonität, eine hohe Liquidität und eine breite Diversifikation der Anlagen. Diese Strategie haben wir auch 2010 weiterverfolgt. Im Jahr 2010 bestand aufgrund der negativen Kursentwicklungen zum Jahresbeginn ein erhöhtes Impairment-Risiko für das Wertpapierportfolio, das sich teilweise realisiert hat. Vor dem Hintergrund der in der Folgezeit erneut steigenden Kurse nahm dieses Risiko wieder ab. Dessen ungeachtet bleibt hier naturgemäß die Gefahr der Verfehlung der Zielrendite und weiterer Impairments bestehen. Der auf Einzeltitelbasis ermittelte Value at Risk betrug zum Bilanzstichtag 82,6 Mio. € (95%/10 Tage). Im Vorjahr betrug dieser 103,2 Mio. € (95%/10 Tage).

Aufgrund des volatilen Finanzmarktumfelds unterliegen unsere Kapitalanlagen Kursänderungs- und weiteren Verlustrisiken. Sofern diese Risiken zu Wertminderungen führen, die signifikant oder länger anhaltend sind, ist eine Abschreibung auf die entsprechenden Wertpapiere vorzunehmen. Im Geschäftsjahr 2010 betrug die Abschreibung aufgrund signifikanter Wertminderungen 65,1 Mio. € (Vorjahr: 57,0 Mio. €). Bei unverändertem Kapitalmarktumfeld besteht im Geschäftsjahr 2011 aus länger anhaltenden Wertminderungen ein Abschreibungsrisiko auf das zum Bilanzstichtag vorhandene Wertpapierportfolio im einstelligen Millionenbereich.

Sonstige Risiken

Rechtliche Risiken

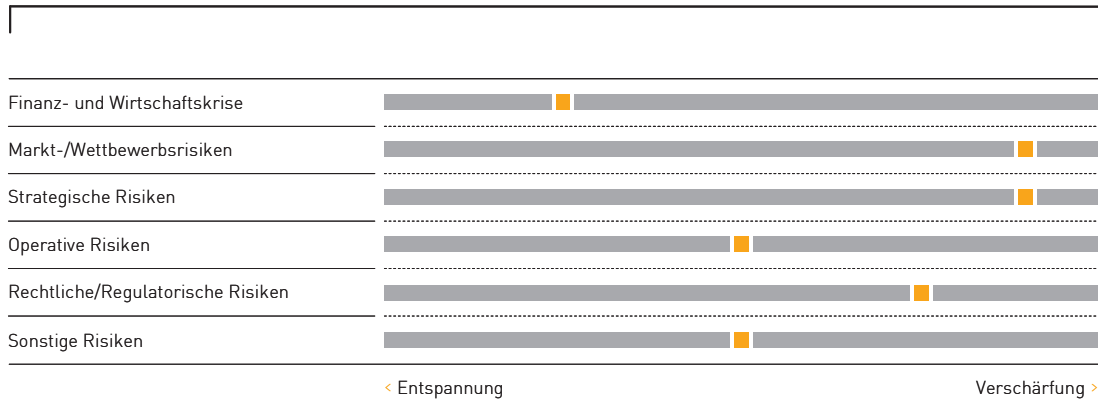
Im Rahmen der unternehmerischen Tätigkeit der EnBW entsteht eine Vielzahl rechtlicher Risiken aus vertraglichen Beziehungen zu Kunden und Geschäftspartnern sowie aus der rechtspolitischen Entwicklung. Im operativen Geschäft sind die rechtlichen Risiken vor allem auf Fragen der Preisgestaltung für Energielieferungen (im Besonderen §§ 315, 307 BGB), die Bedingungen der Netznutzung und des Kraftwerksbetriebs sowie genehmigungsrechtliche Sachverhalte zurückzuführen.

Zum Themenkomplex Preisanpassungsklauseln in Energielieferverträgen liegen Urteile des Bundesgerichtshofs vor. Es fehlt aber nach wie vor an einer umfassenden höchstrichterlichen Rechtsprechung, die alle anstehenden Fragen abdeckt. Sofern erforderlich, wurden die im EnBW-Konzern verwendeten Preisanpassungsklauseln an die aktuelle Rechtsprechung angepasst. Zu zivilrechtlichen Auseinandersetzungen mit Vertragspartnern treten auch kartell- und regulierungsrechtliche Maßnahmen hinzu. Dazu zählen insbesondere kartellrechtliche Preisüberprüfungen nach §§ 19, 29 GWB, wie zuvor unter den politischen und regulatorischen Risiken ausgeführt. Gerichtliche Verfahren und sonstige rechtliche Auseinandersetzungen werden im zivilrechtlichen, aber auch im öffentlich-rechtlichen Bereich geführt, teilweise mit hoher wirtschaftlicher Bedeutung. Dementsprechend wurden in Abstimmung mit den Fachbereichen sowie dem Rechtsbereich bilanzielle Risikovorsorgen in angemessenem Umfang gebildet.

Gesamtbeurteilung

Das Risikomanagementsystem wurde im Jahr 2010 kontinuierlich weiterentwickelt. Eine Bewertung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Risiken erfolgt auf regelmäßiger Basis. Mit Blick auf 2010 hat sich die Gesamtrisikosituation der EnBW nicht wesentlich geändert. Zahlreiche Faktoren gefährden weiterhin die Ergebniszielerreichung.

Entwicklung der Risikolage 2010



Ergebnisseitig waren im Jahr 2010 vor allem das allgemein niedrige Marktpreisniveau sowie ein starker Wettbewerbsdruck spürbar. Deutliche außerordentliche Ergebnisbelastungen ergaben sich aus Wertberichtigungen auf Kapitalanlagen und Finanzassets. Durch das Risikomanagement des EnBW-Konzerns wurden diese Risiken frühzeitig erkannt und – falls möglich – auf operativer Ebene Maßnahmen zur Risikominimierung ergriffen. Im Jahresverlauf getroffene politische Entscheidungen reduzierten zwar Planungsunsicherheiten in einem gewissen Maß, bergen aber dennoch ein großes Risikopotenzial. Insgesamt rechnen wir in den Jahren 2011 bis 2013 mit einer erheblichen Belastung der Konzernergebnisse aufgrund der Kernbrennstoffsteuer und einer allgemeinen Verschärfung der Ertragssituation aufgrund der anderen genannten Risikofaktoren. Zusätzlich erwarten wir eine weitere Zunahme von Wettbewerbs- und Marktrisiken, die die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des EnBW-Konzerns nachhaltig beeinflussen können. Des Weiteren werden künftig Investitionsvorhaben zu einer Zunahme der Projektrisiken beitragen.

Mit operativen und bilanziellen Maßnahmen reduzierten wir die Risikopotenziale für den Konzern. Dabei werden Risiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit durch bilanzielle Vorsorge in Form von Rückstellungen und Wertberichtigungen Rechnung getragen. Wesentliche Risiken fließen in die aktuellen Vorschaurechnungen ein.

Bestandsgefährdende Risiken bestanden 2010 für den EnBW-Konzern nicht.

Risikomanagementsystem

Das Konzernrisikomanagement hat im Jahr 2010 mit monatlichen Berichten den EnBW-Vorstand, die Geschäftsleitungen der Konzerngesellschaften und die Leiter der einbezogenen Konzerneinheiten über die aktuelle Risikolage und deren Veränderung informiert. Zudem haben wir die Öffentlichkeit in den Quartalsberichten über die Veränderungen der Risikolage des Konzerns informiert. Bei unvorhersehbar aufgetretenen und realisierten Risiken wurden die Entscheidungsträger per Eilmitteilung unterrichtet. Der EnBW-Vorstand informierte den EnBW-Aufsichtsrat mit detaillierten Quartalsberichten über die aktuelle Risikolage des Konzerns. Wie im Deutschen Corporate Governance Kodex vorgesehen, beschäftigte sich der Prüfungsausschuss in seinen Sitzungen mit Risiken, die die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Konzerns wesentlich beeinflussen können.

Die Konzernrevision prüft regelmäßig das Risikomanagementsystem im Konzern und in den einzelnen Gesellschaften – sowohl hinsichtlich der Erfüllung gesetzlicher Anforderungen als auch hinsichtlich seiner Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit. Die Konzernrevision berichtet hierüber dem Aufsichtsrat.

Chancenmanagement

Grundlagen

Ausgehend von der Geschäftstätigkeit der EnBW und von Umfeldentwicklungen ergeben sich kontinuierlich Chancen für das Unternehmen. Entscheidungen in der Energiepolitik auf europäischer Ebene, das Erschließen neuer Märkte, aber auch der einzelne Verbesserungsvorschlag eines Mitarbeiters im Rahmen des betrieblichen Vorschlagswesens können der EnBW neue Potenziale eröffnen. Werden Chancen frühzeitig erkannt und ergriffen,

können sie den Unternehmenserfolg erhöhen. Es ist unser Ziel, Chancen so zu nutzen, dass sie möglichst zu einer überplanmäßigen Ergebnisentwicklung beitragen. Wir sind von den Vorteilen eines wettbewerbsorientierten Marktes zum Wohle unserer Kunden überzeugt. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Unternehmen, ungeachtet ihres jeweiligen Verantwortungsbereichs und -umfangs, sind aufgefordert, unternehmerisch zu denken und zu handeln und somit permanent Chancen zu suchen und wahrzunehmen. Im operativen Geschäft identifizieren die Konzerngesellschaften Chancen, die sich im Rahmen der Betriebstätigkeit beziehungsweise aufgrund verbesserter Marktbedingungen sowie externer Faktoren ergeben. Gemeinsam mit am Markt tätigen Einheiten erfasst der Bereich Konzernstrategie systematisch strategische Chancen im Umfeld und innerhalb der EnBW, bewertet diese und entwickelt Maßnahmen zu deren Ausschöpfung. Der Vorstand der EnBW erörtert regelmäßig strategische Chancen und beschließt Maßnahmen, um diese wahrzunehmen.

Chancenkategorien

Chancen können sich grundsätzlich im Umfeld der gesamten EnBW oder im Rahmen einer einzelnen Geschäftstätigkeit eröffnen. Chancen stellen dabei häufig die Gegenposition zu entsprechenden Risiken dar. Die Chancen aus der Entwicklung der Umfeldbedingungen des Unternehmens lassen sich in Chancen aus Veränderungen im politischen und regulatorischen Umfeld, in Chancen aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Chancen aus Marktentwicklungen sowie aus technologischen Entwicklungen einteilen. Veränderungen der Rahmenbedingungen können für die EnBW im Vergleich zu Wettbewerbern von unterschiedlicher Relevanz sein.

Unternehmensspezifische Chancen

Die Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken in Deutschland um im Schnitt zwölf Jahre bedeutet für die EnBW die Chance auf bessere Ergebnisse. Unsicherheit besteht jedoch über deren Höhe, da die Erlöse durch verschiedene Maßnahmen zu einem großen Teil abgeschöpft werden und außerdem zusätzliche Maßnahmen zur Nachrüstung der Kernkraftwerke beschlossen werden sollen. Mit der im Jahr 2010 erfolgten Erhöhung des Anteils am tschechischen Energieunternehmen PRE ergeben sich neue Chancen im tschechischen Markt. Ergebnisseitig dürfte sich die Beteiligung ebenfalls positiv bemerkbar machen. Das Stromerzeugungsportfolio der EnBW weist einen überdurchschnittlich hohen Anteil an CO₂-effizienten Erzeugungskapazitäten auf. Dies bietet uns im Vergleich zum Wettbewerb Chancen bei der Ausstattung mit CO₂-Zertifikaten, an denen wir einen geringeren Bedarf haben. Zudem investieren wir in erneuerbare Energien, die mittel- und langfristig für die Energieerzeugung in Deutschland und in anderen Ländern eine wesentliche Rolle spielen werden. Chancen ergeben sich zudem kontinuierlich aus der Möglichkeit, Synergien zu realisieren. Innerhalb des EnBW-Konzerns verfolgen wir daher zahlreiche Programme zur Effizienzsteigerung. Auch zusammen mit unseren Partnern wie der EWE Aktiengesellschaft sind wir bemüht, Potenziale für Synergieeffekte zu identifizieren und auszuschöpfen. Gleichzeitig bieten Kooperationen zusätzliche Wachstumschancen.

Unternehmensstrategische Chancen sehen wir auch im Wandel der Energiebranche allgemein. Wir haben das Selbstverständnis, nicht nur die Rolle als klassischer Versorger zu übernehmen, sondern Energieberater und Energiedienstleister für unsere Kunden zu sein. Von entscheidender Bedeutung sind dabei die Themen Energieeffizienz und -management. Wir gehen in diesem Bereich von großen Wachstumspotenzialen aus. Die EnBW engagiert sich bereits seit einigen Jahren in diesem Bereich und bietet eine ganze Reihe von Produkten und Dienstleistungen mit greifbarem Kundennutzen in diesem Feld an. Zudem sehen wir eine Chance darin, dem wachsenden Umweltbewusstsein der Kunden mit einem ausgebauten Ökostromangebot zu begegnen. Wir sind uns der Verantwortung für den Klima- und Umweltschutz bewusst. Die EnBW verfolgt einen Energiemix, der die verschiedenen Energieträger ökonomisch und ökologisch effizient verbindet. Unsere Kompetenz im Bereich der erneuerbaren Energien eröffnet der EnBW zusätzliche Geschäftschancen.

Unternehmensstrategische Chancen bietet die Erschließung neuer Geschäftsfelder. Elektromobilität in Verknüpfung mit dem Smart-Home-Konzept ist nur ein Beispiel unserer Aktivitäten. Intelligente Angebote sollen uns helfen, neue Absatzmärkte für EnBW-Strom und -Wärme zu erschließen. Im Zuge einer weiterentwickelten Regionalstrategie sollen neue Kommunen und Stadtwerke als Kunden für bereits etablierte Geschäftstätigkeiten gewonnen werden. Über den Eintritt in neue Ländermärkte wollen wir weitere unternehmensstrategische Chancen wahrnehmen. Im Fokus der EnBW stehen ausgewählte Länder in Mittel- und Osteuropa sowie die Türkei. Diese Länder zeichnen sich durch eine höhere Wachstumsdynamik der Wirtschaftsleistung und des Energieverbrauchs aus. Für uns bietet sich die Chance durch ein Engagement vor Ort an dieser Wachstumsdynamik zu partizipieren.

Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Lage des Konzerns

Im Geschäftsjahr 2010 hat die EnBW trotz Absatzrückgängen im Strom- und Gasvertrieb das Ertragsniveau im Vergleich zum Vorjahr gesteigert. Dabei hat sich insbesondere das regulierte Geschäft positiv entwickelt. Kennzahlen der Finanz- und Vermögenslage bewegten sich ebenfalls weiterhin auf einem zufriedenstellenden Niveau oder haben sich verbessert. Dazu zählen ein hoher positiver Free Cashflow sowie die gesunkenen bereinigten Nettoschulden. Der erwirtschaftete Wertbeitrag war positiv und bewegte sich etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

Im Rahmen unserer Strategie haben wir gezielt in unsere fünf strategischen Stoßrichtungen investiert. Dazu zählt insbesondere der Ausbau der Erzeugungskapazitäten oder die Aufstockung der Anteile an dem tschechischen Stromversorger PRE. Unser Ziel ist dabei ein ausgewogenes Geschäftsportfolio, mit dem die EnBW ihre Marktpositionen in Deutschland und Europa behaupten kann. Gleichzeitig haben wir die GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG veräußert und so die Finanzlage des Unternehmens gestärkt. Die aktuellen Ratingeinschätzungen für die EnBW durch drei Agenturen liegen weiterhin im angestrebten A-Bereich. Mit Fitch und Moody's sehen zwei der drei Ratingagenturen die EnBW mit einem stabilen Ausblick. Die energiepolitischen Entscheidungen des Jahres 2010 stellen die EnBW vor neue Herausforderungen. Die in Zusammenhang mit der Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke getroffenen Festlegungen zur Zahlung für die Förderung von erneuerbaren Energien und zur Kernbrennstoffsteuer werden in den nächsten Jahren das Ergebnis der EnBW spürbar belasten. Um die finanzielle Stabilität des Unternehmens zu sichern, haben wir das Investitionsprogramm angepasst und erheblich reduziert. Zusätzlich haben wir mit dem Programm „Fokus“ damit begonnen, zusätzliche Effizienzsteigerungen in den nächsten Jahren zu realisieren. Zudem sind weitere Desinvestitionen vorgesehen. Auf dieser Basis können wir die derzeit solide wirtschaftliche Lage des Konzerns auch in Zukunft gewährleisten. Für die 2012 und 2013 auslaufenden Anleihen prüfen wir zudem frühzeitig Optionen der Refinanzierung mit dem Ziel, die ausgewogene Fälligkeitsstruktur der Verbindlichkeiten des Unternehmens beizubehalten. Die anstehenden Belastungen werden die Ertragskraft des EnBW-Konzerns beeinflussen. Für die Zukunft gilt es, bei allen Entscheidungen die Balance zwischen der finanziellen Stabilität des Unternehmens und der Zukunftsfähigkeit des Unternehmens zu wahren. In Bezug auf den Adjusted Konzernüberschuss wollen wir künftig weiterhin rund 40% bis 60% als Dividende an unsere Aktionäre ausschütten.



WEITERE INFORMATIONEN
Lagebericht > Unternehmens-
situation des EnBW-Konzerns
> Finanzierungsfazilitäten
> S. 64f.

Vergütungsbericht

Der im Corporate-Governance-Bericht auf den Seiten 236 bis 242 enthaltene Vergütungsbericht ist Bestandteil des Lageberichts. Der Vergütungsbericht fasst die Grundsätze zusammen, die für die Festlegung der Vergütung der Vorstandsmitglieder maßgeblich sind, und erläutert die Struktur und Höhe der Vorstandsvergütung sowie die Vergütung des Aufsichtsrats.

Nachtragsbericht

Der Aufsichtsrat der EnBW Energie Baden-Württemberg AG hat am 17. Januar 2011 Thomas Kusterer mit Wirkung ab dem 1. April 2011 für die Dauer von drei Jahren zum neuen Vorstand für Finanzen (CFO) der EnBW bestellt.

Angaben nach den §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht des Vorstands

Der Vorstand macht nachfolgend die nach den §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB vorgeschriebenen Angaben und erläutert diese zugleich gemäß § 176 Abs. 1 Satz 1 AktG.

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Das Grundkapital der EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) beträgt 640.015.872,00 € und ist in 250.006.200 auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von jeweils 2,56 € eingeteilt.

Direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital, die 10 % überschreiten

Die OEW Energie-Beteiligungs GmbH mit Sitz in Ravensburg und die E.D.F. INTERNATIONAL SA mit Sitz in Paris (Frankreich) hielten zum 31. Dezember 2010 jeweils direkt 45,01% am Grundkapital der EnBW.

Alleiniger Anteilsinhaber der OEW Energie-Beteiligungs GmbH ist der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke mit Sitz in Ravensburg. Dieser ist daher indirekt über die OEW Energie-Beteiligungs GmbH mit 45,01% am Grundkapital der EnBW beteiligt.

Alleinige Anteilsinhaberin der E.D.F. INTERNATIONAL SA (EDFI) ist die börsennotierte Electricité de France SA mit Sitz in Paris (Frankreich), die wiederum von der Republik Frankreich kontrolliert wird. Die Electricité de France SA (EDF) und die Republik Frankreich waren daher zum 31. Dezember 2010 jeweils indirekt über die EDFI mit 45,01% am Grundkapital der EnBW beteiligt.

Am 6. Dezember 2010 hat die NECKARPRI GmbH, eine 100%ige Tochtergesellschaft des Landes Baden-Württemberg, bekannt gegeben, dass sie mit der EDFI einen Vertrag über den Kauf und die Übertragung von insgesamt 112.517.569 EnBW-Aktien (entsprechend rund 45,01% des Grundkapitals an der EnBW) zum Preis von 41,50 € je EnBW-Aktie geschlossen hat. Gleichzeitig hat die NECKARPRI GmbH angekündigt, allen Aktionären der EnBW anzubieten, ihre EnBW-Aktien im Wege eines freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots zum selben Preis zu erwerben. In einer am 7. Januar 2011 veröffentlichten Angebotsunterlage hat die NECKARPRI GmbH darüber informiert, dass der vorgenannte Aktienkaufvertrag am fünften Bankarbeitstag nach der fusionskontrollrechtlichen Freigabe des Aktienerwerbs durch die zuständigen Kartellbehörden vollzogen wird. Bis dahin ist die EDFI noch Aktionärin der EnBW. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des vorliegenden Lageberichts war der vorgenannte Aktienkaufvertrag noch nicht vollzogen.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

Unter dem Datum vom 4. August 2010 veröffentlichte die EDF das Referenzdokument 2009 für die französische Finanzmarktaufsicht (Autorité des Marchés Financiers), in dem sie auch über zwischen EDF und dem Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW) getroffene Vereinbarungen informierte. Danach verständigten sich die beiden EnBW-Hauptaktionäre EDF und OEW in einer Aktionärsvereinbarung vom 26. Juli 2000 über die Innehabung und Koordinierung der Ausübung der Rechte und der Einflussmöglichkeiten als Aktionäre. Demnach werden EDF und OEW ihre Stimmrechte aus ihren Aktien einheitlich nach vorausgehender Beratung in einem von ihnen eingerichteten Aktionärsausschuss ausüben. Insbesondere werden EDF und OEW Kandidaten für die Wahl von Aktionärsvertretern in den aus 20 Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat vorschlagen und versuchen, mit ihren Stimmen vier von der EDF und drei – darunter den Aufsichtsratsvorsitzenden – vom OEW vorgeschlagene Aufsichtsratsmitglieder zu wählen. Außerdem wollen die Parteien der Aktionärsvereinbarung ihren Einfluss dahingehend geltend machen, dass eine von der EDF benannte Person zum Mitglied des Vorstands bestellt wird. EDF und OEW haben sich in der Aktionärsvereinbarung außerdem Beschränkungen für die Übertragung von EnBW-Aktien auferlegt.

> Angaben nach den §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht des Vorstands

In der am 7. Januar 2011 veröffentlichten Angebotsunterlage zum freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebot der NECKARPRI GmbH an die Aktionäre der EnBW hat diese bekannt gegeben, dass sie und das Land Baden-Württemberg aufgrund einer mit EDF, EDFI, OEW und der OEW Energie-Beteiligungs GmbH geschlossenen Vereinbarung mit schuldbefreiender Wirkung anstelle von EDFI und EDF in die Aktionärsvereinbarung vom 26. Juli 2000 mit OEW und der OEW Energie-Beteiligungs GmbH eintreten, wenn der Aktienkaufvertrag vollzogen wurde. Über aus diesem Anlass eventuell vorgenommene Änderungen der Aktionärsvereinbarung vom 26. Juli 2000 gegenüber dem von der EDF in ihrem Referenzdokument veröffentlichten Inhalt enthält die Angebotsunterlage der NECKARPRI GmbH keine gesonderten Informationen. Nach den Angaben in der Angebotsunterlage enthält die Aktionärsvereinbarung übliche Regelungen betreffend das Verhältnis der beiden Hauptaktionäre der EnBW AG untereinander sowie deren Verhältnis zur EnBW und der Koordinierung ihres Einflusses gegenüber der EnBW. Dazu gehören insbesondere Regelungen über die abgestimmte und teilweise einheitliche Ausübung von Stimmrechten (Stimmbindung), die Einrichtung eines Aktionärsausschusses für diese Zwecke und die wechselseitige Abstimmung hinsichtlich wesentlicher Geschäftsvorfälle und Entscheidungen. Die NECKARPRI GmbH hat darüber hinaus in der Angebotsunterlage darüber informiert, dass die Aktionärsvereinbarung möglicherweise während des Laufs der Annahmefrist des freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots geändert oder ganz oder teilweise aufgehoben wird.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des vorliegenden Lageberichts war der vorgenannte Aktienkaufvertrag noch nicht vollzogen. Die NECKARPRI GmbH und das Land Baden-Württemberg sind daher bei Aufstellung des Lageberichts noch nicht mit schuldbefreiender Wirkung anstelle von EDFI und EDF in die Aktionärsvereinbarung vom 26. Juli 2000 mit OEW und der OEW Energie-Beteiligungs GmbH eingetreten.

Gesetzliche Vorschriften und Bestimmungen der Satzung über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und über die Änderung der Satzung

Die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands obliegt dem Aufsichtsrat gemäß § 84 AktG in Verbindung mit § 31 MitbestG. Diese Kompetenz wird in § 7 Abs. 1 Satz 2 der Satzung der EnBW abgebildet. Sollte ausnahmsweise ein erforderliches Vorstandsmitglied fehlen, hat nach § 85 AktG die Bestellung eines Vorstandsmitglieds durch das Gericht zu erfolgen, wenn ein dringender Fall vorliegt.

Das Recht zu Satzungsänderungen liegt gemäß § 119 Abs. 1 Nr. 5 AktG bei der Hauptversammlung. Die entsprechenden konkretisierenden Verfahrensregeln sind in den §§ 179, 181 AktG enthalten. Aus Praktikabilitätsgesichtspunkten wurde die Kompetenz für Satzungsänderungen, die lediglich die Fassung betreffen, dem Aufsichtsrat übertragen. Diese durch § 179 Abs. 1 Satz 2 AktG eröffnete Möglichkeit ist in § 18 Abs. 2 der Satzung verankert.

Beschlüsse der Hauptversammlung zur Änderung der Satzung bedürfen nach § 179 Abs. 2 AktG einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals, sofern die Satzung nicht eine andere – für die Änderung des Unternehmensgegenstands jedoch nur eine höhere – Kapitalmehrheit bestimmt. Nach § 18 Abs. 1 der Satzung bedürfen die Beschlüsse der Hauptversammlung der Mehrheit der abgegebenen Stimmen (einfache Stimmenmehrheit), soweit nicht Gesetz oder Satzung eine größere Mehrheit oder weitere Erfordernisse bestimmen. Schreibt das Gesetz eine größere Mehrheit der abgegebenen Stimmen beziehungsweise des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals vor, so genügt in den Fällen die einfache Mehrheit, in denen das Gesetz es der Satzung überlässt, dies zu bestimmen.

Befugnisse des Vorstands hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Seit 29. April 2004 existiert bei der EnBW keine Ermächtigung der Hauptversammlung nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG zum Erwerb eigener Aktien durch die Gesellschaft mehr. Die Gesellschaft kann eigene Aktien daher nur aufgrund und nach Maßgabe der übrigen Erwerbstatbestände des § 71 Abs. 1 AktG erwerben. Die Gesellschaft verfügt zum 31. Dezember 2010 über 5.749.677 eigene Aktien, die aufgrund früherer Ermächtigungen nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erworben wurden. Die Veräußerung eigener Aktien der Gesellschaft kann über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre der Gesellschaft erfolgen. Eine Veräußerung – insbesondere Veräußerung – eigener Aktien in anderer Weise kann nur im Rahmen des Beschlusses der Hauptversammlung vom 29. April 2004 erfolgen. Aus den von der EnBW gehaltenen eigenen Aktien stehen der Gesellschaft nach § 71b AktG keine Rechte zu.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, und die hieraus folgenden Wirkungen

Folgende Vereinbarungen der EnBW stehen unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots im Sinne der §§ 289 Abs. 4 Nr. 8, 315 Abs. 4 Nr. 8 HGB:



WEITERE INFORMATIONEN
Lagebericht › Unternehmenssituation des EnBW-Konzerns
› Finanzierungsfazilitäten
› S. 64f.

Eine syndizierte Kreditlinie in Höhe von 2,442 Mrd. €, die zum 31. Dezember 2010 nicht genutzt war und eine unter dem Debt-Issuance-Programm am 12. Dezember 2008 begebene Schuldverschreibung in Höhe von 20 Mrd. JPY können von den Gläubigern beim Kontrollwerb eines Dritten gekündigt und zur Zahlung fällig gestellt werden. Dieses gilt nicht, wenn es sich bei dem Dritten um EDF oder OEW oder eine andere deutsche öffentlich-rechtliche Körperschaft handelt.

Darüber hinaus besteht ein bilaterales langfristiges Bankdarlehen in Höhe von 500 Mio. €, das vom Darlehensgeber beim Kontrollwerb eines Dritten gekündigt und zur Zahlung fällig gestellt werden kann, sofern sich durch den Kontrollwerb eine nachteilige Auswirkung auf die künftige Rückzahlung des Darlehens ergeben kann. Dieses gilt nicht, wenn es sich bei dem Dritten um EDF oder OEW handelt.

Im Rahmen des Shareholder Agreements zwischen der EnBW und Eni S.p.A. hat Eni S.p.A. im Fall eines Kontrollwechsels bei der EnBW das Recht, die 50 %-Beteiligung der EnBW an der EnBW Eni Verwaltungsgesellschaft mbH zu erwerben. Die EnBW Eni Verwaltungsgesellschaft mbH hält 100 % der Anteile an der Gasversorgung Süddeutschland GmbH. Der Kaufpreis, den die Eni S.p.A. für den Anteil der EnBW an der EnBW Eni Verwaltungsgesellschaft mbH bezahlen müsste, bemisst sich nach einem gutachterlich ermittelten Marktwert.

Im Fall eines Kontrollwechsels bei der EnBW ist die EnBW verpflichtet, ihre Aktienbeteiligung an der EWE Aktiengesellschaft (EWE) den kommunalen Anteilseignern der EWE, der Weser-Ems-Energiebeteiligungen GmbH und dem Energieverband Elbe-Weser-Beteiligungsholding GmbH, zum Kauf anzubieten. Kaufpreis ist der gutachterlich zu ermittelnde Marktpreis. Ein Kontrollwechsel liegt vor, wenn ein anderer Aktionär als EDF oder OEW unmittelbar oder mittelbar die Mehrheit der Aktien oder Stimmrechte an der EnBW erlangt, was auch durch gemeinsame Beherrschung zusammen mit einem weiteren Aktionär erreicht werden kann.

Die Ziffern 4, 5 und 9 der §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB waren bei der EnBW im Geschäftsjahr 2010 nicht einschlägig.

Wesentliche Merkmale des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystems

Der Vorstand macht nachfolgend die nach § 289 Abs. 5, 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB vorgeschriebenen Angaben.

Grundsätze

Das rechnungslegungsbezogene Interne Kontrollsystem (IKS) der EnBW soll eine ordnungsgemäße und verlässliche Finanzberichterstattung sicherstellen. Eine regelmäßige Prüfung der konzernweiten Kontrollmechanismen auf Eignung und Funktionsfähigkeit erfolgt auf Ebene der Einzelgesellschaften sowie des Konzerns und gewährleistet so die Wirksamkeit des IKS. Bestehende Kontrollschwächen können identifiziert und ihre Relevanz für den Jahresabschluss erörtert werden. Danach werden sie zeitnah behoben. Die IKS-Methodik im EnBW-Konzern basiert auf dem COSO-Standard, einem international etablierten Rahmen für Interne Kontrollsysteme.

Sofern die Kontrollmechanismen einen standardisierten und überwachten Reifegrad erreichen sowie keine wesentlichen Kontrollschwächen vorhanden sind, wird das rechnungslegungsbezogene IKS als wirksam eingestuft. Der Reifegrad ergibt sich aus dem unternehmensinternen Verständnis von einem IKS als sinnvolles Instrument der Risikovorsorge und dem Umsetzungsgrad der konzernweiten IKS-Methodik in den Konzerngesellschaften. Die Wesentlichkeit von Kontrollschwächen wird bestimmt aus der Eintrittswahrscheinlichkeit und dem Umfang einer möglichen Falschaussage im Verhältnis zu den betroffenen Jahresabschlussposten. Als ein Teil des rechnungslegungsbezogenen IKS definiert das rechnungslegungsbezogene Risikomanagementsystem Maßnahmen zur Identifizierung und Bewertung von Risiken, die das Ziel eines regelkonformen Jahresabschlusses gefährden.

Trotz eines etablierten IKS kann keine absolute Sicherheit in Bezug auf die Zielerreichung sowie die Vollständigkeit bestehen. Die Leistungsfähigkeit des IKS kann in Einzelfällen durch unvorhergesehene Veränderungen im Kontrollumfeld, kriminelle Handlungen oder menschliche Fehler beeinträchtigt werden. Nachfolgend wird die Ausgestaltung des IKS beschrieben, durch die die Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung bezogen auf den Rechnungslegungsprozess gewährleistet werden soll.

Struktur

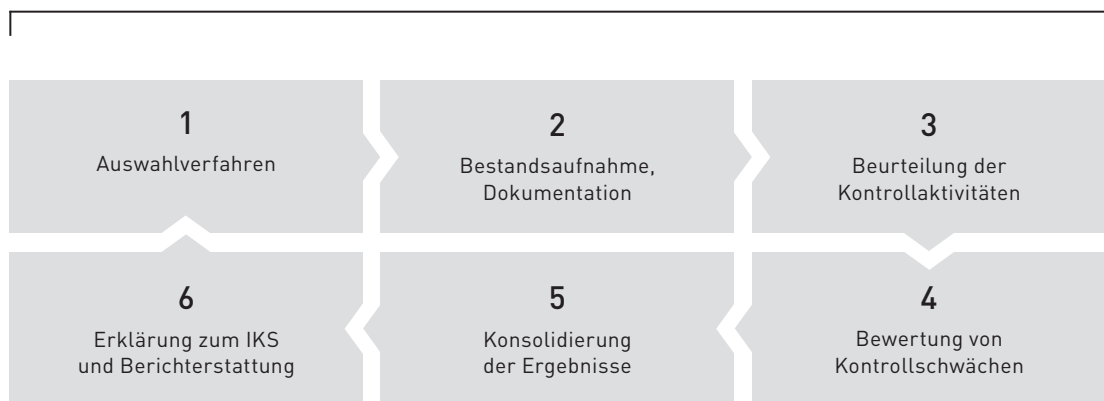
Das IKS im EnBW-Konzern unterteilt sich in eine zentrale und eine dezentrale Organisation. Alle wesentlichen Gesellschaften verfügen über einen IKS-Verantwortlichen. Dessen Aufgabe ist es, die Wirksamkeit des IKS auf Gesellschaftsebene zu überwachen und aufgetretene Kontrollschwächen zu bewerten. Ein IKS-Gesellschaftsbericht wird jährlich erstellt und durch die Geschäftsleitung der Gesellschaften genehmigt. Der auf Konzernebene angesiedelte IKS-Verantwortliche unterstützt die Einzelgesellschaften bei der Umsetzung der standardisierten Vorgehensweise und konsolidiert die erhobenen Daten. Ein aggregierter IKS-Konzernbericht wird jährlich dem Konzernvorstand vorgelegt. Dieser Bericht bildet die Grundlage für die Berichterstattung des Konzernvorstands an den vom Aufsichtsrat gebildeten Prüfungsausschuss.

Prozess

Die Vollständigkeit und Konsistenz der Jahresabschlusserstellung und -offenlegung werden über standardisierte Prozesse sichergestellt. Das rechnungslegungsbezogene IKS definiert Kontrollen, die die Einhaltung der Konzernbilanzierungsrichtlinien, der Bilanzierungsrichtlinien der Einzelgesellschaften sowie die Verfahrensanweisungen und Zeitpläne der einzelnen Rechnungslegungsprozesse gewährleisten sollen.

Das IKS durchläuft einen jährlichen Regelkreislauf, in dem die Aktualität der Dokumentation, die Eignung und Funktionalität der Kontrollen überwacht sowie auftretende Kontrollschwächen identifiziert und bewertet werden.

IKS-Phasen in der EnBW



Die für den Rechnungslegungsprozess aus Konzernsicht relevanten Gesellschaften, wesentlichen Jahresabschlussposten und Prozesse einschließlich Kontrollen werden in einem risikoorientierten Auswahlverfahren identifiziert. Dies geschieht auf Basis von quantitativen und qualitativen Risikoindikatoren.

Die im Rahmen des Auswahlverfahrens definierten Prozesse und Kontrollen werden in einem zentralen Dokumentationssystem erfasst. Auf die Dokumentationsphase folgt die Beurteilung der Wirksamkeit dieser Kontrollaktivitäten. Hierbei wird analysiert, ob die Kontrollaktivitäten grundsätzlich geeignet sind, die Risiken einer fehlerhaften Finanzberichterstattung zu reduzieren. Zudem wird die Funktionsfähigkeit der festgelegten Kontrollen überprüft, indem die Kontrolldurchführung und deren Dokumentation in regelmäßigen Abständen überwacht werden. Werden im Rahmen dieser Aktivitäten so genannte Kontrollschwächen festgestellt, schließt sich eine Bewertung der Auswirkungen auf den Jahresabschluss an. Die Ergebnisse sind die Grundlage des Berichts auf Gesellschaftsebene sowie des aggregierten Konzernberichts.

Prognosebericht

Ausgelöst durch exogene Faktoren wie die Einführung der Kernbrennstoffsteuer erwarten wir in den nächsten zwei Jahren einen deutlichen Rückgang des Ergebnisses (Adjusted EBIT). Bestehende Effizienzprogramme wurden durch das im Oktober 2010 gestartete Programm Fokus ergänzt. Es ist unser Ziel, die finanzielle Stabilität der EnBW und ihre Zukunftsfähigkeit weiterhin zu gewährleisten.

In unserem Prognosebericht gehen wir, soweit möglich, auf die erwartete künftige Entwicklung der EnBW und des Umfelds des Unternehmens in den nächsten zwei Geschäftsjahren ein.

Erwartete wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Künftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Nach einem deutlichen weltweiten Wachstumsschub im Jahr 2010 geht der Internationale Währungsfonds (IWF) auch für die Jahre 2011 und 2012 von deutlichen Zuwächsen der internationalen Wirtschaftsleistung aus. Für 2011 soll das Plus 4,2% betragen, für 2012 4,5%. Es bleibt jedoch bei einer ungleichen Entwicklung. Schwellen- und Entwicklungsländer werden demnach in beiden Jahren Wachstumsraten von deutlich über 6,0% verzeichnen. Die Industriestaaten hingegen sollen Zuwächse von 2,2% im Jahr 2011 und 2,6% im Jahr 2012 erreichen. Die Prognose von Eurostat geht in den nächsten zwei Jahren von Zuwächsen um 1,5% (2011) und 1,8% (2012) des BIP im Euroraum aus. Für die Länder Mittel- und Osteuropas sieht der IWF jeweils ein Wirtschaftswachstum von 3% bis 4% für die nächsten zwei Jahre voraus. In der Tschechischen Republik – einem strategischen Auslandsmarkt der EnBW – wird ein Wachstum von je 3,5% erwartet. Für die Türkei, ebenfalls ein Wachstumsmarkt der EnBW, prognostiziert der IWF Zuwächse von knapp unter 4,0%. In der Gemeinschaftsdiagnose gehen die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute für das Jahr 2011 von einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland von 2,0% aus. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung sieht eine Zunahme des BIP von 2,2% im Jahr 2011 voraus. Im Folgejahr soll der Anstieg dann 1,3% betragen.

Energienachfrage: Starke Wachstums- oder Schrumpfungsphasen der Gesamtwirtschaft haben insbesondere auf die Energienachfrage der Industrie einen großen Einfluss. Dies haben die Jahre 2009 und 2010 deutlich gezeigt. Nachdem die Wirtschaft in Deutschland in den nächsten Jahren moderat wachsen dürfte, gehen wir auch für die Nachfrage nach Strom und Gas in den nächsten zwei Jahren von einer geringfügigen Zunahme aus.

Künftige Entwicklung der Märkte für Primärenergieträger, CO₂-Zertifikate und Strom

Ölmarkt: Zum Jahresende 2010 lagen die Terminmarktpreise für Öl bei 92,00 US-\$/bbl für 2011 und bei 94,82 US-\$/bbl für 2012. Der durchschnittliche Preis für kurzfristige Öllieferungen lag 2010 bei 80,34 US-\$/bbl. Ursache für den erwarteten Preisanstieg ist eine Fortsetzung des weltweiten Wirtschaftswachstums und damit verbunden eine erhöhte Ölnachfrage. Beeinflusst wird das Preisniveau jedoch insbesondere von der tatsächlichen Angebots- und Nachfragesituation, der Entwicklung des US-Dollars und der Attraktivität von Rohöl als Anlageklasse.

Kohlemarkt: Ende 2010 zeigten die Marktpreise für Terminlieferungen von Steinkohle in den ARA-Raum (Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen) einen abfallenden Verlauf (2011: 122,22 US-\$/t, 2012: 120,48 US-\$/t) und lagen damit unter dem Spotpreisniveau Ende Dezember 2010. Dies spiegelt die derzeit angespannte Situation am Weltmarkt wider: Mittelfristig gehen die Teilnehmer von Preisen aus, die leicht unter dem aktuellen Spotpreisniveau liegen. Von großer Bedeutung bleiben die Importmengen von China und Indien. Insbesondere für das chinesische Importvolumen ergibt sich eine hohe Unsicherheit aus der inländischen Produktionsentwicklung.

Gasmarkt: Die Preise der langfristigen Bezugsverträge folgen in der Regel zeitversetzt dem Ölpreis. Aufgrund der höheren Terminmarktnotierungen für Öl dürften auch die Preise für Gas aus langfristigen Bezugsverträgen weiter steigen. Auf den Großhandelsmärkten hingegen werden die Gasnotierungen durch Angebot und Nachfrage beeinflusst. Auf dem niederländischen Großhandelsmarkt TTF betrug der Preis für Gaslieferungen im Jahr 2011 im Dezember 2010 durchschnittlich 22,67 €/MWh und für das Jahr 2012 durchschnittlich 23,45 €/MWh. Gegenüber dem durchschnittlichen Spotmarktpreis des Jahres 2010 von 17,38 €/MWh entspricht dies einem Aufschlag um rund 30 % für das Jahr 2011 beziehungsweise rund 35 % für das Jahr 2012. Angesichts einer derzeit guten Versorgungslage durch ein stabiles Angebot von Pipelinegas und verflüssigtem Erdgas (LNG) ist auch bei anziehender Nachfrage ein starker Preisanstieg eher unwahrscheinlich.

CO₂-Zertifikate: Wesentliche Faktoren für die Preise von CO₂-Zertifikaten sind die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die künftige Energienachfrage und das damit verbundene Emissionsaufkommen. Für die EUA-Zertifikate sind ebenfalls die Fuelswitch-Kosten (Kosten für den Wechsel von Kohle auf den CO₂-ärmeren Energieträger Gas) preisrelevant, die von den Kohle- und Gaspreisen abhängen. Zudem können politische Entscheidungen das Preisniveau beeinflussen: Anfang 2011 erwarten die Marktteilnehmer insbesondere die Bekanntgabe der Mengen der Zertifikate für 2013, die voraussichtlich erst ab 2012 zur Auktion kommen sollen. Nach der nahezu ergebnislos verlaufenen Klimaschutzkonferenz in Kopenhagen Ende 2009 verfehlte auch der Klimagipfel in Mexiko Ende 2010 das Ziel, verbindliche Maßnahmen für den Klimaschutz festzulegen. Die Unterzeichnerländer des Kyoto-Protokolls bekannten sich lediglich zur Notwendigkeit, dass die Industrieländer ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um 25 % bis 40 % gegenüber 1990 reduzieren.

Strommarkt: Nachdem der durchschnittliche Spotmarktpreis 2010 bei 44,49 €/MWh lag, notierten Terminpreise für Baseprodukte Ende 2010 bei 51,40 €/MWh (2011) sowie bei 53,60 €/MWh (2012). Die etwas höheren Preise für künftige Stromlieferungen können auf die ansteigenden Terminpreiskurven bei Gas, Öl und CO₂ für die Jahre 2011 und 2012 zurückgeführt werden. Wir gehen von einer weiter steigenden Volatilität am Großhandelsmarkt aus, die aus der Zunahme der Einspeisung und Abnahmeverpflichtung erneuerbarer Energien – insbesondere der Windenergie – resultiert. Dadurch werden häufiger niedrige und gegebenenfalls auch negative Preise in einzelnen Stunden zu beobachten sein. Dem preissenkenden Einfluss auf der Großhandelsseite stehen allerdings auf der Endkundenseite höhere Kosten infolge des Erneuerbare-Energien-Gesetzes gegenüber. Die Förderung der erneuerbaren Energien wird durch die für 2012 vorgesehene EEG-Novelle beeinflusst werden. In Abhängigkeit von möglichen Klagen können sich aus der vereinbarten Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke Auswirkungen auf die Großhandelsmarktpreise ergeben. Infolge der Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke und der ab 2013 einsetzenden Vollauktionierung der CO₂-Zertifikate kann sich die Wirtschaftlichkeit von Kraftwerken mit vergleichsweise geringem Wirkungsgrad und vergleichsweise hohen CO₂-Emissionen verringern.

Künftige politische und regulatorische Rahmenbedingungen

Die Geschäftstätigkeit der EnBW wird auch in den nächsten Jahren in erheblichem Maß durch Entscheidungen der europäischen und deutschen Energiepolitik beeinflusst werden.

Europa: Nachdem im Jahr 2010 zahlreiche Konsultationen über zukünftige Maßnahmen stattfanden, dürften sich einige Themen 2011 und 2012 konkretisieren. Dazu gehören insbesondere eine EU-Energiestrategie, Fragen zur Netzinfrastruktur, der Bereich Biodiversität und Genehmigungsverfahren. Im Fokus der Europäischen Kommission steht weiterhin der Klimaschutz, sodass hier weitere Vorgaben zu erwarten sind.

Deutschland: Das Energiekonzept der Bundesregierung wird in den nächsten Jahren weitere Initiativen und Maßnahmen nach sich ziehen. Bereits in der Diskussion sind Gesetzgebungsinitiativen im Bereich Gebäudeeffizienz. Zudem soll ein 10-Punkte-Sofortprogramm bereits bis Ende 2011 umgesetzt werden. Es umfasst beispielsweise ein Kreditprogramm für den Ausbau von Offshore-Windanlagen, die Befreiung von Speicherkraftwerken von Netzentgelten im Zuge der flexiblen Lastgestaltung sowie einen zwischen den Netzbetreibern abgestimmten Zehnjahresplan für den Netzausbau in Deutschland. Im Rahmen des ausstehenden Energiewirtschaftsgesetzes erwarten wir eine abschließende Regelung zum eigentumsrechtlichen Status der Netze.

Regulatorische Rahmenbedingungen: Für die Strom- und Gasnetze sind die individuellen Erlösobergrenzen für Netzentgelte bis 2013 beziehungsweise 2012 festgelegt. Ob die Bundesnetzagentur bis dahin ergänzende regulatorische Maßnahmen trifft, ist nicht absehbar. Die im Juli 2010 verabschiedete Gasnetzzugangsverordnung

verfolgt das Ziel, bis 2013 die Anzahl der Gasmarktgebiete von derzeit sechs auf dann maximal zwei zu reduzieren. Folglich erwarten wir demnächst weitere Zwischenschritte auf diesem Weg.

Künftige Branchenentwicklung

In Europa ist weiterhin eine zunehmende Internationalisierung und Konsolidierung der Energieunternehmen zu beobachten. Sie verstärken ihr Engagement in ausländischen Märkten, entweder über den Erwerb von Beteiligungen oder den eigenen Markteintritt. Im Fokus steht dabei die Errichtung von Erzeugungskapazitäten für Strom. Im Gasbereich liegt der Schwerpunkt insbesondere beim Zugang zu Transportkapazitäten wie Pipelines oder LNG-Terminals. Die zukünftige Investitionsplanung wird dabei auch von Veränderungen im regulatorischen Umfeld, der Nachfrage der einzelnen Verbrauchergruppen, des Angebots im europäischen Markt und der notwendigen Flexibilität bestimmt. Die EnBW stellt sich diesen Herausforderungen. Wir wollen in ausgewählten Auslandsmärkten wachsen und bauen das Gas-Midstream-Geschäft aus.

Im Geschäft mit Privat- und Industriekunden gehen wir sowohl im Strom- als auch im Gasbereich von einem weiterhin intensiven Wettbewerb aus, der sich in einzelnen Segmenten auch weiter verschärft. Ursachen hierfür sind die große Preissensibilität der Kunden und eine steigende Anzahl von branchenfremden Anbietern. Daneben nimmt jedoch in allen Kundengruppen das Bewusstsein für Energieeffizienz und der Bedarf an intelligenten Gesamtlösungen zu. Darin sehen wir Chancen, uns wirksam vom Wettbewerb zu differenzieren. Die EnBW zielt mit künftigen Angeboten auf den Themenbereich des Smart Home. Dazu gehören zum Beispiel die energieoptimierte Steuerung von Haushaltsgeräten, variable Stromtarife, die private Nutzung erneuerbarer Energiequellen sowie die Vernetzung von dezentraler Erzeugung, Verbrauch und Speicherung von Energie. Für Contractingdienstleistungen gehen aktuelle Studien bis zum Jahr 2020 von jährlichen Wachstumsraten von 8 % in den Segmenten Industrie- und Gewerbekunden aus. Gestützt wird das Wachstum durch den hohen Erneuerungsbedarf bestehender Energieanlagen und knappen Investitionsmitteln bei den Eigentümern. Darüber hinaus führt die steigende Anlagenkomplexität insbesondere bei der Kraft-Wärme-Kopplung und Biomasseanlagen zur Beauftragung externer Spezialisten wie der EnBW.

Unternehmensstrategie und künftige Unternehmensentwicklung

Künftige Unternehmensentwicklung

Investitionsprogramm

In den vorangegangenen Jahren hat die EnBW ihr Investitionsvolumen schrittweise ausgeweitet. Aufgrund der anstehenden finanziellen Belastungen haben wir das Investitionsprogramm geprüft und das Volumen reduziert. Für den Zeitraum 2011 bis 2013 planen wir Bruttoinvestitionen von 5,1 Mrd. €. Auf Sachinvestitionen entfallen davon 4,3 Mrd. €, für Finanzinvestitionen sind 0,8 Mrd. € vorgesehen. Für die strategischen Stoßrichtungen des Konzerns ergibt sich die folgende Mittelverteilung:

- > **Entwicklung Erzeugungskapazitäten:** 2,6 Mrd. €. Neben der Fertigstellung der laufenden Projekte und der Erneuerung bestehender Anlagen im konventionellen Erzeugungsbereich mit rund 1,1 Mrd. € liegt der Schwerpunkt in der Fertigstellung und im Ausbau der Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien mit rund 1,5 Mrd. €.; dabei in erster Linie für Wind- und Wasserkraft.
- > **Ausbau des Gasgeschäfts:** 0,7 Mrd. €. Der Fokus liegt auf der Umsetzung des Modells des kommerziellen Optimierers.
- > **Kernmarkt Deutschland, selektives Wachstum im Ausland:** 1,4 Mrd. €. In Deutschland steht die Umsetzung unserer Regionalstrategie im Mittelpunkt. Die Weiterentwicklung unserer Position in Tschechien stellt einen Schwerpunkt unserer Auslandsaktivitäten dar.
- > **Etablierung neuer Geschäftsfelder:** 0,4 Mrd. €. Im Mittelpunkt steht der Ausbau des integrierten Vertriebs über neue Produkte, inklusive Contracting- und Energiedienstleistungsgeschäft.

Der Anteil der Investitionen für Wachstumsprojekte beträgt rund 60 %. Die verbleibenden 40 % entfallen zu rund zwei Dritteln auf Ersatz- und zu rund einem Drittel auf Erneuerungsmaßnahmen, insbesondere für Kraftwerke und Netze.

Um die finanzielle Stabilität des Unternehmens zu gewährleisten und den Spielraum für Investitionen zu erhöhen, sehen wir im Rahmen des Investitionsprogramms auch Desinvestitionen vor. Wir prüfen Beteiligungen

fortlaufend auf ihre Bedeutung für das Kerngeschäft der EnBW. Dementsprechend sehen wir Desinvestitionen von 1,8 Mrd. € bis 2013 vor. Die Nettoinvestitionssumme für den Zeitraum 2011 bis 2013 liegt daher bei 3,3 Mrd. €.

Künftige Erzeugungskapazitäten, Absatzmärkte, Produkte, Dienstleistungen und Verfahren

Es ist unser Ziel, das Erzeugungsportfolio langfristig in einem Bereich von 14.000 bis 15.000 MW stabil zu halten. Bei der Überprüfung und Kürzung des Investitionsvolumens hat die Fertigstellung bereits begonnener Neubauten bei thermischen Kraftwerken (RDK 8 mit 912 MW) Vorrang. Konkrete Neubauprojekte sind in diesem Bereich derzeit nicht vorgesehen. Wir fokussieren stattdessen den Ausbau der erneuerbaren Energien. Der EnBW Windpark Baltic 1 mit 48 MW wird voraussichtlich im ersten Quartal 2011 als erster kommerzieller Windpark in Deutschland in Betrieb genommen. Für weitere Projekte streben wir wiederum die Beteiligung von Partnern für die Finanzierung an.

Im Zuge des Ausbaus des Gasgeschäfts prüfen wir die bestehenden Optionen für den Erwerb der VNG-Anteile. Unsere Speicherkapazitäten werden wir durch die Inbetriebnahme des Gasspeichers in Etzel im Jahr 2011 um bis zu 200 Mio. m³ erweitern. Zudem streben wir bei der Umsetzung unseres Geschäftsmodells kommerzieller Optimierer an, langfristige Gasbezugsverträge mit Importeuren abzuschließen sowie Transportrechte und LNG-Kapazitäten in unser Portfolio aufzunehmen.

Im Endkundengeschäft werden maßgebliche Vertriebsaktivitäten nun zentral von der EnBW Vertrieb GmbH gesteuert. Bei der Etablierung neuer Geschäftsfelder wird die EnBW als Energieberater und Energiedienstleister zunehmend intelligente Gesamtlösungen anbieten. Das Thema Energieeffizienz ist dabei besonders wichtig. 2010 gestartete Produkte, wie zum Beispiel die Fotovoltaik-Angebote von EnBW und Yello, werden bei einem erfolgreichen Verlauf ausgeweitet.

Darüber hinaus werden wir 2011 verstärkt mit einem bundesweiten Ökostromangebot unter der Marke Natur-Energie+ auftreten. Wir schätzen das Marktpotenzial für ein derartiges Angebot auf bis zu drei Millionen Haushalte.

Die EnBW und Watt Deutschland GmbH werden den 2010 begonnenen deutschlandweiten Vertrieb von Gas an Gewerbe- und Fialkunden intensivieren. Im Zuge unserer Regionalstrategie werden wir unsere Zusammenarbeit mit Kommunen in Baden-Württemberg verstärken. Ausbauen wollen wir auch unsere Aktivitäten in den Feldern Wärme und Contracting, beispielsweise durch eine verstärkte Ausrichtung auf kleinere und mittlere Industriekunden, große Gewerbeimmobilien sowie Kommunen und Wohnungswirtschaft. Als Pendant zu unserer Regionalstrategie in Baden-Württemberg wird ein vergleichbarer Ansatz zusammen mit der EWE Aktiengesellschaft in Norddeutschland geprüft werden. Außerdem wollen wir enger bei den Themen Erzeugung, Vertrieb, Netze, Forschung und Entwicklung sowie Telekommunikation kooperieren.

In den Auslandsmärkten wollen wir die tschechische PRE kontinuierlich zu einem integrierten Versorger entwickeln. Für 2011 und 2012 planen wir insbesondere Kostensynergien zu realisieren. In der Schweiz sehen wir gute Chancen für die Energiedienst Holding beim Ausbau erneuerbarer Energien und der Gewinnung neuer Kunden. Bis 2020 streben wir an, unsere Stromerzeugung in der Schweiz deutlich auszuweiten.

Im Oktober 2010 haben wir das Effizienzprogramm „Fokus“ gestartet. Ab dem Jahr 2013 soll das EBIT-wirksame Zielvolumen von nachhaltig 300 Mio. € pro Jahr erreicht werden.

Erwartete Geschäftsentwicklung

Aufgrund von veränderten Rahmenbedingungen im Jahr 2010 werden wir unsere ursprünglichen Wachstumsziele für das Jahr 2011 und auch 2012 nicht erreichen. Die energiepolitische Entscheidung zur Verlängerung der Laufzeit für Kernkraftwerke in Deutschland ging einher mit der Einführung einer Kernbrennstoffsteuer. Diese wird das operative Ergebnis der EnBW mit jährlich bis zu 440 Mio. € belasten.

Die EEG-Umlage ist für jede von Letztverbrauchern bezogene Kilowattstunde zu entrichten. 2010 betrug die EEG-Umlage 2,047 ct/kWh. Für 2011 ist die Belastung auf 3,530 ct/kWh gestiegen. Dies führte im Vertrieb der EnBW zu Beginn des Jahres zu einer Anhebung der Strompreise für die Kunden, da die höhere EEG-Umlage sonst vollständig durch das Unternehmen zu tragen wäre. Strompreiserhöhungen sind in dem bestehenden intensiven Wettbewerbsumfeld mit dem Risiko von Kundenverlusten verbunden.

Bei der Darstellung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens steht die operative organische Entwicklung des EnBW-Konzerns im Mittelpunkt. Auftretende Konsolidierungseffekte werden separat in der Prognose für 2011 betrachtet. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die PRE, die nach einer Aufstockung der Anteile im Jahr 2010 nicht mehr quotaal, sondern vollkonsolidiert wird. In der Vorschau für 2011 wurde die Vergleichsperiode 2010 zudem um die Ergebnisse der im Jahr 2010 veräußerten GESO und PT bereinigt und bei der Ermittlung des Ergebnisses aus der Konsolidierung berücksichtigt. Ergebnisse aus dem Verkauf von Beteiligungen werden stets als außerordentliche Effekte im neutralen Ergebnis des EnBW-Konzerns abgebildet.

Erwartete Absatz- und Umsatzentwicklung

Für die Ergebnisentwicklung ist die absolute Höhe des Umsatzes des EnBW-Konzerns von untergeordneter Bedeutung. So bestimmen insbesondere Handelsaktivitäten unserer Tradinggesellschaft den Umsatz im Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel. In Abhängigkeit von der unterjährigen Marktentwicklung können dabei durchaus hohe Schwankungen auftreten, ohne dass sich dies entsprechend im Ergebnis niederschlägt. Die Umsatzerlöse im Geschäftsfeld Gas werden in der Regel durch die Kopplung des Gaspreises an den Ölpreis beeinflusst. Für die erzielte Rohmarge des Segments Gas ist dieser Zusammenhang jedoch nicht entscheidend.

Von größerer Bedeutung für die künftige Ertragslage des Unternehmens ist der Absatz im B2C- und B2B-Bereich der Geschäftsfelder Strom Netz und Vertrieb sowie Gas. Für die Prognose 2011 gilt, dass wir von durchschnittlichen Werten für die Temperaturen ausgehen. 2010 war hingegen ein überdurchschnittlich kaltes Jahr. Vor diesem Hintergrund ergibt sich im Vergleich zu 2010 in der Vorschau per se ein witterungsbedingt negativer Absatzeffekt für das Jahr 2011. Insgesamt gehen wir im Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb 2011 von einem geringfügig sinkenden Absatz aus. Dabei wird der Rückgang im B2C-Bereich stärker von der weiteren Intensivierung des Wettbewerbs und Effizienzbestrebungen beim Energieverbrauch negativ beeinflusst werden und auch 2012 voraussichtlich andauern. Im B2B-Geschäft gehen wir nach einem geringeren Absatzminus 2011 davon aus, im Jahr 2012 das Niveau halten zu können. Im Geschäftsfeld Gas wird ebenfalls mit einem geringfügigen Rückgang zu rechnen sein. Neben dem Wettbewerb wirkt sich der beschriebene Temperatureffekt bei Gas stärker aus als im Strombereich. Temperaturbereinigt erwarten wir 2011 jedoch einen geringfügigen Anstieg der Absatzmengen im Segment Gas, der auf das B2B-Geschäft zurückzuführen ist. Im B2C-Bereich werden die Mengen auch temperaturbereinigt geringfügig sinken. 2012 sollte es auch möglich sein, die Absatzmengen wieder zu steigern.

Im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen gehen wir in den Bereichen Wasser, thermische Entsorgung und Contracting im Geschäftsjahr 2011 von einem geringfügigen Umsatzanstieg von 1% bis 3% aus.

(Außen-)Absatz oder Umsatz der Geschäftsfelder 2011¹ gegenüber dem Vorjahr

Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb (Absatz)	geringfügig fallend
Geschäftsfeld Gas ohne Handel (Absatz)	geringfügig fallend
Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen (Umsatz)	geringfügig steigend

¹ Geschäftsfelder bereinigt um Änderungen des Konsolidierungskreises.

Erwartete Ergebnisentwicklung (Adjusted EBIT)

Um den finanziellen Belastungen entgegenzusteuern, die in erster Linie aus der Kernbrennstoffsteuer resultieren, wurde zusätzlich zu den bestehenden Effizienzprogrammen im Oktober 2010 das Programm Fokus gestartet. In Summe sollen über alle Effizienzprogramme ab 2013 Einsparungen von 400 Mio. € nachhaltig erreicht werden (davon Fokus: 300 Mio. €). Die bereits bestehenden Programme waren in erster Linie auf den Vertrieb, die Stadtwerke Düsseldorf und die Shared Services im Unternehmen ausgerichtet. Im Jahr 2011 werden gegenüber 2010 daraus Einsparungen in Höhe von etwa 14 Mio. € erzielt werden können. Neben einer Verbesserung der Gemeinkosten werden sich die Effizienzsteigerungen von Fokus auch im Margenbereich bemerkbar machen.

Das Adjusted EBIT im Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel wird 2011 zurückgehen. Hauptgrund ist die Belastung aus der Kernbrennstoffsteuer. Das durch die Hedging-Strategie erreichte Preisniveau 2011 sollte im Bereich des Vorjahres liegen. Positiv werden sich Mengeneffekte durch unsere Erzeugungskapazitäten auswirken. Durch die vereinbarte Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke wird unser Kraftwerk GKN 1 weiter Strom produzieren. Außerdem werden Strombezüge aus dem 2011 in Betrieb genommenen Steinkohlekraftwerk Walsum hinzukommen und der EnBW Windpark Baltic 1 wird fast das gesamte Jahr zur Stromproduktion zur Verfügung stehen. Zur Entlastung der Ergebnissituation im Geschäftsfeld wird auch das Programm Fokus beitragen, dessen Effizienzsteigerungen zu einem Großteil im Upstream-Bereich greifen. Auch 2012 wird noch

nicht mit einer Umkehr der Ergebnisentwicklung in dem Geschäftsfeld gegenüber 2011 zu rechnen sein. Hier werden sich die in der Vergangenheit gefallen Preise auf den Großhandelsmärkten für Strom bemerkbar machen.

Im Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb erwarten wir 2011 ebenfalls eine deutliche Ergebnisminderung. Im regulierten Bereich ist von leicht sinkenden Netzentgelten auszugehen. Grund hierfür ist der beschriebene Temperatureffekt, der 2011 zu einer witterungsbedingten Verringerung der durchgeleiteten Mengen im Vergleich zu 2010 führen dürfte. Zudem gehen wir von steigenden Kosten für die Anbindung von Offshore-Windparks und Solaranlagen aus, die erst in späteren Perioden in den Netzentgelten berücksichtigt werden. Der Vertriebsbereich sieht sich weiter mit einem intensiven Wettbewerb konfrontiert. Zusätzlich können Kundenverluste in Zusammenhang mit der Strompreiserhöhung im Zuge der gestiegenen EEG-Umlage belasten. Die im Jahresverlauf 2010 gestarteten Produktentwicklungen werden sich 2011 mit erhöhten Anlaufkosten bemerkbar machen. Positive Effekte resultieren aus den bestehenden Effizienzprogrammen, insbesondere im regulierten Bereich. Für 2012 gehen wir von einer positiven Ergebnisentwicklung für das Geschäftsfeld aus.

Für das Geschäftsfeld Gas wird sich 2011 ein Rückgang im Adjusted EBIT einstellen. Erstmalig positive Margeneffekte aus der Gas-Midstream-Strategie können negative Faktoren in den Bereichen Netz und Vertrieb nicht auffangen. Hier ist mit rückläufigen Mengen aufgrund des Temperatureffekts und von Kundenverlusten im B2C zu rechnen. Daraus ergeben sich sinkende Margen und verringerte Netzentgelte. 2012 gehen wir gegenüber 2011 von einem konstanten Ergebnis aus.

Im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen stehen dem positiven Ergebnisbeitrag aus der Inbetriebnahme des Heizkraftwerks in Eisenhüttenstadt im Contractingbereich Kostensteigerungen im Shared-Service-Bereich gegenüber. Diese resultieren unter anderem aus dem tariflichen Bereich. Zudem werden 2011 Anlaufkosten für weitere Effizienzprogramme belastend auf das Ergebnis wirken, wodurch wir einen Ergebnisrückgang in diesem Geschäftsfeld im Jahr 2011 erwarten. 2012 sollten die angelaufenen Effizienzprogramme jedoch zu einem deutlichen Anstieg des Adjusted EBIT führen.

Der Konsolidierungseffekt im Jahr 2011 wird einen vernachlässigbaren Einfluss auf die Entwicklung des Adjusted EBIT des Konzerns haben. Der positive Effekt aus der Vollkonsolidierung der PRE wird durch den Ergebnisrückgang aus dem Abgang von GESO und PT 2010 kompensiert.

Das Adjusted EBIT auf Konzernebene wird 2011 zwischen -10% und -15% unter dem Niveau von 2010 liegen. Die laufenden und neu begonnenen Effizienzprogramme können die entstehenden Belastungen nur zum Teil ausgleichen. Auch im Geschäftsjahr 2012 kann nicht von einer Trendumkehr ausgegangen werden.

Ergebnisentwicklung 2011 (Adjusted EBIT)¹ gegenüber dem Vorjahr	
Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel	fallend
Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb	deutlich fallend
Geschäftsfeld Gas	fallend
Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen	fallend
Konsolidierungskreis	kein Effekt
Adjusted EBIT Konzern	-10% bis -15%

¹ Geschäftsfelder bereinigt um Änderungen des Konsolidierungskreises.

Adjusted Konzernüberschuss, Dividende, neutrales Ergebnis und ROCE

Für das Adjusted Beteiligungsergebnis und das Adjusted Finanzergebnis erwarten wir 2011 eine deutliche Verbesserung im Vergleich zum Geschäftsjahr 2010. Die Adjusted Steuerquote wird aufgrund des höheren Anteils des Beteiligungsergebnisses am Gesamtergebnis 2011 im Vergleich zu 2010 voraussichtlich zurückgehen. Durch den Ergebnisrückgang im operativen Geschäft, der zum Teil durch das steigende Finanzergebnis kompensiert werden kann, gehen wir von einem sinkenden Adjusted Konzernüberschuss im Geschäftsjahr 2011 aus (-5 % bis -10 %). Diese Entwicklung wird sich auch 2012 fortschreiben. Das neutrale Ergebnis des Jahres 2011 wird unter dem Niveau von 2010 liegen, das durch den Verkauf der GESO und der Umstrukturierung unserer Beteiligungen in Tschechien sehr positiv beeinflusst war.

Die angekündigten Investitionen werden wir voraussichtlich aus dem laufenden Cashflow finanzieren können. Die bereinigten Nettoschulden werden aufgrund des reduzierten Investitionsvolumens und des soliden Cashflows weiter sinken. Dies gewährleistet trotz des angekündigten Ergebnisrückgangs, dass sich der dynamische Verschuldungsgrad nicht über dem Grenzwert von 3,5 bewegt. Der Erhalt des A-Ratings ist dabei unser Ziel. Unter Berücksichtigung der finanziellen Stabilität streben wir eine Ausschüttungsquote von rund 40 % bis 60 % – bezogen auf den Adjusted Konzernüberschuss – an.

Der Rückgang des Return on Capital Employed (ROCE) im Jahr 2010 wird sich auch 2011 fortsetzen. Das Capital Employed wird weiter steigen, da die Investitionen das Niveau der Abschreibungen übertreffen. Dem steht eine rückläufige Ergebnisentwicklung gegenüber.

Entwicklung der EnBW AG

Das Ergebnis der EnBW AG ist wesentlich durch das Beteiligungsergebnis geprägt, insofern wirkt sich der erwartete Ergebnisrückgang im operativen Geschäft des Konzerns auch auf das Ergebnis der EnBW AG aus. Aufgrund der Inanspruchnahme der Übergangsvorschriften für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gem. Art. 67 EGHGB wird auch das Ergebnis 2011 durch außerordentliche Aufwendungen negativ beeinflusst. Zudem war das Ergebnis der EnBW AG 2010 von positiven Einmaleffekten aus dem Abgang von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen maßgeblich geprägt. Da diese Effekte im Geschäftsjahr 2011 entfallen werden, rechnen wir für 2011 mit einem deutlichen Rückgang des Jahresüberschusses. Für das Geschäftsjahr 2012 erwarten wir ein Ergebnis auf dem Niveau von 2011.

Wesentliche Chancen und Risiken der nächsten zwei Jahre

Die Erzeugungsmarge, in der sich die Entwicklung der Rohstoff- und Strompreise widerspiegelt, ist entscheidend für das künftige Ergebnis der EnBW. Im Zuge unserer Sicherungsstrategie sind jedoch die wesentlichen Volumina für das Jahr 2011 und weitgehend auch für das Folgejahr über getätigte Termingeschäfte gesichert. In den Jahren danach steigen naturgemäß die offenen Mengen und somit sowohl die Chancen als auch die Risiken.

Ein weiterer Risikofaktor für die Ertragslage stellt die Verfügbarkeit unserer Kraftwerke dar. In der Vergangenheit konnten unsere Kraftwerke im nationalen Vergleich stets überdurchschnittliche Werte in Bezug auf die Verfügbarkeiten erzielen.

Im Vertrieb bestehen erhebliche Risiken in Bezug auf das Kundenverhalten als Folge der Preiserhöhung, die aufgrund der Anhebung der EEG-Umlage notwendig ist. Änderungen des Verbraucherverhaltens können zudem durch andere Faktoren (beispielsweise Förderprogramme zur Energieeffizienz) entstehen. Risiken ergeben sich für den Strom- und Gasvertrieb sowie den Kundenbestand weiterhin aus nicht absehbaren Aktivitäten der Wettbewerber sowie aus dem durch Unsicherheit geprägten politischen und rechtlichen Rahmen für Preismaßnahmen. Der Gasabsatz ist grundsätzlich in hohem Maße von Temperaturschwankungen abhängig. Die konjunkturelle Entwicklung beeinflusst insbesondere den Verbrauch von Industrie und Gewerbe.

Die Umsetzung des 3. Binnenmarktpakets der EU ist in Deutschland noch nicht erfolgt. Die Bundesregierung hat die Möglichkeit, die Netze in den Unternehmen zu belassen. Das Risiko eines Ownership Unbundlings ist jedoch nicht auszuschließen.

Im Contractingmarkt sehen wir vor allem im Bereich der dezentralen Erzeugung zusätzliches Wachstumspotenzial. Dieses beruht auf den Anstrengungen für den Klimaschutz und zur Steigerung der Energieeffizienz. Besondere Bedeutung kommt dabei der kombinierten Erzeugung von Wärme und Strom sowie der Einsatzmöglichkeit von biogenen Brennstoffen für dezentrale Erzeugungslösungen zu. Das Interesse von Unternehmen über alle Branchen hinweg nach gesamthaften und komplexen Contractingmodellen nimmt unserer Erfahrung nach zu. Dies eröffnet neue Marktchancen als einer der führenden Contractinggesellschaften in Deutschland. Chancen für den Vertrieb bestehen aus den 2010 neu eingeführten und geplanten Produkten. Zu nennen sind beispielsweise die Bereiche Elektromobilität, Fotovoltaik-Angebote oder Ökostromprodukte.

Chancen und Risiken ergeben sich für die Kapitalanlagen der EnBW auch aus der Entwicklung der volatilen Kapitalmärkte. Sofern eine Kursentwicklung zu Wertminderungen führt, die signifikant oder länger anhaltend sind, ist eine Abschreibung auf die entsprechenden Wertpapiere vorzunehmen. Bei den Beteiligungen der EnBW spielt der gewichtete Kapitalkostensatz (WACC) eine wesentliche Rolle bei der Bewertung. Dieser ist unter anderem vom risikofreien Zinssatz abhängig. Im Fall eines Anstiegs der entsprechenden Zinssätze und somit des WACC kann sich bei unseren Beteiligungen ein Abwertungsbedarf in signifikanter Höhe ergeben. Zudem können Änderungen bei der Einschätzung der künftigen Profitabilität von Konzernunternehmen Wertberichtigungen notwendig machen.

Entwicklungen im Personal- und Sozialbereich

Angesichts einer sich kontinuierlich verändernden Arbeitswelt liegt ein Hauptaugenmerk im Personalbereich auf der Sicherung der Leistungsfähigkeit unserer Mitarbeiter. Die Kompetenzen von Mitarbeitern und Führungskräften zählen zu den wertvollsten Ressourcen eines Unternehmens. Die optimale Qualifikation und kontinuierliche Weiterentwicklung der Mitarbeiter sichern langfristig unsere Wettbewerbsfähigkeit. Aufgabe des Kompetenzmanagements ist, die Kompetenzen der jeweiligen Mitarbeiter zu beschreiben und transparent zu machen sowie effektiv zu nutzen und hinsichtlich der strategischen Unternehmensziele zu entwickeln. Das Kompetenzmanagement ist die Ergänzung des bereits im Konzern etablierten Mitarbeitergesprächs. Es kommt künftig als Steuerinstrument beim Dialog von Mitarbeiter und Führungskraft zum Einsatz.

Mit der Einführung des systematischen Prozesses zur Managemententwicklung EnBW (ME EnBW) wird die Stärkung der Managementkompetenzen auf allen Ebenen fortgesetzt. Die bewährten Personalinstrumente zur Identifikation und Entwicklung von Führungs(nachwuchs)kräften, wie die jährlichen Führungskonferenzen, sind in diesen Prozess integriert. Zur weiteren Professionalisierung des Topmanagements beginnt 2011 das verbindliche Entwicklungsprogramm „Fit im Topmanagement“. Die Vorschriften des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) werden auch auf die Organmitglieder der Konzerngesellschaften angewendet. Ab 2011 wird ein Vergütungssystem für diesen Personenkreis eingeführt, das insbesondere den Anforderungen nach Angemessenheit und Nachhaltigkeit der Vergütung gerecht wird.

Aufbauend auf Ergebnissen der letzten Mitarbeiterbefragung wurde im Jahr 2010 ein konzernweites Projekt „Exzellenz in der Ausbildung“ aufgelegt. So zeigen interne demografische Analysen mittel- bis langfristig einen größeren Ersatzbedarf an Mitarbeitern mit der Qualifikation „abgeschlossene Berufsausbildung“ im Unternehmen. Parallel dazu werden stark rückläufige Schülerzahlen zu einem größeren Wettbewerb um die besten Auszubildenden führen. Ziel des Projekts ist es, die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der EnBW-Berufsausbildung (Ausbildungsberufe und Studiengänge) nachhaltig zu steigern.

Mit dem Ziel, Frauen in Fach- und Führungspositionen zu fördern, wird die EnBW ab 2011 ein Kooperationsunternehmen der Femtec. Dieses Hochschulkarrierezentrum für Frauen will die beruflichen Ein- und Aufstiegschancen von Absolventinnen der sogenannten MINT-Studiengänge (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) nachhaltig verbessern. In einem starken Netzwerk mit namhaften Universitäten wie dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT) und der RWTH Aachen sowie anderen deutschen Unternehmen wie Siemens oder Bosch möchte die EnBW die Kooperation nutzen, mit talentierten Studentinnen und Absolventinnen intensive Kontakte zu knüpfen. Neben Angeboten für studentische Tätigkeiten macht die EnBW in Form von Exkursionen, Networking-Events oder Innovationswerkstätten auch außerhalb Baden-Württembergs auf sich aufmerksam.

Mittelfristig wird die Mitarbeiterzahl im EnBW-Konzern ein moderates Wachstum verzeichnen. Wesentliche Treiber sind dabei strategiebasierte Einstellungen (neue Geschäftsfelder), Einstellungen aufgrund regulatorischer und gesetzlicher Anforderungen und zur Vorbeugung der demografischen, altersbedingten Personalabgänge. Dementsprechend wird sich der Personalaufwand über die Mengen- und Tarifeffekte mittelfristig erhöhen.

Entwicklung von Forschung und Entwicklung

In den Jahren 2011 und 2012 werden die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung etwa auf dem Niveau des Jahres 2010 (33,8 Mio. €) liegen. Zudem gehen wir von einer unveränderten Mitarbeiterzahl in dem Bereich aus. Die Leitlinien unserer Forschung und Entwicklung bleiben entlang der gesamten Wertschöpfungskette bestehen. Im Fokus der kommenden Jahre steht weiterhin die Erforschung chemischer und biologischer Verfahren zur Minderung des CO₂-Ausstoßes bei Kraftwerken. Wir wollen unser Engagement bei dezentralen Kleinkraftwerken insbesondere in Verbindung mit der Brennstoffzelle und bei der Entwicklung von Smart Grids einschließlich dezentraler Speicher erhöhen. Die Elektromobilität bildet einen weiteren Schwerpunkt unserer F&E-Arbeit. Wir setzen dabei die Modellversuche zur Energiebereitstellung für den Verkehr fort und nehmen Tests zur Erprobung von Wasserstoff als Treibstoff in Angriff.

Gesamtbeurteilung der voraussichtlichen Entwicklung

Durch die Belastungen aus der Kernbrennstoffsteuer und dem intensiven Wettbewerb gehen wir von einem Rückgang des Adjusted EBIT von 10% bis 15% im Jahr 2011 aus. Bereits angelaufene Effizienzprogramme und das neu aufgelegte Programm Fokus können diese Entwicklung nur teilweise ausgleichen. Für 2012 erwarten wir einen ähnlichen Verlauf. Vor diesem Hintergrund haben wir das Investitionsvolumen reduziert. Für den Zeitraum 2011 bis 2013 planen wir Nettoinvestitionen in Höhe von 3,3 Mrd. €, die wir voraussichtlich aus dem Cashflow finanzieren werden. Die bereinigten Nettofinanzschulden werden wir senken, um die solide Finanzsituation der EnBW zu gewährleisten. Das Rating im A-Bereich ist dabei unser Ziel.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Annahmen und Prognosen der Unternehmensleitung der EnBW beruhen. Solche Aussagen sind Risiken und Ungewissheiten unterworfen. Diese und andere Faktoren können dazu führen, dass die tatsächlichen Ergebnisse, die Finanzlage, die Entwicklungen oder die Performance der Gesellschaft wesentlich von den hier abgegebenen Einschätzungen abweichen. Die EnBW übernimmt keinerlei Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben und an künftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.





MARKTVIELFALT

Gemeinsam mit der Pražská energetika a. s. will die EnBW in Tschechien Zukunftsperspektiven nutzen und Projekte entwickeln.

Jede Partnerschaft braucht eine unternehmerische Perspektive. Erfolgversprechend ist sie dann, wenn sich die Fähigkeiten der Partner ergänzen und beide Seiten profitieren.

Im Rahmen ihrer strategischen Ausrichtung investiert die EnBW auch in ausländische Wachstumsmärkte. Außer in Tschechien halten wir Beteiligungen in der Türkei, Ungarn, Polen, der Schweiz und Österreich. Wichtig ist für uns, dass neue Marktaktivitäten ebenso wie neue Partner zu unserer Strategie passen. Auf die nationalen Marktbesonderheiten wollen wir uns einlassen. Unsere Partner vor Ort haben in der Regel einen besseren Zugang zu den Märkten und können uns Möglich-

keiten für Beteiligungen und Geschäftsabschlüsse aufzeigen. Im Idealfall entsteht für uns und unsere Partner eine Win-win-Situation: unsere jeweiligen Fähigkeiten ergänzen sich und im Ergebnis hat der Kunde vor Ort ein besseres und breiteres Leistungsangebot. Dies wollen wir auch gemeinsam mit der Pražská energetika a. s. erreichen. Das Kooperationsprojekt MOST („most“ = tschechisch für Brücke) ist dabei die Basis für den Know-how-Transfer zwischen beiden Unternehmen.

INTERNATIONALE NETZWERKE UND PARTNERSCHAFTEN DER ENBW



Schweiz / Österreich

Energiedienst Holding AG (81,72 %)
Kraftwerk Ryburg-
Schwörstadt AG (38,00 %)
EVN AG (32,47 %)

Ungarn

Budapesti Elektromos
Művek Nyrt. (27,25 %)
Észak-Magyarországi
Áramszolgáltató Nyrt. (26,83 %)
Mátrai Erőmű ZRt. (21,71 %)

Türkei

Borusan EnBW Enerji yatırımları
ve Üretim A. Ş. (50,00 %)

Polen

Elektrownia Rybnik (32,45 %)
Zespól Elektrociepłowni
Wrocławskich Kogeneracja S.A. (15,59 %)

Tschechien

Pražská energetika a. s.
(durchgerechnet 69,62 %)



Jiří Kalousek, Projektleiter des Kooperationsprojekts MOST der Pražská energetika a.s. (PRE)

„Um im liberalisierten Strommarkt zu bestehen, setzt die PRE künftig auf noch mehr Service und Qualität bei der Kundenbetreuung. Die EnBW unterstützt uns dabei.“

Jahresabschluss

des EnBW-Konzerns

123	Gewinn- und Verlustrechnung
124	Gesamtperiodenerfolgsrechnung
125	Bilanz
126	Cashflow-Rechnung
128	Eigenkapitalpiegel
130	Anhang
226	Bestätigungsvermerk
227	Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Gewinn- und Verlustrechnung des EnBW-Konzerns

Mio. €	Anhang	2010	2009
Umsatzerlöse inklusive Strom- und Erdgassteuer		18.406,2	16.537,5
Strom- und Erdgassteuer		-897,2	-973,3
Umsatzerlöse	(1)	17.509,0	15.564,2
Bestandsveränderung		7,8	-2,1
Andere aktivierte Eigenleistungen		65,1	69,6
Sonstige betriebliche Erträge	(2)	1.317,4	1.014,2
Materialaufwand	(3)	-12.997,7	-11.121,1
Personalaufwand	(4)	-1.670,4	-1.617,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(5)	-951,4	-1.159,0
EBITDA		3.279,8	2.748,2
Abschreibungen	(6)	-1.162,8	-858,9
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)		2.117,0	1.889,3
Beteiligungsergebnis	(7)	103,2	82,3
davon Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen		(93,0)	(80,7)
davon übriges Beteiligungsergebnis		(10,2)	(1,6)
Finanzergebnis	(8)	-689,7	-714,4
davon Finanzerträge		(371,0)	(374,3)
davon Finanzaufwendungen		(-1.060,7)	(-1.088,7)
Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT)		1.530,5	1.257,2
Ertragsteuern	(9)	-365,0	-432,8
Konzernüberschuss		1.165,5	824,4
davon auf nicht beherrschende Anteile entfallender Gewinn		(-5,0)	(56,2)
davon auf die Aktionäre der EnBW AG entfallender Gewinn		(1.170,5)	(768,2)
Aktien im Umlauf (Mio. Stück), gewichtet		244,257	244,257
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss (€)^{1, 2}		4,79	3,15

¹ Verwässert und unverwässert; bezogen auf den auf die Aktionäre der EnBW AG entfallenden Gewinn.

² Weitere Angaben im Anhang unter Sonstige Angaben.

Gesamtperiodenerfolgsrechnung des EnBW-Konzerns

Mio. €	2010	2009
Konzernüberschuss	1.165,5	824,4
Unterschiedsbetrag aus der Währungsumrechnung	-47,7	1,5
Cashflow Hedge	367,8	11,5
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	178,1	347,9
At equity bewertete Unternehmen	-17,1	-108,0
Ertragsteuern auf ergebnisneutral erfasste Aufwendungen und Erträge	-119,3	23,2
Summe der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge	361,8	276,1
Gesamtperiodenerfolg	1.527,3	1.100,5
davon auf nicht beherrschende Anteile entfallender Gewinn	(-1,8)	(67,8)
davon auf die Aktionäre der EnBW AG entfallender Gewinn	(1.529,1)	(1.032,7)

Bilanz des EnBW-Konzerns

Mio. € ¹	Anhang	31.12.2010	31.12.2009
Aktiva			
Langfristige Vermögenswerte			
Immaterielle Vermögenswerte	(10)	2.197,0	1.746,9
Sachanlagen	(11)	13.343,3	11.925,2
Investment Properties	(12)	99,0	70,3
At equity bewertete Unternehmen	(13)	3.752,5	3.756,7
Übrige finanzielle Vermögenswerte	(14)	5.950,6	5.691,4
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(15)	479,2	425,9
Ertragsteuererstattungsansprüche	(16)	23,7	215,9
Sonstige langfristige Vermögenswerte	(17)	290,9	203,8
Latente Steuern	(23)	28,2	29,2
		26.164,4	24.065,3
Kurzfristige Vermögenswerte			
Vorratsvermögen	(18)	991,1	944,8
Finanzielle Vermögenswerte	(19)	955,8	771,7
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(15)	3.213,8	2.807,5
Ertragsteuererstattungsansprüche	(16)	389,1	241,2
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	(17)	1.635,5	2.639,5
Flüssige Mittel	(20)	1.878,3	1.470,8
		9.063,6	8.875,5
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	(25)	11,8	1.698,0
		9.075,4	10.573,5
		35.239,8	34.638,8
Passiva			
Eigenkapital	(21)		
Anteile der Aktionäre der EnBW AG			
Gezeichnetes Kapital		640,0	640,0
Kapitalrücklage		22,2	22,2
Gewinnrücklagen		5.443,3	4.646,5
Eigene Aktien		-204,1	-204,1
Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen		583,8	225,2
		6.485,2	5.329,8
Nicht beherrschende Anteile		1.133,0	1.077,9
		7.618,2	6.407,7
Langfristige Schulden			
Rückstellungen ²	(22)	9.767,8	9.399,8
Latente Steuern	(23)	1.798,6	1.677,0
Finanzverbindlichkeiten	(24)	6.677,4	6.737,0
Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	(24)	1.965,7	1.948,3
		20.209,5	19.762,1
Kurzfristige Schulden			
Rückstellungen ³	(22)	1.213,2	1.006,2
Finanzverbindlichkeiten	(24)	643,5	447,3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(24)	3.164,4	2.803,4
Ertragsteuerverbindlichkeiten	(24)	47,7	27,1
Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	(24)	2.343,3	3.416,9
		7.412,1	7.700,9
Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	(25)	0,0	768,1
		7.412,1	8.469,0
		35.239,8	34.638,8

¹ Vorjahreszahlen angepasst. Weitere Angaben im Anhang unter Anpassung Vorjahreszahlen.

² Davon langfristige Ertragsteuerrückstellungen: 195,6 Mio. € (Vorjahr: 143,3 Mio. €).

³ Davon kurzfristige Ertragsteuerrückstellungen: 163,0 Mio. € (Vorjahr: 84,2 Mio. €).

Cashflow-Rechnung des EnBW-Konzerns

Mio. € ¹	2010	2009
1. Operativer Bereich		
EBITDA	3.279,8	2.748,2
Veränderung der langfristigen Rückstellungen	-90,6	-393,0
Ergebnis aus Anlagenabgängen	-182,3	-14,6
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-259,2	87,1
Funds from Operations (FFO) vor Steuern und Finanzierung	2.747,7	2.427,7
Veränderung der Vermögenswerte und Schulden aus operativer Geschäftstätigkeit	124,8	212,7
Vorräte	(-83,2)	(-64,1)
Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(-155,2)	(-194,6)
Saldo aus sonstigen Vermögenswerten und Schulden	(278,9)	(513,1)
Kurzfristige Rückstellungen	(84,3)	(-41,7)
Gezahlte Ertragsteuern	-311,6	-197,0
Operating Cashflow	2.560,9	2.443,4
2. Investitionsbereich		
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	-1.624,8	-1.309,4
Einzahlungen aus Verkäufen immaterieller Vermögenswerte und Sachanlagen	45,7	93,0
Zugänge von Baukosten- und Investitionszuschüssen	78,3	65,1
Auszahlungen aus dem Erwerb von voll- und quotenkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen	-631,0	-3.016,7
Einzahlungen aus dem Verkauf von voll- und quotenkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen	780,9	45,0
Investitionen in sonstige finanzielle Vermögenswerte	-1.099,4	-1.227,5
Einzahlungen aus dem Verkauf sonstiger finanzieller Vermögenswerte	746,8	572,2
Einzahlungen/Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	49,3	-229,8
Erhaltene Zinsen	230,4	235,8
Erhaltene Dividenden	151,2	142,7
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-1.272,6	-4.629,6

¹ Weitere Angaben im Anhang unter Sonstige Angaben.

> Cashflow-Rechnung
des EnBW-Konzerns

Mio. € ¹	2010	2009
3. Finanzierungsbereich		
Gezahlte Zinsen Finanzierungsbereich	-355,1	-357,4
Gezahlte Dividenden	-419,2	-542,3
Aufnahme von Finanzverbindlichkeiten	431,1	2.084,9
Tilgung von Finanzverbindlichkeiten	-658,0	-506,6
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-1.001,2	678,6
Zahlungswirksame Veränderung der flüssigen Mittel	287,1	-1.507,6
Währungskursveränderung der flüssigen Mittel	12,3	2,0
Veränderung der flüssigen Mittel	299,4	-1.505,6
Flüssige Mittel am Anfang der Periode	1.578,9	3.084,5
Flüssige Mittel am Ende der Periode	1.878,3	1.578,9
davon flüssige Mittel innerhalb der kurzfristigen Vermögenswerte	(1.878,3)	(1.470,8)
davon flüssige Mittel der zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte	(0,0)	(108,1)

¹ Weitere Angaben im Anhang unter Sonstige Angaben.

Mio. €	2010	2009
Gezahlte Zinsen Investitionsbereich (aktivierte Fremdkapitalkosten)	-50,5	-22,7
Gezahlte Zinsen Finanzierungsbereich	-355,1	-357,4
Gesamtbetrag der in der Periode gezahlten Zinsen	-405,6	-380,1

Eigenkapitalspiegel des EnBW-Konzerns

Mio. € ¹	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen	Eigene Aktien
Stand: 01.01.2009	640,0	22,2	4.369,3	-204,1
Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen				
Konzernüberschuss			768,2	
Gesamtperiodenerfolg	0,0	0,0	768,2	0,0
Gezahlte Dividenden			-491,0	
Übrige Veränderungen				
Stand: 31.12.2009	640,0	22,2	4.646,5	-204,1
Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen				
Konzernüberschuss			1.170,5	
Gesamtperiodenerfolg	0,0	0,0	1.170,5	0,0
Gezahlte Dividenden			-373,7	
Übrige Veränderungen				
Stand: 31.12.2010	640,0	22,2	5.443,3	-204,1

¹ Weitere Angaben im Anhang unter [21] Eigenkapital.

² Davon kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten zum 31.12.2010 in Höhe von 0,0 Mio. € (31.12.2009: 22,1 Mio. €). Auf die Aktionäre der EnBW AG entfallend: 0,0 Mio. € (31.12.2009: 19,0 Mio. €). Auf die nicht beherrschenden Anteile entfallend: 0,0 Mio. € (31.12.2009: 3,1 Mio. €).

> Eigenkapitalspiegel
des EnBW-Konzerns

Unterschiedsbetrag aus der Währungsrechnung	Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen ²					Summe
	Cashflow Hedge	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	At equity bewertete Unternehmen	Anteile der Aktionäre der EnBW AG ²	Nicht beherrschende Anteile ²	
-3,2	-184,7	16,8	131,8	4.788,1	803,4	5.591,5
-1,1	54,4	319,2	-108,0	264,5	11,6	276,1
				768,2	56,2	824,4
-1,1	54,4	319,2	-108,0	1.032,7	67,8	1.100,5
				-491,0	-51,3	-542,3
				0,0	258,0	258,0
-4,3	-130,3	336,0	23,8	5.329,8	1.077,9	6.407,7
-46,3	233,1	188,9	-17,1	358,6	3,2	361,8
				1.170,5	-5,0	1.165,5
-46,3	233,1	188,9	-17,1	1.529,1	-1,8	1.527,3
				-373,7	-45,5	-419,2
				0,0	102,4	102,4
-50,6	102,8	524,9	6,7	6.485,2	1.133,0	7.618,2

Anhang des EnBW-Konzerns zum Jahresabschluss 2010

Allgemeine Grundlagen

Der Konzernabschluss der EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) wird entsprechend § 315a Abs. 1 HGB zu den am Bilanzstichtag verpflichtend in der Europäischen Union anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Zusätzlich werden die Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) beachtet. Noch nicht verpflichtend in Kraft getretene IFRS und IFRIC werden nicht angewendet. Der Konzernabschluss entspricht damit den vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichten IFRS und IFRIC, soweit diese in EU-Recht übernommen wurden.

Der Konzernabschluss wird in Millionen Euro (Mio. €) ausgewiesen. Neben der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Gesamtperiodenerfolgsrechnung, die Bilanz, die Cashflow-Rechnung sowie der Eigenkapitalspiegel des EnBW-Konzerns gesondert dargestellt.

Zur übersichtlicheren Darstellung sind in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie in der Bilanz Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert aufgeführt und erläutert.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Der Konzernabschluss wird auf den Stichtag des Jahresabschlusses des Mutterunternehmens aufgestellt. Das Geschäftsjahr des Mutterunternehmens ist das Kalenderjahr.

Der Sitz der Gesellschaft ist Karlsruhe, Deutschland. Die Anschrift lautet EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe.

Die Hauptaktivitäten der EnBW sind den Angaben zur Segmentberichterstattung zu entnehmen.

Der Vorstand der EnBW hat den Konzernabschluss am 4. Februar 2011 aufgestellt.

Konsolidierungsgrundsätze

Die in die Konsolidierung einbezogenen Abschlüsse der in- und ausländischen Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen wurden einheitlich nach den bei der EnBW geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt unter Anwendung der Erwerbsmethode. Die Anschaffungskosten eines Unternehmenserwerbs werden nach den beizulegenden Zeitwerten der hingegebenen Vermögenswerte und der eingegangenen oder übernommenen Verbindlichkeiten zum Erwerbszeitpunkt bemessen. Die Bewertung von nicht beherrschenden Anteilen erfolgt zum anteiligen beizulegenden Zeitwert der identifizierten Vermögenswerte und der übernommenen Verbindlichkeiten. Anschaffungsnebenkosten werden zum Zeitpunkt ihres Entstehens ab 2010 als Aufwand erfasst. Bei sukzessiven Unternehmenszusammenschlüssen wird der vom Erwerber zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltene Eigenkapitalanteil zum beizulegenden Zeitwert am Erwerbszeitpunkt neu bestimmt und der daraus resultierende Gewinn oder Verlust ab 2010 erfolgswirksam erfasst. Der Geschäfts- oder Firmenwert ermittelt sich aus dem Überschuss der übertragenen Gegenleistung und des Betrags aller nicht beherrschenden Anteile an dem erworbenen Unternehmen über die erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte und übernommenen Schulden. Liegt diese Gegenleistung unter dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen Reinvermögens, wird der Unterschiedsbetrag nach nochmaliger Überprüfung sofort erfolgswirksam erfasst.

Eine Veränderung der Beteiligungshöhe an einem weiterhin vollkonsolidierten Unternehmen wird als Eigenkapitaltransaktion bilanziert. Zum Zeitpunkt des Beherrschungsverlusts werden sämtliche verbliebenen Anteile zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet.

Forderungen, Verbindlichkeiten und Rückstellungen zwischen konsolidierten Unternehmen werden aufgerechnet. Konzerninterne Erträge werden mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet. Zwischenergebnisse werden eliminiert, sofern sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Steuerabgrenzungen werden vorgenommen.

Konsolidierungskreis

Nach der Vollkonsolidierungsmethode werden alle Tochterunternehmen einbezogen, auf deren Finanz- und Geschäftspolitik nach dem sogenannten Control Concept ein beherrschender Einfluss ausgeübt werden kann. Bei der Vollkonsolidierung werden die Vermögenswerte und Schulden einer Tochtergesellschaft vollständig in den Konzernabschluss übernommen.

Gemeinschaftlich geführte Unternehmen werden anhand der Quotenkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen. Bei der Quotenkonsolidierung werden die Vermögenswerte und Schulden des Tochterunternehmens entsprechend der Höhe der Beteiligung des Mutterunternehmens im Konzernabschluss berücksichtigt.

Die Equity-Bewertung kommt zur Anwendung, wenn die Möglichkeit eines maßgeblichen Einflusses auf die Geschäftspolitik des assoziierten Unternehmens besteht, aber weder die Voraussetzungen eines Tochter- noch die eines Gemeinschaftsunternehmens vorliegen. Bei der Bewertung von Anteilen bedeutet dies, dass nicht die Vermögenswerte und Schulden des Unternehmens im Konzernabschluss dargestellt werden, sondern nur sein anteiliges Eigenkapital. Ein Geschäfts- oder Firmenwert ist im Beteiligungsansatz enthalten. Negative Unterschiedsbeträge werden im Beteiligungsergebnis ertragswirksam erfasst.

Anteile an Tochterunternehmen, an gemeinschaftlich geführten Unternehmen oder nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen, die aus Konzernsicht von untergeordneter Bedeutung sind, werden nach IAS 39 bilanziert.

Wechselseitige Beteiligungen nach § 19 Abs. 1 AktG liegen im EnBW-Konzern nicht vor.

Der Konsolidierungskreis setzt sich wie folgt zusammen:

Art der Konsolidierung und Anzahl	31.12.2010	31.12.2009
Vollkonsolidierung	114	99
Quotenkonsolidierung (Gemeinschaftsunternehmen)	31	36
At equity bewertete Unternehmen (assoziierte Unternehmen)	18	17

Änderungen des Konsolidierungskreises

Von den im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen wurden im Berichtsjahr 20 (Vorjahr: 11) inländische Gesellschaften und 5 (Vorjahr: 1) ausländische Gesellschaften erstmals konsolidiert. Es wurden 8 (Vorjahr: 0) inländische Gesellschaften und 1 (Vorjahr: 0) ausländische Gesellschaft entkonsolidiert, darüber hinaus wurde 1 Gesellschaft (Vorjahr: 3) verschmolzen. Die entkonsolidierten Gesellschaften betreffen im Wesentlichen den Verkauf der GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG und ihrer Tochtergesellschaften.

Von den Gemeinschaftsunternehmen, die entsprechend unserer Anteilshöhe in den Konzernabschluss einbezogen werden, wurde im Berichtsjahr 1 (Vorjahr: 1 inländische Gesellschaft) ausländische Gesellschaft erstmals vollkonsolidiert, 1 inländische Gesellschaft (Vorjahr: 0) sowie 3 (Vorjahr: 0) ausländische Gesellschaften entkonsolidiert. Keine (Vorjahr: 27) Gesellschaft wurde im Berichtsjahr erstmals quotenkonsolidiert. Im Vorjahr wurde die ausländische Gesellschaft Borusan EnBW Enerji yatırımları ve Üretim A. Ş. als Teilkonzern erstmalig quotenkonsolidiert. Der Teilkonzern umfasst 24 ausländische Tochtergesellschaften der Borusan EnBW Enerji yatırımları ve Üretim A. Ş.

Im Bereich der assoziierten Unternehmen wurde im Berichtsjahr keine (Vorjahr: 0) ausländische Gesellschaft und 2 (Vorjahr: 1) inländische Gesellschaften erstmals nach der Equity-Methode bewertet. Eine (Vorjahr: 1) inländische und keine (Vorjahr: 0) ausländische Gesellschaft schied im Berichtsjahr aus der Equity-Bewertung aus.

Unternehmenserwerbe 2010

Kraftwerk Rostock mbH

Um ihre inländischen Erzeugungskapazitäten weiter zu erhöhen, erwarb die EnBW mit Wirkung zum 1. Januar 2010 100% an der Gesellschaft für die Beteiligung an dem Kraftwerk Rostock mbH, Hannover. Die Gesellschaft enthält einen 50,4%-Anteil des Kraftwerks Rostock. Der Kaufpreis belief sich auf 320,9 Mio. € und wurde in Form von flüssigen Mitteln entrichtet. Für die Transaktion fielen keine wesentlichen Anschaffungsnebenkosten an. Die Gesellschaft trug im Jahresabschluss 2010 85,7 Mio. € zu den Umsatzerlösen und 4,0 Mio. € zum Ergebnis nach Ertragsteuern bei. Durch den Erwerb wurden folgende Vermögenswerte und Schulden übernommen:

Mio. €	Buchwert nach IFRS	Bei Erwerb angesetzt
Immaterielle Vermögenswerte	0,0	2,4
Sachanlagen	44,9	266,9
Kurzfristige Vermögenswerte	20,9	53,8
Summe Vermögenswerte	65,8	323,1
Langfristige Schulden	0,0	0,0
Kurzfristige Schulden	2,2	2,2
Summe Schulden	2,2	2,2
Nettovermögen	63,6	320,9
Anschaffungskosten in bar		320,9
Geschäfts- oder Firmenwert		0,0

Im Vergleich zur Berichterstattung im Quartalsfinanzbericht Januar bis September 2010 und im Halbjahresfinanzbericht 2010 ergaben sich keine wesentlichen Änderungen bei der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte. Im Vergleich zur Berichterstattung im ersten Quartal 2010 ergaben sich aufgrund eines inzwischen vorliegenden endgültigen Wertgutachtens folgende wesentliche Änderungen bei der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte: Der Wert der Sachanlagen erhöhte sich von 116,7 Mio. € auf 266,9 Mio. €. Gegenläufig reduzierten sich die immateriellen Vermögenswerte von 164,2 Mio. € auf 2,4 Mio. €.

Der beizulegende Zeitwert der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die durch den Unternehmenszusammenschluss erworben wurden, beläuft sich auf 20,9 Mio. €. Der gesamte Betrag dieser Forderungen ist voraussichtlich einbringlich.

Onshore-Windparks

Um ihre Erzeugungskapazitäten im Bereich der Windenergie weiter auszubauen, erwarb die EnBW mit Wirkung zum 18. März, 5. Mai, 17. Juni, 22. September beziehungsweise 30. November 2010 Anteile von jeweils 100% an der Plambeck Neue Energien Windpark Fonds CVI GmbH & Co. KG, Cuxhaven, der Plambeck Neue Energien Windpark Fonds CVII GmbH & Co. KG, Cuxhaven, der Plambeck Neue Energien Windpark Fonds LXXXV GmbH & Co. KG, Cuxhaven, der Plambeck Neue Energien Windpark Fonds XCIX GmbH & Co. KG, Cuxhaven, sowie der PNE WIND Oldendorf GmbH & Co. KG, Cuxhaven. Der Kaufpreis belief sich auf 20,5 Mio. € und wurde zum Erwerbszeitpunkt in Höhe von 16,1 Mio. € in Form von flüssigen Mitteln entrichtet. Darin enthalten sind außerdem 4,4 Mio. € bedingte Kaufpreisbestandteile, die insbesondere Earn-out-Verpflichtungen betreffen, von denen zum Jahresabschluss 2010 bereits 1,0 Mio. € bezahlt wurden. Bei den Earn-out-Verpflichtungen kommt es zu weiteren Kaufpreiszahlungen, wenn die erworbenen Gesellschaften die Voraussetzungen für eine Erhöhung der gesetzlichen Vergütung in Form von Bonuszahlungen erfüllen. Die gesamten bedingten Kaufpreisbestandteile werden voraussichtlich 4,4 Mio. € betragen. Für die Transaktion fielen keine wesentlichen Anschaffungsnebenkosten an. Die Windkraftanlagen der Gesellschaften wurden Mitte Dezember 2009, Mitte März, Mitte Juni, Mitte September beziehungsweise Mitte September bis Anfang Dezember 2010 fertiggestellt. Die Auswirkungen der Gesellschaften im Jahresabschluss 2010 auf die Umsatzerlöse und das Ergebnis nach Ertragsteuern sind ebenso unwesentlich wie die Auswirkungen auf die Umsatzerlöse und das Ergebnis nach Ertragsteuern im Jahresabschluss 2010 bei einer Einbeziehung der Gesellschaften bereits seit Beginn des Jahres. Durch den Erwerb wurden folgende Vermögenswerte und Schulden übernommen:

Mio. €	Buchwert nach IFRS	Bei Erwerb angesetzt
Sachanlagen	51,5	56,3
Kurzfristige Vermögenswerte	8,4	8,4
Summe Vermögenswerte	59,9	64,7
Langfristige Schulden	0,1	0,5
Kurzfristige Schulden	43,7	43,7
Summe Schulden	43,8	44,2
Nettovermögen ¹	16,1	20,5
Anschaffungskosten in bar		16,1
Verbindlichkeiten aus bedingter Gegenleistung		4,4
Summe der übertragenen Gegenleistung		20,5
Geschäfts- oder Firmenwert		0,0

¹ Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der Vermögenswerte und Schulden ist noch nicht abgeschlossen, da noch Untersuchungen in Bezug auf die Vermögenswerte und Schulden ausstehen. Es wurden daher gemäß IFRS 3.45 provisorische Werte angesetzt.

Der beizulegende Zeitwert der sonstigen Forderungen, die durch den Unternehmenszusammenschluss erworben wurden, beläuft sich auf 7,2 Mio. €. Der gesamte Betrag dieser Forderungen ist voraussichtlich einbringlich.

Aktientausch Pražská energetika a.s. und Pražská teplárenská a.s.

Zur Erreichung einer Mehrheitsposition beim tschechischen Energieversorger Pražská energetika a.s. (PRE) und dem damit verbundenen Ausbau unserer Präsenz auf dem strategischen Zielmarkt Tschechien, hat die EnBW zum 20. September 2010 ihre bisher im Wesentlichen über die Pražská teplárenská Holding a.s. (PT Holding) gehaltenen Anteile von 24,3 % am Prager Fernwärmeversorger Pražská teplárenská a.s. (PT) mit den von der EPH Group (Energetický a průmyslový holding Group) gehaltenen 41,1 % an der PRE getauscht. Mit rund 745.000 Kunden ist PRE das drittgrößte Stromversorgungsunternehmen in Tschechien und vereint Netz und Vertrieb im Hauptstadtgebiet Prag.

PRE und PT waren bisher als Gemeinschaftsunternehmen unter Anwendung der Quotenkonsolidierung in den EnBW-Konzern einbezogen. Nach der Transaktion hält die EnBW durchgerechnet 69,6 % der Anteile an der PRE. Durch vertragliche Vereinbarungen in Zusammenhang mit der Anteilsaufstockung hat die EnBW die wirtschaftliche und industrielle Führungsrolle bei der PRE, weshalb die Gesellschaft nach der Vollkonsolidierungsmethode in den Konzernabschluss einbezogen wird. Nach dem Aktientausch hält die EnBW keine Anteile mehr an der PT, die deshalb aus dem Konzern ausscheidet.

Die beim Anteilserwerb übertragene Gegenleistung enthält die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten PT-Anteile in Höhe von 200,5 Mio. € und eine Barkomponente in Höhe von 305,1 Mio. €. Durch den Tausch der PT-Anteile entstand ein sonstiger betrieblicher Ertrag in Höhe von 81,1 Mio. €. Durch den Tausch der Anteile an der PT wurden folgende Vermögenswerte und Schulden abgegeben:

Mio. €	Buchwert nach IFRS
Zur Veräußerung gehaltene immaterielle Vermögenswerte	0,7
Zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	106,1
Zur Veräußerung gehaltene sonstige langfristige Vermögenswerte	1,2
Zur Veräußerung gehaltene flüssige Mittel	37,5
Zur Veräußerung gehaltene sonstige kurzfristige Vermögenswerte	11,1
Summe der zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte	156,6
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Schulden	9,4
Zur Veräußerung gehaltene kurzfristige Schulden	8,6
Summe der zur Veräußerung gehaltenen Schulden	18,0
Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen	19,2
Nettovermögen der Gesellschafter der EnBW AG	119,4

Die bisher gehaltenen 28,5% an der PRE werden zum Erwerbszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Der entstandene Gewinn in Höhe von 173,6 Mio. € wurde im sonstigen betrieblichen Ertrag erfasst.

Für die Transaktion fielen Nebenkosten in Höhe von 6,0 Mio. € an, die im sonstigen betrieblichen Aufwand erfasst wurden. Der Wert des nicht beherrschenden Anteils wurde anhand des identifizierbaren Nettovermögens der PRE bewertet und beträgt 213,8 Mio. €. Die Höhe des Geschäfts- oder Firmenwertes ist aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der Vermögenswerte und Schulden vorläufig. Er repräsentiert unter anderem Synergien in den Bereichen Netz und Vertrieb, die nicht separiert werden konnten.

Die PRE trug seit ihrer Vollkonsolidierung 215,4 Mio. € zu den Umsatzerlösen und 18,8 Mio. € zum Ergebnis nach Ertragsteuern bei. Bei einer Vollkonsolidierung der PRE seit Beginn des Jahres würden sich die Konzernumsatzerlöse um 462,8 Mio. € auf 17.971,8 Mio. € und das Ergebnis nach Ertragsteuern um 44,3 Mio. € auf 1.209,8 Mio. € erhöhen. Durch den Erwerb wurden folgende Vermögenswerte und Schulden übernommen:

Mio. €	Buchwert nach IFRS	Bei Erwerb angesetzt
Immaterielle Vermögenswerte	7,9	197,5
Sachanlagen	720,3	754,5
Kurzfristige Vermögenswerte	93,5	93,5
Summe Vermögenswerte	821,7	1.045,5
Langfristige Schulden	243,6	235,2
Kurzfristige Schulden	106,9	106,9
Summe Schulden	350,5	342,1
Nettovermögen ¹	471,2	703,4
Anteil der EnBW am Nettovermögen 69,6 %		489,6
Anschaffungskosten in bar		305,1
Beizulegender Zeitwert der PT-Anteile		200,5
Summe der übertragenen Gegenleistung		505,6
Beizulegender Zeitwert der bisher gehaltenen PRE-Anteile		307,5
Geschäfts- oder Firmenwert		323,5

¹ Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der Vermögenswerte und Schulden ist noch nicht abgeschlossen, da noch Untersuchungen in Bezug auf die Vermögenswerte und Schulden ausstehen. Es wurden daher gemäß IFRS 3.45 provisorische Werte angesetzt.

Der beizulegende Zeitwert der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die durch den Unternehmenszusammenschluss erworben wurden, beläuft sich auf 67,7 Mio. €. Der gesamte Betrag dieser Forderungen ist voraussichtlich einbringlich.

Im Vergleich zur Berichterstattung im Quartalsfinanzbericht Januar bis September 2010 ergaben sich aufgrund des inzwischen vorliegenden Entwurfs eines Wertgutachtens folgende wesentliche Änderungen bei der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte: Der Wert der immateriellen Vermögenswerte erhöhte sich von 153,9 Mio. € auf 197,5 Mio. €. Der Wert der Sachanlagen erhöhte sich von 720,3 Mio. € auf 754,5 Mio. €.

Veräußerung von Unternehmen 2010

GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG

Ausgehend von einer kartellrechtlichen Auflage in Zusammenhang mit dem Anteilerwerb an der EWE Aktiengesellschaft hat sich die EnBW AG im Dezember 2009 entschlossen, die Anteile an der GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG (GESO) zu veräußern. Der Verkauf der GESO und ihrer Tochterunternehmen konnte im März 2010 abgeschlossen werden. Erwerber war die Technische Werke Dresden GmbH (TWD), eine 100%-Tochter der Landeshauptstadt Dresden. Durch die Veräußerung wurde ein sonstiger betrieblicher Ertrag vor Veräußerungskosten in Höhe von 176,6 Mio. € erzielt. Der Erlös in Höhe von 834,4 Mio. € wurde in bar beglichen. Er beinhaltet die Ablösung von Konzerndarlehen in Höhe von 220,6 Mio. €. Durch die Veräußerung wurden folgende Vermögenswerte und Schulden abgegeben:

Mio. €	Buchwert nach IFRS
Zur Veräußerung gehaltene immaterielle Vermögenswerte	157,3
Zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	814,2
Zur Veräußerung gehaltene sonstige langfristige Vermögenswerte	414,7
Zur Veräußerung gehaltene flüssige Mittel	24,2
Zur Veräußerung gehaltene sonstige kurzfristige Vermögenswerte	208,3
Summe der zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte	1.618,7
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Schulden	547,9
Zur Veräußerung gehaltene kurzfristige Schulden	508,7
Summe der zur Veräußerung gehaltenen Schulden	1.056,6
Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen	9,3
Nettovermögen	552,8
Nicht beherrschende Anteile	115,6
Nettovermögen der Gesellschafter der EnBW AG	437,2

Unternehmenserwerbe 2009

Onshore-Windparks

Die EnBW erwarb mit Wirkung zum 31. März beziehungsweise 21. April 2009 Anteile von jeweils 100 % an der Plambeck Neue Energien Windpark Fonds LX GmbH & Co. KG, Cuxhaven, der Plambeck Neue Energien Windpark Fonds CI GmbH & Co. KG, Cuxhaven, sowie der Plambeck Neue Energien Windpark Fonds CIV GmbH & Co. KG, Cuxhaven, zu einem Kaufpreis von 33,1 Mio. €. Die Windkraftanlagen der Gesellschaften wurden Ende März beziehungsweise Mitte April 2009 fertiggestellt. Die Gesellschaften trugen im Jahresabschluss 2009 -1,7 Mio. € zum Ergebnis nach Ertragsteuern bei. Die Auswirkungen auf die Konzernumsatzerlöse und das Ergebnis nach Ertragsteuern im Jahresabschluss 2009 bei Einbeziehung der Gesellschaften bereits seit Beginn des Jahres 2009 waren unwesentlich. Durch den Erwerb wurden folgende Vermögenswerte und Schulden übernommen:

Mio. €	Buchwert nach IFRS	Bei Erwerb angesetzt
Immaterielle Vermögenswerte	0,0	0,4
Sachanlagen	77,5	86,3
Kurzfristige Vermögenswerte	12,6	12,6
Summe Vermögenswerte	90,1	99,3
Langfristige Schulden	48,1	49,0
Kurzfristige Schulden	19,6	19,6
Summe Schulden	67,7	68,6
Nettovermögen	22,4	30,7
Anschaffungskosten		33,1
Geschäfts- oder Firmenwert		2,4

Kraftwerke Lippendorf und Bexbach (E.ON-Anteil)

Mit Wirkung zum 29. Mai 2009 erwarb die EnBW 100% an der Gesellschaft für die Beteiligung an dem Kraftwerk Lippendorf mbH, Hannover. Die Gesellschaft enthält einen 50%-Anteil des Kohlekraftwerks Lippendorf Block S. Gleichzeitig wurden 100% an der Gesellschaft für die Beteiligung an dem Kraftwerk Bexbach mbH, Hannover, erworben, die einen 8,3%-Anteil am Kohlekraftwerk Bexbach enthält. Der Kaufpreis belief sich in Summe auf 906,7 Mio. €. Die neu übernommenen Kraftwerksanteile trugen im Jahresabschluss 2009 ohne Finanzierungszinsen -2,2 Mio. € zum Ergebnis nach Ertragsteuern bei. Bei einer Einbeziehung der neuen Kraftwerksanteile bereits seit Beginn des Jahres 2009 hätten sich die Konzernumsatzerlöse 2009 um 77,9 Mio. € auf 15.642,1 Mio. € und das Ergebnis nach Ertragsteuern 2009 um 1,0 Mio. € auf 825,4 Mio. € erhöht. Durch den Erwerb wurden folgende Vermögenswerte und Schulden übernommen:

Mio. €	Buchwert nach IFRS	Bei Erwerb angesetzt
Immaterielle Vermögenswerte	0,0	225,1
Sachanlagen	109,7	528,4
Kurzfristige Vermögenswerte	58,5	197,0
Summe Vermögenswerte	168,2	950,5
Langfristige Schulden	2,0	4,5
Kurzfristige Schulden	20,0	40,2
Summe Schulden	22,0	44,7
Nettovermögen	146,2	905,8
Anschaffungskosten		906,7
Geschäfts- oder Firmenwert		0,9

Kraftwerk Bexbach (STAWAG-Anteil)

Mit Wirkung zum 1. Oktober 2009 erwarb die EnBW weitere 16,7% am Kohlekraftwerk Bexbach. Der Kaufpreis belief sich auf 83,6 Mio. €. Der neu übernommene Kraftwerksanteil trug im Jahresabschluss 2009 -1,0 Mio. € zum Ergebnis nach Ertragsteuern bei. Bei einer Einbeziehung des neuen Kraftwerksanteils bereits seit Beginn des Jahres 2009 hätten sich die Konzernumsatzerlöse 2009 um 48,9 Mio. € auf 15.613,1 Mio. € und das Ergebnis nach Ertragsteuern 2009 um 0,7 Mio. € auf 825,1 Mio. € erhöht. Durch den Erwerb wurden folgende Vermögenswerte und Schulden übernommen:

Mio. €	Buchwert nach IFRS	Bei Erwerb angesetzt
Sachanlagen	6,3	68,7
Kurzfristige Vermögenswerte	0,0	19,4
Summe Vermögenswerte	6,3	88,1
Langfristige Schulden	0,0	5,3
Kurzfristige Schulden	0,0	0,0
Summe Schulden	0,0	5,3
Nettovermögen	6,3	82,8
Anschaffungskosten		83,6
Geschäfts- oder Firmenwert		0,8

Erwerbe von at equity bewerteten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen 2009

EWE Aktiengesellschaft

Das Bundeskartellamt stimmte am 6. Juli 2009 dem Erwerb eines 26%-Anteils an der EWE Aktiengesellschaft unter Auflagen zu. Die Auflagen beinhalteten, dass sich entweder die EnBW von ihrer Tochtergesellschaft GESO trennt oder die EWE-Beteiligung VNG – Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft an Dritte veräußert wird. Der Anteilserwerb erfolgte in Form eines Aktienkaufs und einer Kapitalerhöhung. Das Gesamttransaktionsvolumen betrug rund 2 Mrd. €. Die EWE Aktiengesellschaft wird als assoziiertes Unternehmen unter Anwendung der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen. Mit ihrem Hauptsitz in Oldenburg ist die EWE Aktiengesellschaft insbesondere in den Bereichen Strom- und Gasversorgung, Gastransport sowie Telekommunikation und Informationstechnologie tätig. Die EWE Aktiengesellschaft ist in der Segmentberichterstattung dem Segment Holding zugeordnet.

Joint Venture mit Borusan Holding A. Ş.

Am 31. Juli 2009 erwarb die EnBW 50% an Borusan EnBW Enerji yatırımları ve Üretim A. Ş, einem Joint Venture mit der Borusan Holding A. Ş. Ziel des Joint Ventures ist es, in den nächsten Jahren Erzeugungskapazitäten überwiegend im Bereich der erneuerbaren Energien aufzubauen. Das Joint Venture hat seinen Sitz in Istanbul und wird im Konzernabschluss quotenkonsolidiert.

Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Das IASB und das IFRIC haben folgende Standards und Interpretationen neu verabschiedet, die ab dem Geschäftsjahr 2010 verpflichtend anzuwenden sind:

- > **Sammelstandard zur Änderung verschiedener IFRS (2009) „Verbesserungen der International Financial Reporting Standards“:** Die Änderungen sind das Ergebnis des jährlichen Verbesserungsprozesses (Annual Improvement Process) des IASB und betreffen eine Vielzahl einzelner IFRS. Die Änderungen sollen den Inhalt der Vorschriften konkretisieren und unbeabsichtigte Inkonsistenzen zwischen den Standards beseitigen. Die erstmalige Anwendung dieser Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss.
- > **IFRS 1 (2008) „Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards“:** Die Neufassung des IFRS 1 betrifft ausschließlich den formalen Aufbau des Standards. Die Neufassung des IFRS 1 hatte keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss.
- > **Zusätzliche Ausnahmen für Erstanwender – Änderung des IFRS 1 (2009) „Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards“:** Die Änderungen betreffen die rückwirkende Anwendung der IFRS in bestimmten Situationen und sollen gewährleisten, dass dem Erstanwender bei der IFRS-Umstellung keine verhältnismäßig hohen Kosten entstehen. Die Änderungen hatten keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss.
- > **Aktienbasierte Vergütungsansätze mit Barausgleich im Konzern – Änderungen des IFRS 2 (2009) „Anteilsbasierte Vergütung“:** Durch die Änderungen soll eine Klarstellung hinsichtlich der Bilanzierung von anteilsbasierter Vergütung mit Barausgleich im Konzern erfolgen. Die erstmalige Anwendung des geänderten IFRS 2 hatte keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss.

- **IFRS 3 (2008) „Unternehmenszusammenschlüsse“**: Die wesentlichen Änderungen betreffen den Anwendungsbereich und die Bilanzierung sukzessiver Anteilerwerbe sowie die Einführung eines Wahlrechts: Nicht beherrschende Anteile können entweder zum beizulegenden Zeitwert oder mit dem anteiligen Nettovermögen bewertet werden. Je nach Ausübung des Wahlrechts wird ein im Rahmen des Unternehmenserwerbs eventuell entstehender Geschäfts- oder Firmenwert vollständig oder nur anteilig ausgewiesen. Darüber hinaus enthält der überarbeitete Standard Neuerungen zum Ansatz und zur Bewertung übernommener Vermögenswerte und Schulden. Die Änderungen des IFRS 3 wirken sich auf die Bilanzierung von Unternehmenserwerben im EnBW-Konzern aus.
- **IAS 27 (2008) „Konzern- und Einzelabschlüsse“**: Die Neufassung des IAS 27 enthält insbesondere geänderte Regelungen hinsichtlich der Bilanzierung von Änderungen der Beteiligungsquoten. Künftig ist eine erfolgsneutrale Erfassung für Transaktionen vorgesehen, durch die ein Mutterunternehmen seine Beteiligungsquote an einem Tochterunternehmen verändert, ohne dabei die Beherrschung über das Tochterunternehmen zu verlieren. Die Neufassung des IAS 27 wirkt sich auf die Bilanzierung von Änderungen der Beteiligungsquoten aus.
- **Geeignete Grundgeschäfte – Änderung des IAS 39 (2008) „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“**: Durch die Änderung des IAS 39 werden die Anwendungsgrundsätze des Hedge Accounting in den Bereichen Designation von Inflationsrisiken als Grundgeschäft sowie Designation eines einseitigen Risikos eines Grundgeschäfts ergänzt. Die Änderung hatte keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss.
- **IFRIC 12 „Dienstleistungskonzessionsvereinbarungen“**: IFRIC 12 regelt die Bilanzierung von Vereinbarungen, bei denen die öffentliche Hand als Konzessionsgeber Aufträge an private Betreiber als Konzessionsnehmer vergibt und die der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen dienen, zum Beispiel von Flughäfen, Gefängnissen, und Energie- und Wasserversorgungseinrichtungen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben nutzt der Betreiber eine Infrastruktur, die in der Verfügungsmacht der öffentlichen Hand bleibt. Für Bau, Betrieb und Instandhaltung jedoch ist der Betreiber zuständig. Die erstmalige Anwendung von IFRIC 12 hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss.
- **IFRIC 15 „Vereinbarungen zum Bau von Immobilien“**: Die Interpretation IFRIC 15 befasst sich mit der Bilanzierung von Immobilienverkäufen, bei denen der Vertragsabschluss mit einem Dritten bereits vor Fertigstellung der Immobilie erfolgt. IFRIC 15 stellt hierzu klar, unter welchen Bedingungen IAS 11 „Fertigungsaufträge“ oder IAS 18 „Erträge“ zur Anwendung kommt. Des Weiteren wird durch die Interpretation der Zeitpunkt der Umsatzrealisierung festgelegt. Die Interpretation hatte keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss.
- **IFRIC 16 „Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb“**: IFRIC 16 regelt die Fragen, was als Risiko bei der Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb anzusehen ist und wo innerhalb des Konzerns das Sicherungsinstrument zur Minderung dieses Risikos gehalten werden darf. Die Interpretation hatte keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss.
- **IFRIC 17 „Sachdividenden an Eigentümer“**: Die Interpretation regelt die bilanzielle Behandlung von Sachdividenden im IFRS-Abschluss des zu leistenden Unternehmens. Die Verpflichtung aus einer Sachdividendenausschüttung ist in Übereinstimmung mit den Vorschriften des IAS 37 zu bewerten. Der bilanzielle Ansatz erfolgt zu dem Zeitpunkt, ab dem die Ausschüttung ordnungsgemäß genehmigt wurde und nicht mehr im Ermessen des zu leistenden Unternehmens liegt. Die erstmalige Anwendung von IFRIC 17 hatte keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss.
- **IFRIC 18 „Übertragung von Vermögenswerten durch einen Kunden“**: Die Interpretation regelt die Bilanzierung von Vermögenswerten, die ein Unternehmen von einem Kunden erhält, um diesen an ein Leitungsnetz anzuschließen oder ihm einen dauerhaften Zugang zur Versorgung mit Gütern oder Dienstleistungen zu gewähren. Die erstmalige Anwendung von IFRIC 18 hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss.

Auswirkungen neuer, noch nicht anzuwendender Rechnungslegungsstandards

Das IASB und das IFRIC veröffentlichten bereits folgende Standards und Interpretationen, deren Anwendung für das Geschäftsjahr 2010 jedoch noch nicht verpflichtend ist. Die künftige Anwendung setzt die Übernahme durch die EU in europäisches Recht voraus.

- **Sammelstandard zur Änderung verschiedener IFRS (2010) „Verbesserungen der International Financial Reporting Standards“**: Die Änderungen sind das Ergebnis des jährlichen Verbesserungsprozesses (Annual Improvement Process) des IASB und betreffen eine Vielzahl einzelner IFRS. Die Änderungen sollen den Inhalt der Vorschriften konkretisieren und unbeabsichtigte Inkonsistenzen zwischen den Standards beseitigen. Sofern im jeweiligen Standard nichts anderes geregelt ist, sind die Änderungen erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2010 beginnen.

Die Änderungen sind noch nicht in europäisches Recht übernommen. Die Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.

- > **Begrenzte Befreiung erstmaliger Anwender von Vergleichsangaben nach IFRS 7 – Änderung des IFRS 1 (2010) „Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards“:** Mit dieser Änderung werden Erstanwender von den im März 2009 eingeführten neuen Anhangsangaben zu Finanzinstrumenten ausgenommen. IFRS 1 (2010) ist erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die nach dem 30. Juni 2010 beginnen. Die Änderungen werden keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss haben.
- > **Änderungen an IFRS 1 (2010) „Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards“:** Durch die erste Änderung wird der Verweis auf den festen Umstellungszeitpunkt „1. Januar 2004“ durch „Zeitpunkt des Übergangs auf IFRS“ ersetzt. Die zweite Änderung gibt Anwendungsleitlinien vor, wie bei der Darstellung von IFRS-konformen Abschlüssen vorzugehen ist, wenn ein Unternehmen für einige Zeit die IFRS-Vorschriften nicht einhalten konnte, weil seine funktionale Währung starker Hochinflation unterlag. Die Änderungen sind auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2011 beginnen. Die Übernahme in europäisches Recht steht noch aus. Die Änderungen werden keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der EnBW haben.
- > **Erweiterte Angabepflichten bei der Übertragung finanzieller Vermögenswerte – Änderungen des IFRS 7 (2010) „Finanzinstrumente: Angaben“:** Die Änderungen führen zu erweiterten Anhangsangaben bei der Übertragung von finanziellen Vermögenswerten und sollen den Bilanzadressaten einen besseren Einblick in derartige Transaktionen ermöglichen. Die Änderungen wurden noch nicht in europäisches Recht übernommen. Die Änderungen sind erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2011 beginnen. Die Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.
- > **IFRS 9 „Finanzinstrumente“:** Mit den Veröffentlichungen des IFRS 9 (2009) und IFRS 9 (2010) schließt das IASB die erste von drei Phasen der Reform der Bilanzierung von Finanzinstrumenten ab. Das IASB beabsichtigt mit IFRS 9 den bestehenden IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ vollständig zu ersetzen. Der Standard befasst sich in der ersten Phase mit der Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten. Durch IFRS 9 werden die bisher bestehenden Bewertungskategorien auf nunmehr zwei Bewertungskategorien reduziert: zu fortgeführten Anschaffungskosten oder erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert. Der Standard ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. IFRS 9 wurde noch nicht in europäisches Recht übernommen. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss der EnBW werden derzeit geprüft.
- > **Änderung des IAS 12 „Ertragsteuern“:** Die Änderung stellt zumindest teilweise die Behandlung temporärer steuerlicher Differenzen in Zusammenhang mit der Anwendung des Zeitwertmodells von IAS 40 „Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien“ klar. Als weitere Konsequenz führt die Änderung des IAS 12 zu einer Anpassung des SIC 12 „Ertragsteuern – Realisierung von neu bewerteten, nicht planmäßig abzuschreibenden Vermögenswerten“. Die Änderungen sind erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2012 beginnen. Die Änderungen wurden noch nicht in europäisches Recht übernommen. Die Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.
- > **IAS 24 (2009) „Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen“:** Durch die Überarbeitung des IAS 24 werden zunächst Berichtspflichten von Unternehmen, an denen der Staat beteiligt ist, vereinfacht. Bestimmte Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen, die sich aus einer Beteiligung des Staates ergeben, sind von den Angabepflichten des IAS 24 ausgenommen. Des Weiteren wurde die Definition der nahestehenden Unternehmen und Personen grundlegend überarbeitet. Der überarbeitete Standard ist erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2010 beginnen. Die Änderungen werden voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss haben.
- > **Einstufung von Bezugsrechten – Änderung des IAS 32 (2009) „Finanzinstrumente: Darstellung“:** Die Änderung regelt die Bilanzierung von in Fremdwährung lautenden Bezugsrechten sowie Optionen und Optionscheinen beim Emittenten, auf dessen Eigenkapitalinstrumente sich diese Rechte beziehen. Künftig sind diese Rechte als Eigenkapital und nicht mehr als Schulden auszuweisen. Der überarbeitete Standard ist erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Februar 2010 beginnen. Die Änderungen werden voraussichtlich keine Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss haben.
- > **Vorauszahlungen im Rahmen von Mindestdotierungsverpflichtungen – Änderung des IFRIC 14 (2009) „IAS-19-Die Begrenzung eines leistungsorientierten Vermögenswerts, Mindestfinanzierungsvorschriften und ihre Wechselwirkung“:** Die Änderung von IFRIC 14 ist in den Fällen relevant, in denen ein Unternehmen Mindestdotierungsverpflichtungen unterliegt und Vorauszahlungen leistet, um diese Mindestdotierungsverpflichtungen zu erfüllen.

Die Änderung ermöglicht es den Unternehmen, den Vorteil aus einer solchen Vorauszahlung als Vermögenswert anzusetzen. IFRIC 14 ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen. Die Änderungen werden voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss haben.

- **IFRIC 19 „Tilgung finanzieller Verbindlichkeiten durch Eigenkapitalinstrumente“:** Durch IFRIC 19 werden die Anforderungen in den IFRS verdeutlicht, wenn ein Unternehmen die vollständige oder teilweise Tilgung einer finanziellen Verbindlichkeit durch die Ausgabe von Aktien oder anderen Eigenkapitalinstrumenten vornimmt. Die Interpretation ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2010 beginnen. Die Änderungen werden voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss haben.

Anpassung Vorjahreszahlen

- **Geschäfts- oder Firmenwert/Übrige Verbindlichkeiten:** Durch die geänderte Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit einer bedingten Kaufpreisverpflichtung in Zusammenhang mit unserem Investment in der Türkei wurden rückwirkend für das Geschäftsjahr 2009 der Geschäfts- oder Firmenwert und die übrigen Verbindlichkeiten angepasst. Die Anpassung führte zu einem Rückgang beider Bilanzpositionen um 59,5 Mio. €, jedoch führte sie zu keiner Veränderung der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2009.
- **Capital Employed:** Zur besseren Darstellung der Finanz- und Vermögenslage haben wir die langfristigen Forderungen in Zusammenhang mit Kernenergie rückstellungen im Geschäftsjahr 2010 nicht mehr innerhalb des Capital Employed, sondern erstmalig innerhalb der bereinigten Nettoschulden ausgewiesen. Die Forderungen betreffen von einem Vertragspartner in Zusammenhang mit Stromlieferungen übernommene Rückbauverpflichtungen der Kernkraftwerke. Der Vorjahreswert des Capital Employed wurde entsprechend um 413,2 Mio. € vermindert.
- **Nettoschulden:** Im Berichtsjahr wurden erstmals statt der im Vorjahr dargestellten Nettoschulden bereinigte Nettoschulden ausgewiesen. Die bereinigten Nettoschulden leiten sich wie folgt aus den im Vorjahr dargestellten Nettoschulden ab:

Mio. €	31.12.2009
Nettoschulden laut Lagebericht 2009	9.172,0
Bewertungseffekte aus zinsinduzierten Sicherungsgeschäften	49,1
Bilanzielle Nettoschulden laut Lagebericht 2010	9.221,1
Noch nicht verrechnete versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	-144,2
Langfristige Forderungen in Zusammenhang mit Kernenergie rückstellungen	-413,2
Bewertungseffekte aus zinsinduzierten Sicherungsgeschäften	-49,1
Bereinigte Nettoschulden laut Lagebericht 2010	8.614,6

Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte werden mit den fortgeführten Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten bilanziert und mit Ausnahme des Geschäfts- oder Firmenwerts linear entsprechend ihrer wirtschaftlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer der entgeltlich erworbenen Software beträgt drei bis fünf Jahre, die Abschreibungsdauer der Konzessionen für Kraftwerke beträgt zwischen 15 und 65 Jahre. Kundenbeziehungen werden entsprechend der erwarteten Nutzungsdauer zwischen 6 und 30 Jahre abgeschrieben, Wasserrechte und die zugrunde liegenden Konzessionsverträge werden über 30 Jahre abgeschrieben. Die Nutzungsdauern sowie die Abschreibungsmethoden werden jährlich überprüft.

Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Kapitalkonsolidierung werden entsprechend den Regelungen der IFRS nicht planmäßig abgeschrieben sondern einmal jährlich sowie bei Vorliegen von Anhaltspunkten, die darauf hindeuten, dass der erzielbare Betrag geringer als der Buchwert sein könnte, auf Wertminderung getestet.

Sachanlagen

Sachanlagen werden mit ihren Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten bewertet. Abnutzbare Sachanlagen werden entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer der einzelnen Komponenten linear abgeschrieben. Die Abschreibung im Zugangsjahr erfolgt zeitanteilig.

Sofern für den Erwerb oder die Herstellung eines qualifizierten Vermögenswerts ein beträchtlicher Zeitraum (mehr als zwölf Monate) erforderlich ist, um diesen in seinen beabsichtigten gebrauchsfertigen Zustand zu versetzen, werden die bis zur Erlangung des gebrauchsfertigen Zustands angefallenen und direkt zurechenbaren Fremdkapitalkosten aktiviert. Bei spezifischen Fremdfinanzierungen werden die diesbezüglich anfallenden Fremdkapitalkosten angesetzt. Bei nicht spezifischen Fremdfinanzierungen wird ein konzerneinheitlicher Fremdkapitalkostensatz von 5,0 % (Vorjahr: 5,0 %) berücksichtigt. Im laufenden Geschäftsjahr wurden Fremdkapitalkosten in Höhe von 50,5 Mio. € (Vorjahr: 22,7 Mio. €) aktiviert.

Wartungs- und Reparaturkosten werden als Aufwand erfasst. Erneuerungs- und Erhaltungsaufwendungen, die zu einem künftigen Nutzenzufluss eines Vermögenswerts führen, werden aktiviert.

Investitionszulagen oder -zuschüsse mindern die Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten der entsprechenden Vermögenswerte nicht sondern werden passivisch abgegrenzt.

Unter den nuklearen Erzeugungsanlagen wird auch der um Abschreibungen verminderte Barwert der geschätzten Kosten für die Stilllegung und den Abbau der kontaminierten Anlagen ausgewiesen.

Die planmäßigen Abschreibungen für unsere wesentlichen Sachanlagen werden nach folgenden konzern-einheitlichen Nutzungsdauern bemessen:

	Jahre
Gebäude	25–50
Kraftwerke	15–50
Stromverteilungsanlagen	25–45
Gasverteilungsanlagen	15–55
Wasserverteilungsanlagen	20–40
Andere Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung	5–14

Nutzungsdauern und Abschreibungsmethoden werden jährlich überprüft.

Eine Sachanlage wird entweder bei Abgang ausgebucht oder dann, wenn aus der weiteren Nutzung oder Veräußerung des Vermögenswerts kein wirtschaftlicher Nutzen mehr erwartet wird. Die aus der Ausbuchung des Vermögenswerts resultierenden Gewinne oder Verluste werden als Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös und dem Buchwert des Vermögenswerts ermittelt und in der Periode, in der der Vermögenswert ausgebucht wird, erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Leasingverhältnisse

Bei Leasingverhältnissen handelt es sich um Vereinbarungen, bei denen der Leasinggeber das Recht zur Nutzung eines bestimmten Vermögenswerts für einen festgelegten Zeitraum gegen eine Zahlung oder eine Reihe von Zahlungen auf den Leasingnehmer überträgt. Dies gilt auch für Vereinbarungen, bei denen die Übertragung eines solchen Rechts nicht ausdrücklich beschrieben ist. Leasingverhältnisse sind entweder als Finanzierungsleasing oder als Operating-Leasing einzustufen.

Leasingverhältnisse, bei denen der EnBW-Konzern als Leasingnehmer im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken am Leasinggegenstand trägt, werden als Finanzierungsleasing behandelt. Der Leasinggegenstand wird mit dem niedrigeren Wert aus beizulegendem Zeitwert und Barwert der Mindestleasingzahlungen angesetzt. In gleicher Höhe wird eine Verbindlichkeit passiviert. Der aktivierte Leasinggegenstand wird über den kürzeren der beiden Zeiträume aus wirtschaftlicher Nutzungsdauer und Laufzeit des Leasingverhältnisses planmäßig abgeschrieben. Die Verbindlichkeit wird in den Folgeperioden unter Berücksichtigung der Effektivzinsmethode getilgt und fortgeschrieben. Alle übrigen Leasingverhältnisse, bei denen der EnBW-Konzern als Leasingnehmer auftritt, werden als Operating-Leasing eingestuft. Bei Operating-Leasingverhältnissen werden die Leasingraten beziehungsweise Mietzahlungen direkt als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Leasingverhältnisse, bei denen der EnBW-Konzern als Leasinggeber im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken am Leasinggegenstand auf den Leasingnehmer überträgt, werden beim Leasinggeber als Verkaufs- und Finanzierungsgeschäft abgebildet. In Höhe des Nettoinvestitionswerts aus dem Leasingverhältnis wird eine Forderung bilanziert. Die Zahlungen des Leasingnehmers werden unter Berücksichtigung der Effektivzinsmethode als Tilgungsleistung beziehungsweise Zinsertrag erfasst.

Alle übrigen Leasingverhältnisse mit dem EnBW-Konzern als Leasinggeber werden als Operating-Leasingverhältnis behandelt. Der Leasinggegenstand bleibt in der Konzernbilanz und wird planmäßig abgeschrieben. Die Zahlungen des Leasingnehmers werden linear über die Laufzeit des Leasingverhältnisses als Ertrag erfasst.

Investment Properties

Investment Properties, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien, umfassen Grundstücke und Gebäude, die zur Erzielung von Mieteinnahmen oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten und von der EnBW nicht selbst genutzt werden. Investment Properties werden zu fortgeführten Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten bewertet und, sofern abnutzbar, nach der linearen Methode über eine Laufzeit von 25 bis 50 Jahren planmäßig abgeschrieben. Der Marktwert wird nach international anerkannten Methoden, zum Beispiel nach der Discounted-Cashflow-Methode oder durch Ableitung aus aktuellen Marktpreisen, ermittelt und ist im Anhang angegeben.

Wertminderungen

Zu jedem Bilanzstichtag werden die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte, Sachanlagen und Investment Properties auf Werthaltigkeit überprüft. Bei Hinweisen auf eine mögliche Wertminderung wird im Rahmen des Wertminderungstests der erzielbare Betrag des betreffenden Vermögenswerts ermittelt. Dieser entspricht dem höheren der Beträge aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert.

Der beizulegende Zeitwert wird auf Grundlage eines Unternehmensbewertungsmodells ermittelt und spiegelt als bestmögliche Schätzung den Betrag wider, zu dem ein unabhängiger Dritter den betreffenden Vermögenswert erwerben würde. Der Nutzungswert entspricht dem Barwert der künftigen Cashflows, die voraussichtlich aus einem Vermögenswert oder einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit erzielt werden können. Eine zahlungsmittelgenerierende Einheit stellt dabei die kleinste identifizierbare Gruppe von Vermögenswerten dar, deren Mittelzuflüsse weitgehend unabhängig von den Mittelzuflüssen anderer Vermögenswerte oder Gruppen von Vermögenswerten sind.

Sofern kein erzielbarer Betrag für einen einzelnen Vermögenswert ermittelt werden kann, wird der erzielbare Betrag für die zahlungsmittelgenerierende Einheit bestimmt, der der betreffende Vermögenswert zugeordnet werden kann.

Aus Unternehmenserwerben resultierende Geschäfts- oder Firmenwerte werden den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten beziehungsweise Gruppen von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet, die erwartungsgemäß aus den Synergien des Unternehmenszusammenschlusses Nutzen ziehen sollen.

Der erzielbare Betrag dieser zahlungsmittelgenerierenden Einheiten beziehungsweise Gruppen von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten wird mindestens einmal jährlich auf Werthaltigkeit überprüft. Eine zusätzliche Überprüfung findet statt, wenn zu anderen Zeitpunkten Hinweise auf eine mögliche Wertminderung vorliegen. Für weitere Einzelheiten verweisen wir auf die Ausführungen unter der Anhangsangabe (10) „Immaterielle Vermögenswerte.“

Ist der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts niedriger als der Buchwert, erfolgt eine sofortige ergebniswirksame Wertberichtigung des Vermögenswerts. Im Fall von Wertberichtigungen in Zusammenhang mit zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, denen ein Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet wurde, wird zunächst der zugeordnete Geschäfts- oder Firmenwert reduziert. Übersteigt der Wertberichtigungsbedarf den Buchwert des Geschäfts- oder Firmenwerts, wird der Differenzbetrag proportional auf die verbleibenden langfristigen Vermögenswerte der zahlungsmittelgenerierenden Einheit verteilt.

Entfällt zu einem späteren Zeitpunkt der Grund für eine früher vorgenommene Wertminderung, erfolgt eine ergebniswirksame Zuschreibung. Die Wertobergrenze bildet hierbei der Buchwert, der sich ohne Wertberichtigung in der Vergangenheit ergeben hätte (fortgeführte Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten).

Ein in früheren Berichtsperioden erfasster Wertminderungsaufwand für Geschäfts- oder Firmenwerte darf nicht wieder rückgängig gemacht werden. Zuschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte werden daher nicht vorgenommen.

At equity bewertete Unternehmen

Die nach der Equity-Methode bilanzierten Anteile an assoziierten Unternehmen werden zunächst mit den Anschaffungskosten und in den Folgeperioden entsprechend dem fortgeschriebenen anteiligen Nettovermögen angesetzt. Die Buchwerte werden jährlich um die anteiligen Ergebnisse, die ausgeschütteten Dividenden und die sonstigen Eigenkapitalveränderungen erhöht oder vermindert. Ein Geschäfts- oder Firmenwert ist im Beteiligungsansatz enthalten.

Finanzielle Vermögenswerte

Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen, an nicht nach der Equity-Methode bilanzierten assoziierten Unternehmen und an übrigen Beteiligungen sowie Teile der Wertpapiere sind der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“ zugeordnet. Dieser Bewertungskategorie werden alle finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die nicht als „zu Handelszwecken gehalten“ oder „bis zur Endfälligkeit gehalten“ sowie als „Kredite und Forderungen“ einzustufen sind. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert, sofern dieser verlässlich ermittelt werden kann. Sofern sich der beizulegende Zeitwert mangels Vorliegen eines aktiven Markts nicht verlässlich ermitteln lässt, sind diese finanziellen Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Unrealisierte Gewinne und Verluste werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Liegt am Bilanzstichtag eine dauerhafte oder signifikante Wertminderung vor, werden Anpassungen an den negativen Marktwert ergebniswirksam erfasst. Bei Veräußerung wird der bisher im Eigenkapital erfolgsneutral erfasste unrealisierte Gewinn oder Verlust ergebniswirksam ausgewiesen. Wertminderungen werden über ein Wertberichtigungskonto abgebildet.

Wertpapiere, die der Bewertungskategorie „bis zur Endfälligkeit gehalten“ zugeordnet sind, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Ausleihungen werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Marktüblich verzinsten Ausleihungen werden mit dem Nominalwert bilanziert, gering oder unverzinsten Ausleihungen mit dem Barwert. Wertberichtigungen werden teilweise unter Verwendung eines Wertberichtigungskontos vorgenommen. Die Entscheidung, ob die Wertberichtigung über ein Wertberichtigungskonto erfolgt oder direkt den Buchwert mindert, hängt von der Wahrscheinlichkeit des erwarteten Forderungsausfalls ab.

Die unter den kurzfristigen finanziellen Vermögenswerten ausgewiesenen und der Bewertungskategorie „zu Handelszwecken gehalten“ zuzuordnenden Wertpapiere werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Änderungen des Marktwerts werden sofort in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Von der Möglichkeit, finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten (Fair Value Option), macht die EnBW keinen Gebrauch.

Vorräte

Die Vorräte werden zu Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten angesetzt. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zu Durchschnittswerten. Die Herstellungskosten enthalten gemäß IAS 2 die direkt zurechenbaren Einzelkosten und angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten einschließlich Abschreibungen. Die Herstellungskosten werden auf Basis der Normalbeschäftigung ermittelt. Fremdkapitalkosten werden nicht als Teil der Herstellungskosten aktiviert. Risiken aus einer geminderten Verwertbarkeit wird durch angemessene Abschläge Rechnung getragen. Soweit erforderlich, wird der im Vergleich zum Buchwert niedrigere realisierbare Nettoveräußerungswert angesetzt. Wertaufholungen bei früher abgewerteten Vorräten werden als Minderung des Materialaufwands erfasst.

Die unter den Vorräten ausgewiesenen Kernbrennelemente werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Die Abschreibungen werden nach Maßgabe des Verbrauchs ermittelt.

Emissionsrechte

Unentgeltlich erworbene Emissionsrechte des laufenden Geschäftsjahres werden mit dem Nominalwert, die zur Deckung des erwarteten Verbrauchs entgeltlich erworbenen Emissionsrechte mit den Anschaffungskosten unter den Vorräten bilanziert. Zu Handelszwecken erworbene Emissionsrechte werden dagegen erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert unter den sonstigen Vermögenswerten bilanziert, wobei die Zeitertschwankungen unmittelbar ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen werden.

Für die Verpflichtung zur Rückgabe von CO₂-Emissionsrechten wird eine sonstige Rückstellung gebildet. Der Wertansatz der Rückstellung ergibt sich aus dem Buchwert der dafür unentgeltlich zur Verfügung gestellten Emissionsrechte sowie bei einer bestehenden Deckungslücke aus dem Buchwert der im Bestand befindlichen Emissionsrechte. Werden darüber hinaus weitere Emissionsrechte benötigt, sind diese mit dem beizulegenden Zeitwert am Stichtag berücksichtigt.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen werden mit den Anschaffungskosten nach Abzug erforderlicher Wertberichtigungen bilanziert, die sich am tatsächlichen Ausfallrisiko orientieren. Unter- oder nicht verzinsliche Forderungen werden mit dem Barwert angesetzt. Wertberichtigungen werden teilweise unter Verwendung eines Wertberichtigungskontos vorgenommen. Die Entscheidung, ob die Wertberichtigung über ein Wertberichtigungskonto erfolgt oder direkt den Buchwert mindert, hängt von der Wahrscheinlichkeit des erwarteten Forderungsausfalls ab.

Eigene Anteile

Erwirbt der Konzern eigene Anteile, so werden diese vom Eigenkapital abgezogen. Der Kauf, der Verkauf, die Ausgabe oder die Einziehung eigener Anteile wird nicht erfolgswirksam erfasst.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Bei leistungsorientierten Versorgungsplänen werden die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gemäß IAS 19 nach der Methode der laufenden Einmalprämie (Projected-Unit-Credit-Methode) berechnet. Dieses Verfahren berücksichtigt neben den am Bilanzstichtag bekannten Renten und Anwartschaften auch künftig zu erwartende Gehalts- und Rentensteigerungen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, die außerhalb einer Bandbreite von 10% des Verpflichtungsumfangs liegen, werden auf die durchschnittliche Restlebensarbeitszeit linear verteilt. Die Rückstellung wird in Höhe des Vermögens der zur Deckung der Pensionsverpflichtung gebildeten Fonds gekürzt. Der Dienstzeitaufwand wird im Personalaufwand ausgewiesen, der Zinsanteil der Rückstellungszuführung und die erwarteten Erträge aus Planvermögen hingegen im Finanzergebnis.

Bei beitragsorientierten Versorgungsplänen werden die Zahlungen bei Fälligkeit als Aufwand erfasst und im Personalaufwand ausgewiesen.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen sämtliche am Bilanzstichtag erkennbaren rechtlichen oder faktischen Verpflichtungen gegenüber einer anderen Partei aufgrund von Ereignissen der Vergangenheit, sofern diese zukünftig zu einem wahrscheinlichen Ressourcenabfluss führen und deren Höhe zuverlässig geschätzt werden kann. Die Rückstellungen werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Die Bewertung erfolgt mit dem Erwartungswert beziehungsweise mit dem Betrag, der über die höchste Eintrittswahrscheinlichkeit verfügt.

Die langfristigen Rückstellungen werden mit ihrem auf den Bilanzstichtag abgezinsten Erfüllungsbetrag angesetzt. Davon ausgenommen sind die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Für diese gelten gemäß IAS 19 besondere Regelungen.

Latente Steuern

Latente Steuern wurden gemäß dem Temporary Concept (IAS 12) auf sämtliche zeitliche Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede zwischen Steuerbilanz und IFRS-Bilanz der Einzelgesellschaften gebildet. Latente Steuern aus Konsolidierungsvorgängen werden gesondert angesetzt. Aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden bilanziert, sofern deren Realisierung mit ausreichender Sicherheit gewährleistet ist.

Die latenten Steuern werden auf Basis der Steuersätze ermittelt, die in den jeweiligen Ländern zum Zeitpunkt der Realisierung gelten oder erwartet werden. Für inländische Konzerngesellschaften wurde ein Steuersatz von 29,0% angewandt. Steueransprüche und Steuerschulden werden je Organkreis beziehungsweise je Gesellschaft saldiert, sofern die Voraussetzungen hierfür bestehen.

Finanzverbindlichkeiten

Finanzverbindlichkeiten werden bei erstmaligem Ansatz zu ihrem beizulegenden Zeitwert bilanziert. Bei der Folgebewertung werden sie zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing werden zum niedrigeren Wert aus beizulegendem Zeitwert und Barwert der Mindestleasingraten zum Zeitpunkt der Aktivierung des Leasinggegenstands bewertet.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie übrige Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie übrige Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Die als Schulden passivierten Baukostenzuschüsse werden entsprechend der Nutzung der Sachanlagen ergebniswirksam unter den sonstigen betrieblichen Erträgen aufgelöst. Der Auflösungszeitraum bei den Baukostenzuschüssen beträgt in der Regel 40 bis 45 Jahre. Investitionskostenzuschüsse und -zulagen werden entsprechend dem Abschreibungsverlauf der zugehörigen Anlagegüter aufgelöst. Die Auflösung wird offen mit den Abschreibungen verrechnet.

Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten

Als „zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte“ werden einzelne langfristige Vermögenswerte und Gruppen von Vermögenswerten ausgewiesen, die in ihrem gegenwärtigen Zustand veräußert werden können, deren Veräußerung sehr wahrscheinlich ist und die insgesamt die in IFRS 5 definierten Kriterien erfüllen. Unter der Position „Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten“ werden Schulden ausgewiesen, die Bestandteil einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe von Unternehmenswerten darstellen.

Vermögenswerte, die erstmalig als „zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte“ klassifiziert werden, dürfen nicht mehr planmäßig abgeschrieben werden, sondern sind mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten anzusetzen.

Gewinne oder Verluste aus der Bewertung einzelner zur Veräußerung gehaltener Vermögenswerte und von Gruppen von Vermögenswerten werden bis zu ihrer endgültigen Veräußerung im Ergebnis aus fortzuführenden Aktivitäten ausgewiesen.

Derivate

Derivate nach IAS 39 werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Ihr Ausweis erfolgt unter den sonstigen Vermögenswerten und übrigen Verbindlichkeiten und Zuschüssen.

Für die Bewertung von Derivaten werden Preise an aktiven Märkten, beispielsweise Börsenkurse, verwendet. Sofern solche Preise nicht vorliegen, werden die beizulegenden Zeitwerte auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ermittelt. Wenn möglich wird dabei auf Notierungen auf aktiven Märkten als Inputparameter zurückgegriffen. Sollten diese ebenfalls nicht vorliegen, fließen unternehmensspezifische Planannahmen in die Bewertung ein.

Handelt es sich um Verträge, die zum Zweck des Empfangs oder der Lieferung von nicht finanziellen Posten gemäß des erwarteten Einkaufs-, Verkaufs- oder Nutzungsbedarfs abgeschlossen wurden und weiterhin diesem Zweck dienen (Own Use), werden diese nicht als Derivate nach IAS 39, sondern als schwebende Geschäfte gemäß IAS 37 bilanziert.

Derivate sind der Kategorie „zu Handelszwecken gehalten“ zugeordnet, sofern kein Hedge Accounting angewendet wird. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Bei Derivaten, die in einem Sicherungszusammenhang stehen, bestimmt sich die Bilanzierung von Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts nach der Art des Sicherungsgeschäfts.

Bei Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von Cashflow Hedges, die zum Ausgleich künftiger Cashflow-Risiken aus bereits bestehenden Grundgeschäften oder geplanten, mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretenden Transaktionen eingesetzt werden, werden die unrealisierten Gewinne und Verluste in Höhe des eingedeckten Grundgeschäfts zunächst erfolgsneutral im Eigenkapital (kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen) ausgewiesen. Eine Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt zeitgleich mit der Ergebniswirkung des abgesicherten Grundgeschäfts.

Bei einem Fair Value Hedge, der zur Absicherung von beizulegenden Zeitwerten von bilanzierten Vermögenswerten oder Schulden eingesetzt wird, werden die Ergebnisse aus der Bewertung von Derivaten und der dazugehörigen Grundgeschäfte ergebniswirksam gebucht.

Fremdwährungsrisiken aus Beteiligungen mit ausländischer Funktionalwährung werden durch Hedges einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb abgesichert. Unrealisierte Wechselkursdifferenzen werden zunächst erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst und zum Zeitpunkt der Veräußerung des ausländischen Geschäftsbetriebs erfolgswirksam in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht.

Eventualverbindlichkeiten

Bei Eventualverbindlichkeiten handelt es sich um mögliche Verpflichtungen gegenüber Dritten oder um gegenwärtige Verpflichtungen, bei denen ein Ressourcenabfluss unwahrscheinlich ist oder deren Höhe nicht verlässlich bestimmt werden kann. Eventualverbindlichkeiten werden nicht bilanziert.

Ertragsrealisierung

Umsatzerlöse werden grundsätzlich bei Risikoübergang auf den Kunden realisiert. Die maßgeblichen Risiken und Chancen gehen grundsätzlich beim Eigentumsübergang oder bei Besitzübergang auf den Kunden über. Die Bewertung der Umsatzerlöse bemisst sich für Güter beziehungsweise Dienstleistungen nach dem beizulegenden Zeitwert der erhaltenen oder zu erhaltenden Gegenleistung. Umsatzerlöse werden um Erlösschmälerungen, zum Beispiel Preisnachlässe oder Skonti, gekürzt und ohne Umsatzsteuer sowie nach Eliminierung konzerninterner Verkäufe ausgewiesen. Umsatzerlöse resultieren zum größten Teil aus Strom- und Gasverkäufen, aus der Verteilung von Strom und Gas sowie aus der Abfallentsorgung, aus energienahen Dienstleistungen und aus der Wasserversorgung.

Zinserträge werden unter Anwendung der Effektivzinsmethode zeitanteilig erfasst. Dividendenerträge werden zu dem Zeitpunkt erfasst, an dem das Recht auf den Empfang der Zahlung entsteht.

Ermessensentscheidungen und Schätzungen bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses sind bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden Ermessensentscheidungen und Schätzungen vorzunehmen, die sich auf den Ausweis und die Bewertung der Vermögenswerte und Schulden, der Aufwendungen und Erträge sowie der Eventualverbindlichkeiten auswirken können.

Bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind insbesondere folgende Ermessensentscheidungen zu treffen:

- Bei bestimmten Warentermingeschäften ist zu entscheiden, ob diese als Derivat nach IAS 39 oder als schwebende Geschäfte entsprechend den Vorschriften des IAS 37 zu bilanzieren sind.
- Finanzielle Vermögenswerte sind den Bewertungskategorien des IAS 39 „zu Handelszwecken gehalten“, „zur Veräußerung verfügbar“, „bis zur Endfälligkeit gehalten“ und „Kredite und Forderungen“ zuzuordnen.
- Bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen sieht IAS 19 unterschiedliche Möglichkeiten zur Erfassung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste vor. Im EnBW-Konzern wird das Korridorverfahren angewendet.

Die Schätzungen beruhen auf Annahmen und Prognosen, die von Natur aus ungewiss sind und Veränderungen unterliegen können. Die wichtigsten zukunftsbezogenen Annahmen sowie sonstige am Stichtag bestehende Quellen von Schätzungsunsicherheiten, aufgrund derer ein beträchtliches Risiko besteht, dass innerhalb des nächsten Geschäftsjahres eine wesentliche Anpassung der Buchwerte von Vermögenswerten und Schulden erforderlich sein wird, werden im Folgenden erläutert:

Geschäfts- oder Firmenwerte: Die Werthaltigkeit der Geschäfts- oder Firmenwerte wird jährlich im Rahmen eines Impairment-Tests geprüft. Im Zuge dieses Tests müssen vor allem in Bezug auf künftige Zahlungsmittelüberschüsse Schätzungen vorgenommen werden. Zur Ermittlung des erzielbaren Betrags ist ein angemessener Diskontierungszinssatz zu wählen. Eine künftige Änderung der gesamtwirtschaftlichen, der Branchen- oder der Unternehmenssituation kann zu einer Reduzierung der Zahlungsmittelüberschüsse beziehungsweise des Diskontierungszinssatzes und somit gegebenenfalls zu einer außerplanmäßigen Abschreibung der Geschäfts- oder Firmenwerte führen.

Sachanlagen: Technischer Fortschritt, eine Verschlechterung der Marktsituation oder Schäden können zu einer außerplanmäßigen Abschreibung der Sachanlagen führen.

Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten: Wertänderungen finanzieller Vermögenswerte der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“ werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Nachhaltige Wertminderungen werden erfolgswirksam im Periodenergebnis erfasst. Objektive Hinweise für das Vorliegen einer nachhaltigen Wertminderung bei Eigenkapitalinstrumenten ergeben sich, wenn der beizulegende Zeitwert signifikant (mindestens 20%) oder länger anhaltend (während der letzten neun Monate) unter dem Wert der fortgeführten Anschaffungskosten liegt. Im Geschäftsjahr 2010 wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf zur Veräußerung verfügbare Finanzinvestitionen in Höhe von 79,4 Mio. € ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst (Vorjahr: 57,0 Mio. €).

Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten: Der beizulegende Zeitwert finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten wird anhand von Börsenkursen oder auf Grundlage anerkannter Bewertungsverfahren einschließlich der Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Sofern die in das Bewertungsverfahren eingehenden Parameter sich nicht auf beobachtbare Marktdaten stützen, sind entsprechende Annahmen zu treffen, die sich auf die Höhe des beizulegenden Zeitwerts der finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten auswirken können.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögenswerte: Um dem Kreditrisiko Rechnung zu tragen, werden Wertberichtigungen auf zweifelhafte Forderungen gebildet. Die Höhe der Wertberichtigung umfasst hierbei Einschätzungen und Beurteilungen einzelner Forderungen, die auf den Fälligkeitsstrukturen der Forderungssalden, der Bonität der Kunden, den Erfahrungen in Bezug auf Ausbuchungen von Forderungen der Vergangenheit und Veränderungen von Zahlungsbedingungen basieren. Zum 31. Dezember 2010 betragen die Wertberichtigungen bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie den sonstigen Vermögenswerten insgesamt 70,0 Mio. € (Vorjahr: 70,1 Mio. €).

Pensionsrückstellungen: Bei der Berechnung der Pensionsrückstellungen kommt es durch die Wahl der Prämissen wie Rechnungszins oder Trendannahmen, durch den Ansatz biometrischer Wahrscheinlichkeiten mit den Heubeck-Richttafeln 2005 G sowie durch anerkannte Näherungsverfahren zum Rententrend der gesetzlichen Rentenversicherung gegebenenfalls zu Abweichungen im Vergleich zu den tatsächlichen im Zeitablauf entstehenden Verpflichtungen.

Kernenergie rückstellungen: Die Rückstellungen für Stilllegung und Entsorgung im Kernenergiebereich basieren auf externen Gutachten, die jährlich aktualisiert werden. Diesen Gutachten liegen Kostenschätzungen der Erfüllungsbeträge für die jeweilige Verpflichtung zugrunde. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich insbesondere aus Änderungen des Verpflichtungsumfangs und aus Abweichungen von den angenommenen Kostenentwicklungen sowie bei Änderungen der Zahlungszeitpunkte. Weiterhin kann eine Änderung des Diskontierungszinses zu einer Anpassung der Kernenergie rückstellungen führen.

Drohverlustrückstellungen: Drohverlustrückstellungen werden in der Regel für nachteilige Bezugs- und Absatzverträge gebildet. Eine künftige Änderung der Marktpreise auf der Bezugs- oder Absatzseite kann zu einer Anpassung der Drohverlustrückstellungen führen.

Bilanzierung von Erwerben: Im Rahmen eines Anteilerwerbs werden sämtliche identifizierten Vermögenswerte und Schulden sowie Eventualverbindlichkeiten für Zwecke der Erstkonsolidierung zum beizulegenden Zeitwert am Erwerbstichtag angesetzt. Zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte dieser Vermögenswerte und Schulden zum Erwerbstichtag werden Schätzungen herangezogen. Die Bewertung von Grundstücken und Gebäuden sowie von Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgt in der Regel durch unabhängige Gutachter. Der Ansatz börsengehandelter Wertpapiere erfolgt zum Börsenpreis.

Die Bewertung immaterieller Vermögenswerte richtet sich zum einen nach der Art des immateriellen Vermögenswerts und zum anderen nach der Komplexität der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts. Der beizulegende Zeitwert wird demnach auf Basis eines unabhängigen externen Bewertungsgutachtens bestimmt.

Ertragsteuern: Für die Bildung von Steuerrückstellungen sowie bei der Beurteilung der temporären Differenzen aus einer abweichenden bilanziellen Behandlung einzelner Abschlussposten zwischen der IFRS-Konzernbilanz und der Steuerbilanz sind gleichermaßen Schätzungen vorzunehmen. Bei Vorliegen temporärer Differenzen werden aktive beziehungsweise passive latente Steuern gebildet. Latente Steueransprüche werden für alle nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträge in dem Maße angesetzt, in dem es wahrscheinlich ist, dass hierfür zu versteuerndes Einkommen verfügbar sein wird, sodass die Verlustvorträge tatsächlich genutzt werden können. Bei der Ermittlung der Höhe der latenten Steueransprüche, die aktiviert werden können, ist eine wesentliche Ermessensausübung des Managements bezüglich des erwarteten Eintrittszeitpunkts und der Höhe des künftig zu versteuernden Einkommens sowie der zukünftigen Steuerplanungsstrategien erforderlich.

Equity-Bewertung: Bei einigen Gesellschaften lagen uns keine IFRS-Abschlüsse vor. Aus diesem Grund wurde die Equity-Bewertung auf Grundlage einer Schätzung der HGB-IFRS-Unterschiede durchgeführt.

Mögliche Auswirkungen aufgrund geänderter Einschätzungen werden bei den relevanten Themen in den jeweiligen Abschnitten erläutert. Hierzu verweisen wir auf die Ausführungen unter den Anhangangaben (7) „Beteiligungsergebnis“, (10) „Immaterielle Vermögenswerte“ und (22) „Rückstellungen“.

Änderungen von Schätzungen bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Einschätzung für das Vorliegen einer nachhaltigen Wertminderung bei Eigenkapitalinstrumenten wurde im Vergleich zum Geschäftsjahr 2009 geändert. Die Änderung führte zu einer zusätzlichen Wertberichtigung von 39,2 Mio. €. Durch die Änderung hat sich das Risiko für künftige Wertberichtigungen bei Eigenkapitalinstrumenten erhöht.

Gemeinschaftsunternehmen

Der Anteil der Gemeinschaftsunternehmen an der Konzernbilanz sowie an der Gewinn- und Verlustrechnung gliedert sich wie folgt:

Bilanz in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009
Langfristige Vermögenswerte	242,8	378,1
Kurzfristige Vermögenswerte	67,8	138,8
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	0,0	151,0
Langfristige Schulden	85,9	139,9
Kurzfristige Schulden	68,7	107,8
Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	0,0	17,3

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. €	2010	2009
Umsatzerlöse	318,2	443,9
Materialaufwand	-224,1	-319,9
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	34,4	69,0
Beteiligungs- und Finanzergebnis	9,9	5,5
Ergebnis vor Ertragsteuern	44,3	74,5
Ertragsteuern	-5,2	-15,3
Ergebnis nach Ertragsteuern	39,1	59,2

Währungsumrechnung

In den Einzelabschlüssen rechnen die Gesellschaften die Transaktionen in fremder Währung mit dem Wechselkurs zum Zeitpunkt des Zugangs um. Nicht monetäre Posten werden zum Bilanzstichtag mit dem Kurs bewertet, der zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes galt. Monetäre Posten werden mit dem Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Umrechnungsdifferenzen aus monetären Posten, die dem operativen Geschäft zuzuordnen sind, werden ergebniswirksam in den sonstigen betrieblichen Erträgen beziehungsweise sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Umrechnungsdifferenzen aus der Finanzierungstätigkeit werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Die Berichtswährung der EnBW, die auch der funktionalen Währung entspricht, ist der Euro (€). Die Jahresabschlüsse der Konzerngesellschaften werden in Euro umgerechnet. Die Währungsumrechnung erfolgt gemäß IAS 21 „Auswirkungen von Wechselkursveränderungen“ nach der modifizierten Stichtagskursmethode. Gemäß dieser Methode werden bei den Gesellschaften, die nicht in Euro berichten, die Vermögenswerte und Schulden mit dem Mittelkurs zum Bilanzstichtag, die Aufwendungen und Erträge mit dem Jahresdurchschnittskurs umgerechnet. Bei den entsprechenden Gesellschaften handelt es sich um wirtschaftlich selbstständige ausländische Teileinheiten. Unterschiedsbeträge aus der Währungsumrechnung der Vermögenswerte und Schulden gegenüber der Umrechnung des Vorjahres sowie Umrechnungsdifferenzen zwischen der Gewinn- und Verlustrechnung und der Bilanz werden erfolgsneutral im Eigenkapital innerhalb der kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen erfasst. Bei den ausländischen Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden, wird entsprechend vorgegangen.

Die Gesellschaften des EnBW-Konzerns entfalten ihre Geschäftstätigkeit im Wesentlichen im Euroraum. Im Geschäftsjahr und im Vorjahr war eine Anwendung der Regelungen des IAS 29 zu der Rechnungslegung in Hochinflationländern nicht notwendig. Keine wesentliche Konzerngesellschaft hatte ihren Sitz in einem Hochinflationland.

Für die Währungsumrechnung wurden unter anderem folgende Wechselkurse zugrunde gelegt:

1 €	Stichtagskurs		Durchschnittskurs	
	31.12.2010	31.12.2009	2010	2009
Schweizer Franken	1,25	1,48	1,38	1,51
Pfund Sterling	0,86	0,89	0,86	0,89
US-Dollar	1,34	1,44	1,33	1,39
Ungarische Forint	277,95	270,42	275,35	280,48
Tschechische Kronen	25,06	26,47	25,30	26,45
Japanische Yen	108,65	133,16	116,47	130,28

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung und zur Bilanz

(1) Umsatzerlöse

Umsatzerlöse werden erfasst, wenn der Risikoübergang auf den Kunden erfolgt ist. Die von den Gesellschaften gezahlte Strom- und Erdgassteuer wird offen von den Umsatzerlösen abgesetzt.

Die Umsatzerlöse resultieren überwiegend aus den Verkäufen von Strom und Gas an Industriekunden, gewerbliche Abnehmer und Endverbraucher. Darüber hinaus sind Erlöse aus der Verteilung von Strom und Gas, aus Lieferungen von Dampf, Wärme und Wasser sowie aus dem Eigenhandel enthalten.

Um die Geschäftsentwicklung zutreffender darzustellen, werden Aufwendungen und Erträge aus Energiehandelsgeschäften netto ausgewiesen. Der Nettoausweis führt zu einer Saldierung von Umsatzerlösen und Materialaufwand aus Energiehandelsgeschäften. Für das Geschäftsjahr 2010 betragen die netto ausgewiesenen Energiehandelsumsätze 9.135,7 Mio. € (Vorjahr: 6.301,7 Mio. €).

Die Segmentberichterstattung enthält eine Gliederung der Umsätze nach Geschäftsfeldern und Regionen.

(2) Sonstige betriebliche Erträge

Mio. €	2010	2009
Pacht- und Mieterträge	24,4	28,3
Erträge aus der Auflösung und Herabsetzung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	5,3	15,5
Veräußerungsgewinne und Erträge aus sukzessivem Erwerb	458,5	36,3
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	198,1	383,1
Erträge aus der Auflösung und dem Abgang von Baukostenzuschüssen	104,5	110,7
Erträge aus Derivaten	90,4	100,3
Übrige	436,2	340,0
Gesamt	1.317,4	1.014,2

Der Anstieg der Veräußerungsgewinne resultiert vor allem aus der Entkonsolidierung der GESO und ihrer Tochterunternehmen sowie der PT Holding und ihrer Tochterunternehmen. Die Erträge aus dem sukzessiven Erwerb betreffen die Bewertung der bisher an der PRE gehaltenen Anteile zum beizulegenden Zeitwert. Darüber hinaus sind in den Veräußerungsgewinnen Erträge aus dem Abgang von zur Veräußerung gehaltenen Immobilien in Höhe von 3,1 Mio. € (Vorjahr: 3,0 Mio. €) enthalten.

Die Zuschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und Investment Properties betragen im Berichtsjahr 7,4 Mio. € (Vorjahr: 3,4 Mio. €).

Im Berichtsjahr ergaben sich Erträge aus Währungskursgewinnen in Höhe von 60,6 Mio. € (Vorjahr: 11,7 Mio. €). Darin sind 44,9 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) aus der Entkonsolidierung von Beteiligungen enthalten.

In den übrigen sonstigen betrieblichen Erträgen sind im Geschäftsjahr 2010 außerordentliche Erträge aus einem Entschädigungsanspruch der EnBW für die vorzeitige Kündigung eines langfristigen Stromlieferungsvertrags enthalten. Darüber hinaus enthalten die übrigen sonstigen betrieblichen Erträge unter anderem Erträge aus der Auflösung von abgegrenzten Verbindlichkeiten sowie Erträge aus Versicherungsleistungen.

(3) Materialaufwand

Mio. €	2010	2009
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	10.688,8	8.834,6
Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.308,9	2.286,5
Gesamt	12.997,7	11.121,1

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren umfassen insbesondere die Strom- und Gasbezugskosten sowie die erforderlichen Zuführungen – mit Ausnahme der Aufzinsung – zu Rückstellungen für die Stilllegung der Kernkraftwerke, soweit diese nicht aktivierungspflichtig sind. Darüber hinaus sind Kosten für die Entsorgung bestrahlter Brennelemente und radioaktiver Abfälle sowie Kosten für den Verbrauch von Kernbrennelementen, Kernbrennstoffen und Brennstoffen für konventionelle Kraftwerke enthalten.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen enthalten überwiegend Aufwendungen für Netznutzung, Fremdleistungen für Betrieb und Instandhaltung der Anlagen sowie Konzessionsabgaben. Des Weiteren sind hier die sonstigen direkt der Leistungserstellung zurechenbaren Aufwendungen ausgewiesen.

(4) Personalaufwand

Mio. €	2010	2009
Vergütungen	1.274,0	1.253,9
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	396,4	363,7
davon für Altersversorgung	(153,3)	(152,4)
Gesamt	1.670,4	1.617,6

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	2010	2009
Strom Erzeugung und Handel	4.925	4.671
Strom Netz und Vertrieb	6.315	6.444
Gas	700	727
Energie- und Umweltdienstleistungen	8.018	8.487
Holding	492	585
Mitarbeiter	20.450	20.914
Auszubildende im Konzern	1.203	1.262

Die Aufwendungen für die Altersversorgung aus der Zuführung zur Pensionsverpflichtung betragen 71,3 Mio. € (Vorjahr: 47,9 Mio. €). Die übrigen Aufwendungen für die Altersversorgung beinhalten im Wesentlichen sonstige rückstellungsfähige Sozialleistungen sowie Beiträge an den Pensionssicherungsverein.

In der Gesamtzahl sind die Mitarbeiter der quotaleinbezogenen Unternehmen mit 416 Mitarbeitern (Vorjahr: 712) entsprechend ihrem EnBW-Anteil erfasst.

(5) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Mio. €	2010	2009
Mieten, Pachten, Leasing	46,4	72,9
Aufwand aus Einzelwertberichtigungen zu Forderungen	43,0	52,3
Aufwand aus Anlagenabgängen	21,5	21,7
Sonstige Personalkosten	71,2	80,7
Werbeaufwand	100,2	103,6
Verwaltungs- und Vertriebskosten	101,5	121,9
Prüfungs-, Rechts- und Beratungskosten	152,8	185,7
Aufwand aus Derivaten	68,5	36,6
Versicherungen	46,5	44,8
Abgaben	7,3	7,5
Sonstige Steuern	22,7	26,1
Außerplanmäßige Abschreibungen auf das Vorratsvermögen und sonstige kurzfristige Vermögenswerte	0,0	116,5
Übrige	269,8	288,7
Gesamt	951,4	1.159,0

Im Berichtsjahr ergaben sich Aufwendungen aus Währungskursverlusten in Höhe von 10,0 Mio. € (Vorjahr: 14,2 Mio. €).

Die übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 21,1 Mio. € (Vorjahr: 48,4 Mio. €).

(6) Abschreibungen

Mio. €	2010	2009
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	161,2	115,0
Abschreibungen auf Sachanlagevermögen	996,2	748,3
Abschreibungen auf Investment Properties	10,0	1,8
Auflösung der Investitionskostenzuschüsse	-4,6	-6,2
Gesamt	1.162,8	858,9

Im Berichtsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Kapitalkonsolidierung in Höhe von 35,1 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) vorgenommen. Die Abschreibungen betreffen den Geschäfts- oder Firmenwert des Gemeinschaftsunternehmens in der Türkei.

Die außerplanmäßigen Abschreibungen auf sonstige immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagevermögen und Investment Properties betragen 222,5 Mio. € (Vorjahr: 37,5 Mio. €) und sind im Wesentlichen durch Abschreibungen von bestehenden Erzeugungsanlagen der Stadtwerke Düsseldorf AG bedingt. Der auf Basis des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten ermittelte erzielbare Betrag lag aufgrund eines Rückgangs der Profitabilität in beiden Fällen unter dem jeweiligen Buchwert. Der Rückgang der Profitabilität bei den Erzeugungsanlagen der Stadtwerke Düsseldorf AG ist im Wesentlichen auf die gesunkenen Erwartungen bezüglich der Entwicklung der Strompreise zurückzuführen.

Die daraus resultierende außerplanmäßige Abschreibung auf den Geschäfts- oder Firmenwert des Gemeinschaftsunternehmens sowie auf die Erzeugungsanlagen der Stadtwerke Düsseldorf AG sind in der Segmentberichterstattung dem Segment Strom Erzeugung und Handel zugeordnet.

(7) Beteiligungsergebnis

Mio. €	2010	2009
Laufendes Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	93,0	175,9
Abschreibungen at equity bewerteter Unternehmen	0,0	-102,0
Zuschreibungen at equity bewerteter Unternehmen	0,0	6,8
Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	93,0	80,7
Erträge aus Beteiligungen ¹	52,1	55,0
davon verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	(10,0)	(6,2)
Abschreibungen auf Beteiligungen	-14,3	-63,4
davon verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	(-1,9)	(-1,2)
Ergebnis aus dem Verkauf von Beteiligungen	-27,6	10,0
Übriges Beteiligungsergebnis	10,2	1,6
Beteiligungsergebnis	103,2	82,3

¹ Davon 10,6 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) Erträge aus Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden.

Das laufende Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen enthält im Berichtsjahr Wertberichtigungen auf Eigenkapitalinstrumente die von einem at equity bewerteten Unternehmen gehalten werden in Höhe von 47,2 Mio. €. Der Grund war vor allem eine nachhaltige Reduzierung des Börsenwerts. Im Vorjahr wurde das Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen im Wesentlichen durch Abschreibungen auf die EWE Aktiengesellschaft in Höhe von 95,0 Mio. € belastet. Der Wertminderungsbedarf im Jahr 2009 resultierte unter anderem aus einem Rückgang der Ergebniserwartungen aufgrund der schlechten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

In den Abschreibungen auf Beteiligungen sind Wertminderungen auf Beteiligungen in Höhe von 12,4 Mio. € (Vorjahr: 62,2 Mio. €) enthalten, die im Wesentlichen auf als Finanzinvestitionen gehaltene Beteiligungen entfallen. Die Wertminderungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen betragen 1,9 Mio. € (Vorjahr: 1,2 Mio. €).

Einen wesentlichen Parameter bei der Bewertung von Beteiligungen stellt der WACC dar. Im Fall einer Erhöhung des WACC um 0,5 Prozentpunkte ergäbe sich für die at equity bewerteten Unternehmen ein Abwertungsbedarf von rund 300 Mio. €.

(8) Finanzergebnis

Mio. €	2010	2009
Zinsen und ähnliche Erträge	220,7	252,3
davon verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	[0,3]	[0,3]
Andere Finanzerträge	150,3	122,0
Finanzerträge	371,0	374,3
Finanzierungszinsen	-315,9	-332,2
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-31,4	-47,0
davon verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	[0,0]	[-0,1]
Zinsanteil der Zuführungen zu den Rückstellungen	-540,9	-511,2
Personalrückstellungen	[-227,4]	[-230,8]
Kerntechnische Rückstellungen	[-283,9]	[-272,7]
Sonstige langfristige Rückstellungen	[-29,6]	[-7,7]
Andere Finanzaufwendungen	-172,5	-198,3
Finanzaufwendungen	-1.060,7	-1.088,7
Finanzergebnis	-689,7	-714,4

Die Zinsen und ähnlichen Erträge enthalten Zinserträge aus verzinslichen Wertpapieren und Ausleihungen, Dividenden und sonstige Gewinnanteile.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden Zinserträge in Höhe von 10,2 Mio. € (Vorjahr: 28,0 Mio. €) mit diesen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Zinsaufwendungen verrechnet.

Die Finanzierungszinsen beinhalten Aufwendungen für Bankzinsen und Anleihen in Höhe von 249,8 Mio. € (Vorjahr: 263,2 Mio. €), den Zinsanteil für die Kosten von Finanzierungsleasingverträgen in Höhe von 32,7 Mio. € (Vorjahr: 38,0 Mio. €) sowie sonstige Finanzierungszinsen in Höhe von 33,4 Mio. € (Vorjahr: 31,0 Mio. €).

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Aufwendungen enthalten insbesondere Ergebnisanteile in Höhe von 10,1 Mio. € (Vorjahr: 31,7 Mio. €) von Minderheitsgesellschaftern, die Put-Optionen halten. Die Zinsanteile aus der Zuführung von Rückstellungen betreffen die jährliche Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen.

In den anderen Finanzaufwendungen sind im Geschäftsjahr 2010 insbesondere Aufwendungen aus Wertberichtigungen unserer Kapitalanlagen, die der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“ zugeordnet sind, in Höhe von 65,1 Mio. € (Vorjahr: 57,0 Mio. €) enthalten. Darüber hinaus beinhalten die anderen Finanzaufwendungen Wertminderungen auf Ausleihungen in Höhe von 1,2 Mio. € (Vorjahr: 14,8 Mio. €) sowie Kursverluste aus Verkäufen von Wertpapieren in Höhe von 75,3 Mio. € (Vorjahr: 90,6 Mio. €). Die anderen Finanzerträge enthalten unter anderem realisierte Kursgewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren in Höhe von 121,6 Mio. € (Vorjahr: 82,8 Mio. €).

(9) Ertragsteuern

Mio. €	2010	2009
Tatsächliche Ertragsteuern		
Inländische Körperschaftsteuer	269,4	150,6
Inländische Gewerbesteuer	171,8	82,2
Ausländische Ertragsteuern	32,5	37,4
Summe	473,7	270,2
Latente Steuern		
Inland	-96,4	168,0
Ausland	-12,3	-5,4
Summe	-108,7	162,6
Ertragsteuern (-Ertrag/+Aufwand)	365,0	432,8

In den tatsächlichen Ertragsteuern sind im Saldo Aufwendungen in Höhe von 175,2 Mio. € enthalten (Vorjahr: 69,6 Mio. €), die vorangegangene Perioden betreffen. In den latenten Steuern sind im Saldo Erträge in Höhe von 112,6 Mio. € enthalten (Vorjahr: 26,4 Mio. €), die vorangegangene Perioden betreffen. Im Saldo der latenten Steuern ist ein Ertrag aus der Änderung von Steuersätzen in Höhe von 18,9 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) enthalten.

Im laufenden Geschäftsjahr betrug der Körperschaftsteuersatz 15,0% zuzüglich des Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5% auf die Körperschaftsteuer. Der Gewerbesteuersatz lag bei 13,2%. Hieraus resultiert ein Steuersatz für Ertragsteuern in Höhe von 29,0%. Für die ausländischen Gesellschaften wird der im Sitzland jeweils maßgebliche Steuersatz zur Berechnung der Ertragsteuern zugrunde gelegt. Latente Steueransprüche und -verbindlichkeiten werden mit den im Zeitpunkt der Realisierung gültigen Steuersätzen bewertet.

Die latenten Steuern setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. €	2010	2009
Entstehung bzw. Umkehrung temporärer Unterschiede	-114,5	116,2
Nutzung/Verfall bzw. Entstehen noch nicht genutzter steuerlicher Verluste	5,8	46,4
Latente Steuern (-Ertrag/+Aufwand)	-108,7	162,6

Der latente Steueraufwand wurde 2010 durch den Ansatz bisher nicht genutzter steuerlicher Verlustvorträge nicht gemindert (Vorjahr: 2,5 Mio. €).

Die Überleitung vom theoretischen Ertragsteueraufwand zum effektiven Ertragsteueraufwand stellt sich wie folgt dar:

Mio. €	2010	%	2009	%
Ergebnis vor Ertragsteuern	1.530,5		1.257,2	
Theoretischer Steuersatz		29,0		29,0
Theoretischer Ertragsteueraufwand	443,8		364,6	
Steuereffekte durch				
Unterschiede ausländischer Steuersätze und Steuersatzabweichungen	-31,0	-2,0	-14,0	-1,1
Steuerfreie Erträge	-49,9	-3,3	-50,9	-4,0
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	55,5	3,6	82,5	6,6
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Kapital- und Equity-Konsolidierung	10,2	0,7	0,0	0,0
Gewerbesteuerliche Hinzurechnungen und Kürzungen	22,3	1,5	21,9	1,7
Equity-Bewertung assoziierter Unternehmen	-27,0	-1,8	-23,4	-1,9
Veränderung nicht bewerteter Verlustvorträge	2,3	0,2	24,8	2,0
Steuerfreie Veräußerungen von Beteiligungen	-117,5	-7,7	-16,8	-1,3
Periodenfremde Steuern	62,6	4,1	43,2	3,4
Sonstiges	-6,3	-0,5	0,9	0,0
Effektive Ertragsteuern (-Ertrag/+Aufwand)	365,0		432,8	
Effektive Steuerquote		23,8		34,4

(10) Immaterielle Vermögenswerte

Mio. € ¹	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, Lizenzen u. ä. Rechte	Selbst erstellte immaterielle Wirtschafts- güter	Geschäfts- oder Firmen- werte	Sonstige	Summe
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten					
Stand: 01.01.2010	1.817,0	78,2	590,5	14,2	2.499,9
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	188,4	0,0	303,6	0,0	492,0
Zugänge	73,9	0,5	0,0	8,2	82,6
Umbuchungen	13,0	2,2	0,0	-11,0	4,2
Währungsanpassungen	36,6	0,0	-3,2	0,0	33,4
Abgänge	-16,2	-0,1	0,0	0,0	-16,3
Stand: 31.12.2010	2.112,7	80,8	890,9	11,4	3.095,8
Kumulierte Abschreibungen					
Stand: 01.01.2010	698,0	41,0	14,0	0,0	753,0
Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	-9,2	0,0	0,0	0,0	-9,2
Zugänge	101,3	11,5	0,0	0,0	112,8
Währungsanpassungen	7,2	0,0	0,0	0,0	7,2
Abgänge	-10,2	0,0	0,0	0,0	-10,2
Wertminderungen	13,3	0,0	35,1	0,0	48,4
Zuschreibungen	-3,2	0,0	0,0	0,0	-3,2
Stand: 31.12.2010	797,2	52,5	49,1	0,0	898,8
Buchwerte					
Stand: 31.12.2010	1.315,5	28,3	841,8	11,4	2.197,0
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten					
Stand: 01.01.2009	1.579,1	69,3	702,1	20,2	2.370,7
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	268,1	0,0	37,5	0,0	305,6
Zugänge	29,0	2,8	0,0	8,4	40,2
Umbuchungen	10,7	6,1	0,0	-9,8	7,0
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-56,4	0,0	-112,1	-3,2	-171,7
Währungsanpassungen	0,9	0,0	1,6	0,0	2,5
Abgänge	-14,4	0,0	-38,6	-1,4	-54,4
Stand: 31.12.2009	1.817,0	78,2	590,5	14,2	2.499,9
Kumulierte Abschreibungen					
Stand: 01.01.2009	623,3	30,8	14,0	0,0	668,1
Zugänge	96,0	10,3	0,0	0,0	106,3
Umbuchungen	2,2	-0,1	0,0	0,0	2,1
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-20,5	0,0	0,0	0,0	-20,5
Währungsanpassungen	0,3	0,0	0,0	0,0	0,3
Abgänge	-12,0	0,0	0,0	0,0	-12,0
Wertminderungen	8,7	0,0	0,0	0,0	8,7
Stand: 31.12.2009	698,0	41,0	14,0	0,0	753,0
Buchwerte					
Stand: 31.12.2009	1.119,0	37,2	576,5	14,2	1.746,9

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Vom Buchwert der immateriellen Vermögenswerte entfallen 156,3 Mio. € (Vorjahr: 189,0 Mio. €) auf Finanzierungsleasingverträge. Diese betreffen im Wesentlichen ein Strombezugsrecht in Höhe von 153,1 Mio. € (Vorjahr: 185,3 Mio. €). Die Laufzeit des Vertrags endet im Jahr 2015. Außerdem sind im Buchwert der immateriellen Vermögenswerte Konzessionen zum Betreiben von Kraftwerken in Höhe von 699,1 Mio. € (Vorjahr: 626,8 Mio. €) und Kundenbeziehungen in Höhe von 264,6 Mio. € (Vorjahr: 105,8 Mio. €) enthalten. Die Restnutzungsdauern für Kraftwerkskonzessionen betragen zwischen 15 und 60 Jahren.

Im Jahr 2010 wurden insgesamt 33,8 Mio. € (Vorjahr: 32,0 Mio. €) für Forschung und Entwicklung aufgewendet. Die nach IFRS geforderten Aktivierungskriterien wurden nicht erfüllt.

Zur Durchführung des Wertminderungstests wurden die Geschäfts- oder Firmenwerte den jeweiligen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten beziehungsweise Gruppen von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet. Im Jahr 2010 wurde der Geschäfts- oder Firmenwert des Gemeinschaftsunternehmens in der Türkei außerplanmäßig abgeschrieben. Dieser belief sich zum Zeitpunkt der Abschreibung unter Berücksichtigung von Währungsumrechnungsdifferenzen auf 35,1 Mio. €. Die Abschreibung ist im Wesentlichen auf einen Rückgang der Profitabilität des Projektportfolios zurückzuführen.

Zum 31. Dezember 2010 betrug der gesamte Geschäfts- oder Firmenwert 841,8 Mio. € (Vorjahr angepasst: 576,5 Mio. €). Von diesem Betrag entfallen 84,7% (Vorjahr angepasst: 77,7%) auf die in der folgenden Tabelle dargestellten zahlungsmittelgenerierenden Einheiten beziehungsweise Gruppen zahlungsmittelgenerierender Einheiten:

Zahlungsmittelgenerierende Einheit/ Gruppe von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten ¹	Diskontierungsfaktoren nach Steuern in %		Geschäfts- oder Firmenwert in Mio. €	
	2010	2009	2010	2009
Teilkonzern PRE	7,1	-	317,2	-
Stromverteilung/Stromvertrieb	4,9-6,8	4,9-7,4	133,0	151,4
Teilkonzern Stadtwerke Düsseldorf AG	4,9-6,3	4,9-7,4	127,4	127,4
Teilkonzern Energiedienst Holding AG	4,9-6,8	4,9-7,4	135,6	135,6
Gemeinschaftsunternehmen Borusan EnBW Enerji yatırımları ve Üretim A. Ş.	10,1	11,9	0,0	33,4

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Die den anderen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten beziehungsweise Gruppen zahlungsmittelgenerierender Einheiten zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerte betragen jeweils weniger als 10% des gesamten Geschäfts- oder Firmenwerts. Ihre Summe belief sich insgesamt auf 128,6 Mio. € (Vorjahr angepasst: 128,7 Mio. €).

Die Bestimmung des erzielbaren Betrags der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten erfolgt grundsätzlich auf Basis des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten. Der beizulegende Zeitwert wird anhand eines Unternehmensbewertungsmodells unter Zugrundelegung von Cashflow-Planungen ermittelt, die auf den vom Vorstand für einen Zeitraum von drei Jahren genehmigten und zum Zeitpunkt der Durchführung des Wertminderungstests gültigen Mittelfristplanungen basieren. Die Planungen beruhen auf Erfahrungen der Vergangenheit sowie auf Einschätzungen über die künftige Marktentwicklung.

Wesentliche Annahmen, auf denen die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich der Veräußerungskosten basiert, umfassen die Prognosen künftiger Strom- und Gaspreise, der Rohstoffpreise, der unternehmensbezogenen Investitionstätigkeit, der regulatorischen Rahmenbedingungen sowie von Wachstums- und Diskontierungszinssätzen.

Die zur Diskontierung der Cashflows verwendeten Zinssätze werden auf Basis von Marktdaten ermittelt und liegen zwischen 4,9% und 10,1% nach Steuern beziehungsweise zwischen 7,0% und 12,7% vor Steuern (Vorjahr: 4,9% bis 11,9% nach Steuern und 7,0% bis 15,0% vor Steuern).

Für die Extrapolation der Cashflows jenseits des Detailplanungszeitraums werden zur Berücksichtigung des erwarteten preis- und mengenbedingten Wachstums konstante Wachstumsraten von 1,0% und 1,5% (Vorjahr: 1,0% und 1,5%) zugrunde gelegt.

Für den Teilkonzern Stadtwerke Düsseldorf AG ergab sich im Rahmen des Werthaltigkeitstests für den Geschäfts- oder Firmenwert eine Überdeckung des Buchwerts durch den erzielbaren Betrag in Höhe von 170,2 Mio. €. Der erzielbare Betrag des Teilkonzerns Stadtwerke Düsseldorf AG wurde unter Verwendung von Diskontierungszinssätzen in Höhe von 4,9% bis 6,3% ermittelt. Eine Erhöhung der Diskontierungszinssätze um zwei Prozentpunkte würde zu einem Wertminderungsbedarf führen.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte entwickelten sich in den einzelnen Geschäftsfeldern wie folgt:

Mio. € ¹	Strom Erzeugung und Handel	Strom Netz und Vertrieb	Gas	Energie- und Umweltdienst- leistungen	Summe
Buchwerte Stand: 01.01.2010	172,5	283,2	75,2	45,6	576,5
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	0,0	303,6	0,0	0,0	303,6
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Veränderungen	-33,5	-4,8	0,0	0,0	-38,3
Buchwerte Stand: 31.12.2010	139,0	582,0	75,2	45,6	841,8
Buchwerte Stand: 01.01.2009	151,5	340,2	140,2	56,2	688,1
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	37,5	0,0	0,0	0,0	37,5
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	0	-56,0	-56,1	0,0	-112,1
Sonstige Veränderungen	-16,5	-1,0	-8,9	-10,6	-37,0
Buchwerte Stand: 31.12.2009	172,5	283,2	75,2	45,6	576,5

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

(11) Sachanlagen

Mio. €	Grund- stücke und Bauten	Kraft- werks- anlagen	Vertei- lungs- anlagen	Andere Anlagen	Anlagen im Bau	Summe
Anschaftungs- bzw. Herstellungskosten						
Stand: 01.01.2010	3.602,4	12.488,1	13.822,1	1.484,3	1.361,3	32.758,2
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	68,5	307,3	355,9	0,9	42,4	775,0
Zugänge	57,6	620,0	336,3	74,9	859,4	1.948,2
Umbuchungen	106,6	235,5	157,5	- 12,2	- 570,7	- 83,3
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	- 0,1	0,0	- 32,5	0,0	0,0	- 32,6
Währungsanpassungen	2,4	28,0	17,1	3,5	5,3	56,3
Abgänge	- 31,0	- 373,7	- 157,1	- 28,3	- 2,7	- 592,8
Stand: 31.12.2010	3.806,4	13.305,2	14.499,3	1.523,1	1.695,0	34.829,0
Kumulierte Abschreibungen						
Stand: 01.01.2010	1.364,7	9.998,9	8.498,1	934,9	36,4	20.833,0
Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	- 11,3	0,0	- 107,0	- 0,1	0,0	- 118,4
Zugänge	81,1	309,0	307,9	97,0	0,0	795,0
Umbuchungen	39,7	- 74,5	11,0	- 19,1	0,0	- 42,9
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	0,0	0,0	- 22,0	0,0	0,0	- 22,0
Währungsanpassungen	0,6	17,2	7,3	2,5	0,0	27,6
Abgänge	- 23,0	- 23,9	- 115,2	- 25,2	0,0	- 187,3
Wertminderungen	37,8	141,3	5,6	4,2	12,3	201,2
Zuschreibungen	0,0	- 0,1	- 0,4	0,0	0,0	- 0,5
Stand: 31.12.2010	1.489,6	10.367,9	8.585,3	994,2	48,7	21.485,7
Buchwerte						
Stand: 31.12.2010	2.316,8	2.937,3	5.914,0	528,9	1.646,3	13.343,3
Anschaftungs- bzw. Herstellungskosten						
Stand: 01.01.2009	3.674,5	11.731,7	14.764,9	1.516,3	802,1	32.489,5
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	50,4	643,0	0,0	0,2	74,7	768,3
Zugänge	22,7	220,1	266,6	87,6	759,2	1.356,2
Umbuchungen	68,0	40,4	112,2	18,3	- 249,4	- 10,5
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	- 181,5	- 63,5	- 1.136,2	- 60,2	- 15,9	- 1.457,3
Währungsanpassungen	3,2	2,0	3,1	0,3	0,1	8,7
Abgänge	- 34,9	- 85,6	- 188,5	- 78,2	- 9,5	- 396,7
Stand: 31.12.2009	3.602,4	12.488,1	13.822,1	1.484,3	1.361,3	32.758,2
Kumulierte Abschreibungen						
Stand: 01.01.2009	1.361,4	9.794,4	8.785,9	957,1	5,4	20.904,2
Zugänge	62,8	258,9	300,6	97,6	0,0	719,9
Umbuchungen	6,8	- 10,0	- 0,8	- 0,6	34,3	29,7
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	- 43,5	- 38,1	- 460,6	- 45,4	0,0	- 587,6
Währungsanpassungen	0,5	1,0	1,1	0,1	0,0	2,7
Abgänge	- 26,0	- 25,0	- 132,8	- 74,0	- 3,3	- 261,1
Wertminderungen	2,7	17,8	7,8	0,1	0,0	28,4
Zuschreibungen	0,0	- 0,1	- 3,1	0,0	0,0	- 3,2
Stand: 31.12.2009	1.364,7	9.998,9	8.498,1	934,9	36,4	20.833,0
Buchwerte						
Stand: 31.12.2009	2.237,7	2.489,2	5.324,0	549,4	1.324,9	11.925,2

Gegenstände des Sachanlagevermögens unterliegen im Umfang von 66,9 Mio. € (Vorjahr: 46,7 Mio. €) Verfügungsbeschränkungen in Form von Grundpfandrechten.

Die Grundstücke und Bauten umfassen unter anderem auch grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken. Bei den anderen Anlagen werden Abfallentsorgungsanlagen, sonstige technische Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung mitberücksichtigt.

Vom Buchwert der Sachanlagen entfallen 75,7 Mio. € (Vorjahr: 12,9 Mio. €) auf Finanzierungsleasingverträge. Diese betreffen im Wesentlichen zwei Erdgaskavernen, bei denen die Vertragslaufzeit den überwiegenden Teil der Nutzungsdauer umfasst.

Die Buchwerte der in den langfristigen Vermögenswerten aktivierten Finanzierungsleasingverträge sind nachfolgend zusammengefasst dargestellt:

Mio. €	31.12.2010	31.12.2009
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	156,3	189,0
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0,0	12,9
Technische Anlagen und Maschinen	75,7	0,0
Gesamt	232,0	201,9

Die Konzerninvestitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen in Höhe von 1.624,8 Mio. € (Vorjahr: 1.309,4 Mio. €) lassen sich wie folgt aus dem Anlagespiegel ableiten:

Mio. €	2010	2009
Zugänge zu den immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen laut Anlagespiegel	2.030,8	1.396,4
Zugänge zu aktivierten Vermögenswerten aus Finanzierungsleasingverträgen	- 114,6	0,0
Zugänge zur aktivierten Rückstellung für Stilllegung und Abbau von Sachanlagen	- 296,5	- 136,6
Zugänge zu den immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen der zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte	5,1	49,6
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	1.624,8	1.309,4

(12) Investment Properties

Mio. €	
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten	
Stand: 01.01.2010	123,4
Zugänge	0,7
Umbuchungen	48,4
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-1,1
Abgänge	-1,7
Stand: 31.12.2010	169,7
Kumulierte Abschreibungen	
Stand: 01.01.2010	53,1
Zugänge	2,0
Umbuchungen	12,2
Abgänge	-0,9
Wertminderungen	8,0
Zuschreibungen	-3,7
Stand: 31.12.2010	70,7
Buchwert	
Stand: 31.12.2010	99,0
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten	
Stand: 01.01.2009	150,5
Zugänge	0,1
Umbuchungen	5,1
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-26,3
Abgänge	-6,0
Stand: 31.12.2009	123,4
Kumulierte Abschreibungen	
Stand: 01.01.2009	63,9
Zugänge	1,4
Umbuchungen	2,9
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-10,6
Abgänge	-4,7
Wertminderungen	0,4
Zuschreibungen	-0,2
Stand: 31.12.2009	53,1
Buchwert	
Stand: 31.12.2009	70,3

Der Marktwert der Immobilien, die als Investment Properties zu klassifizieren sind, betrug zum Bilanzstichtag 126,8 Mio. € (Vorjahr: 87,4 Mio. €). Der Marktwert wurde entweder durch ein Discounted-Cashflow-Verfahren ermittelt oder aus aktuellen Marktpreisen abgeleitet. Die Investment Properties wurden fast vollständig von externen Gutachtern bewertet (Vorjahr: rund die Hälfte). Die Mieterträge betrugen 12,5 Mio. € (Vorjahr: 9,2 Mio. €). Die direkt zurechenbaren betrieblichen Aufwendungen beliefen sich auf 3,2 Mio. € (Vorjahr: 2,8 Mio. €). Die betrieblichen Aufwendungen, denen keine Mieterträge gegenüberstehen, betrugen 0,6 Mio. € (Vorjahr: 0,4 Mio. €).

Die Umbuchungen resultieren im Wesentlichen aus der Umklassifizierung des von der GESO und ihrer Tochterunternehmen genutzten Verwaltungsgebäudes in Dresden aus dem Bestand der eigengenutzten Immobilien in die Investment Properties.

Es bestehen wie im Vorjahr keine Verpflichtungen zum Erwerb von Investment Properties.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden durch den Verkauf von Investment Properties Veräußerungserlöse in Höhe von 0,4 Mio. € (Vorjahr: 1,6 Mio. €) erzielt.

Die Forderungen aus unkündbaren operativen Leasingverhältnissen des EnBW-Konzerns in Höhe von 87,5 Mio.€ (Vorjahr: 76,4 Mio.€) stammen im Wesentlichen aus der Vermietung von Gewerbe- und Wohnimmobilien. In der abgelaufenen Periode wurden keine (Vorjahr: 1,2 Mio.€) bedingten Mietzahlungen vereinnahmt.

Die ausstehenden Mindestleasingzahlungen weisen folgende Fälligkeiten auf:

Mio. €	2010	2009
Fälligkeit bis 1 Jahr	19,9	21,6
Fälligkeit 1 bis 5 Jahre	29,5	21,7
Fälligkeit über 5 Jahre	38,1	33,1
Gesamt	87,5	76,4

(13) At equity bewertete Unternehmen

Mio. €	
Anschaffungskosten	
Stand: 01.01.2010	3.858,7
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	49,9
Zu-/Abgänge aufgrund von Ergebnissen	93,0
Zu-/Abgänge aufgrund von direkt im Eigenkapital erfassten Beträgen	-17,1
Währungsanpassungen	7,3
Abgänge aufgrund von Dividendenausschüttungen	-99,1
Sonstige Zu-/Abgänge	-38,2
Stand: 31.12.2010	3.854,5
Kumulierte Abschreibungen	
Stand: 01.01.2010	102,0
Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	0,0
Stand: 31.12.2010	102,0
Buchwert	
Stand: 31.12.2010	3.752,5
Anschaffungskosten	
Stand: 01.01.2009	1.939,0
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	2.138,1
Zu-/Abgänge aufgrund von Ergebnissen	175,9
Zu-/Abgänge aufgrund von direkt im Eigenkapital erfassten Beträgen	-108,0
Umbuchungen	-201,6
Währungsanpassungen	2,3
Abgänge aufgrund von Dividendenausschüttungen	-87,6
Sonstige Zu-/Abgänge	0,6
Stand: 31.12.2009	3.858,7
Kumulierte Abschreibungen	
Stand: 01.01.2009	6,8
Wertminderungen	102,0
Zuschreibungen	-6,8
Stand: 31.12.2009	102,0
Buchwert	
Stand: 31.12.2009	3.756,7

Die folgenden Darstellungen zeigen die wesentlichen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz der at equity bewerteten Unternehmen:

Ergebnisdaten at equity bewerteter Unternehmen in Mio. €	2010	2009
Umsatzerlöse	14.553,7	11.088,4
Jahresüberschuss	441,7	476,8
Anpassung an EnBW-Anteil und Equity-Bewertung	-348,7	-396,1
Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	93,0	80,7

Bilanzdaten at equity bewerteter Unternehmen in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009
Vermögenswerte	21.873,2	21.415,7
Schulden	13.650,3	13.124,9
Eigenkapital	8.222,8	8.290,8
Anpassung an EnBW-Anteil und Equity-Bewertung	-4.470,3	-4.534,1
Buchwert at equity bewerteter Unternehmen	3.752,5	3.756,7

Unser Anteil an den Eventualverbindlichkeiten und sonstigen finanziellen Verpflichtungen at equity bewerteter Unternehmen zum 31. Dezember 2010 beträgt 814,3 Mio. € (Vorjahr: 510,2 Mio. €).

Der Börsenwert der Anteile, für die öffentliche Marktpreise existieren, liegt bei 965,2 Mio. € (Vorjahr: 1.010,3 Mio. €). Die entsprechenden Buchwerte dieser Anteile betragen 1.127,9 Mio. € (Vorjahr: 1.175,6 Mio. €). Aufgrund des höheren Nutzungswerts besteht kein Wertminderungsbedarf.

Folgende at equity bewertete Unternehmen haben einen abweichenden Abschlussstichtag und werden mit ihren Jahresabschlusszahlen zum Stichtag 30. September 2010 einbezogen:

- > Elektrizitätswerk Rheinau AG, Rheinau/Schweiz
- > EVN AG, Maria Enzersdorf/Österreich

(14) Übrige finanzielle Vermögenswerte

Mio. €	Anteile an verbundenen Unternehmen	Sonstige Beteiligungen ^{1,2}	Langfristige Wertpapiere ³	Ausleihungen	Summe
Anschaffungskosten					
Stand: 01.01.2010	85,3	933,1	4.825,3	121,6	5.965,3
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	0,0	-62,3	0,8	0,5	-61,0
Zugänge	0,4	101,6	3.268,4	9,9	3.380,3
Umbuchungen	7,1	-313,3	-8,5	-7,0	-321,7
Währungsanpassungen	0,0	4,6	0,0	4,0	8,6
Abgänge	-8,8	-3,9	-2.664,2	-29,7	-2.706,6
Stand: 31.12.2010	84,0	659,8	5.421,8	99,3	6.264,9
Kumulierte Abschreibungen					
Stand: 01.01.2010	26,8	131,4	114,9	0,8	273,9
Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	0,0	-20,8	0,0	0,0	-20,8
Wertminderungen	1,9	12,4	65,1	0,7	80,1
Umbuchungen	2,9	-2,9	0,0	0,0	0,0
Währungsanpassungen	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1
Abgänge	-0,6	0,0	-18,4	0,0	-19,0
Stand: 31.12.2010	31,0	120,2	161,6	1,5	314,3
Buchwerte					
Stand: 31.12.2010	53,0	539,6	5.260,2	97,8	5.950,6
Anschaffungskosten					
Stand: 01.01.2009	79,4	941,2	4.030,5	119,3	5.170,4
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	0,0	1,1	-0,1	8,7	9,7
Zugänge	5,0	50,2	3.049,4	28,2	3.132,8
Umbuchungen	15,2	-14,4	-242,3	-9,6	-251,1
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-1,0	-22,1	-177,2	-0,5	-200,8
Währungsanpassungen	0,0	0,2	0,0	-0,3	-0,1
Abgänge	-13,3	-23,1	-1.835,0	-24,2	-1.895,6
Stand: 31.12.2009	85,3	933,1	4.825,3	121,6	5.965,3
Kumulierte Abschreibungen					
Stand: 01.01.2009	10,9	85,5	104,8	8,9	210,1
Wertminderungen	1,2	62,2	48,5	0,3	112,2
Umbuchungen	15,0	-14,8	0,0	-2,4	-2,2
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-0,3	0,0	-5,8	0,0	-6,1
Abgänge	0,0	-1,5	-32,6	-6,0	-40,1
Stand: 31.12.2009	26,8	131,4	114,9	0,8	273,9
Buchwerte					
Stand: 31.12.2009	58,5	801,7	4.710,4	120,8	5.691,4

¹ Von den Zugängen der Anschaffungskosten stammen 0,0 Mio. € (Vorjahr: 0,1 Mio. €), von den Abgängen der Anschaffungskosten 0,0 Mio. € (Vorjahr: 13,4 Mio. €) aus der Marktbewertung.

² Von den Buchwerten der Anschaffungskosten entfallen 178,7 Mio. € (Vorjahr: 152,1 Mio. €) auf Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden.

³ Von den Zugängen der Anschaffungskosten stammen 304,8 Mio. € (Vorjahr: 368,0 Mio. €), von den Abgängen der Anschaffungskosten 138,1 Mio. € (Vorjahr: 81,1 Mio. €) aus der Marktbewertung.

Bei den im Finanzanlagevermögen ausgewiesenen Anteilen an verbundenen Unternehmen handelt es sich um aus Wesentlichkeitsgründen nicht in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen.

Bei den langfristigen Wertpapieren handelt es sich vor allem um festverzinsliche Wertpapiere sowie um börsennotierte Aktien. Ein Großteil der langfristigen Wertpapiere wird in Spezialfonds gehalten. Im Rahmen der Konsolidierung werden die einzelnen Wertpapiere der Spezialfonds in der Konzernbilanz gesondert nach der jeweiligen Anlageart ausgewiesen. Die in 2010 vorgenommenen Umbuchungen bei den sonstigen Beteiligungen betreffen im Wesentlichen die Umgliederung einer nicht mehr strategischen Beteiligung in die langfristigen Wertpapiere. Bei den langfristigen Wertpapieren wirken dabei gegenläufig Umgliederungen von lang- in kurzfristige Wertpapiere. Im Vorjahr handelt es sich im Wesentlichen um Umgliederungen von den langfristigen in kurzfristige Wertpapiere.

Die Ausleihungen bestehen aus Ausleihungen an verbundene Unternehmen in Höhe von 0,5 Mio. € (Vorjahr: 0,6 Mio. €), Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von 20,8 Mio. € (Vorjahr: 21,2 Mio. €) sowie aus sonstigen Ausleihungen in Höhe von 76,5 Mio. € (Vorjahr: 99,0 Mio. €).

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte werden auf einem gesonderten Wertberichtigungskonto erfasst und sind aus dem Anlagespiegel ersichtlich.

(15) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Mio. €	31.12.2010			31.12.2009		
	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.213,8	479,2	3.693,0	2.807,5	425,9	3.233,4
davon gegen verbundene Unternehmen	(26,3)	(10,0)	(36,3)	(21,2)	(10,0)	(31,2)
davon gegen Beteiligungen	(21,9)	(0,2)	(22,1)	(26,2)	(1,9)	(28,1)
davon gegen at equity bewertete Unternehmen	(26,7)	(0,0)	(26,7)	(24,1)	(0,0)	(24,1)

Bei den langfristigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen in Zusammenhang mit Stromlieferungen, deren Laufzeiten nicht dem gewöhnlichen Geschäftszyklus entsprechen.

Die Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entwickelten sich wie folgt:

Mio. €	2010	2009
Stand zum 01.01.	36,8	47,3
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	0,0	-5,0
Verbrauch	-36,8	-32,6
Nettozuführungen	35,5	27,1
Stand zum 31.12.	35,5	36,8

Die in den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthaltenen Kreditrisiken stellen sich wie folgt dar:

Mio. €	31.12.2010	31.12.2009
Nicht überfällig und nicht wertgemindert	3.588,7	3.118,0
Überfällig und nicht wertgemindert		
Laufzeit bis 3 Monate	47,1	38,8
Laufzeit zwischen 3 und 6 Monaten	3,0	4,1
Laufzeit zwischen 6 Monaten und 1 Jahr	3,2	5,9
Laufzeit über 1 Jahr	6,3	12,8
Wertgemindert	44,7	53,8
Gesamt	3.693,0	3.233,4

Für die nicht wertgeminderten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen liegen zum Bilanzstichtag keine Anzeichen eines Wertberichtigungsbedarfs vor.

(16) Ertragsteuererstattungsansprüche

Unter den kurz- und langfristigen Ertragsteuererstattungsansprüchen ist unter anderem das Körperschaftsteuerguthaben aus der Umstellung auf das Halbeinkünfteverfahren nach dem Steuersenkungsgesetz vom 23. Oktober 2000 durch die Neuregelung des Gesetzes über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (SEStEG) vom 7. Dezember 2006 ausgewiesen.

Ferner sind anrechenbare Kapitalertragsteuern aus Vorjahren sowie des laufenden Jahres enthalten.

(17) Sonstige Vermögenswerte

Mio. €	31.12.2010			31.12.2009		
	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt
Sonstige Steuererstattungsansprüche	75,2	2,6	77,8	63,4	0,0	63,4
Derivate	1.194,5	122,8	1.317,3	2.027,2	37,7	2.064,9
davon ohne Sicherungsbeziehung	(931,1)	(12,1)	(943,2)	(1.951,1)	(11,0)	(1.962,1)
davon in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge	(238,8)	(55,8)	(294,6)	(53,7)	(0,0)	(53,7)
davon in Sicherungsbeziehung Fair Value Hedge	(24,6)	(54,9)	(79,5)	(22,4)	(26,7)	(49,1)
Forderungen aus Finanzierungsleasing	7,0	31,0	38,0	7,0	34,6	41,6
Geleistete Anzahlungen	70,4	65,0	135,4	91,9	42,7	134,6
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	15,4	46,1	61,5	17,5	57,1	74,6
Übrige Vermögenswerte	273,0	23,4	296,4	432,5	31,7	464,2
Gesamt	1.635,5	290,9	1.926,4	2.639,5	203,8	2.843,3

Die Forderungen aus Finanzierungsleasing resultieren aus Verträgen zur Lieferung verschiedener Energiemedien wie Strom, Wärme, Kälte und Druckluft, bei denen das wirtschaftliche Eigentum der geleasten technischen Anlagen und Maschinen dem Leasingnehmer zuzurechnen ist. Die Leasingverträge beinhalten Preisanpassungsklauseln sowie Mietverlängerungs- und Kaufoptionen. Den Verträgen liegen folgende Parameter und Fristigkeiten zugrunde:

Mio. €	31.12.2010	31.12.2009
Summe der Leasingraten	46,7	51,6
Zinsanteil der ausstehenden Leasingraten	8,7	10,0
Barwert der ausstehenden Leasingraten	38,0	41,6

Die ausstehenden Leasingraten haben folgende Fälligkeiten:

Mio. €	Nominalwert		Barwert	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
Fälligkeit bis 1 Jahr	9,1	9,3	7,9	8,3
Fälligkeit 1 bis 5 Jahre	24,9	25,3	20,3	20,7
Fälligkeit über 5 Jahre	12,7	17,0	9,8	12,6
Gesamt	46,7	51,6	38,0	41,6

Für ausstehende Forderungen aus Finanzierungsleasing waren wie im Vorjahr keine Wertberichtigungen und Zuschreibungen erforderlich.

Die geleisteten Anzahlungen enthalten Anzahlungen für Strombezugsverträge in Höhe von 79,0 Mio. € (Vorjahr: 74,8 Mio.€). Von den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen 23,5 Mio. € (Vorjahr: 28,5 Mio.€) abgegrenzte Leasingraten.

Die übrigen Vermögenswerte enthalten Sicherheitsleistungen für außerbörsliche Handelsgeschäfte in Höhe von 16,8 Mio. € (Vorjahr: 142,8 Mio. €).

Die Wertberichtigungen auf zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete sonstige Vermögenswerte entwickelten sich wie folgt:

Mio. €	2010	2009
Stand zum 01.01.	33,3	35,5
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	0,0	-0,5
Verbrauch	-1,0	-11,4
Nettozuführungen	2,2	9,7
Stand zum 31.12.	34,5	33,3

Die Kreditrisiken der in den sonstigen Vermögenswerten enthaltenen Finanzinstrumente stellen sich wie folgt dar:

Mio. €	31.12.2010	31.12.2009
Nicht überfällig und nicht wertgemindert	1.630,9	2.566,7
Überfällig und nicht wertgemindert		
Laufzeit bis 3 Monate	0,2	0,2
Laufzeit zwischen 3 und 6 Monaten	0,1	0,1
Laufzeit zwischen 6 Monaten und 1 Jahr	0,1	0,0
Laufzeit über 1 Jahr	0,2	0,1
Wertgemindert	3,4	0,3
Gesamt	1.634,9	2.567,4

Für die nicht wertgeminderten sonstigen Vermögenswerte liegen zum Bilanzstichtag keine Anzeichen eines Wertberichtigungsbedarfs vor.

(18) Vorratsvermögen

Mio. €	31.12.2010	31.12.2009
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	566,8	566,0
Kernbrennelemente (inkl. darauf geleistete Anzahlungen)	327,9	291,7
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	49,8	41,0
Fertige Erzeugnisse und Waren	44,8	30,3
Geleistete Anzahlungen	1,8	15,8
Gesamt	991,1	944,8

Es liegen keine Sicherungsübereignungen von Vorräten vor. Wesentliche langfristige Fertigungsaufträge, die eine Bilanzierung als langfristige Auftragsfertigung erfordern würden, sind nicht gegeben.

Im Berichtsjahr wurden Abschreibungen auf die Vorräte in Höhe von 11,3 Mio. € (Vorjahr: 80,1 Mio. €) vorgenommen. Die Abschreibungen des Vorjahres betrafen im Wesentlichen eine Wertberichtigung auf Kernbrennelemente.

Für das Geschäftsjahr 2010 hat die EnBW 13,4 Mio. t (Vorjahr: 12,5 Mio. t) Emissionsrechte unentgeltlich durch staatliche Zuteilung erworben.

(19) Finanzielle Vermögenswerte

Die kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte enthalten im Wesentlichen festverzinsliche Wertpapiere. Die übrigen kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte betreffen im Wesentlichen ausgegebene Darlehen. Aufgrund der Bewertung zum Marktwert ergaben sich im Geschäftsjahr Zuschreibungen in Höhe von 0,5 Mio. € (Vorjahr: 3,5 Mio. €) sowie Abschreibungen in Höhe von 1,5 Mio. € (Vorjahr: 0,8 Mio. €).

Im Geschäftsjahr 2010 wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 0,5 Mio. € (Vorjahr: 23,0 Mio. €) auf übrige finanzielle Vermögenswerte vorgenommen. Im Vorjahr entfielen 8,5 Mio. € der außerplanmäßigen Abschreibungen auf Wertpapiere, die der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“ zugeordnet waren.

Mio. €	31.12.2010	31.12.2009
Genussscheine, Fonds und Aktien	839,8	686,5
Übrige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	116,0	85,2
Gesamt	955,8	771,7

Insgesamt wurden kurzfristige finanzielle Vermögenswerte in Höhe von 124,8 Mio. € (Vorjahr: 102,2 Mio. €) als Sicherheiten gestellt. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Sicherheiten für Börsengeschäfte, die sich entsprechend der Entwicklung des Handelsvolumens verändern. Die gestellten Sicherheiten unterliegen einer marktüblichen Verzinsung. Diese Sicherheiten werden von den Börsen bei Nichterfüllung der durch die Börsengeschäfte resultierenden Verpflichtungen in Anspruch genommen.

(20) Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel betreffen im Wesentlichen Guthaben bei Kreditinstituten, die überwiegend als Termin- und Tagesgeld angelegt sind.

Von den flüssigen Mitteln entfallen 49,1 Mio. € (Vorjahr: 77,5 Mio. €) auf quotalkonsolidierte Unternehmen.

Wesentliche Verfügungsbeschränkungen für Zahlungsmittel bestanden nicht.

(21) Eigenkapital

Die Entwicklung des Eigenkapitals und das Gesamtergebnis sind im Eigenkapitalspiegel gesondert dargestellt. Die Bestandteile des Gesamtergebnisses sind in der Gesamtperiodenerfolgsrechnung aggregiert dargestellt.

Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital der EnBW AG beträgt 640.015.872,00 € (Vorjahr: 640.015.872,00 €) und ist in 250.006.200 (Vorjahr: 250.006.200) auf den Inhaber lautende Stückaktien eingeteilt, die voll eingezahlt sind. Die Stückaktien sind rechnerisch mit jeweils 2,56 €/Stück (Vorjahr: 2,56 €/Stück) am gezeichneten Kapital beteiligt.

Die E.D.F. INTERNATIONAL SA und die OEW Energie-Beteiligungs GmbH halten zum 31. Dezember 2010 jeweils direkt 45,01 % des Grundkapitals der EnBW AG (Vorjahr: jeweils 45,01 %).

Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage sind die Beträge enthalten, die bei der Ausgabe von Aktien der EnBW AG über den rechnerischen Wert der Aktien hinaus erzielt wurden.

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen enthalten im Wesentlichen die anteiligen Gewinnrücklagen der Muttergesellschaft und der sonstigen einbezogenen Gesellschaften nach dem Erstkonsolidierungszeitpunkt.

Bilanzgewinn der EnBW AG

Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags in Höhe von 106,6 Mio. € (Vorjahr: 124,1 Mio. €) sowie nach Einstellung in andere Gewinnrücklagen in Höhe von 350,0 Mio. € (Vorjahr: 100,0 Mio. €) ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 673,2 Mio. € (Vorjahr: 480,3 Mio. €). Wir werden der Hauptversammlung vorschlagen, aus dem Bilanzgewinn der EnBW AG eine Dividende von 1,53 € (Vorjahr: 1,53 €) je Aktie auszuschütten. Zum 31. Dezember 2010 waren insgesamt 244.256.523 Aktien (Vorjahr: 244.256.523 Aktien) dividendenberechtigt. Die Ausschüttungssumme der EnBW AG für das Geschäftsjahr 2010 wird bei entsprechendem Beschluss durch die Hauptversammlung 373,7 Mio. € (Vorjahr: 373,7 Mio. €) betragen.

Der Bilanzgewinn der EnBW AG wird innerhalb der Gewinnrücklagen ausgewiesen.

Eigene Aktien

Zum 31. Dezember 2010 hält die EnBW AG 5.749.677 Stück eigene Aktien (Vorjahr: 5.749.677 Stück eigene Aktien). Die Anschaffungskosten der eigenen Anteile in Höhe von 204,1 Mio. € wurden vom Buchwert des Eigenkapitals abgesetzt. Der auf sie entfallende Betrag des Grundkapitals beläuft sich auf 14.719.173,12 € (2,3 % des gezeichneten Kapitals).

Aus den unmittelbar und mittelbar gehaltenen eigenen Aktien stehen der Gesellschaft keine Rechte zu; sie sind nicht dividendenberechtigt. Die eigenen Aktien werden entsprechend den Regelungen der IFRS nicht als Wertpapiere ausgewiesen, sondern in einer Summe vom Eigenkapital offen abgesetzt.

Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen

In den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen werden Marktwertänderungen der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte, Marktwertänderungen von Cashflow Hedges, die direkt im Eigenkapital erfassten Werte für die Equity-Bewertung sowie Währungsumrechnungsdifferenzen aus der Umrechnung ausländischer Abschlüsse erfasst.

Hinsichtlich der erfolgsneutralen Veränderungen der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte sowie der Cashflow Hedges verweisen wir auf die Ausführungen zur Berichterstattung zu den Finanzinstrumenten.

Darstellung der Bestandteile der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge:

Mio. €	2010	2009
In der laufenden Periode entstandene unrealisierte Verluste (Vorjahr: Gewinne)	-10,7	1,5
Ergebniswirksame Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	-37,0	0,0
Unterschiedsbetrag aus der Währungsumrechnung	-47,7	1,5
In der laufenden Periode entstandene unrealisierte Gewinne	344,2	51,7
Ergebniswirksame Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	-22,2	55,4
Umgliederung in die Anschaffungskosten von gesicherten Geschäften	45,8	-95,6
Cashflow Hedge	367,8	11,5
In der laufenden Periode entstandene unrealisierte Gewinne	168,2	283,1
Ergebniswirksame Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	9,9	64,8
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	178,1	347,9
In der laufenden Periode entstandene unrealisierte Verluste	-64,3	-108,0
Ergebniswirksame Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	47,2	0,0
At equity bewertete Unternehmen	-17,1	-108,0
Summe der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge vor Steuern	481,1	252,9
Ertragsteuern	-119,3	23,2
Summe der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge	361,8	276,1

Darstellung der Steuereffekte der unrealisierten Aufwendungen und Erträge im Eigenkapital:

Mio. €	2010			2009		
	Vor Steuern	Steuer-aufwand/-ertrag	Nach Steuern	Vor Steuern	Steuer-aufwand/-ertrag	Nach Steuern
Unterschiedsbetrag aus der Währungsumrechnung	-10,7	7,7	-3,0	1,5	1,0	2,5
Cashflow Hedge	344,2	-117,1	227,1	51,7	19,8	71,5
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	168,2	-5,6	162,6	283,1	-25,7	257,4
At equity bewertete Unternehmen	-64,3	0,0	-64,3	-108,0	0,0	-108,0
Summe der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge	437,4	-115,0	322,4	228,3	-4,9	223,4

Darstellung der Steuereffekte der ergebniswirksamen Umgliederungen in die Gewinn- und Verlustrechnung und in die Anschaffungskosten von gesicherten Geschäften:

Mio. €	2010			2009		
	Vor Steuern	Steuer-aufwand/-ertrag	Nach Steuern	Vor Steuern	Steuer-aufwand/-ertrag	Nach Steuern
Unterschiedsbetrag aus der Währungsumrechnung	-37,0	0,0	-37,0	0,0	0,0	0,0
Cashflow Hedge	23,6	-17,4	6,2	-40,2	23,3	-16,9
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	9,9	13,1	23,0	64,8	4,8	69,6
At equity bewertete Unternehmen	47,2	0,0	47,2	0,0	0,0	0,0
Summe der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge	43,7	-4,3	39,4	24,6	28,1	52,7

Nicht beherrschende Anteile

Die nicht beherrschenden Anteile zeigen den Anteilsbesitz Dritter an den Konzerngesellschaften. Sie betreffen insbesondere die Energiedienst-Gruppe, Stadtwerke Düsseldorf AG, GasVersorgung Süddeutschland GmbH und Pražská energetika a.s.

(22) Rückstellungen

Für die Erläuterung der Rückstellungen im Anhang werden die in der Bilanz nach Fristigkeiten getrennt ausgewiesenen Rückstellungen wieder zusammengefasst betrachtet.

Mio. €	31.12.2010			31.12.2009		
	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	232,5	4.011,3	4.243,8	223,3	3.952,0	4.175,3
Steuerrückstellungen	166,6	195,6	362,2	86,3	143,7	230,0
Rückstellungen im Kernenergiebereich	210,1	5.162,3	5.372,4	215,2	4.965,3	5.180,5
Rückstellungen für nicht vertragliche nukleare Verpflichtungen	(125,6)	(3.950,3)	(4.075,9)	(138,2)	(3.740,8)	(3.879,0)
Rückstellungen für vertragliche nukleare Verpflichtungen	(84,5)	(1.212,0)	(1.296,5)	(77,0)	(1.224,5)	(1.301,5)
Sonstige Rückstellungen	604,0	398,6	1.002,6	481,4	338,8	820,2
Sonstige Stromrückstellungen	(171,9)	(32,8)	(204,7)	(177,9)	(35,0)	(212,9)
Personalarückstellungen	(36,7)	(144,6)	(181,3)	(48,2)	(136,6)	(184,8)
Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	(160,5)	(118,7)	(279,2)	(62,0)	(127,0)	(189,0)
Übrige Rückstellungen	(234,9)	(102,5)	(337,4)	(193,3)	(40,2)	(233,5)
Gesamt	1.213,2	9.767,8	10.981,0	1.006,2	9.399,8	10.406,0

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden entsprechend den bestehenden Versorgungszusagen für Anwartschaften und laufende Leistungen an die berechtigten aktiven und ehemaligen Mitarbeiter sowie die Hinterbliebenen gebildet. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um leistungsorientierte Versorgungspläne. Zusätzlich erhalten die Mitarbeiter eine Zusage über eine Energiepreismäßigung in der Rentenzeit.

Die Zusagen bemessen sich vor allem nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit sowie der Vergütung der Mitarbeiter. Darüber hinaus werden auf dieser Bemessungsgrundlage leistungsorientierte Zusagen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung über Multi-Employer Plans gewährt. Die Beitragszahlung an die Zusatzversorgungskasse erfolgt in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes des jeweiligen zusatzversorgungspflichtigen Arbeitsentgelts des Arbeitnehmers.

Die Höhe der Rückstellungen der leistungsorientierten Zusagen entspricht dem Barwert der künftig erwarteten Verpflichtungen, korrigiert um die noch nicht amortisierten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste. Die Berechnung erfolgt nach versicherungsmathematischen Methoden. Es wurde Planvermögen gemäß IAS 19.7 geschaffen, das ausschließlich zur Deckung von Pensionsverpflichtungen verwendet und von den Pensionsverpflichtungen abgesetzt wird. Das Planvermögen sowie der Barwert der Ansprüche der Pensionskasse Schweizerischer Elektrizitätswerke (PKE) respektive der Pensionskasse der Lonza (PKL) wurde erstmals in Höhe von 68,5 Mio.€ (Vorjahr: 57,9 Mio.€) bei den Anhangangaben als extern finanzierte Versorgungsansprüche berücksichtigt. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst. Die Anpassung hat keine Auswirkung auf die Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz.

Die wesentlichen Parameter (Durchschnittswerte) der Berechnung der leistungsorientierten Versorgungszusagen für die inländischen Gesellschaften sind nachfolgend dargestellt:

	31.12.2010	31.12.2009
Diskontierungszins	5,25 %	5,75 %
Künftig erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung	3,00 %	3,00 %
Künftig erwarteter Rentenanstieg	2,10 %	2,20 %
Fluktuationsrate	2,00 %	2,00 %
Erwartete Rendite des Planvermögens	5,30 %	5,50 %

Den Berechnungen liegen die Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde.

Der Aufwand für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. € ¹	2010	2009
Pensionsaufwand		
Aufwand für im Berichtsjahr verdiente Versorgungsansprüche	47,9	46,7
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	22,2	0,0
Versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	1,2	3,3
Erwarteter Ertrag aus dem Planvermögen	-6,6	-7,0
Zinsaufwand für bereits erworbene Versorgungsansprüche	229,3	229,1
Gesamt	294,0	272,1

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Der Barwert der Versorgungsansprüche für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen lässt sich zum bilanzierten Wert der Versorgungsansprüche wie folgt überleiten:

Mio. € ¹	31.12.2010	31.12.2009
Anwartschaftsbarwert aller Versorgungsansprüche	4.545,8	4.167,2
davon intern finanzierte Versorgungsansprüche	(4.371,8)	(4.016,0)
davon extern finanzierte Versorgungsansprüche	(174,0)	(151,2)
Marktwert des Planvermögens	-148,9	-136,1
Überdeckung aus den Versorgungsansprüchen	4,2	0,0
Noch nicht verrechnete versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	-157,3	144,2
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.243,8	4.175,3

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Entwicklung des Planvermögens in Mio. € ¹	2010	2009
Marktwert des Planvermögens zu Beginn des Geschäftsjahres	136,1	145,2
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	6,6	7,0
Vermögensübertragungen	10,0	-10,2
Auszahlung an Begünstigte	-10,4	-11,4
Versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	-2,5	5,5
Währungsanpassungen und Umbuchungen	9,1	0,0
Marktwert des Planvermögens zum Ende des Geschäftsjahres	148,9	136,1

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Die tatsächlichen Erträge aus Planvermögen betragen 4,1 Mio. € (Vorjahr: 12,5 Mio. €). Künftige Zahlungen an das Planvermögen sind wie im Vorjahr keine geplant.

Erfahrungsbedingte Anpassungen in Mio. €¹	2010	2009	2008	2007	2006
Anwartschaftsbarwert der Versorgungsansprüche	-8,6	-17,3	-53,1	-31,9	-22,7
Marktwert des Planvermögens	-2,5	5,5	-11,1	-0,8	-1,8

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Die erfahrungsbedingten Anpassungen des Anwartschaftsbarwerts der Versorgungsansprüche, die nicht durch Prämissenänderung entstanden, sind ein Teil der in der jeweiligen Periode neu entstandenen versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste. Die erfahrungsbedingten Anpassungen des Marktwerts des Planvermögens entsprechen den in der jeweiligen Periode neu entstandenen versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten.

Zusammensetzung des Planvermögens in %¹	31.12.2010	31.12.2009
Aktien	30,4	28,6
Festverzinsliche Wertpapiere	52,3	57,9
Sonstige Vermögenswerte	17,3	13,5
	100,0	100,0

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Das Anlageziel für das ausgelagerte Pensionsvermögen ist die fristenkongruente Abdeckung der Versorgungsansprüche. Das Planvermögen enthält weder Aktien von EnBW-Konzernunternehmen noch selbst genutzte Immobilien. Die Anlagestrategie berücksichtigt die Fälligkeitsstruktur und den Umfang der Versorgungsansprüche. Die durchschnittliche Rendite betrug 2,9 % (Vorjahr angepasst: 8,7%). Die erwartete Rendite lag bei 5,3 % (Vorjahr: 5,5%). Der Bestimmung der erwarteten Rendite liegen Asset-Prognosen der jeweiligen Asset-Klassen sowie Bankgespräche zugrunde. Die Prognosen basieren auf Erfahrungswerten und Wirtschaftsdaten.

Entwicklung des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung in Mio. €¹	2010	2009
Anwartschaftsbarwert aller Versorgungsansprüche zu Beginn des Geschäftsjahres	4.167,2	4.009,9
Aufwand für im Berichtsjahr verdiente Versorgungsansprüche	47,9	46,7
Zinsaufwand für bereits erworbene Versorgungsansprüche	229,3	229,1
Auszahlung an Begünstigte	-230,2	-231,5
Versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste(-)	289,1	125,7
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	22,2	0,0
Änderung des Konsolidierungskreises und Währungsanpassungen	13,8	0,0
Umbuchungen	6,5	-12,7
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung zum Ende des Geschäftsjahres	4.545,8	4.167,2

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Eine Verringerung beziehungsweise Erhöhung des Zinsniveaus um 0,5 Prozentpunkte würde den Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung um 324,2 Mio. € (Vorjahr: 297,2 Mio. €) erhöhen beziehungsweise um 289,1 Mio. € (Vorjahr: 265,0 Mio. €) reduzieren.

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung unterteilt sich wie folgt in vermögensgedeckte und nicht vermögensgedeckte Versorgungsansprüche:

Mio. € ¹	31.12.2010	31.12.2009
Versorgungsansprüche mit Vermögensdeckung	174,0	151,2
Vollständige Vermögensdeckung	(174,0)	(151,2)
Teilweise Vermögensdeckung	(0,0)	(0,0)
Versorgungsansprüche ohne Vermögensdeckung	4.371,8	4.016,0

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Der Barwert der Versorgungsansprüche, der Marktwert des Planvermögens und der Überschuss beziehungsweise Fehlbetrag des Plans entwickelten sich seit 2006 wie folgt:

Mio. € ¹	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006
Barwert der Versorgungsansprüche	4.545,8	4.167,2	4.009,9	4.244,7	4.590,3
Marktwert des Planvermögens	-148,9	-136,1	-145,2	-105,4	-105,6
Überschuss bzw. Fehlbetrag des Plans	4.396,9	4.031,1	3.864,7	4.139,3	4.484,7

¹ Die Zahlen der Geschäftsjahre 2009 und 2008 wurden angepasst.

Multi-Employer Plans

Die Multi-Employer Plans, bei denen es sich um leistungsorientierte Versorgungspläne handelt, werden als beitragsorientierte Pläne bilanziert, da die Informationen für die anteilige Zuordnung von Verpflichtungen und Planvermögen sowie die entsprechenden Aufwandsgrößen von den Zusatzversorgungskassen nicht zur Verfügung gestellt werden. Der Aufwand aus leistungsorientierten Pensionszusagen über Multi-Employer Plans belief sich auf 14,4 Mio. € (Vorjahr: 12,4 Mio. €). Mögliche künftige Beitragssteigerungen aus nicht ausfinanzierten Versorgungsverpflichtungen werden keinen wesentlichen Einfluss auf den EnBW-Konzern haben.

Die Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung beliefen sich im Jahr 2010 auf 97,7 Mio. € (Vorjahr: 100,1 Mio. €).

Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellungen enthalten im Wesentlichen Rückstellungen für Ertragsteuern wie die Körperschaftsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag sowie die Gewerbesteuer.

Rückstellungen im Kernenergiebereich

Die Rückstellungen im Kernenergiebereich sind für die Entsorgung bestrahlter Brennelemente und radioaktiver Betriebsabfälle sowie für die Stilllegung und den Rückbau der kontaminierten Anlagenteile gebildet.

Mio. €	31.12.2010	31.12.2009
Stilllegung und Rückbau	3.202,7	3.126,2
Brennelementeentsorgung	1.902,0	1.843,1
Betriebsabfälle	267,7	211,2
Gesamt	5.372,4	5.180,5

Die Rückstellungen basieren insgesamt auf öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen und Auflagen in den Betriebsgenehmigungen.

Soweit in Erfüllung dieser öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen noch keine zivilrechtlichen Verträge zum Bilanzstichtag abgeschlossen waren, erfolgte die Bewertung der Rückstellungen auf Basis externer Gutachten und Kostenschätzungen (nicht vertragliche nukleare Verpflichtungen). Dies ist im Wesentlichen bei den im Stilllegungsbereich erwarteten Kosten des Nachbetriebs der Anlage, der Demontage und Entsorgung der nuklearen Anlagenteile sowie bei den eigentlichen Kosten der Endlagerung der Fall. Im Bereich der Entsorgung von Brennelementen handelt es sich bei dem nicht vertraglichen Anteil überwiegend um die Kosten für eine endlagergerechte Konditionierung, die Transportkosten, die Kosten für die Beschaffung von Endlagerbehältern sowie die Kosten für die eigentliche Endlagerung.

Darüber hinaus ist die Bewertung eines Teils der Rückstellungen bereits durch zivilrechtliche Verträge konkretisiert (vertragliche nukleare Verpflichtungen). Dies sind zum einen die Personalkosten für Eigenpersonal, soweit dies voraussichtlich mit der Stilllegung befasst sein wird. Im Rahmen der Entsorgung von Brennelementen handelt es sich zum anderen im Wesentlichen um die ausstehenden Kosten für die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente, die Kosten der dezentralen Zwischenlagerung in Standortnähe und der zentralen Zwischenlagerung in den Zwischenlagern Gorleben und Ahaus sowie um die Kosten für Transport und Beschaffung von Behältern.

Die Rückstellungen für Stilllegung und Rückbau der kontaminierten Anlagenteile werden zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme mit dem abgezinsten Erfüllungsbetrag angesetzt. Dieser wird korrespondierend unter den Erzeugungsanlagen ausgewiesen und planmäßig abgeschrieben. Er beträgt 130,3 Mio. € (Vorjahr: 264,4 Mio. €). Schätzungsänderungen in Zusammenhang mit der Änderung der Annahmen zur künftigen Kostenentwicklung wurden grundsätzlich erfolgsneutral durch Anpassung der korrespondierenden Bilanzposten in Höhe von -54,7 Mio. € (Vorjahr: 81,4 Mio. €) in Ansatz gebracht. Bei stillgelegten Kraftwerken wurden solche Schätzungsänderungen ergebniswirksam verbucht. Die Ermittlung der Kosten der Stilllegung und des Abbaus der Anlagen basiert auf dem Szenario der unmittelbaren Beseitigung der Anlagen. Den Rückstellungen stehen Forderungen in Höhe von 464,4 Mio. € (Vorjahr: 413,2 Mio. €) gegenüber, die von einem Vertragspartner in Zusammenhang mit Stromlieferungen übernommene Rückbauverpflichtungen der Kernkraftwerke betreffen.

Rückstellungsspiegel in Mio. €	Stand 01.01.2010	Zuführung	Auflösung	Aufzinsung
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.175,3	68,0	0,0	222,0
Steuerrückstellungen	230,0	157,7	2,8	23,9
Rückstellungen im Kernenergiebereich	5.180,5	256,0	122,3	283,9
Sonstige Rückstellungen	820,2	488,3	91,6	10,3
Sonstige Stromrückstellungen	(212,9)	(123,8)	(40,3)	(0,9)
Personalarückstellungen	(184,8)	(47,4)	(0,8)	(4,6)
Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	(189,0)	(106,6)	(9,6)	(4,5)
Übrige Rückstellungen	(233,5)	(210,5)	(40,9)	(0,3)
Gesamt	10.406,0	970,0	216,7	540,1

Die Rückstellungen im Kernenergiebereich werden in Höhe des Barwerts der erwarteten künftigen Verpflichtungen berechnet und jährlich aufgezinst. Der Diskontierungszins zur Berechnung der Rückstellungen beträgt unverändert 5,5%. Die Inanspruchnahme wird nach heutiger Kenntnis größtenteils in dem Zeitraum 2030 bis 2060 erwartet.

Die bei den Rückstellungen im Kernenergiebereich berücksichtigten geleisteten Anzahlungen an Wiederaufarbeitungsunternehmen und an das Bundesamt für Strahlenschutz betragen 489,0 Mio. € (Vorjahr: 462,0 Mio. €). Die Zahlungen an das Bundesamt für Strahlenschutz erfolgen auf Basis der Endlagervorausleistungsverordnung für die Errichtung der Endlager Gorleben und Konrad.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Stromrückstellungen betreffen Verpflichtungen aus den CO₂-Emissionsrechten, dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz und der konventionellen Strom- und Brennstoffbeschaffung.

Die Personalarückstellungen betreffen im Wesentlichen Verpflichtungen aus Altersteilzeit- und Vorruhestandsregelungen, Jubiläumsverpflichtungen sowie Restrukturierungsmaßnahmen.

Die Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften betreffen künftige Verpflichtungen aus nachteiligen Bezugs- und Absatzverträgen. Die Verpflichtungen umfassen auf der Beschaffungsseite vor allem den nicht thermischen Entsorgungsbereich und auf der Absatzseite im Wesentlichen den Stromvertrieb.

Die sonstigen Rückstellungen werden mit einem Zinssatz von durchschnittlich 1,00% bis 3,00% (Vorjahr: 3,50% bis 4,25%) diskontiert.

Erfolgsneutrale Veränderungen	Änderungen im Konsoli- dierungskreis, Währungs- anpassungen, Umbuchungen	Inanspruch- nahme	Stand 31.12.2010
0,0	8,7	230,2	4.243,8
0,0	-0,1	46,5	362,2
-54,7	-8,2	162,8	5.372,4
6,5	18,6	249,7	1.002,6
(6,5)	(0,5)	(99,6)	(204,7)
(0,0)	(-0,1)	(54,6)	(181,3)
(0,0)	(8,3)	(19,6)	(279,2)
(0,0)	(9,9)	(75,9)	(337,4)
-48,2	19,0	689,2	10.981,0

(23) Latente Steuern

Die latenten Steuern auf Bewertungsunterschiede zur Steuerbilanz setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. €	31.12.2010		31.12.2009	
	Aktive latente Steuern ¹	Passive latente Steuern ¹	Aktive latente Steuern ¹	Passive latente Steuern ¹
Immaterielle Vermögenswerte	19,0	96,1	14,9	67,3
Sachanlagen	111,6	1.926,6	91,9	1.901,1
Finanzielle Vermögenswerte	7,1	100,0	23,7	217,8
Sonstige Vermögenswerte	2,9	32,8	9,6	13,3
Derivative Finanzinstrumente	0,0	35,9	0,0	10,5
Langfristige Vermögenswerte	140,6	2.191,4	140,1	2.210,0
Vorräte	13,0	5,4	7,4	8,9
Finanzielle Vermögenswerte	0,0	1,0	0,0	8,8
Sonstige Vermögenswerte	170,1	404,0	201,9	631,3
Kurzfristige Vermögenswerte	183,1	410,4	209,3	649,0
Rückstellungen	552,1	674,8	412,8	572,8
Verbindlichkeiten und Zuschüsse	321,5	10,5	354,1	8,1
Langfristige Schulden	873,6	685,3	766,9	580,9
Rückstellungen	72,9	0,6	67,6	41,0
Verbindlichkeiten und Zuschüsse	401,9	156,3	745,7	103,8
Kurzfristige Schulden	474,8	156,9	813,3	144,8
Verlustvorträge	1,5	0,0	7,3	0,0
Latente Steuern vor Saldierung	1.673,6	3.444,0	1.936,9	3.584,7
Saldierung	-1.645,4	-1.645,4	-1.907,7	-1.907,7
Latente Steuern nach Saldierung	28,2	1.798,6	29,2	1.677,0

¹ Aktive und passive latente Steuern jeweils vor Saldierung.

Im Jahr 2010 wurden 1.645,4 Mio. € (Vorjahr: 1.907,7 Mio. €) aktive latente Steuern mit passiven latenten Steuern saldiert. Die Saldierung der latenten Steuern erfolgt je Organkreis beziehungsweise je Gesellschaft, sofern die erforderlichen Voraussetzungen vorliegen. Der aktivische Saldo aus konsolidierungsbedingten latenten Steuern beträgt 1,4 Mio. € (Vorjahr: passivisch 2,5 Mio. €).

Es werden nur auf die Verlustvorträge, von deren Nutzbarkeit mit ausreichender Sicherheit ausgegangen werden kann, latente Steueransprüche gebildet. Steuerliche Verlustvorträge haben die tatsächliche Steuerbelastung in der Berichtsperiode um 5,8 Mio. € (Vorjahr angepasst: 48,9 Mio. €) gemindert. Bisher noch nicht genutzte Verlustvorträge, für die in der Bilanz kein latenter Steueranspruch angesetzt wurde, bestanden in Höhe von 8,9 Mio. € für Körperschaftsteuer und 17,0 Mio. € für Gewerbesteuer (Vorjahr: 28,7 Mio. € für Körperschaftsteuer und 57,0 Mio. € für Gewerbesteuer). Die theoretisch zu bildenden latenten Steuern auf die nicht bewerteten Verlustvorträge würden 1,4 Mio. € für Körperschaftsteuer und 2,4 Mio. € für Gewerbesteuer (Vorjahr: 4,5 Mio. € für Körperschaftsteuer und 8,0 Mio. € für Gewerbesteuer) betragen. Die vorhandenen steuerlichen Verlustvorträge, auf die aktive latente Steuern gebildet wurden, in Höhe von 3,7 Mio. € für Körperschaftsteuer und 6,5 Mio. € für Gewerbesteuer (Vorjahr: 26,5 Mio. € für Körperschaftsteuer und 23,1 Mio. € für Gewerbesteuer), sind unbegrenzt vortragbar und betreffen fast ausschließlich deutsche Gesellschaften. Nach dem Steuervergünstigungsabbaugesetz sind seit 2004 nur noch 60 % des 1 Mio. € übersteigenden Betrags des laufenden steuerlichen Einkommens mit Verlustvorträgen verrechenbar.

Die latenten Steuern auf die steuerlichen Verlustvorträge setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. €	31.12.2010	31.12.2009
Körperschaftsteuer (oder vergleichbare ausländische Steuer)	0,6	4,2
Gewerbesteuer	0,9	3,1
Gesamt	1,5	7,3

Darstellung der Entwicklung der latenten Steuer auf steuerliche Verlustvorträge:

Mio. €	31.12.2010	31.12.2009
Anfangsbestand	7,3	53,7
Verlustnutzung (Verbrauch von Verlustvorträgen) ¹	-5,8	-48,9
Korrektur in Vorjahren nicht angesetzter Verlustvorträge (Zugang)	0,0	2,5
Endbestand	1,5	7,3

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Die latenten Steuern auf die Verlustvorträge werden voraussichtlich in Höhe von 0,0 Mio. € für Körperschaftsteuer (Vorjahr: 3,3 Mio. €) innerhalb eines Jahres, der restliche Betrag in Höhe von 0,6 Mio. € für Körperschaftsteuer (Vorjahr: 0,9 Mio. €) und in Höhe von 0,9 Mio. € für Gewerbesteuer (Vorjahr: 3,1 Mio. €) innerhalb von fünf Jahren realisiert.

Mit den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen des Eigenkapitals wurden zum 31. Dezember 2010 insgesamt 78,3 Mio. € latente Steuerschulden (Vorjahr: 41,0 Mio. € latente Steueransprüche) erfolgsneutral verrechnet.

(24) Verbindlichkeiten und Zuschüsse

Für die Erläuterung der Verbindlichkeiten und Zuschüsse im Anhang werden die in der Bilanz nach Fristigkeiten getrennt ausgewiesenen Posten wieder zusammengefasst betrachtet.

Mio. € ¹	31.12.2010	31.12.2009
Langfristige Verbindlichkeiten	7.133,8	7.244,6
Kurzfristige Verbindlichkeiten	6.119,4	6.616,4
Verbindlichkeiten	13.253,2	13.861,0
Langfristige Zuschüsse	1.509,3	1.440,7
Kurzfristige Zuschüsse	79,5	78,3
Zuschüsse	1.588,8	1.519,0
Langfristige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	8.643,1	8.685,3
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	6.198,9	6.694,7
Verbindlichkeiten und Zuschüsse	14.842,0	15.380,0

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Die Verbindlichkeiten setzen sich zum 31. Dezember 2010 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

Verbindlichkeiten in Mio. € ¹	31.12.2010			
	< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre	Gesamt
Anleihen	0,0	2.848,8	2.542,2	5.391,0
Commercial Paper	99,9	0,0	0,0	99,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	342,7	219,4	620,7	1.182,8
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	200,9	353,3	93,0	647,2
Finanzverbindlichkeiten	643,5	3.421,5	3.255,9	7.320,9
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	34,7	34,2	0,1	69,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.164,4	6,0	0,5	3.170,9
davon Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	(9,5)	(0,0)	(0,0)	(9,5)
davon Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	(87,5)	(6,0)	(0,1)	(93,6)
davon Verbindlichkeiten gegenüber at equity bewerteten Unternehmen	(12,8)	(0,0)	(0,1)	(12,9)
Sonstige Rechnungsabgrenzungen	22,9	204,3	0,0	227,2
Derivate	1.057,9	7,6	0,0	1.065,5
davon ohne Sicherungsbeziehung	(1.028,4)	(7,6)	(0,0)	(1.036,0)
davon in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge	(29,5)	(0,0)	(0,0)	(29,5)
Übrige Verbindlichkeiten	1.196,0	28,2	175,5	1.399,7
davon aus Ertragsteuern	(47,7)	(0,0)	(0,0)	(47,7)
davon Zinsen aus Steuernachzahlungen	(1,4)	(1,7)	(0,0)	(3,1)
davon aus sonstigen Steuern	(152,2)	(0,4)	(0,1)	(152,7)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(21,6)	(14,5)	(4,7)	(40,8)
Sonstige Verbindlichkeiten	5.475,9	280,3	176,1	5.932,3
Gesamt	6.119,4	3.701,8	3.432,0	13.253,2

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

> Anhang des EnBW-Konzerns
zum Jahresabschluss 2010

				31.12.2009
	< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre	Gesamt
	217,3	2.024,6	3.253,8	5.495,7
	0,0	0,0	0,0	0,0
	102,1	221,4	639,0	962,5
	127,9	462,9	135,3	726,1
	447,3	2.708,9	4.028,1	7.184,3
	45,8	109,0	27,3	182,1
	2.803,4	5,4	0,0	2.808,8
	(11,3)	(0,0)	(0,0)	(11,3)
	(118,2)	(5,4)	(0,0)	(123,6)
	(23,6)	(0,0)	(0,0)	(23,6)
	32,1	153,9	0,0	186,0
	2.321,3	7,3	4,3	2.332,9
	(2.033,7)	(7,3)	(0,0)	(2.041,0)
	(287,6)	(0,0)	(4,3)	(291,9)
	966,5	23,1	177,3	1.166,9
	(27,1)	(0,0)	(0,0)	(27,1)
	(0,0)	(1,4)	(0,0)	(1,4)
	(123,5)	(0,4)	(0,2)	(124,1)
	(22,1)	(15,8)	(6,1)	(44,0)
	6.169,1	298,7	208,9	6.676,7
	6.616,4	3.007,6	4.237,0	13.861,0

Im Geschäftsjahr 2010 stiegen die Finanzverbindlichkeiten um 136,6 Mio. € (Vorjahr: 1.864,5 Mio. €).

Die EnBW International Finance B.V. hat am 6. September 2010 eine Privatplatzierung unter dem etablierten Debt-Issuance-Programm in Höhe von 150 Mio. € planmäßig zurückbezahlt.

Im Vorjahr hat die EnBW International Finance B.V. unter dem Debt-Issuance-Programm am 1. Juli 2009 zwei Anleihen mit einem Volumen von insgesamt 1,35 Mrd. € platziert, eine Anleihe in Höhe von 750 Mio. € mit einer Laufzeit von 6 Jahren und eine weitere Anleihe in Höhe von 600 Mio. € mit einer Laufzeit von 30 Jahren.

Das bei der EnBW International B.V. bestehende Commercial-Paper-Programm für kurzfristige Finanzierungszwecke war am Bilanzstichtag in Höhe von 99,9 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) ausgenutzt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich gegenüber dem Vorjahr um 220,3 Mio. € erhöht (Vorjahr: 406,1 Mio. €). Der Anstieg resultiert vor allem aus kurzfristigen Geldmarktaufnahmen bei der EnBW AG über den Bilanzstichtag sowie bilateralen Kreditaufnahmen bei den Tochtergesellschaften. Gegenläufig haben sich planmäßige Tilgungsleistungen bei der EnBW AG und den Tochtergesellschaften bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewirkt.

Unter der Position „Sonstige Finanzverbindlichkeiten“ sind insbesondere langfristige Finanzierungsleasingverträge enthalten. Darüber hinaus beinhaltet diese Position (Rest-)Kaufpreisverpflichtungen aus getätigten Akquisitionen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich im Geschäftsjahr 2010 die Position „Sonstige Finanzverbindlichkeiten“ insgesamt um 78,9 Mio. € vermindert (Vorjahr: Erhöhung um 105,6 Mio. €).

Die Fälligkeitsstruktur unserer Finanzverbindlichkeiten ergibt sich wie folgt:

Mio. €	Fälligkeit 2011	Fälligkeit 2012	Fälligkeit 2013	Fälligkeit 2014	Fälligkeit 2015	Fälligkeit nach 2015	Summe
Anleihen	0,0	1.078,9	1.001,2	0,0	768,7	2.542,2	5.391,0
Commercial Paper	99,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	99,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	342,7	78,9	27,9	52,2	60,4	620,7	1.182,8
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	200,9	120,3	89,7	83,2	60,1	93,0	647,2
Finanzverbindlichkeiten	643,5	1.278,1	1.118,8	135,4	889,2	3.255,9	7.320,9

Detaillierte Erläuterungen zum Kredit- und Liquiditätsrisiko, zu beizulegenden Zeitwerten, undiskontierten Cashflows nach Jahresscheiben sowie zu Derivaten befinden sich im Abschnitt „Berichterstattung zu den Finanzinstrumenten“.

Die Struktur der wesentlichen Anleihen stellt sich wie folgt dar:

Emittent	Emissionsvolumen	Buchwerte	Coupon	Fälligkeit
EnBW International Finance B.V.	1.000 Mio. €	999,0 Mio. €	5,875 %	28.02.2012
EnBW International Finance B.V.	300 Mio. CHF	253,3 Mio. € ¹	3,125 %	25.02.2013
EnBW International Finance B.V.	750 Mio. €	747,9 Mio. €	6,000 %	20.11.2013
EnBW International Finance B.V.	750 Mio. €	768,7 Mio. € ¹	4,125 %	07.07.2015
EnBW International Finance B.V.	500 Mio. €	496,2 Mio. €	4,250 %	19.10.2016
EnBW International Finance B.V.	750 Mio. €	746,0 Mio. €	6,875 %	20.11.2018
EnBW International Finance B.V.	500 Mio. €	517,3 Mio. € ¹	4,875 %	16.01.2025
EnBW International Finance B.V.	20 Mrd. JPY	194,5 Mio. €	3,880 %	16.12.2038
EnBW International Finance B.V.	600 Mio. €	588,2 Mio. €	6,125 %	07.07.2039
Diverse		79,9 Mio. €		
Summe Anleihen		5.391,0 Mio. €		

¹ Bereinigt um Bewertungseffekte aus zinsinduzierten Sicherungsgeschäften.

Bei den ausstehenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten handelt es sich zum überwiegenden Teil um bilaterale Kreditvereinbarungen.

Die EnBW AG verfügte zum 31. Dezember 2010 über eine vollständig ungenutzte, fest zugesagte syndizierte Kreditlinie in Höhe von 2,442 Mrd. € (Vorjahr: 2,5 Mrd. €). Zusätzlich waren weitere 326 Mio. € (Vorjahr: 342 Mio. €) bilaterale freie Kreditlinien im Konzern vorhanden. Diese Kreditlinien unterliegen hinsichtlich ihrer Verwendung keinen Beschränkungen.

Gewichtete durchschnittliche Verzinsung in %	31.12.2010	31.12.2009
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2,7	3,0
Commercial Paper	0,9	-
Anleihen	4,4	4,9
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	4,3	4,6
Summe Finanzverbindlichkeiten	4,1	4,6

Die gewichtete durchschnittliche Verzinsung der Finanzverbindlichkeiten hat sich zum 31. Dezember 2010 im Vergleich zum Vorjahr reduziert, da sich das allgemein gesunkene Marktzinsniveau positiv ausgewirkt hat.

Für den Großteil der Finanzverbindlichkeiten bestehen weiterhin langfristig fixierte Zinsvereinbarungen.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 66,9 Mio. € (Vorjahr: 46,7 Mio. €) durch Grundpfandrechte gesichert.

Die Mindestleasingzahlungen aus den in den sonstigen Finanzverbindlichkeiten enthaltenen Finanzierungsleasingverträgen haben folgende Fälligkeiten:

Mio. €	Nominalwert		Barwert	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
Fälligkeit bis 1 Jahr	108,0	106,6	102,3	102,3
Fälligkeit 1 bis 5 Jahre	387,9	413,7	304,4	329,1
Fälligkeit über 5 Jahre	52,0	76,4	27,5	50,4
Gesamt	547,9	596,7	434,2	481,8

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen nicht konsolidierte verbundene Unternehmen. In den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind Verpflichtungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von 2.176,0 Mio. € (Vorjahr: 2.020,2 Mio. €) enthalten. Die übrigen Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Steuern einschließlich Zinsen aus Steuernachzahlungen in Höhe von 203,5 Mio. € (Vorjahr: 152,6 Mio. €), Sicherheitsleistungen für außerbörsliche Handelsgeschäfte (erhaltene Margin Calls) in Höhe von 445,1 Mio. € (Vorjahr: 324,7 Mio. €), Zinsverpflichtungen aus Anleihen in Höhe von 127,1 Mio. € (Vorjahr: 128,4 Mio. €) sowie potenzielle Kaufpreisverpflichtungen aus Put-Optionen von nicht beherrschenden Anteilen bereits vollkonsolidierter Unternehmen in Höhe von 28,5 Mio. € (Vorjahr: 28,5 Mio. €).

Zuschüsse

Unter den Zuschüssen werden Investitionszulagen sowie Baukosten- und Investitionskostenzuschüsse ausgewiesen.

Mio. €	31.12.2010	31.12.2009
Investitionszulagen	3,5	5,2
Investitionskostenzuschüsse	22,9	24,8
Baukostenzuschüsse	1.562,4	1.489,0
Gesamt	1.588,8	1.519,0

Die Investitionszulagen wurden entsprechend § 4a InvZulG gewährt.

Noch nicht ertragswirksam gewordene Baukostenzuschüsse wurden überwiegend für Investitionen im Strom- und Gasbereich gezahlt, wobei die bezuschussten Vermögenswerte im Eigentum der EnBW-Konzerngesellschaften verbleiben.

Die Auflösung der Zuschüsse erfolgt entsprechend den angenommenen Nutzungsdauern der betroffenen Vermögensgegenstände. Vom Gesamtbetrag der Zuschüsse werden 1.509,3 Mio. € (Vorjahr: 1.440,7 Mio. €) später als innerhalb eines Jahres ertragswirksam.

(25) Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte sowie Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten

Der Rückgang der zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte sowie Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten ergibt sich aus der im März 2010 erfolgten Veräußerung der GESO und ihrer Tochterunternehmen und aus der im September 2010 im Rahmen eines Anteilstauschs erfolgten Veräußerung der PT Holding und ihrer Tochterunternehmen.

Die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte der Veräußerungsgruppen der GESO und der PT zum 31. Dezember 2009 gliedern sich wie folgt:

Mio. €	Strom Erzeugung und Handel	Strom Netz und Vertrieb	Gas	Energie- und Umweltdienst- leistungen	Holding/ Konsolidierung	31.12.2009
Langfristige Vermögenswerte						
Immaterielle Vermögenswerte	0,3	62,2	89,7	5,4	0,0	157,6
Sachanlagen	97,6	443,0	300,2	67,4	0,0	908,2
Sonstige langfristige Vermögenswerte	1,1	190,8	0,0	22,7	194,5	409,1
	99,0	696,0	389,9	95,5	194,5	1.474,9
Kurzfristige Vermögenswerte						
Kurzfristige Vermögenswerte	45,2	63,5	7,5	88,7	16,5	221,4
Gesamt	144,2	759,5	397,4	184,2	211,0	1.696,3

Die Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten der Veräußerungsgruppen der GESO und der PT zum 31. Dezember 2009 gliedern sich wie folgt:

Mio. €	Strom Erzeugung und Handel	Strom Netz und Vertrieb	Gas	Energie- und Umweltdienst- leistungen	Holding/ Konsolidierung	31.12.2009
Langfristige Schulden						
Rückstellungen	0,3	11,4	1,9	51,7	0,0	65,3
Latente Steuern	7,1	6,2	4,8	86,5	3,5	108,1
Verbindlichkeiten und Zuschüsse	0,0	150,2	13,3	1,2	0,0	164,7
	7,4	167,8	20,0	139,4	3,5	338,1
Kurzfristige Schulden						
Rückstellungen	1,2	22,4	10,5	6,5	0,0	40,6
Verbindlichkeiten und Zuschüsse	6,8	312,9	39,7	30,0	0,0	389,4
	8,0	335,3	50,2	36,5	0,0	430,0
Gesamt	15,4	503,1	70,2	175,9	3,5	768,1

Die übrigen zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte in Höhe von 11,8 Mio. € (Vorjahr: 1,7 Mio. €) betreffen im Wesentlichen Grundstücke, Bauten und Verteilungsanlagen.

Berichterstattung zu den Finanzinstrumenten

Zu den Finanzinstrumenten zählen originäre Finanzinstrumente und Derivate.

Die originären Finanzinstrumente umfassen auf der Aktivseite die finanziellen Vermögenswerte, die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die sonstigen Vermögenswerte und die flüssigen Mittel. Auf der Passivseite umfassen sie die Finanzverbindlichkeiten, die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und die übrigen Verbindlichkeiten.

Beizulegende Zeitwerte und Buchwerte von Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien

Die folgende Tabelle stellt die beizulegenden Zeitwerte sowie Buchwerte der in den einzelnen Bilanzpositionen enthaltenen finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten dar:

Aktiva zum 31.12.2010

Mio. €	Beizulegender Zeitwert	Buchwerte nach Bewertungskategorien			
		Zu Handelszwecken gehalten	Zur Veräußerung verfügbar ¹	Bis zur Endfälligkeit gehalten	Kredite und Forderungen
Finanzielle Vermögenswerte	6.944,0	385,5	5.232,2	1.075,0	213,7
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.693,0				3.693,0
Sonstige Vermögenswerte	1.634,9	943,2			279,6
Flüssige Mittel	1.878,3				1.878,3
Summe	14.150,2	1.328,7	5.232,2	1.075,0	6.064,6

Passiva zum 31.12.2010

Mio. €	Beizulegender Zeitwert	Zu Handelszwecken gehalten	Buchwerte nach Bewertungskategorien	
			Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	
Finanzverbindlichkeiten	7.747,8			6.886,7
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	596,0			596,0
Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	1.969,9	1.036,0		904,4
Summe	10.313,7	1.036,0		8.387,1

¹ Der Buchwert der zu Anschaffungskosten bewerteten Eigenkapitalinstrumente beträgt zum Bilanzstichtag 592,6 Mio. €.

> Anhang des EnBW-Konzerns
zum Jahresabschluss 2010

Derivate in Sicherungs- beziehungen	Wertansatz nach IAS 17	Nicht im Anwen- dungsbereich von IFRS 7	Bilanz		
			Gesamt	Langfristig	Kurzfristig
			6.906,4	5.950,6	955,8
			3.693,0	479,2	3.213,8
374,1	38,0	291,5	1.926,4	290,9	1.635,5
			1.878,3		1.878,3
374,1	38,0	291,5	14.404,1	6.720,7	7.683,4

Derivate in Sicherungs- beziehungen	Wertansatz nach IAS 17	Nicht im Anwen- dungsbereich von IFRS 7	Bilanz		
			Gesamt	Langfristig	Kurzfristig
	434,2		7.320,9	6.677,4	643,5
		2.574,9	3.170,9	6,5	3.164,4
29,5		2.380,3	4.350,2	1.959,2	2.391,0
29,5	434,2	4.955,2	14.842,0	8.643,1	6.198,9

Aktiva zum 31.12.2009

Mio. €	Beizulegender Zeitwert	Buchwerte nach Bewertungskategorien			
		Zu Handelszwecken gehalten	Zur Veräußerung verfügbar ¹	Bis zur Endfälligkeit gehalten	Kredite und Forderungen
Finanzielle Vermögenswerte	6.503,0	419,9	4.734,7	1.102,5	206,0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.233,4				3.233,4
Sonstige Vermögenswerte	2.567,4	1.962,1			460,9
Flüssige Mittel	1.470,8				1.470,8
Summe	13.774,6	2.382,0	4.734,7	1.102,5	5.371,1

Passiva zum 31.12.2009

Mio. € ²	Beizulegender Zeitwert	Zu Handelszwecken gehalten	Buchwerte nach Bewertungskategorien	
			Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	
Finanzverbindlichkeiten	7.668,8			6.702,5
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	445,4			445,4
Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	3.097,4	2.041,0		764,5
Summe	11.211,6	2.041,0		7.912,4

¹ Der Buchwert der zu Anschaffungskosten bewerteten Eigenkapitalinstrumente beträgt zum Bilanzstichtag 554,1 Mio. €.

² Vorjahreszahlen angepasst.

> Anhang des EnBW-Konzerns
zum Jahresabschluss 2010

Derivate in Sicherungs- beziehungen	Wertansatz nach IAS 17	Nicht im Anwen- dungsbereich von IFRS 7	Bilanz		
			Gesamt	Langfristig	Kurzfristig
			6.463,1	5.691,4	771,7
			3.233,4	425,9	2.807,5
102,8	41,6	275,9	2.843,3	203,8	2.639,5
			1.470,8		1.470,8
102,8	41,6	275,9	14.010,6	6.321,1	7.689,5

Derivate in Sicherungs- beziehungen	Wertansatz nach IAS 17	Nicht im Anwen- dungsbereich von IFRS 7	Bilanz		
			Gesamt	Langfristig	Kurzfristig
	481,8		7.184,3	6.737,0	447,3
		2.363,4	2.808,8	5,4	2.803,4
291,9		2.289,5	5.386,9	1.942,9	3.444,0
291,9	481,8	4.652,9	15.380,0	8.685,3	6.694,7

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgt anhand der am Bilanzstichtag veröffentlichten Marktwerte sowie der nachfolgend beschriebenen Methoden einschließlich der zugrunde gelegten Prämissen.

Finanzielle Vermögenswerte

Der beizulegende Zeitwert originärer Finanzinstrumente der Kategorie „zu Handelszwecken gehalten“ entspricht dem am Bilanzstichtag gültigen Börsenkurs beziehungsweise dem gültigen Rücknahmepreis.

Für Finanzinstrumente, die der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“ zugeordnet sind, wird der beizulegende Zeitwert grundsätzlich anhand von Börsenkursen beziehungsweise Rücknahmepreisen ermittelt. Sofern mangels Vorliegen eines aktiven Markts der beizulegende Zeitwert für bestimmte Eigenkapitalinstrumente nicht verlässlich ermittelt werden kann, sind diese zu Anschaffungskosten bewertet. Bei diesen Eigenkapitalinstrumenten handelt es sich im Wesentlichen um sonstige Beteiligungen, die nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden.

Bei den Finanzinvestitionen der Kategorie „bis zur Endfälligkeit gehalten“ handelt es sich um börsennotierte Wertpapiere. Der beizulegende Zeitwert wird anhand des Börsenkurses zum Bilanzstichtag abgeleitet und beträgt zum 31. Dezember 2010 insgesamt 1.112,6 Mio. € (Vorjahr: 1.142,4 Mio. €).

Für Ausleihungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, gibt es keine liquiden Märkte. Für kurzfristige Ausleihungen wird angenommen, dass der beizulegende Zeitwert dem Buchwert entspricht. Für langfristige Ausleihungen wird der Marktwert durch Diskontierung der künftig erwarteten Cashflows ermittelt. Sofern diese Ausleihungen variabel verzinslich sind, entspricht der Buchwert dem beizulegenden Zeitwert.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben überwiegend kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Bilanzstichtag annähernd dem beizulegenden Zeitwert. Unter- oder nicht verzinsliche Forderungen mit Restlaufzeiten von über einem Jahr werden mit ihrem Barwert in der Bilanz ausgewiesen.

Sonstige Vermögenswerte

Derivate werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Der beizulegende Zeitwert für Forderungen aus Finanzierungsleasing wird durch Diskontierung der künftig erwarteten Cashflows ermittelt.

Für kurzfristige übrige sonstige Vermögenswerte wird angenommen, dass der beizulegende Zeitwert dem Buchwert entspricht. Für langfristige übrige sonstige Vermögenswerte wird der Marktwert durch Diskontierung der künftig erwarteten Cashflows ermittelt. Sofern diese Vermögenswerte variabel verzinslich sind, entspricht der Buchwert dem beizulegenden Zeitwert.

Flüssige Mittel

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente haben kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Bilanzstichtag annähernd dem beizulegenden Zeitwert.

Finanzverbindlichkeiten

Der beizulegende Zeitwert der kapitalmarktnotierten Anleihen entspricht den Nominalwerten multipliziert mit den Kursnotierungen zum Abschlussstichtag.

Für kurzfristige Finanzverbindlichkeiten wird angenommen, dass der beizulegende Zeitwert dem Buchwert entspricht. Für langfristige Finanzverbindlichkeiten wird der Marktwert durch Diskontierung der künftig zu entrichtenden Cashflows ermittelt. Sofern diese Finanzverbindlichkeiten variabel verzinslich sind, entspricht der Buchwert dem beizulegenden Zeitwert. Der Zeitwert der Anleihen zum 31. Dezember 2010 beträgt 5.867,0 Mio. € (Vorjahr: 5.951,6 Mio. €); der Zeitwert der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 1.233,6 Mio. € (Vorjahr: 991,1 Mio. €).

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben überwiegend kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Bilanzstichtag annähernd dem beizulegenden Zeitwert.

Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse

Derivate werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Für kurzfristige Verbindlichkeiten wird angenommen, dass der beizulegende Zeitwert dem Buchwert entspricht. Für langfristige Verbindlichkeiten wird der Marktwert durch Abzinsung der künftig zu entrichtenden Cashflows ermittelt. Sofern diese Verbindlichkeiten variabel verzinslich sind, entspricht der Buchwert dem beizulegenden Zeitwert.

Der beizulegende Zeitwert der Leasingverbindlichkeiten wird durch Diskontierung der künftig erwarteten Cashflows ermittelt.

Bewertungshierarchie der beizulegenden Zeitwerte

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten wird anhand folgender Bewertungshierarchie vorgenommen:

- > Stufe 1: notierte (nicht angepasste) Preise auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten.
- > Stufe 2: Verfahren, bei denen sämtliche Input-Parameter, die sich wesentlich auf den erfassten beizulegenden Zeitwert auswirken, entweder direkt oder indirekt beobachtbar sind.
- > Stufe 3: Verfahren, die Input-Parameter verwenden, die sich wesentlich auf den erfassten beizulegenden Zeitwert auswirken und nicht auf beobachtbaren Marktdaten basieren.

Die folgenden Tabellen stellen die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumente dar:

Vermögenswerte bewertet zum beizulegenden Zeitwert zum 31.12.2010

Mio. €	Beizulegender Zeitwert	Hierarchie der Input-Daten		
		1. Stufe	2. Stufe	3. Stufe
Finanzielle Vermögenswerte	5.025,1	1.010,9	4.014,2	0,0
zu Handelszwecken gehalten	(385,5)	(176,4)	(209,1)	(0,0)
zur Veräußerung verfügbar	(4.639,6)	(834,5)	(3.805,1)	(0,0)
Zu Handelszwecken gehaltene sonstige Vermögenswerte	943,2	25,1	918,1	0,0
Derivate in Sicherungsbeziehungen	374,1	37,3	336,8	0,0
Summe	6.342,4	1.073,3	5.269,1	0,0

Verbindlichkeiten bewertet zum beizulegenden Zeitwert zum 31.12.2010

Mio. €	Beizulegender Zeitwert	Hierarchie der Input-Daten		
		1. Stufe	2. Stufe	3. Stufe
Zu Handelszwecken gehaltene übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	1.036,0	20,7	1.015,3	0,0
Derivate in Sicherungsbeziehungen	29,5	0,0	29,5	0,0
Summe	1.065,5	20,7	1.044,8	0,0

Vermögenswerte bewertet zum beizulegenden Zeitwert zum 31.12.2009

Mio. €	Beizulegender Zeitwert	Hierarchie der Input-Daten		
		1. Stufe	2. Stufe	3. Stufe
Finanzielle Vermögenswerte	4.600,5	2.756,0	1.844,5	0,0
zu Handelszwecken gehalten	(419,9)	(154,3)	(265,6)	(0,0)
zur Veräußerung verfügbar	(4.180,6)	(2.601,7)	(1.578,9)	(0,0)
Zu Handelszwecken gehaltene sonstige Vermögenswerte	1.962,1	32,8	1.929,3	0,0
Derivate in Sicherungsbeziehungen	102,8	1,4	101,4	0,0
Summe	6.665,4	2.790,2	3.875,2	0,0

Verbindlichkeiten bewertet zum beizulegenden Zeitwert zum 31.12.2009

Mio. €	Beizulegender Zeitwert	Hierarchie der Input-Daten		
		1. Stufe	2. Stufe	3. Stufe
Zu Handelszwecken gehaltene übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	2.041,0	38,0	2.003,0	0,0
Derivate in Sicherungsbeziehungen	291,9	64,7	227,2	0,0
Summe	2.332,9	102,7	2.230,2	0,0

Nettogewinne oder -verluste nach Bewertungskategorien

Mio. €	2010	2009
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten	35,9	81,0
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	-33,1	-137,7
Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte	0,0	0,0
Kredite und Forderungen	-22,6	-39,5
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	-5,4	-8,1

In der Darstellung der Nettogewinne und -verluste werden Derivate, die sich in einer Sicherungsbeziehung befinden, nicht berücksichtigt. Freistehende Derivate sind in der Bewertungskategorie „zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten“ enthalten.

Der Nettogewinn der Bewertungskategorie „zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten“ enthält neben Ergebnissen aus der Marktbewertung auch Zins- und Währungseffekte.

Im Nettoverlust der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ werden neben Wertberichtigungen auch Ergebniseffekte aus dem Abgang ausgewiesen.

Bei den Nettoverlusten der Bewertungskategorie „Kredite und Forderungen“ handelt es sich im Wesentlichen um Währungseffekte, Wertberichtigungen und Zuschreibungen.

Der Nettoverlust der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten resultiert im Wesentlichen aus Gebühren für die Bereitstellung von Kreditlinien.

Ergebnisse aus Marktwertänderungen von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten wurden im Geschäftsjahr 2010 in Höhe von 168,2 Mio. € (Vorjahr: 267,8 Mio. €) erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.¹ Von den erfolgsneutral gebuchten Marktwertänderungen wurden 9,9 Mio. € (Vorjahr: 64,8 Mio. €) ergebnismindernd in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht.

Die Wertberichtigungen auf finanzielle Vermögenswerte der Bewertungskategorien „zur Veräußerung verfügbar“ und „Kredite und Forderungen“ betragen 79,4 Mio. € (Vorjahr: 120,4 Mio. €) beziehungsweise 1,2 Mio. € (Vorjahr: 0,3 Mio. €). Forderungen aus Lieferungen und Leistungen waren mit 40,8 Mio. € (Vorjahr: 34,8 Mio. €) wertberichtigt. Auf zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten sonstigen Vermögenswerten wurden im Geschäftsjahr 2010 Wertberichtigungen in Höhe von 2,2 Mio. € (Vorjahr: 17,4 Mio. €) vorgenommen.

Gesamtzinserträge und -aufwendungen

Mio. €	2010	2009
Gesamtzinserträge	237,9	248,1
Gesamtzinsaufwendungen	-284,8	-317,0

Die Gesamtzinserträge und -aufwendungen resultieren aus Finanzinstrumenten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet sind. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Zinserträge aus Ausleihungen, Darlehen und Bankguthaben sowie um Zins- und Dividendenerträge finanzieller Vermögenswerte der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“. Die Zinsaufwendungen resultieren insbesondere aus den Anleihen, Bankverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing.

In den Gesamtzinserträgen sind Zinserträge aus wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten in Höhe von 0,5 Mio. € (Vorjahr: 0,5 Mio. €) enthalten.

¹ Im Vorjahr war das Ergebnis aus Marktwertänderungen in Höhe von 15,3 Mio. € von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die zur Veräußerung gehalten werden, nicht berücksichtigt.

Derivate

Zur Absicherung der Risiken werden im Commodity-Bereich sowohl physisch als auch finanziell zu erfüllende Optionen und Termingeschäfte, im Devisenbereich im Wesentlichen Termingeschäfte eingesetzt. Im Finanzierungsbereich werden zur Risikobegrenzung Swapgeschäfte abgeschlossen.

Alle Derivate, die zu Handelszwecken abgeschlossen wurden, werden als Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten bilanziert. Die Derivate sind zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von Derivaten, die weder ausschließlich für den eigenen Gebrauch (Own Use) bestimmt sind noch die Voraussetzungen als Sicherungsgeschäft zur Absicherung von Cashflows erfüllen, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Bilanzielle Sicherungsbeziehungen gemäß IAS 39 bestehen im Finanzbereich vor allem zur Sicherung von Währungsrisiken aus Beteiligungen mit ausländischer Funktionalwährung sowie zur Sicherung von Zinsrisiken aus langfristigen Verbindlichkeiten. Im Commodity-Bereich werden Schwankungen künftiger Zahlungsströme gesichert, die aus geplanten Beschaffungs- und Absatzgeschäften resultieren.

Cashflow Hedges

Cashflow Hedges bestehen insbesondere im Commodity-Bereich zur Absicherung von Preisrisiken aus künftigen Absatz- und Beschaffungsgeschäften, zur Begrenzung des Währungsrisikos aus Fremdwährungsverbindlichkeiten sowie zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos variabel verzinslicher Verbindlichkeiten.

Die Änderung des beizulegenden Zeitwerts der eingesetzten Sicherungsgeschäfte, vor allem Termingeschäfte und Futures, werden, soweit effektiv, direkt in den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen im Eigenkapital (Marktbewertung von Finanzinstrumenten) bis zur Auflösung der Sicherungsbeziehung erfasst. Der ineffektive Teil des Gewinns oder Verlusts aus einem Sicherungsinstrument wird sofort erfolgswirksam erfasst.

Zum 31. Dezember 2010 betragen die unrealisierten Gewinne aus Derivaten 173,2 Mio. € (Vorjahr: Verluste 194,6 Mio. €). Im Berichtsjahr wurde der effektive Teil von Cashflow Hedges in Höhe von 344,2 Mio. € (Vorjahr: 51,7 Mio. €) im Eigenkapital erfasst. Aus dem ineffektiven Teil von Cashflow Hedges ergab sich zum 31. Dezember 2010 ein Ertrag von 5,0 Mio. € (Vorjahr: 4,9 Mio. €) sowie aus Umgliederungen aus den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen des Eigenkapitals ein Ertrag von 22,2 Mio. € (Vorjahr: Aufwendungen 55,4 Mio. €) in der Gewinn- und Verlustrechnung. Die Umgliederung erfolgt in Umsatzerlöse (Erhöhung um 331,1 Mio. €, Vorjahr: Erhöhung um 318,6 Mio. €), Materialaufwendungen (Erhöhung um 296,4 Mio. €, Vorjahr: Erhöhung um 316,1 Mio. €), sonstige betriebliche Erträge (Verringerung um 46,4 Mio. €, Vorjahr: Verringerung um 42,7 Mio. €) und im Finanzergebnis (Erhöhung um 33,9 Mio. €, Vorjahr: Verringerung um 15,2 Mio. €).

In den Umgliederungen ist die Dedesignation von Cashflow-Hedge-Beziehungen in Höhe von 43,6 Mio. € vorhanden. Aufgrund von Verschiebungen hinsichtlich der Nutzung von neuen Kraftwerkskapazitäten konnte mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit der prognostizierten Transaktionen nicht mehr gerechnet werden. Im Vorjahr lagen keine entsprechenden Sachverhalte vor.

Für die Erhöhung der Anschaffungskosten der Vorratsbestände wurden aus den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen des Eigenkapitals 45,8 Mio. € (Vorjahr: Verringerung um 95,6 Mio. €) umgegliedert.

Zum 31. Dezember 2010 sind bestehende Grundgeschäfte in Cashflow Hedges mit Laufzeiten bis 28 Jahre (Vorjahr: bis 29 Jahre) im Fremdwährungsbereich einbezogen. Im Commodity-Bereich betragen die Laufzeiten geplanter Grundgeschäfte im Wesentlichen bis drei Jahre (Vorjahr: bis drei Jahre).

Sicherungsbeziehungen werden im Rahmen der Optimierung branchenüblich neu- und dedesigniert.

Fair Value Hedges

Fair Value Hedges bestehen vor allem zur Absicherung festverzinslicher Verbindlichkeiten gegenüber Marktpreisrisiken. Als Sicherungsinstrumente werden Zinsswaps genutzt. Bei Fair Value Hedges wird sowohl das Grund- als auch das Sicherungsgeschäft hinsichtlich des abgesicherten Risikos erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Im Berichtsjahr wurde die Wertveränderung der beizulegenden Zeitwerte von Sicherungsinstrumenten in Höhe von 30,4 Mio. € (Vorjahr: 9,8 Mio. €) erfolgswirksam erfasst. Für die gesicherten Verbindlichkeiten sind die aus dem gesicherten Risiko resultierenden Marktwertveränderungen ebenfalls erfolgswirksam

in der Gewinn- und Verlustrechnung zu vereinnahmen. Im Berichtsjahr wurden die Marktwertschwankungen aus den Grundgeschäften in Höhe von 29,3 Mio. € (Vorjahr: 9,6 Mio. €) erfolgswirksam erfasst.

Hedges von Nettoinvestitionen in ausländische Teileinheiten

Zur Sicherung von Fremdwährungsrisiken aus Beteiligungen mit ausländischer Funktionalwährung werden originäre Fremdwährungsanleihen eingesetzt. Zum 31. Dezember 2010 wurden -27,3 Mio. € (Vorjahr: -0,9 Mio. €) aus der Währungskursänderung der Sicherungsgeschäfte im Posten Währungsumrechnung innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.

Verträge, soweit sie zum erwarteten Nutzungsbedarf des Unternehmens abgeschlossen worden sind, werden nicht nach den Vorschriften des IAS 39 bilanziell erfasst.

Marktübliche Käufe und Verkäufe (Kassakäufe/-verkäufe) von originären Finanzinstrumenten werden grundsätzlich am Erfüllungstag bilanziert. Derivative finanzielle Vermögenswerte werden zum Handelstag bilanziell erfasst. Derivative und originäre Finanzinstrumente werden dann bilanziell erfasst, wenn die EnBW Vertragspartei geworden ist.

Für den Kauf und Verkauf von Brennstoffen erfolgt die Bezahlung in Euro, US-Dollar oder Pfund Sterling.

Die Bewertung von Kontrahentenrisiken erfolgt unter Einbeziehung der Fristigkeit des jeweils aktuellen Wiederbeschaffungs- und Absatzrisikos. Darüber hinaus werden diese Risiken unter Berücksichtigung der aktuellen Ratings der Ratingagenturen Moody's und S&P analysiert. Die Handelspartner, die über kein entsprechendes externes Rating verfügen, werden einem internen Ratingverfahren unterzogen.

Das Kontrahentenrisiko basiert auf Wiederbeschaffungs- und Absatzrisiken, die sich aus den Marktwerten der jeweiligen Position mit dem einzelnen Handelspartner zum Stichtag ergeben. Die Ermittlung erfolgt unter Berücksichtigung der mit dem Handelspartner in Rahmenverträgen vereinbarten Netting-Möglichkeiten. Im Fall des Vorliegens einer Netting-Vereinbarung werden positive und negative Marktwerte je Handelspartner saldiert. Bei fehlendem Netting werden nur positive Marktwerte berücksichtigt.

Kontrahentenrisiko in Mio. € Moody's, S&P bzw. internes Rating	31.12.2010		31.12.2009	
	< 1 Jahr	1-5 Jahre	< 1 Jahr	1-5 Jahre
bis A1	55,9	67,2	48,8	32,1
bis A3	71,4	63,9	324,3	328,9
Baa1	12,8	4,0	31,2	4,6
bis Baa3	3,8	3,2	19,9	0,5
unter Baa3	0,5	2,0	1,6	1,2
Gesamt	144,4	140,3	425,8	367,3

Das Nominalvolumen der im Folgenden dargestellten Derivate wird unsaldiert angegeben. Es stellt die Summe aller Kauf- und Verkaufsbeträge dar, die den Geschäften zugrunde liegen. Die Höhe des Nominalvolumens erlaubt Rückschlüsse auf den Umfang des Einsatzes von Derivaten. Sie gibt aber nicht das Risiko des Konzerns wieder, da den derivativen Geschäften Grundgeschäfte mit gegenläufigen Risiken gegenüberstehen. Für börsengehandelte Derivate werden Sicherheiten hinterlegt beziehungsweise haben wir Sicherheiten erhalten.

Mio. €	Derivate mit Sicherungsbeziehung			
	Nominalvolumen		Marktwert	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
Devisentermingeschäfte				
< 1 Jahr	535,0	374,5	7,7	0,5
1-5 Jahre	962,3	738,3	39,8	-33,5
> 5 Jahre	170,3	150,2	55,7	-4,5
Stromoptionen und -futures				
< 1 Jahr	1.629,2	1.863,0	-1,2	-0,2
1-5 Jahre	1.972,9	2.220,1	6,6	-64,6
Stromtermingeschäfte				
< 1 Jahr	0,0	0,0	0,0	0,0
1-5 Jahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Gastermin- und -swappeschäfte				
< 1 Jahr	0,0	0,0	0,0	0,0
1-5 Jahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Kohletermin- und -swappeschäfte				
< 1 Jahr	810,6	527,0	56,2	-90,6
1-5 Jahre	1.188,6	731,3	101,1	-45,4
Derivate für Emissionsrechte				
< 1 Jahr	0,0	0,0	0,0	0,0
1-5 Jahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Zinsswaps				
Festzinszahler				
< 1 Jahr	64,0	0,0	-0,6	0,0
> 1 Jahr	0,0	0,0	0,0	0,0
Festzinsempfänger				
< 1 Jahr	0,0	0,0	0,0	0,0
> 1 Jahr	1.289,9	1.250,2	79,5	49,2
Übrige Termingeschäfte und Derivate				
< 1 Jahr	11,8	0,0	-0,2	0,0
1-5 Jahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtsumme	8.634,6	7.854,6	344,6	-189,1
davon Derivate mit positivem beizulegendem Zeitwert			(374,1)	(102,8)
davon Derivate mit negativem beizulegendem Zeitwert			(29,5)	(291,9)

> Anhang des EnBW-Konzerns
zum Jahresabschluss 2010

Derivate ohne Sicherungsbeziehung						Derivate Summe	
Nominalvolumen		Marktwert		Nominalvolumen		Marktwert	
31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
852,7	709,5	17,1	-31,4	1.387,7	1.084,0	24,8	-30,9
852,9	202,1	4,6	1,2	1.815,2	940,4	44,4	-32,3
0,0	0,0	0,0	0,0	170,3	150,2	55,7	-4,5
2.833,5	1.530,6	1,0	1,4	4.462,7	3.393,6	-0,2	1,2
1.389,3	1.034,5	-7,2	17,4	3.362,2	3.254,6	-0,6	-47,2
17.772,0	18.633,2	-48,7	-36,7	17.772,0	18.633,2	-48,7	-36,7
4.863,9	5.098,0	-22,1	-22,3	4.863,9	5.098,0	-22,1	-22,3
1.706,4	402,6	4,9	3,0	1.706,4	402,6	4,9	3,0
661,9	266,6	1,4	-7,5	661,9	266,6	1,4	-7,5
1.834,7	2.017,8	-37,2	17,1	2.645,3	2.544,8	19,0	-73,5
1.250,5	807,2	0,6	0,7	2.439,1	1.538,5	101,7	-44,7
529,2	527,6	-15,4	-3,8	529,2	527,6	-15,4	-3,8
609,2	399,2	10,8	-18,2	609,2	399,2	10,8	-18,2
0,0	0,0	0,0	0,0	64,0	0,0	-0,6	0,0
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
0,0	0,4	0,0	0,0	0,0	0,4	0,0	0,0
0,0	0,0	0,0	0,0	1.289,9	1.250,2	79,5	49,2
805,1	165,7	-4,1	1,1	816,9	165,7	-4,3	1,1
61,5	40,3	1,5	-0,9	61,5	40,3	1,5	-0,9
36.022,8	31.835,3	-92,8	-78,9	44.657,4	39.689,9	251,8	-268,0
		[943,2]	[1.962,1]			[1.317,3]	[2.064,9]
		[1.036,0]	[2.041,0]			[1.065,5]	[2.332,9]

Überleitungsrechnung von Derivaten in Sicherungsbeziehung zu den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen (Cashflow Hedge) im Eigenkapital

Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
Derivate in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge mit positivem beizulegendem Zeitwert	294,6	53,7	240,9
Derivate in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge mit negativem beizulegendem Zeitwert	29,5	291,9	-262,4
	265,1	-238,2	503,3
Latente Steuer auf erfolgsneutrale Veränderung der Derivate in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge	-71,1	64,7	-135,8
Ineffektivität der Sicherungsbeziehung	0,6	4,4	-3,8
Kaskadierungseffekte	-58,0	38,8	-96,8
Realisierte Effekte aus Grundgeschäften	-33,9	0,0	-33,9
Nicht beherrschende Anteile	0,1	0,0	0,1
Cashflow Hedge (Sicherungsbeziehung im Eigenkapital)	102,8	-130,3	233,1

Die Kaskadierungseffekte betreffen die bis zum Zeitpunkt der Kaskadierung kumulierte Marktveränderung der in Sicherungsbeziehung stehenden Futures.

Im Rahmen der Kaskadierung werden Jahres- und Quartal-Futures nicht durch Barausgleich, sondern durch weitere Futures erfüllt.

Überleitungsrechnung der Veränderung der Bilanzwerte freistehender Derivate zur Gewinn- und Verlustrechnung

Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
Derivate mit positivem beizulegendem Marktwert	943,2	1.962,1	-1.018,9
Derivate mit negativem beizulegendem Marktwert	1.036,0	2.041,0	-1.005,0
Änderung des Konsolidierungskreises und Designation Hedge Accounting	-1,5	-2,4	0,9
Umbuchung in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Schulden	0,0	2,6	-2,6
Gezahlte Optionsprämie	9,2	9,9	-0,7
Veränderung der beizulegenden Zeitwerte der Derivate	-85,1	-68,8	-16,3

Das Ergebnis in der Gewinn- und Verlustrechnung aus Derivaten setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. €	2010	2009
Bewertungsergebnis	-16,3	16,1
Realisiertes Ergebnis	44,8	49,9
Ineffektivität der Sicherungsbeziehung	5,0	4,9
Ergebnis aus Derivaten	33,5	70,9
davon sonstige betriebliche Erträge	(90,4)	(100,3)
davon sonstige betriebliche Aufwendungen	(68,5)	(36,6)
davon Finanzerträge	(13,6)	(24,7)
davon Finanzaufwendungen	(2,0)	(17,5)

Das realisierte Ergebnis kehrt die bisherige Marktbewertung freistehender Derivate, die wirtschaftlich gesichert sind, zum Zeitpunkt der Realisierung des Derivats wieder um. Die gesicherten Grundgeschäfte werden durch die vorangegangene Marktbewertung der Derivate nicht zu dem mit dem Derivat abgesicherten Preis, sondern zum aktuellen Tageskurs (Spotpreis) durchgeführt.

Zur Erhöhung der Transparenz weisen wir sowohl die Effekte aus der Marktbewertung als auch das realisierte Ergebnis aus.

Risikomanagementsystem

Grundsätze zum Risikomanagement der EnBW

Die EnBW ist als Energieversorgungsunternehmen im Rahmen des operativen Geschäfts sowie bei Geldanlagen und Finanzierungsvorgängen finanzwirtschaftlichen Preisrisiken im Währungs-, Zins- und Commodity-Bereich ausgesetzt. Daneben bestehen Kredit- und Liquiditätsrisiken. Unternehmenspolitik ist es, diese Risiken durch ein systematisches Risikomanagement auszuschalten oder zu begrenzen.

Wechselkursschwankungen zwischen dem Euro und anderen Währungen, Zinsschwankungen an den internationalen Geld- und Kapitalmärkten sowie Preisschwankungen an den Märkten für Strom, Kohle, Gas und Emissionsrechte stellen die wesentlichen Preisrisiken für die EnBW dar. Die Sicherungspolitik zur Eingrenzung dieser Risiken wird vom Vorstand vorgegeben und ist in konzerninternen Richtlinien dokumentiert. Sie sieht auch den Einsatz von Derivaten vor.

Die zur Absicherung finanzwirtschaftlicher Risiken eingesetzten Derivate unterliegen den in der Richtlinie für das Risikomanagement festgelegten Beurteilungskriterien wie Value-at-Risk-Kennziffern und Positions- und Verlustlimiten. Die Funktionstrennung der Bereiche Handel, Abwicklung und Kontrolle bildet ein weiteres zentrales Element des Risikomanagements.

Die entsprechenden Finanztransaktionen werden nur mit bonitätsmäßig erstklassigen Kontrahenten abgeschlossen. Eine Absicherung der Risikoposition durch geeignete Sicherungsinstrumente kann auch unter Bewahrung von Marktchancen erfolgen.

Bei den aus den Finanzinstrumenten resultierenden Risiken sowie den entsprechenden Methoden zur Messung und Steuerung sind gegenüber dem Vorjahr keine nennenswerten Änderungen zu verzeichnen.

Hinsichtlich weiterer Angaben zum Risikomanagementsystem der EnBW verweisen wir auf unsere Ausführungen im Risikobericht als Teil des Lageberichts.

Kreditrisiko

Kreditrisiken entstehen für die EnBW durch Nichterfüllung vertraglicher Vereinbarungen durch den Kontrahenten. Die EnBW steuert ihre Kreditrisiken, indem grundsätzlich eine hohe Bonität von den Kontrahenten gefordert wird und das Kreditrisiko mit den Kontrahenten begrenzt wird. Die Ratings der Kontrahenten werden durch das Bonitätsmanagementsystem der EnBW fortlaufend überwacht. Commodity- und Energiegeschäfte werden grundsätzlich auf Basis von Rahmenverträgen, zum Beispiel EFET, ISDA oder IETA, abgeschlossen. Das Eingehen dieser Rahmenverträge setzt eine gründliche Bonitätsprüfung des Kontrahenten voraus. Nur bei begründetem Interesse des Unternehmens, zum Beispiel bei der Entwicklung neuer Märkte, können Ausnahmen von dieser Geschäftspolitik zugelassen werden. Gemessen an der Kundenstruktur sind die Forderungen gegenüber einzelnen Kontrahenten nicht so groß, dass sie eine wesentliche Risikokonzentration bedeuten würden.

Finanzanlagegeschäfte werden nur mit Kontrahenten abgeschlossen, die und deren Anlagengrenzen in der Treasury-Richtlinie definiert sind. Eine Einhaltung dieser Richtlinie wird durch das Interne Kontrollsystem (IKS) fortlaufend überwacht.

Das maximale Ausfallrisiko finanzieller Vermögenswerte (einschließlich Derivate mit positivem Marktwert) entspricht den in der Bilanz angesetzten Buchwerten. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2010 beträgt das maximale Ausfallrisiko 14.112,6 Mio. € (Vorjahr: 13.734,7 Mio. €).

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiken entstehen für die EnBW durch die Verpflichtung, Verbindlichkeiten vollständig und rechtzeitig zu tilgen. Aufgabe des Cash- und Liquiditätsmanagements der EnBW ist es, jederzeit die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens sicherzustellen.

Im Cashmanagement werden alle Zahlungsmittelbedarfe und -überschüsse zentral ermittelt. Durch die Saldierung der Zahlungsmittelbedarfe und -überschüsse wird die Anzahl der Bankgeschäfte auf ein Minimum reduziert. Das Netting erfolgt durch ein Cashpooling-Verfahren. Das Cashmanagement hat zur Steuerung der Bankkonten und internen Verrechnungskonten sowie zur Durchführung automatisierter Zahlungsvorgänge standardisierte Prozesse und Systeme implementiert.

Zur Liquiditätssteuerung wird konzernzentral ein auf Cashflows basierender Finanzplan erstellt. Der entstehende Finanzierungsbedarf wird mittels geeigneter Instrumente im Rahmen der Liquiditätssteuerung gedeckt. Neben der täglich verfügbaren Liquidität unterhält die EnBW auch weitere Liquiditätsreserven in Höhe von 2,8 Mrd. € (Vorjahr: 2,8 Mrd. €), die kurzfristig verfügbar sind. Die Höhe der Liquiditätsreserven richtet sich nach der strategischen Liquiditätsplanung unter Berücksichtigung festgelegter Worst-Case-Parameter. Bei der Liquiditätsreserve handelt es sich um zugesagte syndizierte und freie Kreditlinien mit unterschiedlichen Fristigkeiten. Durch die vorhandene Liquidität sowie die bestehenden Kreditlinien sieht sich die EnBW keiner Risikokonzentration ausgesetzt.

Weitere Erläuterungen zu den Finanzverbindlichkeiten sind der Anhangsangabe (24) „Verbindlichkeiten und Zuschüsse“ zu entnehmen.

In den folgenden Tabellen werden die künftigen undiskontierten Cashflows finanzieller Verbindlichkeiten und derivativer Finanzinstrumente aufgezeigt, die eine Auswirkung auf den künftigen Liquiditätsstatus des EnBW-Konzerns haben.

In die Betrachtung einbezogen werden alle zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2010 bestehenden und in der Bilanz ausgewiesenen vertraglichen Verpflichtungen.

Bei den emittierten Fremdkapitalinstrumenten sowie bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden Zins- und Tilgungszahlungen berücksichtigt.

Den Zinszahlungen festverzinslicher Finanzinstrumente liegt der vertraglich vereinbarte Zinssatz zugrunde. Bei variabel verzinslichen Finanzinstrumenten werden die zuletzt vor dem 31. Dezember 2010 fixierten Zinssätze herangezogen.

In Fremdwährung lautende Finanzinstrumente werden mit dem jeweiligen Kassakurs zum 31. Dezember 2010 umgerechnet.

Bei den Derivaten werden grundsätzlich Derivate mit positivem und negativem Marktwert berücksichtigt, sofern sie zu einem Nettomittelabfluss führen. Der Ermittlung der undiskontierten Cashflows liegen folgende Bedingungen zugrunde:

- Swapgeschäfte finden in der Liquiditätsanalyse nur Berücksichtigung, sofern sie zu einem Nettomittelabfluss führen.
- Devisentermingeschäfte werden berücksichtigt, sofern sie einen Mittelabfluss verursachen.
- Bei den Forward-Geschäften werden alle Käufe berücksichtigt. Die künftigen Cashflows ergeben sich jeweils aus der mit dem Vertragspreis bewerteten Menge.
- Future-Geschäfte sind in die Liquiditätsanalyse nicht einbezogen, da sie durch die tägliche Ausgleichszahlung (Variation Margin) glattgestellt werden und somit kein Liquiditätsrisiko besteht.

Undiskontierte Cashflows zum 31.12.2010

Mio. €	Summe	2011	2012	2013	2014	Cashflows > 2014
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten						
Emittierte Fremdkapitalinstrumente	8.060,2	388,4	1.363,3	1.214,4	172,0	4.922,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.423,4	384,5	116,4	90,2	111,4	720,9
Verbindlichkeiten Finanzierungsleasing	547,9	108,0	103,5	102,6	178,3	55,5
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	341,7	91,2	107,9	14,9	14,9	112,8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	596,0	589,5	2,1	2,1	2,1	0,2
Übrige finanzielle Verpflichtungen	904,4	751,6	2,7	1,0	1,0	148,1
Derivative finanzielle Vermögenswerte	7.528,9	5.539,9	1.270,1	637,9	68,9	12,1
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	5.811,8	3.853,0	1.462,4	459,2	36,7	0,5
Gesamt	25.214,3	11.706,1	4.428,4	2.522,3	585,3	5.972,2

Undiskontierte Cashflows zum 31.12.2009

Mio. € ¹	Summe	2010	2011	2012	2013	Cashflows > 2013
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten						
Emittierte Fremdkapitalinstrumente	8.274,4	441,7	282,8	1.348,4	1.174,2	5.027,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.191,4	129,7	132,0	91,0	101,1	737,6
Verbindlichkeiten Finanzierungsleasing	596,7	106,6	105,8	102,3	102,3	179,7
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	274,1	23,6	107,9	14,9	14,9	112,8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	445,4	440,0	1,2	1,2	1,2	1,8
Übrige finanzielle Verpflichtungen	764,5	572,0	47,1	1,2	1,1	143,1
Derivative finanzielle Vermögenswerte	949,0	331,6	442,6	163,0	11,8	0,0
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	11.008,8	7.935,8	2.598,1	440,7	34,2	0,0
Gesamt	23.504,3	9.981,0	3.717,5	2.162,7	1.440,8	6.202,3

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Der Anstieg bei den derivativen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf ein höheres Volumen an Terminkäufen von Strom zurückzuführen. Das im Zuge dessen ebenfalls größere Volumen der Verkäufe wird hier nicht berücksichtigt; stattdessen ist nur die einseitige Sicht auf alle einen Mittelabfluss verursachenden Derivate dargestellt. Auch die im Rahmen unserer Risikomanagementaktivitäten mit zahlreichen Handelspartnern abgeschlossenen Netting Agreements werden hier außen vor gelassen, sodass sich das tatsächliche Liquiditätsrisiko der EnBW aus Derivaten nicht unmittelbar erschließt.

Marktpreisrisiken

Währungsrisiken

Die EnBW ist durch die Beschaffung und Preisabsicherung des Brennstoffbedarfs sowie durch Gas- und Öl-handelsgeschäfte Fremdwährungsrisiken ausgesetzt. Darüber hinaus bestehen für die EnBW Währungsrisiken aus in Fremdwährung lautenden Verbindlichkeiten. Das Währungsrisiko wird anhand fortlaufend überprüfter Devisenkursenerwartungen mit geeigneten Finanzinstrumenten, im Berichtsjahr insbesondere über Devisentermingeschäfte, abgesichert. Die Sicherung von Wechselkursrisiken erfolgt zentral. Währungsrisiken bestehen für die EnBW im Wesentlichen in US-Dollar und in Schweizer Franken.

Das bei ausländischen Konzerngesellschaften außerhalb der Eurozone gebundene Nettovermögen sowie die Umrechnungsrisiken (Translationsrisiken) werden nur in Einzelfällen gegen Wechselkursschwankungen gesichert.

Nachfolgend werden die Auswirkungen von Wechselkursänderungen auf das Jahresergebnis und das Eigenkapital analysiert. Die Analyse wurde unter der Annahme durchgeführt, dass sich alle anderen Parameter, zum Beispiel Zinsen, nicht verändern. Es wurden Finanzinstrumente in die Analyse einbezogen, deren Wechselkursrisiko das Eigenkapital beziehungsweise das Jahresergebnis verändern könnte. Im Wesentlichen sind das Sicherungsinstrumente aus Cashflow Hedges und aus Hedges von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe, freistehende Derivate sowie Forderungen und Verbindlichkeiten, die in Fremdwährung denominated sind.

Eine Aufwertung (Abwertung) des Euros um 10% gegenüber sämtlichen Währungen zum Stichtag 31. Dezember 2010 würde das Jahresergebnis um 15,1 Mio. € (Vorjahr: 5,2 Mio. €) verschlechtern (verbessern). Die hypothetische Ergebnisveränderung ergibt sich aus der Währungssensitivität Euro/US-Dollar (15,1 Mio. €; Vorjahr: -1,5 Mio. €). Im Vorjahr war darüber hinaus noch ein Effekt aus der Währungssensitivität Euro/Schweizer Franken (6,7 Mio. €) zu berücksichtigen.

Das Eigenkapital würde sich bei einer Aufwertung (Abwertung) um 10% zum Stichtag 31. Dezember 2010 um 120,5 Mio. € verringern (erhöhen). Im Vorjahr hätte eine Aufwertung (Abwertung) um 10% zu einer Erhöhung (Verringerung) um 127,5 Mio. € geführt. Die hypothetische Eigenkapitalveränderung ergibt sich aus den Währungssensitivitäten Euro/US-Dollar (152,5 Mio. €; Vorjahr: -94,1 Mio. €) und Euro/Schweizer Franken (-32,0 Mio. €; Vorjahr: -33,4 Mio. €).

Zinsrisiken

Die EnBW benutzt eine Vielzahl zinsensitiver Finanzinstrumente, um den Erfordernissen der operativen und strategischen Liquiditätssteuerung gerecht zu werden. Zinsrisiken ergeben sich hieraus nur aus variabel verzinslichen Instrumenten.

Zinsbedingte Marktwertänderungen zinstragender Wertpapiere der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“ werden bei den sonstigen Preisrisiken für Aktien, Aktienfonds und zinstragende Wertpapiere dargestellt.

Zinsrisiken bestehen auf der Aktivseite aus Bankguthaben und auf der Passivseite aus variabel verzinslichen Bankverbindlichkeiten. Daneben bestehen Zinsrisiken aus Derivaten in Form von Swapgeschäften. Zinsrisiken bestehen für die EnBW hauptsächlich in der Eurozone.

Nachfolgend werden die Auswirkungen von Zinssatzänderungen auf das Jahresergebnis und das Eigenkapital analysiert. Die Analyse wurde unter der Annahme durchgeführt, dass sich alle anderen Parameter, zum Beispiel Wechselkurse, nicht verändern. Es wurden nur Finanzinstrumente in die Analyse einbezogen, deren Zinsänderungsrisiko das Eigenkapital beziehungsweise das Jahresergebnis verändern könnte. Für die Analyse wird der Mittelwert aus den letzten zehn Jahren der Veränderung der Umlaufrendite herangezogen.

Eine Erhöhung (Verringerung) des Zinsniveaus im Euroraum zum Stichtag 31. Dezember 2010 um 50 Basispunkte (Vorjahr: 50 Basispunkte) bezogen auf das Nominalvolumen würde das Jahresergebnis insgesamt um 5,7 Mio. € (Vorjahr: 6,3 Mio. €) verschlechtern (erhöhen). Die hypothetische Ergebnisveränderung setzt sich aus potenziellen Effekten aus Zinsderivaten in Höhe von 6,4 Mio. € (Vorjahr: 6,3 Mio. €), variabel verzinslichen Bankguthaben in Höhe von -3,9 Mio. € (Vorjahr: -3,3 Mio. €) sowie originären variabel verzinslichen Finanzschulden in Höhe von 3,2 Mio. € (Vorjahr: 3,3 Mio. €) zusammen.

Commodity-Preisrisiken

Im Rahmen unserer Energiehandelstätigkeit werden Energiehandelskontrakte für Zwecke des Preisrisikomanagements, der Kraftwerksoptimierung, der Lastglättung und der Margenoptimierung abgeschlossen. Darüber hinaus ist der Eigenhandel nur innerhalb enger, klar definierter Limite erlaubt.

Die Preisänderungsrisiken entstehen im Wesentlichen durch die Beschaffung und Veräußerung von Strom, durch die Beschaffung der Brennstoffe Kohle, Gas und Öl sowie durch die Beschaffung von Emissionsrechten. Darüber hinaus entstehen Preisrisiken für die EnBW durch das Eingehen spekulativer Positionen im Eigenhandel. Die Preisrisiken werden anhand fortlaufend überprüfter Marktpreiserwartungen mit geeigneten Finanzinstrumenten abgesichert. Im Berichtsjahr wurden als Sicherungsinstrumente Forwards, Futures, Swaps und Optionen eingesetzt.

Nachfolgend wird die Sensitivität der Bewertung von Derivaten auf Strom, Kohle, Öl, Gas und Emissionsrechte analysiert. Die Analyse wurde unter der Annahme durchgeführt, dass alle anderen Parameter sich nicht verändern. Es wurden nur Derivate in die Analyse einbezogen, deren Marktwertschwankungen das Eigenkapital beziehungsweise das Jahresergebnis beeinflussen. Hierbei handelt es sich um Derivate, die als freistehende Derivate bilanziert werden, sowie um Derivate, die als Sicherungsinstrumente im Rahmen von Cashflow Hedges eingesetzt wurden. Nicht in die Betrachtung einbezogen sind Derivate, die für Zwecke des Empfangs oder der Lieferung nicht finanzieller Posten gemäß dem erwarteten Einkaufs-, Verkaufs- oder Nutzungsbedarf des Unternehmens bestimmt sind (Own Use) und damit nicht nach IAS 39 zu bilanzieren sind. Ebenso sind unsere Erzeugungs- und Vertriebspositionen in die Analyse nicht mit einbezogen. Daher entsprechen die nachfolgend dargestellten Sensitivitäten nicht den tatsächlichen ökonomischen Risiken des EnBW-Konzerns und dienen lediglich der Erfüllung der Angabenvorschriften des IFRS 7.

Sensitivitäten in Bezug auf den Strompreis

Eine Verringerung (Erhöhung) des Marktpreises um 15 % (Vorjahr: 25 %) zum Stichtag 31. Dezember 2010 würde das Jahresergebnis um 205,5 Mio. € (Vorjahr: 130,4 Mio. €) verbessern (verschlechtern).

Das Eigenkapital würde sich bei einer Reduktion (einem Anstieg) des Marktpreises um 15 % (Vorjahr: 25 %) zum Stichtag 31. Dezember 2010 um 196,5 Mio. € (Vorjahr: 192,2 Mio. €) verringern (erhöhen).

Sensitivitäten in Bezug auf den Kohlepreis

Eine Verringerung (Erhöhung) des Marktpreises um 20 % (Vorjahr: 30 %) zum Stichtag 31. Dezember 2010 würde das Jahresergebnis um 33,8 Mio. € (Vorjahr: 16,0 Mio. €) verschlechtern (verbessern).

Das Eigenkapital würde sich bei einer Reduktion (einem Anstieg) des Marktpreises um 20 % (Vorjahr: 30 %) zum Stichtag 31. Dezember 2010 um 388,1 Mio. € (Vorjahr: 295,4 Mio. €) verringern (erhöhen).

Sensitivitäten in Bezug auf den Ölpreis

Eine Verringerung (Erhöhung) des Marktpreises um 25 % (Vorjahr: 40 %) zum Stichtag 31. Dezember 2010 würde das Jahresergebnis um 14,1 Mio. € (Vorjahr: 9,2 Mio. €) verschlechtern (verbessern).

Sensitivitäten in Bezug auf den Gaspreis

Eine Verringerung (Erhöhung) des Marktpreises um 30 % (Vorjahr: 30 %) zum Stichtag 31. Dezember 2010 würde das Jahresergebnis um 21,0 Mio. € (Vorjahr: 16,9 Mio. €) verschlechtern (verbessern).

Sensitivitäten in Bezug auf den Preis für Emissionsrechte

Eine Verringerung (Erhöhung) des Marktpreises um 25 % (Vorjahr: 50 %) zum Stichtag 31. Dezember 2010 würde das Jahresergebnis um 0,6 Mio. € (Vorjahr: 44,8 Mio. €) verschlechtern (verbessern).

Sonstige Preisrisiken für Aktien, Aktienfonds und zinstragende Wertpapiere

Die EnBW besitzt Anlagen in Aktien und Aktienfonds und in festverzinslichen Wertpapieren, aus denen Preisänderungsrisiken für das Unternehmen resultieren.

Bei der Auswahl der Wertpapiere achtet das Unternehmen auf eine hohe Marktgängigkeit sowie auf eine gute Bonität. Zum Stichtag 31. Dezember 2010 waren Aktien, Aktienfonds sowie festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 5.024,9 Mio. € (Vorjahr: 4.600,5 Mio. €) dem Marktpreisrisiko ausgesetzt.

Nachfolgend werden die Auswirkungen von Preisänderungsrisiken aus Aktien und Aktienfonds sowie zinstragenden Wertpapieren auf das Jahresergebnis und das Eigenkapital analysiert. Die Analyse wurde unter der Annahme durchgeführt, dass sich alle anderen Parameter, zum Beispiel die Währung, nicht verändern. Es wurden Finanzinstrumente in die Analyse einbezogen, deren Preisänderungsrisiko das Eigenkapital beziehungsweise das Jahresergebnis verändern könnte.

Die Analyse des Marktpreisrisikos von Aktien und Aktienfonds wurde anhand der historischen Volatilität durchgeführt. Als realistisches Szenario wurde eine Standardabweichung unterstellt. Das Marktpreisrisiko festverzinslicher Wertpapiere wurde mithilfe der Modified Duration ermittelt. Unter Berücksichtigung der angenommenen Änderungen der Zinssätze (siehe Zinsrisiko) bezogen auf den beizulegenden Zeitwert der festverzinslichen Wertpapiere wird das Ergebnis in absoluten Geldbeträgen ermittelt.

Die der Sensitivitätsanalyse unterliegenden Prämissen betragen für Aktien und Aktienfonds 18% (Vorjahr: 18%) und für zinstragende Wertpapiere 2% (Vorjahr: 2%).

Beim gegebenen Risikoszenario würde sich das Jahresergebnis um 15,6 Mio. € (Vorjahr: 16,0 Mio. €) erhöhen (verringern). Die hypothetische Ergebnisveränderung resultiert im Wesentlichen aus Aktien und festverzinslichen Wertpapieren.

Beim gegebenen Risikoszenario würde sich das Eigenkapital um 416,7 Mio. € (Vorjahr: 359,4 Mio. €) erhöhen (verringern). Von der hypothetischen Ergebnisveränderung entfallen 364,4 Mio. € (Vorjahr: 310,3 Mio. €) auf Aktien und Aktienfonds und 52,3 Mio. € (Vorjahr: 49,1 Mio. €) auf festverzinsliche Wertpapiere.

Sonstige Angaben

Ergebnis je Aktie

		2010	2009
Ergebnis aus fortzuführenden Aktivitäten	Mio. €	1.165,5	824,4
davon auf die Aktionäre der EnBW AG entfallender Gewinn	Mio. €	(1.170,5)	(768,2)
Konzernüberschuss	Mio. €	1.165,5	824,4
davon auf die Aktionäre der EnBW AG entfallender Gewinn	Mio. €	(1.170,5)	(768,2)
Zahl der im Umlauf befindlichen Aktien (gewichteter Durchschnitt)	Tsd. Stück	244.257	244.257
Ergebnis je Aktie aus fortzuführenden Aktivitäten ¹	€	4,79	3,15
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss ¹	€	4,79	3,15
Dividende je Aktie für das Geschäftsjahr 2009 der EnBW AG	€	-	1,53
Vorgeschlagene Dividende je Aktie für das Geschäftsjahr 2010 der EnBW AG	€	1,53	-

¹ Bezogen auf den auf die Aktionäre der EnBW AG entfallenden Gewinn.

Das Ergebnis je Aktie wird ermittelt, indem das den Aktionären der EnBW AG zurechenbare Ergebnis durch die durchschnittliche Anzahl der in Umlauf befindlichen Aktien dividiert wird. Eine Verwässerung der Kennzahl kann durch sogenannte potenzielle Aktien aufgrund von Aktienoptionen und Wandelanleihen auftreten. Die EnBW besitzt keine potenziellen Aktien, sodass das unverwässerte Ergebnis je Aktie identisch mit dem verwässerten Ergebnis je Aktie ist.

Eventualverbindlichkeiten und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Angaben zu den Eventualverbindlichkeiten und sonstigen finanziellen Verpflichtungen erfolgen zu Nominalwerten.

Eventualverbindlichkeiten

Für die Risiken aus nuklearen Schäden haben die deutschen Kernkraftwerksbetreiber nach Inkrafttreten des novellierten Atomgesetzes (AtG) und der novellierten Atomrechtlichen Deckungsvorsorge-Verordnung (AtDeckV) am 27. April 2002 bis zu einem Maximalbetrag von 2,5 Mrd. € je Schadensfall Deckungsvorsorge nachzuweisen. Von dieser Vorsorge sind 255,6 Mio. € über eine einheitliche Haftpflichtversicherung abgedeckt. Die Nuklear Haftpflicht GbR erfasst nur noch die solidarische Absicherung in Bezug auf Ansprüche in Zusammenhang mit behördlich angeordneten Evakuierungsmaßnahmen im Bereich zwischen 0,5 Mio. € und 15 Mio. €. Konzernunternehmen haben sich entsprechend ihrer Anteile an Kernkraftwerken verpflichtet, deren Betriebsgesellschaften liquiditätsmäßig so zu stellen, dass diese ihren Verpflichtungen aus ihrer Zugehörigkeit zur Nuklear Haftpflicht GbR jederzeit nachkommen können.

Zur Erfüllung der anschließenden Deckungsvorsorge in Höhe von 2.244,4 Mio. € je Schadensfall haben die EnBW Energie Baden-Württemberg AG und die übrigen Obergesellschaften der deutschen Kernkraftwerksbetreiber mit Vertrag vom 11. Juli/27. Juli/21. August/28. August 2001 vereinbart, den haftenden Kernkraftwerksbetreiber im Schadensfall – nach Ausschöpfung dessen eigener Möglichkeiten und der seiner Muttergesellschaften – finanziell so auszustatten, dass dieser seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann (Solidarvereinbarung). Vertragsgemäß beträgt der auf die EnBW Energie Baden-Württemberg AG entfallende Anteil bezüglich Haftung, zuzüglich 5 % für Schadensabwicklungskosten, 24,921 % zum 31. Dezember 2010 und ab 1. Januar 2011 unverändert 24,921 %. Ausreichende Liquiditätsvorsorge besteht und ist im Liquiditätsplan berücksichtigt.

Darüber hinaus bestehen im EnBW-Konzern noch folgende sonstige Eventualverbindlichkeiten:

Mio. €	31.12.2010	Davon Restlaufzeit			31.12.2009
		< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre	
Bürgschaften und Sicherheiten	192,1	155,1	8,8	28,2	233,8
Bürgschaften für fremde Leistungen	113,1	112,5	0,0	0,6	115,7
Eventualverbindlichkeiten aus schwebenden Rechtsstreitigkeiten	133,6	133,6	0,0	0,0	133,2
Gesamt	438,8	401,2	8,8	28,8	482,7

In den Bürgschaften und Sicherheiten, Bürgschaften für fremde Leistungen und in den Eventualverbindlichkeiten aus schwebenden Rechtsstreitigkeiten sind 4,4 Mio. € (Vorjahr: 8,2 Mio. €) aus Gemeinschaftsunternehmen enthalten. Für die schwebenden Rechtsstreitigkeiten wurden aufgrund geringer Erfolgsaussichten der Gegenseite keine Rückstellungen gebildet. Darüber hinaus sind gegen die EnBW verschiedene Prozesse, behördliche Untersuchungen oder Verfahren sowie andere Ansprüche anhängig, deren Erfolg allerdings als sehr unwahrscheinlich erachtet wird und die daher nicht unter den Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen werden.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Im EnBW-Konzern bestehen langfristige Verpflichtungen für den Bezug von Erdgas, Kohle und anderen fossilen Brennstoffen sowie Strom. Weiterhin bestehen Verpflichtungen aus langfristigen Uranbezugs-, Konversions-, Anreicherungs-, Fertigungs- und Entsorgungsverträgen. Im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen bestehen außerdem langfristige Verpflichtungen aus Entsorgungsverträgen. Das Gesamtvolumen dieser Verpflichtungen beläuft sich auf 17,0 Mrd. € (Vorjahr: 19,5 Mrd. €).

Am 14. Dezember 2010 ist die 11. Novelle des deutschen Atomgesetzes (AtG) in Kraft getreten, die zusätzliche Strommengen für Kernkraftwerke vorsieht. Vor diesem Hintergrund haben sich die Betreiber von Kernkraftwerken verpflichtet, Zahlungen in einen Fonds zu leisten, um Fördermaßnahmen zur Umsetzung des Energiekonzepts der Bundesregierung zu finanzieren. Geregelt ist dies in einem Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland, der am 10. Januar 2011 wirksam wurde. Er sieht vor, dass die Kernkraftwerksbetreiber ab 2017 einen Förderbeitrag für die zusätzlich eingespeisten Strommengen aus der Laufzeitverlängerung entrichten. Von 2011 bis 2016 leisten sie pauschale Vorauszahlungen auf die Förderbeiträge von insgesamt 1,4 Mrd. €, die von 2017 bis 2022 in gleichen jährlichen Raten auf die Förderbeiträge angerechnet werden. Die auf die EnBW entfallenden Vorausleistungen betragen maximal 0,3 Mrd. € und sind erstmals in den übrigen sonstigen finanziellen Verpflichtungen enthalten.

Die übrigen sonstigen finanziellen Verpflichtungen setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. €	31.12.2010	Davon Restlaufzeit			31.12.2009
		< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre	
Finanzielle Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen	188,0	34,1	80,5	73,4	274,1
Bestellobligo	528,5	341,2	139,8	47,5	453,3
Investitionsverpflichtungen aus Sachanlagen	1.413,5	491,3	922,2	0,0	886,7
Investitionsverpflichtungen aus immateriellen Vermögenswerten	1,2	1,2	0,0	0,0	1,6
Finanzielle Verpflichtungen aus Unternehmenserwerben ¹	474,5	142,1	282,4	50,0	1.137,2
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	414,7	98,3	254,9	61,5	119,4
Gesamt	3.020,4	1.108,2	1.679,8	232,4	2.872,3

¹ In den finanziellen Verpflichtungen aus Unternehmenserwerben < 1 Jahr sind Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden, in Höhe von 81,9 Mio. € (Vorjahr: 80,1 Mio. €) enthalten.

In den übrigen sonstigen finanziellen Verpflichtungen sind Verpflichtungen aus Gemeinschaftsunternehmen und zum Erwerb von Gemeinschaftsunternehmen in Höhe von 111,9 Mio. € (Vorjahr: 392,1 Mio. €) enthalten, wovon auf zukünftige Unternehmenserwerbe 59,6 Mio. € (Vorjahr: 310,0 Mio. €) und auf die übrigen sonstigen finanziellen Verpflichtungen 52,3 Mio. € (Vorjahr: 82,1 Mio. €) entfallen.

Honorare des Abschlussprüfers

Die als Aufwand erfassten Honorare des Konzernabschlussprüfers KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Vorjahr: Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. €	2010	2009
Abschlussprüfung	2,3	2,2
Sonstige Bestätigungsleistungen	0,7	1,1
Steuerberatungsleistungen	0,0	0,6
Sonstige Leistungen	0,8	0,2
Gesamt	3,8	4,1

Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB beziehungsweise § 264b HGB

Die folgenden inländischen Tochtergesellschaften haben im Geschäftsjahr 2010 gemäß § 264 Abs. 3 Nr. 1 HGB beziehungsweise § 264b HGB von der Möglichkeit zur Befreiung von den Offenlegungspflichten nach den §§ 325 bis 329 HGB Gebrauch gemacht:

Offenlegungserleichterungen nach § 264 Abs. 3 HGB

- > EnBW Akademie Gesellschaft für Personal und Managemententwicklung mbH, Stuttgart
- > EnBW Biogas GmbH, Stuttgart
- > EnBW Energy Solutions GmbH, Stuttgart
- > EnBW EnergyWatchers GmbH, Stuttgart
- > EnBW EnHol Beteiligungsgesellschaft mbH, Karlsruhe
- > EnBW Erneuerbare Energien GmbH, Stuttgart
- > EnBW Etzel Speicher GmbH, Karlsruhe
- > EnBW Gas GmbH, Stuttgart
- > EnBW Gas Midstream GmbH, Stuttgart
- > EnBW Gasnetz GmbH, Stuttgart
- > EnBW Kernkraft GmbH, Obrigheim
- > EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH, Stuttgart
- > EnBW Kraftwerk Lippendorf Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart
- > EnBW Kraftwerke AG, Stuttgart
- > EnBW Offshore Service GmbH, Klausdorf-Barhöft
- > EnBW Operations GmbH, Stuttgart

- > EnBW REG Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart
- > EnBW Regional AG, Stuttgart
- > EnBW Solar GmbH, Stuttgart
- > EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH, Karlsruhe
- > EnBW Technische Dienste und kaufmännische Leistungen GmbH, Karlsruhe
- > EnBW Trading GmbH, Karlsruhe
- > EnBW Transportnetze AG, Stuttgart
- > EnBW Vertrieb GmbH, Stuttgart (vormals EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH, Stuttgart)
- > EnBW Windpark Alt Zeschdorf GmbH, Cuxhaven
- > EnBW Windpark Buchholz GmbH, Cuxhaven
- > EnBW Windpark Schwienau II GmbH, Cuxhaven
- > Kernkraftwerk Obrigheim GmbH, Obrigheim
- > MSE Mobile Schlammentwässerungs GmbH, Karlsbad-Ittersbach
- > NaturEnergie+ Deutschland GmbH, Rheinfelden
- > Neckarwerke Stuttgart GmbH, Stuttgart
- > NWS Energiehandel GmbH, Stuttgart
- > NWS REG Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart
- > OSD SCHÄFER GmbH, Karlsruhe
- > PROPOWER GmbH, Eisenhüttenstadt
- > Tewaterio GmbH, Stuttgart
- > T-plus GmbH, Karlsruhe
- > TWS Kernkraft GmbH, Gemmrigheim
- > U-plus Umweltservice AG, Karlsruhe
- > Yello Strom GmbH, Köln
- > Yello Strom Verwaltungsgesellschaft mbH, Karlsruhe

Offenlegungserleichterungen nach § 264b HGB

- > EnBW City GmbH & Co. KG, Stuttgart
- > EnSüdWest Energiebeteiligungen AG & Co. KG, Karlsruhe
- > EVGA Grundstücks- und Gebäudemanagement GmbH & Co. KG, Obrigheim
- > Facilma Grundbesitzmanagement und -service GmbH & Co. Besitz KG, Obrigheim
- > KMS Kraftwerke Grundbesitzmanagement und -service GmbH & Co. KG, Karlsruhe
- > NWS Grundstücksmanagement GmbH & Co. KG, Obrigheim
- > Plambeck Neue Energien Windpark Fonds CVI GmbH & Co. KG, Cuxhaven
- > Plambeck Neue Energien Windpark Fonds CVII GmbH & Co. KG, Cuxhaven
- > Plambeck Neue Energien Windpark Fonds LXXXV GmbH & Co. KG, Cuxhaven
- > Salamander Marken GmbH & Co. KG, Kornwestheim

Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat der EnBW Energie Baden-Württemberg AG haben die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex am 9. Dezember 2010 abgegeben und den Aktionären im Internet unter www.enbw.com/entsprechenserklaerung dauerhaft zugänglich gemacht.

Die Entsprechenserklärung der börsennotierten Tochtergesellschaft ZEAG Energie AG ist im Internet unter www.zeag-energie.de abrufbar.

Aktiengeschäfte und Aktienbesitz von Personen mit Führungsaufgaben

Der Gesellschaft sind im Geschäftsjahr 2010 keine Meldungen über Geschäfte mit EnBW-Aktien oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten von Personen mit Führungsaufgaben oder mit ihnen in einer engen Beziehung stehenden Personen nach § 15a Wertpapierhandelsgesetz zugegangen. Der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder an EnBW-Aktien beträgt weniger als 1% der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Cashflow-Rechnung

In der Cashflow-Rechnung sind die Zahlungsströme nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit gegliedert. Als Saldo ergibt sich die zahlungswirksame Veränderung der flüssigen Mittel im Geschäftsjahr 2010 in Höhe von 287,1 Mio. € (Vorjahr: -1.507,6 Mio. €).

Die flüssigen Mittel beinhalten fast ausschließlich Guthaben bei Kreditinstituten, die überwiegend als Termin- und Tagesgeld angelegt sind. Die flüssigen Mittel im Cashflow beinhalten im Vorjahr flüssige Mittel von zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten.

Zuführungen, Auflösungen und Inanspruchnahme der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie der Rückstellungen im Kernenergiebereich werden im Rahmen der Cashflow-Rechnung als Veränderung der langfristigen Rückstellungen gezeitigt.

Im Geschäftsjahr 2010 ergab sich ein Operating Cashflow in Höhe von 2.560,9 Mio. € (Vorjahr: 2.443,4 Mio. €).

Die sonstigen zahlungsunwirksamen Aufwendungen und Erträge stellen sich wie folgt dar:

Mio. €	2010	2009
Erträge aus der Auflösung und dem Abgang von Baukostenzuschüssen	-104,5	-110,7
Erträge und Aufwendungen aus der Veränderung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	37,7	36,8
Zuschreibungen auf Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögenswerte	-7,4	-3,4
Bewertungsergebnis aus Derivaten ¹	22,8	46,2
Veräußerungsgewinne und Erträge aus sukzessivem Erwerb	-254,7	0,0
Außerplanmäßige Abschreibungen auf das Vorratsvermögen und sonstige kurzfristige Vermögenswerte	0,0	116,5
Sonstige	46,9	1,7
Gesamt	-259,2	87,1

¹ Derivate, denen keine Ein- oder Auszahlungen aus Variation Margins gegenüberstehen.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden 45,5 Mio. € (Vorjahr: 51,3 Mio. €) an fremde Gesellschafter von Konzernunternehmen ausgeschüttet.

Die in bar entrichteten Kaufpreise für den Erwerb von voll- und quotenkonsolidierten sowie at equity bewerteten Unternehmen betragen im Berichtsjahr insgesamt 643,1 Mio. € (Vorjahr: 3.041,5 Mio. €). Mit dem Erwerb von Anteilen wurden im Berichtsjahr flüssige Mittel in Höhe von 12,1 Mio. € übernommen (Vorjahr: 24,8 Mio. €). Der Kaufpreis für den Erwerb der Gesellschaft für die Beteiligung am Kraftwerk Rostock mbH belief sich dabei auf 320,9 Mio. €. Der bisher in flüssigen Mitteln entrichtete Kaufpreis der Onshore-Windparks betrug im Berichtsjahr 17,1 Mio. €. Darin enthalten sind bedingte Kaufpreisbestandteile, die insbesondere Earn-out-Verpflichtungen betreffen, von denen zum 31. Dezember 2010 1,0 Mio. € bezahlt wurden. Die bei der Anteilserhöhung an der PRE übertragene Gegenleistung enthielt Anteile an der PT und eine Barkomponente in Höhe von 305,1 Mio. €. Im Vorjahr resultiert die Auszahlungen aus dem Erwerb eines 26 %-Anteils an der EWE Aktiengesellschaft, dem Erwerb von Kraftwerksanteilen an Bexbach und Lippendorf, dem Kauf eines 50 %-Anteils an Borusan EnBW Enerji yatırımları ve Üretim A. Ş. sowie dem Erwerb von drei Onshore-Windparks. Diese wurden in Form von flüssigen Mitteln erbracht.

Die Verkaufspreise aus der Veräußerung von voll- und quotenkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen betragen 843,9 Mio. € (Vorjahr: 45,0 Mio. €). Mit dem Verkauf von voll- und quotenkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen wurden flüssige Mittel in Höhe von 25,5 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) abgegeben. Darüber hinaus reduzierten sich die flüssigen Mittel durch den Abgang der PT um 37,5 Mio. €. Im Geschäftsjahr 2010 resultieren die Einzahlungen im Wesentlichen aus dem Verkauf der GESO und ihrer Tochterunternehmen. Der Erlös aus dem Verkauf betrug 834,4 Mio. € und beinhaltet eine Ablösung von Konzerndarlehen in Höhe von 220,6 Mio. €. Im Vorjahr sind die Einzahlungen durch den Verkauf der Gegenbauer Holding SA & Co. KG verursacht.

Durch den Erwerb von Gesellschaften, über die die Beherrschung erlangt wurde, wurden folgende Vermögenswerte ohne flüssige Mittel und Schulden übernommen:

Mio. €	31.12.2010	31.12.2009
Immaterielle Vermögenswerte	523,4	229,6
Sachanlagen	1.077,7	683,4
Kurzfristige Vermögenswerte ohne flüssige Mittel	139,2	215,3
Summe Vermögenswerte	1.740,3	1.128,3
Langfristige Schulden	235,7	58,8
Kurzfristige Schulden	152,8	59,8
Summe Schulden	388,5	118,6
Nettovermögen ohne flüssige Mittel	1.351,8	1.009,7

Die durch die Veräußerung von Gesellschaften, über die die Beherrschung verloren wurde, abgegebenen Vermögenswerte ohne flüssige Mittel und Schulden betreffen die GESO und ihre Tochtergesellschaften und werden im Anhang unter den Veräußerungen von Unternehmen 2010 dargestellt.

Für weitere Erläuterungen zur Cashflow-Rechnung verweisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht zur Finanzlage des EnBW-Konzerns.

Funds from Operations (FFO)

Im Berichtsjahr verbesserte sich der Funds from Operations (FFO) vor Steuern und Finanzierung um 320,0 Mio. € auf 2.747,7 Mio. € (Vorjahr: 2.427,7 Mio. €). Ursächlich hierfür ist die gestiegene Ertragskraft im Konzern. Der FFO nach Steuern und Finanzierung stieg um 210,8 Mio. € auf 2.462,6 Mio. € (Vorjahr: 2.251,8 Mio. €).

Funds from Operations (FFO) in Mio. €	2010	2009
FFO vor Steuern und Finanzierung	2.747,7	2.427,7
Gezahlte Ertragsteuern	-311,6	-197,0
Erhaltene Zinsen und Dividenden	381,6	378,5
Gezahlte Zinsen Finanzierungsbereich	-355,1	-357,4
FFO nach Steuern und Finanzierung	2.462,6	2.251,8

Zusätzliche Angaben zum Kapitalmanagement

Das Kapitalmanagement der EnBW erstreckt sich sowohl auf die Steuerung auf der Passivseite als auch auf das Management des Finanzanlagevermögens. Das Finanzanlagevermögen umfasst die langfristigen Wertpapiere und Ausleihungen sowie die kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte und flüssigen Mittel. Das Kapitalmanagement auf der Passivseite umfasst die Finanzverbindlichkeiten sowie die Pensions- und Kernenergie-rückstellungen.

Grundlage für alle Überlegungen zum langfristig orientierten Kapitalmanagement der EnBW ist eine kapitalmarkttheoretische Analyse zur Bestimmung der optimalen Kapitalstruktur. Für die Betrachtung werden Fremd- und Eigenkapital berücksichtigt. Die Optimierung der Kapitalstruktur ist auf die Minimierung der Gesamtkapitalkosten ausgerichtet, wobei jedoch eine Prämie für die Beibehaltung der finanziellen Flexibilität berücksichtigt wird. Die optimale Kapitalstruktur impliziert ein Ratingziel im A-Bereich für die EnBW. Diese Analyse wird laufend durchgeführt beziehungsweise fortgeschrieben.

Ausgehend von der Mittelfristplanung analysiert die EnBW den finanziellen Handlungsspielraum (Headroom) für ein gegebenes Ratingziel. Damit wird der Rahmen für die strategischen Handlungsoptionen gesetzt. Der Vorstand befasst sich mit diesem Thema mindestens einmal jährlich.

Akquisitionen und Desinvestitionen sind der wesentliche Einflussfaktor auf den finanziellen Handlungsspielraum des Unternehmens. Die erwarteten und durchgeführten Akquisitionen und Desinvestitionen werden regelmäßig überprüft und dem ermittelten Headroom gegenübergestellt.

Die kurzfristige Liquiditätssteuerung für die EnBW erfolgt derzeit mit einem rollierenden Planungshorizont von drei Monaten. Darüber hinaus hat die EnBW Instrumente im Einsatz, die Prognosen über den Liquiditätsbedarf über einen mittelfristigen Zeitraum hinaus zulassen.

Kapitalmanagement bei der EnBW umfasst auch die bewusste Steuerung der Finanzaktiva basierend auf den Gutachten zu Pensionsrückstellungen sowie den Gutachten zu Nuklearrückstellungen. Die EnBW ermittelt in einem cashfloworientierten Modell die sich in den nächsten 30 Jahren ergebenden Effekte. Dieses Modell ist Grundlage für die Steuerung der Finanzanlagen. Es lässt die Simulation von verschiedenen Rendite- und Zuführungsalternativen zu.

Die EnBW steuert die Finanzanlagen so, dass die Pensions- und Nuklearverpflichtungen bis zum Jahr 2032 gedeckt sind.

Segmentberichterstattung

Nach Konzernbereichen Mio. € ¹	Strom Erzeugung und Handel		Strom Netz und Vertrieb		Gas	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Umsatzerlöse						
Außenumsatz	4.817,0	2.357,5	10.192,7	10.031,3	1.788,1	2.453,1
Innenumsatz	4.438,3	4.582,5	201,5	456,8	91,4	97,7
Gesamtumsatz	9.255,3	6.940,0	10.394,2	10.488,1	1.879,5	2.550,8
Ergebnisgrößen						
Adjusted EBIT	1.626,7	1.590,9	265,8	130,9	80,1	152,0
EBIT	1.432,3	1.630,0	599,6	163,6	78,9	151,0
Planmäßige Abschreibungen	-423,4	-352,1	-239,5	-237,7	-73,8	-81,9
Außerplanmäßige Abschreibungen	-238,7	-21,1	-13,4	-8,7	-1,1	0,0
Adjusted Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	44,0	49,1	39,5	55,3	3,7	2,2
Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	44,0	65,8	39,5	55,3	3,7	2,2
Wesentliche zahlungsunwirksame Posten	-207,8	-152,6	13,5	-0,8	6,3	1,8
Vermögenswerte und Schulden						
Capital Employed	5.320,8	5.001,0	4.747,6	3.973,3	1.440,6	1.682,1
davon immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und Investment Properties	(6.270,8)	(5.613,0)	(5.642,3)	(4.432,9)	(1.859,6)	(1.774,8)
davon Buchwert at equity bewerteter Unternehmen	(349,8)	(291,9)	(350,6)	(344,2)	(52,0)	(36,1)
Sonstige Segmentinformationen						
Operating Cashflow	2.041,6	1.995,2	95,3	121,9	113,6	263,3
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	933,4	620,7	383,3	385,7	92,7	62,8

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

> Anhang des EnBW-Konzerns
zum Jahresabschluss 2010

	Energie- und Umwelt- dienstleistungen		Holding/ Konsolidierung		Gesamt	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009
	711,2	722,3	0,0	0,0	17.509,0	15.564,2
	720,1	518,9	-5.451,3	-5.655,9	0,0	0,0
	1.431,3	1.241,2	-5.451,3	-5.655,9	17.509,0	15.564,2
	111,3	86,2	-151,3	-166,1	1.932,6	1.793,9
	95,7	87,2	-89,5	-142,5	2.117,0	1.889,3
	-166,2	-149,2	-2,3	-0,5	-905,2	-821,4
	-4,4	-7,7	0,0	0,0	-257,6	-37,5
	-0,4	3,9	53,4	55,5	140,2	166,0
	-0,4	-3,1	6,2	-39,5	93,0	80,7
	-8,9	6,1	1,8	-0,2	-195,1	-145,7
	1.357,6	1.351,0	2.734,1	3.159,1	15.600,7	15.166,5
	(1.855,4)	(1.907,3)	(11,2)	(14,4)	(15.639,3)	(13.742,4)
	(77,1)	(77,7)	(2.923,0)	(3.006,8)	(3.752,5)	(3.756,7)
	274,3	48,8	36,1	14,2	2.560,9	2.443,4
	215,4	240,2	0,0	0,0	1.624,8	1.309,4

Eine der wesentlichen internen Steuerungsgrößen ist das Adjusted EBIT. Das Adjusted EBIT ist eine um neutrale Ergebniseffekte bereinigte Ergebnisgröße, die die Entwicklung der operativen Ertragslage zutreffend wiedergibt. Im Lagebericht wird die Entwicklung der Geschäftsfelder anhand des Adjusted EBIT erläutert.

Das Adjusted EBIT lässt sich folgendermaßen auf das Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT) überleiten:

Mio. €	2010	2009
Adjusted EBIT	1.932,6	1.793,9
Neutrales EBIT	184,4	95,4
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	2.117,0	1.889,3
Beteiligungsergebnis	103,2	82,3
Finanzergebnis	-689,7	-714,4
Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT)	1.530,5	1.257,2

Die Segmentberichterstattung orientiert sich an der internen Berichterstattung. Das Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel umfasst die Wertschöpfungsstufen Erzeugung sowie Handel und Beschaffung. Das Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb umfasst die Wertschöpfungsstufen Transport, Verteilung sowie Vertrieb. Im Geschäftsfeld Gas sind die Bereiche Ferngasstufe (Midstream) mit Importverträgen und -infrastruktur, Speicherung, Handel, Portfoliosteuerung sowie die Verteilstufe (Downstream) mit Transport, Verteilung und Vertrieb enthalten. Das Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen besteht aus den Bereichen Thermische Entsorgung, Nichtthermische Entsorgung, Wasser sowie Sonstige Dienstleistungen mit Contractingleistungen.

Vermögenswerte, Schulden, Erträge und Aufwendungen, die auf die EnBW AG entfallen, unsere Beteiligung an der EWE Aktiengesellschaft und der EVN AG sowie andere, nicht den gesondert dargestellten Segmenten zuordenbare Tätigkeiten werden zusammen mit den Eliminierungen zwischen den Segmenten in der Spalte Holding/Konsolidierung ausgewiesen. Die EVN AG wird ab 2010 dem Bereich Holding zugeordnet. Die Vorjahreszahlen wurden angepasst. Die direkt zuordenbaren Kosten der EnBW AG werden anhand von Schlüsseln auf die einzelnen Geschäftsfelder verrechnet.

Die Segmentdaten wurden in Übereinstimmung mit den Ansatz- und Bewertungsmethoden im Konzernabschluss ermittelt. Die Innenumsätze geben die Höhe der Umsätze zwischen den Konzerngesellschaften an. Die Umsätze zwischen den Segmenten wurden zu Marktpreisen getätigt.

Die wesentlichen zahlungsunwirksamen Posten beinhalten insbesondere Aufwendungen aus der Zuführung von Rückstellungen sowie Erträge aus der Auflösung von Baukostenzuschüssen.

Das Capital Employed, das wir als Segmentvermögen ansetzen, beinhaltet sämtliche Vermögenswerte des operativen Geschäfts. Unverzinsliches Fremdkapital – zum Beispiel Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen – werden hiervon abgezogen. Das Capital Employed berechnet sich wie folgt:

Capital Employed in Mio. € ¹	31.12.2010	31.12.2009
Immaterielle Vermögenswerte	2.197,0	1.746,9
Sachanlagen	13.343,3	11.925,2
Investment Properties	99,0	70,3
Beteiligungen ²	4.166,4	4.464,8
Vorratsvermögen	991,1	944,8
Kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ³	3.187,5	2.786,3
Übrige Vermögenswerte ⁴	2.234,1	4.910,8
davon Ertragsteuererstattungsansprüche	(412,8)	(457,1)
davon zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	(11,8)	(1.698,0)
davon sonstige Steuererstattungsansprüche	(77,8)	(63,4)
davon Derivate	(1.317,3)	(2.064,9)
davon geleistete Anzahlungen	(135,4)	(134,6)
davon aktive Rechnungsabgrenzungsposten	(61,5)	(74,6)
davon übrige Vermögenswerte	(296,4)	(464,2)
davon langfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(469,2)	(415,9)
davon Vermögenswerte, die den Nettoschulden zuzuordnen sind	(-548,1)	(-461,9)
Nicht zinstragende Rückstellungen	-1.364,8	-1.050,2
Nicht zinstragende Verbindlichkeiten ⁵	-5.893,7	-7.405,1
davon erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	(-69,0)	(-182,1)
davon Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(-3.161,4)	(-2.797,5)
davon sonstige Rechnungsabgrenzungen	(-227,2)	(-186,0)
davon Derivate	(-1.065,5)	(-2.332,9)
davon übrige Verbindlichkeiten	(-1.399,7)	(-1.166,9)
davon Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	(0,0)	(-768,1)
davon Verbindlichkeiten, die den Nettoschulden zuzuordnen sind	(29,1)	(28,4)
Zuschüsse	-1.588,8	-1.519,0
Latente Steuern ⁶	-1.770,4	-1.647,8
Vermögenswerte und Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten, die den Nettoschulden zuzuordnen sind	0,0	-60,5
Capital Employed	15.600,7	15.166,5

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Beinhaltet at equity bewertete Unternehmen, Anteile an verbundenen Unternehmen sowie sonstige Beteiligungen, die der operativen Geschäftstätigkeit zuzuordnen sind.

³ Ohne verbundene Unternehmen.

⁴ Ohne verbundene Unternehmen, ohne langfristige Forderungen in Zusammenhang mit Kernenergie Rückstellungen.

⁵ Ohne verbundene Unternehmen, ohne Kaufpreisverpflichtungen aus Put-Option.

⁶ Aktive und passive latente Steuer saldiert.

Der Außenumsatz nach Regionen wird nach dem Ort der Lieferung ermittelt. Im EnBW-Konzern gibt es keinen externen Kunden, mit dem 10% oder mehr des Außenumsatzes erzielt werden.

Außenumsatz nach Regionen in Mio. €	2010	2009
Deutschland	15.943,0	14.353,9
Europäischer Währungsraum ohne Deutschland	867,3	659,0
Restliches Europa	693,9	550,2
Anderes Ausland	4,8	1,1
	17.509,0	15.564,2

Immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und Investment Properties nach Regionen in Mio. € ¹	31.12.2010	31.12.2009
Deutschland	12.924,0	12.148,5
Restliches Europa	2.618,5	1.482,7
Anderes Ausland	96,8	111,2
	15.639,3	13.742,4

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen

Zu den nahestehenden Unternehmen zählen insbesondere die Electricité de France (EDF) und der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW), die jeweils zum Bilanzstichtag 45,01% der Stimmrechte der EnBW AG halten. Der Abschluss der EnBW AG wird in den Konzernabschluss der EDF quotat einbezogen.

Die mit der EDF im Berichtsjahr getätigten Geschäfte wirkten sich folgendermaßen auf den Konzernabschluss der EnBW aus:

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. €	2010	2009
Umsatzerlöse	1.869,2	1.345,1
Materialaufwand	-1.999,8	-1.400,7

Bilanz in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009
Forderungen	198,9	149,7
Geleistete Anzahlungen	43,2	47,1
Verbindlichkeiten	255,0	258,1
Erhaltene Anzahlungen	21,6	33,0

Umsatzerlöse und Materialaufwand resultieren im Wesentlichen aus Stromlieferungs- und Strombezugsverträgen. Die Forderungen und Verbindlichkeiten werden innerhalb eines Jahres realisiert. Allen Geschäftsbeziehungen mit der EDF lagen marktübliche Konditionen zugrunde.

Die Geschäftsbeziehungen zu Gemeinschaftsunternehmen stellen sich wie folgt dar:

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. €	2010	2009
Umsatzerlöse	21,8	46,0
Materialaufwand	-12,5	-20,9

Bilanz in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009
Sonstige Ausleihungen	11,2	12,7
Forderungen	2,8	6,8
Verbindlichkeiten	1,5	5,9
Erhaltene Anzahlungen	0,1	0,1

Umsatzerlöse und Materialaufwand resultieren im Wesentlichen aus Stromlieferungs- und Strombezugsverträgen. Die Forderungen und Verbindlichkeiten werden innerhalb eines Jahres realisiert. Allen Geschäftsbeziehungen mit Gemeinschaftsunternehmen lagen marktübliche Konditionen zugrunde.

Weiterhin bestehen im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit auch Beziehungen zu assoziierten Gesellschaften, unter anderem zu kommunalen at equity bewerteten Unternehmen (insbesondere zu Stadtwerken). Der Leistungsaustausch mit diesen Unternehmen fand zu marktüblichen Bedingungen statt und hat folgende Auswirkung auf die Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz des EnBW-Konzerns:

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. €	2010	2009
Umsatzerlöse	252,7	204,2
Materialaufwand	-210,1	-112,6
Finanzergebnis	-4,9	-2,5

Bilanz in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009
Sonstige Ausleihungen	10,1	2,4
Forderungen	26,7	24,1
Verbindlichkeiten	110,0	118,8
Erhaltene Anzahlungen	0,2	0,0

Die Forderungen und Verbindlichkeiten des Berichtsjahres werden im Wesentlichen innerhalb eines Jahres realisiert.

Beziehungen zu nahestehenden Personen

Der EnBW-Konzern hat keine wesentlichen Geschäfte mit nahestehenden Personen getätigt.

Die Grundzüge des Vergütungssystems und die Höhe der Vergütungen von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der früheren Vorstandsmitglieder sind im Vergütungsbericht dargestellt, der Bestandteil des zusammengefassten Lageberichts ist.

Die Gesamtbezüge des Vorstands für das Geschäftsjahr 2010 betragen 7,9 Mio. € (Vorjahr: 9,8 Mio. €). Die kurzfristig fälligen Leistungen betragen 7,5 Mio. € (Vorjahr: 9,1 Mio. €) und die langfristig fälligen Leistungen 0,4 Mio. € (Vorjahr: 0,7 Mio. €). Die Zuführung zur Pensionsverpflichtung für diesen Personenkreis beträgt im Geschäftsjahr 2010 0,6 Mio. € (Vorjahr: 0,6 Mio. €) und beinhaltet den Dienstzeit- und Zinsaufwand.

Für die aktuellen Mitglieder des Vorstands bestehen Pensionsverpflichtungen (Defined Benefit Obligation) nach IFRS in Höhe von 4,0 Mio. € (Vorjahr: 3,9 Mio. €).

Frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen erhielten 5,3 Mio. € (Vorjahr: 7,0 Mio. €). Es bestehen Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen nach IFRS in Höhe von 52,1 Mio. € (Vorjahr: 49,1 Mio. €).

Die im Vorjahr ausgewiesenen Vorschüsse gegenüber Mitgliedern des Vorstands in Höhe von 0,3 Mio. € wurden im Geschäftsjahr vollständig zurückgezahlt. Zum Geschäftsjahresende bestehen keine Vorschüsse und Kredite.

Das Vergütungssystem des Aufsichtsrats wird ebenfalls im Vergütungsbericht dargestellt, der Bestandteil des zusammengefassten Lageberichts ist.

Für das Geschäftsjahr 2010 wird den Mitgliedern des Aufsichtsrats eine Vergütung von insgesamt 1,1 Mio. € (Vorjahr: 1,1 Mio. €) gewährt. Die Vergütung beinhaltet fixe und variable Bestandteile, Sitzungsgelder sowie Mandatsvergütungen von Tochtergesellschaften.

Im Geschäftsjahr 2010 bestanden keine Kredite und Vorschüsse gegenüber Aufsichtsratsmitgliedern.

Angaben zu Konzessionen

Zwischen den einzelnen Gesellschaften des EnBW-Konzerns und den Gemeinden bestehen Konzessionsverträge im Strom-, Gas-, Fernwärme- und Wasserbereich. Die Laufzeit der Konzessionsverträge beträgt in der Regel 20 Jahre. Es bestehen gesetzlich geregelte Anschlusspflichten an die Versorgungsnetze. Durch den Abschluss eines Konzessionsvertrags besteht für den EnBW-Konzern die Verpflichtung zur Herstellung und Unterhaltung der zur allgemeinen Versorgung benötigten Anlagen. Des Weiteren besteht die Pflicht, eine Konzessionsabgabe an die Gemeinden zu zahlen. Nach Ablauf eines Konzessionsvertrags sind, sofern der Konzessionsvertrag nicht verlängert wird, die Versorgungsanlagen gegen eine angemessene Vergütung an die Gemeinde oder den nachfolgenden Netzbetreiber zurück- beziehungsweise abzugeben.

Zusatzangaben nach HGB

Anteilsbesitz gem. § 313 Abs. 2 HGB zum 31. Dezember 2010

		Fußnote	Kapital- anteil ¹ (in %)	Eigen- kapital ² (in Tsd. €)	Ergebnis ² (in Tsd. €)
Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel					
vollkonsolidierte Unternehmen					
1	Aletsch AG, Mörel/Schweiz		100,00	20.442	883
2	EnAlpin AG, Visp/Schweiz		100,00	171.721	24.467
3	EnBW Baltic 1 GmbH & Co. KG, Stuttgart (vormals EnBW Baltic I GmbH, Stuttgart)		100,00	16.246	-3.779
4	EnBW Baltic 2 GmbH, Börgerende-Rethwisch (vormals EnBW Ostsee Offshore GmbH, Börgerende-Rethwisch)		100,00	31.782	-8.268
5	EnBW Biogas GmbH, Stuttgart (vormals EnBW Grundstücks- und Gebäudemanagement Verwaltungsgesellschaft mbH Stuttgart, Stuttgart)	3	100,00	52	-
6	EnBW EnHol Beteiligungsgesellschaft mbH, Karlsruhe	3	100,00	1.790.537	-
7	EnBW Erneuerbare Energien GmbH, Stuttgart	3	100,00	60.024	-
8	EnBW Kraftwerk Lippendorf Beteiligungs- gesellschaft mbH, Stuttgart	3	100,00	297.640	-
9	EnBW Kraftwerke AG, Stuttgart	3	100,00	2.516.941	-
10	EnBW Nordsee Offshore GmbH, Varel		100,00	-109	-1.159
11	EnBW Offshore Service GmbH, Klausdorf-Barhöft	3	100,00	25	-
12	EnBW Solar GmbH, Stuttgart	3	100,00	25	-
13	EnBW Trading GmbH, Karlsruhe	3	100,00	3.023	-
14	EnBW Windpark Alt Zeschdorf GmbH, Cuxhaven	3	100,00	4.861	-
15	EnBW Windpark Buchholz GmbH, Cuxhaven	3	100,00	13.314	-
16	EnBW Windpark Schwienau II GmbH, Cuxhaven	3	100,00	3.893	-
17	Energiedienst AG, Rheinfelden	5	100,00	183.176	31.856
18	Grünwerke GmbH, Düsseldorf (vormals Düsseldorfer Consult GmbH, Düsseldorf)	3,6	100,00	18.428	-
19	Heizkraftwerk Stuttgart GmbH, Stuttgart		100,00	5.113	52
20	Kernkraftwerk Obrigheim GmbH, Obrigheim	3	100,00	199.916	-
21	KMS Kraftwerke Grundbesitzmanagement und -service GmbH & Co. KG, Karlsruhe		100,00	235.319	-1.564
22	NWS Energiehandel GmbH, Stuttgart	3	100,00	50	-
23	Plambeck Neue Energien Windpark Fonds CVI GmbH & Co. KG, Cuxhaven		100,00	-157	-156
24	Plambeck Neue Energien Windpark Fonds CVII GmbH & Co. KG, Cuxhaven		100,00	-764	-764
25	Plambeck Neue Energien Windpark Fonds LXXXV GmbH & Co. KG, Cuxhaven		100,00	-635	-597
26	TWS Kernkraft GmbH, Gemmrigheim	3	100,00	381.041	-
27	EnBW Holding A.S., Gümüssuyu-Istanbul/Türkei		99,99	-83	-83
28	EnBW Kernkraft GmbH, Obrigheim	3	99,80	10.000	-
29	Südwestdeutsche Nuklear-Entsorgungs- gesellschaft mbH, Stuttgart		86,49	9.668	2.299
30	Neckar Aktiengesellschaft, Stuttgart		82,17	10.179	0
31	Energiedienst Holding AG, Laufenburg/Schweiz	14	81,72	635.200	72.259
32	HWM Holzwärme Müllheim GmbH, Müllheim		66,66	429	3
33	Kraftwerk Bexbach Verwaltungsgesellschaft mbH, Bexbach/Saar		66,66	23.010	1.151
34	Rheinkraftwerk Neuhausen AG, Neuhausen/Schweiz		56,00	967	38

		Fußnote	Kapital- anteil ¹ (in %)	Eigen- kapital ² (in Tsd. €)	Ergebnis ² (in Tsd. €)
35	KNG Kraftwerks- und Netzgesellschaft mbH, Berlin		50,40	461	8
36	Kraftwerk Lötschen AG, Steg/Schweiz	15	50,00	23.955	1.161
quotenkonsolidierte Unternehmen					
37	Maya Enerji Yatirimlari A.Ş., Istanbul/Türkei	5, 10	99,98	6.939	-3.791
38	Baltalimani Enerji Yatirimlari Ve Tic.A.Ş., Istanbul/Türkei	5, 10	99,97	-1	-28
39	Beykoz Elektrik San. Ve Tic. A.Ş., Istanbul/Türkei	5, 10	99,97	4	-17
40	Borascio Enerji Ve Kimya San.Tic.A.Ş., Istanbul/Türkei	5, 10	99,97	9.655	-11.571
41	Burgaz Enerji Yatirimlari Üretim Ve Tic.A.Ş., Istanbul/Türkei	5, 10	99,97	4	-16
42	Dinc Enerji Madencilik Üretim Ve Ticaret A.Ş., Istanbul/Türkei	5, 10	99,97	3	-60
43	Esentepe Enerji Yatirimlari Üretim Ve Ticaret A.Ş., Istanbul/Türkei	5, 10	99,97	-103	-149
44	Eskoda Enerji Üreti Pazarlama Ithalat Ve Ihracat A.Ş., Istanbul/Türkei	5, 10	99,97	320	-33
45	Güney Rüzgari Elektrik Üretim Ve Ticaret A.Ş., Istanbul/Türkei	5, 10	99,97	-4	-60
46	Hazal Hidroelektrik Üretim A.Ş., Istanbul/Türkei	5, 10	99,97	-22	-140
47	Hidiv Elektrik Enerjisi Toptan Satis A.Ş., Istanbul/Türkei	5, 10	99,97	134	-48
48	Intepe Elektrik Üretim Ve Tic. A.Ş., Istanbul/Türkei	5, 10	99,97	3	-50
49	Kuzeyrüzgari Enerji Üretim Ve Ticaret A.Ş., Istanbul/Türkei	5, 10	99,97	2	-71
50	Meltem Elektrik Üretim Ve Ticaret A.Ş., Istanbul/Türkei	5, 10	99,97	-185	-212
51	Tayfun Elektrik Üretim Ve Ticaret A.Ş., Istanbul/Türkei	5, 10	99,97	22	-32
52	Turkuaz Elektrik Üretim Anonim Şirketi, Istanbul/Türkei	5, 10	99,97	40	-73
53	Vaniköy Enerji Yatirimlari Üretim Ve Ticaret A.Ş., Istanbul/Türkei	5, 10	99,97	2	-80
54	Dogadan Enerji Üretim Paz.lth.Ve Ihr. A.Ş., Istanbul/Türkei	5, 10	99,96	-5	-75
55	Dönüşüm Enerji Üretim Paz.lth.Ve Ihr.A.Ş., Istanbul/Türkei	5, 10	99,96	-3	-69
56	Yedigöl Hidroelektrik Üretim Ve Ticaret A.Ş., Istanbul/Türkei	5, 10	99,96	17.674	-1.281
57	Maray Enerji Sanayi Ve Ticaret Limited Şirketi, Istanbul/Türkei	5, 10	99,85	-24	-53
58	Beylerbeyi Enerji Yatirimlari Üretim Ve Ticaret A.Ş., Istanbul/Türkei	5, 10	99,00	-6	-121
59	Gökceada Enerji Yatirimlari Üretim Ve Ticaret A.Ş., Istanbul/Türkei	5, 10	99,00	4	-16
60	Kasirga Enerji Yatirimlari Ve Üretim A.Ş., Istanbul/Türkei	5, 10	99,00	4	-23
61	Borusan EnBW Enerji yatirimlari ve Üretim Anonim Şirketi, Istanbul/Türkei	6, 13	50,00	78.052	-22.731
62	Fernwärme Ulm GmbH, Ulm/Donau	8, 13	50,00	23.739	2.123
63	Rheinkraftwerk Iffezheim GmbH, Iffezheim	13	50,00	58.287	1.183
verbundene, aber nicht einbezogene Unternehmen					
64	CarbonBW Colombia S.A.S., Bogotá/Kolumbien		100,00	751	0
65	EnBW Baltic 1 Verwaltungsgesellschaft mbH, Karlsruhe (vormals EnBW Omega Fünfzehnte Verwaltungsgesellschaft mbH, Karlsruhe)	5	100,00	25	-1
66	EnBW Baltic Windpark Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart		100,00	25	0
67	Holzskraft Plus GmbH, Düsseldorf	6	90,00	25	-3
68	STKW Energie Dörpen GmbH & Co. KG, Dörpen	5	75,10	2.886	-259
69	Nahwärme Düsseldorf GmbH, Düsseldorf	5	66,00	1.410	45
70	Alb-Windkraft Verwaltungs GmbH, Geislingen/Steige	5	51,00	34	6
71	KWO Rückbau GmbH, Obrigheim	5	51,00	38	-3
72	Alb Windkraft GmbH & Co. KG, Geislingen/Steige	5	25,50	187	351

		Fußnote	Kapital- anteil ¹ (in %)	Eigen- kapital ² (in Tsd. €)	Ergebnis ² (in Tsd. €)
assoziierte Unternehmen					
73	Elektrizitätswerk Rheinau AG, Rheinau/Schweiz	8	50,00	17.483	592
74	Bayerische-Schwäbische Wasserkraftwerke Beteiligungsgesellschaft mbH, Grundremmingen	5	37,80	103.361	5.956
75	Elektrownia Rybnik S.A., Rybnik/Polen	5	32,45	263.357	83.093
76	Großkraftwerk Mannheim AG, Mannheim	5	32,00	114.142	6.647
77	Rhonewerke AG, Ernen/Schweiz	5	30,00	20.221	795
78	KW Ackersand I AG, Stalden/Schweiz	5	25,00	1.464	77
79	Mátraí Erömü ZRt. (MATRA), Visonta/Ungarn	5	21,71	281.318	77.119
Beteiligungen					
80	Carbon Energy Co. Ltd., Bangkok/Thailand	7	51,00	3.327	0
81	biogasNRW GmbH, Düsseldorf	5	50,00	3.954	-104
82	Centrale Electrique Rhénane de Gamsheim SA, Gamsheim/Frankreich	5	50,00	11.099	0
83	EnBW Altus Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Karlsruhe	9	50,00	-	-
84	Fernwärme Rhein-Neckar GmbH, Mannheim	5	50,00	4.011	2.221
85	JatroSolutions GmbH, Stuttgart	5	50,00	2.531	6
86	Kraftwerk Reckingen AG, Reckingen	5	50,00	2.373	72
87	Rheinkraftwerk Säckingen AG, Bad Säckingen	5	50,00	7.204	300
88	Schluchseewerk Aktiengesellschaft, Laufenburg/Baden	5	50,00	59.339	2.809
89	Wärmeauskopplungsgesellschaft Restmüllheizkraftwerk Böblingen mbH (WRB), Böblingen	5	50,00	578	49
90	Wasserkraftwerk Hausen GbR, Hausen im Wiesental	5	50,00	206	-1
91	WKM Wasserkraftwerke Maulburg GmbH, Maulburg	5	50,00	370	13
92	Empresa Electrica Rio Doble S.A., Lima/Peru	5	45,00	386	-13
93	Fernwärme Zürich AG, Zürich/Schweiz		40,00	640	0
94	KWT Kraftwerke Törbel-Moosalp AG, Törbel/Schweiz	5	40,00	462	-6
95	Obere Donau Kraftwerke AG, München	5	40,00	3.180	0
96	TWKW Trinkwasserkraftwerke Niedergesteln AG, Niedergesteln/Schweiz	5	40,00	1.136	121
97	Kraftwerk Ryburg-Schwörstadt AG, Rheinfeldern/Schweiz	5,8	38,00	25.618	1.209
98	Heizkraftwerk Pforzheim GmbH, Pforzheim	5	30,00	7.232	769
99	Baltic Windpark Beteiligungen GmbH & Co. KG, Stuttgart	9	29,17	-	-
100	Wasserkraftwerk Pfinztal GmbH & Co. KG, Pfinztal	6	28,31	226	0
101	KWOG Kraftwerke Obergoms AG, Obergoms/Schweiz	5	24,50	62	-5
102	Beteiligungsgesellschaft der EVU an der Kerntechnischen Hilfsdienst GmbH-GbR, Karlsruhe	9	21,59	-	-
103	ClimatePartner Deutschland GmbH, München	5	20,00	-598	-145
104	ClimatePartner Switzerland AG, Winterthur/Schweiz	5	20,00	-47	-82
Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb					
vollkonsolidierte Unternehmen					
105	ALENA Aletsch Energie Netz AG, Stalden VS./Schweiz		100,00	85	5
106	ED GrünSelect GmbH, Rheinfeldern		100,00	498	-2
107	EnBW REG Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	3	100,00	405.649	-
108	EnBW Regional AG, Stuttgart	3	100,00	415.814	-
109	EnBW Transportnetze AG, Stuttgart	3	100,00	178.141	-
110	EnBW Vertrieb GmbH, Stuttgart (vormals EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH, Stuttgart)	3	100,00	289.131	-
111	Energiedienst Netze GmbH, Rheinfeldern	3,5	100,00	30.103	-

		Fußnote	Kapital- anteil ¹ (in %)	Eigen- kapital ² (in Tsd. €)	Ergebnis ² (in Tsd. €)
112	energieNRW GmbH, Düsseldorf	5	100,00	772	397
113	EVGA Grundstücks- und Gebäudemanagement GmbH & Co. KG, Obrigheim		100,00	91.621	13.128
114	Facilma Grundbesitzmanagement und -service GmbH & Co. Besitz KG, Obrigheim		100,00	199.595	9.508
115	NaturEnergie AG, Grenzach-Whylen		100,00	13.544	2.432
116	NaturEnergie+ Deutschland GmbH, Rheinfelden (vormals EnBW Grundstücks- und Gebäudemanagement Verwaltungsgesellschaft mbH Karlsruhe, Karlsruhe)		100,00	26	0
117	Netzgesellschaft Ostwürttemberg GmbH, Ellwangen	3	100,00	135	-
118	NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH, Heilbronn	3	100,00	1.000	-
119	NWS Grundstücksmanagement GmbH & Co. KG, Obrigheim		100,00	320.933	41.611
120	NWS REG Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	3	100,00	79.963	-
121	PREdistribuce a.s., Prag/Tschechien	5	100,00	705.287	25.884
122	PREleas a.s., Prag/Tschechien	5	100,00	2.348	372
123	PREmereni a.s., Prag/Tschechien	5	100,00	2.566	979
124	Stadtwerke Düsseldorf Netz GmbH, Düsseldorf	3,5	100,00	1.000	-
125	SüdBest GmbH, Stuttgart		100,00	11.555	333
126	Watt Deutschland GmbH, Frankfurt am Main		100,00	10.316	5.421
127	Yello Strom GmbH, Köln	3	100,00	500	-
128	Yello Strom Verwaltungsgesellschaft mbH, Karlsruhe	3	100,00	600	-
129	ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG, Heilbronn		100,00	5.153	1.019
130	EnBW Ostwürttemberg DonauRies AG, Ellwangen	3	99,73	115.446	-
131	ZEAG Energie AG, Heilbronn		98,26	152.440	18.601
132	Stadtwerke Düsseldorf AG, Düsseldorf	5	54,95	372.149	62.977
133	Pražská energetika a.s., Prag/Tschechien	12	41,26	458.644	87.648
134	LENA Lonza Energie Netz AG, Visp VS./Schweiz	12	0,00	86	5
quotenkonsolidierte Unternehmen					
135	Pražská energetika Holding a.s., Prag/Tschechien	5, 13	49,00	271.034	46.054
verbundene, aber nicht einbezogene Unternehmen					
136	EBT Elektrizitätswerk Braunsbach-Tullau GmbH, Ilshofen-Obersteinach	3, 5	100,00	1.319	-
137	Elektrizitätswerk Aach eG, Tuttlingen	5	100,00	1.498	444
138	Energieversorgung Gaildorf OHG der EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH und NWS REG Beteiligungsgesellschaft mbH, Gaildorf	5	100,00	1.897	270
139	Energieversorgung Raum Friedrichshafen GmbH & Co. KG, Stuttgart	5	100,00	1.304	1.238
140	Energieversorgung Raum Friedrichshafen Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart	5	100,00	26	1
141	ZEAG Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Heilbronn	5	100,00	32	3
142	Rieger GmbH & Co. KG, Lichtenstein Kreis Reutlingen	5	74,28	269	744
143	Rieger Beteiligungs-GmbH, Lichtenstein Kreis Reutlingen	5	74,24	51	2
144	Elektrizitätswerk Weißenhorn AG, Weißenhorn	5	62,89	2.919	389
assoziierte Unternehmen					
145	Stadtwerke Hilden GmbH, Hilden	5	49,90	15.992	-2.977
146	Budapesti Elektromos Művek Nyrt. (ELMÜ), Budapest/Ungarn	5	27,25	927.675	26.264
147	Eszak-Magyarországi Áramszolgáltató Nyrt. (EMASZ), Miskolc/Ungarn	5	26,83	315.847	2.056
148	FairEnergie GmbH, Reutlingen	4, 5	24,90	90.766	-

> Anhang des EnBW-Konzerns
zum Jahresabschluss 2010

		Fußnote	Kapital- anteil ¹ (in %)	Eigen- kapital ² (in Tsd. €)	Ergebnis ² (in Tsd. €)
149	Stadtwerke Karlsruhe GmbH, Karlsruhe	4, 5	20,00	165.710	-
Beteiligungen					
150	Netzgesellschaft Sontheim GmbH & Co. KG, Sontheim an der Brenz (vormals Netzgesellschaft Sontheim GmbH & Co. KG, Ellwangen Jagst)	9	74,90	-	-
151	Netzgesellschaft Sontheim Verwaltungsgesellschaft mbH, Sontheim an der Brenz (vormals Netzgesellschaft Sontheim Verwaltungsgesellschaft mbH, Ellwangen Jagst)	9	74,90	-	-
152	Netzgesellschaft Steinheim GmbH & Co. KG, Steinheim am Albuch (vormals Netzgesellschaft Steinheim GmbH & Co. KG, Ellwangen Jagst)	5	74,90	93	-7
153	Netzgesellschaft Steinheim Verwaltungsgesellschaft mbH, Steinheim am Albuch (vormals Netzgesellschaft Steinheim Verwaltungsgesellschaft mbH, Ellwangen Jagst)	9	74,90	-	-
154	Stromnetz Herrenberg Verwaltungsgesellschaft mbH, Herrenberg	9	74,90	-	-
155	Stromnetzgesellschaft Herrenberg mbH & Co. KG, Herrenberg		74,90	2.694	0
156	Stadtwerke Sinsheim Versorgungs GmbH & Co. KG, Sinsheim	5	60,00	12.118	1.305
157	Stadtwerke Sinsheim Verwaltungs GmbH, Sinsheim	9	60,00	-	-
158	CESOC AG, Laufenburg/Schweiz	5	50,00	118	50
159	e.wa riss GmbH & Co. KG, Biberach	5	50,00	14.767	2.715
160	e.wa riss Verwaltungsgesellschaft mbH, Biberach	5	50,00	60	2
161	Energieversorgung Südbaar GmbH, Blumberg	5	50,00	4.062	643
162	Stadtwerke Schramberg GmbH & Co. KG, Schramberg	5	50,00	10.550	1.592
163	Stadtwerke Schramberg Verwaltungsgesellschaft mbH, Schramberg	9	50,00	-	-
164	Einhorn Energie Verwaltungsgesellschaft mbH, Giengen an der Brenz	9	49,90	-	-
165	MEGA Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung GmbH, Monheim	4, 5	49,90	7.314	-
166	Stadtwerke Emmendingen GmbH, Emmendingen	5	49,90	16.877	844
167	Stromnetz Blaubeuren GmbH, Blaubeuren	5	49,90	550	0
168	Stadtwerke Bad Wildbad GmbH & Co. KG, Bad Wildbad	5	49,00	6.338	402
169	Stadtwerke Bad Wildbad Verwaltungs-GmbH, Bad Wildbad	9	49,00	-	-
170	Energie Calw GmbH, Calw	4, 5	48,82	10.161	-
171	Stadtwerke Münsingen GmbH, Münsingen		45,00	200	0
172	Stadtwerke Weinheim GmbH, Weinheim	5	39,32	26.704	2.430
173	Energieversorgung Rottenburg am Neckar GmbH, Rottenburg am Neckar	4, 5	38,00	7.160	-
174	Lernende EnergieEffizienz-Netzwerke GmbH, Karlsruhe	9	37,50	-	-
175	EDB Energie Dienste Bürchen AG, Bürchen/Schweiz	5	35,00	373	31
176	ENAG Energiedienste Niedergesteln AG, Niedergesteln/Schweiz	5	35,00	537	23
177	EVG Grächen AG, Grächen/Schweiz	5	35,00	3.462	73
178	EVN Energieversorgung Nikolai AG, St. Niklaus/Schweiz	5, 8	35,00	1.704	76
179	EVR Energieversorgung Raron AG, Raron/Schweiz	5	35,00	539	49
180	EWR Energiedienste Visp-Westlich Raron AG, Visp/Schweiz	5	35,00	860	106
181	Valgrid SA, Sion/Schweiz	5	35,00	14.092	563
182	VED Visp Energie Dienste AG, Visp/Schweiz	5	35,00	888	81
183	Elektrizitätswerk Mittelbaden AG & Co. KG, Lahr	5	34,74	38.986	11.196
184	Elektrizitätswerk Mittelbaden Verwaltungsaktiengesellschaft, Lahr	5	34,74	118	-2

		Fußnote	Kapital- anteil ¹ (in %)	Eigen- kapital ² (in Tsd. €)	Ergebnis ² (in Tsd. €)
185	eneREGIO GmbH, Muggensturm	5	32,00	5.064	226
186	Stadtwerke Bad Herrenalb GmbH, Bad Herrenalb	5	30,00	10.109	-1.019
187	Energie- und Wasserversorgung Bruchsal GmbH, Bruchsal	4,5	27,41	21.993	-
188	Stadtwerke Bad Säckingen GmbH, Bad Säckingen	4,5	26,30	8.673	-
189	ENRW Verwaltungs-GmbH, Rottweil	9	25,20	-	-
190	Stadtwerke Freudenstadt Verwaltungsgesellschaft mbH, Freudenstadt	9	25,20	-	-
191	Albwerk GmbH & Co. KG, Geislingen/Steige	5	25,10	14.994	4.634
192	Albwerk Verwaltungsgesellschaft mbH, Geislingen/Steige	5	25,10	55	3
193	ENRW Energieversorgung Rottweil GmbH & Co. KG, Rottweil	5	25,10	13.737	2.733
194	Stadtwerke Freudenstadt GmbH & Co. KG, Freudenstadt	5	25,10	6.191	2.457
195	Stadtwerke Oberkochen GmbH, Oberkochen	5	25,10	3.828	119
196	Stadtwerke Schwäbisch Gmünd GmbH, Schwäbisch Gmünd	5	25,10	22.701	3.872
197	Stadtwerke Sindelfingen GmbH, Sindelfingen	5	25,10	24.491	4.015
198	Stadtwerke Stockach GmbH, Stockach	5	25,10	8.668	-738
199	Stadtwerke Nürtingen GmbH, Nürtingen	5	25,00	29.338	1.002
200	Stromversorgung Sulz am Neckar GmbH, Sulz am Neckar	5	24,90	2.536	304
201	Energieversorgung Oberes Wiesental GmbH, Todtnau	5	24,00	3.952	390
202	EDSR Energiedienste Staldenried AG, Staldenried/Schweiz		20,00	173	0
Geschäftsfeld Gas					
vollkonsolidierte Unternehmen					
203	EnBW Etzel Speicher GmbH, Karlsruhe	3	100,00	707	-
204	EnBW Gas GmbH, Stuttgart	3	100,00	134.813	-
205	EnBW Gas Midstream GmbH, Stuttgart	3	100,00	35.331	-
206	EnBW Gasnetz GmbH, Stuttgart	3	100,00	111	-
207	Erdgas Südwest Netz GmbH, Karlsruhe	3	100,00	25	-
208	Erdgas-Beteiligungsgesellschaft Süd mbH, Stuttgart		100,00	15.500	22
209	Gasversorgung Süddeutschland GmbH, Stuttgart	3,11	100,00	76.694	-
210	GVS Netz GmbH, Stuttgart	3	100,00	1.000	-
211	Erdgas Südwest GmbH, Karlsruhe		79,00	37.183	5.357
212	EnBW Eni Verwaltungsgesellschaft mbH, Karlsruhe	12	50,00	631.205	6.727
quotenkonsolidierte Unternehmen					
213	Friedeburger Speicherbetriebs- gesellschaft mbH „Crystal“, Friedeburg	13	50,00	104.986	-2.824
verbundene, aber nicht einbezogene Unternehmen					
214	Gasversorgung Unterland GmbH, Heilbronn	5	100,00	3.858	726
215	Thermogas Gas- und Gerätevertriebs-GmbH, Stuttgart	3,5	100,00	259	-
assoziierte Unternehmen					
216	Stadtwerke Esslingen am Neckar GmbH & Co. KG, Esslingen am Neckar	5	49,98	55.062	2.362
217	Heilbronner Versorgungs GmbH, Heilbronn	4,5	25,10	36.375	-
Beteiligungen					
218	Gasversorgung Dornstadt GmbH, Dornstadt	5	50,00	1.031	-37
219	Gasversorgung Sachsenheim GmbH, Sachsenheim	3,5	50,00	1.300	-
220	Stadtwerke Esslingen-Verwaltungsgesellschaft mbH, Esslingen am Neckar	9	49,80	-	-
221	Gasversorgung Pforzheim Land GmbH, Pforzheim	5	49,00	15.392	1.718

> Anhang des EnBW-Konzerns
zum Jahresabschluss 2010

		Fußnote	Kapital- anteil ¹ (in %)	Eigen- kapital ² (in Tsd. €)	Ergebnis ² (in Tsd. €)
222	Stadtwerke Backnang GmbH, Backnang	5	49,00	22.903	1.612
223	Erdgas-Transport-Management GmbH, Stuttgart	9	33,30	-	-
224	Stadtwerke Ellwangen GmbH, Ellwangen	3,5	25,10	7.302	-
225	Stadtwerke Giengen GmbH, Giengen	5	25,10	9.820	699
226	Technische Werke Schussental GmbH & Co. KG, Ravensburg	5	25,10	24.456	6.701
227	Technische Werke Schussental Verwaltungs- gesellschaft mbH, Ravensburg	9	25,10	-	-
228	KEA-Beteiligungs-GbR „Energie“, Karlsruhe	5	20,80	260	0

Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen vollkonsolidierte Unternehmen

229	AWISTA Logistik GmbH, Düsseldorf	6	100,00	1.556	-1.869
230	ED Immobilien GmbH & Co. KG, Rheinfelden		100,00	1.790	-10
231	ED Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Rheinfelden		100,00	29	3
232	EnBW Akademie Gesellschaft für Personal- und Managemententwicklung mbH, Stuttgart	3	100,00	100	-
233	EnBW Biomasse GmbH, Karlsruhe		100,00	-12.195	-1.735
234	EnBW City GmbH & Co. KG, Stuttgart		100,00	8.885	8.754
235	EnBW Energy Solutions GmbH, Stuttgart	3	100,00	48.998	-
236	EnBW EnergyWatchers GmbH, Stuttgart	3	100,00	250	-
237	EnBW Grundstücksverwaltung Rheinhafen GmbH, Karlsruhe		100,00	1.495	4
238	EnBW Immobilienbeteiligungen GmbH, Stuttgart (vormals EnBW Beteiligungen AG, Kornwestheim)		100,00	390.848	4.418
239	EnBW Ingenieure GmbH, Stuttgart	3	100,00	2.556	-
240	EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH, Stuttgart	3	100,00	995.226	-
241	EnBW Operations GmbH, Stuttgart (vormals EnBW Omega Achtzehnte Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart)	3	100,00	10.200	-
242	EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH, Karlsruhe	3	100,00	16.737	-
243	EnBW Technische Dienste und kaufmännische Leistungen GmbH, Karlsruhe	3	100,00	1.500	-
244	Energiedienst Support GmbH, Rheinfelden		100,00	99	-1
245	ESG Operations GmbH, Wismar		100,00	114	6
246	MSE Mobile Schlammentwässerungs GmbH, Karlsbad-Ittersbach	3	100,00	1.171	-
247	OSD SCHÄFER GmbH, Karlsruhe	3	100,00	26	-
248	PROPOWER GmbH, Eisenhüttenstadt	3	100,00	12	-
249	SBZ Beteiligungen GmbH, Kornwestheim		100,00	-22	-4
250	TAE Thermische Abfallentsorgung Ansbach GmbH, Ansbach		100,00	32.840	-406
251	Teweratio GmbH, Stuttgart	3	100,00	26	-
252	T-plus GmbH, Karlsruhe	3	100,00	18.162	-
253	U-plus Umweltservice AG, Karlsruhe	3	100,00	165.690	2.049
254	Watt Synergia GmbH, Stuttgart	3	100,00	250	-
255	MURVA Grundstücks-Verwaltungs- gesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	5	95,00	-4.055	-5
256	AWISTA Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung mbH, Düsseldorf	5	51,00	39.818	9.291
257	EnBW Versicherungsvermittlung GmbH, Stuttgart		51,00	3.598	3.547
258	EnBW Klenk Holzenergie GmbH, Oberrot	12	50,00	28.049	1.820

		Fußnote	Kapital- anteil ¹ (in %)	Eigen- kapital ² (in Tsd. €)	Ergebnis ² (in Tsd. €)
quotenkonsolidierte Unternehmen					
259	Energiedienstleistungen Rhein-Neckar GmbH, Ludwigshafen	13	50,00	883	168
260	Energie- und Medienversorgung Sandhofer Straße GmbH & Co. KG, Mannheim	13	49,91	3.500	1.366
verbundene, aber nicht einbezogene Unternehmen					
261	EnBW Senergi Immobilien GmbH, Karlsruhe	5	100,00	79	2
262	KIC InnoEnergy S.E., Eindhoven/Niederlande		100,00	244	0
263	NeckarCom Telekommunikation GmbH, Stuttgart	3,5	100,00	511	-
264	ODR Technologie Services GmbH, Ellwangen	3,5	100,00	1.249	-
265	RBS wave GmbH, Stuttgart	3,5	100,00	503	-
266	SSG Verwaltungsgesellschaft mbH, Kornwestheim		100,00	0	0
267	Zentraldeponie Hubbelrath GmbH, Düsseldorf	5	76,00	18.474	2.143
assoziierte Unternehmen					
268	Zweckverband Landeswasserversorgung, Stuttgart	5	27,17	108.070	-158
269	Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung, Stuttgart	5	22,23	145.037	1.000
Beteiligungen					
270	GRADUS Investitionsgüter-Vermietungs- gesellschaft mbH & Co. Objekt Badenwerk KG, Karlsruhe	9	100,00	-	-
271	KOGO Grundstücks-Verwaltungs- gesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	5	95,00	-916	137
272	Energie- und Medienversorgung Sandhofer Straße Verwaltungs GmbH, Mannheim	9	50,00	-	-
273	Fränkische Wasser Service GmbH, Crailsheim	9	50,00	-	-
274	Industriekraftwerke Oberschwaben beschränkt haftende OHG, Biberach an der Riß	5	50,00	9.307	5.655
275	KDM Kompostierungs- und Vermarktungsgesellschaft für Stadt Düsseldorf/Kreis Mettmann mbH, Ratingen	5	50,00	1.836	534
276	Niederrheinisch-Bergisches Gemeinschafts- wasserwerk GmbH, Düsseldorf	5	50,00	2.133	95
277	Ostalbwasser Ost GmbH, Ellwangen	9	50,00	-	-
278	Ostalbwasser Service GmbH, Aalen	5	50,00	80	5
279	Ostalbwasser West GmbH, Schwäbisch Gmünd	9	50,00	-	-
280	Powerment GmbH, Stuttgart		50,00	1.000	0
281	regioaqua Gesellschaft für Wasser und Abwasser mbH, Rheinfelden	5	50,00	82	9
282	Wasserübernahme Neuss-Wahlscheid GmbH, Neuss	5	50,00	251	13
283	MOWA Mobile Waschanlagen GmbH, Neunkirchen-Seelscheid	5	49,00	393	283
284	REMONDIS Rhein-Wupper GmbH & Co. KG, Düsseldorf	5	49,00	7.598	2.485
285	REMONDIS Rhein-Wupper Verwaltungs GmbH, Düsseldorf	9	49,00	-	-
286	regiodata GmbH, Lörrach	5	35,00	627	83
287	Contiplan AG, Vaduz/Liechtenstein	9	25,10	-	-
288	EFR Europäische Funk-Rundsteuerung GmbH, München	5	25,10	2.773	1.223
289	Rheticus AG, Vaduz/Liechtenstein	9	25,10	-	-
290	Wave GmbH i. L., Stuttgart	9	25,00	-	-

		Fußnote	Kapital- anteil ¹ (in %)	Eigen- kapital ² (in Tsd. €)	Ergebnis ² (in Tsd. €)
Finanz- und andere Beteiligungen					
vollkonsolidierte Unternehmen					
291	EnBW Benelux B.V., Amersfoort/Niederlande	6	100,00	388	-22
292	EnBW International Finance B.V., Amersfoort/Niederlande		100,00	100	26.856
293	Neckarwerke Stuttgart GmbH, Stuttgart	3	100,00	1.065.014	22.513
294	Salamander Marken GmbH & Co. KG, Kornwestheim		100,00	8.267	19
295	symbiotic services GmbH, Karlsruhe		100,00	23	0
296	TWS Beteiligungsgesellschaft mbH, Karlsruhe		100,00	670.996	-2.417
297	TWS Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart		100,00	435.273	158
298	EnSüdWest Energiebeteiligungen AG & Co. KG, Karlsruhe		94,95	351.292	11.659
verbundene, aber nicht einbezogene Unternehmen					
299	EBAG Omega Dritte Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart	5	100,00	23	-2
300	EBAG Omega Erste Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart	5	100,00	23	-2
301	EnBW CZ spol. s.r.o., Prag/Tschechien	5	100,00	473	213
302	EnBW Omega Achtundzwanzigste Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart		100,00	25	0
303	EnBW Omega Dreiundzwanzigste Verwaltungsgesellschaft mbH, Karlsruhe	5	100,00	25	0
304	EnBW Omega Elfte Verwaltungsgesellschaft mbH, Karlsruhe	5	100,00	55	-1
305	EnBW Omega Fünfundzwanzigste Verwaltungsgesellschaft mbH, Karlsruhe	5	100,00	25	0
306	EnBW Omega Sechszwanzigste Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart	5	100,00	25	0
307	EnBW Omega Siebenundzwanzigste Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart		100,00	25	0
308	EnBW Omega Siebzehnte Verwaltungsgesellschaft mbH, Karlsruhe	3,5	100,00	25	-
309	EnBW Omega Vierundzwanzigste Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart	5	100,00	25	0
310	EnBW Omega Vierzehnte Verwaltungsgesellschaft mbH, Karlsruhe	3,5	100,00	25	-
311	EnBW Real Estate GmbH, Obrigheim	5	100,00	45	9
312	KMS Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart	5	100,00	30	3
313	EBAG Omega Vierte Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart	3,5	49,90	25	-
314	EBAG Omega Zweite Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart	3,5	49,90	25	-
assoziierte Unternehmen					
315	EVN AG, Maria Enzersdorf/Österreich	8	32,47	1.516.893	157.135
316	EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg	5	26,00	2.270.200	100.000

		Fußnote	Kapital- anteil ¹ (in %)	Eigen- kapital ² (in Tsd. €)	Ergebnis ² (in Tsd. €)
Beteiligungen					
317	Wp Global Germany Private Equity L.P., Wilmington, Delaware/USA	⁹	100,00	-	-
318	Impulse L.P., St. Helier, Edinburgh/UK	⁹	99,87	-	-
319	Continuum Capital Limited Partnership, St Peter Port, Edinburgh/UK	⁹	98,00	-	-
320	Sirius EcoTech Fonds Düsseldorf GmbH & Co. KG., Düsseldorf	⁹	78,15	-	-
321	RWE-EnBW Magyaroság Kft., Budapest/Ungarn	⁵	30,00	995	59
322	E & G Bridge Equity Fonds GmbH & Co. KG, München	^{5, 8, 9}	29,97	97.939	-
323	EDF Polska Spółka z ograniczoną odpowiedzialnością, Warschau/Polen	⁵	25,00	5.409	-5.059
Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften > 5%					
325	Zespół Elektrociepłowni Wrocławskich Kogeneracja S.A. (ZEC), Breslau/Polen	⁵	15,59	205.769	23.900
326	MVW Energie AG, Mannheim	⁸	15,05	893.710	93.270

¹ Anteile des jeweiligen Mutterunternehmens berechnet nach § 313 Abs. 2 HGB (Stand: 31. Dezember 2010).

² Bei Einzelgesellschaften entstammen die Angaben den nach landesspezifischen Vorschriften aufgestellten Abschlüssen und zeigen nicht den Beitrag der Gesellschaften zum Konzernabschluss. Bei Abschlüssen in ausländischer Währung erfolgt die Umrechnung für das Eigenkapital mit den Mittelkursen am Bilanzstichtag, für das Ergebnis mit den Jahresdurchschnittskursen.

³ Ergebnisabführungs- bzw. Beherrschungsvertrag bzw. Verlustübernahmeerklärung.

⁴ Ergebnisabführungsvertrag zu Dritten.

⁵ Vorjahreswerte.

⁶ Vorläufige Werte.

⁷ 49,0% Stimmrechte.

⁸ Abweichendes Geschäftsjahr.

⁹ Ausnahmeregelung § 313 Abs. 2 Nr. 4 Satz 3 bzw. Satz 4 HGB.

¹⁰ Gehalten über die EnBW Borusan. Anteil am Kapital der Obergesellschaft, analog zur Darstellungsweise bei vollkonsolidierten Unternehmen.

¹¹ Gehalten über die EnBW Eni Verwaltungsgesellschaft mbH, Karlsruhe (EnBW Anteilsbesitz: 50%), die aufgrund einer Casting-Vote-Regelung vollkonsolidiert wird.

¹² Beherrschung aufgrund vertraglicher Regelung.

¹³ Gemeinschaftliche Führung.

¹⁴ Vor Berücksichtigung eigener Aktien der Gesellschaft.

¹⁵ Mehrheit der Stimmrechte.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Der Aufsichtsrat der EnBW Energie Baden-Württemberg AG hat am 17. Januar 2011 Thomas Kusterer mit Wirkung ab dem 1. April 2011 für die Dauer von drei Jahren zum neuen Vorstand für Finanzen (CFO) der EnBW bestellt.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Annahmen und Prognosen der Unternehmensleitung der EnBW beruhen. Solche Aussagen sind Risiken und Ungewissheiten unterworfen. Diese und andere Faktoren können dazu führen, dass die tatsächlichen Ergebnisse, die Finanzlage, die Entwicklung oder die Performance der Gesellschaft wesentlich von den hier gegebenen Einschätzungen abweichen. Die EnBW übernimmt keinerlei Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben und an künftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.

Karlsruhe, den 4. Februar 2011

EnBW Energie Baden-Württemberg AG



Villis



Dr. Beck



Buchel

Bestätigungsvermerk

Wir haben den von der EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtperiodenerfolgsrechnung, Bilanz, Cashflow-Rechnung, Eigenkapitalpiegel und Anhang – sowie ihren Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Mannheim, 8. Februar 2011

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Walter

Pfaff

Wirtschaftsprüfer

Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter


Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht, der mit dem Lagebericht der Gesellschaft zusammengefasst wurde, der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Karlsruhe, 4. Februar 2011

EnBW Energie Baden-Württemberg AG



Villis



Dr. Beck



Buchel





WERTSCHÖPFUNGSVIELFALT

Die EnBW investiert in Erhalt, Modernisierung und Ausbau der Netze, denn sie sind integraler Teil unseres Geschäfts.

Ein ausgewogenes Geschäftsportfolio und ein profitables und nachhaltiges Wachstum sind die Ziele der EnBW.

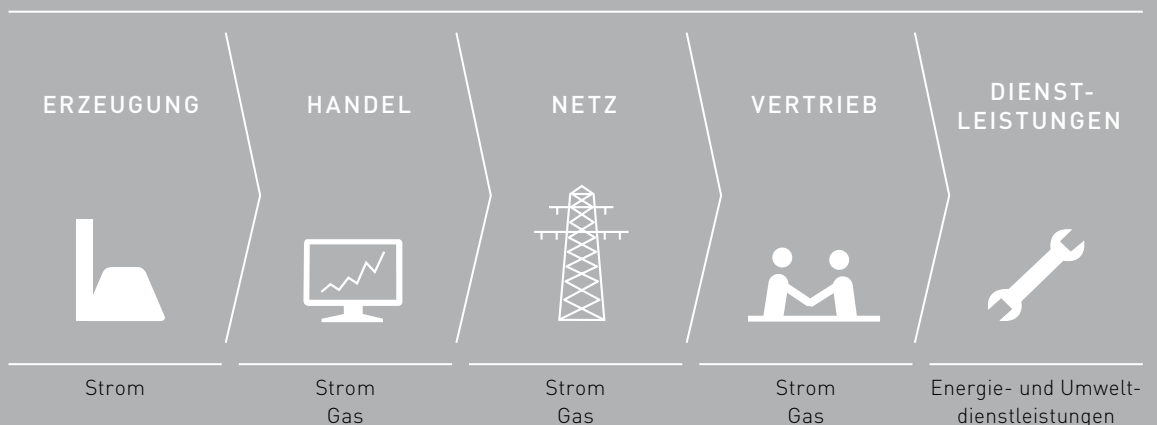
Das Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel umfasst die Wertschöpfungsstufen Erzeugung sowie Handel und Beschaffung. Das Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb besteht aus den Wertschöpfungsstufen Transport, Verteilung und Vertrieb. Im Geschäftsfeld Gas sind wir entlang der Wertschöpfungskette in den Bereichen Mid- und Downstream tätig. In der Erzeugung setzen wir auf einen breiten und ausgewogenen Energiemix. Neben einer zuverlässigen Energieversorgung bieten wir unseren Kunden innovative Produkte und Dienstleistungen.

Wir betreiben in Baden-Württemberg eigene Stromnetze und gehören zu den vier Übertragungsnetzbetreibern in Deutschland. Deshalb sorgen wir für den sicheren Betrieb, den Ausbau und die Instandhaltung der Netze sowie für das Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch. Die Netznutzer zahlen ein von der Bundesnetzagentur festgelegtes Netzentgelt. Die von uns und unseren Tochterunternehmen betriebenen Übertragungs- und Verteilnetze haben insgesamt eine Länge von rund 153.000 Kilometern.

Ein wichtiges Geschäftsfeld der EnBW ist auch der Stromhandel, über den wir einen Teil unserer Strombereitstellung decken.

Für zukunftsorientierte Industriepartner und Kommunen sind unsere Contracting-Dienstleistungen in der Energie- und Medienversorgung besonders interessant. Auch hier decken wir die gesamte Wertschöpfungskette ab. Sie reicht von der ersten Bedarfsanalyse über Planung, Finanzierung, Realisation bis hin zur Betriebsführung, Wartung und Instandhaltung der Anlagen beim Kunden.

DIE ENBW-WERTSCHÖPFUNGSKETTE





Dr. Thomas Gößmann, Vorstand Technik der EnBW Regional AG

„Mit der Liberalisierung des Strommarkts ist die Steuerung der Netze sehr viel komplexer geworden. Die Netze der EnBW sind besonders effizient. Im Kompetenzzentrum ‚Smart Grid‘ realisieren wir das intelligente Stromnetz.“

Corporate Governance

Erklärung zur Unternehmensführung einschließlich Corporate-Governance-Bericht

233 Vorstand und Aufsichtsrat

235 Compliance

236 Vergütungsbericht

242 Transparenz

242 Rechnungslegung und Abschlussprüfung

243 Entsprechenserklärung

243 Stellungnahme zu den Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

244 Der Aufsichtsrat

246 Mandate der Vorstandsmitglieder

248 Zusätzliche Mandate der Aufsichtsratsmitglieder

Erklärung zur Unternehmensführung einschließlich Corporate-Governance-Bericht

Gute Corporate Governance ist bei der EnBW ein wichtiger Bestandteil der Unternehmenskultur. Wir sind davon überzeugt, dass eine verantwortungsvolle und transparente Unternehmensführung das Vertrauen von Anlegern, Kunden, Mitarbeitern und der Öffentlichkeit in das Unternehmen stärkt und zu einer nachhaltigen Wertschöpfung führt. Der Vorstand und der Aufsichtsrat der EnBW sorgen im Einklang mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft für den Bestand des Unternehmens und seine nachhaltige Wertschöpfung. Die EnBW entspricht daher auch nach der Änderung des Deutschen Corporate Governance Kodex vom 26. Mai 2010 sämtlichen seiner Empfehlungen.

Wie in den vergangenen Jahren überwachte Dr. Bernhard Beck als Corporate-Governance-Verantwortlicher auf Vorstandsebene die Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex bei der EnBW und berichtete im Vorstand und Aufsichtsrat ausführlich über die aktuellen Corporate-Governance-Themen. Beide Gremien nahmen seinen Bericht zur Kenntnis und verabschiedeten daraufhin eine uneingeschränkte Entsprechenserklärung, die am Ende dieses Berichts vollständig abgedruckt ist.

Vorstand und Aufsichtsrat

Bei der EnBW ist es Teil des Selbstverständnisses von Vorstand und Aufsichtsrat, zum Wohl des Unternehmens eng und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

Dem derzeit aus drei Personen bestehenden Vorstand obliegt die gemeinschaftliche Unternehmensleitung in eigener Verantwortung. Nähere Informationen zu den Mitgliedern des Vorstands und der Ressortverteilung im Vorstand können den Angaben auf den Seiten 14 und 15 des Geschäftsberichts sowie dem Abschnitt „Leitung und Kontrolle“ im Lagebericht auf den Seiten 41 und 42 des Geschäftsberichts entnommen werden. Bei der Zusammensetzung des Vorstands achtet der Aufsichtsrat auf Vielfalt (Diversity). Bei der Neubestellung von Vorstandsmitgliedern wird insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen angestrebt. Hierzu wird auf eine entsprechende Zusammensetzung des Auswahlfelds geachtet.

Den EnBW-Konzern und seine Beteiligungen strategisch zu führen ist Aufgabe des Vorstands. Wesentliche Aspekte der Zusammenarbeit im Vorstand sind in einer Geschäftsordnung festgelegt. Diese regelt den regelmäßig wöchentlichen Turnus der vom Vorstandsvorsitzenden geleiteten Vorstandssitzungen und bestimmt, dass alle bedeutsamen Fragen der Konzernführung und ressortübergreifenden Angelegenheiten darin behandelt werden. Weiterhin regelt die Geschäftsordnung die Beschlussfassung im Vorstand nach dem Mehrheitsprinzip, wobei die Stimme des Vorstandsvorsitzenden gemäß § 7 Abs. 2 der Satzung bei Stimmgleichheit den Ausschlag gibt.

Für Vorstandsmitglieder besteht bei der EnBW eine Altersgrenze von 63 Jahren. Vorstandsmitglieder der EnBW nahmen nicht mehr als drei Aufsichtsratsmandate bei konzernexternen börsennotierten Gesellschaften oder in Aufsichtsgremien mit vergleichbaren Anforderungen wahr. Damit wird bei der EnBW sowohl die bisherige als auch die neu gefasste entsprechende Empfehlung des Kodex beachtet. Im Geschäftsjahr 2010 gab es bei den Mitgliedern des Vorstands wieder keine Interessenkonflikte.

Der Vorstand achtet bei der Besetzung von Führungspositionen im EnBW-Konzern auf Vielfalt und insbesondere auch auf eine angemessene Berücksichtigung von Frauen. Vielfalt heißt für die EnBW, unterschiedliche Lebenswelten und -phasen unserer Führungskräfte zu beachten und als Bereicherung zu fördern. Die Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen ist in den strategischen Personalzielen des Konzerns verankert. Um sukzessive den Anteil von Frauen auf allen Führungsebenen zu steigern, wird darauf geachtet, dass im Auswahlverfahren von Führungskräften geeignete Kandidatinnen berücksichtigt werden. Weitere Maßnahmen zur Umsetzung dieses Ziels sind die gezielte Förderung und Unterstützung von Frauen, zum Beispiel durch die Etablierung eines Frauennetzwerks. Es umfasst neben regelmäßigen Treffen den internen Erfahrungsaustausch sowie Fachveranstaltungen. Im Rahmen dieses Frauennetzwerks startet ein Mentoringprogramm

für Frauen, die eine Führungslaufbahn anstreben, sowie der Beitritt zum Femtec-Netzwerk, einem bundesweit einzigartigen Kooperationsverbund aus führenden technischen Universitäten, international agierenden Spitzenunternehmen und der Femtec (Hochschulkarrierezentrum für Frauen Berlin GmbH). Durch die Förderung von MINT-Studentinnen (Fachrichtung Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften oder Technik) möchte die EnBW frühzeitig weibliche potenzielle Nachwuchsführungskräfte für sich gewinnen.

Der Aufsichtsrat besteht aus 20 Mitgliedern und setzt sich je zur Hälfte aus von den Aktionären und den Arbeitnehmern gewählten Vertretern zusammen. Nähere Informationen zum Aufsichtsrat und zu seinen Mitgliedern können den Angaben auf Seite 236 des Geschäftsberichts sowie dem Abschnitt „Leitung und Kontrolle“ im Lagebericht auf Seite 42 des Geschäftsberichts entnommen werden.

Nach der dualen Führungs- und Kontrollstruktur des deutschen Aktienrechts ist es wesentliche Aufgabe des Aufsichtsrats, den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens fortlaufend zu beraten und zu überwachen. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben grundsätzlich die gleichen Rechte und Pflichten und sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Auch der Aufsichtsrat hat wesentliche Aspekte der Zusammenarbeit im Gremium in einer Geschäftsordnung festgelegt. Danach wird der Aufsichtsrat insbesondere nach Bedarf zu Sitzungen einberufen, die vom Vorsitzenden geleitet werden. Die Mitglieder des Vorstands nehmen grundsätzlich – soweit der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder des Ausschusses nichts anderes bestimmt – an den Sitzungen teil. Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend entsprechend den Regelungen der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats insbesondere über die in § 90 AktG aufgeführten Gegenstände, alle wesentlichen Finanzkennzahlen und Risiken der Gesellschaft und des Konzerns und über deren Entwicklung, das Risikomanagement, das Interne Kontrollsystem, die Compliance sowie aus sonstigen wichtigen Anlässen. Die Berichte werden in der Regel in Textform erstattet. Darüber hinaus erstattet der Vorstand in den Sitzungen des Aufsichtsrats mündliche Berichte. In der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats sind Geschäfte und Maßnahmen des Vorstands bestimmt, die nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vorgenommen werden dürfen. Neben der Festlegung der jährlichen Unternehmensplanung enthält der auf den Konzern bezogene Katalog insbesondere verschiedene Geschäfte des laufenden Betriebs wie Investitionen, Finanzgeschäfte und wichtige operative Verträge sowie außerordentliche Aktivitäten wie Beteiligungstransaktionen, die ab jeweils festgelegten Wertgrenzen der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats regelt ferner die Beschlussfassung im Aufsichtsrat nach dem Mehrheitsprinzip, wobei die Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden gemäß § 12 Abs. 4 der Satzung bei Stimmgleichheit den Ausschlag gibt. Auf Anordnung des Aufsichtsratsvorsitzenden können Beschlüsse auch außerhalb von Sitzungen gefasst werden, sofern dem nicht eine Mehrheit der Aufsichtsratsmitglieder widerspricht. Über die Schwerpunkte seiner Tätigkeit und den Inhalt der Beratungen im Geschäftsjahr 2010 informiert der Aufsichtsrat ausführlich in seinem Bericht an die Hauptversammlung auf den Seiten 8 bis 13 des Geschäftsberichts.

Zur Steigerung der Effizienz seiner Arbeit und zur Behandlung komplexer Sachverhalte hat der Aufsichtsrat fachlich qualifizierte Ausschüsse gebildet. Eingerichtet sind ein Personalausschuss, ein Finanz- und Investitionsausschuss, ein Nominierungsausschuss, ein Prüfungsausschuss, ein Ad-hoc-Ausschuss und der nach § 27 Abs. 3 MitbestG zu bildende Vermittlungsausschuss. Die Ausschüsse des Aufsichtsrats und ihre Zusammensetzung sind auf Seite 237 des Geschäftsberichts dargestellt. Der Vorsitzende eines Ausschusses oder ein beauftragtes Mitglied berichten in den Sitzungen des Plenums des Aufsichtsrats über die Beschlüsse, Empfehlungen und Ergebnisse des jeweiligen Ausschusses. Die Ausschüsse des Aufsichtsrats haben keine eigenen Geschäftsordnungen; für sie gelten nach der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats die darin enthaltenen Verfahrensregelungen entsprechend.

Vorsitzender des Prüfungsausschusses war bis zum 9. Dezember 2010 Dr. Daniel Camus, der als langjähriger Finanzvorstand der Electricité de France (EDF) und ausgewiesener Finanzexperte über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren verfügt. Seit dem 4. Februar 2011 ist Thomas Piquemal Vorsitzender des Prüfungsausschusses, der als amtierender Finanzvorstand der Electricité de France (EDF) sowie als früherer Finanzvorstand der Veolia Environnement S.A. ebenfalls über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren verfügt. Sowohl Dr. Daniel Camus als auch Thomas Piquemal sind unabhängig und keine ehemaligen Vorstandsmitglieder der EnBW. Damit beachtet die EnBW die relevante Anregung des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Der Aufsichtsrat hat sich auch im Berichtsjahr mit den im Aktiengesetz und im Deutschen Corporate Governance Kodex niedergelegten Unabhängigkeitskriterien beschäftigt. Er ist zu der Einschätzung gelangt, dass diese nach

wie vor erfüllt werden. Zwischen Mitgliedern des Aufsichtsrats und der Gesellschaft existierten im Berichtsjahr zudem keine Berater- oder sonstigen Dienstleistungs- beziehungsweise Werkverträge.

Der Aufsichtsrat achtet bei seinen Vorschlägen an die Hauptversammlung zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern darauf, dass Bewerber zum Zeitpunkt der Wahl in der Regel nicht älter als 70 Jahre sind. Dem Aufsichtsrat der EnBW gehören – mit Ausnahme von Pierre Lederer – keine ehemaligen Vorstandsmitglieder an. Die Bestellung von Pierre Lederer zum Mitglied des Aufsichtsrats erfolgte auf Vorschlag der Aktionärin E.D.F. INTERNATIONAL SA, die 45,01 % der Stimmrechte an der EnBW hält. Demnach war keine aktienrechtliche Karenzzeit zu beachten.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden bei den für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen durch die Gesellschaft angemessen unterstützt. So werden sie beispielsweise regelmäßig über aktuelle Rechtsentwicklungen und bei Bedarf über weitere für ihre Aufsichtsratsarbeit relevante Themen durch die EnBW informiert. Ferner erhalten neu eintretende Mitglieder von der Gesellschaft Unterlagen über alle wichtigen, die Arbeit des Aufsichtsrats betreffenden Regelungen sowie alle wesentlichen Informationen über die Gesellschaft und den EnBW-Konzern.

Die Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen sowie freiwillig aufgestellten Grundsätzen und konzerninternen Richtlinien (Compliance) bestimmt unser Handeln und trägt einen wichtigen Teil zum Erfolg des Unternehmens bei. Der Vorstand hat im vergangenen Jahr fortlaufend über Compliance-Themen beraten und diese mit dem Aufsichtsrat beziehungsweise dem Prüfungsausschuss eingehend erörtert. Im folgenden Abschnitt wird hierüber näher berichtet. Dort sind auch die wesentlichen relevanten Unternehmensführungspraktiken angegeben, die über die gesetzlichen Anforderungen und die Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex hinaus angewandt werden.

Weitere Informationen zur Arbeitsweise des Vorstands und des Aufsichtsrats und dessen Ausschüsse können dem Abschnitt „Leitung und Kontrolle“ im Lagebericht auf den Seiten 41 und 42 des Geschäftsberichts, dem Bericht des Aufsichtsrats auf den Seiten 8 bis 13 des Geschäftsberichts sowie den §§ 7 bis 13 und 19 der Satzung der Gesellschaft, die auf der Internetseite der EnBW (www.enbw.com) im Bereich „Investoren“ unter der Rubrik „Corporate Governance“ allgemein zugänglich ist, entnommen werden.

Die EnBW veröffentlicht im Vorfeld der Hauptversammlung die Tagesordnung und alle zu ihrer Beurteilung relevanten Berichte und Unterlagen einschließlich des aktuellen Geschäftsberichts leicht zugänglich im Internet unter www.enbw.com. Fristgerecht eingehende Gegenanträge zur Tagesordnung der Hauptversammlung werden zusammen mit einer Stellungnahme des Vorstands ebenfalls auf den Internetseiten zugänglich gemacht. Unsere Aktionäre haben auch die Möglichkeit, von der Gesellschaft benannte Stimmrechtsvertreter zu bevollmächtigen, wenn sie nicht persönlich an der Hauptversammlung teilnehmen können. Die Hauptversammlungen wurden in den vergangenen Jahren jeweils bis zum Ende der Rede des Vorstandsvorsitzenden live im Internet übertragen.

Compliance

Unter Compliance versteht man die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften und unternehmensinterner Richtlinien. Als Bestandteil einer risikopräventiven Strategie hat der Vorstand der EnBW Anfang 2009 die Aktivitäten im Bereich Compliance neu ausgerichtet und intensiviert. Der Bereich Corporate Compliance verantwortet seitdem die konzernweiten Maßnahmen, wie beispielsweise die Vermeidung von Korruption, Kartellrechtsverstößen und Vertraulichkeitsverletzungen. Zudem sind Schnittstellen zur Internen Revision, zum Internen Kontrollsystem sowie zum Risiko- und Krisenmanagement eingerichtet. Ein Verhaltenskodex, der für die Mitarbeiter Grundlage und Orientierungshilfe bei der täglichen Arbeit ist, wurde 2009 verabschiedet. Im Geschäftsjahr 2010 trat dann die konzernweite Richtlinie zum Compliance Management in Kraft. Diese regelt Aufbau und Ablauf des Compliance-Management-Systems im EnBW-Konzern und definiert die Rollen, Verantwortlichkeiten und Prozesse bei der Bearbeitung von Compliance-Themen.

Die Struktur der Compliance-Organisation im EnBW-Konzern stellt sich wie folgt dar:

- > Der Vorstand der EnBW trägt die Gesamtverantwortung für Compliance und fungiert als oberste Instanz bei Fragen und Entscheidungen.
- > Der Bereich Corporate Compliance verantwortet die methodische Weiterentwicklung des Compliance-Management-Systems. Die Leiterin berichtet direkt an den Holding-Vorstand für Personal, Recht und IT.

Aufsichtsrat und Prüfungsausschuss werden durch regelmäßige Berichte über aktuelle Compliance-Themen informiert.

- Das Compliance Committee umfasst als internes Beratungsgremium die Leiter der 16 wichtigsten Compliance-Funktionen des Konzerns – wie Recht, Revision, Umweltschutz, Arbeitssicherheit oder Datenschutz. Zu den Aufgaben gehören die Untersuchung und Bewertung von Compliance-Verstößen sowie die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen. Zudem diskutiert das Gremium neue Themen, erörtert die Implementierung einheitlicher Instrumente und standardisierter Prozesse und überwacht die Wirksamkeit des Compliance-Management-Systems.
- In den Konzerngesellschaften fungieren zwölf Compliance-Verantwortliche als dezentrale Ansprechpartner.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden die konzernweiten Trainingsmaßnahmen zur Einführung des Verhaltenskodex der EnBW weitgehend umgesetzt. Nahezu sämtliche Mitarbeiter des Topmanagements sowie der oberen und mittleren Führungsebene durchliefen 2009 und 2010 Compliance-Trainings. Präsenzveranstaltungen fanden 2010 für etwa 1.000 Mitarbeiter aus besonders sensiblen Bereichen statt. Zudem nahm ein Großteil der Belegschaft an einem E-Learning-Programm im Intranet teil.

Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht fasst die Grundsätze zusammen, die für die Festlegung der Vergütung der Vorstandsmitglieder maßgeblich sind und erläutert die Struktur und Höhe der Vorstandsvergütung sowie die Vergütung des Aufsichtsrats.

Der Vergütungsbericht berücksichtigt dabei die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex und die Vorgaben aus dem Deutschen Rechnungslegungs-Standard (DRS) 17 (geändert 2010). Darüber hinaus beinhaltet er die erforderlichen Angaben, die nach den Erfordernissen des deutschen Handelsrechts, erweitert durch das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG), Bestandteil des Anhangs nach § 314 HGB beziehungsweise des Lageberichts nach § 315 HGB sind.

Der Vergütungsbericht ist Bestandteil des Lageberichts und wird im Geschäftsbericht als Bestandteil des Corporate-Governance-Berichts abgedruckt.

Vergütung des Vorstands

Auf Vorschlag des Personalausschusses beschließt der Aufsichtsrat über das Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente und überprüft es regelmäßig. Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung sind neben der Aufgabe und der Leistung der Vorstandsmitglieder die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die nachhaltige Wertentwicklung des Unternehmens.

Die Vorstandsvergütung setzt sich aus drei wesentlichen Komponenten zusammen:

- **Erfolgsunabhängige Vergütung:** Sie umfasst eine fixe Jahresgrundvergütung, von der nur ein Teil ruhegehaltsfähig ist, sowie sonstige Bezüge und die im Rahmen des Short Term Incentive (STI) vereinbarte Mindestantieme (30 % der Jahresgrundvergütung).
- **Erfolgsbezogene Vergütung:** Als erfolgsbezogene Vergütung wird der variable Anteil des STI ausgewiesen. Die Höhe des STI hängt davon ab, inwieweit die Jahresziele erreicht wurden. Diese umfassen Finanzziele auf Konzernebene, die an den beiden Kenngrößen EBITDA und ROCE gemessen werden, sowie individuelle Ziele. Eine Gewichtung dieser Ziele erfolgte durch den Personalausschuss zu Beginn des Geschäftsjahres. Der STI beträgt höchstens 200 % der durchschnittlichen fixen Jahresgrundvergütung.
- **Komponente mit langfristiger Anreizwirkung – Long Term Incentive (LTI):** Der LTI ist von den erzielten relativen Wertsteigerungen des Konzerns abhängig. Maßgeblich ist die Steigerung des Nettoeigenkapitalwerts; dabei wird die Steigerung ermittelt, indem die jeweils gemittelten Durchschnittswerte der Nettoeigenkapitalwerte von zwei Dreijahreszeiträumen miteinander verglichen werden. Die Größenordnung des LTI liegt zwischen 0 % und 85 % für ein Vorstandsmitglied und zwischen 0 % und 100 % für den Vorstandsvorsitzenden, bezogen auf die durchschnittliche fixe Jahresgrundvergütung. Hinzu kommt noch eine Komponente, die die relative Performance des Konzerns verglichen mit einer Peer Group von Wettbewerbern auf Basis des Nettoeigenkapitalwerts misst. Hieraus kann sich eine Veränderung des LTI von ± 20 %, bezogen auf die nach dem Nettoeigenkapitalwert ermittelte LTI-Größe, ergeben.

Vergütung der Vorstandsmitglieder im Geschäftsjahr 2010 (Vorjahresangaben in Klammern):

Angaben in €	Erfolgsunabhängige Vergütung			Erfolgsbezogene Vergütung	Erfolgsunabhängige und erfolgsbezogene Vergütung	Komponente mit langfristiger Anreizwirkung (LTI) ^{1,2}	Gesamt
	Grundvergütung	Sonstige Bezüge ³	STI ²				
			Mindesttantieme				
Hans-Peter Villis, Vorsitzender	850.000 (812.500)	16.528 (21.483)	255.000 (243.750)	1.285.025 (1.134.438)	2.406.553 (2.212.171)	754.833 (935.333)	3.161.386 (3.147.504)
Dr. Bernhard Beck, LL.M.	500.000 (500.000)	48.364 (3.230)	150.000 (150.000)	750.500 (668.000)	1.448.864 (1.321.230)	425.127 (472.317)	1.873.991 (1.793.547)
Christian Buchel	445.833 (366.667)	19.014 (14.449)	133.750 (110.000)	677.279 (496.467)	1.275.876 (987.583)	354.833 (311.667)	1.630.709 (1.299.250)
Dr. Rudolf Schulten (bis 11.03.10)	88.306 (450.000)	19.778 (100.679)	129.452 (135.000)	-10.800 (609.300)	226.737 (1.294.979)	76.500 (382.500)	303.237 (1.677.479)
Dr. Hans-Josef Zimmer (bis 20.07.10)	249.194 (450.000)	21.639 (14.825)	74.758 (135.000)	376.967 (601.875)	722.558 (1.201.700)	248.195 (433.311)	970.753 (1.635.011)
Pierre Lederer, stellv. Vorsitzender (bis 31.01.09)	- (45.833)	- (1.185)	- (13.750)	- (45.100)	- (105.868)	- (74.517)	- (180.385)
Dr. h. c. Detlef Schmidt (bis 30.06.08)	- -	- -	- -	- (-16.020)	- (-16.020)	- (33.575)	- (17.555)
Gesamt	2.133.333 (2.625.000)	125.323 (155.851)	742.960 (787.500)	3.078.971 (3.539.160)	6.080.587 (7.107.511)	1.859.488 (2.643.220)	7.940.076 (9.750.731)

¹ Aufgrund noch nicht vorliegender Daten für das Geschäftsjahr 2010 wurde bezüglich der Wettbewerbskomponente angenommen, dass sich keine Veränderungen des LTI ergeben.

² Differenzen zwischen den in den Vorjahren berücksichtigten Beträgen und den tatsächlich zugesagten Beträgen sind in der Gesamtvergütung 2010 enthalten. Falls die tatsächlich zugesagten Beträge geringer als die im Vorjahr gebildeten Rückstellungen sind, können sich hieraus negative Beträge ergeben.

³ Die sonstigen Bezüge beinhalten geldwerte Vorteile, insbesondere aus dem Zurverfügungstellen von Dienstwagen in Höhe von 106.181 € (Vorjahr: 59.773 €) und aus Auslagen von 2.413 € (Vorjahr: 11.078 €). Bei Dr. Rudolf Schulten ist eine nicht ruhegehaltstfähige Zahlung in Höhe von 16.679 € (Vorjahr: 85.000 €) in den sonstigen Bezügen enthalten.

Zusagen an den Vorstand für den Fall der Tätigkeitsbeendigung

In der ersten Bestellperiode erwerben die Vorstandsmitglieder grundsätzlich keinen Anspruch auf Ruhegehalt oder Übergangsgeld. Mit Hans-Peter Villis besteht eine Sonderregelung, wonach ihm die Zahlung eines Festbetrags in Höhe von 130 Tsd. € p. a. bereits in der ersten Bestellperiode in den folgenden drei Fällen zusteht: Bei dauerhafter Arbeitsunfähigkeit, ab dem Erreichen des 63. Lebensjahres, oder wenn das Vertragsverhältnis vor Erreichen der Altersgrenze von 63 Jahren beendet oder nicht verlängert wird, soweit die Ursache der Beendigung oder Nichtverlängerung nicht auf einem in seiner Person liegenden Grund beruht. Bis zum Erreichen des Ruhestandsalters werden andere Bezüge hälftig angerechnet.

Ab der zweiten Bestellperiode bestehen die Ansprüche auf Rentenzahlungen ab dem Alter von 63 Jahren oder im Fall von einer dauerhaften Arbeitsunfähigkeit wie folgt: Die Anwartschaften steigen proportional zu der Dauer der Vorstandstätigkeit und sind auf höchstens 60 % der ruhegehaltstfähigen Jahresgrundvergütung begrenzt. Soweit keine gesetzliche Unverfallbarkeit besteht, tritt die Unverfallbarkeit der Anwartschaften ab der zweiten Bestellperiode ein. Die Steigerungsraten sind grundsätzlich so bemessen, dass mit Erreichen der dienstvertraglich vorgesehenen Altersgrenze die maximale Versorgungshöhe erreicht wird. Eine Anrechnung von anderweitig erworbenen betrieblichen Altersversorgungszusagen erfolgt, soweit die ruhegehaltstfähige Jahresgrundvergütung überschritten wird.

Bei Eintritt des Pensionsfalls werden die Rentenzahlungen nach den gesetzlichen Vorschriften des Betriebsrentengesetzes dynamisiert.

Nach dem Tod eines Vorstandsmitglieds haben die Hinterbliebenen Anspruch auf Weiterzahlung der Vergütung für drei Monate. Witwen erhalten lebenslang 60 % des Ruhegelds, das das Vorstandsmitglied am Todestag bezogen hat beziehungsweise bezogen hätte, wenn der Pensionsfall an diesem Tag eingetreten wäre. Kinder des Vorstands-

mitglieds erhalten bis zum 25. Lebensjahr eine Waisenrente (20 %, wenn das Kind Vollwaise ist, 12 %, wenn das Kind Halbwaise ist). Die Hinterbliebenenversorgung ist insgesamt auf 100 % des Ruhegehaltsanspruchs begrenzt.

Für den Fall einer vorzeitigen Beendigung des Vertrags von Dr. Bernhard Beck durch die EnBW AG wurde mit Dr. Bernhard Beck ein Wettbewerbsverbot für eine Dauer von zwei Jahren vereinbart. Dr. Bernhard Beck steht dementsprechend eine Karenzentschädigung in Höhe von 60 % seiner Gesamtvergütung während dieses Zeitraums zu. Die Gesamtvergütung besteht aus der letzten Jahresgrundvergütung plus durchschnittlicher variabler Vergütung der vorausgegangenen drei Jahre.

Für den Fall der vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit bestehen keine Abfindungszusagen. Eine Abfindung kann sich aber aus einer Aufhebungsvereinbarung ergeben, die im Einzelfall individuell getroffen wird. Beim Abschluss oder bei der Verlängerung von Vorstandsverträgen wird darauf geachtet, dass Zahlungen an ein Vorstandsmitglied bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund einschließlich Nebenleistungen den Wert von zwei Jahresvergütungen nicht überschreiten (Abfindungs-Cap) und nicht mehr als die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags vergüten. Die Vorstandsverträge beinhalten keine Change-of-Control Zusage. Für den Fall der vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit wegen eines Change-of-Control wird beim Abschluss oder bei der Verlängerung eines Vorstandsvertrags vereinbart, dass Ausgleichs- oder Abfindungszahlungen nicht auf mehr als das Anderthalbfache des oben genannten Betrags festgelegt werden können.

Sollte ein Vorstandsmitglied an der Ausübung seiner Tätigkeit durch Krankheit, Unfall oder aus anderen von ihm nicht zu vertretenden Gründen für nicht nur unerhebliche Zeit verhindert sein, hat das Vorstandsmitglied für die Dauer von zwölf Monaten Anspruch auf Fortzahlung seiner Vergütung. Dauert die Verhinderung länger als zwölf Monate an, so hat der Vorstand danach Anspruch auf Fortzahlung der Grundvergütung, längstens bis zum Ende der Laufzeit des Dienstvertrags. Abweichend davon hat Hans-Peter Villis längstens bis zur Beendigung der vertraglichen Laufzeit des Dienstvertrags Anspruch auf Fortzahlung seiner Vergütung. Für die Dauer der Fortzahlungen treten die Vorstandsmitglieder die ihnen wegen der Verhinderung zustehenden, auf Unterhalt gerichteten Ersatzansprüche gegen Dritte an das Unternehmen ab.

Dr. Rudolf Schulten hat sein Vorstandsamt zum 11. März 2010 aus gesundheitlichen Gründen im gegenseitigen Einvernehmen niedergelegt. Dr. Rudolf Schulten wurde bis zum Austritt aus dem Vorstand entsprechend seinen dienstvertraglichen Ansprüchen vergütet. Die Aufhebungsvereinbarung regelt eine vorzeitige Beendigung des Dienstvertrags zum 28. Februar 2012. Sollte Dr. Rudolf Schulten in diesem Zeitraum wieder eine Tätigkeit aufnehmen, werden alle Einkünfte angerechnet. Dr. Rudolf Schulten erhält somit nach seinem Ausscheiden aus dem Vorstand maximal erfolgsunabhängige Zahlungen in Höhe von 2.050 Tsd. € zur Abgeltung seiner dienstvertraglichen Ansprüche. Mit Dr. Rudolf Schulten war keine Altersversorgungs- und keine Hinterbliebenenversorgungsregelung vereinbart.

Dr. Hans-Josef Zimmer hat sein Amt zum 20. Juli 2010 niedergelegt. Sein Dienstvertrag endet einvernehmlich mit Ablauf des 20. Juli 2010. Wie dienstvertraglich vereinbart, leitet sich die Höhe des Anspruchs auf Rentenzahlung aus dem Vertrag seiner vorherigen Konzern­tätigkeit ab. Weitere in Zusammenhang mit der Beendigung der Vorstandstätigkeit von Dr. Hans-Josef Zimmer stehende Vereinbarungen wurden nicht getroffen.

Aus den Versorgungsregelungen ergeben sich folgende Angaben für das Geschäftsjahr 2010 (Vorjahresangaben in Klammern). Die Darstellung erfüllt die im Geschäftsjahr erweiterten Anforderungen des § 285 Nr. 9a HGB und weicht somit von der im Vorjahr angegebenen Darstellung ab. Es wird der erdiente Anspruch zum Bilanzstichtag, der Jahresaufwand für Pensionsverpflichtungen sowie der zum Bilanzstichtag erdiente Barwert der Pensionsverpflichtungen (einschließlich der durch Gehaltsverzicht eigenfinanzierten Versorgungszusage) angegeben. Bei der Bewertung wurde auf den Barwert der erdienten Rente umgestellt. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Vorjahreswerte des Jahresaufwands sowie die Barwerte der Pensionsverpflichtungen angepasst.

	Erdienter Anspruch zum 31.12.2010	Jahresaufwand für Pensionsverpflichtungen (€)	Barwert der Pensionsverpflichtungen (Defined Benefit Obligation) (€)
Hans-Peter Villis, Vorsitzender	130.000 € (130.000 €)	269.081 (230.152)	883.921 (527.963)
Dr. Bernhard Beck, LL.M.	55 % ¹ (52,5 %)	297.476 ² (280.435)	3.075.633 (2.610.147)
Christian Buchel ³	0 (0)	0 (0)	0 (0)
Dr. Hans-Josef Zimmer (bis 20.07.10)	23,25 % ⁴ (22,5 %)	54.424 ⁵ (100.583)	879.786 (765.553)
Dr. Rudolf Schulten (bis 11.03.10)	0,0 (0,0)	0 0	0 0
Pierre Lederer, stv. Vorsitzender (bis 31.01.2009)	- (55 %) ⁶	- (55.115)	- (2.245.362)

¹ Anspruch in Prozent der ruhegehaltsfähigen Jahresgrundvergütung; derzeitige Basis: 350.000 €.

² Darin enthalten Zuführung zum Versorgungskapital in Höhe von 31.749 € (Vorjahr: 29.336 €). Hierbei handelt es sich um eine durch Gehaltsverzicht eigenfinanzierte Versorgungszusage.

³ Ab der zweiten Bestellperiode betragen die jährlich erworbenen Anteile an der ruhegehaltsfähigen Grundvergütung 2,5 % rückwirkend zu Beginn des Dienstvertrags.

⁴ Anspruch in Prozent der ruhegehaltsfähigen Jahresgrundvergütung; derzeitige Basis: 260.000 €.

⁵ Darin enthalten: Zuführung zum Versorgungskapital in Höhe von 8.387 € (Vorjahr: 15.358 €). Hierbei handelt es sich um eine durch Gehaltsverzicht eigenfinanzierte Versorgungszusage.

⁶ Unverfallbare Anwartschaft zum 31. Januar 2009 in Prozent der ruhegehaltsfähigen Jahresgrundvergütung (350.000 €).

Unter dem Jahresaufwand für Pensionsverpflichtungen werden sowohl der Dienstzeitaufwand als auch der Zinsaufwand ausgewiesen. Für die aktuellen Mitglieder des Vorstands bestehen Pensionsverpflichtungen (Defined Benefit Obligation) nach IFRS in Höhe von 4,0 Mio. € (Vorjahr: 3,9 Mio. €).

Die Bezüge der früheren Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen beliefen sich auf 5,3 Mio. € (Vorjahr: 7,0 Mio. €). Diese Rentenzahlungen werden entsprechend der prozentualen Veränderungen der Vergütungen laut Tarifvertrag dynamisiert.

Es bestehen Pensionsverpflichtungen (Defined Benefit Obligation) gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands der EnBW und ihren Hinterbliebenen nach IFRS in Höhe von 52,1 Mio. € (Vorjahr: 49,1 Mio. €).

Die im Vorjahr ausgewiesenen Vorschüsse gegenüber Mitgliedern des Vorstands in Höhe von 0,3 Mio. € wurden im Geschäftsjahr vollständig zurückgezahlt. Zum Geschäftsjahresende bestehen keine Vorschüsse und keine Kredite.

Ausblick: neues Vergütungssystem

Der Personalausschuss hat sich mit dem notwendigen Handlungsbedarf aufgrund der Änderungen des Aktiengesetzes durch das VorstAG sowie die Überarbeitung des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) in der Fassung vom 18. Juni 2009 beschäftigt. Die Überprüfung der Angemessenheit aller Vergütungsbestandteile hinsichtlich ihrer Ausgestaltung, Höhe und Struktur hat ergeben, dass die Höhe der Vorstandsvergütung im horizontalen und vertikalen Vergleich marktüblich ist. Identifiziert wurde Handlungsbedarf ausschließlich hinsichtlich der Struktur der Vorstandsvergütung. Der Anpassungsbedarf begründet sich im Wesentlichen aus der regulatorischen Vorgabe, die variable Vergütung überwiegend an langfristigen Kriterien zu bemessen.

Das neue Vergütungssystem, das für Neu- und Wiederbestellungen Gültigkeit hat, setzt sich aus den folgenden Komponenten zusammen.

- > **Erfolgsunabhängige Vergütung:** Sie umfasst eine fixe Jahresgrundvergütung, von der nur ein Teil ruhegehaltsfähig ist, sowie sonstige Bezüge.
- > **Leistungsbonus:** Die Höhe des Leistungsbonus hängt davon ab, inwieweit die Jahresziele erreicht wurden. Diese umfassen Finanzziele auf Konzernebene, die an den beiden Kenngrößen EBITDA und ROCE gemessen werden, sowie individuelle Ziele. Eine Gewichtung dieser Ziele erfolgte durch den Personalausschuss zu Beginn des Geschäftsjahres. Der Leistungsbonus beträgt höchstens 200 % der durchschnittlichen fixen Jahresgrundvergütung. Der Leistungsbonus orientiert sich an der Zielerreichung über einen Gesamtzeitraum von drei Jahren: Der Anteil des Leistungsbonus der individuellen Ziele (30 %) für das jeweilige Bemessungsjahr wird

sofort ausgezahlt; der Anteil des Leistungsbonus der Unternehmensziele (70 %) wird gedrittelt. Das erste Drittel wird ebenfalls sofort ausgezahlt. Die beiden verbleibenden Bestandteile (Deferral 1 und 2) werden anhand der Zielerreichung der Unternehmensziele in den Folgejahren angepasst, mit 3 % pro Jahr verzinst und nach Feststellung des jeweiligen Jahresabschlusses der Folgejahre 1 und 2 ausgezahlt.

- **Long Term Incentive (LTI):** Der LTI ist von den erzielten relativen Wertsteigerungen des Konzerns abhängig. Maßgeblich ist die Steigerung des Nettoeigenkapitalwerts; dabei wird die Steigerung ermittelt, indem die jeweils gemittelten Durchschnittswerte der Nettoeigenkapitalwerte von zwei Dreijahreszeiträumen miteinander verglichen werden. Die Größenordnung des LTI liegt zwischen 0 % und 85 % für ein Vorstandsmitglied und zwischen 0 % und 100 % für den Vorstandsvorsitzenden, bezogen auf die durchschnittliche fixe Jahresgrundvergütung. Hinzu kommt noch eine Komponente, die die relative Performance des Konzerns verglichen mit einer Peer Group von Wettbewerbern auf Basis des Nettoeigenkapitalwerts misst. Hieraus kann sich eine Veränderung des LTI von ± 20 %, bezogen auf die nach dem Nettoeigenkapitalwert des Konzerns ermittelte absolute Bonushöhe, ergeben. Die Auszahlung erfolgt nach Feststellung des Jahresabschlusses, erstmals nach dreijähriger Vorstandstätigkeit.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für das gesamte Geschäftsjahr 2010 sowie für die folgenden Geschäftsjahre neben dem Ersatz ihrer Auslagen eine feste, nach Ablauf des Geschäftsjahres zahlbare Vergütung in Höhe von je 15.000 €. Sie erhalten ferner pro Geschäftsjahr eine variable Vergütung, die sich an der Höhe des jeweils erzielten EBITDA des EnBW-Konzerns pro Geschäftsjahr orientiert. Für jeden vollendeten Betrag von 10 Mio. €, um den das erzielte EBITDA des jeweiligen Geschäftsjahres die Bemessungsuntergrenze von 1.500 Mio. € EBITDA übersteigt, werden jedem Aufsichtsratsmitglied 250 € vergütet. Die Höhe der variablen Vergütung ist dabei jedoch je Aufsichtsratsmitglied auf einen maximalen Betrag von 20.000 € pro Jahr beschränkt. Die Zahlung der variablen Vergütung erfolgt nach Ablauf der Hauptversammlung, die über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das abgelaufene Geschäftsjahr beschließt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Zweifache, der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats das Eineinhalbfache der vorgenannten Beträge.

Für die Tätigkeit in einem oder mehreren Ausschüssen des Aufsichtsrats erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats zum Ausgleich des zusätzlichen Aufwands pauschal eine feste Vergütung in Höhe von je 5.000 € pro Geschäftsjahr. Der Vorsitzende eines oder mehrerer Ausschüsse erhält das Zweifache der Ausschussvergütung, es sei denn, der jeweilige Ausschuss ist im betreffenden Geschäftsjahr nicht tätig geworden.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat oder einem Ausschuss angehören oder eine Vorsitzendenfunktion wahrgenommen haben, erhalten einen der zeitlichen Dauer ihres Amtes oder ihrer Funktion im Geschäftsjahr entsprechenden Teil der Vergütung.

Zusätzlich erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats für die Teilnahme an Aufsichtsratssitzungen und Ausschusssitzungen ein Sitzungsgeld in Höhe von je 500 €. Für die Teilnahme an Vorbesprechungen wird ein Sitzungsgeld in Höhe von je 250 € gezahlt, wobei für jede Aufsichtsratssitzung nur eine Vorbesprechung vergütet wird.

Entsprechend dieser Vergütungssystematik erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2010 folgende Gesamtvergütung (einschließlich Sitzungsgeldern und Mandatsvergütungen von Tochtergesellschaften):

Gesamtvergütung der Aufsichtsratsmitglieder der EnBW AG 2010				
Angaben in € (Vorjahresangaben in Klammern)	Fixe Vergütung (inkl. Sitzungsgelder)	Variable Vergütung¹	Mandatsvergütungen von Tochtergesellschaften	Gesamt
Dr. Claus Dieter Hoffmann, Vorsitzender	54.000 (53.000)	40.000 (40.000)	0 (0)	94.000 (93.000)
Dietrich Herd, stellv. Vorsitzender	43.500 (41.250)	30.000 (30.000)	19.600 (20.350)	93.100 (91.600)
Marc Boudier ²	33.699 (34.500)	20.000 (20.000)	0 (0)	53.699 (54.500)
Dr. Daniel Camus ²	30.397 (30.000)	20.000 (20.000)	0 (0)	50.397 (50.000)
Dirk Gaerte ³	22.438 (19.000)	20.000 (20.000)	3.988 (0)	46.426 (39.000)
Josef Götz	34.000 (33.750)	20.000 (20.000)	5.603 (10.376)	59.603 (64.126)
Reiner Koch ⁴	20.000 (21.000)	20.000 (20.000)	9.467 (8.750)	49.467 (49.750)
Marianne Kugler-Wendt ⁴	26.250 (27.750)	20.000 (20.000)	14.000 (13.850)	60.250 (61.600)
Wolfgang Lang	26.000 (28.750)	20.000 (20.000)	9.500 (8.620)	55.500 (57.370)
Pierre Lederer ² (seit 08.06.10)	9.808 (0)	20.000 (0)	0 (0)	29.808 (0)
Bodo Moray ⁴ (seit 06.09.10)	5.859 (0)	14.184 (0)	4.340 (0)	24.383 (0)
Thomas Piquemal ² (seit 08.06.10)	10.363 (0)	20.000 (0)	0 (0)	30.363 (0)
Gérard Roth ²	27.500 (26.500)	20.000 (20.000)	0 (0)	47.500 (46.500)
Klaus Schörnich ⁴	20.000 (18.500)	20.000 (20.000)	14.175 (9.925)	54.175 (48.425)
Heinz Seiffert ³	26.000 (27.500)	20.000 (20.000)	0 (0)	46.000 (47.500)
Gerhard Stratthaus	18.500 (18.500)	20.000 (20.000)	0 (0)	38.500 (38.500)
Laurent Stricker ² (bis 07.06.10)	6.494 (17.000)	19.155 (20.000)	0 (0)	25.649 (37.000)
Werner Vorderwülbecke ⁴ (bis 18.06.10)	12.010 (30.250)	20.000 (20.000)	9.766 (21.820)	41.776 (72.070)
Christoph Walther	26.000 (28.750)	20.000 (20.000)	0 (10.365)	46.000 (59.115)
Dietmar Weber	26.500 (27.250)	20.000 (20.000)	10.700 (9.650)	57.200 (56.900)
Kurt Widmaier ³	29.000 (30.500)	20.000 (20.000)	0 (0)	49.000 (50.500)
Dr. Ing. Gérard Wolf ² (bis 07.06.10)	6.994 (19.000)	19.155 (20.000)	0 (0)	26.149 (39.000)
Dr. Bernd-Michael Zinow	32.938 (30.250)	20.000 (20.000)	6.400 (4.190)	59.338 (54.440)
Summe	548.250 (563.000)	482.494 (430.000)	107.539 (117.896)	1.138.283 (1.110.896)

¹ Die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2010 wird erst nach Beschlussfassung der Hauptversammlung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2011 ausbezahlt.

² Die Vergütung wird an die EDF abgeführt.

³ Gemäß §§ 82-88 Landesbeamtengesetz in Verbindung mit § 5 Landesnebenberufungsverordnung erfolgt die Ablieferung an den Landkreis.

⁴ Gemäß der Richtlinie des DGB über die Abführung von Aufsichtsratsvergütungen wird die Vergütung an die Hans-Böckler-Stiftung und die ver.di GewerkschaftsPolitische Bildung gGmbH abgeführt.

In den vorstehenden Angaben zu den fixen Vergütungen der Aufsichtsratsmitglieder sind Sitzungsgelder in Höhe von 145.750 € (Vorjahr: 160.500 €) und in den Mandatsvergütungen von Tochtergesellschaften sind Sitzungsgelder in Höhe von 26.075 € (Vorjahr: 28.624 €) enthalten.

Sonstige Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, wurden den Aufsichtsratsmitgliedern nicht gewährt. Sie haben im Berichtsjahr auch keine Kredite und Vorschüsse erhalten.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats werden in eine im Interesse der EnBW von ihr in angemessener Höhe abgeschlossene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Organe einbezogen. Für diese D&O-Versicherung wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart, der für Mitglieder des Vorstands drei Monatsgrundgehälter und für Mitglieder des Aufsichtsrats eine halbe Jahresvergütung beträgt. Seit 1. Juli 2010 beträgt der Selbstbehalt bei der D&O-Versicherung für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats jeweils 10 % des Schadens bis zur Höhe des Eineinhalbfachen der jeweiligen festen jährlichen Vergütung.

Transparenz

Die EnBW schafft fortlaufend die vom Deutschen Corporate Governance Kodex geforderte Transparenz, indem sie die Aktionäre, den Kapitalmarkt, Finanzanalysten, Aktionärsvereinigungen und die interessierte Öffentlichkeit aktuell über wesentliche geschäftliche Veränderungen im Unternehmen informiert. Wir nutzen dafür hauptsächlich das Internet, um eine zeitnahe und gleichberechtigte Information aller Interessengruppen zu gewährleisten.

Über die Geschäftslage der EnBW wird insbesondere durch den jährlichen Geschäftsbericht, den Halbjahres- und die Quartalsfinanzberichte, die Bilanzpressekonferenz, Telefonkonferenzen in Zusammenhang mit den Quartals- und Jahresergebnissen sowie durch Veranstaltungen mit Analysten informiert. Der auf unseren Internetseiten veröffentlichte Finanzkalender enthält alle Termine der wesentlichen wiederkehrenden Veröffentlichungen.

Wenn außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung konkrete Informationen über nicht öffentlich bekannte Umstände auftreten, die sich auf die EnBW-Aktie beziehen und geeignet sind, ihren Börsenkurs erheblich zu beeinflussen, machen wir diese Insider-Informationen durch Ad-hoc-Mitteilungen bekannt. Im Geschäftsjahr 2010 wurde keine Ad-hoc-Mitteilung veröffentlicht.

Der EnBW sind im Geschäftsjahr 2010 keine Meldungen von Personen mit Führungsaufgaben oder mit diesen in einer engen Beziehung stehenden Personen über Geschäfte in EnBW-Aktien oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten zugegangen. Auch mitteilungspflichtiger Wertpapierbesitz von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats lag nicht vor.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Rechnungslegung erfolgt bei der EnBW nach den International Financial Reporting Standards (IFRS). Nachdem die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, von der Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2010 zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer sowie zum Abschlussprüfer für die prüferische Durchsicht des im Halbjahresfinanzbericht enthaltenen verkürzten Abschlusses und Zwischenlageberichts gewählt worden war, wurde sie vom Prüfungsausschuss beziehungsweise seinem Vorsitzenden entsprechend beauftragt. Der Ausschuss hat sich im Vorfeld der Hauptversammlung vergewissert, dass an der Unabhängigkeit der zu beauftragenden Wirtschaftsprüfungsgesellschaft keine Zweifel bestehen, und sich mit den von dieser zusätzlich erbrachten Dienstleistungen befasst.

Der Halbjahres- und die Quartalsfinanzberichte werden vom Prüfungsausschuss vor der Veröffentlichung mit dem Vorstand erörtert, so wie es der Deutsche Corporate Governance Kodex in einer neuen Regelung empfiehlt.

Aktienoptionsprogramme oder ähnliche wertpapierorientierte Anreizsysteme der Gesellschaft bestehen bei der EnBW derzeit nicht.

Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat der EnBW Energie Baden-Württemberg AG erklären gemäß § 161 AktG:

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG hat den im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 18. Juni 2009 seit der letzten Entsprechenserklärung vom 10. Dezember 2009 uneingeschränkt entsprochen und wird den Empfehlungen in der Fassung vom 26. Mai 2010 auch künftig mit folgender Ausnahme entsprechen:

Ziffer 5.4.1 Abs. 2 und 3 des Kodex: Der Aufsichtsrat soll konkrete Ziele für seine Zusammensetzung benennen, die unter Beachtung der unternehmensspezifischen Situation die internationale Tätigkeit des Unternehmens, potenzielle Interessenkonflikte, eine festzulegende Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder und Vielfalt (Diversity) berücksichtigen und eine angemessene Beteiligung von Frauen vorsehen. Vorschläge des Aufsichtsrats an die zuständigen Wahlgremien sollen diese Ziele berücksichtigen. Die Zielsetzung des Aufsichtsrats und der Stand der Umsetzung sollen im Corporate-Governance-Bericht veröffentlicht werden.

Die E.D.F INTERNATIONAL SA (EDF) hat am 6. Dezember 2010 mit einer 100 %-igen Tochtergesellschaft des Landes Baden-Württemberg einen Vertrag über den Erwerb der bislang von der EDF gehaltenen Aktien der EnBW Energie Baden-Württemberg AG in Höhe von rund 45 % des Grundkapitals geschlossen. Den übrigen Aktionären der EnBW Baden-Württemberg AG wird die im Alleineigentum des Landes Baden-Württemberg stehende Bieterin ein freiwilliges öffentliches Übernahmeangebot unterbreiten.

Der Aufsichtsrat begrüßt die Empfehlung des Kodex, Ziele für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats zu benennen. Angesichts des bevorstehenden Wechsels eines maßgeblichen Aktionärs ist der Aufsichtsrat jedoch der Auffassung, dass die Festlegung konkreter Ziele für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats gegenwärtig nicht sachgerecht ist, sondern im neu zusammengesetzten Aufsichtsrat beraten wird.

Stellungnahme zu den Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Gemäß Ziffer 3.10 Satz 3 des Deutschen Corporate Governance Kodex erklären Vorstand und Aufsichtsrat, mit welchen zwei Ausnahmen die EnBW den Anregungen des Kodex im vergangenen Geschäftsjahr entsprochen hat und ihnen künftig entsprechen wird:

Ziffer 2.3.4 des Kodex: Verfolgung der Hauptversammlung über moderne Kommunikationsmedien

Die EnBW überträgt die Hauptversammlung in Übereinstimmung mit einer verbreiteten Praxis bis zum Ende des Berichts des Vorstandsvorsitzenden im Internet. Eine Übertragung der gesamten Hauptversammlung würde aufgrund des geringen Streubesitzes der EnBW-Aktie und der EnBW-üblichen hohen Aktionärspräsenz den zusätzlichen Aufwand nicht rechtfertigen.

Ziffer 5.4.6 des Kodex: Auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogene Bestandteile der Aufsichtsratsvergütung
Die erfolgsorientierte Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder enthält keine auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogenen Bestandteile. Im Unterschied zum Vorstandsvergütungssystem würden derartige Vergütungsbestandteile im System der Aufsichtsratsvergütung zu einer übermäßigen Komplexität führen.

Auch die börsennotierte Tochtergesellschaft ZEAG Energie AG setzt den Deutschen Corporate Governance Kodex um. Abweichungen von den Empfehlungen des Kodex sind in der Entsprechenserklärung der ZEAG Energie AG dargelegt, die auf deren Internetseiten (www.zeag-energie.de) abgerufen werden kann.

Karlsruhe, 23. Februar 2011
EnBW Energie Baden-Württemberg AG

Der Vorstand

Der Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat

Mitglieder

Dr. Claus Dieter Hoffmann, Stuttgart
geschäftsführender Gesellschafter
der H + H Senior Advisors GmbH
Vorsitzender

Dietrich Herd, Philippsburg
Gesamtbetriebsratsvorsitzender
der EnBW Kraftwerke AG
stellvertretender Vorsitzender

Marc Boudier, Sèvres
Direktor Europa
bei Electricité de France SA
(bis 15. Dezember 2010)
Mitglied bis 16. Januar 2011

Dr. Daniel Camus, Croissy-sur-Seine
Generaldirektor für internationale
Aktivitäten und Strategie
bei Electricité de France SA
(bis 1. Dezember 2010)
Mitglied bis 9. Januar 2011

Dirk Gaerte, Sigmaringendorf
Landrat des Landkreises
Sigmaringen

Josef Götz, Stuttgart
Referent Sonderaufgaben
bei der EnBW Regional AG

Reiner Koch, Glienicke/Nordbahn
Referatsleiter Fachbereich
Ver- und Entsorgung
bei der ver.di-Bundesverwaltung

Marianne Kugler-Wendt, Heilbronn
Bezirksgeschäftsführerin ver.di,
Bezirk Heilbronn-Neckar-Franken

Wolfgang Lang, Karlsruhe
Gesamtbetriebsratsvorsitzender
der EnBW Systeme Infrastruktur
Support GmbH

Pierre Lederer, Paris
Generaldirektor Vertrieb,
Optimierung, Handel und Continental-
europa bei Electricité de France SA
Mitglied seit 8. Juni 2010

Marianne Laigneau, Chelles
Generaldirektorin für Personal
bei Electricité de France SA
Mitglied seit 12. Januar 2011

Serge Massart, Paris
beigeordneter Direktor des für
Erzeugung und Engineering
zuständigen Generaldirektors
bei Electricité de France SA
Mitglied seit 17. Januar 2011

Bodo Moray, Mannheim
Gewerkschaftssekretär
ver.di/Landesfachbereichsleiter
Ver- und Entsorgung
Baden-Württemberg
Mitglied seit 6. September 2010

Thomas Piquemal, Paris
Generaldirektor Finanzen
bei Electricité de France SA
Mitglied seit 8. Juni 2010

Gérard Roth, Bois d'Arcy
Direktor Deutschland
bei Electricité de France SA

Klaus Schörnich, Düsseldorf
Betriebsratsvorsitzender
der Stadtwerke Düsseldorf AG

Heinz Seiffert, Ehingen
Landrat des Alb-Donau-Kreises

Gerhard Stratthaus MdL, Brühl
Finanzminister a. D.
des Landes Baden-Württemberg

Laurent Stricker, Paris
Berater des Präsidenten
bei Electricité de France SA
Mitglied bis 7. Juni 2010

Werner Vorderwülbecke, Stuttgart
Landesfachbereichsleiter ver.di,
Landesbezirk Baden-Württemberg
Mitglied bis 18. Juni 2010

Christoph Walther, Langebrück
stellvertretender Betriebsratsvor-
sitzender der ENSO Energie
Sachsen Ost AG

Dietmar Weber, Esslingen
Gesamtbetriebsratsvorsitzender
der EnBW Operations GmbH

Kurt Widmaier, Ravensburg
Landrat des Landkreises
Ravensburg

Dr.-Ing. Gérard Wolf, Paris
stellvertretender Generaldirektor
für internationalen Aktivitäten
und Strategie
bei Electricité de France SA
Mitglied bis 7. Juni 2010

Dr. Bernd-Michael Zinow, Pfinztal
Bereichsleiter Wirtschaft und Politik
bei der EnBW Energie Baden-
Württemberg AG

Stand: 4. Februar 2011

Ausschüsse

Personalausschuss

- > **Dr. Claus Dieter Hoffmann**
Vorsitzender
- > **Marc Boudier**
(bis 9. Dezember 2010)
- > **Josef Götz**
- > **Dietrich Herd**
- > **Gérard Roth**
(seit 9. Dezember 2010)

Finanz- und Investitionsausschuss

- > **Dr. Claus Dieter Hoffmann**
Vorsitzender
- > **Marc Boudier**
(bis 9. Dezember 2010)
- > **Dr. Daniel Camus**
(bis 23. September 2010)
- > **Josef Götz**
- > **Dietrich Herd**
- > **Bodo Moray**
(seit 9. Dezember 2010)
- > **Thomas Piquemal**
(seit 23. September 2010)
- > **Gérard Roth**
(seit 9. Dezember 2010)
- > **Werner Vorderwülbecke**
(bis 18. Juni 2010)
- > **Kurt Widmaier**
- > **Dr. Bernd-Michael Zinow**

Prüfungsausschuss

- > **Thomas Piquemal**
(seit 9. Dezember 2010)
- > **Thomas Piquemal**
Vorsitzender seit 4. Februar 2011
- > **Dr. Daniel Camus**
Vorsitzender
(bis 9. Dezember 2010)
- > **Marc Boudier**
(bis 9. Dezember 2010)
- > **Marianne Kugler-Wendt**
- > **Wolfgang Lang**
- > **Gérard Roth**
(seit 9. Dezember 2010)
- > **Heinz Seiffert**
- > **Christoph Walther**
- > **Dietmar Weber**
- > **Kurt Widmaier**

Nominierungsausschuss

- > **Dr. Claus Dieter Hoffmann**
Vorsitzender
- > **Marc Boudier**
(bis 9. Dezember 2010)
- > **Dr. Daniel Camus**
(bis 9. Dezember 2010)
- > **Pierre Lederer**
(seit 9. Dezember 2010)
- > **Thomas Piquemal**
(seit 9. Dezember 2010)
- > **Gérard Roth**
- > **Heinz Seiffert**
- > **Kurt Widmaier**

Ad-hoc-Ausschuss (seit 7. Juni 2010)

- > **Dr. Bernd Michael Zinow**
Vorsitzender
- > **Gérard Roth**
stellvertretender Vorsitzender
- > **Dirk Gaerte**
- > **Dietrich Herd**

Vermittlungsausschuss

(Ausschuss gemäß
§ 27 Abs. 3 MitbestG)

- > **Dr. Claus Dieter Hoffmann**
Vorsitzender
- > **Marc Boudier**
(bis 9. Dezember 2010)
- > **Dietrich Herd**
- > **Gérard Roth**
(seit 9. Dezember 2010)
- > **Klaus Schörnich**

Mandate der Vorstandsmitglieder

Hans-Peter Villis

- DREWAG – Stadtwerke Dresden GmbH (bis 31. März 2010)
- EnBW Vertrieb GmbH (Mitglied und Vorsitzender bis 14. Oktober 2010)
- ENSO Energie Sachsen Ost AG (Mitglied und Vorsitzender bis 31. März 2010)
- EVN AG
- EWE Aktiengesellschaft
- Gasversorgung Süddeutschland GmbH (Vorsitzender)
- GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG (Mitglied und Vorsitzender bis 31. März 2010)
- Stadtwerke Düsseldorf AG (Vorsitzender)
- Pražská energetika, a.s. (seit 15. Oktober 2010)

Dr. Bernhard Beck

- EnBW Beteiligungen AG (Mitglied und Vorsitzender bis 15. Juni 2010)
- EnBW Kraftwerke AG (Mitglied und Vorsitzender seit 11. August 2010)
- EnBW Kernkraft GmbH (Mitglied seit 29. Juli 2010, Vorsitzender seit 11. August 2010)
- EnBW Operations GmbH (seit 16. November 2010)
- EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH (Vorsitzender)
- EnBW Technische Dienste und kaufmännische Leistungen GmbH (Vorsitzender)
- EnBW Vertrieb GmbH
- Energiedienst AG
- ENSO Energie Sachsen Ost AG (bis 31. März 2010)
- GESO Beteiligungs- und Beratungs-AG (bis 31. März 2010)
- SOMENTEC Software AG (Vorsitzender)
- Stadtwerke Düsseldorf AG
- BKK VerbundPlus, Körperschaft des öffentlichen Rechts
- EnBW Akademie Gesellschaft für Personal- und Managemententwicklung mbH (Vorsitzender)
- Energiedienst Holding AG
- Tewateratio GmbH (Vorsitzender)

Christian Buchel

- EnBW Kraftwerke AG (bis 31. Januar 2010)
- EnBW Operations GmbH (Vorsitzender seit 16. November 2010)
- EnBW Regional AG (Vorsitzender)
- EnBW Transportnetze AG (Vorsitzender)
- EnBW Vertrieb GmbH (Vorsitzender)
- Energiedienst AG
- Gasversorgung Süddeutschland GmbH
- EnBW Energy Solutions GmbH (Vorsitzender)
- EnBW Gas GmbH (Mitglied und Vorsitzender bis 31. Juli 2010)
- EnBW Trading GmbH (Vorsitzender)
- Energiedienst Holding AG

Dr. Rudolf Schulten
(Mitglied des Vorstands
bis 11. März 2010)

- EnBW Kraftwerke AG
(bis 31. Januar 2010)
- EnBW Regional AG
(bis 17. März 2010)
- EnBW Systeme Infrastruktur
Support GmbH (bis 11. April 2010)
- EnBW Transportnetze AG
(bis 15. Februar 2010)
- EnBW Vertriebs- und Servicegesell-
schaft mbH (bis 28. Februar 2010)
- Stadtwerke Düsseldorf AG
(bis 31. Januar 2010)
- EnBW Trading GmbH
(bis 25. März 2010)

Dr. Hans-Josef Zimmer
(Mitglied des Vorstands
bis 20. Juli 2010)

- EnBW Kernkraft GmbH (Mitglied und
Vorsitzender bis 20. Juli 2010)
- EnBW Kraftwerke AG (Mitglied und
Vorsitzender bis 20. Juli 2010)
- Energiedienst AG (bis 25. März 2010)
- EWE Aktiengesellschaft
- Stadtwerke Düsseldorf AG
(bis 31. Januar 2010)
- EnBW Trading GmbH
(bis 31. Januar 2010)
- Energiedienst Holding AG
(bis 25. März 2010)
- Gesellschaft für Nuklear-Service
mbH

- Mitgliedschaft in gesetzlich zu
bildenden Aufsichtsräten.
- Mitgliedschaft in vergleichbaren in-
und ausländischen Kontrollgremien
von Wirtschaftsunternehmen.

Angaben der Mandatsinhaber gemäß
§ 285 Nr. 10 HGB

Stand: 4. Februar 2011

Zusätzliche Mandate der Aufsichtsratsmitglieder

Dr. Claus Dieter Hoffmann

(Vorsitzender)

- C. A. Leuze GmbH + Co. KG
- De Boer Holding NV
- ING Group NV

Dietrich Herd

(stellvertretender Vorsitzender)

- EnBW Kernkraft GmbH
- EnBW Kraftwerke AG
- BKK VerbundPlus, Körperschaft des öffentlichen Rechts (bis 28. Januar 2010)

Marc Boudier (bis 16. Januar 2011)

- ALPIQ Holding AG
- EDF Belgium SA (Vorsitzender)
- E.D.F. INTERNATIONAL SA (bis 10. Januar 2011)
- EDF Peninsula Ibérica SLU (Vorsitzender)
- Edison SpA (bis 14. Januar 2011)
- S.P.E. SA
- SPE POWER Co SA
- Transalpina di Energia SRL (bis 14. Januar 2011)

Dr. Daniel Camus (bis 9. Januar 2011)

- Morphosys AG
- SGL Carbon AG
- Constellation Energy Group Inc. (3. April 2010 bis 21. Oktober 2010)
- Dalkia SAS (bis 28. Juli 2010)
- EDF Energies Nouvelles SA (von 15. April 2010 bis 16. Dezember 2010)
- EDF Energy UK Limited
- E.D.F. INTERNATIONAL SA (Vorsitzender bis 3. Dezember 2010)
- Valeo SA
- Vivendi SA (seit 29. April 2010)

Dirk Gaerte

- GWV Privatversicherung AG
- Hohenzollerische Landesbahn AG
- SV Lebensversicherung AG (seit 25. Juni 2010)
- Wirtschaftsförderungs- und Standortmarketinggesellschaft Landkreis Sigmaringen GmbH (seit 22. Februar 2010) (Vorsitzender)
- Erdgas Südwest GmbH (Vorsitzender)
- Flugplatz Mengen-Hohentengen GmbH (Vorsitzender)
- Hohenzollerische Landesbank Kreissparkasse Sigmaringen, Anstalt des öffentlichen Rechts (Vorsitzender)
- Kliniken Landkreis Sigmaringen GmbH (Vorsitzender)
- Regionales Technologie- und Innovationszentrum Pfullendorf GmbH
- Sparkassenverband Baden-Württemberg, Körperschaft des öffentlichen Rechts
- Verkehrsverbund Neckar-Donau (Naldo) GmbH
- Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke
- Zweckverband Thermische Abfallverwertung Donautal
- Zweckverband Tierkörperbeseitigung Warthausen
- Zweckverband Protec Orsingen

Josef Götz

- EnBW Regional AG (bis 30. Juni 2010)
- Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung (bis 30. Juni 2010)

Reiner Koch

- Stadtwerke Düsseldorf AG
- EnBW Operations GmbH (seit 16. November 2010)

Marianne Kugler-Wendt

- Bausparkasse Schwäbisch-Hall AG
- EnBW Kernkraft GmbH
- EnBW Kraftwerke AG
- SLK-Kliniken Heilbronn GmbH
- Heilbronner Versorgungs GmbH
- Regionale Gesundheitsholding Heilbronn-Franken GmbH
- Stadtwerke Heilbronn GmbH

Marianne Laigneau

(seit 12. Januar 2011)

- EDF Energy Holdings Limited
- EDF Trading Limited
- ERDF SA

Wolfgang Lang

- EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH
- EnBW Akademie Gesellschaft für Personal- und Managemententwicklung mbH

Pierre Lederer (seit 8. Juni 2010)

- EDF Energy Holdings Limited (seit 23. Dezember 2010)
- EDF Trading Limited (Vorsitzender)
- Fondation EDF Diversiterre (seit 18. Juni 2010)

Serge Massart (seit 17. Januar 2011)

- EnBW Kernkraft GmbH
- British Energy Group p.l.c.

Bodo Moray (seit 6. September 2010)

- EnBW Kraftwerke AG
- EnBW Regional AG

Thomas Piquemal (seit 8. Juni 2010)

- EDF Energy Holdings Limited
- EDF Energy UK Limited
- EDF Energies Nouvelles SA
- ERDF SA
- Edison SpA (seit 29. Juni 2010)
- F. Marc de Lacharrière SA (FIMALAC)
- RTE EDF Transport SA (seit 31. August 2010)
- Transalpina di Energia SRL (seit 29. Juni 2010)

Gérard Roth

- EDF Gaz Deutschland GmbH
- Elektrownia Rybnik SA
- Friedeburger Speicherbetriebsgesellschaft mbH Crystal (bis 4. November 2010)

Klaus Schörnich

- Awista GmbH
- Stadtwerke Düsseldorf AG

Heinz Seiffert

- Krankenhaus GmbH Alb-Donau-Kreis (Vorsitzender)
- ADK GmbH für Gesundheit und Soziales (Vorsitzender)
- Donau-Iller-Nahverkehrs-GmbH
- Fernwärme Ulm GmbH
- Kreisbau GmbH Alb-Donau (Vorsitzender)
- Pflegeheim GmbH Alb-Donau-Kreis (Vorsitzender)
- Sparkasse Ulm, Anstalt des öffentlichen Rechts (Vorsitzender)
- Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke
- Zweckverband Thermische Abfallverwertung Donautal (Vorsitzender)

Gerhard Stratthaus

- Badische Staatsbrauerei Rothaus AG (Vorsitzender)
- Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (Vorsitzender)

Laurent Stricker (bis 7. Juni 2010)

- Groupe Ortec
- World Association of Nuclear Operators

Werner Vorderwülbecke (bis 18. Juni 2010)

- EnBW Kraftwerke AG (bis 17. Juni 2010)
- EnBW Regional AG (bis 17. Juni 2010)
- EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH (bis 18. Juni 2010)

Christoph Walther

- ENSO Energie Sachsen Ost AG

Dietmar Weber

- EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH (bis 25. Oktober 2010)
- EnBW Operations GmbH (seit 9. November 2010)
- EnBW Akademie Gesellschaft für Personal- und Managemententwicklung mbH (bis 30. September 2010)

Kurt Widmaier

- Oberschwaben Klinik GmbH (Vorsitzender)
- Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG
- Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH
- Kreissparkasse Ravensburg (Vorsitzender)
- Landesbank Baden-Württemberg, Anstalt des öffentlichen Rechts (bis 7. November 2010)
- Ravensburger Entsorgungsanlagen GmbH (Vorsitzender)
- WIR – Wirtschafts- und Innovationsförderungsgesellschaft Landkreis Ravensburg GmbH (Vorsitzender)
- Zentrum für Psychiatrie Weissenau, Anstalt des öffentlichen Rechts
- Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (Vorsitzender)
- Zweckverband Tierkörperbeseitigung Warthausen

Dr.-Ing. Gérard Wolf (bis 7. Juni 2010)

- Dalkia International SA
- Dalkia SAS
- EDF Energy Holdings Limited
- EDF INTERNATIONAL SA
- EDF Trading Limited
- Edison SpA
- Transalpina di Energia SRL

Dr. Bernd-Michael Zinow

- EnBW Kernkraft GmbH
- EnBW Transportnetze AG

- Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten.
- Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen.



Hotline 0800 3629 001



ENBW

Strom tanken - ohr



ANGEBOTSVIELFALT

Für die EnBW ist E-Mobilität eine Investition in die Zukunft. Gemeinsam mit Kunden und Partnern treiben wir die Entwicklung voran.

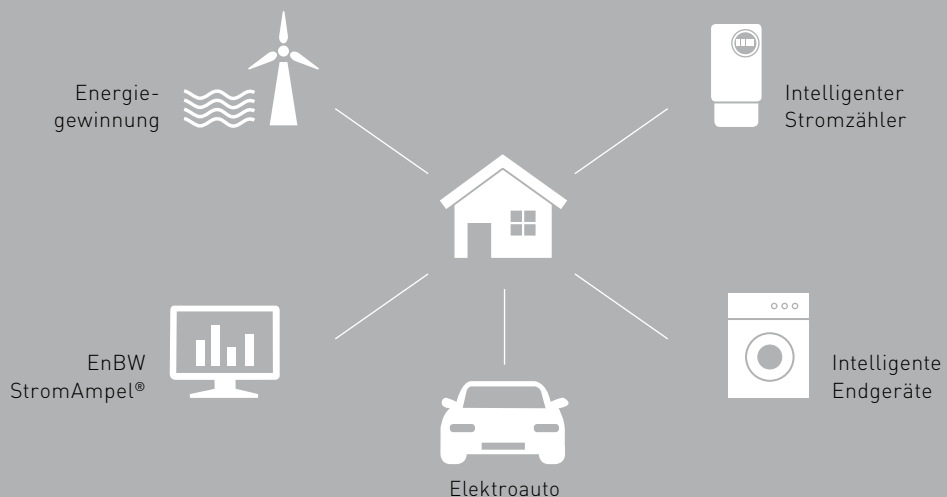
Neue Anforderungen und innovative Technologien eröffnen für die EnBW weitere Märkte und die Möglichkeit, neue Geschäftsmodelle zu etablieren.

Gemeinsam mit Partnern erforscht die EnBW die Bereitstellung von Energie für emissionsfreie, individuelle Mobilität. Zu diesem Zweck sind seit Sommer 2010 rund 500 Testpiloten mit E-Bikes in der Region Stuttgart unterwegs. Das Projekt hat das Ziel, Grundlagen zur künftigen Netzbelastung, zu Infrastruktur, Ladestationen und Abrechnungssystemen zu liefern.

Neue, leichtere, leistungsfähigere und kostengünstigere Batterien werden Elektrofahrzeuge noch attraktiver machen. Deshalb beteiligen wir uns an Forschungsprojekten wie HE-Lion, in dem es um die Weiterentwicklung der Lithium-Ionen-Batterie geht, oder an Projekten, die sich mit dem Antrieb mittels Brennstoffzelle oder dem Einsatz von Wasserstoff als Treibstoff befassen. Ziel des Projekts MeRegion (Minimum Emission Region) ist es, Stromerzeugung, Einspeisung, Verteilung und Verbraucher intelligent zu vernetzen – zum Vorteil aller Beteiligten: Der Energielieferant kann die

Stromproduktion besser und gleichmäßiger planen, der Netzbetreiber kann seine Infrastruktur besser auslasten, und der Kunde kann Geld sparen, wenn er etwa seine Waschmaschine in einer günstigen Tarifzeit einschaltet. Auf diese Weise lässt sich Energie effizienter einsetzen und der CO₂-Ausstoß verringern. Zentrale Kommunikationseinheit zwischen Verbrauchsstelle und Energieversorger ist der intelligente Stromzähler der EnBW, über den alle Testhaushalte verfügen. Über ein Angebot-Nachfrage-Schema wollen wir das Nutzungsverhalten beeinflussen. Wann der Strom am günstigsten ist, zeigt die EnBW StromAmpel®, ein kleines Display, das die Tarifinformationen über ein bundesweit verfügbares Funksignal erhält. Die EnBW investiert auch deshalb kräftig in den Ausbau bestehender Wasserkraftwerke und in Offshore-Windparks, um in ausreichendem Maß erneuerbare Energien für Elektromobilität und Minimum Emission Regions zur Verfügung stellen zu können.

DAS INTELLIGENTE STROMNETZ





Friederike Hoch, „Elektronautin“

„Das E-Bike ist ein tolles Fortbewegungsmittel für die Stadt: Schnell und wendig, total leise und keine Abgase. Und das ‚Tanken‘ ist auch ganz einfach.“

Service

255	Glossar
258	Unsere Standorte
260	Mehrjahresübersicht
262	Wichtige Hinweise

Glossar

Base

Grundlastprodukt. Lieferung/Abnahme mit konstanter Leistung über den gesamten Zeitraum.

Beziehungskapital

Setzt sich zusammen aus Beziehungen zu Kunden (alle geschäftsrelevanten Beziehungen zu Industrie- und Privatkunden), zu Kooperationspartnern (also zu Lieferanten, Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und anderen Geschäftspartnern) und zu Stakeholdern (also z. B. zu Kapitalgebern, Behörden, Ministerien, Kommunen, Parteien, Politik, Gewerkschaften, Fachverbänden, Umwelt- und Naturschutzverbänden, Öffentlichkeit und Presse).

Brennstoffzelle

Wandelt chemische Energie nach dem Prinzip einer umgekehrten Elektrolyse in elektrische Energie und Wärme um. Effiziente Technologie zur dezentralen Energieerzeugung. Einsetzbar zur Stromversorgung von Geräten und Autos und für die Strom- und Wärmeversorgung von Gebäuden und in der Industrie.

Carbonate Looping

Verfahren zur Kohlendioxid-Abscheidung aus Kraftwerksabgasen. Dabei wird das Kohlendioxid durch Kalk gebunden. Interessante Alternative zu anderen Verfahren, da sein Energiebedarf vergleichsweise gering ist.

CCS – Carbon Dioxide Capture and Storage

Technologie der Kohlendioxid-Abscheidung und -Speicherung, von der viele Akteure einen erheblichen Klimaschutzbeitrag erwarten.

CDM – Clean Development Mechanism

Instrument aus dem Kyoto-Protokoll, um in Schwellen- und Entwicklungsländern den wachstumsbedingten Anstieg der Treibhausgasemissionen mit kostengünstigen, effizienten

Maßnahmen zu begrenzen. Die erzielten Emissionsminderungen werden dem Investor in Form von → CER gutgeschrieben. CER können von Unternehmen zur Erfüllung der Abgabeverpflichtung gemäß dem Europäischen Emissionshandelssystem (→ Emissionshandel) verwendet werden.

CER – Certified Emission Reductions

Zertifizierte Emissionsreduktion aus → CDM-Projekten. Investoren aus Industrieländern erwirtschaften sie gemäß Kyoto-Protokoll in Entwicklungsländern mit CDM-Emissionsminderungsprojekten. 1 CER entspricht 1 t CO₂.

Commodity

Bezeichnung für eine Ware wie Strom, Gas, Kohle oder CO₂-Zertifikate.

CO₂-Zertifikate

CO₂-Zertifikate werden seit 2005 an der Leipziger Strombörse gehandelt. Erwirbt ein Unternehmen ein CO₂-Zertifikat, ist es berechtigt, 1 t CO₂ auszustoßen. → Emissionshandel

Compliance

Umfasst die Gesamtheit der organisatorischen Vorkehrungen, mit denen die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und internen Richtlinien in den wesentlichen Unternehmensbereichen und Prozessen gewährleistet wird, um negative Folgen von Regelverstößen für das Unternehmen und die Mitarbeiter zu vermeiden.

Contracting

Zeitlich und räumlich abgegrenzte Übertragung von Aufgaben der Energiebereitstellung und -lieferung auf einen Dritten (Contractor), der im eigenen Namen und auf eigene Rechnung handelt. Energieformen sind z. B. Kälte, Wärme, Strom, Druckluft. Die Leistungen der EnBW Energy Solutions GmbH (ESG) beinhalten in der Regel das Energieliefercontracting. Darunter versteht

man das Errichten oder Übernehmen und Betreiben einer Energieerzeugungsanlage zur Nutzenergie-lieferung durch einen Contractor auf Basis von Langzeitverträgen. Ziel ist es, durch Optimierungsprozesse deutliche wirtschaftliche und ökologische Vorteile zu erreichen.

Derivate

Finanzinstrumente – zum Beispiel Optionen, Futures, Forwards, Zins- und Währungsswaps –, die Rechte und Verpflichtungen erzeugen, sodass Finanzrisiken, die in den zugrunde liegenden originären Finanzinstrumenten enthalten sind, als separate Rechte und Verpflichtungen zwischen den Vertragsparteien übertragen werden können. Dabei führen derivative Finanzinstrumente bei Vertragsabschluss nicht zu einer Übertragung des zugrunde liegenden originären Finanzinstruments; auch die Erfüllung solcher Verträge ist nicht notwendigerweise mit einer Übertragung des originären Finanzinstruments verknüpft.

Downstream

Bezeichnet die Geschäftsaktivitäten in Zusammenhang mit Verteilung, Vertrieb und Marketing von Erdgas.

EEX – European Energy Exchange

Energiehandelsbörse in Leipzig, an der die Energieträger Strom, Erdgas und Kohle sowie Emissionsberechtigungen gehandelt werden.

EFET – European Federation of Energy Traders

Zusammenschluss von über 90 Energiehandelsunternehmen und Finanzinstituten aus 23 europäischen Ländern. Intention des Verbands ist im Wesentlichen die Förderung des Energiehandels mit Elektrizität, Gas, Wärme und Kohle sowie des Handels mit Derivaten in ganz Europa.

Elektromobilität

Bezeichnet die Nutzung von elektronisch angetriebenen Fahrzeugen für den Personen- und Güterverkehr. Die Bundesregierung hat im August 2009 den Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität verabschiedet, mit dem Ziel, die Forschung und Entwicklung, die Marktvorbereitung sowie die Markteinführung von Elektrofahrzeugen mit Batterien voranzubringen. Die EnBW beteiligt sich an diesem Vorhaben unter anderem im Projekt → **MeRegio mobil**.

Emissionshandel

Der Handel mit Emissionsrechten ist ein Instrument der Umweltpolitik mit dem Ziel des Klimaschutzes. Im Kyoto-Protokoll haben sich die Industrieländer auf eine weltweite Reduzierung der Emissionen von Treibhausgasen verständigt. Um eine möglichst effiziente Verteilung einer mengenmäßig feststehenden Reduktion klimawirksamer Gase zu gewährleisten, wird die einem Land gestattete Emissionsmenge aufgeteilt in Emissionszertifikate, die die Emission bestimmter Mengen klimarelevanter Gase gestatten. Diese Emissionszertifikate können zwischen Staaten gehandelt werden. Zum Erreichen ihrer Emissionsminderungsverpflichtungen hat die Europäische Union einen Emissionshandel auf Unternehmensebene eingeführt. Im Rahmen von Nationalen Allokationsplänen (→ **NAP**) werden Zertifikate (→ **EUA**) an die beteiligten Unternehmen vergeben. Unternehmen, die mehr Zertifikate benötigen, als sie zugeteilt bekommen, müssen diese zukaufen, Unternehmen, die mehr Zertifikate erhalten, als sie benötigen, können diese verkaufen. Jedem Marktteilnehmer ist es freigestellt, Emissionszertifikate zu erwerben oder Minderungsmaßnahmen zu implementieren.

EMTN-(Europäisches Medium-Term-Note-)Programm

Bietet die Möglichkeit als standardisierte Dokumentationsplattform mittel- und langfristige Schuldverschreibungen am Eurokapitalmarkt zu begeben.

EUA – EU-Allowance

Kleinste Handelseinheit im → **Emissionshandel** in der EU.
1 EUA entspricht 1 t CO₂.

Fuel Switch

Wechsel auf CO₂-ärmere Erzeugung.

Gegeneinanderregeln

Gleichzeitiger, entgegengerichteter Einsatz von → **Regelenergie**. In einer → **Regelzone** wird negative Regelenergie zum Ausgleich einer Überspeisung eingesetzt, während in einer anderen Regelzone positive Regelenergie zum Ausgleich einer Unterspeisung eingesetzt wird. Ein intelligentes Kooperationsmodell der drei Übertragungsnetzbetreiber EnBW Transportnetze AG, E.ON Netz GmbH und Vattenfall Europe Transmission GmbH zur Optimierung des Regelenergieeinsatzes vermeidet seit Dezember 2008 derartige Situationen. Der Bedarf und die Kosten für Regelenergie werden dadurch deutlich reduziert.

Humankapital

Darunter verstehen wir Fachkompetenz, Management- und Sozialkompetenz sowie Mitarbeitermotivation. Fachkompetenz meint alle für die erfolgreiche Durchführung der Geschäftsprozesse entscheidenden Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten der Mitarbeiter. Management- und Sozialkompetenz beschreibt die Fähigkeit, komplexe Aufgabenstellungen zielorientiert und konstruktiv zu unternehmerisch sinnvollen Lösungen zu führen. Auch die Fähigkeit, Menschen zu führen und zu motivieren, gehört dazu. Mitarbeitermotivation bezeichnet die Leistungs- und Einsatzbereitschaft sowie die Identifikation der Mitarbeiter mit ihrer Aufgabe und ihrem Unternehmen.

IETA – International Emissions Trading Association

Internationale Emissionshandelsvereinigung. Diese Organisation wurde 1999 gegründet, mit dem Ziel, einen funktionsfähigen internationalen Rahmen für den Handel mit Treibhausgasemissionen zu schaffen und ein Emissionshandelssystem zu

entwickeln (→ **Emissionshandel**), das zu einer echten, überprüfbaren Verringerung der Treibhausgasemissionen und zu einem Ausgleich zwischen Wirtschaftlichkeit einerseits und Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit andererseits führt.

ISDA – International Swaps and Derivatives Association

Handelsorganisation der Teilnehmer am Markt für OTC-Derivate. Die ISDA hat einen standardisierten Vertrag, das ISDA Master Agreement, veröffentlicht, die zwei Kontrahenten abschließen, bevor sie miteinander → **Derivate** handeln.

Joint Implementation

Gemeinsame Projektumsetzung. JI-Projekte haben das Ziel, den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern. Sie werden im Rahmen des Kyoto-Protokolls von Investoren aus Industrieländern in anderen Industrieländern durchgeführt. Die erzielten Emissionsminderungen werden dem Investor in Form von Emissionsreduktionseinheiten gutgeschrieben, die von Unternehmen zur Erfüllung der Abgabepflichtung im Rahmen des Europäischen Emissionshandelssystems (→ **Emissionshandel**) verwendet werden können.

Kernbrennstoffsteuer

Die Kernbrennstoffsteuer wird von 2011 bis 2016 mit einem Steuersatz in Höhe von 145 €/g eingesetzten Kernbrennstoffs erhoben. Das erwartete Aufkommen in Höhe von 2,3 Mrd. € dient gemäß Koalitionsvereinbarung zur Konsolidierung des Bundeshaushalts. Die Energieversorgungsunternehmen können diese Abgabe steuerlich geltend machen.

KWK – Kraft-Wärme-Kopplung

Die Abwärme eines Kraftwerks kann in seinem Umfeld zum Heizen von Gebäuden oder als Prozesswärme genutzt werden. In diesem Fall wird bei gleichem Brennstoffeinsatz mehr Energie gewonnen. Ein Kraftwerk, das Strom und Wärme gekoppelt erzeugt, nennt man Heizkraftwerk.

LNG – Liquefied Natural Gas

Flüssigerdgas. Durch Abkühlung auf -161 °C verflüssigtes Erdgas. Aufgrund seines geringeren Volumens – etwa 1/600stel des Normvolumens von Erdgas in Gasform – bietet es besonders bei Transport und Lagerung große Vorteile.

MeRegio/MeRegio mobil

Abkürzung für Minimum Emission Region – eine Region, in der der Einsatz von Energie effizienter und der CO₂-Ausstoß verringert werden soll. MeRegio ist ein Gemeinschaftsprojekt von EnBW, ABB, IBM, SAP, Systemplan GmbH und dem KIT (Karlsruhe Institute of Technology) und wird als eines von sechs E-Energy-Modellprojekten vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie gefördert. Ziel des Projekts MeRegio mobil ist es, in Baden-Württemberg eine weitreichende Infrastruktur für die Nutzung von Elektrofahrzeugen zu entwickeln und aufzubauen (→ **Elektromobilität**). Im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums stellt die EnBW als Konsortialführer rund 500 öffentliche Ladestationen im Raum Karlsruhe/Stuttgart auf, die gemeinsam mit Bosch entwickelt wurden.

Midstream

Bezeichnet die Geschäftsaktivitäten im Zusammenhang mit Import, Handel und Speicherung von Erdgas.

Offshore-Windenergie

Nutzung der Windenergie auf dem Meer. Strom aus Offshore-Windenergieanlagen soll einen wichtigen Beitrag zur künftigen Energie- und Klimapolitik der Bundesrepublik leisten. Die hohen durchschnittlichen Windgeschwindigkeiten auf dem Meer versprechen enorme Energiepotenziale.

OTC-(Over the counter)-Handel

Englisch für „über den Tresen“. Bezeichnung für den außerbörslichen Handel.

Peak

Spitzenlastprodukt. In Deutschland Lieferung/Abnahme von Montag bis Freitag von 8:00 bis 20:00 Uhr.

Rauchgasreinigung

Weitgehende Reduzierung der bei der Verbrennung fester Brennstoffe wie Kohle im Rauchgas entstehenden Bestandteile Stickstoffoxid, Staub und Schwefeldioxid. Dazu durchlaufen die aus dem Kessel kommenden Rauchgase separate Reinigungsstufen.

Regelenergie/Regelleistung

Gewährleistet die Versorgung der Verbraucher mit genügend elektrischer Energie in ausreichender Qualität bei unvorhergesehenen Ereignissen im Stromnetz. Dazu können kurzfristig Leistungsanpassungen bei regelfähigen Kraftwerken durchgeführt werden, schnell anlaufende Kraftwerke (z. B. Gasturbinenkraftwerke) gestartet oder Pumpspeicherkraftwerke eingesetzt werden. Häufig wird der Begriff Regelenergie auch für die Energie verwendet, die die Übertragungsnetzbetreiber zur Bereitstellung von Systemdienstleistungen einkaufen.

Regelzonen

Aufgabe der deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) ist es, das Leistungsgleichgewicht zwischen Stromerzeugung und -abnahme in der Regelzone ständig aufrechtzuerhalten und den Bilanzkreisen (Stromerzeuger und -abnehmer) Ausgleichsenergie aus der vorgehaltenen Sekundärregelleistung und Minutenreserve zur Verfügung zu stellen. Die enge Zusammenarbeit zwischen den deutschen ÜNB trägt dazu bei, den Gesamtbedarf an → **Regelleistung** möglichst niedrig zu halten.

Smart Grid

Intelligentes Stromnetz. Umfasst die kommunikative Vernetzung und Steuerung von Stromerzeugern, Speichern, elektrischen Verbrauchern und Netzbetriebsmitteln in Übertragungs- und Verteilnetzen der Energieversorgung. Damit wird eine Überwachung und Optimierung der

miteinander verbundenen Bestandteile ermöglicht. Ziel ist die Optimierung der Energieversorgung auf Basis eines effizienten, zuverlässigen und kostengünstigen Systembetriebs.

Smart Home

Intelligentes Wohnen. Bezeichnet Lösungen im privaten Wohnbereich, bei denen Geräte, Systeme und Technologien eingesetzt werden, die mehr Energieeffizienz, Komfort, Wirtschaftlichkeit, Flexibilität und Sicherheit schaffen.

Strukturkapital

Setzt sich zusammen aus Unternehmenskultur, Kommunikation und Organisation sowie Innovation. Die Unternehmenskultur umfasst alle geteilten Werte und Normen, die den Umgang miteinander, den Wissensaustausch sowie die Art zu arbeiten prägen. Kommunikation und Organisation beinhalten sämtliche Strukturen und Prozesse, die die Arbeitsteilung und die erforderlichen Abstimmungen in der Leistungserbringung sicherstellen und steuern. Innovation umfasst die Strukturen und Prozesse, die die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen sowie Verfahrens- und Prozessverbesserungen unterstützen.

Unbundling

Ownership Unbundling. Nach dem Energiewirtschaftsgesetz geforderte eigentumsrechtliche Entflechtung von Stromerzeugung und Vertrieb in Europa, das heißt Trennung der netzbezogenen von den marktbezogenen Aktivitäten vertikal integrierter Energieversorgungsunternehmen.

Verlustenergie

Bei der Übertragung von Elektrizität über ein Stromnetz entstehen physikalisch bedingte Energieverluste, zum Beispiel in Form von Stromwärmeverlusten oder Umspannverlusten. Die Energiemenge zur Deckung dieser Verluste wird als Verlustenergie bezeichnet.

Unsere Standorte

Die wesentlichen Standorte des EnBW-Konzerns und zahlreiche unserer Kraftwerke, Verteilungsanlagen, Regional- und Bezirkszentren sowie Vertriebsniederlassungen sind in ganz Baden-Württemberg verteilt. Weitere Vertriebsniederlassungen haben wir deutschlandweit. Darüber hinaus hält die EnBW Beteiligungen in Deutschland, der Schweiz, Österreich, Ungarn, Tschechien, Polen und der Türkei.

EUROPA

Breslau (Kogeneracja)
Rybnik (ERSA)

Prag (PRE)

Maria Enzersdorf (EVN)
Bregenz (VIW)
Sellrain-Sitz (TIWAG)

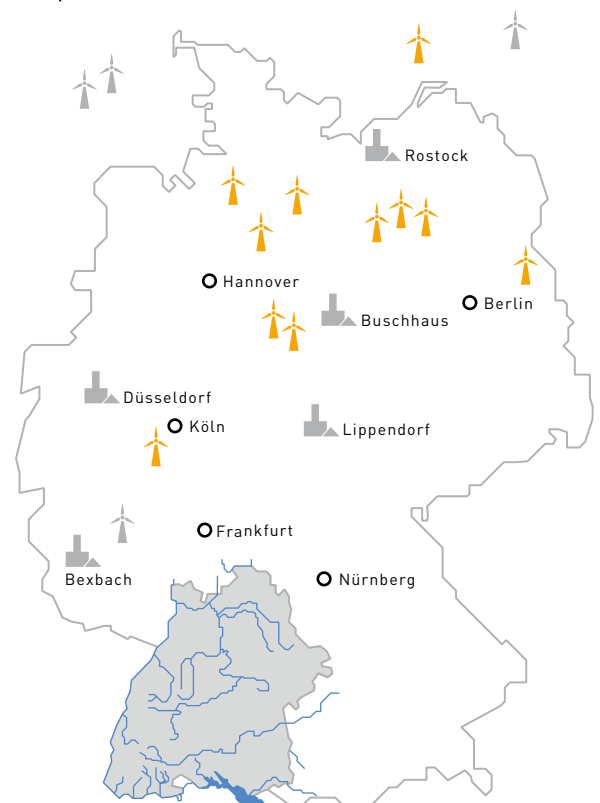
Laufenburg (ED)
Visp (EnAlpin)

Budapest (ELMÜ)
Miskolc (EMASZ)
Visonta (MATRA)

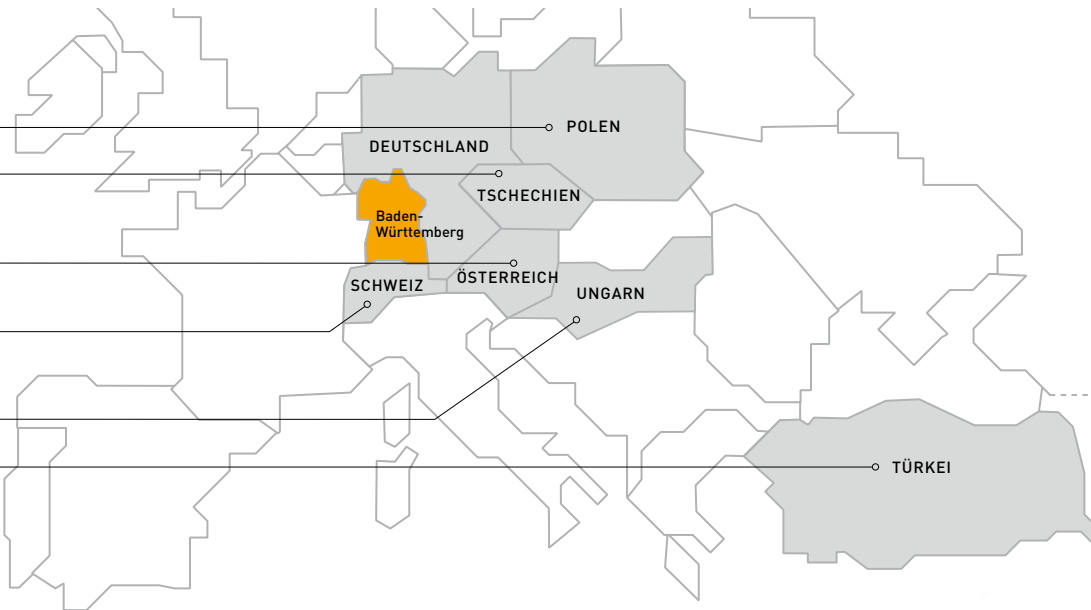
Istanbul (Borusan EnBW Enerji)

-  Onshore- bzw. Offshore-Windpark
-  Onshore- bzw. Offshore-Windpark in Planung oder Bau
-  Fotovoltaikanlage
-  Konventionelles Kraftwerk Eigenbetrieb
-  Konventionelles Kraftwerk mit EnBW-Beteiligung, Bezugs- oder Lieferverträgen (inklusive Biomasseanlagen)
-  Kernkraftwerk Eigenbetrieb
-  Wasserkraftwerk Eigenbetrieb
-  Wasserkraftwerk mit EnBW-Beteiligung, Bezugs- oder Lieferverträgen¹
-  Regionalzentrum und Vertriebsstandort
-  Vertriebsstandort
-  Regionalzentrum

DEUTSCHLAND



¹ Die EnBW betreibt rund 80 Wasserkraftwerke sowie zahlreiche weitere Anlagen erneuerbarer Erzeugung. Wir haben uns daher auf die Darstellung einiger großer Standorte beschränkt.



BADEN-WÜRTTEMBERG



² Der Leistungsbetrieb wurde als Folge der Kernenergievereinbarung am 11. Mai 2005 eingestellt.

Mehrjahresübersicht

EnBW-Konzern

Ergebnis		
Umsatz		Mio. €
EBITDA		Mio. €
EBIT		Mio. €
Konzernüberschuss ¹		Mio. €
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss ¹		€
Bilanz		
Anlagevermögen ²		Mio. €
Bilanzsumme ²		Mio. €
Eigenkapital		Mio. €
Eigenkapitalquote		%
Bilanzielle Nettofinanzschulden ³		Mio. €
Cashflow		
Operating Cashflow		Mio. €
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen		Mio. €
Free Cashflow		Mio. €
Profitabilität		
ROCE ²		%
Wertbeitrag ²		Mio. €
Kapitalmarkt		
Dividende je Aktie		€
Ausschüttung		Mio. €
Marktkapitalisierung ⁵		Mrd. €
Strom		
Stromabsatz Privatkunden (B2C)		Mrd. kWh
Stromabsatz Industrie- und Weiterverteiler (B2B)		Mrd. kWh
Stromabsatz Handel		Mrd. kWh
Umsatz		Mio. €
EBIT		Mio. €
Gas		
Gasabsatz Privatkunden (B2C)		Mrd. kWh
Gasabsatz Industrie und Weiterverteiler (B2B)		Mrd. kWh
Umsatz		Mio. €
EBIT		Mio. €
Energie- und Umweltdienstleistungen		
Umsatz		Mio. €
EBIT		Mio. €
Eigenerzeugung⁶ des EnBW-Konzerns im Kerngeschäft nach Primärenergieträgern²		
Konventionelle Energie		%
Kernenergie		%
Erneuerbare Energien ⁷		%
Sonstiges		%
Mitarbeiter		
Anzahl der Mitarbeiter des EnBW-Konzerns im Jahresdurchschnitt ⁸		Anzahl
Personalaufwand		Mio. €

¹ Bezogen auf den auf die Aktionäre der EnBW AG entfallenden Gewinn.

² Die Zahlen des Geschäftsjahres 2009 wurden angepasst.

³ Ohne kurzfristige Finanzmittel der Spezialfonds und kurzfristige Wertpapiere zur Deckung der Pensions- und Kernenergierückstellungen.

⁴ Gemäß Vorschlag an die Hauptversammlung.

⁵ Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien zum Ende des Geschäftsjahres, multipliziert mit dem Jahresschlusskurs.

	2010	2009	2008	2007	2006
	17.509	15.564	16.305	14.712	12.860
	3.280	2.748	2.540	2.336	2.274
	2.117	1.889	1.468	1.559	1.451
	1.171	768	879	1.364	1.002
	4,79	3,15	3,60	5,58	4,10
	25.342	23.191	20.267	20.753	20.903
	35.240	34.639	32.759	28.436	28.148
	7.618	6.408	5.592	6.002	4.492
	21,6	18,5	17,1	21,1	16,0
	5.641	5.812	2.951	2.952	3.593
	2.561	2.443	1.524	1.559	1.467
	1.625	1.309	1.257	816	630
	1.060	1.292	405	853	1.027
	14,5	15,5	17,1	16,2	16,9
	832	841	963	828	815
	1,53 ⁶	1,53	2,01	1,51	1,14
	374 ⁶	374	491	369	279
	10,0	9,8	9,2	14,7	12,3
	21	22	23	22	23
	48	51	61	62	56
	78	47	46	55	40
	15.010	12.389	12.736	11.540	9.509
	2.032	1.794	1.540	1.378	1.473
	12	12	13	12	11
	42	54	57	63	73
	1.788	2.453	2.881	2.479	2.758
	79	151	-50	172	223
	711	722	688	693	593
	96	87	86	132	-128
	34	29	28	30	28
	51	55	57	54	56
	11	11	11	10	10
	4	5	4	6	6
	20.450	20.914	20.357	20.499	20.259
	1.670	1.618	1.480	1.476	1.368

⁶ In der Eigenerzeugung sind auch langfristige Bezugsverträge und teileigene Kraftwerke enthalten.

⁷ Analog der Ausweisung nach § 42 EnWG.

⁸ Anzahl der Mitarbeiter ohne Auszubildende und ohne ruhende Arbeitsverhältnisse.
Der Begriff Mitarbeiter bezeichnet weibliche und männliche Beschäftigte.

Top-Themen 2010

Januar – März

Mehr Kraftwerkskapazitäten

Insgesamt 1.215 MW installierte Kraftwerksleistung gehen mit Wirkung zum 1. Januar 2010 wirtschaftlich an die EnBW. Die Entwicklung ihrer Erzeugungskapazitäten ist für die EnBW ein wesentliches strategisches Ziel.



Neues Energieeffizienz-Netzwerk

Elf Industrieunternehmen in Berlin und Brandenburg gründen zusammen mit der EnBW ein Energieeffizienz-Netzwerk. Ziel ist es, in den nächsten vier Jahren durch effizientere Energienutzung den Energieverbrauch dauerhaft zu senken. Es ist bereits das 13. Netzwerk dieser Art.

April – Juni



Solarpark Leibertingen in Betrieb

Die EnBW engagiert sich verstärkt in der Fotovoltaik. Die Inbetriebnahme ihres ersten großen Solarparks mit einer Leistung von 2,1 MW macht dies deutlich. Mit der jährlichen Stromproduktion von rund 2,1 Mio. kWh können rechnerisch rund 600 Haushalte versorgt werden.

Zwölf Biogasanlagen erworben

Mit ihrem Joint-Venture-Partner Altus AG schließt die EnBW einen Rahmenvertrag über den Erwerb von zwölf Biogasanlagen ab. Die Anlagen werden vorwiegend in Niedersachsen und den neuen Bundesländern entstehen und in landwirtschaftliche Betriebe integriert.

Juli – September

Solarpark Ulm-Eggingen gestartet

Mit Inbetriebnahme dieser 6,5-MW-Anlage verdreifacht die EnBW ihre installierte Leistung im Bereich Fotovoltaik nahezu. Der Solarpark, einer der größten in Baden-Württemberg, wird pro Jahr rund 6,9 Mio. kWh Strom erzeugen und damit rechnerisch rund 2.000 Haushalte versorgen.



500 E-Bikes in Stuttgart im Test

Die Elektroflotte der EnBW ist die größte in Deutschland. 500 elektrisch betriebene Zweiräder der EnBW sind umweltschonend und abgasfrei auf den Straßen in der Region Stuttgart unterwegs. Ein Jahr lang testen „Elektronauten“ die Mobilität der Zukunft.

Oktober – Dezember

RDK 7 fit für die Zukunft

Im Rheinhafen-Dampfkraftwerk Karlsruhe (RDK) geht nach umfangreichen Revisions- und technischen Optimierungsarbeiten Block 7 wieder in Betrieb. Rund 40 Mio. € hat die EnBW investiert, um die Anlage für eine effiziente und umweltschonende Energieerzeugung fit zu machen.

Gaseinspeiseverfahren patentiert

In Blaufelden-Emmertsbühl nimmt eine in Partnerschaft mit der EnBW errichtete Biogasanlage den Betrieb auf. Ein neues und von der EnBW patentiertes Verfahren gestattet es, das aufbereitete Gas direkt in das örtliche Verteilnetz einzuspeisen. Mit dem Gas werden rechnerisch rund 1.000 Haushalte versorgt.



EnBW verkauft GESO

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden stimmt dem Erwerb der sächsischen Beteiligungsholding GESO von der EnBW zu. Damit bleibt der Unternehmensverbund GESO mit den Säulen DREWAG und ENSO erhalten.



Block 7 in Heilbronn modernisiert

Die Modernisierungsarbeiten im Heizkraftwerk Heilbronn sind abgeschlossen. Block 7 leistet jetzt 40 MW mehr und produziert dadurch bei gleichem Brennstoffeinsatz mehr Strom.

Windpark Baltic 1 im Bau

Nördlich der Halbinsel Darß/Zingst entsteht der erste kommerzielle Offshore-Windpark Deutschlands in der Ostsee. 21 Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von rund 50 MW werden ab 2011 jährlich 185 Mio. kWh Strom für rechnerisch rund 50.000 Haushalte erzeugen.

Initiative „e-mobility“ gestartet

Die EnBW und die Daimler AG starten die Initiative „e-mobility Baden-Württemberg“. Gemeinsam wollen sie Baden-Württemberg innerhalb der nächsten zwei Jahre zum Vorreiter für Elektromobilität mit Brennstoffzelle und Batterie machen.



Bundeskanzlerin in Rheinfelden

Auf ihrer „Energierese“ besucht Bundeskanzlerin Angela Merkel in Rheinfelden die zurzeit größte Baustelle eines Laufwasserkraftwerks in Europa. Die Anlage – sie gilt als ein Jahrhundertprojekt im Bereich der erneuerbaren Energien – wird ab 2011 rechnerisch 170.000 Haushalte umweltfreundlich mit Strom versorgen.

Beteiligung an PRE aufgestockt

Die EnBW stockt ihre Beteiligung an der Pražská energetika a. s. (PRE) auf und hält nun rund 70% der Anteile. Damit hat sie eine wichtige Mehrheitsposition im Ausland aufgebaut. Mit rund 745.000 Kunden ist die PRE das drittgrößte Energieversorgungsunternehmen in Tschechien.

Aufbau Windkraft fortgesetzt

In Hapersweiler (Saarland) erwirbt die EnBW einen Windpark mit sechs Anlagen und einer Gesamtleistung von 15 MW. Parallel dazu gehen die Arbeiten am EnBW Windpark Baltic 2 weiter: Alle Aufträge für den Windpark in der Ostsee, der 80 Anlagen mit insgesamt rund 300 MW umfassen wird, wurden vergeben.



Aktionärswechsel angekündigt

Das Land Baden-Württemberg beabsichtigt, den von der EDF an der EnBW gehaltenen Anteil von 45,01% zu erwerben. Dieser Wiedereinstieg und die Ankündigung, gegebenenfalls Aktienanteile wieder am Kapitalmarkt platzieren zu wollen, eröffnen der EnBW weitere Entwicklungschancen.

Wichtige Hinweise

Herausgeber

EnBW Energie
Baden-Württemberg AG
Durlacher Allee 93
76131 Karlsruhe
www.enbw.com

Koordination und Redaktion

Unternehmenskommunikation,
Karlsruhe

Gestaltung und Lithografie

3st kommunikation GmbH,
Mainz

Satz

Inhouse produziert mit FIRE.sys

Druck

Elanders Germany GmbH,
Waiblingen

Papier

400g/m², 170g/m², 135g/m²
Scheufelen, heaven 42



ISBA: R.2585.1103

Veröffentlichung des
EnBW-Geschäftsberichts 2010:
24. Februar 2011

Fotos

Titel

Matthias Ibeler, Emsdetten

Vorstand und Aufsichtsrat

S. 4, 9, 14, 15

Catrin Moritz, Essen

Top-Themen

EnBW Energie

Baden-Württemberg AG

Mai: Weltenangler,

Tim Buchheister

Kapiteltrennseiten

Dominik Obertreis, Althütte

Kein Angebot und keine Anlageempfehlung

Dieser Bericht wurde lediglich zu Ihrer Information erstellt. Er stellt kein Angebot, keine Aufforderung und keine Empfehlung zum Erwerb oder zur Veräußerung von Wertpapieren dar, deren Emittent die EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW), eine Gesellschaft des EnBW-Konzerns oder eine andere Gesellschaft ist. Dieser Bericht stellt auch keine Bitte, Aufforderung oder Empfehlung zu einer Stimmabgabe oder Zustimmung dar. Alle Beschreibungen, Beispiele und Berechnungen wurden lediglich zur Veranschaulichung in diesen Bericht aufgenommen.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die auf aktuellen Annahmen, Plänen, Schätzungen und Prognosen der Geschäftsleitung der EnBW beruhen. Solche zukunftsgerichteten Aussagen sind daher nur zu dem Zeitpunkt gültig, zu dem sie erstmals veröffentlicht werden. Zukunftsgerichtete Aussagen ergeben sich aus dem Kontext, sind darüber hinaus jedoch auch an den Begriffen „kann“, „wird“, „sollte“, „plant“, „beabsichtigt“, „erwartet“, „denkt“, „schätzt“, „prognostiziert“, „potenziell“ oder „fortgesetzt“ sowie ähnlichen Ausdrücken zu erkennen.

Naturgemäß sind zukunftsgerichtete Aussagen mit Risiken und Unsicherheiten behaftet, die durch die EnBW nicht kontrolliert oder präzise vorhergesagt werden können. Tatsächliche Ereignisse, künftige Ergebnisse, die finanzielle Lage, Entwicklung oder Performance der EnBW und der Gesellschaften des EnBW-Konzerns können daher erheblich von den in diesem Bericht getätigten zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Deshalb kann nicht garantiert oder sonst dafür gehaftet werden, dass sich diese zukunftsgerichteten Aussagen als vollständig, richtig oder genau erweisen oder dass erwartete prognostizierte Ergebnisse in der Zukunft tatsächlich erreicht werden.

Keine Verpflichtung zur Aktualisierung

Die EnBW übernimmt keinerlei Verpflichtung jedweder Art, in diesem Bericht enthaltene Informationen und zukunftsgerichtete Aussagen an künftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen oder sonst zu aktualisieren. Dieser Geschäftsbericht steht in deutscher und englischer Sprache auch im Internet als Download zur Verfügung. Im Zweifelsfall ist die deutsche Version maßgeblich.

Aktionärshotline/ Investor Relations

Telefon: 0800 1020030 oder

0800 AKTIEENBW

Telefax: 0800 3629111

E-Mail: info@investor.enbw.com

Internet: www.enbw.com

Finanzkalender

24 | 02 | 2011

Veröffentlichung des Geschäftsberichts 2010

19 | 04 | 2011

Hauptversammlung der EnBW Energie Baden-Württemberg AG

06 | 05 | 2011

Veröffentlichung des Quartalsfinanzberichts

Januar bis März 2011

29 | 07 | 2011

Veröffentlichung des Halbjahresfinanzberichts

Januar bis Juni 2011

11 | 11 | 2011

Veröffentlichung des Quartalsfinanzberichts

Januar bis September 2011

EnBW Energie
Baden-Württemberg AG
Durlacher Allee 93
76131 Karlsruhe
www.enbw.com

